

FRITZ REHEIS

**Konkurrenz und Gleichgewicht
als Fundamente von Gesellschaft**

Sozialwissenschaftliche Schriften

Heft 13

Konkurrenz und Gleichgewicht als Fundamente von Gesellschaft

Interdisziplinäre Untersuchung
zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigma

Von

Dr. Fritz Reheis



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Die Arbeit wurde von der philosophischen Fakultät
der Universität Regensburg 1985 als Dissertation
angenommen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Reheis, Fritz:

Konkurrenz und Gleichgewicht als Fundamente von
Gesellschaft: interdisziplinäre Unters. zu e.
sozialwiss. Paradigma / von Fritz Reheis.

— Berlin: Duncker und Humblot, 1986.

(Sozialwissenschaftliche Schriften; H. 13)

ISBN 3-428-06102-0

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1986 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Gedruckt 1986 bei Werner Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISBN 3-428-06102-0

Eine Gesellschaft Stachelschweine drängte sich, an einem kalten Wintertage, recht nahe zusammen, um, durch die gegenseitige Wärme, sich vor dem Erfrieren zu schützen. Jedoch bald empfanden sie die gegenseitigen Stacheln; welches sie dann wieder von einander entfernte. Wann nun das Bedürfnis der Erwärmung sie wieder näher zusammen brachte, wiederholte sich jenes zweite Übel; so daß sie zwischen beiden Leiden hin und hergeworfen wurden, bis sie eine mäßige Entfernung von einander herausgefunden hatten, in der sie es am besten aushalten konnten.

Arthur Schopenhauer (1874)

Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	1
Teil A: Einige ausgewählte Theorien	8
Teil B: Das zugrundeliegende Paradigma - der synchrone Aspekt	62
Teil C: Das zugrundeliegende Paradigma - der diachrone Aspekt	119
Teil D: Kritik des Paradigmas als Erklärungsmodell	190
Teil E: Problematik des Paradigmas als Handlungsmodell	267
Zusammenfassung der Ergebnisse	299
Anmerkungen	304
Literatur	380

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
Teil A: Einige ausgewählte Theorien	8
I. Theorien über Gesellschaft	9
A. Eine ökonomische Theorie (Samuelson)	9
1. Theorie	9
2. Schlußfolgerungen zum Konkurrenz- und Gleichgewichts- Begriff	12
B. Eine politologische Theorie (Schumpeter, Fraenkel)	17
1. Zwei Varianten einer Grundidee	18
a. Joseph A. Schumpeter: Die Ebene der Individuen	18
b. Ernst Fraenkel: Die Ebene der Gruppen	20
2. Schlußfolgerungen zum Konkurrenz- und Gleich- gewichts-Begriff	21
C. Eine soziologische Theorie (Dahrendorf, Gerhardt)	26
1. Zwei Varianten einer Grundidee	27
a. Uta Gerhardt: Die Ebene der Individuen	27
b. Ralf Dahrendorf: Die Ebene der Gruppen	32
2. Schlußfolgerungen zum Konkurrenz- und Gleichgewichts- Begriff	34
II. Theorien über Theorien (über Gesellschaft)	40
A. Eine soziologische Theorie: Wissenschaft als Handeln (Merton)	41
1. Die Theorie	41
2. Schlußfolgerungen zum Konkurrenz- und Gleichgewichts- Begriff	44
B. Eine philosophische Theorie: Wissenschaft als Denken (Popper, Spinner, Feyerabend)	48
1. Drei Varianten einer Grundidee	49
a. Karl R. Popper	49
b. Helmut Spinner	51
c. Paul K. Feyerabend	53
2. Schlußfolgerungen zum Konkurrenz- und Gleichgewichts- Begriff	56
Teil B: Das zugrundeliegende Paradigma - der synchrone Aspekt	62
I. Paradigmatische Voraussetzungen - das Paradigma als Erklärungsmodell	64
A. Die Annahmen der Theorien	64

1. Individuum: Maximierungsverhalten	65
2. Umwelt: Knappheit	69
3. Rahmenbedingungen des Ausgleichsmechanismus	73
4. Der Staat	76
B. Die Voraussetzungen der Annahmen	79
1. Metatheoretische Bemerkungen der Autoren der Theorien	79
2. Der Wissenschaftsbetrieb	87
 II. Konsequenzen des Paradigmas - das Paradigma als Handlungsmodell	90
A. Freiheits- und Gleichheitsmaximum für das Individuum	91
1. Freiheitsmaximum	91
2. Gleichheitsmaximum	93
B. Leistungs- und Rationalitätsmaximum für die Gesellschaft	96
1. Leistungsmaximum	97
2. Rationalitätsmaximum	100
 III. Zusammenfassung der Struktur des Paradigmas als Handlungs- und Erklärungsmodell	105
 Teil C: Das zugrundeliegende Paradigma - der diachrone Aspekt	119
 I. Entwicklung des Paradigmas - einige Meilensteine im Rückblick	119
A. Entwicklungsphasen	120
1. Die klassische Phase	120
a. Soziologie: Zum Beispiel Georg Simmel	121
b. Ökonomie: Zum Beispiel Carl Menger	124
2. Die liberale Phase	127
a. Soziologie: Zum Beispiel Wilhelm von Humboldt	127
b. Ökonomie: Zum Beispiel Adam Smith	131
3. Die aufklärerische Phase: Die Idee des Mechanismus in den Sozialwissenschaften	136
B. Zusammenfassung der Entwicklung: Kontinuität und Wandel	143
 II. Wurzeln des Paradigmas	150
A. Geistesgeschichtliche Ansätze	153
1. Mittelalter	153
a. Protestantismus	153
b. Katholizismus	160
2. Antike	163
B. Sozialgeschichtliche Ansätze	167
1. Warenproduktion und Individualisierung (Karl Marx)	167
2. Weiterentwicklungen	175
a. Georg Lukács: Warenproduktion und Verdinglichung	176
b. Alfred Sohn-Rethel: Warenproduktion und Rationalisierung	179
C. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	182

Teil D: Kritik des Paradigmas als Erklärungsmodell	190
I. Die Frage der Wahrheit der Erklärungsbasis	191
A. Ungeprüftheit: Das Paradigma als Spekulation über die Wirklichkeit	192
B. Unüberprüfbarkeit: Das Paradigma als Verschleierung der Wirklichkeit	194
1. Grundsätzliches	194
2. Das Beispiel der politologischen Variante	198
3. Generalisierung der Kritik	205
a. Hypothesen zu den anderen Varianten	205
b. Schlußfolgerungen	208
C. Kontrafaktizitäten: Das Paradigma als Negation der Wirklichkeit	214
1. Grundsätzliches	214
2. Das Beispiel der ökonomischen Variante	215
3. Generalisierung der Kritik	227
a. Hypothesen zu den anderen Varianten	227
b. Schlußfolgerungen	234
II. Die Frage der Reichweite der Erklärungsbasis: Das Paradigma als Affirmation der Wirklichkeit	239
A. Das Beispiel der soziologischen Variante	240
1. Max Weber als Fundament Gerhards und Dahrendorfs 2. Die Erklärungsgrenzen des Weberschen Ansatzes	241
3. Zusammenfassung	246
B. Generalisierung der Kritik	253
1. Hypothesen zu den anderen Varianten	255
2. Schlußfolgerungen	255
III. Zusammenfassung: Das Konkurrenz- und Gleichgewichts- Paradigma als Ideologie	263
Teil E: Problematik des Paradigmas als Handlungsmodell	267
I. Einige praktische Positionen zur Zukunftsperspektive des Paradigmas (am Beispiel der Ökonomie)	269
A. Neoliberalismus: Ausdehnung des Paradigmas	269
B. Christentum und Sozialdemokratie: Abschwächung des Paradigmas	271
1. Christentum	271
2. Sozialdemokratie	274
C. Sozialismus: Uminterpretation des Paradigmas	276
1. Winfried Vogt	277
2. Włodzimierz Brus	278
3. Zusammenfassung	280
D. Alternativbewegung und Kommunismus: Negation des Paradigmas	281

	Seite
1. Alternativbewegung	282
2. Kommunismus	284
3. Zusammenfassung	287
II. Schlußfolgerungen zur Frage der Notwendigkeit eines Wechsels des Paradigmas	288
Zusammenfassung der Ergebnisse	299
Anmerkungen	304
Literatur.	380

Einleitung

Alltagsbewußtsein und wissenschaftliche Theorie

"Das euronukleare Raketenpotential ist aus dem Gleichgewicht gekommen", "Aussperrung ist ein Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit" oder "Er muß sein inneres Gleichgewicht wieder finden". Dies sind nur drei der höchst vielfältigen **alltagssprachlichen Verwendungsweisen** der Gleichgewichtsmetapher. Solche Gleichgewichtsvorstellungen sind in der Regel verbunden mit einer jeweils zugrundeliegenden Konkurrenzvorstellung: der "Konkurrenz der Systeme", der "Konkurrenz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden" oder der "Konkurrenz verschiedener Wünsche oder Verpflichtungen innerhalb eines Individuums".

Obwohl wir uns an solchen Sprachgebrauch längst gewöhnt haben, könnte bei einiger Distanz zum Gewöhnlich-Alltäglichen angesichts dieser vielfältigen Verwendung des Konkurrenz- und Gleichgewichtsbegriffes mindestens zweierlei auffallen: Einmal die Tatsache, daß diese Begriffe in den unterschiedlichsten thematischen Zusammenhängen auftauchen (Militär, Politik, menschliche Psyche), zum andern der Umstand, daß solche militärischen, politischen oder psychischen Gegebenheiten durch das Attribut "gleichgewichtig" in der Regel eine besondere Auszeichnung erfahren. Gleichgewichtszustände werden ja als etwas Beruhigendes weil Quasi-Natürliches ausgegeben. Der Gleichgewichtsbegriff erzeugt nämlich sofort eine Assoziation mit der Natur, der Mechanik; und dies ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß es sich bei den dergestalt ausgezeichneten Gegebenheiten um höchst unnatürliche, sprich menschliche bzw. zwischenmenschliche Objekte handelt.

Dem "Mann auf der Straße" ist der Ursprung seiner Konkurrenz-Gleichgewichts-Vorstellung und des zugrundeliegenden Menschenbildes natürlich nicht bewußt. Würde man, durch solche Überlegungen veranlaßt, jedoch danach fragen, wie man zu einem Urteil über Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse kommen kann, so würde man sehr bald über Massenmedien und Schulweisheiten zu einigen jeweils zugrundeliegenden **wissenschaftlichen Theorien** gelangen. In der Tat gibt es nicht nur im Alltagsbewußtsein, sondern auch in zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen folgende charakteristische Vorstellung:

Gesellschaft basiert auf dem Zusammenwirken von Konkurrenz und Gleichgewicht. "Konkurrenz" bedeutet dabei ein jeweils näher definiertes "Gegeneinander sozialer Kräfte", "Gleichgewicht" bedeutet, daß dieses Gegeneinander in irgendeiner Weise austariert ist. Dieses Austarieren erzeugt einen momentanen - nur theoretisch existierenden - Ruhezustand, der im nächsten Augenblick wieder durch eine neu hinzutretende Kraft gestört werden kann. Weil es sich bei diesen Gleichgewichtszuständen also um keine statischen Erscheinungen handelt, spricht man oft von "Fließgleichgewicht". Diese wissenschaftlichen Versionen der Konkurrenz- und Gleichgewichts-Vorstellung stellen die Rechtfertigungsbasis für die alltagssprachlichen Versionen dar. Eine Diskussion der Konkurrenz- und Gleichgewichts-Vorstellung muß deshalb genau bei ersterer ansetzen.

Ziel und Aufbau der Untersuchung

Ich will in meiner Untersuchung **zweierlei zeigen**: Einmal, daß es in den Sozialwissenschaften tatsächlich eine relativ geschlossene, seit geraumer Zeit und an vielen Orten auftauchende, gemeinsame Grundvorstellung gibt, die ich in Anlehnung an Thomas Kuhn (1) als "Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma" bezeichnen möchte. Der Nachweis der strukturellen Gleichheit disparater theoretischer Gebilde scheint mir an sich schon einen Fortschritt in der sozialwissenschaftlichen Diskussion darzustellen. (2) Da unter dem Begriff "Paradigma" aber zudem eine herrschende wissenschaftliche Vorstellung verstanden wird, die in aller Regel früher oder später durch eine andere herrschende Vorstellung abgelöst wird, möchte ich zum zweiten die Frage diskutieren, ob auch das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma dieses Schicksal mit vielen anderen von Kuhn aufgezählten Paradigmen eventuell irgendwann einmal teilen könnte.

Kuhn beschränkt sich in seiner "Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" zwar ausschließlich auf Beispiele aus den Naturwissenschaften (z. B. "Ptolemäische Astronomie" oder "Korpuskular-Optik"), er deutet jedoch an mehreren Stellen (3) an, daß der Paradigmenbegriff grundsätzlich auch auf die Sozialwissenschaften angewendet werden kann. Letztere hält er jedoch für noch nicht so weit entwickelt, daß in ihnen ein mehr oder minder festumrissenes Gefüge von begrifflichen, methodologischen und theoretischen Schulbeispielen sich hätte herausbilden können. Dennoch spricht er in Teilgebieten der Sozialwissenschaften von der Existenz eines "traditionellen Paradigmas" und ist zudem der Überzeugung, daß dieses "irgendwie schief liegt". (4) Das Studium der Wissenschaftsgeschichte hat nach Kuhn diese Erkenntnis immer deutlicher werden lassen. Von daher scheint es mir gerechtfertigt und fruchtbar, die Kuhnsche Idee auf die Sozialwissenschaften zu übertragen. (5)

Dies soll **in folgenden Schritten** geschehen: In Teil A werden zunächst einige relevante Beispiele für dieses Paradigma vorgeführt. Es handelt sich dabei um solche Theorien, die erstens an zentraler Stel-

le mit dem Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriff arbeiten und die zweitens in Lehre und Diskussion ihrer jeweiligen sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in der Bundesrepublik Deutschland eine maßgebende Rolle spielen. Bei diesen Theorien handelt es sich um sogenannte "reine Theorien", die nur die jeweiligen Grundstrukturen beschreiben, nicht jedoch auf die vielfachen Überschneidungen und praktischen Modifikationen eingehen.

In Teil B und C soll dann gezeigt werden, daß es sich bei diesen Beispielen nicht nur oberflächlich um ähnliche Theorien handelt, sondern daß diese Beispiele sowohl unter synchronen wie auch unter diachronen Gesichtspunkten nichts anderes als Ausdrucksvarianten ein- und desselben grundlegenden sozialwissenschaftlichen Denkens sind. Synchron: Weil diesen Theorien prinzipiell die gleichen Denkvorsetzungen zugrundeliegen und aus ihnen ebenso prinzipiell gleiche Denkschlußfolgerungen gezogen werden. "Prinzipiell gleich" heißt dabei soviel wie "analog" und bedeutet, daß die jeweiligen verschiedenen Objekte gleichartig geformt werden, daß also bei jeder vorgestellten Theorie sowohl die substantiellen Unterschiede (z. B. zwischen Ökonomie und Soziologie) wie auch die formellen Gemeinsamkeiten (z. B. zwischen zentralen Begriffen aus Annahmen und Schlußfolgerungen) aufweisbar sind. (6) Diachron: Weil die Entwicklungsgeschichte all dieser Theorien bis in die Zeit der europäischen Aufklärung zurückreicht, wobei das ökonomische Modell der Marktkonkurrenz und des Marktgleichgewichts sich zumindest im nachhinein als im wahrsten Sinne des Wortes beispielgebend erweist. Die letzten Wurzeln des Paradigmas werden freilich von verschiedenen geistes- und sozialgeschichtlichen Standpunkten aus in frühbürgerlichen, spät- und hochmittelalterlichen oder sogar antiken Entwicklungsbedingungen gesehen.

Aus den disziplinübergreifenden Gemeinsamkeiten in bezug auf die Theoriestruktur einerseits, und aus der ideengeschichtlichen Persistenz andererseits, eröffnet sich die Möglichkeit einer ebenso disziplinübergreifenden gemeinsamen Kritik, also einer Kritik am gesamten Paradigma. (7) Dies soll in Teil D geschehen. Dabei soll versucht werden, einige der in einzelnen Disziplinen bereits vorgetragenen Kritikpunkte auf das gesamte Paradigma auszuweiten, wobei die Kritik an der ökonomischen Anwendungsvariante des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als der ältesten und erfahrensten Kritik eine besonders beispielgebende Rolle erhalten wird. In diesem Teil D soll gezeigt werden, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma als wissenschaftliches Erklärungsmodell äußerst unbefriedigend ist. Nähme man die wissenschaftliche Qualität der paradigmatischen Theorien als alleiniges Kriterium des Überlebens des Paradigmas, wie es führende wissenschaftstheoretische Schulen gewöhnlich praktizieren, so müßte ein Paradigmenwechsel bevorstehen.

Kuhn hat dieses Wissenschaftsverständnis, das glaubt, Theorien könnten durch wissenschaftliche Kritik allein, also durch logische und empi-

rische Beweise, widerlegt werden, schärfstens abgelehnt. Seiner Auffassung nach wird nämlich in der Regel trotz aller methodologischer, empirischer und sonstiger wissenschaftlicher Einwände das Paradigma immer nur besser an diese Einwände angepaßt, selten jedoch wirklich aufgegeben. Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma wird etwa durch folgende Argumente in Schutz genommen: Im großen und ganzen funktioniert die Realität so wie im Paradigma beschrieben, gegenwärtig ist kein besseres Paradigma verfügbar, und die Natur des Menschen läßt allem Anschein nach kein anderes als ein auf Konkurrenz basierendes Paradigma zu. Es bleibt also dieser herrschenden Auffassung zufolge nichts anderes übrig, als die paradigmatischen Theorien beizubehalten und immer nur partiell zu verbessern, d. h. an die Wirklichkeit noch mehr anzunähern. Das Paradigma kann demnach, wenn schon nicht als optimales Erklärungsmodell, so doch wenigstens als Zukunftsmodell bzw. Handlungsmodell betrachtet werden, man müsse es nur von seinem rein deskriptiven Bedeutungsgehalt befreien und als präskriptives Aussagengebäude behandeln.

Kuhn hat diese Einstellung als eine für die "normale Wissenschaft" typische bezeichnet. Paradigmen haben es nämlich an sich, daß sie sich gegen Kritik bestens abschotten, etwa durch Präzisierung von paradigmatischen Theorien oder durch Anpassung der Fakten an solche Theorien. Paradigmen kommen nach Kuhn erst zu Fall, wenn sie ganz offensichtlich im Vergleich zu konkurrierenden Grundauffassungen immer weniger in der Lage sind, die jeweiligen "Rätsel" der Wirklichkeit zu lösen. Auf das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma bezogen muß also geprüft werden, ob diesem Paradigma in der Realität Schwierigkeiten erwachsen, und zwar nicht nur in seiner Eigenschaft als Erklärungsmodell, sondern auch in seiner Eigenschaft als Handlungs- bzw. Zukunftsmodell. Erst im Anschluß an diesen letzten Untersuchungsschritt, der in Teil E stattfinden wird, kann die Frage nach einem eventuellen Wechsel des Konkurrenzparadigmas umfassend thematisiert werden.

Anknüpfung an die bisherige Diskussion

In den Sozialwissenschaften gibt es seit etwa 25 Jahren den Versuch, neue disziplinübergreifende Modelle zu entwickeln, in denen die Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" eine zentrale Rolle spielen. Diese Modelle, die beispielsweise unter dem Sammelbegriff "Ökonomische Theorie der Politik", soziologische oder wissenschaftssoziologische "Austauschtheorie" (8) bekannt geworden sind, haben meistens die Theoriebildung der ökonomischen Einzeldisziplin als Orientierungsmuster verwendet. Demgegenüber will ich keine neuen interdisziplinären Modelle konzipieren. Auch halte ich es für witzlos, diesen Autoren nachzuweisen, daß sie das, was sie ankündigen, auch tatsächlich tun. Reizvoller scheint mir demgegenüber der Nachweis, daß ganz andere sozialwissenschaftliche Autoren, die mit den ökonomischen Modellen gar nichts zu tun haben wollen und demgegenüber gerade auf der Eigenständigkeit ihrer Disziplin beharren, de facto das ökonomische Mo-

dell zum Vorbild haben. D. h. ich möchte einigen unabhängig voneinander entstandenen Theorien ihre faktische Strukturgleichheit nachweisen und zeigen, daß die Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" als Fundamentalbegriffe dieser Theorien interpretiert werden können. (9) Insofern gibt es für diese Untersuchung meines Wissens keinen direkten Vorläufer.

Allerdings verdankt sich diese Arbeit einer Reihe unverzichtbarer Vorarbeiten. So existieren seit einigen Jahrzehnten in den verschiedensten sozialwissenschaftlichen Disziplinen Versuche, Gemeinsamkeiten zwischen existierenden und sich mitunter heftig befehdenden Theorien aufzuzeigen, wobei auch die Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" immer wieder auftauchen. Innerhalb der Soziologie betonen beispielsweise Autoren wie C. E. Russett (1966) (10) oder Karlheinz Messelken (1968) (11), daß sowohl im mehr individualistischen Konfliktansatz wie auch im mehr kollektivistischen Integrationsansatz die Gesellschaft als in ihrem Wesen konflikthaft bzw. durch Konkurrenz strukturiert und als gleichgewichtig betrachtet wird. Andere Autoren versuchen, Gemeinsamkeiten zwischen soziologischen Theorien einerseits, und ökonomischen, psychologischen, politologischen und wissenschaftstheoretischen andererseits aufzuweisen. So zeigt z. B. Günter Hartfiel (1968) (12), daß das von der ökonomischen Theorie konstruierte Individuum, der "homo oeconomicus" einige Gemeinsamkeiten mit dem von der soziologischen Theorie konstruierten "homo sociologicus" hat. Victor Vanberg (1975) (13) und Alfred Bohnen (1975) (14) fassen einen großen Teil der sozialwissenschaftlichen Theoriegeschichte unter dem Begriff "Individualismus" zusammen, zeigen deren Herkunft aus dem Utilitarismus und verweisen auch auf die ideengeschichtliche Vorreiterrolle der ökonomischen Theoriebildung. Von seiten der Wissenschaftstheorie ist besonders der Versuch Hans Alberts (1969 und 1978) (15) bemerkenswert: Er faßt Erkenntnisfragen und Praxisfragen unter dem Oberbegriff "Problemsituation" bzw. "Entscheidung bei Knappheit/Ungevißheit" zusammen und postuliert als Problemlösungsprinzip die "Rationalität", d. h. die bestmögliche Vorwegnahme aller Entscheidungsfolgen im Akt der Entscheidung selbst. Eine kritische Weiterführung dieser Perspektive findet sich bei Karl Theodor Schuon (1975) (16). Ziel all dieser Versuche - von denen hier nur einige wenige exemplarisch erwähnt wurden (17) - ist es, strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den sich immer mehr verselbständigenden einzelwissenschaftlichen Theorien bzw. den durch sie thematisierten Wirklichkeitsbereichen aufzuzeigen

Meiner Meinung nach sind diese Arbeiten in mindestens dreifacher Hinsicht noch **unzulänglich**: Erstens führt keiner der genannten Autoren einen konsequenten interdisziplinären Theorievergleich durch, d. h. keiner zeichnete die aus je spezifischen Annahmen und je spezifischen Schlußfolgerungen konstituierte Struktur der Theorien nach und vergleicht sie. Insbesondere wird die Analogiebildung zur Ökonomie immer nur behauptet, nie aber bewiesen. (18) Ohne Kenntnis der gemeinsamen Struktur disparater sozialwissenschaftlicher Theo-

rien ist es diesen Autoren zum zweiten auch unmöglich, die Kritik, die an einzelnen Strukturvarianten (etwa der ökonomischen) geäußert worden ist, auf andere (etwa die soziologische) zu übertragen. Weil so diese Varianten der Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie bisher gegen die jeweils in den Nachbardisziplinen entwickelten Kritiken immun sind, bleibt drittens die Frage der fundamentalen Veränderung dieser Theoriestruktur notwendigerweise allein den außerhalb dieser Theorie-tradition stehenden Wissenschaftlern überlassen; für die Vertreter des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas gibt es demgegenüber bisher keine Veranlassung, ihr Denken vom Ansatz her in Frage zu stellen. Daß die These von Thomas Kuhn über die Revolutionierbarkeit von geistigen Traditionen auch für ihren eigenen Denkansatz von Bedeutung sein könnte, ist ihnen so unvorstellbar.

Ich möchte in meiner Arbeit nun eine neue Strategie der sozialwissenschaftlichen Kritik vorschlagen und erproben. Bisher gab es im wesentlichen zwei Wege der Kritik: Fundamentale Kritik wurde in der Regel nur von außerhalb des Paradigmas Stehenden vorgetragen, etwa von normativen, funktionalistischen/systemtheoretischen, dialektischen oder marxistischen Standpunkten aus. Deren Prämissen konnten die Kritisierten jedoch leicht als von vornherein unakzeptabel beiseite schieben. Die andere Form der Kritik war die meist von innen vorgetragene Kritik an Details einzelner Theorien oder Disziplinen, die zwar meist akzeptiert werden mußte, aber lediglich auf graduelle Verbesserung des Kritisierten abzielte. Ich möchte diese Lücke zwischen der leicht abwehrbaren aber fundamentalen Kritik und der schwer abwehrbaren aber relativ harmlosen Kritik dadurch zu schließen helfen, daß ich durch den - freilich nur exemplarischen - Nachweis zentraler Struktur Gemeinsamkeiten eine neue Kritikstrategie ermögliche: Die Übertragung von einzeldisziplinärer Kritik auf Theorien aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Diese Untersuchung will also so gut wie möglich in der Sprache des Paradigmas kritisieren und dies dennoch fundamental tun.

Die Idee, daß eine solche Übertragung der Kritik von einer Disziplin auf die andere möglich sein könnte, verdanke ich u. a. der von Winfried Vogt (1971 und 1976) (19) formulierten Kritik an der herrschenden nationalökonomischen Theoriebildung. Diese Kritik hat zwei Vorzüge: Sie ist weitgehend vom Inneren dieses Paradigmas aus vorge-tragen bzw. nachvollziehbar und insofern für den Kritisierten schwer abzuwehren. Und sie ist dennoch eine fundamentale bzw. radikale Kritik. Die dort entfaltete ökonomische Argumentation dürfte insgesamt den größten Anstoß zu meiner interdisziplinären Untersuchung gegeben haben.

Begrenzung des Anspruchs der Arbeit

Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich noch kurz anmerken, was diese Untersuchung nicht will bzw. gar nicht kann: Gegenstand der Untersuchung ist nicht eine - wie auch immer geartete - bürgerliche Sozialwissenschaft insgesamt. Hier wird nur eine be-

stimmte Richtung, vertreten durch einige ausgewählte Autoren, thematisiert. Damit ist über andere Richtungen, etwa normative, systemtheoretische oder materialistische Ansätze, absolut nichts ausgesagt. Der Gegenstand der Arbeit ist auch dadurch eingegrenzt, daß es mir primär (in den Teilen A bis D ausschließlich) um die sog. reine Theorie und deren wissenschaftliche Qualität (Erklärung von Realität) geht. Erst in Teil E wird auf Praktisch-Politisches eingegangen. - Schließlich folgt aus dem interdisziplinären Charakter der Untersuchung, daß die über die jeweiligen Einzeldisziplinen gemachten Aussagen nicht die Tiefe - und damit auch notgedrungen - nicht die Kompetenz beanspruchen können, die eine einzelwissenschaftliche Untersuchung für sich reklamieren würde. (20)

Eine erste unverzichtbare Hauptaufgabe dieser Arbeit besteht dementsprechend zunächst im Zusammentragen und in der übersichtlich-verständlichen Darstellung des bisher getrennt behandelten Materials. Die Erfüllung dieser Aufgabe macht die Untersuchung so umfangreich, zumal ja bereits dieser erste Untersuchungsschritt am zu untersuchenden Material überprüfbar sein muß. Erst daran anschließend kann das Material verbunden und eingeordnet werden. Mir geht es um die interdisziplinäre Zusammenschau bisher fast ausschließlich isoliert existierender und kritisierter Theorien, insbesondere um die Einbeziehung von Theorien über Theorien (Theorien über Wissenschaft).

Teil A: Einige ausgewählte Theorien

Unter Theorien versteht man in aller Regel gedankliche Gebilde, in denen Sätze über einen bestimmten mehr oder minder scharf abgegrenzten Gegenstand zusammengetragen wurden, und zwar mit dem Ziel, diesen Gegenstand besser zu verstehen und letztendlich mit ihm besser umgehen zu können. (1) Sozialwissenschaftliche Theorien haben in irgendeiner Weise alle das Zusammenwirken von Menschen zum Gegenstand. Dabei kann entweder mehr der Kleinbereich dieses Zusammenwirkens, also die einzelnen Individuen, im Vordergrund stehen (Mikrotheorie), oder der Großbereich, etwa soziale Gruppen oder Strukturen (Makrotheorie). Aus der Gesamtheit der existierenden sozialwissenschaftlichen Mikro- und Makrotheorien sind für meine Fragestellung nur solche relevant, die mit dem in der Einleitung dargestellten Konkurrenz-Gleichgewichts-Argument arbeiten. Von der Vielzahl dieser Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien wähle ich einige wenige aus, und zwar aus den sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen Ökonomie, Politik, Soziologie und Wissenschaftssoziologie bzw. -theorie. Es sind dies solche Theorien, die von sich weitestgehend behaupten können, daß sie in Forschung und Lehre der BRD so etwas wie einen Knotenpunkt der jeweiligen einzelwissenschaftlichen Traditionen darstellen, ja sogar z. T. zu wissenschaftlichen Bestsellern geworden sind.

Teil A ist folgendermaßen gegliedert: Zunächst werden diejenigen Theoriebeispiele dargestellt, die bestimmte Ausschnitte gesellschaftlichen Handelns zum Gegenstand haben, also die ökonomischen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Theorien. Dann werden Theorien behandelt, die gesellschaftliches Denken zum Gegenstand haben, also die wissenschaftssoziologischen und wissenschaftstheoretischen Theorien. Die ersteren sind demnach Theorien über Gesellschaft, die letzteren Theorien über Theorien der Gesellschaft. (2) Die einzelnen Theorien bzw. Autoren werden sodann zunächst mit ihren eigenen Worten und in ihrem eigenen gedanklichen Aufbau referiert, in einem zweiten Schritt wird dann nach der Verwendung und dem Stellenwert des Konkurrenz-Gleichgewichts-Arguments gefragt, also nach der Struktur bzw. Systematik des Konkurrenz-Gleichgewichts-Modells.

I. THEORIEN ÜBER GESELLSCHAFT

A. EINE ÖKONOMISCHE THEORIE (SAMUELSON)

Von allen sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen (3) kann die Ökonomie noch am ehesten auf ein relativ geschlossenes theoretisches Fundament verweisen, das sich in den unzähligen volks- und betriebswirtschaftlichen Lehrbüchern niederschlägt. Wahrscheinlich das meistgelesene Standardwerk ist Paul A. Samuelsons "Volkswirtschaftslehre" (4). Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Argument erscheint dort wie in der gesamten volkswirtschaftlichen Literatur an zentraler Stelle: Bei der Preis- oder Markttheorie.

1. DIE THEORIE

Gegenstand, Absicht, Methode

Nach Samuelson befaßt sich die Volkswirtschaftslehre mit den Entscheidungen über die Verwendung der Produktionsmittel und die Verteilung der Produkte in einer Gesellschaft. (5) Dies ist der wirtschaftliche Ausschnitt aus der Gesamtheit des sozialen Handelns des Menschen. Dabei interessieren den Ökonomen allein solche Mittel zur Produktion, die, verglichen mit den menschlichen Bedürfnissen, in beschränkter Menge auf der Welt vorhanden sind, also relativ knapp sind. Das besondere Augenmerk der Ökonomen richtet sich darauf, wie die Verwendung dieser knappen Produktionsmittel möglichst sparsam und effektiv organisiert werden kann.

Samuelson hat nun als Wissenschaftler die Absicht, diesen seinen Gegenstand zu analysieren. Er will also die Entscheidungen über die Produktionsmittelverwendung und die Produktverteilung in ihre Bestandteile zerlegen. Als wesentliche Faktoren einer wirtschaftlichen Entscheidung verweist er auf die jeder Entscheidung vorausgehende Abwägung von Kosten und Nutzen der jeweils zur Auswahl stehenden Entscheidungsalternativen. Der Wirtschaftswissenschaftler unterscheidet sich nach Samuelson vom Unternehmer oder vom Gewerkschaftsfunktionär vor allem dadurch, daß er bei seiner Kosten-Nutzen-Analyse die Wirtschaft als Ganzes thematisiert, der Praktiker sich demgegenüber nur für seinen jeweiligen Handlungsausschnitt interessiert.

Mit welcher Methode zerlegt der Wirtschaftswissenschaftler nun diese Kosten-Nutzen-Entscheidungen? Während der Naturwissenschaftler mit seinem Gegenstand experimentieren kann, um hinter die Bestimmungsgründe von bestimmten Phänomenen zu kommen, steht dem Ökonomen als Sozialwissenschaftler diese Möglichkeit nur am Rande zur Verfügung, weil sich die ökonomische Wirklichkeit nicht einfach zerlegen und

auf die Bedingungen der Analyse zurechtschneiden läßt (6). Der Wirtschaftswissenschaftler hat die ökonomische Wirklichkeit nur als Einheit zur Verfügung und kann sie nur als solche beobachten. Sein hauptsächliches Analyseinstrument ist das Denken, genauer: Das Wegdenken von Nebensächlichkeiten, also das Abstrahieren von der beobachteten Wirklichkeit. Dabei entstehen zunächst Begriffe (7) von ökonomischen Tatsachen und dann auch Beziehungen zwischen solchen Begriffen, also etwa über bestimmte Preise und Mengen. Um etwas über die Art und Weise solcher Beziehungen herauszubekommen, muß man nach Samuelson gedanklich eine hinreichende Menge solcher Begriffe (Variablen) aus der ökonomischen Realität herausnehmen und probierhalber in verschiedene Beziehungen zueinander setzen. Je nachdem, was den Theoretiker interessiert, bestimmt er eine dieser Variablen als unbekannt und versucht, sie gedanklich aus einer Anzahl ebenfalls vorweg ausgewählter und als bekannt definierter Variablen abzuleiten. Ein solches Gedankenexperiment war erfolgreich, wenn sich herausgestellt hat, daß tatsächlich ausreichend viele bekannte Variablen gefunden wurden, um die unbekannte Variable bzw. das interessierende Phänomen zu erklären. Maßstab der wissenschaftlichen Abstraktion ist also die Brauchbarkeit einer Theorie zur Erklärung der Wirklichkeit.

Als Ergebnis der bisherigen Wirtschaftsanalyse hat sich nach Samuelson herausgestellt, daß es brauchbar ist, die Beziehungen zwischen den Begriffen bzw. Variablen der Volkswirtschaftstheorie als Wechselbeziehungen zu begreifen und die weiteren Analysen als solche zu konzipieren. Jede Variable muß demnach sowohl als Ursache als auch als Wirkung einer Veränderung angesehen werden. Nur an den Rändern eines solchen Geflechts von ökonomischen Variablen existieren eindeutige Ursache-Wirkung-Beziehungen. (8) Während also z. B. Preise und Mengen für ein bestimmtes Gut sich gegenseitig verursachen bzw. bewirken, ist etwa das menschliche Verlangen nach diesem Gut ein externer Faktor, er verursacht also in einseitiger Art und Weise eine Preis-Mengen-Veränderung auf dem betreffenden Markt. Diese spezielle Form der Abstraktion hat sich nach Auffassung Samuelsons bisher bewährt, sie wird es demnach auch in Zukunft ermöglichen, die uns interessierenden Unbekannten zu finden und damit die uns interessierenden Fragen zu beantworten.

Fazit: Die beim Umgang mit knappen Gütern anfallenden Entscheidungen sind durch Denkabstraktionen, die ihrerseits von Beobachtungen ausgehen (9), in ihre wechselseitigen Bestimmungsfaktoren zu zerlegen. Die Abstraktion orientiert sich an der Brauchbarkeit, d. h. der Erklärungskraft in der wirtschaftlichen Praxis.

Abfolge der Begriffe

Der Weg des praxisorientierten abstrahierenden Denkens führt Samuelson vom Allgemeinen zum Besonderen. Die **allgemeinste Frage** lautet für den Wirtschaftstheoretiker: (10) Welche ökonomischen Entschei-

dungen muß jede Gesellschaft, unabhängig von ihren jeweiligen Besonderheiten, auf alle Fälle treffen. Die Antwort: Jede Gesellschaft muß entscheiden, was, wie und für wen produziert wird. Diese Entscheidungen werden notwendig, weil auf der Welt das Prinzip der Knappheit herrscht. Diese drei Fragen können durch "Tradition", "Instinkt", "Befehl" oder durch den "Markt" entschieden werden. (11)

Samuelsons Theorie analysiert das marktwirtschaftliche Entscheidungssystem. In einem ersten Schritt gibt er einen groben, beschreibenden Überblick über den Marktmechanismus, in einem zweiten Schritt analysiert er die ihm zugrundeliegenden Kräfte.

Was den Überblick angeht, so ist die Begrifflichkeit hinlänglich bekannt und soll deshalb hier nur angedeutet werden. Das Herz einer marktwirtschaftlichen Ökonomie ist der **Preismechanismus**: In einer Marktwirtschaft existiert der gesellschaftliche Reichtum in aller Regel als Privateigentum von Individuen oder Gruppen von Individuen. (12) Alle Elemente dieses Reichtums, also die Güter, haben aufgrund der Existenz des Privateigentums einen Preis, sind also nur durch Tausch von einem Privateigentümer auf den anderen zu übertragen. Wenn ein Gut besonders begehrt wird, wenn also die Nachfrage nach ihm steigt, so steigt auch dieser Preis. (13) Oder: Wenn ein Gut besonders knapp wird, wenn also das Angebot an diesem Gut fällt, dann steigt der Preis dieses Gutes ebenfalls. Ein sinkender Preis ergibt sich umgekehrt entweder aus einer sinkenden Nachfrage oder einem steigenden Angebot. Ein steigender Preis ist für die Unternehmen ein Signal, die Produktion dieses Gutes zu erhöhen, ein fallender führt dementsprechend zur Produktionsdrosselung. Der Preismechanismus führt also notwendigerweise zu einem Punkt, bei dem genausoviele Güter produziert werden wie auch nachgefragt werden. Hier endet die Bewegung des Preises wie auch die Veränderung der produzierten bzw. konsumierten Menge des betreffenden Gutes, man nennt diesen Punkt deshalb Gleichgewichtspunkt.

Der Preismechanismus löst alle drei ökonomischen Grundprobleme: Der Preis sagt den Unternehmern, was sie produzieren sollen. Er zwingt sie gleichzeitig zu einer bestimmten Art und Weise der Produktion (das Wie-Problem), nämlich zur kostensparendsten. Und er legt fest, für wen produziert wird, weil die in der Produktion verbrauchten Produktionsmittel ("Produktionsfaktoren") ebenfalls ihren Preis ("Lohn", "Rente" und "Zinsen") fordern und somit erst das Konsumbudget bzw. die Kaufkraft entsteht, die den Güterstrom zu den jeweiligen Konsumenten lenkt. Obwohl also in einer marktwirtschaftlichen Ökonomie sich niemand um die Lösung dieser drei ökonomischen Grundprobleme kümmert, werden sie tagtäglich gelöst, und dies zudem noch auf höchst demokratische Art und Weise.

"Was zu produzieren ist, wird durch Stimmzettel der Verbraucher determiniert, wobei die Stimmzettel Geldscheine sind und diese Wahl nicht nur alle zwei Jahre stattfindet, sondern täglich und stündlich bei jeder Kaufentscheidung erfolgt." (14)

Nun zum zweiten Analyseschritt, in dem es um die diesem Preismechanismus **zugrundeliegenden Kräfte** geht: um die Entscheidungen der Haushalte und der Unternehmungen, die einen bestimmten Preis ja erst hervorbringen. (15). Zunächst zu den Haushalten: Je höher der Preis eines Gutes ist, desto weniger sind die Haushalte an diesem Gut interessiert, weil sie dann - bei gegebenem Budget - auf die Befriedigung eines größeren Teils ihrer sonstigen Konsumbedürfnisse verzichten müßten als bei einem niedrigeren Preis ("Nachfragefunktion"). Die Unternehmer werden umgekehrt beim Ansteigen eines Preises immer mehr an der Produktion dieses Gutes interessiert sein, weil sie bei einem höheren Preis ihre Kosten leichter decken können ("Angebotsfunktion"). Aufgrund dieser Gegenläufigkeit des Verhaltens der Nachfrager und der Anbieter gibt es nun bekanntlich genau einen Preis, bei dem die nachgefragte Menge gleich der angebotenen ist: den "Gleichgewichtspreis". Geht man in der Analyse noch einen Schritt tiefer, läßt also immer mehr Nebensächlichkeiten weg und fragt nach der gemeinsamen Grundeigenschaft des Verhaltens der Nachfrager und der Anbieter (16), so erhält man von Samuelson u. a. die Antwort: Sie maximieren ihren Nutzen. Der Unterschied zwischen beiden besteht lediglich darin, daß maximaler Nutzen für die Haushalte maximale Befriedigung der Konsumbedürfnisse bedeutet, für die Unternehmen maximale Befriedigung der Geldbedürfnisse. Ausgangspunkt aller Konsum- und Produktionsentscheidungen ist grundsätzlich immer die Frage, ob angesichts einer gegebenen Situation diese durch die Veräußerung eines Gutes (Geld, Produktionsmittel) noch weiter zu verbessern ist oder nicht. Solange eine solche Verbesserung möglich ist, wird das betreffende Gut verausgabt, ist eine solche Nutzenmaximierung nicht mehr möglich, so wird kein Entscheidungssubjekt seine Situation verändern, der Gleichgewichtszustand der Ökonomie ist erreicht. (17) Er ändert sich, sobald entweder innerhalb der ökonomischen Variablen auf einem benachbarten Markt eine Veränderung eintritt, z. B. durch die für jeden Verbraucher interessanten Preisänderungen für Ersatz-Konsumgüter oder die für jeden Unternehmer interessanten Preisänderungen für Ersatz-Produktionsgüter, oder sobald von außen eine neue Situation entsteht, etwa ein neues Nachfrageverhalten der Konsumenten (Geschmackswechsel = Änderung der Präferenzen) oder eine neue Situation bezüglich der natürlichen Ressourcen (z. B. Umweltkrise = Änderung der Knappheitsverhältnisse) entsteht. (18) Soweit das Grundgerüst der Markttheorie.

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM KONKURRENZ- UND GLEICHGEWICHTS-BEGRIFF

Im folgenden soll nun die Theorie Samuelsons daraufhin abgetastet werden, wo und wie in ihr die Begriffe - wohlgemerkt: nicht unbedingt die Termini - "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" verwendet werden.

Konkurrenz und Gleichgewicht i m Individuum

Strenggenommen tauchen in der Theorie Samuelsons überhaupt keine Individuen auf. Die Subjekte seiner Ökonomie werden als Entscheidungsträger bezeichnet, gleichviel ob individuelle oder kollektive. Wie beschreibt Samuelson nun den Entscheidungsprozeß, der in diesen Entscheidungsträgern abläuft und die Voraussetzung und Konsequenz des gesamten dargestellten Marktgeschehens ist? Zunächst zur Nachfrageseite: (19) Welche Rolle spielt Konkurrenz und Gleichgewicht bei diesen Nachfrageentscheidungen?

Ginge es ausschließlich nach den Wünschen der Konsumenten, würden diese also von keiner Knappheitsschranke behindert, so würde der Konsument von Gut 1 (z. B. Nahrung) eine ganz bestimmte Menge nachfragen, von Gut 2 (z. B. Kleidung) wiederum eine bestimmte Menge usw. und zwar soviel, daß seine Bedürfnisse genau und voll befriedigt werden. Jedoch: Es lernen schon die kleinen Kinder, daß auf die Frage "Welches von beiden?" die Antwort "Beides!" nicht akzeptiert wird. (20) Die Elementarsituation, in die Samuelson jeden Nachfrager gestellt sieht, ist dieser Situation der Kinder sehr ähnlich. Die Rolle der Eltern, die die Güter den Kindern zuteilen, übernimmt in der Ökonomie der Erwachsenen der Preis, also die vorgestellte Menge Geldes, mithilfe dessen die jeweiligen Güter eingetauscht werden können. Die Tatsache nämlich, daß die Güter nur in begrenzten Mengen vorhanden sind, wird für alle sichtbar und fühlbar durch das Preisschild ausgedrückt. Es gibt Auskunft darüber, wie begehrt ein Gut im Verhältnis zu seiner Knappheit ist. Zum andern hat jeder Haushalt durch den Verkauf seines Produktionsbeitrages (z. B. der Arbeit) eine bestimmte Geldsumme und damit ein bestimmtes Konsumbudget erworben.

Die Aufgabe des Konsumenten besteht nun darin, zu entscheiden, wie jenes begrenzte Budget auf die Vielfalt der alternativen Güter aufzuteilen ist. Bei diesem Kalkül heißt es: Je mehr Nahrung desto weniger Kleidung oder je mehr Nahrung desto weniger Geld (für irgendwelche anderen gegenwärtig oder zukünftig wünschenswerten Güter). Das Entscheidungssubjekt steht also einer geistig-psychischen Konkurrenzsituation gegenüber: In seinem Kopf bzw. Herz konkurriert immer ein bestimmtes Gut gegen ein anderes bestimmtes Gut bzw. ein bestimmtes Bedürfnis gegen ein anderes bestimmtes Bedürfnis. Oder auch ein bestimmtes Gut/Bedürfnis gegen das generelle Gut, das Geld bzw. das generelle Bedürfnis nach gegenwärtigem oder zukünftigem ("Sparen") Konsum. Nur weil jeder Haushalt ständig solche Konkurrenzsituationen abwägen und entscheiden muß, also festlegen muß, bis zu welchem Preis er den Erwerb eines Gutes dem Behalten des Geldes gerade noch vorzieht, entsteht die oben bei der Erläuterung des Preismechanismus dargestellte gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktion.

Dem Nutzenmaximierungsstreben des Konsumenten wird also durch die Existenz seines begrenzten Budgets einerseits und die Preisschilder an den Waren andererseits angezeigt, daß er nicht im Schlaraffenland lebt und sich mit einem begrenzten Nutzenmaximum zufrieden geben muß. Wie dieses begrenzte Konsumniveau aber genau ausschaut, das muß der Konsument in der Marktwirtschaft (im Gegensatz zur "Befehls-" oder "Traditionswirtschaft") nach Samuelson selbst entscheiden. Nach welchem Prinzip geht der nutzenmaximierende Konsument bei seiner Konkurrenzentscheidung vor? Nach dem Prinzip der Logik: Genauso, wie man bei der Vorbereitung eines Exams oder der Planung eines Urlaubs seine Zeit für die verschiedenen Fächer oder Freizeitaktivitäten aufteilt, genauso verteilt der Konsument sein begrenztes Geld auf die verschiedenen Güter. Er vergleicht dabei die Nützlichkeiten der zur Auswahl stehenden Güter bzw. den Nutzenzuwachs und die Nutzenminderung (Kosten) für die verschiedenen Entscheidungsalternativen. Er verteilt sein Geld dann solange um, bis er aus den durch die verschiedenen Geldsummen erworbenen Gütermengen den größten Gesamtnutzen hat. (21) Da mit jeder zusätzlichen Einheit eines Gutes der von ihm gespendete zusätzliche Nutzen fällt ("fallender Grenznutzen"), muß der Konsument bei seiner Geldausgabeplanung streng darauf achten, daß er von einem bestimmten Gut nicht zuviel einplant bzw. einkauft. Er muß rechtzeitig an die anderen Güter denken, von denen er vielleicht noch zuwenig hat, bei deren Erwerb er also einen relativ größeren Grenznutzen als beim Erwerb des ersten Gutes verbuchen könnte. Die ständige und simultane Abwägung der Grenznutzen aller Güter und die entsprechende Geldumverteilung endet an dem Punkt, an dem der Grenznutzen der zuletzt ausgegebenen Geldeinheit (etwa für Kleidung) genauso groß ist, wie wenn diese Geldeinheit für irgendein anderes Gut (z. B. Nahrung) ausgegeben worden wäre. Jetzt gibt es für den Konsumenten keinen Grund mehr für eine weitere Umverteilung, diese würde seinen Gesamtnutzen wieder verringern. (22) Er befindet sich in einem psychischen "Ruhe- oder Gleichgewichtszustand". Dieses individuelle Verbrauchergleichgewicht drückt nichts anderes aus als die individuelle Lösung für die von außen gesetzte Konkurrenzsituation. Sie ist der persönlich gefundene Kompromiß zwischen dem grenzenlosen Nutzenmaximierungsstreben und der Begrenztheit der nutzenstiftenden Mittel auf der Welt.

Ähnliche Entscheidungskalküle beschreibt Samuelson für die andere Seite des Marktgeschehens, die Angebotsseite und deren Entscheidungsverhalten. Vereinfacht man diese um einiges komplizierteren Entscheidungen stark, so geht es hier darum, alternative negative Grenznutzen, also Grenzkosten, gegeneinander abzuwägen und ins "Gleichgewicht" zu bringen (Angebotsgleichgewicht). (23)

Konkurrenz und Gleichgewicht z w i s c h e n Individuen

Die ökonomischen Entscheidungsträger, die also in ihrem Inneren einen ständigen Konkurrenzkampf durch ebenso beständige Gleichgewichtsbildungen schlichten müssen, konkurrieren auch gegeneinander in vielfältiger Art und Weise. Diese Konkurrenz der Haushalte gegeneinander, der Unternehmungen gegeneinander, und der Haushalte gegen die Unternehmungen läuft gleichzeitig mit den inneren Konkurrenzkämpfen ab und ist letztlich nichts anderes als der externe Aspekt des ersteren. Oder anders: Der innere Kampf ist der praktische Ausdruck des äußeren. Entsprechendes läßt sich von den jeweiligen inneren und äußeren Gleichgewichtszuständen sagen.

Worum wird konkurriert? Die Haushalte konkurrieren um knappe Konsumgüter und knappe Einkommenschancen (z. B. Arbeitsplätze). Die Unternehmungen konkurrieren um knappe Absatzchancen und knappe Produktionsgüter (Maschinen, Rohstoffe). Haushalte und Unternehmungen konkurrieren um die vom Staat ausgegebenen knappen Geldmengen. Abstrahiert man von der Besonderheit dieser einzelnen Güter bzw. Märkte, so bleibt die Feststellung: Die Entscheidungssubjekte einer Marktwirtschaft machen sich gegenseitig den Anspruch auf die knappen Güter streitig.

Wer reguliert diese Konkurrenz, wer entscheidet über die sich gegenseitig ausschließenden Ansprüche der Wirtschaftssubjekte? Diese Schiedsrichterfunktion hat in der Marktwirtschaft der Markt, genauer: der Preismechanismus. Der Preis bestimmt, wieviel Konsumgüter der eine Haushalt und wieviel der andere zur Verfügung hat, wieviel Maschinen das eine Unternehmen und wieviel das andere erhält oder wieviel Geld für Investitionen den einzelnen Wirtschaftssubjekten zur Verfügung gestellt wird. Der Preis gibt eindeutig und für alle gleichgeltend die Mengenrelation an, die beim Austausch zweier Güter gelten muß. Konkret: Der Bodenpreis (z. B. Rohstoffpreis) legt fest, wieviel Konsum- und Investitionsgüter jeder Konkurrent um den knappen Boden (Rohstoff) als Gegenleistung für die Bereitstellung dieses Gutes ausgeben muß. Oder: Der Konsumgüterpreis legt fest, wieviel Arbeitsleistung jeder Konkurrent um die knappen Konsumgüter für diese aufbringen muß. Der Preis regelt also die Verteilung der knappen Güter unter die Konkurrenten. Insofern reguliert der Markt bzw. der Preis den Sachanspruch der Wirtschaftssubjekte. Diese Sachregelung kann nochmals differenziert werden: Zum einen regelt der Preis einzelne Anspruchsgegensätze bei einer konkreten Gütertransaktion. Zum andern regeln Preise längerfristig die generellen Möglichkeiten von Wirtschaftssubjekten, ihre Ziele verwirklichen zu können, man denke etwa an den Preis für den Faktor Arbeit, der die Konsummöglichkeiten des Arbeiters bestimmt.

Darüberhinaus tragen Markt und Preis noch auf eine andere Weise zur Lösung des Knappheits- bzw. Konkurrenzproblems bei. Der Marktpreismechanismus hat nämlich zur Voraussetzung und zur Konsequenz

(Wechselkausalität), daß auch die **V e r f a h r e n s r e g e l u n g** bei der Verteilung der knappen Naturgüter immer fester institutionalisiert wird: das Tauschprinzip. Mit jedem erfolgreichen Marktaustausch erkennen die Wirtschaftssubjekte, daß sie durch den Tausch ihr Nutzenniveau erhöhen konnten, d. h. daß ihnen ohne Tausch weniger Produktions- oder Konsummöglichkeiten zur Verfügung gestanden hätten. Ihre Konsequenzen: Sie spezialisieren sich immer mehr, gehen von der Eigenwirtschaft zur Tauschwirtschaft über und führen schließlich das Geld als universelles Tauschmittel ein. (24) Das beim Tausch entstehende Tauschgleichgewicht (25) ermöglicht nämlich ein höheres Nutzen- bzw. Produktivitätsniveau als bei eigenwirtschaftlicher Verteilung der Arbeitszeit, selbst wenn die Regel von Grenznutzen- bzw. Grenzkostengleichgewicht genauestens eingehalten wird. Dies ist der Grund dafür, daß das Tauschprinzip überhaupt entstanden ist.

"Niemand hat dieses System erdacht. Es hat sich mit der Zeit entwickelt und es ist genauso wie die menschliche Natur Änderungen unterworfen. Jedoch besteht es den wichtigsten Test, den eine soziale Organisation bestehen muß: Es ist lebensfähig". (26)

Angesichts der existierenden Knappheitsverhältnisse löst der Markt also zweierlei Arten von Probleme: Das kurzfristige Problem der Verteilung dieser knappen Güter unter die Menschen und das langfristige Problem der immer umfassenderen Institutionalisierung seines eigenen Verfahrensprinzips selbst. Die Konkurrenzkämpfe münden nur deshalb immer wieder in einen Gleichgewichtszustand, weil die vom Preis ausgesprochenen Schiedssprüche kurz- und langfristig eindeutig sind und allen beteiligten Subjekten als vorteilhaft erscheinen. Das prinzipielle Einhalten des Tauschprinzips und der Tauschregeln (Bürgerliches Gesetzbuch) bringt dem Subjekt einen höheren Nutzen als jede andere Verhaltensweise. (27) Aus diesen Gründen heraus hat nach Erreichen des Gleichgewichtszustands niemand mehr eine Veranlassung, unzufrieden zu sein und sein Entscheidungsverhalten abändern zu wollen. Das psychische Gleichgewicht im entscheidenden Individuum und das gesellschaftliche Gleichgewicht zwischen den Individuen charakterisiert das Allgemeine Ökonomische Gleichgewicht. Dieses wird jedoch sofort wieder gestört, wenn von außen (einem anderen Markt, durch Geschmackswchsel oder Naturveränderung) eine neue Kraft die Waage aus dem Gleichgewicht bringt, bis dann der Marktmechanismus - theoretisch unendlich schnell - eine neue Gleichgewichtslage herstellt.

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen G r u p p e n

Wie schon öfter erwähnt, sind die Subjekte des ökonomischen Handelns bei Samuelson lediglich als Entscheidungsträger konzipiert, die sowohl Individuen als auch Kollektive sein können. Ob ein Jungeselle oder eine Großfamilie einen Haushalt bildet und als Nach-

frager auf den Markt tritt, ist Samuelson gleichgültig. Dasselbe gilt für die Unternehmungen. Aus diesem Grund gilt alles, was oben über Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Individuen gesagt wurde, auch für die miteinander konkurrierenden Gruppen: Sie sind nichts anderes als Entscheidungsträger.

Fazit: Der Gegensatz zwischen dem grenzenlosen Streben nach Bedürfnisbefriedigung und der Begrenztheit der verfügbaren Mittel erzwingt auf allen drei Ebenen - intraindividuell, interindividuell, interkollektiv - permanente Konkurrenz- und Gleichgewichts-Bildungen. So jedenfalls das Analyseresultat Samuelsons.

B. EINE POLITOLOGISCHE THEORIE (SCHUMPETER, FRAENKEL)

In der Politikwissenschaft taucht das Konkurrenz-Gleichgewichts-Argument innerhalb verschiedener Theorien auf. Während es in der Ökonomie - wie bereits erwähnt - eine generelle Grundtheorie gibt, die sowohl den Mikro- als auch den Makroaspekt zum Gegenstand hat, muß diesbezüglich in der Politikwissenschaft eine Vielfalt von Theorien unterschieden werden. Grob eingeteilt: Die mehr in der liberalen Tradition stehenden, die also das isolierte Individuum in den Mittelpunkt der Volksherrschaft rücken (individualistische Demokratietheorien), sind eher als politologische Mikrotheorien anzusehen. Die mehr in der sozialdemokratischen Tradition stehenden, die die zu Gruppen (z. B. Gewerkschaften) vereinigten Menschen als Ausgangspunkt der politischen Herrschaft betrachten (pluralistische Demokratietheorien), sind mehr den Makrotheorien zuzuordnen (28).

Nun gibt es in der Politikwissenschaft - wie in der Einleitung erwähnt - sowohl im Mikro- als auch im Makrobereich seit einiger Zeit Demokratietheorien, die explizit als Analogiebildungen der Wirtschaftstheorien entstanden sind: Die "Ökonomischen Theorien der Politik". Daß diese Theorien auch den Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriff in analoger Weise wie die Ökonomen verwenden, ist selbstverständlich und braucht nicht mehr extra nachgewiesen zu werden. Hier soll demgegenüber gezeigt werden, daß bereits ein früher Vorläufer dieser ökonomischen Theorie der Politik und ein zweiter mit einem völlig anderen Anspruch aufgetretener Pluralismustheoretiker de facto einen der ökonomischen Theorie der Marktwirtschaft recht ähnlichen Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriff verwenden. Es handelt sich dabei um Joseph A. Schumpeter (29) und Ernst Fraenkel (30).

Schumpeters Abhandlung über das Wesen der Demokratie, die hier als Beispiel für eine mikroökonomische Betrachtung fungiert, gilt nicht nur in der deutsch-sprachigen Literatur als theoriegeschichtlicher Ausgangspunkt für die mit Anthony Downs beginnende Schule

der Ökonomischen Theorie der Politik (31). Als exemplarische Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie im Makrobereich der politikwissenschaftlichen Theoriebildung habe ich Ernst Fraenkel ausgewählt, weil er allgemein als Hauptvertreter der neueren Pluralismustheorie in Deutschland gilt. (32)

1. ZWEI VARIANTEN EINER GRUNDIDEE

Im folgenden soll gezeigt werden, daß diese beiden Demokratietheorien, die entweder mehr das liberale Individuum zum primären Souverän machen (Schumpeter) oder mehr die gesellschaftlichen Gruppen (Fraenkel), nicht nur mit der im vorangehenden Abschnitt dargestellten ökonomischen Theorie einiges Wesentliche gemeinsam haben, sondern auch untereinander sehr wohl als Ausdruck einer gemeinsamen Vorstellung über das Funktionieren von demokratischer Politik begriffen werden können. (33)

a. Joseph A. Schumpeter: Die Ebene der Individuen

Gegenstand, Absicht, Methode

Schumpeters Gegenstand ist das Wesen der Demokratie. (34) Über dieses Wesen will er eine neue Theorie formulieren, die die bisher existierenden Theorien, die sich alle an dem klassischen Demokratie-begriff orientieren, verbessern soll. Eine gute Theorie muß nach Schumpeter zum einen ein anwendbares Kriterium zur Unterscheidung ihres Gegenstandes (hier der Demokratie) von anderen Gegenständen (also Nicht-Demokratien) hervorbringen. Zum andern muß sie die in der Realität beobachtbaren politischen Tatsachen angemessen berücksichtigen, um auch als brauchbares Erklärungsmodell für die politische Wirklichkeit gelten zu können. (35)

Schumpeters Methode basiert auf einer Kombination von empirischen Hypothesen und gedanklichen Abstraktionen. Weichenstellend für seine "andere Theorie der Demokratie" ist ein Gedankenexperiment, mithilfe dessen er eine Wesensdefinition aufstellt. An diese Definition schließen sich gedankliche Ableitungen und Ausdifferenzierungen seiner Demokratievorstellung an, die er zwischendurch immer wieder durch empirische Verweise zu erhärten sucht.

Abfolge der Begriffe

Zunächst also zum **Gedankenexperiment** Schumpeters. (36) Der Leser soll sich ein Land vorstellen, in dem seiner Auffassung nach Demokratie herrscht. In diesem Land komme es nun - aus welchen Gründen auch immer - zur Verfolgung religiöser Dissidenten, zur Verfolgung von Hexen oder von Juden, und zwar auf einwandfrei demokratischem Wege. Der Leser soll sich nun fragen, ob er die demokratische Verfassung dieses Landes, die solche Barbareien zur Folge hat, einer Verfassung vorziehen würde, die zwar

nicht demokratisch ist, aber auch keine derartigen Ungerechtigkeiten zustande bringt. Schumpeter vermutet, daß der Leser in diesem Fall eine nicht-demokratische Verfassung vorziehen würde. Dieses hypothetische Ergebnis seines Gedankenexperimentes interpretiert Schumpeter nun wie folgt: Geradeso wie der Leser hat selbst "der glühendste Demokrat" "letzte Ideale und Interessen", wie z. B. Gewissensfreiheit oder Gerechtigkeit, die er über die Demokratie stellt. Einem Demokraten ist also nach Schumpeter die Demokratie keineswegs der höchste aller Werte.

"Der Grund, warum dies (die relative Niedrigbewertung von Demokratie, F. R.) so ist, ist nicht weit zu suchen. Die Demokratie ist eine politische Methode, das heißt: Eine gewisse Art institutioneller Ordnung, um zu politischen ... Entscheidungen zu gelangen, und daher unfähig, selbst ein Ziel zu sein ... Und dies muß der Ausgangspunkt für jeden Versuch einer Definition sein."
(37)

Daß Demokratie nur eine **Methode** ist, das genau haben die Klassiker angeblich nicht erkannt. (38) Für die Klassiker war Demokratie eine Insitution zur Verwirklichung des Gemeinwohls. Das Gemeinwohl wurde in dieser Lehre dadurch realisiert, daß das Volk selbst die politischen Streitfragen entscheiden mußte. Die gewählten Volksvertreter hatten lediglich die Aufgabe, den Willen des Volkes auszuführen. Diese "Philosophie der Demokratie" mußte nach Auffassung Schumpeters an dem völlig unrealistischen Menschenbild, das ihm zugrunde lag, scheitern. Die "menschliche Natur" (39) läßt es nämlich niemals zu, daß die Menschen selbst über Fragen des Gemeinwohls befinden: Der Mensch ist von Natur aus nur mit einer nicht besonders ausgeprägten Intelligenz, mit einem "reduzierten Wirklichkeitssinn", einem geringen Verantwortungsgefühl und mit einer Unfähigkeit zu "wirksamen Willensäußerungen" ausgestattet. Dies gilt umso mehr, je weiter sich der Mensch von seinem alltäglichen Lebensbereich wegbewegt. Besonders in der Politik hilft es ihm auch wenig, wenn er durch Fortbildungsveranstaltungen einige Informationsdefizite ausgeglichen hat, denn nach Schumpeters Auffassung kann man den Menschen "nicht die Leiter hinauftragen". (40) Deshalb kann Demokratie immer nur bedeuten, daß sich die Menschen für bestimmte **P e r s o n e n** entscheiden, die die politischen Fragen für sie klären müssen.

Demokratie muß also in erster Linie als technisches Instrument zur Durchführung dieser Personalentscheidungen begriffen werden:

"Wir nehmen nun den Standpunkt ein, daß die Rolle des Volkes darin besteht, eine Regierung hervorzubringen oder sonst eine dazwischengeschobene Körperschaft, die ihrerseits eine nationale Exekutive oder Regierung hervorbringt. Und wir definieren: Die demokratische Methode ist dieje-

nige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben." (41)

Schließlich formuliert Schlumpeter noch einige **Bedingungen**, die er für das Funktionieren dieser demokratischen Methode für unerläßlich hält: (42) Zunächst muß in der Gesellschaft ein sozialer Ausleseprozeß existieren, der aus dem Heer der Primitiven einige wenige politisch Qualifizierte aussucht, die sich um die Führung bewerben können. Als weitere Rahmenbedingungen für das Funktionieren der demokratischen Methode nennt Schumpeter die angemessene Beschränkung des Bereichs der politischen Zuständigkeit der durch die Wahlen hervorgebrachten Führung, die Existenz einer leistungsfähigen Bürokratie und die Fähigkeit der Bürger zur "demokratischen Selbstkontrolle". Wenn diese Bedingungen gegeben sind, steht einem geregelten Konkurrenzkampf und einer wirksamen demokratischen Herrschaftsausübung nichts mehr im Wege.

b. Ernst Fraenkel: Die Ebene der Gruppen

Gegenstand, Absicht, Methode

Fraenkel beschäftigt sich in dem oben angegebenen zentralen Aufsatz mit dem politischen Gegenstand, den Schumpeter nur mehr angetippt hatte (43): die zu Gruppen (besonders Verbände) zusammengeschlossenen Bürger. Die Tatsache, daß sich die Bürger in einer Vielzahl von Verbänden organisieren, sich in ihnen betätigen und in den Staat eingliedern, bezeichnet Fraenkel als Pluralismus. (44) In seinem Aufsatz will Fraenkel nun zeigen, daß ein so verstandener Pluralismus "essentiell" ist für jede freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie. (45) Im Zusammenhang mit diesem Nachweis entfaltet er eine Theorie der pluralistischen Demokratie. (46) Nach welcher Methode er bei der Aufstellung seiner Theorie vorgehen will, schreibt Fraenkel nicht. De facto gewinnt er seine hauptsächlichsten Hypothesen aus der Empirie, und zwar einem Vergleich der westlichen Demokratien mit den östlichen Systemen. Dieser Vergleich ist bei Fraenkel jedoch von vornherein nicht primär deskriptiv, sondern bei jedem Vergleichskriterium wird sofort eine Bewertung mitformuliert. D. h.: Er stellt die beiden Vergleichsobjekte nicht zuerst immanent dar, um sie in einem zweiten Schritt zu bewerten, sondern alles läuft von Anfang an auf eine negative Attribuiierung des östlichen Totalitarismus und eine positive Attribuiierung des westlichen Pluralismus hinaus. Deshalb sei seine Methode hier als eine Kombination aus normativen und empirischen Elementen charakterisiert.

Abfolge der Begriffe

Zunächst vergleicht Fraenkel also die westlichen Demokratien mit den östlichen. (47) Erstens dehnt sich im Westen die staatliche

Macht wesentlich weniger weit in die Gesellschaft hinein aus, wie dies im Osten der Fall ist. Obwohl es auch im Osten gesellschaftliche Verbände gibt, sind diese dort mit der staatlichen Macht gleichgeschaltet und dienen als Machtmittel des Staates, während sie in westlichen Demokratien Machtmittel der Bürger sind. Und zweitens führt dieses gegensätzliche Verständnis von der Aufgabe politischer Gruppen zu einem ebenso gegensätzlichen Verständnis von der mit ihrer Hilfe zustandekommenden Definition des Gemeinwohls: hier ein durch den Konkurrenzkampf der Gruppen erst hervorzubringendes a-posteriori-Gemeinwohl, dort ein an die Gruppen weiterzugebendes a-priori-Gemeinwohl (48). Das a-posteriori-Gemeinwohl der westlichen Demokratien ist nichts anderes als das Resultat vielfältiger Kompromisse zwischen den konkurrierenden Gruppen.

Warum ist nun der so charakterisierte Pluralismus wesentlich für jede freiheitlich-demokratische Demokratie? (49) Weil die

„...kollektive Geltendmachung von partikulären Interessen unerlässlich erforderlich ist, um zu verhüten, daß entweder der freie Wille einer autokratisch-staatlichen oder der Wille eines Oligopols nicht minder autokratisch-pri-
vater Bürokratien in kontroversen Fragen entscheidet.“
(50)

Pluralismus ist nach Fraenkel mithin funktional notwendig für das Demokratieprinzip, weil nur so die Herrschaft einzelner vermieden werden kann. Zum zweiten entstehen Interessengruppen aus dem anthropologisch begründeten Bedürfnis der Menschen heraus, ihre Angelegenheiten möglichst selbsttätig zu regeln. Würde der Staat diesem Bedürfnis nicht ausreichend Rechnung tragen, so würde er sich nicht nur eine Menge zusätzlicher praktischer Probleme aufladen, er würde auch das oberste normative Prinzip der Demokratie, die Menschenwürde, in eklatanter Art und Weise verletzen. Aus beiden Gründen folgt, daß Demokratie nur als pluralistische Demokratie ihrem Begriff gerecht wird, daß für ihren freiheitlichen und rechtsstaatlichen Charakter die autonome politische Gruppenbildung unabdingbar ist.

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM KONKURRENZ- UND GLEICHGEWICHTS-BEGRIFF

In welchen Zusammenhängen tauchen nun in den Theorien Schumpeters und Fraenkels auf den drei analytischen Ebenen - innerindividuell, zwischenindividuell, zwischenkollektiv - die Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" auf?

Konkurrenz und Gleichgewicht i m Individuum

Das Handeln der Individuen wird in Schumpeters Mikrotheorie thematisiert. Allerdings finden sich dort nur wenige Andeutungen zu Konkurrenz und Gleichgewicht, die meistens Schlüsse müssen vom Interpretieren selbst gezogen werden.

Wie beschreibt Schumpeter das Individuum? Obwohl er - wie dargestellt - dem Individuum in politischen Angelegenheiten keine besonderen Einsichten und Fähigkeiten zutraut, sieht er es grundsätzlich mit "bestimmten und ursprünglichen Willensäußerungen" ausgestattet, die "für unseren Zweck" als "gegeben" betrachtet werden müssen(51). Die Menschen haben demnach für Schumpeter einen prinzipiell freien Willen und wollen diesen - so darf angenommen werden - auch in die Tat umsetzen. Die "demokratische Methode" begrenzt dieses Bestreben der Realisierung des freien Willens einerseits durch die dem einzelnen vorgegebenen politischen Entscheidungen (Gesetze etc.), die seinen Handlungsspielraum und damit den Grad der Willensrealisierung definieren, andererseits durch den individuellen Einfluß, den jeder auf den Inhalt dieser Gesetze etc. hat: die Stimmen bei den Wahlen für Kommunal-, Landes- und Bundesparlamente und auch in Verbänden und Parteien. In Analogie dazu wird in der ökonomischen Marktwirtschaftstheorie das individuelle Nutzenmaximierungsstreben durch die Preise einerseits (Austauschregeln) und das Budget andererseits (Maß des Einflusses auf diese Austauschregeln) begrenzt. In beiden Fällen, in der Ökonomie wie in der Politik, ist dieser Einfluß des einzelnen ein marginaler.(52)

Aufgrund der Analogie dieser Situation steht das Individuum als Staatsbürger vor einem ähnlichen Entscheidungsdilemma wie als Konsument: Es muß abwägen, wie es die ihm zur Verfügung stehenden knappen Mittel (Wählerstimmen) auf die personellen Alternativen so verteilt, daß es eine möglichst weitgehende Verwirklichung seines Willens durchsetzen kann. Daß bestimmte Individuen in der ökonomischen Theorie als Unternehmer tätig sind, d. h. die Herstellung der Güter organisieren, wird von den Theoretikern genauso als eine rein technisch-instrumentelle Komponente betrachtet, wie daß in der politologischen Theorie einige Individuen als politische Führer Herrschaft ausüben und für Ordnung sorgen. Wie die Wähler ihre Mittel (Stimmen) nun genau auf die alternativen Möglichkeiten verteilen, hat Schumpeter nicht mehr näher beschrieben, es wäre jedoch durchaus denkbar, daß auch Schumpeter so etwas wie ein Grenznutzenkalkül als für diese Aufgabe durchaus geeignet erachten würde. Der Gleichgewichtszustand der Konkurrenz i m Individuum wäre genau dann erreicht, wenn eine weitere Umverteilung der Stimmen zwischen den konkurrierenden Alternativen keine Vergrößerung des Ausmaßes der politischen Willensrealisierung mehr ermöglicht.

Die Mikrotheorie der Demokratie hat - wie erwähnt - als erster Anthony Downs (1957) konsequent weiterverfolgt, indem er wie Schumpeter von einem technisch-methodischen Demokratiebegriff ausgegangen ist und diesen unter expliziter Zuhilfenahme der Analyseinstrumente der Ökonomie folgerichtig weitergedacht hat. Bei Downs erscheinen die Bürger als Nachfrager/Konsumenten von politischen Entscheidungen/Ordnungsleistungen und die Politiker als Anbieter/Produzenten ebensolcher Entscheidungen/Ordnungsleistungen. Die Politiker handeln wie Unternehmer, die in Analogie zur Profitmaximierung die auf sie fallenden Stimmen der Bürger zu maximieren trachten. Der Politiker, der das zugkräftigste Programm anbietet, vereint die meisten Stimmen auf sich und bestimmt schließlich die Politik, so wie der Unternehmer mit dem attraktivsten Warenangebot den größten Profit macht und einen entsprechenden Teil der Konsumgüterproduktion der betreffenden Region "regiert". - Dieser ökonomische Ansatz in der politischen Theorie wurde in der Folgezeit von Autoren wie Olson (1965), Davis und Hinich (1966), Frey (1970), Liefmann-Keil (1973) oder Meyer-Krahmer (1979) weiter ausgebaut. (53)

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Individuen

Parallel zur - wie auch immer ablaufenden - Konkurrenz und Gleichgewichtsbildung im Denken und Fühlen des Individuums läuft als ihr externes Gegenstück der zwischenmenschliche Konkurrenzkampf ab. Im Schumpeterschen Demokratiemodell konkurrieren in erster Linie die Parlamentskandidaten um die Stimmen des Volkes. Grundsätzlich aber konkurrieren auf allen Ebenen, auf denen Führungspositionen zu besetzen sind, also bei der Besetzung der Führungspositionen in Verbänden, Parteien, Parlamenten und Regierungen, eine Vielzahl von Personen um eine wesentlich geringere Zahl politischer Führungspositionen. Schließlich konkurrieren - in Analogie zum Produktionsgütermarkt - die gewählten Volksvertreter in den Parlamenten um die Kompetenz zur Festlegung politischer Entscheidungen. In allen Fällen geht es um die Verteilung knapper Mittel (Positionen, allgemeinverbindliche Regelungen) an eine Anzahl von Interessenten, deren Anspruch die Menge dieser Mittel bei weitem übersteigt.

Die vielfältigen Kampfformen haben alle mit Überredung, Überzeugung, Koalieren u. ä. zu tun. Entschieden wird der Kampf durch Abstimmung (freie und gleiche Stimme) unter Anwendung einer Mehrheitsregel. Abstimmungen (Wahlen, Parlamentsabstimmung) sind das dem Preismechanismus analoge technische Mittel zur Regulierung und Entscheidung des politischen Konkurrenzkampfes (Vgl. Samuelsons Dollar-Stimmzettel-Analogie). Ist die Entscheidung einmal gefallen, so kommt es zu einer vorübergehenden "Waffenruhe", einem Art Gleichgewichtszustand. Es werden dann zwar nicht alle mit dem Ergebnis zufrieden sein, aber angesichts der Notwendigkeit der betreffenden allgemeingültigen Entscheidung und angesichts der als "gegebene" zu akzeptierenden Willensäußerungen muß die Entschei-

dung hingenommen werden. Ähnlich wird in der Ökonomie auch nicht jeder mit einem konkreten Marktergebnis, etwa einem bestimmten Preis, einverstanden sein, da das Individuum aber weiß (idealtypisch), daß jeder Preis letztlich nichts anderes als das Resultat der natürlichen Knappheitsverhältnisse und der Präferenzen der (Mehrheit) der Individuen ist, wird es ihn akzeptieren. Auf alle Fälle ist weder die politische Entscheidung in der Demokratie noch die ökonomische Entscheidung in der Marktwirtschaft das Werk einer autoritären Willkürhandlung. So wie jede ökonomische Konkurrenzentscheidung durch neue Präferenzen oder neue Knappheitsverhältnisse revidiert wird, so wird auch jede politische Entscheidung durch das Auftauchen neuer Willensentschlüsse (z. B. Vertrauensverlust eines Politikers) oder neuer Probleme, die einer allgemein verbindlichen Regelung bedürfen (z. B. Datenschutz) - in der Politik allerdings nicht unendlich schnell sondern mit einiger Verzögerung (Legislaturperiode, Zeit für die Vorbereitung und Durchführung außerordentlicher Abstimmungen etc.) - neue Entscheidungen mit sich bringen.

Worum geht es bei diesen politischen Entscheidungen? Im ökonomischen Modell regelte der Markt zweierlei: Zum einen die tagtäglich zu entscheidende Frage der Verwendung der knappen Mittel, also die Fragen nach dem Was, Wie und Für-wen der Produktion (Preise). Zum andern die langfristige Frage des ökonomischen Verfahrensprinzips selbst, also die Frage der ökonomischen Spielregeln (z. B. Eigenwirtschaft oder Tausch). Entsprechendes muß für die politische Demokratie festgestellt werden: Gegenstand der Entscheidungen sind einerseits politische Sachfragen (Gesetze u. a.). Sie beziehen sich auf bestimmte Sachverhalte, geben die Art und Weise der Regelung an und legen die Betroffenen (Nutznießer und "Opfer") fest. Sie regeln den Einzelfall genauso wie die Größe des generellen Freiheitsraums bzw. des legitimen Machtbereichs. Andererseits klärt der Konkurrenzkampf auch Verfahrensfragen (Verfassung u. ä.): So wie in der ökonomischen Theorie festgestellt wird, daß sich das Verfahrensprinzip des Tausches, einmal eingebürgert, immer mehr gegenüber anderen Prinzipien durchsetzt, so geht auch die politische Theorie von einer ständigen Perfektionierung des Verfahrensmodells aus: Vervollkommenung der Verfassung, Verbesserung der politischen Sozialisation zum Zweck der Erhöhung der Kompromißfähigkeit, Erhöhung des Informationsniveaus der Bürger. Diese Ausdehnung der Verfahrensordnung, die dabei auch immer mehr aus dem Bereich von Konkurrenz und Konflikt herausgenommen wird und damit immer mehr zu einem langfristigen Konsensbereich heranwächst, bewährt sich deshalb bei den Bürgern so sehr, weil sie davon überzeugt sind, daß durch die Einführung und Einhaltung eines solchen Basiskonsens die politischen Möglichkeiten des einzelnen sich mehr erweitern, als dies ohne eine solche Grundlage für die Konkurrenz der Fall war und wäre. Der Zeit des Faustrechts trauert niemand mehr nach.

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Gruppen

Nun zu den aggregierten Individuen, den Gruppen. In der Pluralismustheorie Fraenkels konkurrieren die verschiedenen autonomen Interessengruppen um politischen Einfluß, der naturgemäß nur in beschränktem Ausmaß in einer Gesellschaft, ob demokratisch oder nicht, vorhanden sein kann. In demokratischen politischen Ordnungen bemühen sich die Interessengruppen, ihren jeweiligen Gruppeninteressen in der öffentlichen Meinung, in Parteien, in Parlamenten sowie in Regierung und Verwaltung Gehör zu verschaffen. Als Mittel hierfür stehen ihnen sowohl intellektuelle (Überzeugung) als auch materielle (Verweigerung bestimmter Leistungen) Mittel zur Verfügung. Jede Gruppe versucht möglichst viel Druck ("pressure") auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben, wird aber durch den Gegendruck der Entscheidungsträger selbst sowie vor allem anderer Gruppen, die sich um denselben politischen Gegenstand bemühen, in Schranken gehalten. Damit dieses Kräftespiel möglichst geregelt abläuft, wurden in Demokratien verschiedene Institutionen geschaffen (Lobby, Hearing, Sachverständigenkommissionen, Beiräte etc.).

Trotz dieser Reglementierungsversuche ist die durch den institutionalisierten Pluralismus tagtäglich bewirkte Verteilung des politischen Gesamteinflusses auf die einzelnen Interessengruppen und damit die Entscheidung der jeweils konkurrierenden Ansprüche keineswegs so eindeutig und übersichtlich wie die oben diskutierte Verteilung der politischen Führungs- und Normierungspositionen an die Individuen. Durch die Vielzahl der Adressaten, die teilweise Offenheit der Gültigkeitsdauer der einzelnen Regelungen, die Vielfalt der Druckmittel und die unterschiedliche Wirksamkeit der Druckmittel ist die jeweilige Einflußverteilung bzw. der jeweilige Kompromiß schwer vorherzusagen. Hier gibt es weder ein Gleichheitsprinzip noch eine einfache numerische Mehrheitsregel oder fest Legislaturperioden.

Auch der institutionalisierte Gruppenpluralismus produziert sowohl einzelne und generelle Sachentscheidungen als auch Verfahrensentscheidungen: Konkurrenzkämpfe werden kurzfristig durch Exekutivakte, Verordnungen und Gesetze einerseits und langfristig durch Spielregeln aller Art, vom kodifizierten Verfassungsrecht bis zum nicht kodifizierten Wertfundament andererseits beigelegt (54). Die Auseinandersetzung wird jedoch sofort wieder von neuem beginnen, wenn sich relevante Gruppenwillen (als Folge zahlenmäßig bedeutsamer Änderungen politischer Einzelwillen) verändern. Oder/und: wenn neue Materien auftauchen, die einer hoheitlichen Regelung bedürfen. Über kurz oder lang wird jedoch auch der sich neu entzündende Konkurrenzkampf wieder in eine allgemein verbindliche Regelung und damit in einen Ruhezustand münden. Eine Explosion der Konkurrenz findet nicht statt, weil die beteiligten Gruppen wissen, daß sie letztlich nur durch die allgemeine Einhaltung der Spielre-

geln und das allgemeine Bemühen um einen Kompromiß langfristig ihre Gruppeninteressen und damit in letzter Instanz auch ihre Einzelwillen maximal realisieren können.

Fazit: Die einzelnen politischen Gruppen konkurrieren um einen möglichst großen Einfluß auf die politischen Entscheidungen. Gleichgewichtszustände im Sinne von Ruhezuständen gibt es nur quasi augenblicklich, weil nach jeder konkreten politischen Entscheidung sofort wieder neue Interessen und/oder Materien auftauchen. Die Gleichgewichte zwischen den Gruppen haben zur Voraussetzung, daß vorher Konkurrenz und Gleichgewichtsbildung zwischen Individuen (z. B. durch Wahlen für Parlamente oder Gruppenvorstände) stattgefunden haben. Diese Gleichgewichte zwischen den Individuen gehen kausal letztlich auf die von jedem einzelnen Individuum mit seiner Wählerstimme gefällte Entscheidung zwischen konkurrierenden Personen zurück: Dieses psychische Gleichgewicht ist der Ausgangspunkt aller anderen Gleichgewichtsbildungen auf den aggregierten Ebenen.

C. EINE SOZIOLOGISCHE THEORIE (DAHRENDORF, GERHARDT)

In der Soziologie, vornehmlich in der amerikanischen, wurde wie in der Politologie ab den sechziger Jahren immer wieder versucht, soziologische Theorien in direkter Anlehnung an ökonomische Theorien über Marktwirtschaften zu konstruieren. (55) Daß hier auch die Begriffe Konkurrenz und Gleichgewicht an zentraler Stelle auftauchen und mit deren wirtschaftstheoretischen Vorbildern eine mehr oder minder identische Semantik haben, soll hier nicht weiter interessieren. Wichtiger und spannender scheint mir - wie schon in der Einleitung festgestellt - der Nachweis, daß in Theorien, die mit den amerikanischen Austauschtheorien absolut nichts zu tun haben wollen und teilweise in der Absicht entstanden sind, gerade die Eigenständigkeit des soziologischen Gegenstands und der soziologischen Theorie nachzuweisen (56), implizit weitgehend mit der uns bereits vertrauten Konkurrenz-Gleichgewichts-Argumentation arbeiten.

In der deutschen soziologischen Diskussion seit 1945 werden die Begriffe Konkurrenz und Gleichgewicht oft in recht oberflächlicher Art und Weise den zwei als konträr geltenden Hauptansätzen zugeordnet: Der Konkurrenzbegriff dem Konfliktansatz, der Gleichgewichtsbegriff dem Funktions- oder Systemansatz (57). Demgegenüber haben z. B. Cynthia Russett (1966) (58) oder Karlheinz Messelken (1968) (59) nachgewiesen, daß diese Zuordnung unhaltbar ist und auch innerhalb eines Konfliktmodells von "Gleichgewichtszuständen", allerdings von recht labilen, gesprochen werden muß.

Als Beispiel für eine soziologische Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie möchte ich den Ansatz von Ralf Dahrendorf herausgreifen, wo-

bei einige Erweiterungen von Walter L. Bühl und vor allem von Uta Gerhardt miterücksichtigt werden sollen. Daß Dahrendorf vor allem mit seiner Schrift "Homo Sociologicus" (1958) zu einem Knotenpunkt der bundesrepublikanischen soziologischen Diskussion geworden ist, dürfte wohl unumstritten sein. (60). Uta Gerhardt (1971) (61) hat insbesondere den mikrotheoretischen Teil des Dahrendorfschen Fundaments erheblich ausdifferenziert und gilt als eine der bedeutendsten Vertreterin der gegenwärtigen Rollenanalyse. (62) Walter L. Bühl (1972) (63) schließlich hat die Konfliktdiskussion durch eine bemerkenswerte Erweiterung bereichert, die jedoch nicht die Voraussetzungen und Grundstruktur des Konfliktbegriffs betrifft, sondern die Schlußfolgerungen, und deshalb erst später (Teil B) behandelt werden wird.

1. ZWEI VARIANTEN EINER GRUNDIDEE

Dahrendorfs "Homo Sociologicus" legte die Fundamente sowohl für seine eigenen späteren Arbeiten, von denen hier vor allem die tendenziell als makrosoziologisch einzuordnende Konflikttheorie (1961) (64) in den Mittelpunkt gestellt werden soll, wie auch die Fundamente für die hier interessierenden mikrosoziologischen Teile der "kritischen Rollenanalyse" Gerhardts. Grenzt man Gerhardts mikrosoziologische und Dahrendorfs makrosoziologische Ausführungen hinsichtlich der in ihnen thematisierten Konfliktarten von einander ab, so geht es in ersteren primär um intra- und inter-Rollenkonflikte, in letzteren um Konflikte zwischen größeren sozialen Einheiten wie Gruppen, Gesellschaftssektoren oder ganzen Gesellschaften. (65) Oder anders formuliert: In Gerhardts Rollenanalyse ist das Handeln von Individuen Hauptgegenstand, in großen Teilen der Dahrendorfschen Konfliktanalyse geht es um Gruppen und Gesellschaftsstrukturen.

a. Uta Gerhardt: Die Ebene der Individuen

Gegenstand, Absicht, Methode

Gerhardt will eine Theorie der Vergesellschaftung aufstellen und diese Theorie insbesondere auf die Verbesserung der Handlungstheorie anwenden. (66) Sie thematisiert das Zentralproblem der Soziologie, die Frage, "wie Gesellschaft möglich" ist. (67) Zu diesem Zweck geht sie vom Rollenbegriff aus, da sie die Rollenhaftigkeit des menschlichen Handelns als konstitutive Voraussetzung für Gesellschaft und damit den Rollenbegriff als soziologischen Elementarbegriff ansieht. (68) Was sie unter einer sozialen Rolle verstehen will, legt sie im Anschluß an eine ausführliche Diskussion der Geschichte des soziologischen Rollenbegriffs fest. An den bisherigen Rollendefinitionen kritisiert sie vor allem, daß diese den empirisch offensichtlichen sozialen Ungleichheiten (den Herrschaftsverhältnissen, der Klassenstruktur der Gesellschaft) nicht genü-

gend gerecht werden. Den hergebrachten formalistischen Rollenbegriffen will sie aufgrund der von ihr in die Rollendiskussion eingebrachten empirischen Untersuchungen einen inhaltlichen entgegensetzen, der die Rollentheorie einerseits in der Theorie des individuellen Handelns, andererseits in der Theorie der Gesellschaftsstruktur verankern soll. Methodisch sind ihre Hypothesen also aus empirischen Befunden genommen, die aufgrund einer Sichtung des bisherigen Rollenverständnisses zusammengetragen wurden.

Abfolge der Begriffe

In ihrem Gang durch die Geschichte der Rollentheorien (69) von Diltthey bis Luhmann destilliert sie folgenden Begriffskern der **traditionellen Rollentheorie** heraus, den sie für brauchbar aber ergänzungsbedürftig hält: (70) Wenn soziales Handeln als rollenhaft bezeichnet wird, so heißt dies, daß dieses Handeln einer gewissen Gleichförmigkeit bzw. Regelmäßigkeit gehorcht und deswegen erwartbar ist. Grund für die Erwartbarkeit ist ein spezieller Denkprozeß, nämlich die typisierende Abstraktion desjenigen, der das betreffende Handeln erwartet. Weil jeder Mensch die Fähigkeit hat (und diese auch ständig anwendet), sich am Verhalten des Gegenübers einiges nur situativ und kurzfristig Relevantes aber grundsätzlich Nebensächliches wegzudenken, nur deshalb ist Gesellschaft möglich. Weil Herr Meier weiß, daß ein Postbeamter keine Briefe öffnet, auch wenn er eines Morgens bei der Aushändigung einer hohen Rechnung noch so schadenfroh dreinschaut, darum nimmt Herr Meier den Brief ohne Bedenken entgegen.

In den tagtäglichen Interaktionen werden Rollen durch die beteiligten Interaktionspartner ständig neu erzeugt, ausgeführt und modifiziert. Dies ist ein beständig ablaufender Wechselprozeß, der weder Anfang noch Ende hat. Die Voraussetzung dieses Prozesses, der Blick auf das Wesentliche, ermöglicht dem Individuum eine Vereinfachung jeder Handlungssituation, er erspart ihm z. B. ständiges Mißtrauen, Nachfragen, Tests, etc. Für die Gesellschaft schafft das typisierende Denken erst die Voraussetzung für eine funktionierende Arbeitsteilung und für Herrschaft. Nur weil der Herrscher (71) sich einigermaßen darauf verlassen kann, daß seine Anordnungen befolgt werden, kann er seine Herrschaft aufrecht erhalten. Gesellschaft mit allen ihren essentiellen Merkmalen (Regelmäßigkeit, Arbeitsteilung, Herrschaft) kann also nur gedacht werden, weil es Rollen gibt, und Rollen verdanken sich der menschlichen Fähigkeit zum abstrakten Denken. Letztlich geht diese Fähigkeit darauf zurück, daß soziales Handeln - hier schließt sich Gerhardt der theoretischen Begründung Max Webers an - sinnorientiert ist. Nur weil der Mensch Handlungen mit ähnlichem Sinn, also ähnlicher Bedeutung, auch als ähnlich deuten kann, ist intersubjektives Verstehen, also Verhaltenssicherheit, also Gesellschaft, möglich. (72) Gerhardts Fazit lautet:

Die "typisierende und idealisierende Abstraktion (bildet) die Bedingung der Möglichkeit von Gesellschaft ebenso wie jene ihrer Erkenntnis - die Rolle als eine Kategorie des Sozialen ist Ergebnis ubiquitärer Typisierungsprozesse..." (73)

Wenn ich Gerhardt richtig verstehe, sieht auch sie wie die meisten anderen Rollentheoretiker bei der Entstehung von Rollen bzw. Gesellschaft letztlich eine Wechselkausalität am Werk: Abstraktionen mit dem Inhalt eines typisierten Verhaltensbildes bringen Rollen hervor und das Erkennen der Rollen ermöglicht wiederum die Abstraktion. Und umgekehrt: Rollen werden durch Erwartungen bestimmt und Erwartungen durch Rollen. Angewendet: Von einem Studienrat erwartet man eine bestimmte Kleidung, und deshalb kleidet er sich auch entsprechend. Und: Weil er sich so kleidet, deshalb erwartet man von ihm auch eine solche Kleidung. Diese tautologische Fassung des Rollenbegriffs bei Gerhardt und in weiten Teilen der soziologischen Theorie wird dort nicht als Mangel begriffen, sondern ist eben Ausdruck der in der Realität vorfindlichen Wechselkausalität. Insofern verhalten sich Abstraktion und Rolle bzw. Erwartung und Norm in der soziologischen Theorie ähnlich zu einander wie die interdependenten Variablen der ökonomischen Theorie Samuelsons (z. B. Preise und Mengen). In der ökonomischen Theorie gibt es jedoch - wie dargestellt - letztlich Variablen, die nicht mehr innerhalb der Theorie weiter bestimmte sind, also exogene Größen: z. B. die Präferenzen. Vergleichbares wird von Gerhardt an dieser Stelle nicht formuliert, sie verweist angesichts der Notwendigkeit der theoretischen Begründung dieser Ursprungsfrage auf Max Weber (74). Soweit die Grundidee des von Gerhardt akzeptierten traditionellen Rollenbegriffs.

Dieser Rollenbegriff muß nach Gerhardt jedoch noch **weiter ausgebaut werden**. Er greift an den verschiedenen gesellschaftlichen Rollen nämlich nur das Gleiche heraus, die formale Tatsache der Erwartbarkeit des Verhaltens. Er unterschlägt aber das Ungleiche an den Rollen, die Inhalte der Erwartungen bzw. des erwarteten Verhaltens und damit die sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft. Der traditionelle Rollenbegriff unterstellt implizit die Gleichheit der "Erwartungs- und Sanktionschancen" aller Rollen.(75)

Als erster wichtiger Unterschied zwischen Rollen muß deren Ausgestaltung mit Macht-, Prestige- oder Besitzmöglichkeiten berücksichtigt werden. Gerhardt will zeigen, daß der Rollenträger von Rolle A mehr von seinem Gegenüber erwarten kann und diesen - im Fall der Erwartungserfüllung wie im Falle der Nicht-Erfüllung - auch dementsprechend stärker sanktionieren (positiv bzw. negativ) kann als der Rollenträger von Rolle B.(76) So sind etwa ein Physik- und ein Soziologieprofessor zwar gleichermaßen Träger der Professorenrolle, haben aber unterschiedliche Erwartungs- und Sanktionschancen zur Verfügung. Auch gibt es Rollen, die ganz offensichtlich nur mit einem Minimum solcher Chancen ausgestattet sind:

z. B. die Rolle des "zufälligen Zuschauers" (77). Schließlich sind bestimmte Rollen in der Gesellschaft einander so zugeordnet, daß sie regelmäßig miteinander in Konflikt geraten und diese Konflikte nicht selten durch das mehr oder minder starke Sich-Durchsetzen der einen oder der anderen Rolle beendet werden. Solche antipodische Rollen mit unterschiedlichen Erwartungs- und Sanktionschancen sind z. B. die Professoren- und Studentenrolle oder die Arbeiter- und Managerrolle. Diese unterschiedlichen Möglichkeiten, dem Gegenüber eine Verhaltenserwartung aufzuerlegen und ihn entsprechend seiner Willfährigkeit zu belohnen oder zu bestrafen, erfaßt Gerhardt mit dem theoretischen Konzept der "Sanktionsmedien" (78). Diejenigen Rollen, die es ihrem Rollenträger erlauben, das Verhalten der jeweiligen Interaktionspartner stark zu beeinflussen, verfügen über eine hohe "Sanktionspotenz". Hohe Sanktionspotenz bedeutet, daß der Rollenträger über eine große Menge sogenannter "kommunizierbarer" bzw. "übertragbarer" "Medien" verfügt, wie z. B. Sachgüter, Geld, Wissen, Macht, Prestige u. a. Die Verfügung über solche Mittel bestimmt die Sanktionsmöglichkeiten und damit die gesellschaftliche Stellung des Rolleninhabers.(79)

Die Empirie zeigt ferner, daß sich Rollen nicht nur aufgrund der ihnen zugewiesenen Sanktionsmittel unterscheiden, sondern noch durch ein zweites Merkmal: (80) Den Grad ihrer "Verfestigung", also der Verfestigung der Verhaltenserwartungen. Was man vom Physikprofessor genau erwartet, ist viel präziser angebar als die Erwartungen an den zufälligen Zuschauer. Dies führt Gerhard darauf zurück, daß die soziale Umgebung, innerhalb derer das typische Professorenverhalten einerseits und das typische Zuschauerverhalten andererseits stattfindet, ganz unterschiedlich verfestigt bzw. standardisiert ist: Ersteres ist mit einer festen sozialen Position verbunden, letzteres wird nur durch bestimmte Situationen ausgelöst. Beide erzeugen jedoch Verhaltenserwartungen, sind also Rollen, woran sichtbar wird, daß Rollen und Positionen nicht als Kehrseite ein- und derselben Medaille begriffen werden dürfen. Gerhardts Konsequenz aus dieser zweiten Differenzierung des Rollenbegriffs lautet: Neben den traditionellerweise im Mittelpunkt der Rollenanalyse stehenden Positionsrollen gibt es auch die weniger verfestigten Situationsrollen. Auf der anderen Seite existieren aber auch noch stärker verfestigte Rollen, die an einen sozialen Status gebunden sind und von ihr deshalb als Statusrollen bezeichnet werden. Während auf der einen Seite von Gerhardts dreiteiligem Spektrum also Rollen stehen, die stündlich oder täglich neu erworben und definiert werden (Situationen), stehen auf der anderen Seite Rollen, die meist von Geburt an dem Rollenträger zugeschrieben sind und inhaltlich weitestgehend verfestigt sind (Status), dazwischen stehen die Positionsrollen. Da Rollen für Gerhardt aber, wie bereits erwähnt, letztendlich auf Denkabstraktionen beruhen (und umgekehrt), muß der Unterschied zwischen den drei Rollenarten auch als Unterschied der Abstraktionsebene formuliert werden: Jede Abstraktion nimmt ihren Ausgang an der unmittelbaren Erlebniswelt. Situationsrollen sind

nun Resultat einer relativ niedrigen Abstraktionstätigkeit, Positionsrollen einer mittleren und Statusrollen einer ziemlich weitgehenden Abstraktion. Entsprechend sind die Verhaltenserwartungen der Situationsrolle relativ speziell, die der Statusrolle relativ allgemein.

Gerhardt verbindet nun in einem dritten Schritt die beiden Erweiterungen des Rollenbegriffs, die Differenzierung von Rollen nach dem Sanktionspotential und die Differenzierung nach dem Grad der Abstraktheit/Verfestigung, miteinander. (81) Dabei stellt sich neben vielen weiteren Differenzierungen heraus, daß die drei Rollentypen mit jeweils charakteristischen Sanktionspotentialen ausgestattet sind. Situationsrollen verfügen in der Regel über wenig Sanktionsmittel bzw. werden nur von wenig gewichtigen Sanktionen begleitet (z. B. unbeteiligter Zuschauer, Fußgänger). Allenfalls handelt es sich um relativ unverbindliche und schwach wirkende psychische Möglichkeiten der Beeinflussung des Gegenübers. Positions- und vor allem Statusrollen sind demgegenüber mit einem relativ großen Sanktionspotential ausgestattet (z. B. Professor, Arbeitgeber), also mit Geld, Prestige, Macht, Einfluß, Wissen etc. Gleichzeitig muß hier, anders als bei den Situationsrollen, eine von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedliche Streuung dieser Medien festgehalten werden, da es bekanntlich Positionen/Status höheren und niedrigeren Ranges gibt.

Worauf führt Gerhardt nun diese Rangunterschiede einer Gesellschaft zurück, also die unterschiedliche Ausstattung der Rollenträger mit Sanktionspotential? Da Rollen letztlich in einem kausalen Wechselverhältnis zu geistigen Prozessen, Abstraktionen bzw. Sinnsetzungen stehen, ist auch der Ursprung der sozialen Ungleichheit gleichzeitig ein mentaler: eine "Bewertung".

"Statusspezifische 'Quantitäten' von Zugangschancen zu Positionen und der ihnen gegebenen legitimen Medienverfügung sind das Ergebnis einer Bewertung. Das innerhalb einer Gesellschaft gültige Wertsystem selektiert Kategorien von Personen, die zur Repräsentation hoher Verwirklichungsgrade eines Wertes berechtigt sind, ganz ebenso wie Kategorien von Personen, denen lediglich der Besitz m i n d e r e r Realisierungsgrade des Wertes zusteht." (82)

Hinter dem Subjekt dieses Satzes, dem "Wertsystem", verbergen sich aber wiederum nichts anderes als die vergangenen und gegenwärtigen kollektiven Sinnsetzungsprozesse der Menschen. Warum die Menschen gerade solche und keine anderen Werte in die Welt setzen, deutet Gerhardt an anderer Stelle an. Qualitativ ungleiche Rollen werden als geschichtete begriffen, wenn diese Ungleichheit als "gerechtfertigt" oder "sinnvoll" gedeutet wird. Und noch deutlicher: Klassen sind Hilfsmittel der Menschen, um ihre Umwelt zu strukturieren, sich mit andern zu vergleichen, und insofern primär "psycho-

logisch real", unabhängig davon, ob sie "objektiv real sein mögen".
(83)

Soweit das Grundgerüst der Rollenanalyse Gerhardts. Der Rest des Buches besteht aus Überlegungen zur Meßbarkeit von Sanktionspotentialen, zur Möglichkeit der Delegation von Sanktionspotenz zwischen verschiedenen Rollenträgern und vor allem aus einer Anwendung der dargestellten Grundbegriffe auf die Mikrosoziologie: Die Handlungstheorie und die Theorie interpersonaler Konflikte. Mit Hilfe der Berücksichtigung des strukturellen Kontexts von Rollen (Sanktionspotential, Verfestigungsgrad) kann Gerhardt nun besser erklären, worin Freiheit und Determination menschlichen Handelns bestehen, welche Arten von Konflikten der Handelnde in seinem Inneren erlebt und wie er sie löst, und schließlich, welche interpersonellen Konflikte existieren und welche Lösungsmöglichkeiten hierfür offenstehen.

b. Ralf Dahrendorf: Die Ebene der Gruppen

Gegenstand, Absicht, Methode

In Dahrendorfs "Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts" geht es zwar am Rande auch um Konflikte innerhalb von Individuen, in der Terminologie Gerhardts also um Konflikte zwischen verschiedenen Rollen eines Individuums, im Zentrum stehen jedoch Konflikte aggregierter Individuen, nämlich von kleineren oder größeren (z. B. Gesellschaften) Gruppen. Dahrendorfs Absicht ist es, eine Theorie über Konflikte aufzustellen, in der die Arten, die Ausgangslagen, die Entfaltungsweisen und die Möglichkeiten der Konfliktregelung thematisiert werden. (84)

Methodisch geht er ähnlich vor wie Gerhardt. So wie sie die traditionelle Rollendiskussion mit empirischen Untersuchungen konfrontierte und verbesserte, so setzt Dahrendorf als Basis seiner Konflikttheorie die - allerdings ebenfalls von ihm stammende - "Zwangstheorie" der Gesellschaft voraus. Sodann denkt er diese allgemeine Theorie der Gesellschaft bezüglich des Konfliktbegriffes weiter und weist nach, daß eine dergestalt gewonnene Konflikttheorie empirisch brauchbar ist, sich also bei der Erklärung von Konfliktphänomenen bewährt. (85)

Abfolge der Begriffe

Zu Beginn seiner Abhandlung definiert Dahrendorf, was er unter **Konflikt** verstehen will: (86) Immer wenn zwei "Elemente" zueinander in der Beziehung der "Gegensätzlichkeit" stehen, handelt es sich um einen Konflikt zwischen diesen beiden Elementen. Es ist dabei gleichgültig, ob dieser Gegensatz nur subjektiv oder nur objektiv oder beides ist, ob er bewußt oder nur erschließbar ist, oder ob er gewollt oder situationsbedingt ist. Häufig läßt sich dieser Ge-

gensatz als "gemeinsames Streben nach knappen 'Werten'" beschreiben. Selbstverständlich geht es Dahrendorf nur um soziale Konflikte, d. h. Konflikte, die sich aus der Struktur sozialer Einheiten ableiten lassen. Einteilen kann man Konflikte nach der Größe der beteiligten sozialen Einheiten, aufsteigend von Konflikten zwischen Rollen bis hin zu Konflikten zwischen "übergesellschaftlichen Verbindungen". Die zweite von ihm vorgeschlagene Klassifizierung unterscheidet Konflikte nach dem Rangverhältnis der beteiligten Einheiten: gleicher Rang, ungleicher Rang und Teil-Ganzes-Verhältnis der Einheiten. Durch Kombination dieser beiden Klassifizierungsmerkmale erhält Dahrendorf fünfzehn Konfliktarten.

In einem nächsten Schritt skizziert Dahrendorf zwei **"archetypische" Gesellschaftsbilder**, an denen sich das Denken mindestens seit Hobbes und Rousseau orientiert. Ausgangspunkt beider Bilder ist die Frage, wie der "ursprüngliche" und "natürliche" Krieg aller gegen alle vermieden werden kann, wie also angesichts der "wölfischen Menschennatur" Gesellschaft überhaupt möglich ist. Die eine idealtypische Antwort lautet: durch freien Konsens; die andere: durch erzwungene Unterordnung. Unabhängig davon, welche Grundvorstellung richtig ist, hält Dahrendorf die Zwangstheorie als Orientierungsgrundlage einer Theorie sozialer Konflikte für geeigneter. Diese Zwangstheorie nimmt für jede Gesellschaft an, daß in ihr jedes Element einem ständigen Wandel unterworfen ist, daß die Elemente in sich widersprüchlich bzw. sogar explosiv sind, daß jedes Element einen Beitrag zur Veränderung leistet, und daß die Selbsterhaltung von Gesellschaften durch den Zwang geschieht, den einige Mitglieder auf die übrigen ausüben.

In diesen vier Grundannahmen ist nicht nur die eingangs gegebene Definition für Konflikt direkt einzuordnen, sondern sie lassen auch ohne weiteres einige fundamentale **Schlüsse** über Funktion (Produktion von Wandel) und besonders auch über die Ursachen einer großen Zahl der "schwerwiegendsten" und "wirksamsten" sozialen Konflikte zu. Darunter fällt ein Teil der Gegensätze zwischen über- und untergeordneten Einheiten innerhalb gesellschaftlicher Gruppen (z. B. Vorstand contra Mitglieder), Sektoren (z. B. Unternehmerbände contra Gewerkschaften) und vor allem Gesellschaften (z. B. Regierungspartei contra Opposition). Bei diesen Konflikten konkurrieren die Kontrahenten nämlich um nichts geringeres als die Teilnahme an der Ausübung von legitimem Zwang auf den Rest der Gesellschaft, also um Herrschaftsteilhabe. Auch wenn es oberflächlich oft nur um die Verteilung von Prestige, Bildung oder Einkommen (kontinuierliche Verteilung) geht, so sind dies meist nur "Ausflüsse und Sonderformen" des Kampfes um einen möglichst großen Anteil bei der Verteilung von Herrschaft (polare Verteilung) als dem entscheidenden knappen Gut in jeder Gesellschaft. Für den Rest der Konflikte in einer Gesellschaft, die also keine Herrschaftskonflikte sind, vermutet Dahrendorf, daß sie auf Strukturfaktoren wie "Be-

dürfnis nach Verbesserung der eigenen Position", "unvereinbare Erwartungen" und "Dynamik von Eigengruppe und Fremdgruppe" zurückzuführen sind.

Schließlich geht Dahrendorf noch auf die unabhängig von den Ursachen der einzelnen Konflikttypen in der Regel gleichartig ablaufenden Entfaltungsstufen, die Variationsmöglichkeiten bei dieser Konfliktentfaltung und die Beendigungsmöglichkeiten für Konflikte ein. (87) Zum ersten Punkt: Die Entfaltung eines Konflikts beginnt mit der (nicht notwendigerweise wahrgenommenen) Existenz einer Konfliktfront, die durch gemeinsame antagonistische Interessen definiert ist (Quasi-Gruppen). Darauf folgt die Bewußtwerdung dieser gemeinsamen Interessen und ihre Organisation (Gruppenbildung). Die dritte Etappe bildet dann die sichtbare Konfliktaustragung (volle Identität der Gruppen). Die Konfliktaustragung selbst kann nach Dahrendorf z. B. intensiv/nicht-intensiv oder gewaltsam/nicht-gewaltsam vor sich gehen. Beendet können Konflikte prinzipiell durch Unterdrückung der Interessen einer der beiden Parteien, durch Regelung des Interessengegensatzes von der Wurzel her oder durch Regelung des Interessengegensatzes in Form eines Kompromisses werden. Letztere Möglichkeit anerkennt die Existenz des Gegensatz, der dem Konflikt zugrundeliegt, als unaufhebbaren Gegensatz, und versucht nur eine akzeptable Verlaufsform zu finden und diese verbindlich durch Spielregeln festzulegen. Dies ist für Dahrendorf die einzige "rationale" Einstellung zu Konflikten, weil allein sie "den sozialen Gesetzmäßigkeiten von Konflikten" (88) angemessen ist. Nur durch Konfliktregelungen wird die Gewaltsamkeit von Gegensätzen vermindert, ihre Produktivität für gesellschaftlichen Wandel erhöht.

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM KONKURRENZ- UND GLEICHGEWICHTS-BEGRIFF

Konkurrenz und Gleichgewicht i m Individuum

Der Konkurrenzbegriff erscheint in der Rollentheorie als Konfliktbegriff, beide sind aber - wie dargestellt - nach Dahrendorf in der Regel identisch. Zunächst eine skizzenhafte Zusammenfassung der auf ihrer "strukturellen Rollentheorie" aufbauenden Handlungstheorie Gerhards. Wie werden dort innerpersonale Konflikte beschrieben und erklärt? (89) Ausgangspunkt allen Rollenhandelns ist die "Herstellung" einer Rolle. Dies geschieht, wie oben bereits gezeigt, in engstem kausalen Zusammenhang mit typisierenden Abstraktionsprozessen, die in der zwischenmenschlichen Interaktion beständig bei allen Beteiligten stattfinden und Bilder über erwartetes Verhalten der Partner erzeugen. Letztlich geht diese Fähigkeit des Abstrahierens bzw. des Rollenhandelns darauf zurück, daß soziales Handeln - hier verweist Gerhardt auf die theoretische Begründung bei Max Weber - Zwecke verfolgt bzw. sinnorientiert ist.

Obwohl der Prozeß des Rollenherstellens per definitionem nie abgeschlossen ist, muß zum besseren Verständnis des Umgehens mit Rollen (Rollenhandeln) die Existenz einer fertigen Rolle hypothetisch angenommen werden. Das Individuum, das in der Rollentheorie zum Träger einer Vielzahl von Rollen wird, fühlt in seinem Inneren bestimmte "gegebene Bedürfnisse". In seiner Umwelt findet es eine Menge "fertiger" Rollen vor, jede Rolle ist mit einem bestimmten Quantum an "Gratifikationspotenz" ausgestattet. Das Individuum prüft nun in Gedanken, welche Rollen in der Lage wären, die gegebenen Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei interpretiert und bewertet es jede der im Handlungsraum wahrgenommenen Rollen und stellt als Ergebnis dieser Prüfung eine "subjektiv sinnvolle Handlungsstrategie" auf. Wichtig ist, daß die Individuen bei der Aufstellung dieser subjektiven Handlungsstrategie noch nicht auf den mit den einzelnen Rollen/Rollenverletzungen verbundenen "sozialen Druck" reagieren, womit wohl die zugehörigen negativen Sanktionen gemeint sein dürften.

Das Individuum stellt nun fest, daß ein Großteil der alternativen Rollen von ihm ein widersprüchliches Verhalten verlangen würde, d. h. daß regelmäßig Rollenkonflikte entstehen. Nun müssen also auch negative Sanktionen mit ins Kalkül einbezogen werden. (90) Gerade durch die von Gerhardt herausgearbeitete Tatsache, daß diese Rollen auf ganz unterschiedlichen Ebenen (Situation, Position, Status) angesiedelt sind, macht den Rollenkonflikt zum Regelfall. Aus den drei Rollentypen ergeben sich sechs Möglichkeiten des Rollenkonflikts: Positionsrolle kann mit Situationsrolle konfliktieren, Positionsrolle mit Statusrolle usw. Nach den empirischen Untersuchungen, die Gerhardt anführt, reagiert das Individuum selten durch volle Übernahme der einen Rolle und volle Unterdrückung der anderen, sondern es verfolgt eine Kompromißstrategie: die "differentielle Konformität". Je nach Konflikttypus wird zwischen wichtigeren und weniger wichtigen Erwartungen unterschieden, wird abwechselnd die eine und dann die andere Erwartung zum Maßstab gemacht, oder meist werden beide Rollen etwas uminterpretiert, die eine jeweils im Licht der anderen. Diese Uminterpretation kann durch die oben dargestellte Unterscheidung der Rollen nach ihrer jeweiligen Festigkeit und Allgemeinheit theoretisch nun leicht eingeordnet werden: die konkretere/variablere (z. B. Situationsrolle) wird meist im Lichte der abstrakteren/fixierteren (z. B. Statusrolle) uminterpretiert.

Wieviel Freiheit das Individuum angesichts dieser sich widersprechenden Rollen und den ihnen zugeordneten Sanktionen für sich herausnehmen kann, richtet sich zunächst - gemäß der traditionellen Rollentheorie - nach der Fähigkeit des Individuums zur "Rollendistanz" bzw. zum Aushalten von "Rollenstress". (91) Diese Fähigkeit beruht - dies hatte schon Simmel herausgefunden - auf Erfahrungen mit früheren Rollenkonflikten, im Verlaufe derer sich allmählich fest Kriterienraster entwickelt haben. Der einzelne Mensch ist ein aus einer "persönlichen Hälfte" und einer "sozialen Hälfte" (Rollenspieler)

bestehender "Doppelgänger"(Plessner), und findet durch eine immer bessere Integration beider Hälften zu einer immer stabileren Ichstruktur bzw. ein persönliches Gleichgewicht:

"Eine stabile Ichstruktur verlangt ... die Aufrechterhaltung einer Balance zwischen beiden Identitäten." (92)

Für das Individuum bedeutet diese Balance nach Gerhardt gleichzeitig ein Maximum an "Autonomie", an persönlicher Freiheit.

Aus den Ausführungen Gerhardts kann noch eine weitere Konsequenz für das Konfliktverhalten der Individuen gezogen werden: Da Rollenhandeln immer auch "Absenden von Sanktionen" ist und die Möglichkeit des Sanktionenabsenders von der Verfügung über ein ausreichendes Sanktionspotential abhängt, muß angenommen werden, daß der Träger einer Rolle mit großem Sanktionspotential mehr Möglichkeiten zur Beeinflussung anderer hat als der Träger einer weniger potenten Rolle. In Konfliktsituationen kann sich das Individuum wahrscheinlich um so leichter über fremde Erwartungen hinwegsetzen, je größer sein eigenes Sanktionspotential im Vergleich zu dem seines Gegenübers ist. Das Individuum wird also angesichts zweier konfligierender Rollen jener eine besondere Priorität einrücken, deren Einhaltung von einem relativ potenteren Gegenüber bzw. einer relativ potenteren Bezugsgruppe überwacht wird. Die Erwartungen der schwächeren Bezugsgruppe werden demgegenüber eher übergangen. Betrachtet man die Gesamtheit der Rollen eines Individuums, insbesondere die sanktionsgewichtigeren Positions- und Statusrollen, so wird seine Handlungsautonomie und damit seine Unempfindlichkeit gegenüber Rollenkonflikten mit der Gesamtmenge der ihm zur Verfügung stehenden Sanktionsmedien zunehmen. Ein Individuum mit hohem Sanktionspotential kann dann ein hohes Maß an Rollenambivalenz aushalten bzw. ein hohes Maß von Rollendistanz praktizieren, ohne nennenswert dafür bestraft zu werden, das Gleichgewicht eines solchen Individuums pendelt sich auf einem relativ hohen Zufriedenheitsniveau ein.

"Je größer die 'Mengen' von Herrschaft, Ausbildung, Prestige und Geld sind, die dem einzelnen legitimerweise zur Verfügung stehen, desto größer ist seine Chance einer Befriedigung materieller und immaterieller Bedürfnisse sowie eine Optimierung der Weisen solcher Befriedigung." (93)

Als Interpretationsversuch der Ausführungen Gerhardts sei ein Beispiel versucht: Angenommen die Norm "Rücksichtslosigkeit" gegenüber einer bestimmten Personengruppe in einem Betrieb hätte den Preis eines bestimmten Prestigeverlustes bei dieser Gruppe, die Norm "Solidarität" ihr gegenüber den Preis einer beruflichen Dequalifizierung, so würden bei einem hohen Sanktionspotential (Generaldirektor) die in jedem Fall zu erwartenden Sanktionen als relativ

unerheblich empfunden werden. Der Generaldirektor kann seinen Leuten ja aus dem Weg gehen und braucht sich auch nicht gleich zum Abteilungsleiter herabzustufen.

Fazit: Die Individuen Gerhardts haben ähnlich wie die Samuelsons zu allererst bestimmte Bedürfnisse. Mit diesen Bedürfnissen stehen sie alternativen Rollen gegenüber (Gütern). Mit diesen Rollen sind jeweils bestimmte positive und negative Sanktionen (Preise) verbunden. (94) Jedes Individuum hat nun aufgrund seiner ihm zugeordneten Rollen ein bestimmtes Sanktionspotential (Geldbudget) zur Verfügung. Vor allem aus diesem Grund (95) konkurrieren in seinem Bewußtsein bzw. in seiner Psyche die verschiedenen Rollen gegeneinander. Aufgrund dieser Situation muß sich das Individuum in der Ökonomie und in der Soziologie gut überlegen, wie es sein Potential aufteilt. Die Individuen (Konsumenten, Rollenspieler) verteilen ihr Potential nun so auf die alternativen und miteinander konkurrierenden Handlungsalternativen (Güter, Rollen), daß sie einen möglichst maximalen Zufriedenheitszustand erreichen. Dieser Zustand wird sowohl bei Samuelson als auch bei Gerhardt als Gleichgewichtszustand bezeichnet. Während in der Ökonomie dieses Verteilungskalkül mit dem Grenznutzentheorem beschrieben wird, hat Gerhardt hier kein weiteres Instrumentarium zur Verfügung.

In dem von vornherein am ökonomischen Vorbild orientierten soziologischen Ansatz haben Goode (1960), Homans (1961) und Blau (1964) (96) die konsequente Anwendung der Nutzentheorie in der Soziologie versucht. Nach Blau etwa vollzieht sich ein Großteil unserer sozialen Handlungen als Austausch: Jemand erweist einem anderen einen Dienst und verpflichtet damit sein Gegenüber, bei Gelegenheit ein entsprechendes Äquivalent zurückzuerstatten. Alle dabei anfallenden Kalkulationen werden mit Hilfe der Gesetze vom abnehmenden Grenznutzen, vom ausgeglichenen Grenznutzen und von den Opportunitätskosten durchgeführt. Trotz der weitgehenden Analogie weist Blau darauf hin, daß die Übertragung des ökonomischen Instrumentariums auf die Soziologie auch ihre Grenzen hat. (97)

Konkurrenz und Gleichgewicht z w i s c h e n Individuen

Der externe Aspekt der geistig-psychischen Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse sind die interindividuellen Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse. Rollentheoretisch handelt es sich hierbei um Konflikte, bei denen nicht wie oben eine Person zwei widersprüchlichen Rollen gegenübersteht. Vielmehr sind zwei Personen mit je einer Rolle miteinander konfrontiert, wobei aber nicht beide Rollen zugleich ausgeführt werden können. (98) Die Analyse beginnt auch hier mit der Feststellung, daß die beiden Personen sich als erstes ein Bild von der Ausgangslage des Verhaltens machen, insbesondere von den mit den beiden Rollen verbundenen Sanktionschancen. Erscheinen die eigenen Sanktionsmöglichkeiten zu klein, so wird erwogen, ob man sich mit anderen

gleichrangigen Positionsinhabern zusammenschließen soll, um als Gruppe ein größeres Sanktionspotential zur Verfügung zu haben. Ein solches Ringen um Einfluß auf das Verhalten anderer kann dann entweder zu einem "labilen Gleichgewicht der Kräfte" führen, oder es bleibt ein Rest an "unbewältigter Spannung", der zu einem offenen und heftigen Konflikt (99) führen kann. Solche unbewältigten Spannungen, also eine verbleibende Unzufriedenheit mit dem eigenen Einflußbereich, mündet nach Gerhardts Auffassung dann in einen Konflikt, wenn diese Einflußdifferenz dem Unzufriedenen nicht "legitim" erscheint. Gehorsamsverweigerung und andere Kampfmittel können schließlich dazu führen, daß zunächst institutionell nicht abgesicherte Macht des Gegenübers eingeschränkt wird, schließlich aber auch der institutionell abgesicherte legitime Herrschaftsspielraum des Gegenübers eingeschränkt wird. Durch ein neues labiles Gleichgewicht wird die Rolle des Gegenübers und das dazugehörige Sanktionspotential ebenfalls neu definiert.

Im ökonomischen und politologischen Analogiefall wurde festgestellt, daß durch zwischenindividuelle Konkurrenz sowohl begrenzte und kurzfristige Ansprüche auf knappe Güter bzw. Herrschaft/Einfluß verteilt werden als auch umfassendere und langfristige Regeln für die Verteilung solcher Güter prinzipiell entstehen. Ähnliches leistet die Rollenkonkurrenz Gerhardts, wenn sie ausdrücklich weniger verfestigte und konkretere Rollen (Situation) und stärker verfestigte und abstraktere (Status) unterscheidet, die dann natürlich auch miteinander in Konkurrenz treten können. Die Folge ist, daß auch hier als Resultat von interpersonellen Konfliktregelungen sowohl kurzfristig-konkrete Sachentscheidungen (für Einzelhandlungen und bezüglich des je individuellen generellen Handlungsspielraums) als auch langfristig-abstrakte Verfahrensentscheidungen gefällt werden. Auch hier müßte gelten, ohne daß Gerhardt dies ausspricht, daß der langfristig gültige Grundkonsens in einer Gesellschaft prinzipiell das Resultat ehemaliger Rollenkonflikte und deren Regelung ist und unter Umständen irgendwann einmal auch wieder zum Konfliktgegenstand werden könnte. (100)

Fazit: Individuen konkurrieren um knappe Freiheitsräume, in denen sie völlig nach eigenem Gutdünken handeln können. Ein Gleichgewichtszustand ist erreicht, wenn die jeweiligen Handlungsspielräume den Betroffenen als legitim erscheinen. Dieser Zustand ist jedoch immer nur von kürzester Dauer, er existiert nur theoretisch.

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen G r u p p e n

Schließen sich Individuen zu Gruppen zusammen, um ihre (Rollen-) Interessen so besser durchsetzen zu können, so tritt der Fall ein, den Dahrendorf als Gruppenkonflikt bezeichnet und hauptsächlich analysiert hat. Die Gruppen konkurrieren seinen Ausführungen zu-

folge in der Regel nicht um alle Arten von Sanktionsmedien, sondern meist geht es letztlich um das eine, für ihn zentrale Medium der Interessensverwirklichung: die Herrschaft. Von der Teilhabe an der gesellschaftlichen Herrschaft leitet sich dann auch ab, über wieviel Prestige, Geld, Wissen etc. die Gruppe bzw. ihre Mitglieder verfügen. Das Resultat jeder Konfliktregelung besteht zum einen zunächst in der Abwicklung der unmittelbaren Konfliktsituation, zum andern in der Umverteilung der Potenzen für spätere Konflikte. Als technische Mittel für die geregelte Austragung des Herrschaftskonflikts schlägt Dahrendorf Spielregeln vor, die etwa Institutionen wie Verhandlung, Vermittlung, Schlichtung oder, als letzte Möglichkeit, die Zwangsschlichtung beinhalten. Neben diesen Spielregeln muß nach Dahrendorf eine ausreichende nicht-kontroverse Wertbasis, ein System öffentlicher Tugenden, vorhanden sein, die eine Explosion der Konflikte verhindern. Die Wertbasis kommt dadurch zustande, daß die Herrschenden in einer Gesellschaft aus der Gesamtheit der gedanklich möglichen Werte ("Wertehimmel") einige auswählen und als gültige Werte definieren. Insofern sind Gesellschaften für Dahrendorf in letzter Instanz nicht nur konfliktorische Gebilde, sondern auch "moralische Gemeinwesen". (101)

Diese technischen Konfliktkanalisierungsmittel und die Wertbasis Dahrendorfs sind auf derselben Ebene angesiedelt wie die in der ökonomischen Theorie festgestellten Regeln des Marktgeschehens und die in der politischen Theorie gefundenen verfassungsmäßigen und durch den Wertkonsens einer Gesellschaft bestimmten Bereiche der über längere Zeit von allen Konkurrenten akzeptierten allgemeinsten Lösungsprinzipien für ökonomische und politische Probleme. Auch deren konkrete Ausgestaltung muß als Resultat ehemaliger und als potentielle Gegenstände zukünftiger Auseinandersetzungen angesehen werden, und dies gilt für die jeweilige Auslegung der Marktregeln genauso wie für die Interpretation der Verfassung/politischen Wertbasis und die konkrete Ausgestaltung der Dahrendorfschen Formen der Regelung von sozialen Konflikten (102). Grundsätzlich werden jedoch alle Kernbereiche der drei Konkurrenzfundamente immer wieder letztlich akzeptiert und eingehalten, weil ihre prinzipielle Einhaltung (des Tausch-, Pluralismus- und Konfliktprinzips) den Konkurrenten insgesamt die größtmögliche Verwirklichung ihrer Ziele (Bedürfnisbefriedigung, Willensrealisierung, Sinn-/Interessenverfolgung) ermöglicht.

Fazit: Konkurrenz zwischen Gruppen bezieht sich nach Dahrendorf im Kern fast immer auf die Teilhabe an der Herrschaft innerhalb der verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen. Im Gegensatz zur politischen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie geht es hier also nicht bloß um die staatliche Herrschaft, sondern auch um Herrschaft in der Familie, im Betrieb, im Verband usw. Im soziologischen Konkurrenzmodell ist nun - wie in den anderen Beispielen auch - jede

konkrete Herrschaftsverteilung nur momentaner Natur. Von einem Ruhezustand bzw. von Gleichgewicht kann also nur in einem theoretischen Sinn gesprochen werden. Das Gleichgewicht zwischen den Gruppen ist das Resultat der vorausgehenden Gleichgewichtsbildung zwischen den Individuen. Dort geht es um alle möglichen Sanktionsmedien (Prestige, Wissen, Einfluß usw.) bzw. den durch sie ermöglichten Freiheitsraum. Diese Konkurrenz zwischen den Individuen hat wiederum zur Voraussetzung, daß im Innern jedes Individuums eine Konkurrenz diverser Rollen mit darangeknüpften Sanktionen stattfindet, die in einem jeweils "gewählten" psychischen Gleichgewichtszustand geregelt wird.

II. THEORIEN ÜBER THEORIEN (ÜBER GESELLSCHAFT)

Während die in Abschnitt I vorgestellten Theorien sich zum Ziel gesetzt hatten, bestimmte Ausschnitte von Gesellschaft zu beschreiben und zu erklären, haben sich die in Abschnitt II vorzustellenden Theorien vorgenommen, solche Gesellschaftstheorien selbst zu beschreiben und zu erklären. Genauer: Die im folgenden Abschnitt darzustellenden Theorien über Theorien beanspruchen sogar, nicht nur gesellschaftswissenschaftliche Theorien zu ihrem Gegenstand zu machen, sondern Theorien überhaupt. Ein weiterer Unterschied zu Abschnitt I: Dort verstanden sich die von mir ausgewählten Gesellschaftstheorien als primär deskriptive, hier verstehen sich die ausgewählten Wissenschaftstheorien als primär normative: sie wollen zu allererst darüber etwas aussagen, wie man am besten zu Wissen kommen kann. Beiden Arten von Theorien kann allerdings die jeweils andere Geltungskomponente ebenfalls nachgewiesen werden.(103)

Wie die Gesellschaftswissenschaften so gehen auch die Wissenschaftstheorien arbeitsteilig vor. Eine erste Form der Arbeitsteilung besteht schon darin, daß sich einige Theorien nur mit den Wirkungen von wissenschaftlichem Wissen beschäftigen, andere nur mit seiner Entstehung. Im folgenden sollen ausschließlich letztere berücksichtigt werden, wobei sofort eine zweite Form der Arbeitsteilung festgestellt werden muß. Während sich nämlich die eine Disziplin mit dem Zusammenhang des Wachstums unseres wissenschaftlichen Wissens (das ja primär in der Form von Theorien vorliegt) einerseits, und dem menschlichen Denken andererseits, befaßt, untersucht die andere Disziplin den Zusammenhang zwischen dem Wachstum des wissenschaftlichen Wissens und der sozialen Umgebung dieses Wachstums. Die erste Disziplin, die Wissenschaftslogik, fragt primär danach, wie ein forschendes Individuum denken muß.

wenn es zuverlässige Erkenntnisse über die Realität in Form von Theorien erhalten will. Die zweite Disziplin, die Wissenschaftssoziologie, untersucht primär, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, damit in ihr die Wissenschaft gut gedeihen kann. Die philosophische und die soziologische Disziplin haben sich also ihren Gegenstand, die Wissenschaft bzw. ihre Theorien, untereinander aufgeteilt. In Anlehnung an die im Abschnitt I eingeführte Unterscheidung zwischen Mikro- und Makrotheorien könnte man vereinfachend behaupten, daß die Wissenschaftslogik eher den Mikro-, die Wissenschaftssoziologie eher den Makrobereich von Wissen thematisiert.

Die Vermutung, daß in unserer Gesellschaft nicht nur der Umgang mit Gütern, Herrschaft und Sanktionen dem Konkurrenz- und Gleichgewichts-Prinzip gehorcht, sondern auch der Umgang mit Wissen, hat u. a. Carl Schmitt recht prägnant formuliert: "Gewöhnlich erörtert man nur die ökonomische Schlußfolgerung, daß aus der freien wirtschaftlichen Konkurrenz privater Individuen ... die soziale Harmonie der Interessen und der größtmögliche Reichtum sich von selbst ergeben. Alles dieses ist aber nur ein Anwendungsfall des allgemeinen liberalen Prinzips. Es ist durchaus dasselbe, daß aus dem freien Kampf der Meinungen die Wahrheit entsteht als die aus dem Wettbewerb sich von selbst ergebende Harmonie. Hier liegt auch der geistige Kern dieses Denkens überhaupt, sein spezifisches Verhältnis zur Wahrheit, die zu einer bloßen Funktion eines ewigen Wettbewerbs der Meinungen wird. Der Wahrheit gegenüber bedeutet es den Verzicht auf ein definitives Resultat." (104)

A. EINE SOZIOLOGISCHE THEORIE: WISSENSCHAFT ALS HANDELN (MERTON)

Mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gesellschaftsstruktur und Wissenschaftsfortschritt wurde die soziologische Teildisziplin der Wissenschaftssoziologie geboren. An deren Wiege stand Robert K. Merton (105). Anlaß für Mertons Fragestellung war die Unterdrückung der Wissenschaft in den faschistischen Gesellschaften, vor allem in Deutschland, in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts.

1. DIE THEORIE

Gegenstand, Absicht, Methode

Als Wissenschaftssoziologe betrachtet Merton die Wissenschaft als etwas ganz und gar in die Gesellschaft Eingebettetes, Forschen gilt ihm von vornherein als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, als Handlung von Forschergruppen (Wissenschaftlergemeinschaften), die in der Gesellschaft entscheidend verankert sind und deren Ergebnisse

von ihr entscheidend geprägt sind. Methodisch bekennt sich Merton zum Funktionalismus. Deshalb sieht er sowohl die Institution der Wissenschaft als auch die Institution der Gesellschaft als strukturierte Gebilde an, die jeweils bestimmte Verhaltensnormen aufweisen. Ziel der funktionalistischen Analyse Mertons ist die Beantwortung der Frage, ob die beiden Strukturen mit ihren jeweiligen Normen einander ergänzen, also für einander funktional sind, oder aber in keinem Wirkungszusammenhang stehen bzw. einander sogar behindern. (106)

Abfolge der Begriffe

In den einschlägigen Texten argumentiert Merton zunächst **historisch**. Er zeigt, daß die Sozialstruktur des Mittelalters für die Entwicklung des Wissens, etwa in Gestalt einer selbständigen Institution, der Wissenschaft, hinderlich war. Erst mit dem Bruchigwerden der mittelalterlichen Ordnung, mit dem Auftreten der Reformation besonders in der Form des Puritanismus, sind die geistigen Grundlagen für eine neue Art menschlichen Verhaltens entstanden, die mit Begriffen wie "Utilitarismus" oder "Rationalismus" schlagwortartig gekennzeichnet werden können. Dieses neue Verhalten, das die Wünsche der Menschen zum Motor ihres Handelns macht (und nicht irgendeine transzendente Ordnung), und das die Welt als möglichst wirksam anzuwendendes Mittel für die Erfüllung dieser Wünsche betrachtet, hat sowohl die bürgerliche Klasse und die von ihr durchgesetzte Wirtschafts- und Staatsform hervorgebracht, als auch die von ihr durchgesetzte Form des Denkens: die Wissenschaft.

Nun zu seiner eigentlichen Theorie. In seinem zentralen Aufsatz (107) definiert Merton Wissenschaft als Satz von Verhaltensweisen, die der Wissenschaftler verinnerlicht hat und als "moralische Zwänge" erlebt. Dieses "**wissenschaftliche Ethos**" hat sich also zu einer gesellschaftlichen Verhaltens **s t r u k t u r** verfestigt.

Wie kann der Forscher diese Verhaltensregelmäßigkeiten in der Wissenschaft nun herausfinden?

"Obgleich das Ethos der Wissenschaft nicht kodifiziert ist, kann es aus dem moralischen Konsensus der Wissenschaftler abgeleitet werden, wie er sich in Brauch und Gewohnheit, in zahllosen Schriften über den Geist der Wissenschaft und die moralische Entrüstung gegenüber Zuwiderhandlungen gegen das Ethos ausdrückt." (108)

Die Struktur des Wissenschaftlerverhaltens soll also aus der Selbsteinschätzung der Wissenschaftler gewonnen werden.

Welche konkreten Normen des wissenschaftlichen Sich-Verhaltens erachten die Wissenschaftler nun als wissenschaftsadequat? Erstens

Wissenschaftliche Wahrheitsansprüche müssen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft ausschließlich am thematisierten Gegenstand überprüft werden. Persönliche, soziale, nationale, religiöse Eigenschaften des Wissenschaftlers, der einen solchen Wahrheitsanspruch erhebt, dürfen keinerlei Einfluß haben (Norm des "Universalismus"). Zweitens: Wissenschaftliche Ergebnisse sind das Resultat sozialer Zusammenarbeit innerhalb der Wissenschaftlergemeinschaft und müssen deshalb als Eigentum dieser Wissenschaftlergemeinschaft betrachtet werden. Das Eigentumsrecht des Urhebers einer Entdeckung muß darauf beschränkt bleiben, daß allgemein anerkannt ist, daß er und kein anderer der Entdecker ist (Norm des "Kommunismus") (109). Drittens: Alle Motive des Wissenschaftlers, die bei seinem wissenschaftlichen Handeln eine Rolle spielen, müssen von den Fachkollegen geprüft werden. Außer reinen Erkenntnismotiven sind keinerlei andere Motive zulässig, wie z. B. Eitelkeit, Rechtshaberei oder Legitimierung von irgendwelchen Sachzwängen (Norm der "Uneigennützigkeit"). Viertens: Die Wissenschaft muß als gesellschaftliche Institution auch gegenüber den anderen gesellschaftlichen Institutionen wie Kirche oder Wirtschaft eine kritische Haltung einnehmen. Die Normen dieser anderen Institutionen sollen von der Wissenschaft unvoreingenommen einer logischen und empirischen Überprüfung unterzogen werden (Norm des "organisierten Skeptizismus"). In einem späteren Aufsatz fügt Merton diesen vier Wissenschaftsnormen noch zwei weitere hinzu: die "Originalitätsnorm" und die "Bescheidenheitsnorm". (110) Originalitätsnorm besagt, daß der Wissenschaftler von seiner sozialen Umgebung ständig dazu veranlaßt werden soll, an der Erweiterung des Wissens zu arbeiten, also möglichst originelle Beiträge zu liefern. Genau von dieser Originalität ist seine soziale Anerkennung und damit sein Selbstwertgefühl abhängig.

Da Merton beweisen will, daß gerade von einer **bestimmten Sozialstruktur**, nämlich der demokratischen, die günstigsten Wirkungen auf die Wissenschaftsentwicklung ausgehen, muß er noch aufzeigen, welche Mechanismen in demokratischen Sozialstrukturen dafür verantwortlich sind, daß die institutionellen Normen der Wissenschaft gestärkt werden. Mit "demokratischer Sozialstruktur" meint Merton offensichtlich sowohl die ökonomischen als auch die politischen und kulturellen Strukturen in einer Gesellschaft. Wie fördert eine demokratische Sozialstruktur nun die einzelnen Wissenschaftsnormen?

"Die Demokratisierung (einer Gesellschaft, F. R.) ist gleichbedeutend mit der fortschreitenden Beseitigung von Einschränkungen der Ausübung und Entwicklung gesellschaftlich geschätzter Fähigkeiten. Unpersönliche Leistungskriterien und nicht die Fixierung auf sozialen Status charakterisieren die demokratische Gesellschaft." (111)

Wenn in der Gesellschaft insgesamt unpersönliche Leistungskriterien vorherrschen, dann, so Merton, ist dies auch für den Teilbereich Wissenschaft zu erwarten. Dann zählt in der Wissenschaft tendenziell auch nur mehr die rein gegenstandsbezogene Leistung, die Erkenntnis- und Erklärungskraft der Theorie eines Wissenschaftlers. Die Norm des Universalismus wird mithin in demokratischen Gesellschaften aufgrund des ihr eigenen Belohnungssystems besonders gefördert. Für die anderen Wissenschaftsnormen (Kommunismus, Uneigennützigkeit usw.) führt Merton den Kausal- bzw. Funktionszusammenhang zwischen ihnen und demokratischen Sozialstrukturen leider nicht mehr aus. Allem Anschein nach ist er aber grundsätzlich von der überwiegend positiven Funktionalität von Demokratien für Wissenschaft überzeugt.(112)

Trotz aller demokratischer Strukturbedingungen war die Wissenschaft bis heute nicht in der Lage, eine wirklich umfassende soziologische Theorie, eine "Totaltheorie" zu entwickeln. Darum versucht Merton, bereits entwickelte und teilweise überprüfte Hypothesen über gesellschaftliche Einzelvorgänge zu **"Theorien mittlerer Reichweite"** zu vereinigen. Solche Theorien können dann leichter an der Wirklichkeit überprüft werden und, falls sie sich als falsch erweisen sollten, ohne größeren Schaden für das gesamte Wissensgebäude und die gesamte Wissenschaftsinstitution revidiert werden. Insofern sind gerade solche Theorien mittlerer Reichweite besonders funktional für eine Wissenschaft, die auf Konkurrenzprozessen beruht. Genauso wie reformistische Politik den Umfang von politischen Eingriffen immer möglichst gering halten will, um Wirkungen testen und ggf. stoppen zu können, genauso wollen die Theorien Mertons nur ganz "behutsam" mit ihrem Gegenstand umgehen.(113)

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM KONKURRENZ- UND GLEICHGEWICHTS -BEGRIFF

Konkurrenz und Gleichgewicht i m Individuum

Merton sieht das Individuum, das um maximale Anerkennung für seine originellen Wissenschaftsbeiträge ringt, vor folgende Konkurrenzsituation gestellt: Wenn das Wissenschaftlerindividuum konsequent der Originalitätsnorm folgt und quasi mit allen Mitteln seine wissenschaftliche Anerkennung betreibt, entsteht die Gefahr, daß das übermäßige Originalitätsstreben dazu führt, daß wissenschaftliche Spielregeln allgemein übertreten werden. Ein solches Übermaß wird durch die Gegennorm zur Originalitätsnorm, die Bescheidenheitsnorm, wieder abgebremst. Die Wissenschaftler verweisen deshalb oft darauf, wie wenig eigentlich auf ihre eigene Leistung zurückzuführen ist und wieviel sie demgegenüber ihren Vorgängern zu verdanken haben, oder sie betonen die Beschränktheit des wissenschaftlichen Bemühens schlechthin.

Angeichts solcher gegensätzlicher Normen charakterisiert Merton das Verhalten des einzelnen Wissenschaftlers wie folgt:

"Es ist nicht leicht, sie (die Originalitätsnorm und die Bescheidenheitsnorm, F. R.) in der Praxis zu vereinen. Die Spannung zwischen diesen verwandten Normen - verwandt wie Kain und Abel - erzeugt bei den Wissenschaftlern, die sich beide zueigen gemacht haben, einen inneren Konflikt und eine deutliche Ambivalenz im Hinblick auf Prioritätsansprüche." (114)

Wie wird diese Ambivalenz bzw. der Konflikt zwischen den beiden konträren Zielen nun in dieser Theorie des Wissenschaftsverhaltens gelöst? Merton gibt an dieser Stelle keine weiteren Hinweise und läßt das Problem damit offen. Walter L. Bühl deutet im Anschluß an seine Darstellung dieses von Merton aufgeworfenen Problems in seinem Kapitel "Wissenschaft als Balanceakt" eine entsprechende Lösungsmöglichkeit an:

"Wollte der Wissenschaftler die Erwartungen der Wissenschaftsgemeinschaft nach Einordnung, nach Konformität gegenüber ihren Normen und Standards allzu ernst nehmen und würde er diesen eine dauernde Priorität zuerkennen, so käme er auf keinen neuen Gedanken mehr; er müßte ihn, in der Angst, die Normen zu verletzen, schon in seinem Entstehen verdrängen oder verkehren. Wäre er nur auf die Sicherung der ihm von der Wissenschaftsgemeinschaft angesonnenen sozialen Identität bedacht, so verfiere er - wegen seines schamlosen Reputationsstrebens, wegen seiner Publizitätshascherei oder seiner Funktionärgesinnung - sehr rasch der Verachtung gerade dieser Wissenschaftsgemeinschaft ... Von seiten des Wissenschaftlers gehört zur normalen, d. h. nichtpathologischen Identitätsfindung gerade, daß diese Spannung erhalten bleibt und mit einer gewissen Gelassenheit ertragen wird, ja daß er gerade nicht auf eine eindeutige und endgültige Lösung drängt." (115)

Das Verhalten des Wissenschaftlerindividuums wird also innerhalb dieses Denkens als "Balanceakt" beschrieben, mithilfe dessen angesichts sich widersprechender von außen herangetragener Erwartungen ein psychisches Gleichgewicht mit relativ optimalem Wohlbefinden hergestellt werden kann. Ein vergleichbares Konkurrenz- und Gleichgewichts-Problem war in der Rollentheorie Gerhardts festgestellt worden. Dort war es die Gegensätzlichkeit zwischen der Individualität des Menschen und den Anforderungen der Gesellschaft. Diese Konkurrenz zwischen der "privaten" und der "öffentlichen Hälfte des Menschen" macht ihn "gleichgewichtsbedürftig" (Plessner): Er muß als Subjekt seinen jeweiligen Balancezustand selbst herausfinden.

Darüberhinaus müßte sich - denkt man Merton einen Schritt weiter - der Wissenschaftler auch noch vor eine andere Konkurrenzsituation gestellt sehen: Will er seine wissenschaftliche Anerkennung maximieren, so muß er überlegen, welche Mittel (Themen, Theorien, Beobachtungsstrategien) für dieses Ziel am besten geeignet sind; diese verschiedenen Mittel sind für ihn nichts anderes als miteinander konkurrierende Handlungsalternativen. In seinem Handlungskalkül konkurrieren sie ganz ähnlich wie im Kalkül des homo oeconomicus die verschiedenen Güter, im Kalkül des homo politicus die verschiedenen Kandidaten und im Kalkül des homo sociologicus die verschiedenen Rollen miteinander konkurrieren. Das Individuum wird in allen Fällen eine solche Kombination von Mitteln bzw. Handlungsstrategien wählen, die ein Höchstmaß an psychischer Ausgeglichenheit gewährleistet.

Von Mertons Beschreibung des Wissenschaftlerhandelns bis zur explizit ökonomistischen wissenschaftssoziologischen Theorie ist nur ein relativ kleiner Schritt. Wie in der allgemeinen soziologischen Handlungstheorie so ist auch - wie in der Einleitung erwähnt - in der speziellen wissenschaftssoziologischen Handlungstheorie dieser Schritt tatsächlich vollzogen worden. So haben z. B. die Soziologen Polanyi (1962), Hagström (1965), Storer (1966) und Mulkay (1970) (116) das empirische Verhalten von Wissenschaftlern durch Austausch-, Markt- bzw. Gewinnmaximierungsansätze beschrieben.

Storer etwa schildert den Wissenschaftler genauso wie Merton als Anerkennungsmaximierer, für den das Wissen selbst nur ein Mittel ist. Für das Verhalten des Wissenschaftlerindividuums bedeutet dies nach Storer, daß es eine "Balance zwischen den Funktionen der Identitäts- und der Kompetenzsicherung" (117) herstellen muß, was im Fall einer fragwürdigen Kompetenz der Kollegen angesichts eines hochspezialisierten Themas nicht immer einfach sein dürfte. Gleichgewicht kann dann u. U. bedeuten, daß der Forscher sich "dümmer" stellen muß, als er eigentlich ist.

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Individuen

Wie die innerhalb der Forscherindividuen stattfindende Konkurrenz (der alternativen Handlungsstrategien) und die jeweilige Gleichgewichtsbildung sich auf das Verhältnis zwischen den einzelnen Individuen und das Verhältnis zwischen Gruppen auswirkt, hat Merton zwar ständig mitthematisiert, dies aber nicht annähernd so systematisch wie im ökonomischen, politologischen oder auch soziologischen Analogiefall. Hier muß also weitgehend interpretiert werden.

Wie könnte der Konkurrenzkampf zwischen den Wissenschaftlerindividuen um größtmögliche Chancen zur individuellen Anerkennungsmaximierung aussehen? Zunächst wird jeder versuchen, möglichst gute materielle Bedingungen (Zeit, Mitarbeiter, Finanzmittel u. ä.)

zu erhalten, um möglichst Startvorteile gegenüber anderen zu haben. Man stelle sich nun vor, ein Wissenschaftler trete eines Tages mit dem Anspruch auf, er habe soeben eine originelle Entdeckung gemacht und beanspruche deshalb als Gegenleistung ein respektables Maß an Anerkennung. Die Konkurrenten, insbesondere diejenigen, die am selben Thema arbeiten und vielleicht ebenfalls kurz vor der Veröffentlichung stehen, werden gemäß den Mertonschen Annahmen versuchen, die betreffende Leistung so rigoros wie nur irgend möglich zu kritisieren. Sie werden versuchen, die Absicht des Ersten, Anerkennung zu erheischen, so gut wie möglich zu durchkreuzen. Die Konkurrenz der Forscher wird wiederum durch nichts anderes entschieden als durch die von der Wissenschaftlergemeinschaft als "moralischer Zwang" durchgesetzte Anwendung der Universalitätsnorm. Resultat des Streits der Forscher ist die irgendwann einmal zustandekommende und immer nur vorläufige Annahme oder Ablehnung der originellen Leistung als echten wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt. Entschieden wird in diesen Konkurrenzkämpfen sowohl über die Annahme einzelner Vermutungen als tatsächliche Erkenntnisse, wie auch über die Möglichkeiten für weitere Forschungsprojekte und damit Chancen zu neuer wissenschaftlicher Anerkennung zu gelangen. Neben diesen wissenschaftlichen Sachfragen werden auch wissenschaftliche Verfahrensfragen (Methodologien) prinzipiell durch nichts anderes entschieden als durch die Konkurrenz der sich gegenseitig kritisierenden Mitglieder der Wissenschaftsgemeinde. (118)

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Gruppen

In den beiden jüngsten Aufsätzen beschäftigt sich Merton mit einigen Vorstellungen über den angeblichen Wandel der Wissenschaftsstruktur innerhalb der letzten Jahrzehnte, die im Zeitalter der Großforschung und der Spezialisierung zu verzeichnen seien. Merton kommt angesichts solcher "Mythen" jedoch zu dem Ergebnis, daß sich das Grundprinzip der Konkurrenz in der Wissenschaft nicht geändert habe, wohingegen die Form der Konkurrenz heute von früher abweiche. So sei z. B. durch die angedeutete Wissenschaftsentwicklung die Konkurrenz innerhalb einer wissenschaftlichen Institution oft ausgeschaltet, existiere aber zwischen den Wissenschaftsinstitutionen weiter fort. Auch werde heute allgemein akzeptiert, daß Erfindungen aufgrund der weitgehenden Geplantheit von Forschung nicht selten tatsächlich von mehreren Forschern oder Institutionen gleichzeitig gemacht werden können, woraus sich ergibt, daß die Prioritätenstreitigkeiten heute in der Regel nicht mehr ganz so heftig wie früher ausfallen.

Ergebnis der Konkurrenzentscheidungen zwischen Gruppen - wie Institute, Journale, Schulen etc. - sind wie in der ökonomischen, politischen und soziologischen Theorie der Konkurrenz zum einen wissenschaftliche Erkenntnisse im Sinne von Aussagen über Sachverhalte, zum andern aber auch Verfahrensregelungen für die Wissen-

schaft selbst. Wie dort, so ist auch hier ein Kernbereich aus dem Konkurrenzmechanismus ausgenommen: jene allgemeinen Standards, die in den sechs Normen fixiert sind. Als letzte Instanz kann aber immer nur die Diskussion und Entscheidung der Wissenschaftlergemeinschaft gelten.

Fazit: Das gewaltige Wissenswachstum der letzten Jahrhunderte in den USA und in Europa führt Merton auf die demokratische Sozialstruktur in diesen Ländern zurück. Die Sozialprinzipien der individuellen Freiheit, Gleichheit und Konkurrenz gewährleisten nämlich am besten, daß auch in der Wissenschaft die Freiheit des Forschers, die Gleichgeltung aller wissenschaftlichen Ansprüche und die unerbittliche Konkurrenz der Forscher institutionalisiert sind. Die Konkurrenz der Forscher zeigt sich nach Merton gegenwärtig hauptsächlich in der Konkurrenz von Forschergruppen (Forschungsinstitutionen), daneben auch in der Konkurrenz von Einzelforschern, und schließlich hat auch jeder einzelne Forscher mit sich selbst einen Konkurrenzkampf auszutragen: die Konkurrenz verschiedener Verhaltensstrategien gegenüber der Wissenschaftlergemeinschaft. Eine nur theoretisch postulierbare Ruhelage im Konkurrenzkampf ist dann erreicht, wenn ein Forschungsergebnis durch "Beschuß" allgemein anerkannt wird. Eine solche Ruhelage, hier als Gleichgewichtszustand interpretiert, basiert letztlich auf den individuellen bzw. psychischen Gleichgewichten der einzelnen an der Diskussion beteiligten Forscher. Neue subjektive Einfälle oder neue objektive Realitäten (Beobachtungen) zerstören dieses Gleichgewicht jedoch bereits im "nächsten Augenblick".

B. EINE PHILOSOPHISCHE THEORIE: WISSENSCHAFT ALS DENKEN (POPPER, SPINNER, FEYERABEND)

Daß Karl Raimund Popper und seine wichtigsten Schüler, zu denen Helmut Spinner ohne Zweifel zu zählen ist, zu den einflußreichsten Wissenschaftstheoretikern in der Diskussion der letzten Jahrzehnte geworden ist, (und zwar nicht nur innerhalb der Philosophie selbst, sondern auch innerhalb der Methodologiedebatten in Sozial- und Naturwissenschaften), bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Paul K. Feyerabend hat seine Ideen ebenfalls in engem Zusammenhang mit der Popper-Schule entwickelt, ist aber dann - ähnlich wie Thomas Kuhn - "einer seiner schärfsten Kritiker" geworden. (119) Ich möchte im folgenden hingegen zeigen, daß auch Feyerabend, von einer etwas allgemeineren Warte aus, in gewisser Hinsicht als der konsequenteste aller drei Popperianer bezeichnet werden kann. Die Hinsicht, die hier gemeint ist, ist wiederum die Verwendung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Arguments, das bei allen dreien in aufsteigender Radikalität vorfindbar ist.

1. DREI VARIANTEN EINER GRUNDIDEE

Der gemeinsame Gegenstand von Popper, Spinner und Feyerabend ist die Frage, wie unser Wissen wächst.

"Und um das Wachstum unseres Wissens zu studieren, studiert man am besten das Wachstum der Wissenschaft." (120)

Die Absicht der drei Wissenschaftstheoretiker besteht darin, dieses Wachstum der Wissenschaft zu beschreiben, und zwar mit dem Ziel, die Bedingungen des Wachstums zu finden und so durch bewußte Herstellung dieser Bedingungen das zukünftige Wissenswachstum zu fördern. Während die Wissenschaftssoziologen diese Bedingungen in den außerhalb des Menschen existierenden sozialen Strukturen suchen, ergründen die Wissenschaftslogiker die Voraussetzungen des Wissens quasi im Inneren des Menschen: in seinem Kopf.

Als gemeinsames methodisches Prinzip, das die Disziplin der Wissenschaftslogiker konstituiert, wollen die Wissenschaftslogiker die menschlichen Denkregeln als Analyseinstrument bemühen, wobei dies allerdings für die einzelnen Autoren unterschiedliche Konsequenzen nach sich zieht. Der semantische Status wissenschaftslogischer Aussagen ist primär normativ: Die Wissenschaftslogik beschreibt nach Popper die "Spielregeln des Spiels empirische Wissenschaft", wobei diese Regeln letztlich auf menschlichen "Festlegungen" basieren, die sich an ihrer Zweckmäßigkeit bewähren müssen. (121)

a. Karl R. Popper

In seinem zentralen Werk "Logik der Forschung" (1934) überprüft Popper die Tätigkeit des Wissenschaftlers in Hinblick auf die Richtigkeit seines Denkens. (122) Die Tätigkeit des wissenschaftlichen Forschers besteht aus zwei fundamentalen Bestandteilen: der Aufstellung und der Überprüfung von Sätzen bzw. Satzsystemen. In den empirischen Wissenschaften, um die es Popper hier geht, werden diese Sätze in der Regel Hypothesen genannt, ihre Überprüfung geschieht mithilfe der Erfahrung.

Da nun der erste Teil der wissenschaftlichen Tätigkeit, das Aufstellen von Hypothesen, nach Popper einer logischen Analyse "weder fähig noch bedürftig" (123) ist, erstreckt sich der Gegenstand seiner Wissenschaftsanalyse nur auf den zweiten Teil: die systematische Überprüfung der bereits aufgestellten Hypothesen.

"An der Frage, wie es vor sich geht, daß jemand etwas Neues einfällt - sei es nun ein musikalisches Thema, ein dramatischer Konflikt oder eine wissenschaftliche Theorie -, hat wohl die empirische Psychologie Interesse, nicht aber die Erkenntnislogik." (124)

Gegenstand und Absicht Poppers sind also in folgender Frage festgelegt: Hat der Wissenschaftler bei seiner systematischen Hypothesenüberprüfung richtig gedacht? Gelingt es, diese Frage zu beantworten, so können wir die Entstehung empirischen Wissens von der Entstehung spekulativer Metaphysiken klar unterscheiden und wir wissen am Ende auch, welchen Bedingungen wir das Wachstum unseres Wissens zu verdanken haben.

Popper entwickelt seine Wissenschaftslogik anhand einer **Kritik an der neopositivistischen Auffassung** von Theorieprüfung. (125) Diesem neopositivistischen Verständnis zufolge sucht der Forscher in der Wirklichkeit nach Belegen für seine in der Hypothese geäußerte Vermutung. Hat er mit seiner Hypothese Glück und findet hinreichend viele Belege, so wird seine Vermutung immer mehr erhärtet. Das Problem besteht nur darin, und hier hakt Popper ein, daß der Forscher auch nach noch so vielen positiven Beispielen für seine Hypothese nicht wirklich genau wissen kann, ob seine Hypothese richtig ist. Dies gilt insbesondere für die erstrebenswertesten weil informativsten wissenschaftlichen Sätze. Das sind Sätze, deren Gültigkeit sich auf eine Vielzahl von Sachverhalten besteht bis hin zu sogenannten Allaussagen. Wenn der Forscher z. B. vermutet, daß alle Schwäne weiß sind, und dann bei seinen Überprüfungsversuchen tatsächlich lauter weiße Schwäne findet, kann er keinesfalls schließen, daß alle Schwäne weiß sind. Es könnten sich nämlich durchaus noch irgendwo schwarze Schwäne verbergen, die er aus irgendeinem Grund nicht zu Gesicht bekommen hat.

Popper schlägt nun für die Hypothesenüberprüfung als Alternative zu dieser Induktionslogik ihr Gegenteil, die Deduktionslogik, vor: Wenn wir auch niemals endgültig wissen können, ob ein allgemeiner Satz wirklich wahr ist, so können wir auf der anderen Seite jedoch sehr wohl feststellen, ob er unwahr ist. Wenn der Satz behauptet, daß alle Schwäne weiß sind, und wir haben nach einer gewissen Zeit einen schwarzen Schwan gefunden, dann ist augenblicklich gewiß, daß der Satz nicht richtig ist. Aus einem allgemeinen Satz darf man nämlich nach den Regeln unseres Denkens ohne irgendwelche Probleme Einzelbehauptungen ableiten bzw. deduzieren. Aus unserem Denken allein ergibt sich also, daß Hypothesen auch nach gewissenhaftester Prüfung niemals als richtig bzw. wahr, sehrwohl jedoch als falsch bzw. unwahr bezeichnet werden können, oder – in der Terminologie der Wissenschaftstheoretiker niemals verifiziert, sehrwohl hingegen falsifiziert werden können.

Diese Erkenntnis über die Bedeutung unserer Denkgeregeln bei der Überprüfung von Hypothesen hat für den empirischen Wissenschaftler folgende fundamentale **Konsequenz**: Da der Forscher ja nicht auf unwahre Hypothesen aus ist, auch wenn er sich ihrer noch so gewiß sein kann, sondern auf möglichst wahre Hypothesen bzw. möglichst wahres Wissen über die Realität, muß er die Wahrheitssuche praktisch vom Schwanz her aufziehen.

Diese Konsequenz äußert sich in drei engstens miteinander verwobenen Prinzipien der Hypothesenüberprüfung: Der Forscher muß erstens seine Beobachtungen so organisieren und vorbereiten, daß er nicht nach Belegen sondern nach Gegenbelegen sucht. Dies setzt voraus, daß seine Hypothesen zweitens so formuliert werden müssen, daß sie an der Erfahrung scheitern können, d. h. der Satz "Hier wird es morgen regnen oder auch nicht regnen" kann nicht akzeptiert werden (126). Aus dem Falsifikationsprinzip folgt drittens, daß Hypothesen so formuliert sein sollen, daß sie möglichst leicht geprüft und falsifiziert werden können. Denn wenn sich bei solchen leicht falsifizierbaren Hypothesen nach etlichen Falsifikationsversuchen herausstellt, daß sich wider Erwarten dennoch keinerlei Gegenbeispiele finden ließen, so muß gerade eine solche Hypothese eine ernst zu nehmende Vermutung über die Wirklichkeit zum Ausdruck bringen. Solche Hypothesen sind gerade deshalb so brauchbar für unseren Erkenntnisfortschritt, weil sie so riskant sind, weil sie der Wirklichkeit soviel verbieten, daß eine Übertretung der Hypothese durch die Wirklichkeit äußerst wahrscheinlich wird. Solche Sätze sagen über die Wirklichkeit nichts Triviales, sondern etwas wirklich Gehaltsvolles, Informatives.

"Ein Satz sagt um so mehr über die 'Erfahrungswirklichkeit', je mehr er verbietet." (127) So schließt z. B. der Satz "Wenn ein Lebewesen Zyankali zu sich nimmt, stirbt es" mehr Möglichkeiten aus und ist deshalb leichter falsifizierbar als der Satz "Wenn ein Mensch im Alter von 1 - 6 Jahren mit der Blutgruppe Null Zyankali zu sich nimmt, stirbt er." (128)

Werden diese drei Prinzipien in der Erfahrungswissenschaft angewendet, so ist eine Gewähr dafür gegeben, daß falsche Hypothesen auf dem schnellsten Wege auf dem Müllhaufen der Wissenschaft landen, unsere verbleibenden Überzeugungen also von Irrtümern bestmöglich gereinigt sind. Diese verbleibenden Hypothesen oder Theorien haben allerdings stets nur eine vorläufige, niemals eine endgültige Geltung, denn sie können selbst, genauso wie ihre unwürdigen Brüder, von heute auf morgen durch eine einzige falsifizierende Beobachtung aus dem Kreis der Erlauchten ausgeschlossen werden. Hypothesen oder Theorien können sich also bestenfalls immer nur **b e w ä h r e n**, oder m. a. W.: Unser Wissen kann niemals als sicher bezeichnet werden, sondern immer nur als praktisch bewährt. Von diesen sich bewährenden Hypothesen und Theorien wird der Mensch nun für sein praktisches Handeln "in möglichst strengem Wettbewerb" die "relativ haltbarsten" auswählen. (129)

b. Helmut Spinner

Helmut Spinner will Poppers Deduktionsprinzip konsequent **weiterdenken** und mit den Arbeiten des frühen Feyerabend verbinden. In einem seiner zentralen einschlägigen Essays, "Fallibilismus und Plu-

ralismus" (1971) (130) entwickelt er ein noch über Popper hinausgehendes, umfassenderes Modell des Erkenntnisfortschritts.

Bei der Hypothesenüberprüfung sind nach Popper nur Widerlegungsversuche erkenntnistheoretisch relevant, weil nur sie zu einer Ausweitung unseres Wissens - freilich indirekt, vermittelt über die Erkenntnis der Irrtümer - führen. Wenn nur "negative Erfahrung" einen erkenntnistheoretischen Kontakt zur Realität herstellen kann, dann können sich unsere Hypothesen und Theorien kaum auf eine positive Erfahrungsgrundlage berufen. Oder, in den Worten Spinners: Unsere Hypothesen und Theorien sind durch unsere Erfahrung "extrem unterdeterminiert". (131) Wenn eine Hypothese durch Kritik ausgeschieden ist, bleiben immer noch "prinzipiell unbeschränkt viele Möglichkeiten offen", die allesamt durch Erfahrung keinesfalls hinreichend gestützt sind. Falsifikationistische Erkenntnisprinzipien haben also notwendig zur Folge, daß eine Vielzahl von Hypothesen und Theorien, die denselben Gegenstandsbereich thematisieren und deshalb zueinander alternativ sind, im "Spielraum der Kritik verbleiben". Spinners Kernsatz lautet somit:

"Während ... in das Rechtfertigungsmodell (der Induktionslogiker, F. R.) von seinem Ansatz zur Lösung des Erkenntnisproblems her die Tendenz zum theoretischen Monismus strukturell verankert ist ..., führt der fallibilistische (= falsifikationistische, F. R.) Kritizismus direkt zum theoretischen Pluralismus, der damit jedenfalls seiner Möglichkeit nach zu einem integralen, wenn auch nicht immer genügend explizit gemachten Teil des fallibilistischen Erkenntnismodells wird." (132)

Spinner formuliert den **inneren Zusammenhang zwischen Falsifikationismus und theoretischem Pluralismus** nicht nur von den Folgen des Falsifikationismus her, sondern auch von seinen Funktionsbedingungen her, also funktionalistisch:

"Wenn die bestmögliche Förderung des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts unser Ziel ist, dann ist theoretischer Pluralismus notwendig ..., weil nur im Rahmen pluralistischer Ideenkonkurrenz unsere Theorien einem Maximum an Kritik ausgesetzt sind." (133)

Pluralistische Ideenkonkurrenz bedeutet für Spinner, daß sowohl miteinander logisch verträgliche als auch unverträgliche Theorien als Alternativen erlaubt sein sollen. Gerade logische Inkonsistenz ermöglicht einen "echten Zusammenstoß von Ideen", wobei lediglich ein Minimum an Vergleichbarkeit der in den alternativen Theorien verwendeten Begriffe für die vergleichende Kritik gefordert werden muß. Aber auch absolut unvergleichbare Theorien bieten immer noch die Möglichkeit, aus ihnen eine neue Theorienfolge zu entwickeln oder sie gar zum Anfang einer neuen Wissenschaftsdisziplin zu

erklären. Selbst wenn die alten Theorien noch nicht versagt haben oder in Schwierigkeiten geraten sind, erfordert die Idee der widerlegenden Kritik die permanente Einführung von Theorien, die den herrschenden Standpunkten widersprechen. Diese neuen Theorien sollen die alten herausfordern und durch zielstrebige Beobachtungsprogramme in Schwierigkeiten bringen. Es könnte ja durchaus sein, daß die herrschenden alten Theorien nur deshalb herrschen, weil bisher noch keine ernsthafte Kritik versucht worden war.

"Wer keine ernsten Gegner hat, ist gegen Niederlagen ziemlich gefeit." (134)

Spinners Aussagen zum Gesamterscheinungsbild einer falsifikationistisch geprägten Wissenschaft gipfelt in folgender Feststellung über die dem Erkenntnisfortschritt förderlichste Anzahl von Theorien zu einem bestimmten Gegenstand:

"Je mehr Ideen, desto besser! Je mehr Ideen ins Spiel kommen und je besser sie sind, desto lebhafter und fruchtbarer kann die pluralistische Ideenkonkurrenz sein." (135)

c. Paul K. Feyerabend

Für Feyerabend sind Popper und Spinner noch viel zu sehr in ihrer positivistischen Tradition verhaftet, die sie ja eigentlich überwinden wollten. In seinem Hauptwerk "Wider den Methodenzwang. Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie" (1975) (136) will Feyerabend nun mit dem herrschenden "intellektuellen Mist" abrechnen und "Bausteine für eine neue Theorie der Entwicklung unserer Ideen" zusammentragen. (137) Will man nämlich der Entwicklung unserer Ideen auf die Spur kommen, so darf man nach Feyerabend keineswegs nur die Denkvoraussetzungen, die Logik der Wissenschaft, untersuchen, und dabei noch dazu - nach Popper/Spinner: konsequenterweise - nur den Überprüfungszusammenhang von Wissen ins Auge fassen. Vielmehr ist Geschichte immer, also auch Ideengeschichte, das Resultat einer Wechselwirkung von Veränderungen im Handeln und Veränderungen im Denken. (138) Feyerabend weigert sich also, die Arbeitsteilung zwischen Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftslogik mitzumachen. (139)

Die Hauptstoßrichtung seiner Kritik gilt nun dem wissenschaftlichen Methodenzwang, der bei Popper und seinen Schülern am perfektesten zum Ausdruck kommt. Feyerabend versucht sowohl auf der Ebene der Logik als auch auf der Ebene der Wissenschaftsgeschichte zu zeigen, daß das Wachstum unseres Wissens gerade nicht der Anwendung irgendwelcher methodologischer Regeln zu verdanken ist, am allerwenigsten der Regel der Deduktionslogik bzw. des Falsifikationismus.

Zunächst zur logischen Kritik: Das Falsifikationsprinzip setzt voraus, daß die in der aufgestellten Hypothese enthaltenen Begriffe und die bei ihrer Überprüfung verwendeten Begriffe identisch sind. Der weiße bzw. schwarze Schwan der Hypothese und der weiße bzw. schwarze Schwan, der auf dem See beobachtet wird, muß einem identischen Vorstellungsinhalt entsprechen. Nun vergeht aber zwischen der Aufstellung der Hypothese und ihrer Überprüfung eine gewisse Zeit, und Feyerabend geht davon aus, daß Begriffe niemals etwas Stabiles sein können. Die Instabilität von Begriffen rührt daher, daß kein erkennendes Subjekt vom erkennenden Objekt getrennt werden kann, weil zwischen beiden eine fortwährende Wechselwirkung und damit Entwicklung vor sich geht. (140) Konkret hat dies zur Folge, daß

"der Sinn einer Hypothese oft erst klar wird, wenn der Vorgang, der zu ihrer Ausschaltung geführt hat, abgeschlossen ist." (141)

So kann ein Schwan-Forscher beispielsweise die Hypothese aufstellen, daß alle Schwäne weiß sind, sodann entsprechend den Popper'schen Regeln nach schwarzen Schwänen suchen, und auch prompt einen schwarzen Schwan finden, so daß er seine Hypothese verwerfen muß. Was aber, wenn sich später herausstellt, daß der schwarze Schwan nur deshalb schwarz war, weil er durch die schwarze Soße eines Industrieabwassers geschwommen ist? Die Entscheidung des oder der Forscher über die Frage, ob jener schwarze Schwan nun wirklich schwarz ist und als Falsifikator gewertet werden muß, bestimmt den Gehalt der zu prüfenden Hypothese ganz erheblich. (142) Das Falsifikationsprinzip, das nach Feyerabend im übrigen nicht von Popper, sondern von Aristoteles und Newton stammt, hilft also nicht weiter.

Nun zum geschichtlichen Argument: Innerhalb der Wissenschaftsgeschichte waren Methodologien oder gar der Falsifikationismus keineswegs der reale Motor des Fortschritts. Die Erfindung der Atomtheorie des Altertums z. B., die Kopernikanische Revolution, der Aufstieg der modernen Atomtheorie oder die Entdeckung der Wellentheorie des Lichtes fanden nach Feyerabend nur deshalb statt,

"weil einige Denker sich entweder entschlossen, nicht an gewisse 'selbstverständliche' methodologische Regeln gebunden zu sein, oder weil sie solche Regeln unbeeinträchtigt verletzten." (143)

Die Theorie des Kopernikus etwa über die Bewegung der Erde entstand keinesfalls aufgrund einer das ptolemäische Weltbild falsifizierenden Beobachtung, sondern im Gegenteil durch einen kühnen Gedankenentwurf, der allen empirischen Gegebenheiten zunächst zu widersprechen schien. Darüberhinaus verletzte Kopernikus die damals herrschenden methodologischen Prinzipien, so z. B. das Prin-

zip der Konformität von Theorien mit der Heiligen Schrift sowie die Akzeptierung von Theorien ausschließlich aufgrund eines zwingenden Beweises (144). Auch die Geschichte der Wissenschaft zeigt also den Unsinn von Methodenzwängen. Einem methodenhörigen Wissenschaftler ergeht es wie einem Bergsteiger, "der einen schwierigen Berg mit den Schritten des klassischen Balletts bezwingen will" (145).

Welche **Schlüsse** zieht nun Feyerabend aus seiner Kritik an der herrschenden Wissenschaftstheorie und der von ihr angeleiteten Praxis? Dem einzelnen Forscher empfiehlt er, seine starren Begriffe aufzugeben und stattdessen mit dialektischen Begriffen zu arbeiten, die Regel von der Nichtzulässigkeit von Widersprüchen aufzugeben, gerade die als bereits widerlegt geltenden Auffassungen besonders ernst zu nehmen und dem herrschenden Wissen insgesamt, und sei es offensichtlich noch so gut durch Daten gestützt, ein gerüttelt Maß an Skepsis entgegenzubringen. (146) Gegen die Popperanhänger gewendet:

"Um Fortschritte zu erzielen, muß man von den Daten zurücktreten, den Grad der empirischen Brauchbarkeit (den empirischen Gehalt) unserer Theorien verringern, das bereits Erreichte fahren lassen und neu anfangen. ... Das ist der Kern meines Arguments." (147)

Die Geschichte der Atomtheorie ist für Feyerabend ein ausgezeichnetes Beispiel für die Zweckmäßigkeit einer solchen anarchistischen Erkenntniskonzeption: Die Atomtheorie wurde im Altertum geboren, um das Phänomen der Bewegung mit der damals herrschenden Theorie des Parmenides in Einklang zu bringen. Dann wurde sie von Aristoteles widerlegt, mit dem Beginn der Neuzeit wieder aufgegriffen, dann wieder stark eingeschränkt und gegen Ende des 19. Jahrhunderts fast eliminiert und kehrte im 20. Jahrhundert in spezifischer Ausprägung in das Grundlagenwissen der Naturwissenschaften zurück. Nichts anderes als für die Theorien gilt auch für die Methoden: Bei Homer ging die Erkenntnis von Eingebungen und Alltagserfahrungen aus, dann wurde die strenge Logik als Basis allen Wissens angesehen, bei Aristoteles galt die Erfahrung wieder als letzte Instanz, dann kamen die mathematischen Methoden des Descartes und heute ist der Empirismus die Grundlage unseres Wissens. Ideen, die zeitweilig versagt haben, brauchen also keineswegs aufgegeben zu werden, "sie können sich erholen und ihre Überwinder überwinden". (148) Der Wissenschaftler, der sich dieser Tatsachen bewußt ist, sieht sich einem "ständig wachsenden See von relativ unvereinbaren Ideologien" gegenüber und seine Aufgabe besteht nun darin, nicht etwa seine Beobachtungen zu systematisieren, sondern jeweils "die schwächere Sache zur stärkeren" zu machen und damit unsere Ideen in Bewegung zu halten. (149)

Welche Folgen und Bedingungen ergeben sich aus solchen erkenntnisleitenden Richtlinien für das Erscheinungsbild der Wissenschaft

insgesamt, ihre Institutionen und ihre Rahmenbedingungen? Wenn alle Wissenschaftler so verfahren, also "die Sicherheit sicherer Theorien" immer wieder mithilfe unsicherer Theorien überprüfen (150), so hat dies eine Vielfalt mehr oder weniger sicherer Theorien und Methoden zur Folge, die miteinander im Wettbewerb stehen. Damit dieser Wettbewerb der Theorien und der Methoden optimal funktioniert, damit wirklich jeder Gedanke, und sei er auch noch so absurd, zugelassen wird, muß es den jeweiligen Alternativgedanken erlaubt sein,

"sich zu vollständigen Subkulturen auszubilden, die nicht mehr auf Wissenschaft und Rationalismus beruhen." (151)

Der Gegensatz von Wissenschaft und Mythos muß aufgelöst werden, "Dilettanten" müssen genauso wie "Professoren", "Lügner" genauso wie "Wahrheitsnarren" zum Wettstreit eingeladen werden "und das Ihre zur Bereicherung unserer Kultur beitragen". Es geht letztlich darum,

"Umstände zu verwirklichen, in denen j e d e Konzeption, j e d e s System, j e d e Tradition leben und gedeihen kann." (153)

Dieser "Pluralismus von Gruppen" muß den "Pluralismus von Ideen in einem Kopf" (154) ergänzen, so daß alle Ideen - Theorien wie Methoden - wirklich gleichberechtigt am Wettstreit der Ideen teilnehmen können. Die Beschwörungsmedizin der Hipi-Indianer muß dieselben Chancen erhalten wie die Computermethoden der hochindustrialisierten Länder. In einer solchen Idealgesellschaft fällt nach Feyerabend Pluralismus und Anarchie, im besten Sinn des Wortes verstanden, zusammen. (155)

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM KONKURRENZ-UND GLEICHGEWICHTS-BEGRIFF

Alle drei Autoren wollen das Wachstum unseres Wissens primär mithilfe der Regeln unseres Denkens beschreiben und erklären. Wissen taucht in dieser Wissenschaftslogik - vereinfacht gesprochen - in dreierlei Gestalten auf: bei Popper als Hypothese, bei Spinner darüberhinaus als Theorie, bei Feyerabend darüberhinaus als Methodologie. Alle drei geben Regeln an, wie sie ihre Sorte von Wissen am besten an der Realität messen und erhärten können. Ihr gemeinsames Resultat lautet: Wissenschaftspluralismus.

Wenn die bisherige Interpretation der Grundgedanken Poppers, Spinners und Feyerabends richtig war, so müßte als nächstes geprüft werden, ob in diesen wissenschaftslogischen Theorien auch Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriffe enthalten sind, die analog zu den aus den wissenschaftssoziologischen (Merton) und gesellschafts-

theoretischen (Samuelson, Schumpeter/Fraenkel, Gerhardt/Dahrendorf) strukturiert sind. Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse müßten dann auf allen drei Ebenen - intra-individuell, inter-individuell, inter-kollektiv - nachweisbar sein.

Nun stellt sich der von den Wissenschaftslogikern gewählte Gegenstand, die logischen Regeln des Forschens, einer solcher Interpretation zunächst entgegen. Von Konkurrenz und Gleichgewicht kann zunächst nur im Zusammenhang mit menschlichen Handeln (gesellschaftlich, wissenschaftlich) gesprochen werden, nicht jedoch im Zusammenhang mit menschlichem Denken. Wenn überhaupt eine Verwendung der Begriffe Konkurrenz und Gleichgewicht im Zusammenhang mit Denken möglich sein sollte, dann höchstens folgendermaßen: So wie konkurrierende Handlungen gegenläufige Ansprüche auf Objekte darstellen, stellen konkurrierende Gedanken bzw. Sätze gegenläufige Ansprüche auf die Erkenntnis bestimmter Objekte dar, in der Sprache der Logiker sind dies "Inkonsistenzen". So wie diese gegenläufigen Ansprüche auf Objekte theoretisch zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgrund von erfolgten Modifikationsprozessen als relativ zufriedengestellt betrachtet werden können (Gleichgewicht), so können gegenläufige Erkenntnisansprüche ebenfalls durch bestimmte Modifikationen kompatibel bzw. "konsistent" gemacht werden. Es muß aber festgehalten werden, daß weder Popper noch Spinner (Feyerabend teilweise) solche Übersetzungen ihrer Sprachen in die Terminologie der Gesellschaftstheoretiker (Handlungstheoretiker) überhaupt nur andeuten.

Im folgenden möchte ich Popper, Spinner und Feyerabend einen Schritt weiterdenken. Dieser Schritt soll allerdings insofern von deren Gegenstand wegführen, als ich - quasi als Gedankenexperiment - den Bereich der reinen Logik, also der letztlich als willkürliche Festsetzungen begriffenen Denkregeln (normative Aussagen) verlasse und eine weitere Dimension, nämlich die Realitätsdimension "Zeit" (deskriptive Aussagen) hinzunehme. Durch diese Erweiterung der wissenschaftslogischen Basis ergeben sich ganz bestimmte Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse in der (erweiterten) wissenschaftslogischen Darstellung der Entstehung von Wissen, die den aus den Handlungstheorien abgeleiteten Schlußfolgerungen bezüglich dieser beiden Begriffe durchaus analog sind.

Konkurrenz und Gleichgewicht i m Individuum

Wie müssen die Forscherindividuen entscheiden, wenn sie ihrem Ziel der möglichst informativen und bewährten Konstrukte weitestgehend nahekommen wollen? Der Forscher sieht sich einer Menge von erkenntnisbedürftigen Gegenständen gegenüber. Er stellt ferner fest, daß es zu jedem dieser Gegenstände eine Vielzahl von Vermutungen gibt, und zwar Vermutungen, die sowohl einzelne Eigenschaften des Gegenstands betreffen (Hypothesen), wie auch das Gesamtgebilde des Gegenstands (Theorien) und die dem Gegenstand adäquaten Zu-

gangsmethoden (Methodologien).

Weil für die Erforschung jedes Gegenstandes seiner Disziplin und die Überprüfung der über jeden dieser Gegenstände existierenden Vermutungen eine bestimmte, noch dazu im Voraus selten genau festlegbare Menge Zeit (156) beansprucht, und weil dem Individuum Zeit nur in begrenzten Quantitäten zur Verfügung stehen, sind die einzelnen alternativen Vermutungen Konkurrenten im wahren Sinne des Wortes.

Das Wissenschaftlerindividuum muß nun entscheiden, welche Mengen von Zeit es auf die einzelnen alternativen Gegenstände und die jeweils alternativen Hypothesen, Theorien und Methodologien verwendet. Es muß deshalb Kosten und Nutzen der alternativen Forschungsstrategien miteinander vergleichen: Welchen Aufwand muß ich bei Zuwendung zu Gegenstand A betreiben, welchen bei Gegenstand B? Was "kostet" die Prüfung der Hypothese/Theorie/Methodologie I über diesen Gegenstand A, was die Überprüfung der Hypothese/Theorie/Methodologie II zu diesem Gegenstand A? Usw. Und auf der anderen Seite: Welcher Erkenntnisgewinn ist für den Fall der Wahl des Gegenstands A und der Untersuchungsstrategie I zu erwarten im Vergleich zu Strategie II oder im Vergleich zu Gegenstand B? Konkretisiert auf das Verfahren der deduktiven Überprüfung: Welche Forschungsalternative bezüglich Gegenstand und Untersuchungsstrategie muß ich wählen, um möglichst informative also riskante, und dennoch am Ende möglichst geprüfte also bewährte Theorien zu erhalten? Der Forscher wird sich für diejenige Strategie entscheiden, die möglichst wenig Mittel (Zeit) in Anspruch nimmt und gleichzeitig noch falsifizierbare aber nicht falsifizierte Theorien hervorbringt. Dies ist sein individuelles Gleichgewichtskriterium.

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Individuen

Nun zu denjenigen Schlußfolgerungen aus dem Grundgerüst der Theorien Poppers, Spencers und Feyerabend, die die Konkurrenz zwischen den Individuen und die dazugehörige Gleichgewichtsbildung anlagen. Diese Konkurrenz zwischen den Forschern etwa eines Forschungslabors oder einer Universität ist nichts anderes als der externe bzw. der Handlungsaspekt der oben als Konkurrenz innerhalb der Individuen beschriebenen geistig-psychischen Konkurrenzverhältnisse. Worum konkurrieren also die von Popper u. a. beschriebenen Wissenschaftler, wer entscheidet ihre sich gegenseitig ausschließenden Ansprüche und welche Art von Ergebnissen resultieren aus dem jeweiligen Gleichgewichtszustand?

Zunächst konkurrieren die Individuen um die Erfüllung ihrer Wahrheitsansprüche. Als Beispiel formuliert: Über einen Gegenstand sind bei einem gegebenen Stand der Erkenntnismöglichkeiten zehn wahre Sätze (Eigenschaftsaussagen) möglich. Zwanzig Wissenschaftler äußern Vermutungen über diesen Gegenstand, jeder behauptet, seine Vermu-

tung sei "echtes" Wissen.

Entschieden wird diese Konkurrenz durch wechselseitige Kritik (logisch-methodologische, empirische). Resultat der Kritik ist - wohlgemerkt im Modell - die Einigung der Forscher darüber, welche Hypothese oder Theorie (besonders bei Feyerabend: die Einigung der Praktiker und auch über Methodologien) gegenwärtig die relativ riskanteste und dennoch bewährteste ist. (157)

Und zur zweiten Dimension interindividueller Konkurrenz- und Gleichgewichtsbildungen: In ihrem Bemühen um maximales Wissen benötigen sie mittel- und längerfristig maximale Mittel zum Wissenserwerb. Erweitert man die reine Wissenschaftslogik nicht nur um die Realitätsdimension "Zeit" sondern um weitere Dimensionen, so müssen als solche Mittel auch die Anzahl der Mitarbeiter, der Umfang der technischen und finanziellen Ausstattung u. a. m. in Betracht gezogen werden. Diese Mittel müssen durch ein bestimmtes Verfahren verteilt werden. Für Popper und Spinner kann dieser Verteilungsmechanismus wiederum nur die deduktive Prüfung der Forschungsprojekte (Gegenstände; Hypothesen, Theorien, Methodologien) sein bzw. die Prüfung der Glaubwürdigkeit derjenigen, die sie vortragen. Entscheidungsobjekt ist im Modell die Gesamtheit der diskutierenden Wissenschaftler eines Wissenschaftsbereichs. Die Mittel werden so verteilt, daß diejenigen, die aufgrund früherer Forschungsergebnisse und gegenwärtiger Forschungsvorhaben im Vergleich zu ihren Konkurrenten am besten darlegen können, daß sie maximal falsifizierbare und dennoch nicht falsifizierte Hypothesen und Theorien hervorbringen können. Ihre Mittel versprechen, um in der Sprache der Ökonomen zu bleiben, den größten Grenznutzen bzw. das größte Grenzwissen zu liefern. Jeder versucht dennoch, den Konkurrenten nachzuweisen, daß die eigenen Sätze einen Überschuß an Falsifizierbarkeit und tatsächlich bestandener Tests gegenüber den konkurrierenden Sätzen aufweisen. Mit dem Überschußgehalt der eigenen Theorien wächst gleichzeitig die Möglichkeit, neue Forschungsprojekte an sich zu ziehen.

Anders als Popper und Spinner anerkennt Feyerabend die Instanz der deduktiven Prüfung als Schiedsrichter nicht, sie muß selbst der Ideenkonkurrenz ausgeliefert sein. Für ihn kommt als Schiedsrichter nur die geschichtliche Praxis in Frage. (158) Das bedeutet konkret, daß eine Gesellschaft so organisiert sein muß, daß die Leute, die sich aus dem "See der Ideen" bestimmte Ideen herausgreifen und zu den ihren machen, diese Ideen einfach in ihrem Lebensbereich, in ihrer Gemeinde oder Stadt, verwirklichen. Hierfür muß eine hinreichende Autonomie der einzelnen Regionen und die völlige Abwesenheit von physischem Zwang vorausgesetzt sein. Wo die Mittel der Wissenschaft dann letztlich herkommen und wie sie verteilt werden, bestimmen die Menschen in dieser Region im freien Diskurs.

Bei allen drei Autoren werden durch die Konkurrenz sowohl wissenschaftliche Tatsachenfragen als auch wissenschaftliche Verfahrensfragen geklärt. Die ersteren legen fest, welche Sätze als die bewährtesten Sätze über die Wirklichkeit gelten sollen. Selbst Beobachtungssätze sind letztlich für Popper das Resultat einer Abstimmung unter den Forschern.(159) Die letzteren legen fest, wie mit Beobachtungen, Hypothesen, Theorien etc. umgegangen werden soll, wann sie generell brauchbar sind und wann nicht. Während es in wissenschaftlichen Sachfragen um das Verhältnis zwischen Realität und Aussage geht, geht es bei den Verfahrensfragen um das Verhältnis zwischen Aussage und Aussage, also Metaaussagen bzw. Methodologien. Diese sind für Popper und Spinner prinzipiell ebenfalls Gegenstand der Konkurrenz, allerdings mit einer Ausnahme: der Logik und das von ihr abgeleitete Prinzip der deduktiven Prüfung.(160) Letztere sind der Fundamentalkonsens der Wissenschaft schlechthin. Feyerabend hält hingegen auch von diesem Fundamentalkonsens nichts.(161)

Konkurrenz und Gleichgewicht zwischen Gruppen

Alles, was für die Konkurrenz zwischen den Einzelforschern gesagt wurde, gilt auch für die Konkurrenz zwischen Gruppen aus ihnen. Forschung findet ja sowieso immer mehr innerhalb größerer Verbände statt, so daß sich die Konkurrenz tendenziell von Innen nach Außen verlagert. Die Konkurrenz der Gruppen wird also immer mehr zum eigentlichen Garanten der wissenschaftlichen Entwicklung. Dies hat Popper sehr prägnant formuliert:

"Die Objektivität der Wissenschaft ist nicht eine individuelle Angelegenheit der verschiedenen Wissenschaftler, sondern eine soziale Angelegenheit ihrer gegenseitigen Kritik ... Diese (die wissenschaftliche Objektivität, F. R.) kann nur durch solche sozialen Kategorien erklärt werden wie z. B.: Wettbewerb (sowohl der einzelnen Wissenschaftler wie auch der einzelnen Schulen); Tradition (nämlich die kritische Tradition); soziale Institution (wie z. B. Veröffentlichungen in verschiedenen Journalen und durch verschiedene konkurrierende Verleger; Diskussionen auf Kongressen); Staatsmacht (nämlich die politische Toleranz der freien Diskussion)." (162)

Die Objektivität dieses Wissens ist konsequenterweise immer nur eine vorläufige, denn der im Wettstreit siegende Wissensanspruch bleibt nur solange Sieger, bis ein neuer Konkurrent bzw. ein neuer Satz auftritt, der ebenfalls einen Wahrheitsanspruch bzw. Wissensanspruch bezüglich des infrage stehenden Gegenstands erhebt, oder wenn ein neues Phänomen bezüglich dieses Gegenstand auftritt. Dann bricht der Konkurrenzkampf von neuem aus, auch dieses Gleichgewicht erweist sich also als labiles.

Fazit: Popper und Spinner - mit Einschränkungen auch Feyerabend - wollen das Wachstum unseres Wissens aus den Gesetzen unseres Denkens heraus erklären. Ihr Ergebnis: Die Hauptschwierigkeit des Wissenserwerbs besteht darin, daß sich unsere Vermutungen über die Wirklichkeit tendenziell de facto immer nur bestätigen, grundsätzlich aber von der Logik her durch Bestätigungen niemals als wirkliches Wissen ausgezeichnet werden können. Deshalb gilt als wissenschaftliche Denkregel: Je konsequenter wir versuchen, unsere Vorurteile zu widerlegen, desto schneller kommen wir zu wirklichem Wissen (allerdings immer nur in einem vorläufigen Sinn). Konsequente Widerlegungsstrategien haben zur Voraussetzung und zur Folge, daß jedes Forscherindividuum sich ständig ein Maximum an miteinander konkurrierenden Hypothesen, Theorien und Methodologien vergegenwärtigt und daß die Individuen und insbesondere die Gruppen (Schulen) miteinander um die Wahrheitsansprüche ihrer Erkenntnisse und um die Mittel für die Gewinnung neuer Erkenntnisse (Zeit/Mitarbeiter, Technik/Geld) konkurrieren. Die einzige Instanz, die angesichts dieser Konkurrenz die berechtigten von den unberechtigten Wissensansprüchen bzw. Projektansprüchen trennt, ist der Erfolg im theoretischen (Popper, Spinner) oder praktischen (Feyerabend) Streit der Ansprüche. Am nur theoretisch-begrifflich fixierbaren Ende eines solchen Konkurrenzkampfes steht die Einigung der Forscher (Popper, Spinner) bzw. der Menschen (Feyerabend) über das gegenwärtig jeweils bewährteste Wissen.

Teil B: Das zugrundeliegende Paradigma – der synchrone Aspekt

In Teil A wurden einige ausgewählte sozialwissenschaftliche Theorien immanent dargestellt und der in ihnen enthaltene Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriffs nachgezeichnet. Im folgenden soll demonstriert werden, daß in diesen Theorien nicht nur gleiche Termini an zentraler Stelle auftauchen, sondern daß diese Theorien darüberhinaus nichts anderes als Ausdrucksformen ein und derselben Art des Denkens über Gesellschaft sind: die Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie stellt ein *Paradigma* dar. Da Paradigmen für Kuhn sowohl systematisch als auch historisch identifizierbar sind (1), möchte ich meinen **Nachweis in zwei Schritten** durchführen. Im folgenden Teil B möchte ich zeigen, daß es sich bei diesen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien um gedankliche Gebilde handelt, die von sehr ähnlichen Denkvoraussetzungen ausgehen und auch zu sehr ähnlichen Denkschlußfolgerungen kommen. Anschließend möchte ich dann in Teil C begründen, warum diese Art der Theoriebildung auch unter geistesgeschichtlichen Gesichtspunkten Kontinuität aufweist, d. h. als eine mehr oder minder einheitliche Tradition bezeichnet werden muß. In Teil B und Teil C geht es also insgesamt um den Nachweis, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-Konstrukt sowohl unter synchronem als auch unter diachronem Blickwinkel als einheitliches Gedankengebilde, als Paradigma, begriffen werden muß.

Will man ein Paradigma einer **synchronen Beschreibung** oder Analyse unterziehen, so muß nach Kuhn zu allererst festgestellt werden, daß Paradigmen gemeinsame Verhaltensweisen von Wissenschaftlern einer Wissenschaftsgemeinde sind, die dementsprechend mehr oder minder gemeinsame Gedanken haben bzw. Sätze über die Wirklichkeit aufstellen. Diese Gedanken bzw. Sätze betreffen die Auswahl der untersuchenswerten Gegenstände, die Methode der Wirklichkeitserfassung, die Formung der Fundamentalbegriffe und die aus allem resultierenden Theorien selbst.

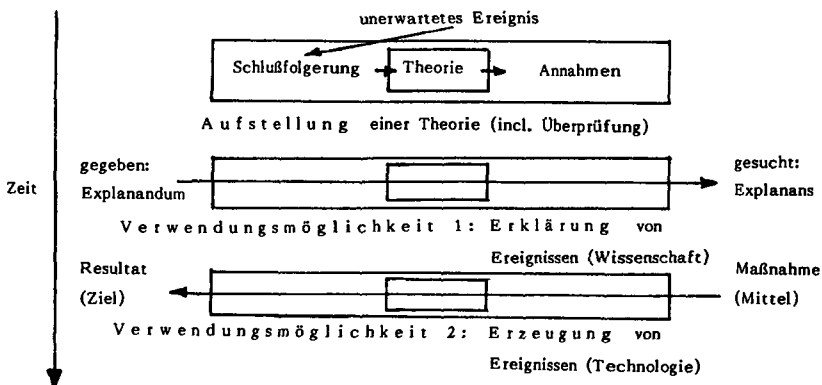
Der Entwicklungsweg theoretischer oder paradigmatischer (2) Gedanken wird meist folgendermaßen skizziert (3): Veranlaßt werden solche Gedanken ursprünglich durch unerwartete Ereignisse. Sodann werden diese Gedanken auf ihre regelmäßige Gültigkeit hin überprüft und bei Bestehen der Prüfung als bewährte Theorie bzw. als Paradigma akzeptiert. Deren Funktion besteht zunächst in der

Erklärung ähnlicher Ereignisse. Zum andern können Paradigmen wie Theorien auch zur Erzeugung solcher Ereignisse verwendet werden. Die erste Verwendungsweise ist die wissenschaftliche im engeren Sinn, die zweite die technologische. Wer sich für die erklärende Funktion von Theorien oder Paradigmen interessiert, der muß in erster Linie die Voraussetzungen (Erklärungsgründe: das Explanans) des Paradigmas näher betrachten. Wem es dagegen um die technologische Seite von Theorien oder Paradigmen geht, der muß die Konsequenzen (Handlungsziele) in den Mittelpunkt stellen (4).

In einem ersten Schritt möchte ich zunächst das Paradigma als Erklärungsmodell ernstnehmen. Zu diesem Zweck sollen alle paradigmatischen Voraussetzungen der in Teil A vorgeführten Theorien diskutiert werden. Bei diesen Voraussetzungen handelt es sich entsprechend dem Kuhn'schen Paradigmbegriff nicht nur um explizite Theorieannahmen, sondern auch um sonstige begriffliche, methodologische und den gesamten Wissenschaftsbetrieb betreffende Voraussetzungen für die konkreten Theorien Samuelsons, Schumpeters usw. (5)

In einem zweiten Schritt möchte ich die technologische Verwendung von Theorien in den Mittelpunkt stellen: die Verwendung als Handlungsmodell. Kennt man nämlich aufgrund der als Erklärungsmodell verwendeten Theorie die Voraussetzungen eines Ereignisses, so kann man dieses Ereignis bewußt hervorbringen, indem man eben diese Voraussetzungen hervorbringt. Wenn die Voraussetzungen als realistisch oder zumindest realisierbar akzeptiert sind, dann interessiert den Praktiker: Was kann ich mit ihnen alles erreichen? Welche Ziele lassen sich realisieren? Was bringt dies den Menschen? Der Zusammenhang zwischen der Entstehung von Theorien oder Paradigmen einerseits, und ihrer Verwendung als Erklärungsmodell oder als Handlungsmodell (technologisch) andererseits kann - dem vorherrschenden Verständnis entsprechend - graphisch etwa folgendermaßen veranschaulicht werden:

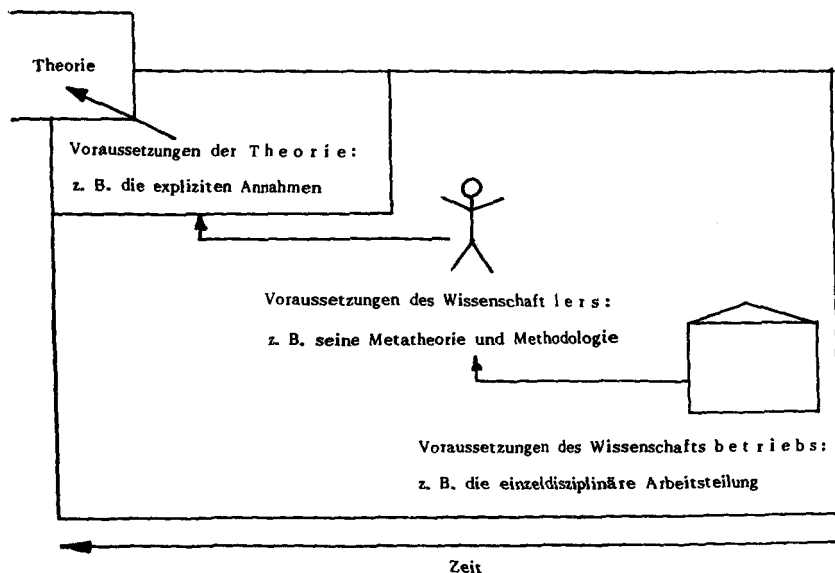
Schema I: Zusammenhang zwischen der Aufstellung und den Verwendungsmöglichkeiten einer Theorie



I. PARADIGMATISCHE VORAUSSETZUNGEN - DAS PARADIGMA ALS ERKLÄRUNGS- MODELL

Welche gemeinsam gedanklichen Voraussetzungen stecken in den Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien, und wie sind diese Voraussetzungen je nach dem betreffenden Theorieobjekt (Ökonomie, Politologie, Soziologie, Wissenschaft) modifiziert? In einem ersten Schritt sei auf die expliziten Voraussetzungen, also die Theorieannahmen, eingegangen. Als zweites werden dann einige implizite Voraussetzungen dargelegt, und zwar zum einen methodologische bzw. metatheoretische Bemerkungen, die die betreffenden Autoren an anderen Stellen machen, und zum andern Voraussetzungen, die sich aus den den Autoren vorausgesetzten Wissenschaftsdisziplinen ergeben.

Schema II: Voraussetzungen des Paradigmas



A. DIE ANNAHMEN DER THEORIEN

So wie - dem herrschenden Verständnis zufolge - Theorien aufgestellt werden, um die Komplexität (Luhmann) der Realität zu verringern, so haben die in Theorien verwendeten Annahmen die Aufgabe, die Komplexität der Theorien zu reduzieren: Die Annahmen setzen bestimmte Sachverhalte als nicht mehr weiter hinterfragenswert oder auch hinterfragbar voraus. Im folgenden grei-

fe ich aus den in Teil A vorgeführten Theoriebeispielen einige zentrale Annahmen über solche Sachverhalte heraus, die von den Autoren teils als empirische und teils als heuristische Aussagen konzipiert sind. Diese Annahmen betreffen Eigenschaften des allein Konkurrenz- und Gleichgewichtsbildungen zugrundeliegenden Individuums, seiner Umwelt, des Vermittlungsmechanismus zwischen Individuum und Umwelt, und schließlich Eigenschaften des Staates. Unter "zentrale Annahmen" verstehe ich nicht nur die explizit an den Anfang des Ableitungszusammenhangs gestellten und als "Annahmen" deklarierten Sätze. Vielmehr zähle ich dazu auch die Sätze der Theorien, die innerhalb der Theorie nicht begründet sind, die also entweder unabgeleitet bleiben oder die der Autor in theorieexogenen Quellen (andere Theorien, andere Disziplinen) begründet sieht. Auch diese impliziten Annahmen sind nämlich für die Konsistenz der jeweiligen Theorien unentbehrlich.

1. INDIVIDUUM: MAXIMIERUNGSVERHALTEN

Zu den Theorien über Gesellschaft

Die nachfolgenden Ausführungen knüpfen unmittelbar an die immanente Vorführung der Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien in Teil A an. Wie war dort jeweils das Individuum charakterisiert?

Das Individuum der ökonomischen Theorie Samuelsons heißt "homo oeconomicus", seine fundamentale Eigenschaft ist die Nutzenmaximierung. Tritt der homo oeconomicus als Konsument auf, so bedeutet für ihn Nutzenmaximierung etwas anderes als wenn er als Unternehmer auftritt: Nutzenmaximierung ist für ersteren Maximierung von Bedürfnisbefriedigung, für letzteren Maximierung von Profit bzw. Minimierung von Kosten. Diese beiden Konkretisierungen der Nutzenmaximierungsannahme sind für Samuelson und andere das Fundament der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie (6). Art und Herkunft der Bedürfnisse und der Kosten sind dabei nicht näher spezifiziert, beide werden durch die jeweiligen Konsum- und Produktionsprozesse festgelegt. Bei gegebenen Preisen und einem bestimmten Stand der Technik bestimmt letztlich das konsumierende Subjekt die Höhe der Befriedigungskraft eines Gutes, und die Naturbedingungen bestimmen die Höhe der anfallenden Kosten. Der Nutzenbegriff ist also immer auf eine partikuläre Größe bezogen: auf das Individuum, auf einen einzelnen Produktionsprozeß. Der volkswirtschaftliche Gesamtnutzen (allgemeine Wohlfahrt, volkswirtschaftliche Kosten) sind mit dieser Annahme nicht thematisiert. Da die Individuen als Unternehmer lediglich eine instrumentelle Funktion (Kombinierung der Produktionsfaktoren) ausüben und sich dabei an nichts anderem als an der Natur (existierende Technik) und den gegebenen quasi-natürlichen Preisen orientieren, bestimmt allein das konsumierende Individuum Art, Umfang und Verteilung der volkswirtschaftlichen Produktion. In der Theorie dieser Produktion interessiert also zu allererst die Nutzenmaximierung der

Konsumenten. Soweit zum ökonomischen Theoriebeispiel.

Die Politologen **Schumpeter und Fraenkel** charakterisieren das Individuum als eines, das möglichst vollständig seinen eigenen Willen und seine eigenen Interessen verfolgen will:

"Die Verfolgung von Eigeninteressen (bildet) einen essenziellen Bestandteil der menschlichen Natur." (7)

Durch die Verfolgung von Eigeninteressen entsteht der Druck ("pressure"), der mit dem Gegendruck anderer Individuen und Gruppen durch die Spielregeln der pluralistischen Konkurrenz wieder zum Ausgleich gebracht werden muß. Von seiner "Natur" her ist der sein Eigeninteresse verfolgende Mensch auch dazu imstande, im Prinzip einen "bestimmten" und "unabhängigen" Willen zu empfinden und zu äußern, wobei diese Fähigkeit nach Schumpeter allerdings mit der Komplexität der jeweils relevanten Umwelt variiert. Bei den Fragen der großen Politik ist der Mensch in aller Regel überfordert, nur einige wenige sind für die politischen Führungspositionen geeignet. (8) Grundsätzlich aber hält Schumpeter die politologische Annahme der Willensfreiheit als eine mit der ökonomischen Annahme der Nutzenmaximierung vergleichbare. Beide Annahmen können in ihren jeweiligen Disziplinen als fruchtbare Analyseinstrumente betrachtet werden, obwohl sie keine "letzten Gegebenheiten" darstellen:

"Ich meine nur, daß sie (die freien Einzelwillen, F. R.) als Gegebenheiten für die Art von zweckbestimmter Analyse dienen können, die der Ökonom vornimmt, wenn er zum Beispiel die Preise aus Neigungen oder Bedürfnissen ableitet, die jederzeit 'gegeben' sind und nicht jedesmal weiter analysiert zu werden brauchen. Gleicherweise können wir für unseren Zweck von ursprünglichen und bestimmten Willensäußerungen reden, die jederzeit unabhängig von irgendwelchen Versuchen, sie zu fabrizieren, gegeben sind, obschon wir anerkennen, daß diese ursprünglichen Willensäußerungen selbst das Ergebnis von Umwelteinflüssen der Vergangenheit sind, einschließlich propagandistischer Einflüsse." (9)

Für die politikwissenschaftlichen Theorien von Schumpeter und Fraenkel kann also grundsätzlich festgestellt werden, daß auch sie, bei aller Modifikation, ein Individuum voraussetzen, das ein Eigeninteresse bzw. einen eigenen Willen hat, den es möglichst optimal zur Geltung bringen will. Obwohl der Inhalt dieses Interesses/Willens genauso wie der Inhalt der Nutzenvorstellungen letztlich das Resultat zeitlich und kausal vorausgehender Umstände ist, wird er zum Zwecke der einzelwissenschaftlichen Analyse als Ausgangsannahme in die Theorie eingeführt.

Für die soziologische Theorie wurde bisher festgestellt, daß am Anfang des Ableitungszusammenhangs die Behauptung der wechselsei-

tigen Erzeugung von Abstraktion und Rolle bzw. Regeldenken und Regelhandeln steht. Dies wurde mit dem ökonomischen Wechselprozeß etwa zwischen Menge und Preis verglichen. Nun entsteht natürlich die Frage, ob auch in der soziologischen Rollentheorie ein exogener Faktor vorhanden ist, so wie dies in der ökonomischen Theorie bei den Nutzenvorstellungen der Konsumenten (Präferenzen) der Fall ist. **Gerhardt** hatte den Primat der mentalen Komponente der Wechselkausalität bereits angedeutet ("gegebenes Bedürfnis", "subjektiv sinnvolle Strategie" als erster Kalkulationsschritt des Rollenhandelns, gesellschaftliche Schichtung als Ausdruck eines Orientierungsstrebens, Verweis auf die Sinnkomponente des menschlichen Handelns und auf die Theorie Max Webers). Kann der Abstraktionsprozeß also tatsächlich als letzte und exogene Instanz des Rollenhandelns interpretiert werden? Wodurch wird die Abstraktion selbst bestimmt: Was denkt sich das Individuum weg, was beläßt es im Bild der sinnlichen Wahrnehmung? Auf diese Fragen gibt Gerhardt keine Antwort mehr.

Dahrendorf hingegen legt meiner Meinung nach die das Individuum betreffenden Annahmen der Rollentheorie klarer dar. In seiner primär mikrosoziologischen Vorarbeit zur Konflikttheorie, im "Homo Sociologicus" charakterisiert er das Individuum als eines, das zu allererst nach Freiheit von der Gesellschaft strebt: Dies wird schon dort sichtbar, wo Dahrendorf an den Anfang aller soziologischen Diskussion angesichts der Wolfsnatur des Menschen nach der Möglichkeit von Gesellschaft fragt: (10) In dieser Fragestellung wird schon deutlich, daß die Individuen, die Elemente von Gesellschaft, von Anfang an als etwas wesentlich Ungeselliges unterstellt sind. Dementsprechend empfindet der Mensch die Gesellschaft als eine "ärgerliche Tatsache", der er sich am liebsten so weit wie möglich entziehen würde. (11) Angesichts der Ungeselligkeit des Menschen und der Unmenschlichkeit der Gesellschaft besteht die zentrale Aufgabe der Soziologie seit ihrer Geburt in der Befreiung des Individuums bei gleichzeitiger Verhinderung eines "Kriegs aller gegen alle": Schon "an der Wiege der Soziologie" stand die Intention, "dazu beizutragen, den einzelnen Menschen zur Freiheit selbstgewählter Zwecke zu führen." (12) Für den heutigen Soziologen gilt:

"Nur wenn er die Probleme seiner Forschung unter dem Aspekt ihres Gewichts für die Befreiung des Einzelnen vom Ärgernis der Gesellschaft auswählt, seine Theorien im Hinblick auf die Erweiterung des Spielraums des Einzelnen formuliert ... ,wird der Soziologe vom Hemmschuh zum Motor der Entwicklung einer Gesellschaft freier Menschen ..." (13)

Freiheit ist also Abwesenheit von Gesellschaft mit allen von ihr gesetzten Zwecken, Abwesenheit von Rollenspiel. Freiheit ist ein Raum für Spiele nach eigenen Regeln und damit für die Realisierung "selbstgewählter Zwecke". Nach solcher Freiheit strebt das

Individuum von seiner Naturanlage her, sie zu verwirklichen ist der Soziologe nach Dahrendorf aufgerufen. So wie der "homo oeconomicus" seinen Nutzen maximiert und der "homo politicus" die Verwirklichung seiner Interessen bzw. seines Willens, so maximiert der "homo sociologicus" Dahrendorfs offensichtlich seine Handlungsfreiheit, (14)

Zu den Theorien über Theorien

In der soziologischen Theorie der Wissensvermehrung von Merton wird das Individuum schließlich wie folgt gekennzeichnet: (15) Eine Grundeigenschaft des Menschen besteht darin, daß er nach Anerkennung und dadurch Selbstanerkennung strebt, gleichviel, in welcher gesellschaftlichen Institution er sich befindet. (16) In der Institution Wissenschaft erhält er die größte Anerkennung für originelle Beiträge (Originalitätsnorm) zum Wissensfortschritt. Diese Spezifizierung des natürlich Anerkennungsstrebens in Gestalt des Originalitätsstrebens ist institutionell erzeugt und garantiert den optimalen Wissensfortschritt.

"Von allen Seiten wird der Wissenschaftler daran erinnert, daß es seine Aufgabe sei, das Wissen zu erweitern, und die schönste Erfüllung dieser Aufgabe, das Wissen stark zu erweitern. Das heißt nichts anderes, als daß in der Institution Wissenschaft die Originalität zählt. Denn durch sie wird das Wissen in größeren oder kleineren Schritten erweitert. Arbeitet die Institution Wissenschaft richtig ..., dann werden diejenigen anerkannt und hochgeschätzt, die ihre Aufgabe am besten erfüllen, die schöpferische Beiträge zum Wissensstand leisten. Dann liegt der glückliche Fall vor, daß Eigeninteresse und moralische Verpflichtung eins sind." (17)

Demnach muß das in der Wissenschaft tätige Individuum ("homo scientificus") im Sinne Mertons ebenfalls als ein Individuum gekennzeichnet werden, das durch eine bestimmte Art von Maximierungsverhalten gekennzeichnet ist: durch Originalitätsmaximierung.

Zusammenfassung

In allen ausgewählten sozialwissenschaftlichen Theorien sind unter den Ausgangsannahmen Aussagen über relativ konstante Eigenschaften des Individuums. Dieses wird in allen Beispielen als ein durch Maximierungsverhalten gekennzeichnetes beschrieben. Der konkrete Inhalt, das Ziel bzw. Objekt der Maximierung, ist in jeder der diskutierten Einzeldisziplinen ein anderer: Nutzen, Verwirklichung von Wille/Interesse, Freiheit und originelles Wissen. (18) Dabei maximieren die Individuen ausschließlich ihre individuellen Ziele und Objekte, die Ziele und Objekte anderer Individuen sind ihnen prinzipiell gleichgültig. (19) Gemeinsam ist den Zielen/Objekten der aufgeführten Theoriebeispiele, daß sie aus geistig-psychischem "Mate-

rial" sind, und zweitens der Maßstab der Ziel-/Objekterreichung dementsprechend im Innern des jeweils maximierenden Individuums angesiedelt ist. Aus diesen beiden Gründen und in diesem Sinn kann das in Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien enthaltene Menschenbild als subjektivistisches bezeichnet werden. Unter "Subjektivismus" versteht man gemeinhin "die Lehre, daß das Bewußtsein das primär Gegebene sei, alles andere aber Inhalt, Form oder Schöpfung des Bewußtseins." (20) Ein Unterschied zwischen der ökonomischen Variante und den anderen Varianten besteht darin, daß Ökonomen ganz explizit und zentral ihre Maximierungsannahme an den Anfang ihrer Konstrukte stellen, während die anderen implizit und irgendwo im Laufe ihrer Argumentation dieses Maximierungsprinzip nennen oder auch nur unterstellen.

2. UMWELT: KNAPPHEIT

Zu den Theorien über Gesellschaft

Das seinen individuellen Nutzen maximierende Individuum steht bei **Samuelson** einer durch die Knappheit der nutzenstiftenden Mittel gekennzeichneten Umwelt gegenüber. Die Existenz dieser relativen Knappheit ist die Voraussetzung sowohl des Wirtschaftens wie auch der Wissenschaft des Wirtschaftens. Freie Güter brauchen nicht bewirtschaftet zu werden und sind dementsprechend prinzipiell aus dem Gegenstandsbereich der Wirtschaftswissenschaften ausgeschlossen. Der sinnenfällige Ausdruck dieser Knappheiten ist das Geld, das jedem Wirtschaftssubjekt diese Grenzen vor Augen führt.

Gibt es nun in der politischen Theorie **Schumpeters** und **Fraenkels** ebenfalls eine Ausgangsannahme, die mit dem "Gesetz der Knappheit" in der ökonomischen Theorie vergleichbar ist? Wenn ich Schumpeter richtig verstehe, so ist dies tatsächlich der Fall. Herrschaft bzw. politologische Herrschaftstheorie sind nämlich nur notwendig, weil menschliches Leben in Gesellschaft genausowenig ohne Unterordnung bzw. Freiheitsverzicht gedacht werden kann wie ohne Wirtschaften. Eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist Schumpeter ebenso wenig vorstellbar wie Samuelson eine arbeitsfreie, der Verzicht auf volle Willensfreiheit scheint beiden genauso zur *conditio humana* zu gehören wie der Verzicht auf volle Bedürfnisbefriedigung. Es sind in beiden Theorien jeweils die anderen, die Umwelt des Individuums, die mit ihren Ansprüchen die Knappheitssituation, in die sich das Individuum gestellt sieht, erst erzeugen. Umgekehrt formuliert: Würden die anderen die eigenen Möglichkeiten der Lebensgestaltung (Güterkonsum, Handlungsfreiheit) nicht beschränken, gäbe es keine Knappheit. Daß die anderen die eigenen Möglichkeiten beschränken, ist jedoch ein notwendiges Resultat der subjektiven und objektiven Natur: die "Natur" des Menschen verlangt immer nach einem Mehr (an Gütern, an freier Lebensgestaltung), die "Natur" der Welt stellt beides nur in einem - im Verhältnis zu diesem Ver-

langen - begrenzten Ausmaß zur Verfügung (Ressourcen, "Lebensraum"). Die Möglichkeiten zur faktischen Realisierung des freien Willens sind für Schumpeter wie für alle von ähnlichen Voraussetzungen ausgehenden Politikertheorien so etwas wie ein knappes Gut: Jeder Staatsbürger muß sich in der Demokratie eine Reduzierung seiner Willensfreiheit gefallen lassen. Sichtbar wird diese Knappheit der politischen Freiheit im übrigen durch die Existenz einer für jedes Individuum nur begrenzten Anzahl von Stimmzetteln.

Diese Interpretation bezüglich der Knappheit der politischen Freiheitsmittel wird durch Schumpeters Text an mindestens zwei Stellen gestützt. Zum einen dort, wo er die "menschliche Natur in der Politik" beschreibt und feststellt, daß die Menschen zwar ihre privaten Angelegenheiten einigermaßen regeln können, jedoch bei gemeinschaftlichen Angelegenheiten das politische Gemeinwohl weder erkennen noch formulieren oder gar realisieren können. Sobald und sofern also die Menschen auf engem Raum zusammengefaßt und voneinander abhängig sind, entzieht ihnen ihre Natur teilweise die Mittel zur Willensfreiheit. Denn wenn sie nicht mehr allein oder im engsten Kreis sind, können sie ihr (Zusammen)leben nicht mehr intelligent, verantwortungsbewußt und freiwillig gestalten. (21) Die Natur selbst ist also für die Knappheit der Freiheitsmittel verantwortlich.

Zum andern läßt Schumpeter an einer Stelle erkennen, daß er - wieder in weitgehender Analogie zum ökonomischen Marktmodell - den Knappheitsfaktor als Variable konzipiert hat. Auch wenn Schumpeter von der "Natur" des Menschen spricht, so räumt er doch eine Veränderbarkeit der Reife zur Politik innerhalb gewisser Grenzen ein. Dies wird sichtbar, wenn er diskutiert, was es für das Schumpetersche Demokratiemodell bedeutet, wenn die Bürger ihrem Land gegenüber "treulos" werden oder die Strukturprinzipien der Gesellschaft nicht mehr anerkennen. In solchen "unruhigen Zeiten" ist es unerläßlich, daß die politischen Freiheiten weitestgehend eingeengt werden und die Demokratie vorübergehend mehr oder minder starke diktatorische Züge annimmt. (22) Also beeinflußt in der politischen Theorie das Ausmaß der dem Menschen eigenen Fähigkeit zur Freiheit ebenso die konkrete Politik eines Landes, wie in der ökonomischen Theorie das Ausmaß der Knappheiten ein Bestimmungsfaktor des Wirtschaftens ist. Je schlimmer es um die geistig-psychische Ausstattung des Menschen in einer Gesellschaft bestellt ist, desto mehr Freiheitseinschränkungen muß er sich gefallen lassen, so wie in der Ökonomie die materielle Ausstattung die Nutzeneinbußen determiniert.

Auch für die in Gruppen zusammengeschlossenen Individuen Fraenkels, die ihre Eigeninteressen also zu Gruppeninteressen aggregiert haben, kann die Hypothese formuliert werden: Je dichter die Menschen aufeinander sitzen und je unfähiger sie von ihrer natürlichen Anlage her für ein solches Zusammenleben sind, je weniger sie also

als Individuen zum Erkennen des Gemeinwohls und zu seiner freiwilligen gemeinschaftlichen Realisierung in der Lage sind, desto größer wird der ihnen im Kompromiß auferlegte Verzicht sein, desto mehr werden sie die Volksherrschaft als Herrschaft zu spüren bekommen. Desto knapper werden auch die mit Einfluß- und Herrschaftspotentialen ausgestatteten politischen Positionen sein und umso mehr wird sich dann auch der Konkurrenzkampf um diese Positionen verschärfen.

Inwiefern wird auch in der soziologischen Theorie **Gerhardts und Dahrendorfs** das nach maximaler Zwecksetzungsfreiheit strebende Individuum durch Knappheitsverhältnisse beschränkt? Damit Interaktion überhaupt möglich ist, müssen die Menschen nach der Theorie Dahrendorfs und Gerhardts ihre einzelnen Handlungen gegenseitig verstehen. Dies hat zur Voraussetzung, daß die individuellen Zwecksetzungen doch nicht ganz willkürlich sein dürfen, sondern immer verstehbar bleiben müssen. Deshalb müssen sie in einem bestimmten Spielraum der Zwecksetzungsmöglichkeiten verbleiben. Der individuelle Freiheitsraum, nämlich die Zwecke zu setzen, die man setzen will bzw. das zu tun, was man tun will, ist also durch das Erfordernis der gegebenen Rollen bzw. der zugrundeliegenden Notwendigkeit der Regelmäßigkeit von Gesellschaft schlechthin eingeeengt. Wie die Knappheit in der Ökonomie durch das Geld zum Ausdruck kommt und in der Politik durch die Wahlscheine, so kommt in der soziologischen Theorie diese Knappheit in den existierenden Rollen bzw. Normen und den dazugehörigen Sanktionen zum Ausdruck. Sanktionen sind "Zeichen der Unfreiheit". (23)

Gerhardt selbst spricht im Zusammenhang mit der menschlichen Handlungsfreiheit von einem je rollenspezifischen Sanktionspotential, das den Grad der Freiheit des Individuums bestimmt bzw. das Ausmaß, in dem jedes Individuum den Handlungsspielraum anderer einengen kann. Das Sanktionspotential einer Rolle besteht aus einem bestimmten Quantum von "Sanktionsmedien" oder "Übertragungsmedien":

"Dabei handelt es sich um generalisierte Medien, welche die Kommunizierbarkeit von Sachgütern, Wissen, Leistungen und Affekten ermöglichen. Als Übertragungsmedien figurieren Güter, deren relative Knappheit einerseits ihre ungleiche Verteilung, andererseits ihre hohe Bewertung zur Folge hat. Genauer: 'Knappheitskalkulation setzt voraus, daß das soziale System über abstrakte Medien der Verrechnung verfügt, die selbst nicht knapp sind, also prinzipiell als unendlich konzipiert sein müssen, die aber durch künstliche, durch Entscheidung veränderbare Summenkonstanzen eingegrenzt sind und in diesem Rahmen gequantelt und zugeteilt werden können'." (24)

Solche Sanktions- oder Übertragungsmedien, die notwendigerweise als knappe konzipiert werden müssen, sind: Wahrheit, Macht, Liebe,

Geld, Wissen, Prestige u. ä. Wenn also die Knappheit der Medien ihre hohe Bewertung zur Folge hat, so handelt es sich auch hier wiederum um eine de facto (nicht unbedingt bewußte) Analogiebildung zur Ökonomie: Je knapper dort Güter sind, desto höher wird ihr Nutzen bewertet und desto höher ist infolgedessen ihr Preis. - Daß in der soziologischen Theorie - und zwar nicht nur bei Gerhardt und Dahrendorf - die Knappheit der Mittel zur Realisierung individueller Freiheit mehr oder minder explizit immer wieder unterstellt ist, wird auch ersichtlich, wenn Dahrendorf im "gemeinsamen Streben nach knappen Werten" (25), Coser im "gegensätzlichen Anspruch auf knappe Mittel" (26), oder Mack/Snyder im Wunsch zweier Parteien, sich "die Kontrolle über knappe Ressourcen und Positionen verschaffen (zu) wollen" (27), die letztliche Ursache der meisten wenn nicht aller sozialer Konflikte sehen. Auch kann Gesellschaft nur dann als "ärgerliche Tatsache" begriffen werden und Sanktionen grundsätzlich als "Zeichen der Unfreiheit", wenn Gesellschaft zu allererst mit Freiheitseinschränkung assoziiert wird.

Zu den Theorien über Theorien

Schließlich ist auch in den in "Teil A" vorgeführten Wissenschaftstheorien ein knappes Gut von Anfang an unterstellt: das Wissen. Nur wegen dieser Knappheit ist planmäßiger Wissenserwerb, also Wissenschaft und Wissenschaftstheorie, überhaupt erforderlich. Diese Knappheit hat ihren Grund u. a. in der Begrenztheit von Zeit, von Denken bzw. Sprache und von der Vielfalt der materiellen Mittel des Erwerbs von Erkenntnissen (Techniken, Gelder etc.). Bei Merton erscheint diese Knappheit nur implizit, und zwar als Knappheit der Anerkennung bzw. der Möglichkeiten für Originalität in der Institution Wissenschaft. Wenn Anerkennung und Originalität beliebig vermehrbar wären, würde sein Modell des Wissenschaftsfortschritts nicht mehr funktionieren, dann könnten die besten Beiträge auch nicht mehr mit der höchsten Anerkennung ausgezeichnet werden.(29)

Das Ausmaß der Knappheit an Wissen ist natürlich variabel und hängt - wie in den Analogiefällen - von einer Vielfalt von Bedingungen ab, u. a. von der methodologischen Reife der Forscher. So waren die Induktionisten an dem Ausmaß der Knappheit ihres Wissens z. T. selbst schuld. Denn für Popper und seiner Schule gilt der Überhang an Vorurteilen bzw. Bestätigungen für Vorurteile als Haupthindernis des Wissenserwerbs. Dies ist allerdings nur solange der Fall, wie die Wissenschaftler durch Hypothesenverifikation nach gesichertem Wissen trachten und zudem ihr Wissen als endgültiges auszeichnen wollen. Eine falsifikationistische Wissenschaft ohne einen endgültigen Wahrheitsanspruch hat "nur noch" mit den oben genannten quasi natürlichen Konstitutionsvoraussetzungen von Wissenschaft schlechthin sich auseinanderzusetzen.

Zusammenfassung

Während das Individuum als Maximierer gekennzeichnet ist, ist seine Umwelt als Hindernis bzw. Schranke für das Individuum konzipiert. Sie stellt die Mittel bzw. Ziele der Maximierungshandlung lediglich in begrenzten Mengen zur Verfügung. Diese Begrenztheit wird mehr oder minder explizit auf Gegebenheiten der Natur, primär der menschlichen (Politik, Soziologie), primär der außermenschlichen (Ökonomie) oder beiden (Wissenschaft) zurückgeführt. Diese Gegebenheiten bilden jedenfalls den objektiven Rahmen des Verhaltens der individuellen Subjekte in den ausgewählten sozial-wissenschaftlichen Theorien.

3. RAHMENBEDINGUNGEN DES AUSGLEICHSGMECHANISMUS

Zu den Theorien über Gesellschaft

In der ökonomischen Theorie **Samuelsons** erfolgt der Ausgleich zwischen den nutzenmaximierenden Individuen und den knappen Naturmitteln auf den Märkten. Zwischen den isolierten Entscheidungssubjekten tritt als alleiniger Vermittler der Preis auf, er fungiert als Informationsträger, Koordinator und Verteiler. Damit der Preis diese Funktionen optimal erfüllen kann, müssen einige technische Bedingungen erfüllt sein, die man gemeinhin als "vollkommenen Wettbewerb" bezeichnet (30). Dazu gehören nach Samuelson vor allem: Unabhängigkeit der Präferenzen der Nachfrager von einander und von den Handlungen der Anbieter (kein Einfluß durch Werbung), vollständige Information aller am Markt bzw. an den jeweils mitbeteiligten Märkten agierender Entscheidungssubjekte (über alle relevanten angebotenen und nachgefragten Güterquantitäten und -qualitäten), und Abwesenheit monopolistischer Verhaltensweisen (kein mehr als marginaler Einfluß einzelner Entscheidungssubjekte auf den Preis, völlig freier Marktzugang für alle). Die diesen Annahmen notwendig vorausgehende Annahme der individuellen Verfügungsfreiheit über erworbene Güter, also die Institution des Privateigentums, die Samuelson gar nicht mehr für erwähnenswert hält, muß schließlich ebenfalls mitgedacht werden, wenn ein funktionierender Preismechanismus theoretisch konzipiert werden soll. (31) Daß die realen Verhältnisse in aller Regel mehr oder minder von diesem vollständigen Wettbewerb abweichen, konzediert Samuelson zwar, hält dies aber für unproblematisch, denn der "vollkommene Wettbewerb" ist nur ein analytisches Konstrukt, mit dem die anderen und realeren Markt- bzw. Wettbewerbsformen besser begriffen werden können. (32)

In der politologischen Theorie **Schumpeters** und **Fraenkels** erfolgt der Ausgleich zwischen den ihren Willen bzw. ihre Interessen verfolgenden Individuen und der Knappheit der Freiheitsräume durch Diskussion und Willensdelegation in einem abstrakten Raum des Politischen. Die Voraussetzungen für das Funktionieren des Ausgleichs-

mechanismus sind bei Schumpeter und Fraenkel nicht so präzise festgelegt wie dies im ökonomischen Beispiel der Fall war. Zwar gibt es auch hier die Annahme des freien und unabhängigen Willens (vergleichbar den unabhängigen Präferenzen) und die Annahme des freien und gleichen Zugangs zu den politischen Führungs- und Einflußpositionen (vergleichbar dem freien und gleichen Marktzugang). Der in der Ökonomie selbstverständlichen Annahme der privaten Verfügungsfreiheit entspricht in der Politik die Annahme der freien Willensverfügung einerseits und der Akzeptierung des veräußerten bzw. delegierten Willens andererseits für die gesamte Dauer der Delegation. Dies hat Schumpeter als eine der Bedingungen für das Funktionieren der demokratischen Methode besonders hervorgehoben und als "demokratische Selbstkontrolle" bezeichnet. (33) Und wenn Fraenkel die Bedeutung des Kompromisses in der Politik so betont, so meint er ebenfalls, daß ein einmal delegierter Wille, auch wenn er teilweise gebrochen ist, für eine gewisse Zeit akzeptiert werden muß und nicht sofort wieder zurückgefordert werden kann. Als weitere technische Vorkehrungen für das möglichst optimale Funktionieren des Ausgleichsmechanismus nennen teils Fraenkel, teils Schumpeter: freier Informationsfluß, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, freie Wahlen, Mehrheitsregeln, Primat des repräsentativen Prinzips in der Verfassungsordnung usw. (34)

Zu Gerhardt und Dahrendorf: Der Schauplatz des sozialen Ausgleichs zwischen den begrenzten Möglichkeiten der freien individuellen Sinn- und Zwecksetzung einerseits und den durch das "Ärgernis der Gesellschaft" begrenzten Räumen ist die alltägliche zwischenmenschliche Kommunikation und Interaktion. Wie die Sinn- und Bedürfnisfestlegung des Subjekts in der Theorie Gerhardts genau vor sich geht und welche Rahmenbedingungen für den jeweiligen Ausgleich erforderlich sind, bleibt in diesen soziologischen Theorien jedoch genauso offen wie die Frage, wie die Delegation von Sanktionspotenz für die Übertragung der Medien (Einfluß, Wissen etc.) konkret vorzustellen ist. Die zentrale Rahmenbedingung für den fortwährenden Ausgleich bzw. die immer wieder gewährleistete Regelung von Konflikten, nämlich die Akzeptierung der Interessensgegensätze und damit der Partikularität der Interessen (35), hat allerdings eine deutliche Parallele zu den vorausgehenden Beispielen: Die Interessenssubstanz bei sozialen Konflikten darf genausowenig angetastet werden wie die Substanz des freien Willens in der politischen Demokratie und die Substanz der freien Präferenzen- und Güterverfügung in der Ökonomie. Eine an der Wurzel ansetzende Konflikt"lösung" wäre genauso ein fundamentaler Regelverstoß für den sozialen Ausgleichsmechanismus wie eine Enteignung grundsätzlich ein Verstoß gegen den Marktmechanismus ist. Anders formuliert: Es muß bei jeder konkreten Konfliktregelung berücksichtigt werden, daß die Spielregeln

"... nur als solche wirksam werden, wenn sie keinen Beteiligten von vornherein bevorzugen oder benachteiligen ..." (36)

Wie im ökonomischen und im politologischen Analogiefall wird auch hier als permanentes Resultat und als permanente Voraussetzung des Konflikthandelns die Gleichheit der Beteiligungsmöglichkeiten postuliert: Soziale Chancengleichheit (Soziologie) entspricht gleichem Marktzugang (Ökonomie) und gleichem Zugang zur politischen Macht (Politologie). Als technische Bedingungen der Konfliktregelung sieht Dahrendorf die Institutionen der Verhandlung, der Vermittlung, der Schlichtung und - falls dies alles scheitert - der Zwangsschlichtung.

Zu den Theorien über Theorien

In den wissenschaftstheoretischen Ansätzen findet der Konkurrenzkampf der originellen Einfälle, der Hypothesen und Theorien im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussionen statt, die innerhalb und zwischen den Wissenschaftsinstitutionen durchgeführt werden. Methodologien sind dagegen nur begrenzt wissenschaftlichen Diskussionen zugänglich und müssen - so **Feyerabend** - in der gesellschaftlichen Praxis die Chance zur Bewährung erhalten. Als Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Ausgleichsmechanismen wird von den betreffenden Autoren vor allem die Notwendigkeit genannt, daß wirklich jede Hypothese und Theorie zum Wettstreit zugelassen wird (Spinner: Je mehr Ideen desto besser) und die Hypothesen, Theorien und Methoden gleiche Chancen im Rennen um die bestmögliche Falsifizierbarkeit und Bewährtheit haben. Deshalb dürfen nach **Popper**, **Spinner** und **Merton** nur wissenschaftsimmanente Beurteilungskriterien für die Annahme und Ablehnung einer Aussage berücksichtigt werden (Merton: Universalismuskriterium), was z. B. der Gleichgültigkeit der Preise gegenüber den Personen entspricht. Nach Feyerabend darf die praktische Bewährung von Ideen nur durch ebendiese spontan und unbeeinflusst wirksame Praxis beurteilt werden, politische oder sonstige materielle Kriterien lehnt er ab. Ferner müssen alle Forscher Zugang zu dem bereits verfügbaren Wissen haben, also eine Art freien Marktzugang (Merton: Kommunismuskriterium). Damit der wissenschaftliche Wettbewerb wirklich funktioniert, ist nach Merton ferner eine demokratische Sozialstruktur als Garant für die Gesamtheit der Wissenschaftsnormen (Universalismus, Kommunismus, Unparteilichkeit etc.) Voraussetzung. Popper postuliert - ganz analog zum politischen Pluralismus - einen Pluralismus der wissenschaftlichen Schulen, die ubiquitäre Möglichkeit der freien Diskussion und Organisation von Wissenschaftlern.

Zusammenfassung

Die ökonomische Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie hat die präzisesten, die Soziologie und die Wissenschaftstheorie hat die vaguesten Vorstellungen über die notwendigen Rahmenbedingungen eines funktionierenden Ausgleichsmechanismus. Dennoch sind alle über diese

Rahmenbedingungen geäußerten Annahmen daran orientiert, daß mit ihrer Hilfe die Vielfalt und Subjektivität der Individuen möglichst weitgehend unangetastet bleibt, daß die Koordinierung der Subjekte möglichst spät in den Gesamtprozeß eingreift und möglichst unpersönlich-technisch bleibt, daß die Gleichheit der Konkurrenzchancen möglichst weitgehend erhalten bleibt, und daß für die dezentralen Entscheidungen möglichst weitgehende Informationen zur Verfügung stehen. All diese Annahmen können als Beschreibungen technischer Vorkehrungen begriffen werden, die den grundsätzlich individuell-subjektiv gesteuerten Gesamtprozeß optimal kanalisieren sollen. Resultat dieses Prozesses ist ein individueller und gesamtgesellschaftlicher Ausgleich zwischen dem Maximierungsverhalten des Individuums und den Knappheiten seiner Umwelt.

4. DER STAAT

Zu den Theorien über Gesellschaft

Sind alle Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Ausgleichsmechanismus gegeben, so ist der Staat nur noch als Nachtwächter- bzw. Lückenbüßerstaat zu begreifen. Er tritt überall dort auf den Plan, wo irgend etwas trotz des ausdifferenzierten gesellschaftlichen Mechanismus nicht ganz nach Wunsch funktioniert, sei es auf der Seite der Rahmenbedingungen, sei es auf der Seite der Resultate.

Zunächst zu **Samuelson** (37): In Marktwirtschaften entsteht immer wieder das zumindest empirisch zu konstatierende Problem, daß bestimmte Menschen, aus welchen Gründen auch immer, sich nicht selbst mit dem ökonomischen Minimum versorgen können. Auch werden in jeder Marktwirtschaft Güter benötigt, die private Produzenten aus technischen oder sonstigen Gründen nicht anbieten. Schließlich gibt es immer wieder Leute, die die Vorteile der Institution des Tausches und der vorgelagerten Institution des Privateigentums nicht einsehen wollen, und versuchen, unter Mißachtung dieses marktwirtschaftlichen Fundamentalkonsenses, ihren Individualnutzen besser maximieren zu können. In diesen drei Fällen – und in einigen anderen – hat nun der Staat die Aufgabe, die Defizienzen des Marktes auszugleichen: durch Gewährleistung sogenannter Wohlfahrtsminima, durch Bereitstellung öffentlicher Güter (Infrastruktur) und durch Aufrechterhaltung der Rechtsordnung mittels staatlichen Zwangs.

In der Pluralismustheorie **Fraenkels** ist der Staat eine Art technische Einrichtung, deren erste Aufgabe es ist, allgemein die Einhaltung der fundamentalsten Spielregeln des pluralistischen Kräftespiels zu überwachen und gegebenenfalls durch Gesetze neue Spielregeln zu schaffen. Insofern, als er die formale Rationalität des Kräftespiels gewährleistet, also neutraler Schiedsrichter ist, wird er als Rechtsstaat bezeichnet. Eine zweite, nach Fraenkel jedoch klar nachgeordnete Aufgabe des Staates besteht darin, daß sozia-

le Startcharakter der Gruppen ausgeglichen werden müssen. Insofern ist er Sozialstaat.

"Im Gegensatz zu dem Rechtsstaatsdenken der Vergangenheit, das sich damit begnügte, einen Rechtsschutz gegen bereits erfolgte Beeinträchtigungen der individuellen Freiheitssphäre zu gewähren, setzt sich das Rechtsstaatsdenken der Gegenwart die zusätzliche Aufgabe, prophylaktisch die Entstehung politischer, wirtschaftlicher und insbesondere sozialer Bedingungen zu verhüten, aus denen eine Gefährdung rechtsstaatlicher Prinzipien zu erwachsen vermag." (38)

Der Rechtsstaat muß mithin zum sozialen Rechtsstaat werden. Als Rechts- und Sozialstaat muß der Staat schließlich drittens die Gesellschaft immer dann integrieren, wenn aus irgendeinem Grund der autonome gesellschaftliche Ausgleich der Gruppeninteressen nicht mehr funktioniert. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann im äußersten Notfall das Mittel der Zwangsschlichtung erforderlich machen. (39) Darüberhinaus darf sich der Staat jedoch niemals zum Anwalt des Gemeinwohls machen. "Das Gemeinwohl ... nimmt sich auf dem Boden der Konfliktsoziologie als eine nur von Dummköpfen geglaubte und von Schlauköpfen genutzte reine Fiktion aus. Als solche trägt es zur ideologischen Verbrämung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei, deren Charakter allemal darin besteht, daß ein jeder auf Kosten des anderen seine individuellen Lebensmöglichkeiten zu erweitern bestrebt ist." (40)

Auch in der Konfliktsoziologie Dahrendorfs - bei Gerhardt finden sich keine bedeutsamen Aussagen zum Staat - ist der Staat als liberaler Nachtwächterstaat konzipiert. Seine einzige Aufgabe ist die Überwachung der Einhaltung der von den freien Individuen/Gruppen vereinbarten Spielregeln. Da in ihnen Konflikte immer nur reguliert, niemals aber beseitigt werden, sorgt der Staat im wesentlichen nur für die Freiheit zu permanentem Konflikt. Dahrendorfs zentrale Forderung beinhaltet, "die politische Klasse habe sich auf die Garantie dieser Spielregeln zu beschränken." (41) Damit aber die permanente Möglichkeit zum Konflikt erhalten bleibt, muß der Staat ständig darauf achten, daß die jeweils Schwächeren "nach einer Runde" im Konkurrenzkampf nicht zu schwach werden. Der Staat muß beständig das Erfordernis der Chancengleichheit zwischen den rivalisierenden Parteien im Auge behalten.

Zu den Theorien über Theorien

Ohne daß Merton sich explizit mit der Rolle des Staates ausführlicher beschäftigt, kann jedoch folgendes festgehalten werden: Für den Fall, daß die Wissenschaftler ihre Normen, ihren "Ethos", nicht genügend internalisiert haben, dürfte ein Eingreifen des demokratischen Staates zur Absicherung der Funktionstüchtigkeit der Nor-

men erforderlich sein. Wenn sich z. B. herausstellt, daß die Zuteilung von Anerkennung sich tatsächlich nicht an der Universalitätsnorm orientiert, sondern partikuläre Kriterien mit zum Durchbruch kommen, so müßte dies im Sinne von Merton mit staatlicher Macht verhindert werden. Und: Wenn bestimmte fundamentale Erkenntnisse von der Wissenschaftleröffentlichkeit abgeschottet werden, also die Kommunismuskonvention verletzt wird, so würde dies das weitere Wachstum des Wissens in jenem Bereich so stark beeinträchtigen, daß eine solche Geheimhaltungspolitik unterbunden werden müßte.

Die übrigen Normen, die sich in erster Linie an die einzelnen Forscherindividuen und deren Motivationen richten, können staatlicherseits nur indirekt unterstützt werden. So müßte die Überparteilichkeitsnorm bzw. die Norm der Desinteressiertheit etwa dadurch gefördert werden, daß andere als wissenschaftliche Motive, etwa materieller Reichtum, im wissenschaftlichen Belohnungssystem eine immer nur recht untergeordnete Rolle spielen. Auch organisierter Skeptizismus hängt sicherlich unter anderem auch mit der politischen Sozialisation zusammen, die Wissenschaftler in einer Gesellschaft genossen haben. Insgesamt muß der Staat jedoch auch nach Merton darauf vertrauen, daß das weitgehend freie Spiel der Kräfte die Entwicklung der Wissenschaft immer noch am besten fördert.

Feyerabend geht noch einen Schritt weiter: Oberstes Ziel der Institutionalisierung von Wissenschaft ist für ihn, daß sich jede beliebige neu dazukommende Denkrichtung, insbesondere jede neue Methodologie, in einer gegen äußere Einflüsse geschützten Subkultur entfalten kann. Wenn nun irgend jemand auftauchen sollte, der den Menschen das praktische Ausprobieren von Ideen verwehren will, so müssen vor allem diese Menschen, nicht primär der Staat, eine Polizei aufstellen, die dies verhindert. Auf keinen Fall darf sich der Staat anmaßen, irgendwelche Denkregeln etwa qua Erziehung allgemeinverbindlich durchsetzen zu wollen und somit über die Wahrheit und Unwahrheit von Theorien etc. mitzuentcheiden.

"Denn ich halte eine physische Einschränkung noch immer für weit weniger einschränkend als eine geistige Einschränkung. Die erste beschneidet den Menschen selbst, die zweite nur seine Bewegungsfreiheit. Die zweite kann man aufheben, die erste nicht." (42)

Zusammenfassung

In allen Varianten der Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie ist der Staat also als sehr zurückhaltende, im wesentlichen nur für die Einhaltung der formalen Spielregeln zuständige Institution konzipiert. Allerdings kommt ihm bei Samuelson und noch mehr bei Fraenkel auch eine zusätzliche inhaltliche Ausgleichsfunktion zu: die Aufgabe

der Überwachung eines Minimums an Gleichheit der Startchancen. Aus welchen systematischen Gründen eine solche Zusatzaufgabe erforderlich wird, lassen beide Autoren offen, dies scheint ihnen eher ein Problem der natürlichen Unterschiedlichkeit der Menschen oder des schlichten Schicksals zu sein. Auch die Grenze dieser Eingriffe im Interesse der Chancengleichheit ist nirgends definiert. Dessen ungeachtet bleibt aber die fundamentale Bestimmung des Staates seine Begrenzung auf die Nachwächterfunktion. Der Grund hierfür ist das seit Adam Smith immer wieder geäußerte Mißtrauen gegenüber jeder Art von überindividueller Planung: Jeder kennt seine eigenen Wünsche und Möglichkeiten am besten und soll deshalb möglichst weitgehend für sich selbst verantwortlich und zuständig sein. Die theoretischen Annahmen über das Individuum, seine Umwelt, den Ausgleichsmechanismus und das Verhalten des Staates können schließlich auch danach unterschieden werden - und dies ist für die Verwendung des Paradigmas als Handlungsmodell (vgl. II in diesem Abschnitt) relevant - ob sie von der Natur oder vom Menschen erst zu setzende Bedingungen für den Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus formulieren. Individuelle Maximierung und Umweltknappheit werden in allen ausgewählten Theorien als natürliche Setzungen bezeichnet, der Ausgleichsmechanismus und das Staatshandeln müssen erst gewollt werden. Erst wenn der Mensch auch die "künstlichen" Bedingungen zur Kenntnis nimmt und realisiert, kann sich das Modell als Handlungsmodell bewähren.

B. DIE VORAUSSETZUNGEN DER ANNAHMEN

Während im vorausgehenden Abschnitt die in den Theorien formulierten Ausnahmen zusammengestellt wurden (die allerdings nicht immer als solche kenntlich gemacht waren), soll nun danach gefragt werden, was die jeweiligen Theoretiker wohl bewogen haben könnte, gerade diese und keine anderen Ausgangspunkte zu wählen. Welche Bemerkungen der Autoren über sozialwissenschaftliche Theorien und Methoden sind dazu in der Lage, diese Annahmen zu motivieren? Und in einem zweiten Schritt: Welche den Autoren vorgegebenen wissenschaftlichen Rahmenbedingungen geben die Grundlage für diese metatheoretischen Überlegungen und diese konkreten Theorieannahmen ab? (43)

1. METATHEORETISCHE BEMERKUNGEN DER AUTOREN DER THEORIEN

Welches sind nun die festen Fundamente, von denen aus sich die einzelnen Wissenschaftler der Welt zuwenden?

Zu den Theorien über Gesellschaft

Im Kapitel über **Samuelson** wurde dargelegt, daß für ihn die Methode der ökonomischen Theorie aus einer Kombination von empirischen

Ausgangspunkten und an ihnen ansetzenden Denkabstraktionen besteht. Welche Beobachtungen sollen aber nun den Ausgangspunkt bilden und was anerkennen die Abstraktionen als Nicht-Weglaßbar? Meiner Meinung nach ist der metatheoretische Hintergrund der Theorie Samuelsons ein pragmatischer Standpunkt: So wie jeder Unternehmer und jeder Gewerkschaftsfunktionär ein bestimmtes Ziel hat und davon ausgehend fragt, was er zur Erreichung dieses Ziels alles unternehmen muß, so macht es auch der Volkswirtschaftswissenschaftler, nur daß er das Funktionieren der Volkswirtschaft als ganzes anzielt.

"Letztlich sollte unser Wissen der Verbesserung der Lebensbedingungen dienen. Wie kann man die Ungewißheit über die konjunkturelle Entwicklung vermindern? Wie kann man den wirtschaftlichen Fortschritt und die Effizienz fördern? ... (44)

Schon in dieser Formulierung des Erkenntnisinteresses liegt der Akzent nicht auf der Erkenntnis selbst, sondern auf der aus ihr resultierenden Technik. Die "Verminderung von Ungewißheit" und die "Förderung von Fortschritt" unterstellt bereits, daß konjunkturelle Ungewißheit prinzipiell existieren muß und daß die Verbesserung von Lebensbedingungen nur als marginal-kontinuierlicher Fortschritt gedacht werden kann. Es geht also weniger darum, den Grund für Konjunkturen bzw. die Substanz von Lebensqualität zu erkennen, sondern mehr darum, die richtigen Maßnahmen zu ihrer graduellen Beeinflussung zu finden. Samuelson vergleicht den Ökonomen deshalb gern mit einem Arzt, der ja nur die Aufgabe hat, Krankheiten, also Abweichungen vom gesunden Prozeß des Lebens, zu bekämpfen. Ein Biologe müßte sich demgegenüber mit dem Leben selbst beschäftigen und dessen letzte Gründe erforschen. Als Pragmatiker stellt Samuelson also empirisch fest, daß der Unternehmer wie der Arbeiter, daß alle Subjekte der Volkswirtschaft, ihren Nutzen maximieren wollen und daß dabei immer wieder Hindernisse auftauchen. Deshalb stellt Samuelson - wie jedes ökonomische Entscheidungs- und Handlungssubjekt auch - die Rahmenbedingungen auf, die für ein optimales Funktionieren der Nutzenmaximierung erforderlich sind. Er fragt aber nicht, warum es Unternehmer und Arbeiter gibt oder warum sie ihren *P r i v a t e n* Nutzen und nicht ihren gemeinschaftlichen Nutzen optimieren. Den Begriff des Privateigentums etwa sucht man als Voraussetzung für Markt und Tausch, wie schon öfters erwähnt, bei Samuelson vergebens. Wenn Samuelson immer wieder vom Brauchbarkeitskriterium als Maßstab der jeweiligen Abstraktionen und der daraus resultierenden Begriffsbildungen spricht, so bedeutet dies also, daß seine Begriffe von Anfang an nicht (nur?) in einem wissenschaftlichen, sondern in einem ganz *a l l t a g s p r a k t i s c h e n* Sinn brauchbar sein wollen.

Bei **Schumpeter**, der ja nicht nur Politologe sondern ebenfalls Ökonom ist, findet sich ein ganz ähnlicher metatheoretischer Ausgangs-

punkt, allerdings mit einer besonderen methodologischen Präzisierung. Wie Samuelson u. a. will auch er empirische Wissenschaft treiben. (45) Was die Annahmen angeht, so stellt Schumpeter zwar fest, daß sie "streng logisch genommen" willkürliche "Schöpfungen des Analytikers" sind, daß sie aber auf der anderen Seite immer irgendwie von den Fakten "angeregt" sind. Denn:

"Schneider können Anzüge zwar nach ihrem eigenen Belieben zuschneiden, aber sie werden natürlich versuchen, sie so zuzuschneiden, daß sie ihren Kunden passen." (46)

Dies gilt nach Schumpeter für alle Annahmen, ob sie nun als empirische oder heuristische deklariert sind. Wesentlich ist immer nur, daß Annahmen Lehrsätze sind, die im Zusammenhang der jeweiligen Theorie nicht in Frage gestellt werden.

Eine für den Sozialwissenschaftler spezifische Erfahrungsquelle ist nach Schumpeter der "Sinn" sozialer Handlungen oder Gegebenheiten, also die Vorstellungen, die sich die Menschen bei ihrem Handeln machen. Die Ermittlung dieses Handlungssinns hat für den Ökonomen, den Soziologen oder den Politologen einen ähnlich zentralen forschungsstrategischen Stellenwert wie das Experiment für den Physiker oder Chemiker. (47) Schumpeter räumt zwar die methodologische Problematik der Sinnkategorie ein, ist aber dennoch der Auffassung, daß es "töricht" sei, diese Erkenntnisquelle nicht "auszuschöpfen". Es ist seiner Meinung nach durchaus "zweckmäßig",

"offen anzuerkennen, daß wir die Gabe besitzen oder zu besitzen glauben, den Sinn zu erfassen und die aus diesem Sinn resultierenden Gegebenheiten in sachgerecht konstruierten Schemata darzustellen." (48)

Wenn Schumpeter nun das Wesen von Demokratie untersuchen will, so ist es aufgrund dieser methodologischen Ausführungen nur konsequent, wenn er an den Anfang seiner Demokratieanalyse ein Gedankenexperiment stellt. Er befragt den Leser nach dem Sinn von Demokratie und findet heraus, daß dieser in ihrem methodischen Charakter liegt: Demokratie ist eine Methode zur Hervorbringung einer politischen Führung bei gleichzeitiger optimaler Berücksichtigung des freien Willens der Bürger und der durch die "Natur des Menschen" gegebenen Einschränkungen der Freiheitsmöglichkeiten. Demokratie als Methode, freier Wille und Beschränkung der menschlichen Natur bzw. Notwendigkeit von Herrschaft - all diese Ausgangsannahmen Schumpeters können ohne weiteres als Resultat solcher Sinnbefragungen interpretiert werden. Sie sind ein Abbild des durchschnittlichen empirisch vorfindlichen Bewußtseins.

Fraenkel charakterisiert die Politikwissenschaft demgegenüber anders: Sie ist eine sowohl empirische als auch normative Wissenschaft, wobei auf der letzteren Komponente ein besonderer Akzent

liegt (49). Nachdem der Politikwissenschaftler sich über das empirische Vorliegen eines Phänomens klar geworden ist, geht es ihm in erster Linie darum, zu untersuchen, ob das vorliegende Phänomen zur Realisierung bestimmter Normen bzw. Wertvorstellung geeignet ist oder nicht. Insofern ist Politikwissenschaft für Fraenkel nicht nur Sozial- sondern auch Moralwissenschaft. Als Wertvorstellungen, denen die einzelnen Phänomene unseres politischen Lebens förderlich sein sollen, betrachtet Fraenkel Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat, jene obersten Werte also, die als Kernbereich der Verfassung zu denjenigen politischen Normen zählen, die jenseits der Disposition des Verfassungsgebers stehen.

"Das gewiß nicht ausschließliche, jedoch überragend bedeutende Studienobjekt der Politikwissenschaft erstreckt sich auf die Frage, ob und wie sich in der Verfassungswirklichkeit das den Verfassungsnormen zugrundeliegende Modell einer politischen Ordnung realisieren läßt." (50)

Ausgegangen wird also von einem gegebenen empirischen Phänomen einerseits und einer gegebenen Norm andererseits, gefragt wird nach der Verträglichkeit beider, konkret: nach den Auswirkungen des Phänomens auf die Norm. Gerade aufgrund der Erfahrungen mit dem alle obersten Normen zerstörenden Totalitarismus glaubt Fraenkel, daß eine Rückkehr und Verbesserung des Pluralismus der Weimarer Zeit, also ein Neopluralismus, als institutionelles Grundprinzip zur Garantie der obersten Menschen- und Bürgerrechte essenziell ist. (51)

Die metatheoretischen Grundvorstellungen Schumpeters und Fraenkels können meiner Meinung nach etwa wie folgt gegenübergestellt werden: Während Schumpeter seine demokratietheoretischen Annahmen durch die Frage nach dem Sinn von Demokratie erhält, erhält Fraenkel seine Annahmen durch die Betrachtung der Auswirkungen von Demokratie auf höchste Normen. Schumpeters Sinnfrage ist eine Woher-Frage, die Antwort stammt aus einem zeitlich vorausgehenden Zusammenhang. Fraenkels Normunterstützungsfrage ist eine Wohin-Frage, die Antwort stammt aus einem zeitlich nachfolgenden Zusammenhang. (52) Beide Methoden können demnach als Kausal- und Funktionalmethode begriffen werden.

Dahrendorf versteht seinen wissenschaftlichen Ansatz zu allererst als erfahrungswissenschaftlichen. (53) Aus der Erfahrung der Regelmäßigkeit des menschlichen Zusammenlebens leitet er alles weitere ab:

"Nehmen wir an, unser Verhalten unterläge bloß den Gesetzen der Zufallswahrscheinlichkeit: Wenn wir jemandem die Hand zum Gruß geben, ist die Chance gleich groß, daß er uns ins Gesicht spuckt oder uns übersieht oder auf die Stirn küßt oder uns mit einer Pistole bedroht oder uns auch

die Hand reicht ... - kurz, die Vorstellung eines bloß zufälligen menschlichen Verhaltens beschwört ein Bild herauf, an dem gemessen selbst der bellum omnium contra omnes noch eine Welt der Verlässlichkeit und Gesellschaft ist. Denn dies ist das Staunenswerte: daß es offenbar eine beharrliche Kraft in der Menschheitsgeschichte gibt, die stets den Radius zufälliger Chancen einschränkt, ihn in der Regel sogar auf eine einzige realistische Chance reduziert, so daß wir wissen, was uns erwartet: Wenn wir die Hand zum Gruß ausstrecken, wird der Gruß erwidert ... Was diese Verlässlichkeit unserer Existenz unter Menschen begründet, ist die Tatsache der Gesellschaft." (54)

Diese Erfahrung der Verlässlichkeit im Alltagshandeln ist für Dahrendorf nun der Ausgangspunkt folgender gedanklicher Ableitungen: Regelmäßigkeit ist nur denkbar, weil hinter den Regelmäßigkeiten Normen und hinter den Normen Sanktionen stehen. Umgekehrt formuliert: Ohne die Existenz solcher mit Sanktionen ausgestatteter Normen wäre die Existenz von Gesellschaft unmöglich. Dieser Schluß ist jedoch nur zulässig, wenn man unterstellt, daß die Individuen von sich aus an Gesellschaftlichkeit nicht interessiert sind, wenn sie also nach möglichst großer Abwesenheit von gesellschaftlichen Einflüssen trachten, wenn sie Freiheitsmaximierer sind. Die Verhängung von Sanktionen im Fall eines übermäßigen Freiheitsgebarens setzt nun drittens nach Dahrendorf die Existenz von Herrschaft voraus, also die Existenz einer gesellschaftlichen Kraft, die die Einhaltung von Normen auch tatsächlich erzwingen kann. - Mit diesen drei Elementarbegriffen - Norm, Sanktion und Herrschaft - hat sich die Soziologie nach Dahrendorf ein Fundament gegeben, das zweierlei leistet. Erstens die Grundlegung einer **E r f a h r u n g s**wissenschaft, weil diese Begriffe eben aus der Alltagserfahrung gewonnen wurden. Zweitens die Selbständigkeit einer **s o z i o l o g i s c h e n** Erfahrungswissenschaft. Denn mithilfe dieser Begriffe wird einerseits der vage und allgemeine Begriff "Mensch" weiter aufgelöst, andererseits diese Auflösung nicht so weit getrieben, wie dies in der Psychologie geschieht. Mit diesen Begriffen wird also die Selbständigkeit der Soziologie gewährleistet.

Fazit: Dahrendorf hat aus der Beobachtung der gesellschaftlichen Regelmäßigkeit u n d dem Bestreben, spezifisch soziologische Begriffe zu finden, seine drei begrifflichen Säulen vorgeschlagen. In ihnen ist aber denknötwendig die Annahme der individuellen Freiheitsmaximierung ("Ärgernis der Gesellschaft") und der Knappheit der Freiheitsmittel ("Notwendigkeit von Herrschaft") immer schon mit enthalten, auch wenn Dahrendorf dies erst an späterer Stelle seiner Konstrukte einführt. Somit sind Dahrendorfs Annahmen in letzter Instanz das Resultat von Erfahrung (Gesellschaftstatsache) einerseits, und der Vorentscheidung für seine selbständige Einzelwissenschaft (Soziologie) andererseits.

An Norm, Sanktion und Herrschaft und den sich aus ihnen schließlich ergebenden Konflikten interessiert Dahrendorf im folgenden nicht deren Inhalt (Ursachen, Zwecke), sondern allein die Form. Bezogen auf die Konflikttheorie: Es

"... entfällt die Frage nach den Ursachen des Wandels, wenn wir die galileische Wendung vollziehen, die Bewegung zu unserer ersten Setzung zu machen." (55)

Allerdings: Die Richtung des Wandels kann auch bei Dahrendorf letztlich nur durch die Frage nach den ihn vorantreibenden menschlichen Zwecksetzungen beantwortet werden.

Zu den Theorien über Theorien

Merton sucht als Funktionalist seine Annahmen im Zusammenhang mit Zielvorgaben. Seine Frage lautet dann: Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit Wissenschaft gut gedeihen kann? Die besondere Variante seines Funktionalismus besteht darin (56), daß er dabei mit der Untersuchung aller möglichen Bedingungen beginnt, deren Auswirkungen auf den Zweck der Wissenschaft, die Wissensvermehrung, feststellt und so zwischen funktionalen, dysfunktionalen und in diesem Zusammenhang nicht-existenten Auswirkungen unterscheiden kann. Sein Wissen über die funktionalen Erfordernisse von Wissenschaft will er aus den Selbstzeugnissen von Generationen von Wissenschaftlern gewonnen haben, sein Wissen über die funktionalen Voraussetzungen aus der historischen und systematischen Betrachtung alternativer Sozialstrukturen. Eine funktionalistische Herangehensweise verbunden mit hauptsächlich historischem empirischem Material führt ihn nach seinen eigenen Aussagen zu den Annahmen seiner Theorie: der Originalitätsmaximierungsannahme, der Universalismuskennzeichnung und der Kommunismuskennzeichnung u. a. einerseits, und Annahmen über die demokratische Sozialstruktur andererseits. Was die erste Quelle seiner Annahmen, die Selbstzeugnisse, angeht, so muß festgestellt werden, daß Merton also - wie schon Schumpeter - explizit die menschlichen Sinn-/Zwecksetzungen, hier des Wissenschaftlerhandelns, zum Ausgangspunkt für seine Annahmeformulierung macht.

Popper und Spinner berufen sich bei ihren Annahmen letztlich auf die reine Logik, also die Gesetze des menschlichen Denkens. Aus der Erkenntnis, daß Sätze niemals wirklich begründet werden können, folgen alle Annahmen der Theorie, also die Aussagen über das Forscherindividuum, die Umwelt dieses Individuums, die Organisation der Gesamtinstitution und die Rolle des Staates. Feyerabend macht für seine Annahmen sowohl logische als auch historische also erfahrungsmäßige Gründe geltend. - Aber auch Popper gibt an anderer Stelle (57) zu erkennen, daß er bei der Aufstellung seiner Theorie von einer metatheoretischen Vorstellung ausgegangen ist.

Er ist nämlich der Auffassung, daß es in den meisten, wenn nicht in allen sozialen Situationen etwas gemeinsames gibt: ein "rationales Element". Obwohl die Menschen nie vollkommen rational handeln, d. h. nie alle für ihre jeweiligen Ziele verfügbaren Informationen über dazugehörige Mittel optimal ausnutzen, so befindet sich doch im Kern jeder sozialen Situation ein mehr oder minder großes rationales Element. Menschen trachten also nach bestmöglicher Anpassung ihrer Mittel an ihre Ziele, nur deshalb lassen sich in den Sozialwissenschaften ähnlich wie in den Naturwissenschaften Modelle über Regelmäßigkeiten konstruieren. Angewendet auf die Produktion von Wissen: Nachdem die Überlegenheit des Deduktionsprinzips und des theoretischen Pluralismus gegenüber anderen Erkenntnis- bzw. Informationsbeschaffungsmitteln einmal entdeckt ist, müßte jedes Forscherindividuum bei seiner Verfolgung des Ziels der optimalen Erkenntnis nach Maximierung von Falsifikationsgelegenheiten bzw. Theorievielfalt streben.

Zusammenfassung

Bezüglich der metatheoretischen Motivation der Grundannahmen über Individuum, Umwelt, Ausgleichsmechanismus und Staat kann als Ergebnis festgehalten werden: Das Ausgehen von maximierenden Individuen, von einer durch Knappheit der Maximierungsobjekte gekennzeichneten Umwelt, von bestimmten jeweils zu modifizierenden technischen Konkurrenzgleichsvorkehrungen und schließlich von einem Staat, der prinzipiell nur für die formale Kontrolle der Einhaltung der Spielregeln zuständig ist, beruht bei den jeweiligen Autoren zunächst auf völlig unterschiedlichen und hier auch nicht weiter systematisierten metatheoretischen Standpunkten. Der pragmatische Standpunkt führte Samuelson genauso zur Nutzenmaximierungsannahme, wie die forschungsstrategische Frage nach dem Sinn menschlicher Handlungen Schumpeter zu seiner Annahme des Strebens nach freier Willensrealisierung führte. Vergleichbares gilt für den normativen Standpunkt Fraenkels (Maximierung der Eigeninteressen), den empirischen Standpunkt Dahrendorfs (Maximierung von individueller Freiheit), den funktionalistischen Standpunkt Mertons (Maximierung von Originalität) und den Standpunkt der reinen Logik, den Popper vertritt (Maximierung von Falsifikationsgelegenheiten). Entsprechendes ließe sich für die Variationen der Knappheitsannahme und des Staates formulieren, und mit einigen Einschränkungen auch für die Rahmenbedingungen des Ausgleichsmechanismus. Insofern könnten die methodologischen Vorankündigungen der Autoren als für die nachfolgenden Theorien wirkungslose Lippenbekenntnisse bezeichnet werden.

Geht man in der Analyse jedoch einen Schritt tiefer, so erkennt man – so jedenfalls meine Interpretation – die gemeinsame Grundqualität dieser nur scheinbar gegensätzlichen Methodologien. Wenn Samuelson seine gedanklichen Operationen nach den Bedürfnissen der gegenwärtigen Praxis (der Wirtschaft) ausrichtet, Schumpeter

nach dem gegenwärtigen Sinnverständnis der Menschen (über Demokratie), Dahrendorf nach den gegenwärtig als allgemeingültige betrachteten Erfahrungen (über Gesellschaft), Merton nach dem Selbstverständnis der Handelnden (Wissenschaftler) und Popper nach dem seiner Meinung nach allgemeinen Situationsverständnis der Menschen (über Mittel und Ziele von Handlungen), so gehen sie alle von etwas Gemeinsamen aus: nämlich vom Bewußtsein der Individuen, deren Zusammenhandeln sie als Sozialwissenschaftler analysieren wollen. Die Ausgangsbegriffe werden von vornherein den Gedanken der in der sozialen Praxis Agierenden nachgebildet, nicht etwa dieser Praxis selbst (58), nicht den objektiv-materiellen Gegebenheiten dieser Praxis. Was sich die Leute in ihrer sozialen Praxis als Käufer, Demokraten, Gesprächspartner oder Forscher über diese Praxis denken, das dient bei allen vorgeführten Theoretikern als tragfähiges Fundament für ihre theoretischen Konstruktionen. Es wird sich später (Teil D) erweisen, daß dies einer der methodischen Gründe für die ideologische Leistung (Verdopplungsfunktion) dieses Paradigmas ist.

Daß die Autoren bei dem Bestreben, eine verlässliche Ausgangsbasis für unser Wissen zu erhalten, auf die Vorstellungen der Individuen kommen, kann in Verbindung gebracht werden mit einer ebenfalls bei allen Autoren in ihren metatheoretischen Ausführungen durchschimmernden Idee über das Verhältnis zwischen Individuum und Umwelt bzw. Subjekt des Handelns/Denkens und Objekt. Diese Vorstellung hat Dahrendorf mit dem Stichwort "konstitutionelle Ungewißheit" der menschlichen Existenz überschrieben. Diese besagt,

"... daß kein Mensch je in der Lage sein wird, auf alle Fragen die ein für allemal richtigen Antworten zu geben ... Immer fehlt es uns an Informationen, um ganz gewiß sein zu können; immer fehlt es uns an Erkenntniskraft, um das Wesen der Dinge verbindlich zu erfahren. Die Welt mag vollkommen sein und die Möglichkeit der Gewißheit in sich tragen. Die Menschen aber sind stets und ihrer Natur nach zu unvollkommen, um solche Gewißheit zu erlangen." (59)

Wenn dem so ist, und zwar in allen ökonomischen, politischen, sozialen und Erkenntnissituationen, hat dies spezifische Handlungs-/Denksequenzen: Der Mensch kann sich dann immer nur auf die am unmittelbarsten gegebenen Realitäten verlassen: die in seinem jeweils eigenen Kopf vorfindlichen Vorstellungen, die durch möglichst wenig Abstraktionen aufgrund von irgendwelchen vorgegebenen Regeln, durch möglichst wenig fremde, überindividuelle Pläne o. ä. gebrochen sind. Dies ist ein Kern des individualistisch-liberalistischen Credos.

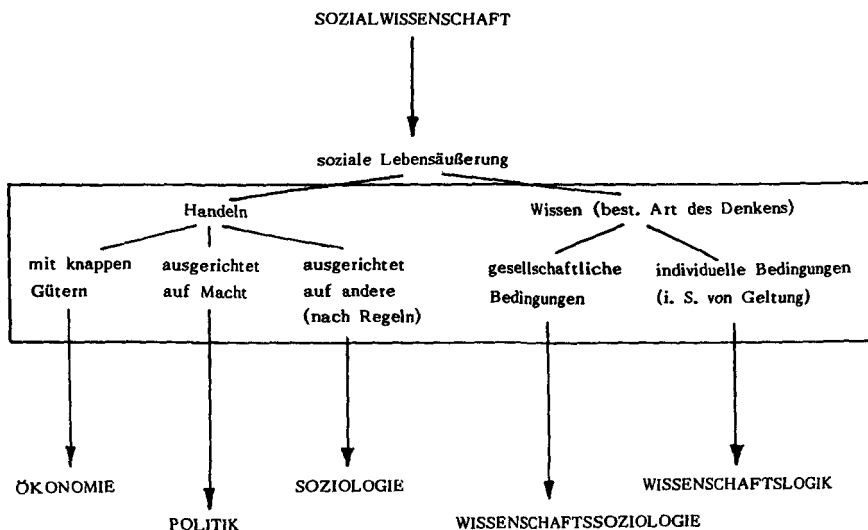
2. DER WISSENSCHAFTSBETRIEB

Genauso wie die hier ausgewählten Theorien auf die ihnen de facto zugrundeliegenden Theorieannahmen zurückgeführt werden können oder wie diese Annahmen auf die zugrundeliegenden metatheoretischen Voraussetzungen der Autoren zurückverfolgt werden können, so kann man noch einen Schritt weiter zurückgehen: Welche Voraussetzungen liegen den metatheoretischen Positionen der Autoren selbst zugrunde? Auf diese Frage muß als erstes festgestellt werden, daß diese Autoren aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer Bezugspersonen und der zu erwartenden Sanktionen und ihrer ökonomischen Lage Elemente eines großen Wissenschaftsbetriebes sind. Dieser Wissenschaftsbetrieb ist **arbeitsteilig organisiert**, d. h. jeder Sozialwissenschaftler ist nur für einen winzigen Ausschnitt des "Sozialen" zuständig. Seiner einzelwissenschaftlichen Arbeit sind also immer die Grenzen seiner Disziplin bzw. die disziplineigene Gegenstandsdefinition vorausgesetzt. Auch wenn diese Definitionen keineswegs eindeutig und allgemein akzeptiert sind, so stellen sie doch hier bereits mehr oder minder weitgehend die ersten Weichen der wissenschaftlichen Arbeit und ihrer Resultate.

Befragt man etwa den "Brockhaus" was unter den hier ausgewählten sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in aller Regel und ganz ungefähr verstanden wird, so erhält man folgendes Bild: Die Wirtschaftswissenschaften befassen sich mit "knappen Gütern" und versuchen Anweisungen für den "sparsamen Umgang" mit ihnen theoretisch vorzubereiten. Auch die Politikwissenschaft hat noch einen relativ konkreten Gegenstand, ihr geht es um jenen Teil des menschlichen Handelns, das "an Machtwerten ausgerichtet ist". Soziologie hingegen hat, wie im übrigen auch Dahrendorf feststellte, keinen eigentlichen Gegenstand. Sie thematisiert "Gesellschaft" allgemein und meint damit die "Regelmäßigkeiten" zwischen den Menschen; eng verbunden mit dieser Definition von Soziologie ist die Feststellung, daß sich die Menschen in ihrem Zusammenleben immer irgendwie aneinander"orientieren". Die Lehre von der Wissenschaft befaßt sich schließlich mit "Erkenntnissen", und zwar mit ihrer Vermehrung, Darstellung und Begründung. Als Unterdisziplinen dieser (sozial)wissenschaftlichen Einzeldisziplin befaßt sich die Wissenschaftssoziologie nur mit den sozialen Entstehungsbedingungen von Erkenntnissen, die Wissenschaftslogik nur mit den individuellen Geltungsbedingungen (Begründung) von Wissen. Mit dieser Einteilung der Wissenschaftsdisziplinen ist z. B. die Frage der Prüfung von Wissen einer anderen Disziplin (Ökonomie usw.) zugeordnet wie die Frage der Prüfbarkeit (Wissenschaftslogik), die Frage der Genese einer anderen Disziplin (Wissenschaftspsychologie, Wissenschaftssoziologie/-geschichte) wie die Frage der Geltung (Wissenschaftslogik) und die Frage der individuellen Genese wieder einer anderen (Wissenschaftspsychologie) wie der gesellschaftlichen Genese (Wissenschaftssoziologie/-geschichte).

Nimmt sich nun eine sozialwissenschaftliche Disziplin ein Thema vor, so beleuchtet sie von vornherein prinzipiell immer nur denjenigen Gegenstandsausschnitt, der durch ihre jeweilige disziplin-eigene Gegenstandsbegrenzung erfaßt ist. D. h. der betreffende Gegenstand wird durch den Wissenschaftsbetrieb wie von einem Seziermesser auf die jeweils handhabbare Form bzw. den jeweils üblichen Umfang zurechtgeschnitten. Die Schnittstellen sind von der Tradition bzw. Alltagspraxis des Wissenschaftsbetriebes vorweg festgelegt, verändern sich jedoch im Laufe der Zeit entsprechend den jeweils neu hinzukommenden Erkenntnissen über Zusammenhänge. Bevor das Seziermesser den Gegenstand erfaßt hat, ist der Gegenstand im Denken demgegenüber noch als Einheit existent: Sozialwissenschaften haben das Zusammenleben von Menschen in einem bestimmten Zeitraum und in einer bestimmten Region zum Gegenstand. Arbeiten, Essen, Wohnen, Diskutieren, Wählen, Kommunizieren, Streiten, Nachdenken, Erfahrungen sammeln und Beweisen sind letztlich nichts anderes als Lebensäußerungen vergesellschafteter Menschen.

Schema III: Aufspaltung des sozialwissenschaftlichen Gegenstandes in Einzelteile und -disziplinen



Diese fundamentalste aller aufgeführten Voraussetzungen für das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma ist freilich **nicht ganz unproblematisch**. Ohne hier schon in die Kritik des Paradigmas einsteigen zu wollen, sei nur soviel angedeutet: Die große Frage lautet, ob das Sezierschwert der einzelwissenschaftlichen Aufgabenteilung immer genau an der richtigen Stelle ansetzt, d. h. ob es wirklich alle relevanten Kausalzusammenhänge intakt läßt, so daß diese tatsächlich innerhalb einer der Disziplinen thematisiert und erkannt werden können. Aus praktischen Gründen ist zwar eine Aufteilung der Zuständigkeiten durchaus verständlich, die erkenntnistheoretisch entscheidende Frage richtet sich aber nach den wissenschaftlichen Implikationen und Konsequenzen einer solchen Aufteilung. Unproblematisch wäre eine solche Aufteilung, wenn eine gesamtsozialwissenschaftliche Fundamentaltheorie existieren würde, die auf einer sicheren Erfahrungsbasis ruht und die so die Verantwortung für die Adäquatheit der Schnittstellen übernehmen könnte. (60) Genauer: Für die Ansprüche des Falsifikationisten bzw. des Wissenschaftspluralisten müßte eine Vielfalt solcher sozialwissenschaftlicher Globaltheorien existieren, damit jede die andere auf jedem einzelwissenschaftlichen Gebiet prinzipiell falsifizieren könnte. Solche Überbrückungstheorien sind jedoch nicht in Sicht und werden auch wegen der Gefahr des Monismus nicht als wünschenswert erachtet. (61) Die Wahl der Schnittlinie wird also nach wie vor durch die mehr oder minder einheitliche Tradition des Wissenschaftsbetriebes bestimmt. (62)

An zwei Beispielen sei verdeutlicht, zu welchen Konsequenzen die einzelwissenschaftliche Gegenstandszerlegung führen kann: Im Bereich der Theorien über Gesellschaft (Theorien des Handelns) wird z. B. das Phänomen des Stresses (am Arbeitsplatz) ziemlich früh in unterschiedliche Disziplinen verwiesen, in die Soziologie (Rollenstreß) und in die Ökonomie (Arbeitsmarkt, Personalführung u. ä.). Prinzipiell kann zwar ein etwaiger Kausalzusammenhang zwischen einer bestimmten Situation am Arbeitsmarkt bzw. einer bestimmten Art der Personalführung und einem hohen Maß an Rollenstreß und weitergehend bestimmten psychosomatischen Erkrankungen von jeder der beteiligten Einzeldisziplinen (Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie, Arbeitsmedizin) zum Gegenstand ihrer Untersuchungen gemacht werden, aber die Grenze zwischen den Disziplinen wird praktisch als Hürde und theoretisch als theoriefreies Gebiet erfahren werden. Ein anderes Beispiel: Wenn die Frage der Genese von Wissen und die der Geltung von Wissen in unterschiedlichen Disziplinen thematisiert wird (Wissenschaftspsychologie/ -soziologie und Wissenschaftslogik), so wird gleichzeitig vorausgesetzt, daß es so etwas wie eine reine Logik gibt. Die Frage, ob Logik etwas Überhistorisches quasi Naturgesetzmäßiges ("vernünftige Festsetzung") ist, wie etwa die kritischen Rationalisten behaupten, oder ob sie teilweise oder ganz genauso ein Resultat von historischen Erfahrungen ist wie andere gesell-

schaftliche Regeln, wie etwa die Kritische Theorie behauptet, wird durch die obige Aufgabenteilung einer Beantwortung keineswegs näher gebracht. Adorno und Habermas haben im Zusammenhang mit dem "Positivismusstreit in der deutschen Soziologie" genau diese Trennungslinie kritisiert und z. B. die herrschende Trennung zwischen Tatsachen- und Werturteilen bzw. das Werturteilsfreiheitspostulat angegriffen. Habermas hat diese als logische Konsequenz geltende Trennung auf konkrete historische Umstände in der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt, auf Warenproduktion, Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert und auf die sich daraus ergebende Verdinglichung. (63)

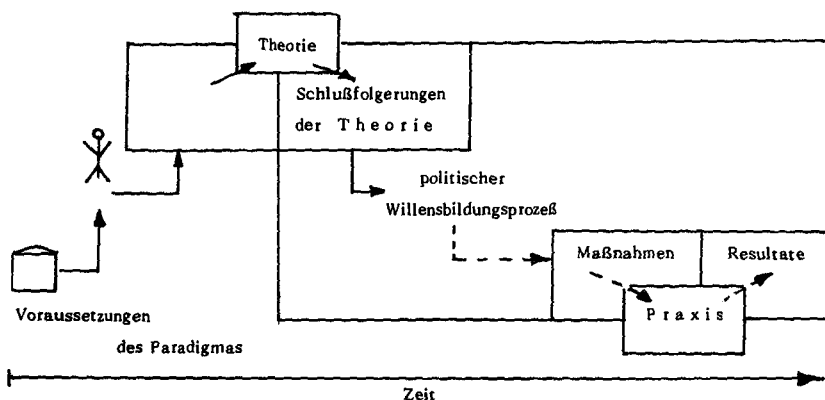
Fazit: Solange das begriffliche und damit das kausale Verhältnis der die sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen definierenden Gegenstandsausschnitte nicht geklärt ist (wirtschaftlich Handeln - politisch Handeln, Handeln - Denken usw.), präjudiziert die traditionell überkommene Gegenstandsauflösung bestimmte Urteile und Erkenntnisse über diese Gegenstände. Diese Aufteilung stellt auf alle Fälle eine der fundamentalsten Voraussetzungen für das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma und seine Theorien dar. Über deren Wahrheitsgehalt sei demgegenüber an dieser Stelle noch keinerlei Urteil gefällt (vgl. Teil D)

II. KONSEQUENZEN DES PARADIGMAS - DAS PARADIGMA ALS HANDLUNGS- MODELL

Theorien bestehen aus Annahmen und Schlußfolgerungen. Während bei ihrer Verwendung als Erklärungsmodelle konkrete Schlußfolgerungen logisch auf die Gesamtheit der Annahmen zurückgeführt werden, müssen bei ihrer Verwendung als Handlungsmodell die Annahmen als Handlungsvoraussetzungen und die Schlußfolgerungen als daraus resultierende Handlungskonsequenzen begriffen werden. Sozialwissenschaftliche Theorien werden so - praktisch gewendet - zu sozialtechnischen Mittel-Ziel-Zuordnungen. (64) Den Praktiker interessiert nun als erstes, ob die Ziele einer solchen Ziel-Mittel-Verknüpfung wünschenswert sind, als zweites fragt er dann nach den zu ihrer Realisierung erforderlichen Mitteln, also den konkreten sozialtechnischen Maßnahmen. Um die Anwendungswürdigkeit der Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien herauszufinden, also die Übereinstimmung der in ihnen behaupteten Schlußfolgerungen mit den gesellschaftlich gewünschten Zielen, müssen diese Theorien danach betragt werden, welche Schlußfolgerungen sich aus den jeweiligen Annahmeketten auf die sich im Gleichgewichtszustand befindlichen Individuen bzw. Gesellschaften ziehen lassen. M. a. W.: Welche Eigenschaften hat der Gleichgewichtszustand, was hat er den Individuen, was der Gesellschaft, anzubieten? Sollten diese Eigenschaften gesellschaftlich akzeptiert werden (politischer Willensbildungsprozeß), so brauchen die Menschen "nur noch" den Teil der

theoretischen Annahmen, den die Natur nicht eh schon gesetzt hat (also die Annahmen, die sich auf den Ausgleichsmechanismus und das Staatshandeln beziehen), auch praktisch zu realisieren. Und schon kommen die Gesellschaftsmitglieder in den Genuß dieser Eigenschaften des Gesamtsystems. (65)

Schema IV: Konsequenzen des Paradigmas (Fortsetzung von Schema II)



A. FREIHEITS- UND GLEICHHEITS-MAXIMUM FÜR DAS INDIVIDUUM

1. FREIHEITSMAXIMUM

Zu den Theorien über Gesellschaft

Im ökonomischen Anwendungsfall des Paradigmas (**Samuelson**) bedeutet Freiheit: Wahlfreiheit beim Konsum der knappen Güter. (66) Die ökonomische Gleichgewichtstheorie verspricht den Konsumenten nämlich, daß im Gleichgewichtszustand ihre Wünsche so gut wie nur irgend möglich erfüllt sind. Die Konsumenten sind also die einzigen Souveräne der Marktwirtschaft. Die Entscheidungen der Unternehmen sind demgegenüber genauso wie der Markt- und Preismechanismus selbst rein technische Mittel, die nur der Verwirklichung der Konsumentensouveränität dienen: Unternehmer haben keine eigenen Wünsche, und die Preise drücken nur das Verhältnis zwischen den natürlichen Knappheiten und den Wünschen der Konsumenten aus. Die Produktion und Verteilung der Güter einer Volkswirtschaft wird also einzig und allein von den Präferenzen der Konsumenten bestimmt, modifiziert lediglich durch die von der Natur selbst den Menschen aufgezwungenen Einschränkungen. Prinzipiell würde jegliche Art von staatlichem Eingriff diese Konsumfreiheit, die der

Markt garantiert, immer nur minimieren können. (67). Wenn sich die Wünsche der Konsumenten ändern, so erzeugt der Markt ein neues Gleichgewicht, in das diese neuen Präferenzen wiederum als einzige Determinanten (neben den Naturbedingungen) eingehen.

Auch im politischen Modell der liberalen und pluralistischen Demokratie von **Schumpeter und Fraenkel** beinhaltet der Ausgleichsmechanismus keinerlei Freiheits- bzw. willenseinschränkende Konsequenzen. Die Wahl-, Mehrheits- und Repräsentationsregeln sowie die Rahmenbedingungen der autonomen Gruppenbildung werden als technische Instrumente zur möglichst weitgehenden Realisierung der Individualwillen und der Individualinteressen begriffen. Die jeweiligen Resultate des Konkurrenzkampfes, die Verfassungen, Gesetze, Verordnungen und Exekutivakte werden von allen politischen Subjekten, ob Individuen oder Gruppen, als weitestgehend ihren persönlichen Vorstellungen entsprechende Problemlösungen angesehen, allerdings wiederum gebrochen durch das Grunderfordernis der Existenz von Herrschaft. (68)

Auch wenn man die Theorie **Gerhardts und Dahrendorfs** bezüglich ihrer Leistungen für das Individuum befragt, muß man feststellen, daß sie den Individuen ein Maximum an Freiheit verspricht, Freiheit verstanden als weitestgehende Möglichkeit wirklich individueller Sinn-, Bedürfnis- oder Zwecksetzungen, oder - in der Sprache der Rollentheorie - als Raum für maximale Rollendistanz. Für Dahrendorf z. B. ist das Konfliktprinzip der Realisierung von Freiheit wesentlich näher als beispielsweise das Konsensprinzip.

"Eine solche (konflikttheoretische, F. R.) Orientierung schließt den utopischen Gedanken des gleichgewichtig funktionierenden, stabilen Sozialsystems, der klassenlosen 'Gesellschaft', des Paradieses auf 'Erden' aus - und ist damit sowohl der Wirklichkeit der Gesellschaft als auch (auf der Ebene der politischen Theorie) der Idee der Freiheit näher als die Consensus-Theorie." (69)

Gerade die Tatsache, daß in modernen Gesellschaften, wo der Konflikt gesellschaftliches Grundprinzip ist, die Auseinandersetzungen nach festen Regeln erfolgen - z. B. Tarifstreit -, die von vornherein kalkulierbar sind, befreit das einzelne Individuum weitgehend von unvermittelten Schicksalsschlägen. Messelken kommt zu folgendem Resultat:

"Viele Ausführungen Dahrendorfs deuten darauf hin, daß er eine Art Kontinuum konstruieren möchte, das sich in seinen wichtigsten Punkten folgendermaßen angeben ließe: Der freien Austragung von Konflikten durch die gesellschaftlichen Handlungssubjekte entsprechen an dem einen Ende die freiheitlich verfaßte Gesellschaft; der vorsichtigen aber bestimmten Unterdrückung von Konflikten entspräche in der Mitte des Kontinuums die autoritär verfaßte Gesell-

schaft; der schonungslosen Abwürgung von Konflikten entspräche an dem anderen Ende die totalitär verfaßte Gesellschaft." (70)

Zu den Theorien über Theorien

Schließlich betonen auch die **Popperianer** die Möglichkeit und sogar die Notwendigkeit eines größtmöglichen intellektuellen Freiheitsraums für den einzelnen Forscher. Dies ist die Konsequenz des Falsifikationsprinzips selbst:

"Das fallibilistisch-pluralistische Erkenntnisprogramm empfiehlt, ja verlangt die Einführung neuer Theorien, die den herrschenden Standpunkten widersprechen und zwar ... selbst dann, wenn die alten Theorien noch nicht versagt haben oder sonstwie in Schwierigkeiten gekommen sind." (71)

D. h. die Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Diskussion müssen ebenfalls als nur formal eingreifende technische Instrumentarien begriffen werden und dürfen bzw. können die Inhalte der Einfälle der Forscherindividuen in keiner Weise einengen.

Zusammenfassung

Wenn eine Gesellschaft so organisiert ist, wie die Annahmen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas dies verlangen, so kann diese Gesellschaft sich darauf verlassen, daß die Voraussetzung eines maximalen individuellen Freiheitsraumes auch tatsächlich gesellschaftlich garantiert bleibt. D. h. die zwischenmenschlichen Prozesse in einer Konkurrenz-Gleichgewichts-Gesellschaft gewährleisten ein Maximum an Freiheit für jedes Individuum. Bei keinem der Autoren finden sich an zentraler Stelle irgendwelche Andeutungen darüber, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-Handeln vielleicht auch Tendenzen beinhalten könnte, die zur systematischen Zerstörung dieser Freiheitsannahme führen könnten: etwa daß irgendwelche ökonomischen Präferenzen oder wissenschaftliche Einfälle durch den Konkurrenzmechanismus selbst präferiert oder unterdrückt werden könnten.

2. GLEICHHEITSMAXIMUM

Zu den Theorien über Gesellschaft

Im Annahmenkatalog bezüglich der Marktverhältnisse, wie sie im ökonomischen Grundmodell **Samuelsons** dargestellt wurden, wird eine polypolistische Marktsituation vorausgesetzt, d. h. vollkommene Konkurrenz. Diese Annahme impliziert aber innerhalb des Modells eine Gleichbehandlung aller Individuen durch das Marktsystem. Die Gleichheit der Individuen in ihrem Verhältnis zum Marktsystem setzt voraus und drückt sich u. a. aus in gleichen Marktzugangschancen

und einem für alle gleichen Preis. Die Individuen können sich ökonomisch nur noch durch ihre Präferenzen und ihre Güterausstattungen, zu denen ja auch das individuelle Arbeitsvermögen zählt, unterscheiden.

"Beides bringen sie aber von außen mit herein. Im Rahmen des Marktes werden sie unabhängig davon formell gleich behandelt: Auf dem Markt ist der König gleich dem Arbeiter!" (72) "Der individuellen Gleichheit der Individuen widerspricht es nicht, wenn diese sich de facto im Allgemeinen Gleichgewicht in unterschiedlichen realen Positionen befinden, die sich in ungleichen Güterausstattungen ausdrücken. ... Wenn also z. B. ein Individuum als Güterausstattung stets nur sein Arbeitsvermögen, ein anderes hingegen darüberhinaus auch noch Produktionsmittel sachlicher Art (Kapitalgüter) besitzt, dann kann das einerseits dadurch erklärt werden, daß das Arbeitsvermögen des ersteren im Gegensatz zu dem des zweiten stets nur zum Erwerb lebensnotwendiger Konsumgüter ausgereicht hat, oder andererseits dadurch, daß das erste Individuum im Gegensatz zum zweiten eine sehr ausgeprägte Konsum- und dafür eine sehr schwache Spar- bzw. Zeitpräferenz entwickelt hat." (73) Das Allgemeine Gleichgewicht ist somit ein Zustand, in dem die allgemeine institutionelle Gleichheit nicht nur nicht verletzt, sondern im Gegenteil sogar garantiert ist. Eine wichtige Eigenschaft eines entsprechenden wirtschaftlichen Gleichgewichtssystems ist mithin die Garantie individueller Gleichheit, soweit es im Bereich der Organisation des ökonomischen Lebenssektors liegt.

Was die politische Theorie angeht, so haben **Schumpeter und Fraenkel** das Problem der Stabilität von politischer Gleichheit innerhalb des Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus nicht explizit thematisiert. Allerdings sind keinerlei Hinweise sichtbar, daß etwa durch die demokratische Methode aus inneren Gründen heraus politische Entscheidungen resultieren können oder müssen, die die Gleichheit der Wählerstimme aufheben oder wenigstens verzerren. Auch Fraenkel problematisiert nicht, ob der Gruppenpluralismus irgendwelche gleichheitszerstörenden Tendenzen beinhalten könnte. Allerdings muß bei ihm der Staat zwar darüber wachen, daß keine der konkurrierenden Gruppen langfristig zuviele Beteiligungschancen verliert, daß also "Waffengleichheit" gewährleistet bleibt (damit der gesellschaftliche Grundkonsens nicht in Gefahr gerät) (74), eine systematische Tendenz zu einer solchen Verzerrung der Chancengleichheit gibt es jedoch nach Fraenkel nicht. Unterschiede zwischen den Gruppen gibt es also für ihn offensichtlich nur bezüglich des Inhalts der Interessen, der persönlichen Einsatzbereitschaft für ihre Realisierung oder der biologisch-psychische Fähigkeit hierzu. Diese Unter-

schiede sind aber meiner Interpretation zufolge genauso politik-exogen, wie die Budgets bzw. Anfangsausstattungen der Marktsubjekte in der Ökonomie als marktexogene konzipiert waren.

Nun zur soziologischen Theorie **Gerhards und Dahrendorfs**. Die Mitglieder jeder Bezugsgruppe eines Rolleninhabers wachen darüber, daß die Sanktionen, die den Rolleninhaber treffen, "adäquat" sind, sich also an die "allgemeinen Gepflogenheiten" halten. (75) Die Gleichheit dieses Maßstabs garantiert die Gleichbehandlung der Inhaber gleichartiger Rollen und entspricht der Gleichgültigkeit der Preise in der Ökonomie gegenüber den "hinter" (Marx) den Waren stehenden Personen. Die Rollen selbst hat Gerhardt allerdings als ungleiche bezüglich ihrer Ausstattung mit Sanktionspotential konzipiert, ganz in Analogie zur Anfangsausstattung in der Ökonomie. Wie steht es nun mit der Herkunft dieser Ungleichheiten der Rollen? Wenn ich Gerhardt richtig verstehe, so ist diese soziologische "Anfangsausstattung" ähnlich exogen vorgegeben wie die Anfangsausstattung des homo oeconomicus. Herrschaft und Schichtung resultiert bei Gerhardt einmal aus der Natur des Menschen, zum anderen aus den diese Natur zum Ausdruck bringenden entsprechenden Abstraktionsprozessen: das Bedürfnis des Menschen, seine Umwelt in ein Oben und Unten zu gliedern. Ob jemand mehr über höher angesiedelte oder mehr über niedriger angesiedelte Rollen verfügt, hängt dann außer vom Zufall (Geburtsrollen) von den individuellen Zwecksetzungen ab. Das Rollenhandeln selbst erzeugt jedoch keine institutionellen Ungleichheiten. (76)

Zu dieser Exogenität sozialer Ungleichheiten treten noch spezielle soziale Prozesse, die geradezu egalisierend wirken. Solche Mechanismen liegen z. B. in der Existenz der verschiedenartigsten Konfliktbereiche, die Ungleichheiten systematisch wieder kompensieren, wie z. B. beim bekannten Unternehmer, der mit seinem Arbeiter im selben Sportverein ist und sich seinem im Betrieb Untergebenen im Sportverein als einfaches Mitglied selbst unterwerfen muß, weil der Arbeiter eben im Vorstand sitzt. (77) Für Dahrendorf heißt Gleichheit Chancengleichheit, analog zum gleichen Marktzugang in der Ökonomie. Jeder hat "unter den Bedingungen des freien Spiels der Konfliktkräfte" (78) die gleiche Gelegenheit, durch Leistungsbeweise in die herrschende Klasse aufgenommen zu werden. Ein anderer Einebnungsmechanismus, auf den Bühl besonders hinweist, ist das Reziprozitätsprinzip. Die Reziprozitätsnorm wirkt sich im Rahmen von sog. Aushandlungstheorien so aus, daß "der Mächtigere nicht unbedingt in der besseren Aushandlungsposition" (79) ist. "Der Vorteil liegt vielmehr gerade bei dem, der gebunden ist - und das ist oft der Schwächere." (80) Aufgrund der großen Zahl von Konflikten ergibt sich dann, wie beim ersten Mechanismus, ein Ausgleich zwischen Situationen, in denen man der stärkere bzw. schwächere Konfliktgegner ist. (81)

Zu den Theorien über Theorien

Wenn das Wachstum von Wissen schließlich nach dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell organisiert wird, so ist ebenfalls keinerlei Andeutung dafür ersichtlich, daß die konkurrierenden Forscher, Institute und Schulen durch den Ausgleichsmechanismus selbst, die deduktive Diskussion, irgendwelchen Bevorzugungen oder Benachteiligungen unterworfen sind. Popper und seine Schüler messen jeden wissenschaftlichen Beitrag ausschließlich an der für alle gültigen Logik, und Merton betont in seiner "Universalismusnorm" explizit, daß alle

"Wahrheitsansprüche unabhängig von ihrem Ursprung vorgängig gebildeten unpersönlichen Kriterien unterworfen werden müssen." (82)

Deshalb ist auch der freie Zugang zu allen wissenschaftlichen Arbeiten ein "funktionaler Imperativ" für Wissenschaft. Unterschiede in den Konkurrenzchancen sind nur als wissenschaftsexogene vorstellbar, etwa bedingt durch unterschiedliche Interessen oder Fähigkeiten.

Zusammenfassung

In keiner der ausgewählten Theorien finden sich irgendwelche Andeutungen für systematische Destabilisierungstendenzen innerhalb des Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus. Die für jedes Individuum vorausgesetzte Gleichheit beim Markt-, Politik-, Diskussionseintritt wird durch endogene Prozesse nicht zerstört, das Gesamtmodell bietet bei seiner Anwendung den Individuen mithin ein Maximum an Gleichheit bezüglich der ökonomischen, politischen, sozialen und intellektuellen Lebensmöglichkeiten. Alle Ungleichheiten sind entweder biologisch-psychisch bedingt oder Resultat einer bewußten Entscheidung der jeweiligen Individuen, etwa eines freiwilligen Verzichts auf Zukunftskonsum (Sparen für eigenen Betrieb) zugunsten von Gegenwartskonsum (z. B. Auto, Eigenheim) oder Resultat eines bewußten Verzichts auf politische Durchsetzungsmöglichkeiten (Engagement in der Diskussion, Organisation) zugunsten des Ausbaus der privaten Lebenssphäre (z. B. Hobby).

B. LEISTUNGS- UND RATIONALITÄTS-MAXIMUM FÜR DIE GESELLSCHAFT

Wird eine Gesellschaft konsequent nach dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell organisiert, so hat dies nicht nur für den Mikrobereich der Individuen und ihrer Handlungsräume und -möglichkeiten positive Konsequenzen. Auch die Makroebene der Gesamtgesellschaften, also z. B. ihr ökonomisches Niveau, ihre politischen, kulturellen und intellektuellen Standards, werden vom Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell höchst positiv beeinflusst.

1. LEISTUNGSMAXIMUM

Zu den Theorien über Gesellschaft

Die eigentlich faszinierendste Leistung des Marktes Samuelson ist seine unübertreffbare Koordinationsleistung. (83) Ohne irgendeinen mit politischer Gewalt ausgestatteten Planer, der die drei Grundfragen der Ökonomie (was, wie und für wen?) gemäß den Präferenzen der Individuen beantwortet und die entsprechenden Probleme löst, wird ein gesellschaftlicher Optimalzustand erreicht. Allein durch den Marktmechanismus werden die individuellen Handlungen in optimaler Art und Weise koordiniert. Inwiefern ist der durch die simultane Determination aller relevanten Preis- und Mengengrößen immer wieder "blitzschnell" entstehende Gleichgewichtszustand optimal?

"Der Ausstoß ist maximiert, die Faktoreinsätze sind minimiert; die Leute, die Äpfel wünschen, erhalten auch Äpfel und nicht Apfelsinen und so weiter. Von einem so leistungsfähigen Endpunkt aus können sie nicht jedem gleichzeitig mehr zukommen lassen. Sie können dem Hans nur das geben, was sie dem Fritz wegnehmen." (84)

Die Ökonomen sprechen angesichts dieser Bedeutung des Optimalitätsbegriffs von "Pareto-Optimalität": Kein Planer kann mit dem Rechenschieber eine andere Lösung als der Markt selbst hervorbringen, es sei denn, er nimmt einem etwas weg und gibt es dem anderen. Allerdings: Ein pareto-optimaler Zustand sagt noch nichts aus über die sonstige Leistungsfähigkeit einer Ökonomie, etwa hinsichtlich der technologischen Innovationen oder der Verteilungsgerechtigkeit. Diese Leistungen müssen nach Samuelson durch staatliche Korrekturen des Marktgeschehens erst "künstlich" hergestellt werden, wenn sie politisch gewollt werden. Es bleibt jedoch das große Verdienst des Marktmechanismus, daß er den allergrößten Teil der ökonomischen Koordinationsaufgaben in unübertrefflicher Weise löst. Durch die Verfolgung des puren Eigeninteresses kann so sein scheinbares Gegenteil, das Allgemeininteresse, optimiert werden.

Auch **Fraenkel** und **Schumpeter** rechnen damit, daß die Resultanten der Konkurrenzkämpfe, die jeweiligen politischen Entscheidungen, echten Gemeinwohlcharakter haben. Wenn alle Voraussetzungen des politischen Konkurrenz-Gleichgewichts-Modells realisiert sind, so entsteht ein Zustand,

"... der objektiv den Mindestanforderungen einer gerechten Sozialordnung entspricht und subjektiv von keiner maßgeblichen Gruppe als Vergewaltigung empfunden wird." (85)

Offensichtlich sehen alle politischen Subjekte ihren eigenen Willen im Gemeinwohl hinreichend repräsentiert, jedenfalls im Rahmen

der gegebenen Umstände. Daß die Gemeinwohllösung auch eine irgendwie gerechte sein soll, postuliert Fraenkel ebenfalls, wobei allerdings nicht klar ist, ob diese sich autonom herstellende Gerechtigkeit nicht dasselbe ist, das oben als vom Staat zu produzierende Chancengleichheit bzw. Waffengleichheit bezeichnet wurde. Angenommen Fraenkel meint hier mit "gerechter Sozialordnung" nicht die politische Chancengerechtigkeit im Konkurrenzkampf sondern irgendeine private Gerechtigkeit bezüglich der Möglichkeiten zur Lebensgestaltung, so geht die von Fraenkel formulierte Vorstellung über die Leistungsfähigkeit des demokratischen Pluralismus sogar noch über die von Samuelson hinaus. (86)

Dahrendorf und Gerhardt heben in ihren Ausführungen zur sozialen Rolle immer wieder hervor, daß nur mit ihrer Hilfe (und den zugeordneten Begriffen: Erwartung, Sanktion, Herrschaft) Gesellschaft überhaupt denkbar wird, daß also nur so die individuellen Sinn- und Zwecksetzungen auch vom Gegenüber verstanden werden, Kommunikation und Interaktion also funktionieren können. Insofern leistet das Rollenhandeln die Koordination der Individuen, ohne daß ein übergeordneter Koordinator (Befehlshaber) existieren müßte. Eine Gesellschaft, in der sich Interaktion also weitgehend von selbst steuert, bringt nach Gerhardt und Dahrendorf beständige Konflikte hervor.

Die freie Austragung dieser Konflikte gemäß dem skizzierten Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell bringt nach Dahrendorf neben der Koordinationsleistung noch eine weitere historische Leistung hervor: die kulturelle Produktivität von Konflikten, also, in der Sprache der Ökonomen, einen ständigen Innovationsimpuls. Die Potenzen der Geschichte ruhen nach Dahrendorf nämlich nicht in den Kollektiven sondern in den Individuen. (87) Nur die Individuen, die als wollende und handelnde Einheiten unmittelbar zu erfahren sind, erkennt er als Geschichts-Subjekt an, das Allgemeine der Gesellschaft dagegen ist ihm bloßes "nomen". "Alles, was die allein nach Freiheit strebenden Individuen nicht unmittelbar selber sind, sind, soweit es überhaupt Bezug zu ihnen hat, ihre Konstruktionen, mit denen sie sich besser zur Geltung zu bringen trachten. Ob es sich in solchen Konstruktionen um Werkzeug, Sprache oder Organisation handelt: sie können niemals von sich aus wirksam werden, sondern durch sie hindurch wirkt immer nur der individuelle Wille." (88) Individuelle Freiheit stellt demnach die besten Kontaktmöglichkeiten einer Gesellschaft mit ihren Potenzen her. Die Produktivität von Konflikten kann man sich nur so vorstellen, daß im Konflikt langfristig die bessere der zur Diskussion stehenden Lösungen realisiert wird und so das allgemeine kulturelle Niveau gehoben wird.

Übrigens: Auch diese Produktivitätseigenschaft macht die oben erwähnte Gleichheit der Individuen notwendig, "denn andernfalls wären nämlich die einen stets den anderen unterworfen, d. h. zu freier Konfliktaustragung könnte es

gar nicht kommen; und wo es doch zu Konflikt käme, spiegeln seine Ergebnisse nicht das Engagement wieder, mit dem sich die einzelnen Partner an ihm beteiligt haben, und könnten also auch nicht als Ausdruck der Realisierung der besten Potenzen aufgefaßt werden." (89)

An der amerikanischen Gesellschaft glaubt Dahrendorf die Produktivität des "demokratischen Klassenkampfes" (90) besonders gut beobachten zu können. Die in der Schärfe der Auseinandersetzungen zum Ausdruck kommende Vorherrschaft einer "experimentellen Gesinnung" oder "trial-and-error"-Einstellung bedeutet für Dahrendorf nichts geringeres als "angewandte Aufklärung" schlechthin. (91) Nur in einer solchen Gesellschaft bestimmt die individuelle Leistung von Personen oder Ideen den sozialen Ort des Einzelnen sowie die Realisierungschancen von Alternativvorstellungen für die Lösung von Problemen. (92) Die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, die durch die freie Konfliktaustragung charakterisiert ist, hat nach Auffassung Dahrendorfs bereits Immanuel Kant entdeckt:

"Ohne jene an sich zwar eben nicht liebenswürdigen Eigenschaften der Ungeselligkeit, woraus der Widerstand entspringt, ... würden in einem arkadischen Schäferleben alle Talente auf ewig in ihren Keimen verborgen bleiben: Die Menschen, gutartig wie die Schafe, die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat ... Dank sei also der Natur für die Unvertragsamkeit, für die mißgünstig wetteifernde Begierde zum Haben oder auch zum Herrschen. Ohne sie würden alle vortrefflichen Naturanlagen in der Menschheit ewig unentwickelt schlummern. Der Mensch will Eintracht; aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht." (93)

Zu den Theorien über Theorien

Schließlich sind auch die Wissenschaftstheoretiker der Auffassung, daß nur durch eine falsifikationistisch-pluralistische Organisation des Erkenntnisprozesses die im Menschen vorhandene Erkenntnismöglichkeiten sich optimal entfalten können. Erst wenn es wirklich viele und wirklich ernsthafte Gegner zu den herrschenden Auffassungen gibt, wenn sich die herrschenden Auffassungen ständig herausgefordert fühlen, wenn sie ständig von Falsifikationen bedroht werden, erst dann können sie ihre volle Kraft oder auch ihre volle Schwäche beweisen. Spinner bringt sein Modell des Erkenntnisfortschritts auf eine handliche Formel:

"Das fallibilistisch-pluralistische Erkenntnismodell macht es möglich, alle Teile unseres falliblen Wissens im Interesse der kritischen Erkenntnis und ihres Fortschritts in Bewegung zu setzen. Mehr können wir nicht tun, um den

Auch hier also der Anspruch wie schon bei Dahrendorf: Die Anwendung des Konkurrenzmodells/Konfliktmodells als dominierendes Handlungsmodell garantiert die optimale Entfaltung der menschlichen Leistungsfähigkeit.

Zusammenfassung

Wenn die Menschen ihren Umgang mit den von der Natur nur begrenzt zur Verfügung gestellten Mitteln (Güter, Herrschaft, Einfluß, Wissen) nach dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell organisieren, ist ihnen eine optimale Verteilung dieser Güter, eine zufriedenstellende und gerechte politische Ordnung, eine optimale kulturelle Entfaltung und eine unübertreffliche Förderung der Erkenntnisse sicher. Würden sie die Umwandlung und Verteilung der knappen Naturmittel dagegen kollektiv planen, so könnten diese Leistungsmaxima niemals erreicht werden.

2. RATIONALITÄTSMAXIMUM

Die ausgewählten Autoren versprechen eine weitere Konsequenz aus ihrem Handlungsmodell, die über den Anspruch der Leistungsfähigkeit im obigen Sinne (Effektivität) noch hinausgeht: die Rationalität bzw. Verstandes-/Vernunft-/Naturgemäßheit ihres gesellschaftlichen Ordnungskonzepts.

Zu den Theorien über Gesellschaft

Die Natürlichkeit des Allgemeinen Gleichgewichtszustandes zeigt sich schon am Preis, der bereits bei Adam Smith als "natürlicher" bezeichnet wurde und in der Preistheorie nichts anderes tut, als das Verhältnis von Markt-externen Bedürfnissen und Markt-externen Knappheiten an Güterausstattungen und Produktionsmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen. Daß der Gleichgewichtspreis für die Allgemeine Gleichgewichtstheorie "eine natürliche Größe ist, zeigt sich auch darin, daß er weder vom Willen des Käufers, noch von jenem des Verkäufers, noch von irgendeiner Vereinbarung zwischen beiden abhängt." (95) Dieselbe Auffassung verbirgt sich immer wieder hinter den bei Samuelson u. a. überall auftauchenden Termini "natürlich", "logisch", "vernünftig" versus "künstlich" etc. So ist für Samuelson das Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen

"... nicht nur ein ökonomisches Gesetz, sondern ein Gesetz der Logik." (96)

Oder mit anderen Worten über die ebenfalls freilich ziemlich schwache Annahme des Nutzenmaximierungsprinzips:

"Da das Disponieren über knappe Mittel vom Grundsatz größtmöglicher Zweckmäßigkeit getragen ist, muß als dessen Richt-

schnur das Rationalitätsprinzip bezeichnet werden. Dieses besitzt freilich nicht nur Gültigkeit bei der Herbeiführung des günstigsten Verhältnisses zwischen Aufwand an Gütern und erstrebtem Bedarfsdeckungserfolg, also im ökonomischen Bereich, sondern ist generelle Handlungsmaxime des vernunftbegabten Menschen schlechthin." (97)

Wenn nun z. B. Gewerkschaften in diesen Naturmechanismus eingreifen wollen, etwa durch

"... Begrenzung der Zahl der zu vermauernden Ziegel pro Tag, der Pinselbreite, zusätzlicher Arbeitskolonnen, Festlegung der Anzahl der zu bedienenden Webstühle und ähnliche Methoden der Arbeitsstreckung ..." (98)

so handelt es sich für Samuelson dabei jeweils um eine "künstliche Maßnahme", die offensichtlich den von Natur/Vernunft/Logik gebotenen nicht entspricht.

In der politikwissenschaftlichen Theorie gehen sowohl **Schumpeter** als auch **Fraenkel** davon aus, daß das von ihnen beschriebene politische Organisationsmodell der "menschlichen Natur" (99) entspricht. Daß Schumpeter beispielsweise seine demokratische Methode als natürliche Methode deklariert, die dem Wesen des Volks entspricht und vom "gesunden Menschenverstand" immer wieder bestätigt werden wird, wird an folgendem Zitat deutlich: Tatsache ist

"... daß in Wirklichkeit das Volk die Streitfragen weder stellt noch entscheidet, sondern daß diese Fragen, die sein Schicksal bestimmen, normalerweise für das Volk gestellt und entschieden werden." (100)

So wenig wie der homo oeconomicus Samuelsons von seinen Naturanlagen her in der Lage ist, die Hauptfragen des gesellschaftlichen Wirtschaftens gemeinschaftlich zu besprechen, zu entscheiden und die Lösungen zu realisieren, genausowenig ist der homo politicus Schumpeters und Fraenkels in der Lage, die politischen Hauptfragen selbst zu bewältigen. Wer an der klassischen Lehre der Demokratie festhält, die das Gemeinwohl durch das Volk selbst herausfinden lassen wollte und die das Gemeinwohl als Apriori-Größe ansah, verkennet die Menschennatur und verfehlt somit die von ihr geforderte politische Ordnung: die Konkurrenz einzelner um die Stimmen des Volkes (Schumpeter) und die Konkurrenz autonomer Gruppen um politischen Einfluß (Fraenkel).

Eine dem soziologischen Rollen- und Konfliktmodell nachgebildete gesellschaftliche Ordnung, eine Ordnung also, deren oberstes Prinzip darin besteht, ihren Konflikten freien Lauf zu lassen, führt nach **Dahrendorf** notwendigerweise zu einem zunehmenden Abbau von

zwischenmenschlicher Gewalt, zur immer besser funktionierenden Praxis des freiwilligen und friedlichen Interessenausgleichs. Die Verdrängung gewaltsamer Methoden und die Rationalisierung der Machtverteilung führt dazu, daß in Gesellschaften mit offener Konflikt austragung die einzelnen Konflikte im vornhinein kalkulierbar sind. (101) "Die Offenheit der Konflikte macht sie kalkulierbar: Übereinkünfte, Regelungen und Verbesserungen sind nur möglich, wenn genaue Kenntnisse über die eigene und des anderen Stärke vorliegen, um das soziale 'Ungleichgewicht' zu verhindern." (102) Erst solche größeren Ungleichgewichte bringen ja die Gefahr von Gewaltanwendungen im Gefolge von mehr oder minder abrupten Machtumverteilungen mit sich. Nebenbei bemerkt: In der Ökonomie beruht die Gleichgewichtigkeit der Nutzenverteilung u. a. ebenfalls auf der als Markttransparenz bezeichneten Kalkulierbarkeit der Handlungskonsequenzen, z. B. einer Transaktion. Im Modell sind die Wirtschaftssubjekte über sämtliche Güter des Marktes und die dazugehörigen Preise informiert, und das hat zur Folge, daß plötzliche größere und daher reibungsvolle Nutzenumverteilungen - wie z. B. der Monopolprofit beim unvollkommenen Wettbewerb - unmöglich werden.

Gewaltlosigkeit und Kalkulierbarkeit als Attribute von Rationalität sind nun naturnotwendige Eigenschaften für gesellschaftliche Organisationsstrukturen, weil wir in einer Welt der prinzipiellen Unge-
wißheit leben.

"Wir wissen nicht, wie eine ideale Gesellschaftsordnung aussieht - und wenn wir es zu wissen meinen, dann hat unser Nachbar eine ganz andere Vorstellung. Weil es keine Gewißheit gibt (die, per definitionem, von allen Menschen in einer Situation geteilt wird), muß es Zwang geben, um ein lebensmögliches Minimum an Zusammenhalt zu gewährleisten. Weil wir nicht alle Antworten kennen, muß es ständigen Konflikt über Werte und politische Ideen geben. Wegen der Unge-
wißheit gibt es ständig Wandel und Entwicklung. Das Konfliktmodell ist wesentlich nicht-utopisch; es ist das Modell der offenen Gesellschaft." (103)

Die Rationalität der Konfliktgesellschaft erhebt nach Dahrendorf sogar einen Alleinvertretungsanspruch für Rationalität überhaupt:

"Von den drei Einstellungen zu sozialen Konflikten, die sich bei einzelnen wie bei Gruppen und ganzen Gesellschaften finden, ist nur eine rational, d. h. den sozialen Gesetzmäßigkeiten von Konflikten angemessen". (104)

Nur dieser Weg entspricht "der Natur der Sache" (105). Die Sache ist die Gesellschaft, deren Natur ihr fundamentaler Konfliktcharakter. Wer etwas anderes behauptet, verwechselt den gesunden Gesellschaftszustand mit dem kranken, den natürlichen mit dem unnatür-

lichen:

"Jede 'gesunde', selbstgewisse und dynamische Gesellschaft kennt und anerkennt Konflikte in ihrer Struktur; denn deren Leugnung hat ebenso schwerwiegende Folgen für die Gesellschaft wie die Verdrängung seelischer Konflikte für den Einzelnen." (106)

Zu den Theorien über Theorien

Auch die Wissenschaftslogik **Poppers** und seiner Schüler beansprucht für sich einen Alleinvertretungsanspruch für Rationalität. Da ihr Erkenntnismodell angeblich in letzter Instanz auf nichts anderem als auf Logik gründet und da Logik etwas Überhistorisch-Natürliches ist, kann es für diese Schule keinen anderen Weg zur Erkenntnis geben.

"Die Poppersche Konzeption eines fallibilistischen Kritizismus zeigt, daß eine Philosophie ohne Dogmen möglich und praktikierbar ist, und daß kritisch-rationale Erkenntnis nicht nur eine mögliche, sondern die beste, die fortschrittfähigste Art von Erkenntnis verkörpert. Es kann nun ... keine rationale Entschuldigung mehr für erkenntnistheoretischen Dogmatismus und Irrationalismus geben." (107)

Damit sind alle erkenntnistheoretischen Modelle, die sich nicht dem Kritischen-Rationalismus Poppers verpflichtet fühlen - etwa die materialistische, die strukturalistische oder die dialektische bzw. kritische Theorie - als irrationale Modelle charakterisiert, die aber nach **Spinner** und **Feyerabend** dennoch weiterentwickelt werden sollen, um dem falsifikationistisch-pluralistischen Modell immer wieder und immer bessere Gelegenheiten für einen Sieg über sie im Konkurrenzkampf der Schulen zu ermöglichen. (108)

Zusammenfassung

Wählt eine Gesellschaft das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma als Handlungs- bzw. Organisationsprinzip ihrer Ökonomie, ihres Staates, ihrer sozialen Alltagsbeziehungen und ihres Wissenschaftsbetriebes, so kann diese Gesellschaft gewiß sein, daß sie eine optimale Annäherung an die von der Natur bzw. der Vernunft vorgesehene Ordnung realisiert: Menschliche Bedürfnisse und natürliche Knappheiten werden unübertrefflich koordiniert, der freie Willen des Menschen und die sich aus dem Zwang des Zusammenlebens ergebende Notwendigkeit von Herrschaft wird zur relativ besten Zufriedenheit aller vermittelt, der Wunsch des Menschen nach einem Leben nach eigenen Zwecken wird mit dem Erfordernis der zwischenmenschlichen Kommunikation und Verlässlichkeit in Einklang gebracht, wobei die menschlichen Potenzen sich maximal produktiv entfalten

können und die Knappheit an Wissen in einer unübertrefflichen Art und Weise überwunden wird.

Daß eine solche Gesellschaft der freien Konflikt- bzw. Konkurrenzaustragung Naturcharakter hat, hat Coser in einem sehr deutlichen Zitat zum Ausdruck gebracht:

"Die bemerkenswert treffende Feststellung, die ein Naturwissenschaftler kürzlich über die Funktion von Erdbeben getroffen hat, könnte auch für die Funktion des Konflikts in Betracht kommen: 'Ein Erdbeben ist nichts Anomales. Eine unerschütterbare Erde wäre eine tote Erde. Durch Beben erhält die Erde ihr Gleichgewicht.'" (109)

Der Gleichgewichtszustand ist jener Zustand, dem Natur und Gesellschaft über alle Hindernisse hinweg langfristig immer zustreben und dabei kleinere und größere Wandlungen in den Natur- und Gesellschaftsformen hervorbringen. Deshalb kann der Konkurrenz- und Gleichgewichtsgedanke mit gutem Grund als ein fundamentaler und überhistorischer Begriff der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung der herrschenden Wissenschaften angesehen werden. Wofür im Mittelalter Gott erhalten mußte, im Frühliberalismus die Natur und der Weltgeist, das soll in den untersuchten Theorien der Gleichgewichtsbegriff leisten: Die Möglichkeit von Gesellschaft erklären.

Mit dem Gleichgewichtssystem ist also ein Ordnungsprinzip für Gesellschaft gegeben, das den Menschen maximale Selbstentfaltung ohne unnötige, d. h. gesellschaftliche, Restriktionen bietet; das die Menschen nicht mehr systematisch einseitig privilegiert, sondern sie so behandelt, daß zu ihren natürlichen Unterschieden keine gesellschaftlichen mehr hinzutreten; das der Gesellschaft zur besten Entfaltung ihrer Kräfte verhilft und das so eigentlich so natürlich wie die Natur selbst ist. Und weil die Natur nicht unvernünftig sein kann, darf diese Konkurrenzordnung mit Fug und Recht als rationale bezeichnet werden. Was W. Vogt für die ökonomische Gleichgewichtstheorie festgestellt hat, das läßt sich nun für das gesamte Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma behaupten: Dieses Paradigma und insbesondere der Gleichgewichtszustand "ist gleichsam eine Frucht der Natur, welche diese spendet, wenn man sie daran nicht hindert. Man brauche die Natur vielmehr in den menschlichen Angelegenheiten bloß ungehindert ihr Werk tun lassen, damit sich ihre Absichten verwirklichen und so alles zum besten verlaufe. Indem sich aber letztlich Natur verwirklicht, hat Geschichte in diesem Sinne aufgehört: Sie hat in der Rückkehr zur Logik der Natur ihren in epochalen Umwegen verloren gegangenen Sinn wiedergefunden. In der Befreiung der Natur von der Geschichte durch einen letzten historischen Akt, wie er sich in der bürgerlichen Revolution vollzogen hat, erfüllt und vollendet sich Geschichte." (110)

III. ZUSAMMENFASSUNG DER STRUKTUR DES PARADIGMAS ALS HANDLUNGS- UND ERKLÄRUNGSMODELL

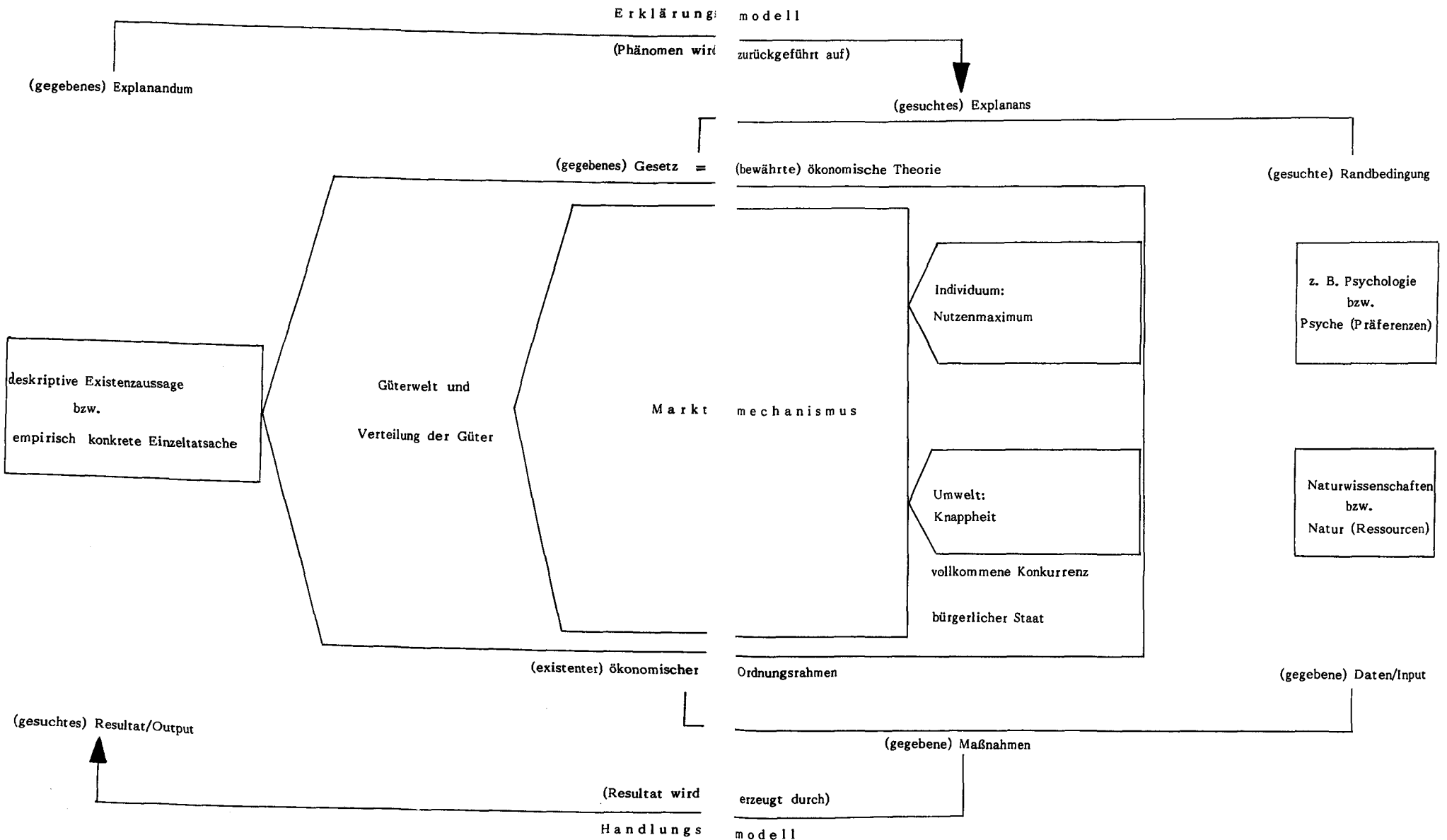
Ausgehend von der ökonomischen Variante des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas sei im folgenden die **abstrakte Gesamtstruktur** des Paradigmas zusammengefaßt. Dabei sollen die beiden Anwendungsmöglichkeiten von Theorien/Modellen/Paradigmen, nämlich als **Handlungsmodell** (technische Verwendung) und als **Erklärungsmodell** (wissenschaftliche Verwendung) parallel zueinander formuliert werden. Zu unterscheiden ist jeweils besonders, welche Faktoren/Begriffe theorie/modell/paradigma-intern sind und welche extern. Die nachfolgende zusammenfassende Skizze versteht sich als Hypothesensystem, das durch die vorausgehenden Zitate und Überlegungen meiner Meinung nach begründet ist, jedoch noch intensiver auf seine Haltbarkeit hin getestet werden müßte.

Aus der Gesamtheit der Dimensionen und Aspekte menschlichen Zusammenwirkens wählt die Wirtschaftstheorie aufgrund der traditionell entstandenen Arbeitsteilung unter den Sozialwissenschaften jenes Zusammenwirken der Menschen aus, das die Entscheidungen über die Verwendung knapper Güter zum Gegenstand hat. Wählen die Menschen eine marktwirtschaftliche Organisationsform ihrer Wirtschaft und realisieren die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen (Annahmen über den ökonomischen Ausgleichsmechanismus und den Staat), so gestaltet sich das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt bzw. Mensch und Mensch wie folgt: Was jeweils produziert und konsumiert wird und wie dies auf die Wirtschaftssubjekte aufgeteilt wird, ist in letzter Instanz nichts anderes als die kausale Folge der Konsumwünsche der Menschen (Präferenzen) einerseits, und der von der Natur gesetzten Konsumschränken (Knappheitsverhältnisse) andererseits. Präferenzen und Knappheiten wirken als Input in den Marktmechanismus und werden dort durch simultane und wechselseitige Determinationsprozesse (Mengen und Preise) verarbeitet. Ergebnis (Output) dieser Verarbeitungsprozesse ist die Welt der konkreten Konsumgüter einer Gesellschaft sowie deren konkrete Verteilung auf ihre Mitglieder.

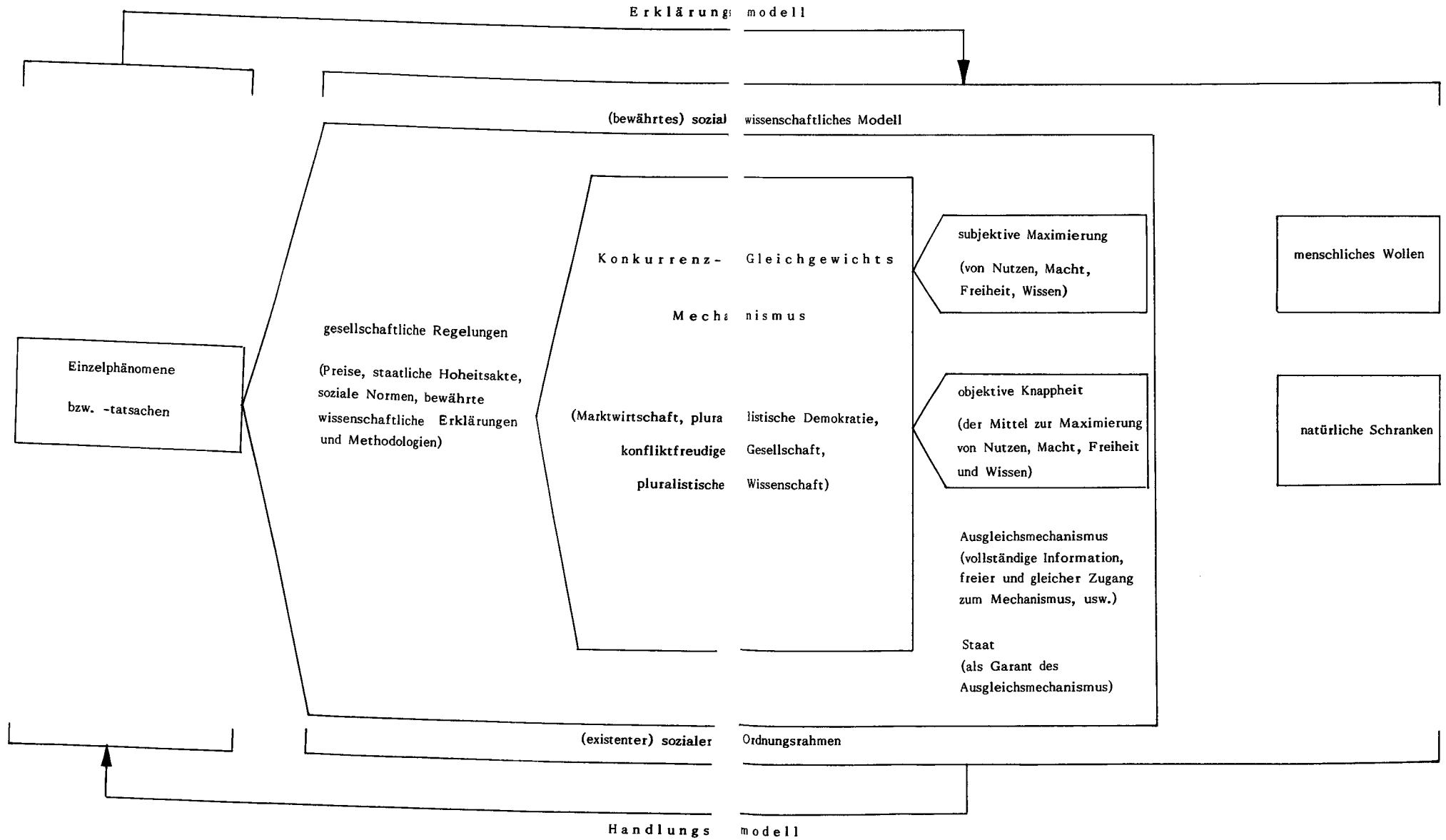
Wie muß dieser Zusammenhang formuliert werden, wenn er als **Erklärungsmodell** verwendet werden soll? Einer der gebräuchlichsten Erklärungsbegriffe ist der von Carl G. Hempel (111). Danach muß das zu erklärende Phänomen aus mindestens einer bewährten nomologischen Hypothese und mindestens einer singulären Aussage über Randbedingungen abgeleitet werden. Ein beliebiges Phänomen aus der realen Güterwelt sei das Explanandum des Erklärungsmodells, die marktwirtschaftliche Ordnung als nomologische Hypothese, die Präferenzen und Knappheiten als Randbedingungen interpretiert. Das

Schema V: Die ökonomische Paradigmavariation

als Erklärungs- und Handlungsmodell



Schema VI: Das Gesamtparadigma als Erklärungs- und Handlungsmodell



zu erklärende Phänomen wird nun in diesem Erklärungsmodell auf die marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten einerseits und die Präferenzen plus Knappheiten andererseits zurückgeführt. Präferenzen und Knappheiten werden dabei als letzte Instanzen, als Ursachen betrachtet, die ihrerseits erst wieder im Rahmen anderer sozial- bzw. naturwissenschaftlicher Disziplinen und deren Theorien erklärt werden können.

Und als Handlungsmodell formuliert: Wenn die Menschen die Vorteile der Marktökonomie wünschen, müssen sie zur Erreichung dieses Ziels die erforderlichen Bedingungen, soweit sie die Natur nicht selbst schon hergestellt hat, "künstlich" herstellen. Sollten sie dann ein bestimmtes Phänomen innerhalb der Marktökonomie wünschen, so brauchen sie dies nur - sofern die Natur es zuläßt - auf ihre Präferenzen zu setzen.

Das umseitige Strukturschema geht von den eingangs (S. 64 und S. 91) entwickelten Strukturskizzen aus, legt aber das Erklärungsmodell und das Handlungsmodell nun zu einem einzigen Strukturbild zusammen.

Zur besseren Verständlichkeit nun ein Beispiel. Zunächst zum Erklärungsmodell: Gegeben sei das Phänomen auffallend zunehmender Fahrradverkäufe, gesucht sei der Grund, aus dem heraus das Phänomen verständlich wird. Die Antwort des Samuelson'schen Erklärungsmodells müßte lauten: weil erstens in einer Marktwirtschaft nur das produziert und verkauft wird, was gewollt wird (nomologische Hypothese) und weil zweitens viele Menschen zur Zeit Fahrräder (Randbedingung) wollen. Und ein Beispiel für die Verwendung als Handlungsmodell: Gegeben sei erstens: der Input, daß die Ölvorräte auf der Erde zur Neige gehen, und zweitens der Mechanismus, daß in einer Marktwirtschaft bei Verknappung eines Gutes die Preise steigen. Gesucht sei das zu erwartende Resultat. Die Antwort lautet: Die Menschen steigen vom Auto auf das Fahrrad um. (112) Im Rahmen des Handlungsmodells könnte man nun weiter fragen, durch welche zusätzlichen Inputs dieses Phänomen (des Fahrradbooms) noch gefördert werden kann: Aufklärung/Werbung, Preis-subventionierung usw.

In einem letzten Schritt soll nun die Zusammenfassung des Paradigmas auf die anderen Anwendungsvarianten ausgedehnt werden. Ersetzt man die ökonomischen Präferenzen durch die entsprechenden Begriffe der anderen Varianten (Wille, Zwecksetzung, Wissensdrang), die Güterknappheiten durch die Knappheit an Macht/Herrschaft, an Freiheit und an wirklichem Wissen, und den Marktmechanismus durch den demokratisch-pluralistischen Willensbildungsmechanismus, das konfliktorische Rollen- und Gruppenhandeln und die demokratisch-pluralistische Wissenschaftsdiskussion, so erhält man obige Gesamtstruktur des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als Erklärungs- und Handlungsmodell.

Als **abschließendes Fazit** der synchronen Paradigmaanalyse kann meiner Meinung nach festgestellt werden: Für die Mitglieder dieser Wissenschaftlergemeinschaft besteht die Welt zu allererst aus Individuen. Diese Individuen haben bestimmte Ziele, die sie maximieren wollen. Die Mittel jedoch, die ihnen die Welt zur Verfügung stellt, sind begrenzt. Der Inhalt dieser Ziele der Individuen wird außerhalb des von den Paradigmavertretern ausgewählten Untersuchungsbereichs in einem anderen Seinsbereich des menschlichen Lebens festgelegt, kann also innerhalb des Paradigmas nicht erklärt werden. Aus dem Gegensatz zwischen Maximierung und Knappheit resultieren alle folgenden Konkurrenzphänomene: Konkurrenz im Individuum, zwischen den Individuen, zwischen den Gruppen. Auf diesen Ebenen findet der Ausgleich des zugrundeliegenden Fundamentalgegensatzes statt. Theoretisches Resultat ist die ubiquitäre Gleichgewichtsbildung, letztlisches kausales Fundament dieser Gleichgewichtsbildungen der verschiedenen Ebenen ist gemäß des individualistischen Ausgangspunktes dieses Denkens das individualistischste aller Konkurrenz- und Gleichgewichts-Verhältnisse das individuelle psychische Gleichgewicht. Damit die Gesamtheit dieser simultanen Prozesse überhaupt möglich ist, sind bestimmte Rahmenbedingungen erforderlich: bezüglich des Ausgleichsmechanismus z. B. vollständige Information, freier und gleicher Zugang zum Konkurrenzkampf, sowie - je nach den gewählten einzeldisziplinären Gesellschaftsausschnitten (Substrat der Theorien) - spezielle Institutionen zur Vermittlung und Regelung der Gegensätze wie Geld, Wahlen, Kongresse. Der Staat ist allein zur Garantie dieser Funktionsbedingungen da. Schließlich gibt es bei jedem der Theoretiker noch einen mehr oder weniger großen Bereich des Fundamentalkonsens, also von höchsten Wertüberzeugungen (Menschenrechte etc.), die der Konkurrenz entzogen sind. Aus der Gesamtheit dieser Kategorien konstituiert sich im Verständnis des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas das Fundament der gesellschaftlichen Realität. Diese Realität wird als relativ stabile und dennoch höchst entwicklungsfreudig-dynamische gedacht. Und vor allem: Dadurch, daß die Wünsche des Individuums den zentralen Ausgangspunkt des Modells bilden, glauben die Paradigmavertreter, daß auch die Resultate des Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus, also die gesamte gesellschaftlich-historische Realität, nichts anderes als eine größtmögliche Verwirklichung dieser Wünsche der Individuen darstellen kann. Vom Paradies trennt diese Individuen nur, daß die Natur nicht mitspielt.

EXKURS ZUR MATHEMATISCHEN VARIANTE DES PARADIGMAS: DIE SPIELTHEORIE

Im Jahre 1928 erschien in den "Mathematischen Annalen" ein Aufsatz des Mathematikers John v. Neumann, der sich folgende Aufgabe vorgenommen hat:

"Spieler, $S_1, S_2, \dots, S_n$, spielen ein Gesellschaftsspiel G . Wie muß einer dieser, S_m , spielen, um dabei ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen? Die Fragestellung ist allgemein bekannt, und es gibt wohl keine Frage des täglichen Lebens, in die dieses Problem nicht hineinspielt." (113)

Solche Gesellschaftsspiele sind nach Neumann also nicht nur echte Spiele wie Knobeln, Schach, Pokern etc., sondern solche Gesellschaftsspiele kommen auch im täglichen Zusammenleben der Menschen real vor. Gekennzeichnet sind die Gesellschaftsspiele dadurch, daß das "Schicksal" eines jeden Spielers bzw. Menschen nicht nur von seinen eigenen Handlungen, sondern auch von den Handlungen der Mitspieler bzw. Mitmenschen abhängt. Die Frage danach, wie sich der Spieler bzw. Mensch in einer solchen Situation verhalten soll, markiert die Geburtsstunde einer neuen mathematischen Disziplin, der Spieltheorie. Diese Mathematische Theorie beansprucht zum einen, allgemein anwendbar zu sein, und sie wird zum andern auch in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen - Ökonomie, Politik oder Soziologie - als Hilfsmittel eingesetzt. (114) Insofern muß die Spieltheorie ebenfalls als Theorie über Soziales im weitesten Sinn des Wortes aufgefaßt werden.

Gegenstand, Absicht, Methode

Gegenstand der Spieltheorie ist also das wechselseitig sich beeinflussende Verhalten einer Anzahl von Menschen. Als alleiniges Motiv für dieses Verhalten nennt Neumann den Egoismus dieser Individuen, ihr Bestreben, ihren Nutzen zu maximieren. "Nutzen" wird dabei der Einfachheit halber stets als Geldauszahlung am Ende jeder Partie verstanden. Nutzen ist somit sowohl etwas Quantifizierbares als auch etwas interpersonell Übertragbares (115).

Im Fall der Anwendung der Spieltheorie auf konkrete soziale Sachverhalte wird es jedoch schwieriger. Schon bei einem einfachen ökonomischen Kaufakt oder bei politischen Verhandlungen spielt nicht nur Nutzen in Geldform eine Rolle, sondern die Nutzenobjekte

können die verschiedensten Gestalten, z. B. Gebrauchsgüter oder Vertragsparagrafen, annehmen. Für die Spieltheorie bedeutet dies, daß sie über einen allgemeinen Nutzenbegriff verfügen muß, der sowohl quantifizierbar als auch interpersonell übertragbar sein muß. Es muß also möglich sein, von mehr oder weniger Nutzen (für einen bestimmten Spieler A) zu sprechen, und es muß genauso möglich sein, Nutzen von Spieler A auf Spieler B zu übertragen. Daß beides möglich ist, wird von Neumann/Morgenstern schlichtweg vorausgesetzt (116), die Begründung beider Möglichkeiten ist ihrer Gegenstandsbegrenzung entsprechend Sache der Mikroökonomie, und zwar der Grenznutzentheorie (117).

Während sich in diesem ersten spieltheoretischen Aufsatz an diese Gegenstandsbestimmung die Aufzählung der mathematischen Axiome und Deduktionen unmittelbar anschließt, äußert sich Neumann in seinem zusammen mit Morgenstern verfaßten und 1943 erschienenen Gesamtwerk (118) explizit zur Methode der Spieltheorie. Danach ist es Aufgabe der Spieltheorie, diesen so abgegrenzten Gegenstand möglichst "exakt" zu beschreiben. (119) Dabei sollen "einige allgemein bekannte Erfahrungen über das menschliche Verhalten (ausgenutzt werden), die von selbst auf eine **mathematische Behandlung** führen ..." (120). Mathematik wird als Methode begriffen, die prinzipiell auf jede Art von Gegenstand anwendbar ist, wenn auch die Formen der Anwendung bzw. die Bereiche der Mathematik dabei wechseln.

Befragt man ein Einführungsbuch (121) in die mathematische Spieltheorie danach, was Mathematik eigentlich ist, so wird man zu allererst darauf verwiesen, daß sich Mathematik mit Formen, nicht mit dem Wesen von Gegenständen befaßt. Wird z. B. ein kegelförmiger Gegenstand zum Objekt der mathematischen Methode, so wird von einer Fülle von Eigenschaften, die dieser Kegel hat, abstrahiert. So wird z. B. abgesehen sowohl von den Entstehungsbedingungen dieses Kegels (z. B. durch Drechslerarbeit) und seinem Verwendungszusammenhang (z. B. als Kinderspielzeug), als auch von seinen physikalischen Eigenschaften (z. B. Material, Gewicht, Volumen). Den Mathematiker interessiert nur mehr die pure Form, die Gestalt, das Äußere. Das hat zur Folge, daß vom Standpunkt der Mathematik aus ein Kegel prinzipiell dasselbe ist wie eine Formel, die das Äußere dieses Kegels darstellt. Beides, die Form des Kegels und die Formel, die diese Form als Zahlen (innerhalb eines Koordinatensystems) ausdrückt, ist "gleichgestaltet" bzw. "isomorph", sie haben dieselbe "Struktur".

Die Mathematik verwandelt nun diese Strukturen in die Sprache der Mathematik, formuliert "**Axiome**" über diese Strukturen. (122) Unter "Axiom" versteht die moderne Mathematik eine prinzipiell

willkürliche Feststellung über einen Strukturaspekt, deren Brauchbarkeit für die Gewinnung weiterer Erkenntnisse sich im Laufe der Arbeit mit diesen Axiomen erst erweisen muß. Mathematik hat es also mit Strukturen zu tun, eine mathematische Theorie des Spiels interessiert sich demnach einzig und allein für die Strukturen eines Spiels. Daß Gesellschaftsspiele Strukturen haben, ist für die Vertreter der mathematischen Spieltheorie daraus ersichtlich, daß sie - für jeden beobachtbar - durch feste Regeln geordnet sind, im Gegensatz etwa zu Nachahmungsspielen, die von "intuitiven Gefühlen" bestimmt werden. Fazit: Die Spieltheorie will das Aufeinanderwirken des Handelns mehrerer Individuen einer Strukturanalyse unterziehen.

Die Axiome des Spiels beinhalten zunächst eine exakte Definition des Spiels, indem sie ein Axiomensystem seiner Struktureigenschaften angeben. Jedes Spiel hat danach eine bestimmte Länge, eine bestimmte Menge von Partien, eine bestimmte Vorschrift für die Auszahlung an einen Gewinner nach Abschluß einer solchen Partie, einen bestimmten nach einer Partie möglichen und den tatsächlichen Informationsstand der jeweiligen Spieler wie auch des Schiedsrichters u. a. m. Die Gesamtheit dieser Axiome für ein konkretes Spiel stellen die Spielregeln für dieses Spiel dar.

Die Leistung der Axiomatisierung liegt nach Neumann/Morgenstern darin, daß im Laufe der Umformulierung des Intuitiv-Empirischen in Exakt-Deduktives die

"Unschärfen nach und nach eingeschränkt wurden, die 'Zwielichtzone' schrittweise reduziert und schließlich eine präzise Formulierung erreicht wurde." (123)

Was die Gegenstände betrifft, die durch die Axiome von Neumann/Morgenstern so präzise formuliert worden sind, so handelt es sich nach deren Aussagen um vorwiegend "psychologische Phänomene". Neumann/Morgenstern glauben, daß ihr Axiomensystem

"als Beweis für die Richtigkeit einer viel bestrittenen Behauptung dienen kann: daß es möglich ist, menschliche Handlungen, die hauptsächlich auf psychologischen Momenten beruhen, mathematisch zu untersuchen." (124)

Die Vertreter der Spieltheorie glauben, etwas ähnlich Bahnbrechendes geschaffen zu haben wie seinerzeit Newton mit seiner Mechanik. Diese Bedeutung liegt im Nachweis, daß es möglich ist, über Vorgänge, die aus der Willensfreiheit des Menschen resultieren, mathematische Aussagen zu machen. Vor der Entwicklung der Spieltheorie war man ihrer Meinung nach davon ausgegangen, daß nur die materielle Welt sich mathematisch erfassen läßt. (125)

Abfolge der Begriffe

Im Anschluß an diese axiomatische Definition des Spiels im allgemeinen diskutieren Neumann/Morgenstern nun die verschiedenen **Varianten des Spiels**. Spiele werden zum einen unterschieden nach der Anzahl der Spieler, zum andern danach, ob die zu gewinnende Summe von vornherein feststeht oder durch den konkreten Spielverlauf noch zu beeinflussen ist. Beginnend also mit der einfachsten Variante, dem Zweipersonen-Spiel mit vorgegebener Gewinnsumme, wird nun mithilfe des dargelegten Axiomen-Systems versucht, bestimmte Fragen über das Spielerverhalten zu beantworten. D. h.: Aus den Axiomen werden mithilfe logischer Schlußregeln Sätze über das Spielerverhalten abgeleitet. Diese Sätze sollen etwa folgende Fragen beantworten: Wie plant jeder Spieler sein Vorgehen? Über welche Informationen verfügen die einzelnen Spieler zu jedem Zeitpunkt des Spiels? Wie verhält sich ein Spieler, der die Strategie des Gegenspielers herausbekommen hat? Wann ist Zusammenarbeit zwischen Spielern möglich? Die zentrale Frage lautet schließlich: Wie schaut die optimale Gewinnstrategie jedes Spielers aus? Im Zweipersonen-Nullsummen-Spiel (126), bei dem der eine Spieler nur soviel gewinnen kann wie der andere verliert, sind die Interessen der Spieler einander diametral entgegengesetzt. Eines der einfachsten Beispiele für solche Spiele ist das Knobeln: Zwei Spieler wählen unabhängig voneinander, d. h. ohne die Wahl des anderen zu kennen, eines der drei Symbole "Schere", "Stein" oder "Papier". Hierauf werden die beiden Wahlen verglichen und der Gewinner nach der bekannten Vorschrift bestimmt. Wer verliert, muß eine Geldeinheit zahlen, der Gewinner bekommt sie. Wenn sich zum Beispiel zwei Kaufleute um einen einzigen Kunden raufen (127), so ist der Fall eines Zweipersonen-Nullsummenspiels gegeben. Oder ein Beispiel aus der Militärstrategie: Wenn zwei Kampfflugzeuge miteinander duellieren, so ist jede Seite bestrebt, möglichst spät das Feuer zu eröffnen, da die Trefferwahrscheinlichkeit mit der Annäherung wächst. Wartet der Pilot jedoch zu lange, so steigt die Gefahr, daß ihm der Gegner zuvorkommt. Was der eine verliert, gewinnt der andere.

Neumann/Morgenstern erweitern ihr Spielmodell nun schrittweise. Als nächstes wird die Beschränkung im Hinblick auf die Personenanzahl aufgehoben (128). Zu solchen n -Personen-Nullsummenspielen gehört z. B. "Mensch ärgere dich nicht", bei dem die Anzahl und der Auszahlungswert der Verlierer und der Sieger ebenfalls immer gleich bleibt. Übertragen auf ökonomische Verhältnisse: Wenn mehrere Personen sich um ein- und dasselbe Gut bemühen, so liegt ein solches n -Personen-Nullsummenspiel zugrunde. Der nächste Verkomplizierungsschritt Neumann/Morgensterns ist das Fallenlassen der Nullsummenbeschränkung. (129) Bei diesen Spielen besteht nun, und dies ist der wesentliche Unterschied zu den Nullsummen-

Spiele, kein absoluter Interessengegensatz zwischen den Spielern mehr. Sie sind zwar nach wie vor Gegner, aber sie haben darüberhinaus auch gemeinsame Interessen, weil sie das Ausmaß der Gewinne und Verluste mitbeeinflussen können. In einem solchen Spiel wird man dem Gegner gegebenenfalls nur dann einen großen Schaden zufügen können, wenn man selbst einen beträchtlichen in Kauf nimmt. Als Beispiele für solche Nicht-Nullsummenspiele werden in der Literatur hauptsächlich ökonomische Sachverhalte genannt, wie z. B. ein einfacher Kaufakt für ein Zweipersonenspiel und das gesamte Marktgeschehen eines beliebigen Gütermarktes als n -Personenspiel. Wollen z. B. die Gewerkschaften einen maximalen Gewinn erzielen, so dürfen sie nach Auffassung der Spieltheorie keineswegs den Unternehmern soviel Schaden zufügen wollen wie nur möglich. Sie müssen hingegen eine Strategie wählen, die u. U. den Unternehmern sehr wohl genauso zugute kommt wie ihnen selbst. (130)

Die Spieltheorie kann also mehr oder minder genau angeben, welche **Strategien** zu welchem Spielausgang führen werden. Ausgangspunkt ist dabei der jeweilige Typus von Spiel, konkrete Spielregeln für ein Spiel innerhalb dieses Typus, sowie eine konkrete Ausgangslage, die etwa beim Kartenspiel durch das Verteilen der Karten entsteht. Diese Ausgangspunkte werden als Axiomensystem festgehalten, um anschließend aus ihnen für die einzelnen Züge des Spiels mittels der Regeln der formalen Logik Sätze über Strategien zu deduzieren. Bei den einfachsten Spielen gibt es z. B. Ausgangssituationen, bei denen im Falle rationalen Verhaltens der Spieler, das immer zugrundegelegt werden muß (Nutzenmaximierungspostulat), der Ausgang von vornherein feststeht. Solche Spiele werden als stabile Spiele bezeichnet, da sie genau einen Gleichgewichtspunkt haben. (131) Je nachdem, wie die Ausgangswerte der beiden Spiele bzw. die Ausgangsausstattungen konkret ausschauen, kann ein Spiel von vornherein als Spiel mit einem Gleichgewichtspunkt bestimmt sein, der einen unentschiedenen oder einen entschiedenen Ausgang mit sich bringt.

Bei Spielen mit mehreren möglichen Ausgängen bzw. Gleichgewichtspunkten hängt der tatsächliche Ausgang des Spiels von den jeweils gewählten Strategien der einzelnen Spieler (z. B. mehr defensiv oder mehr aggressiv) ab. Vorteilhaft ist es in solchen Spielen für jeden Spieler, wenn er nicht nur die eigene Strategie sondern auch die des Gegners kennt. Das bedeutet auf der anderen Seite, daß er seine eigene Strategie dem Gegner möglichst nicht verraten darf, er muß sie verschleiern, er muß bluffen. Die Spieltheorie kann nun z. B. Rezepte für einen optimalen Bluff bereitstellen und damit die Gewinnchancen optimieren helfen.

Die Mehrpersonenspiele mit variabler Gewinnsumme, in denen es also neben der Konkurrenz auch Kooperationsmöglichkeiten gibt, entsprechen nach Auffassung der Spieltheorie weitgehend den realen Gegebenheiten in einer Gesellschaftsordnung.

"Innerhalb der durch sie (die Gesellschaftsordnung, F. R.) gezogenen Grenzen wird um Macht, Einfluß und Gewinn gerungen und das Ergebnis ist keineswegs eindeutig. Sobald genügend viele Interessenten an einem bestimmten Zustand festhalten, kann er nicht verändert werden, ohne die anerkannte Ordnung zu verletzen. Bemüht sich aber eine hinreichende Zahl von Interessenten um einen anderen Zustand innerhalb der Gesellschaftsordnung, so löst er den vorhergehenden ab." (133)

Für diese n-Personen-Nichtnullsummenspiele mit teilweisen Kooperationsmöglichkeiten sehen die Spieltheoretiker eine Fülle von praktischen Anwendungsmöglichkeiten zur Beschreibung gesellschaftlicher Sachverhalte, so z. B. Marktabreden und Oligopolbildungen, politische Verhandlungen etwa über Abrüstungsfragen, Parteistrategien im parlamentarischen Regierungssystem und vieles mehr. (134) Bleibendes Kennzeichen all dieser Spiele bzw. Realsituationen ist, daß trotz aller Zusammenarbeit in der Koalition die jeweiligen Einzelinteressen der Teilnehmer keineswegs ausgelöscht sind, jede Koalition also sofort wieder zerfällt, wenn der Zusatzvorteil, der sich aus der Koalition ergibt, gegen Null tendiert.

Bezug zum Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma

Im folgenden möchte ich einige Parallelen zwischen dem Grundkonzept der mathematischen Spieltheorie und dem sozialwissenschaftlichen Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma aufzeigen. Zunächst ist der Anspruch der Spieltheorie, allgemeinste Strukturen vielfältigster sozialer Situationen aufzuzeigen und auszuformulieren, nichts anderes als eine Weiterführung etwa der Absicht Samuelsons, der die ökonomische Handlungslogik weitgehend mit der Handlungslogik schlechthin identifiziert hatte. Auch Dahrendorf und Popper hatten angedeutet, daß generelle Probleme ("konstitutionelle Ungewißheit der menschlichen Existenz") und generelle Handlungsmaximen ("rationales Element") prinzipiell alle sozialen Gegebenheiten, unabhängig von der jeweils zuständigen Einzeldisziplin, charakterisieren. Diesbezüglich ist die Spieltheorie nur konsequent, wenn sie radikal von den Inhalten sozialer Gegenstände abstrahiert und reine Strukturen festhält.

Eine weitere Parallele zwischen dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma und der Spieltheorie besteht darin, daß für beide das Individuum das strukturelle Zentrum der Gesellschaft bzw. des Gesellschaftsspiels ist, daß dieses Individuum ferner durch seinen fun-

damentalen Egoismus gekennzeichnet wird bzw. ein freier Wille unterstellt wird, und daß diesem Individuum eine Umwelt gegenübersteht, die durch knappe Mittel, in der Spieltheorie Gewinnsummen genannt, charakterisiert ist. So wie in der Spieltheorie die Gewinnsummen konstant (Null-Summe) oder variabel (Kooperationsmöglichkeit) sein können, so gab es auch in der ökonomischen, politischen, soziologischen und wissenschaftstheoretischen Paradigmavariante beide Arten von Knappheiten: polypolistischer Markt versus oligopolistischer, Individuale Konkurrenz kontra Parteienbildung etc. Die Subjekte des Spiels müssen nun genauso wie die Subjekte der diversen sozialwissenschaftlichen Konkurrenzmodelle aufgrund gegebener Informationen (beim Spiel hat nur der Schiedsrichter vollkommene Transparenz) unter Einhaltung bestimmter Spielregeln eine Gewinnmaximierungsstrategie aufstellen und entsprechend handeln. Die Spielregeln haben für das Spiel dieselbe Funktion wie der Ausgleichsmechanismus (Markt, politische Institutionen der Demokratie etc.) in der Realität: sie vermitteln zwischen den konkurrierenden Individuen bzw. Gruppen.

Und schließlich: Wenn sich alle Spieler streng rational verhalten, also auf nichts anderes als ihre Nutzenmaximierung aus sind, wenn die Gesamtheit der Axiome, die die Spielregeln beschreiben, gültig sind, und wenn die Ausgangssituationen bzw. die Verteilung der Mittel (z. B. Karten) festgelegt ist, so führt das Spiel im Normalfall, je nach Spieltypus, zu einem oder mehreren Gleichgewichtspunkten bzw. Sattelpunkten. Was bedeutet es nun, wenn ein Spiel in einen Gleichgewichts- oder Sattelpunkt mündet? Ein Sattelpunkt markiert einen Spielausgang, bei dem kein Spieler eine Veranlassung hat, irgendeine seiner im Spiel getroffenen Entscheidungen zu bereuen.⁽¹³⁵⁾ Auch wenn er verloren hat, so stellt er in diesem Fall am Ende des Spiels fest, daß jede Abweichung von den tatsächlich getroffenen Wahlen ihm einen noch größeren Verlust beschert hätte. Er hat also so gut wie nur irgend möglich gespielt.

Wie in den sozialwissenschaftlichen Modellen zeichnet sich also auch das Gleichgewicht der Spieltheorie dadurch aus,

"daß ihm keine Tendenz zum Wechsel innewohnt, d. h. daß es keine dynamische Entwicklung fördert." (136)

Fazit: Die Spieltheorie kann als abstrakteste Variante des sozialwissenschaftlichen Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas interpretiert werden. Ihre Autoren erheben den Anspruch, menschliches Verhalten über dessen formale Beschreibung mathematisch exakt zu formulieren und somit einen Beitrag zu den Sozialwissenschaften zu leisten, der mit nichts geringerem zu vergleichen sein soll, als mit dem Beitrag der Newtonschen Mechanik für die Naturwissenschaften (137).

Teil C: Das zugrundeliegende Paradigma – der diachrone Aspekt

Wenn die Wissenschaftler einer Wissenschaftlergemeinschaft über die einzelwissenschaftlichen Disziplinargrenzen hinweg als Gemeindemitglieder identifizierbar sind (Teil B), so liegt die Vermutung nahe, daß sich ihre wissenschaftlichen Grundsätze auch über die Generationsgrenzen hinweg beharrlich tradieren. Diese Frage der Genese des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas soll im folgenden Abschnitt (Teil C) in zwei Stufen untersucht werden: Zunächst sei ein grober Überblick über die sozialwissenschaftliche Verwendung der Konkurrenz-Gleichgewichts-Idee während der letzten dreieinhalb Jahrhunderte gegeben. Da aber nicht angenommen werden kann, daß diese Idee um 1600 plötzlich aus dem Nichts entstanden ist, soll in einem zweiten Schritt nach den historischen Wurzeln im Mittelalter und sogar im Altertum gefragt werden. Hier kann nicht mehr einfach auf Quellentexte zurückgegriffen werden, es muß vielmehr eine Pluralität von Erklärungsansätzen – teils mehr geistesgeschichtlicher, teils mehr sozialgeschichtlicher Natur – ausbreitet und ansatzweise zur Diskussion gestellt werden. Die Frage nach der Qualität dieser Wurzeln wird sich schließlich für eine weitere Frage als sehr bedeutungsvoll erweisen: Wie ist mit diesem Paradigma in Gegenwart und Zukunft umzugehen?

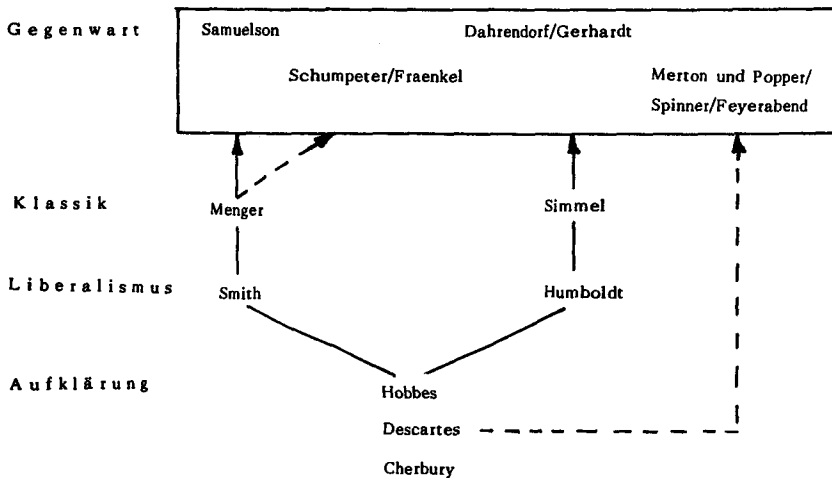
I. ENTWICKLUNG DES PARADIGMAS – EINIGE MEILENSTEINE IM RÜCK- BLICK

Im folgenden kann es nur darum gehen, einige Schlaglichter auf die ideengeschichtlichen Vorläufer des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas zu werfen. (1) Es wird also nur auf einige wenige Autoren und dabei wiederum nur auf einige wenige ihrer Gedanken hingewiesen. Thesenartig soll formuliert werden, was im Laufe der Zeit an der Konkurrenz-Gleichgewichts-Vorstellung gleich geblieben ist und was sich verändert hat. Es seien zwei sog. klassische Vorläufer unserer zeitgenössischen Konkurrenz-Gleichgewichts-

Theorien, zwei liberale und drei aufklärerische Theoretiker ausgewählt: Die Vertreter der klassischen Entwicklungsphase (Georg Simmel, Carl Menger) schrieben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bzw. um die Jahrhundertwende, die Vertreter der liberalen Phase (Wilhelm v. Humboldt, Adam Smith) ungefähr um 1750 - 1800, und die Vertreter der Aufklärung (Herbert von Cherbury, René Descartes, Thomas Hobbes) um 1620 - 1650.(2).

Selbstverständlich ist mit den folgenden geistesgeschichtlichen Ausführungen keinerlei Aussage über die Genese der bürgerlichen Sozialtheorie insgesamt beabsichtigt. Es geht nur um eine ihrer Linien, die individualistische Tradition, für die die Begriffe Konkurrenz und Gleichgewicht als zentrale Begriffe behauptet werden. Zur Genese der anderen großen Tradition, der sog. kollektivistischen, vgl. z. B. Vanberg "Die zwei Soziologien" (3).

Schema VII: Entwicklung des Paradigmas



A. ENTWICKLUNGSPHASEN

1. DIE KLASSISCHE PHASE

In der Zeit zwischen 1850 und 1910 wurden die zentralen Fundamente der heutigen Versionen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas weitgehend gelegt. Deshalb sei diese Phase hier als "klassische" bezeichnet.(4)

a. Soziologie: Zum Beispiel Georg Simmel

Sein Ansatz

Georg Simmel gilt in der Geschichte der Soziologie als Begründer der "formalen" Soziologie und als einer der Pioniere des Konfliktansatzes. Es soll im folgenden angedeutet werden, daß sein Verständnis von Soziologie bzw. von Gesellschaft als Vorläufer der modernen Paradigmavariante (Dahrendorf, Gerhardt) interpretiert werden kann. (5) Simmel lebt in einer Zeit, in der den Theoretikern bereits sehr wohl bewußt ist, wie weit das individuelle Leben durch so etwas wie Gesellschaft geprägt ist, in der jedoch noch kein geeignetes Instrumentarium zur Erfassung des Gesellschaftlichen als solchen zur Verfügung steht. In "Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung" (1908) will er diesem Mangel abhelfen. Simmel thematisiert in seiner "reinen" oder "formalen" Soziologie das über alle zeitbedingten Veränderungen hin Gleichbleibende an der Gesellschaft, die Vergesellschaftung selbst. Solche reine Formen sind z. B. Über- und Unterordnung, Konkurrenz, Nachahmung, Vertretung. (6)

Diese Soziologie ist nach Simmel vergleichbar mit der Grammatik, die die reinen Formen der Sprache von den Inhalten der Sprache absondert und als solche thematisiert. Unter dem Formaspekt von Gesellschaft versteht Simmel die historisch konstant bleibenden Wechselwirkungen zwischen Individuen, also z. B. das flüchtige Sich-Begegen genauso wie die totale Lebensgemeinschaft. Unter dem außerhalb des Gegenstandsbereiches der Soziologie angesiedelten Inhaltsaspekt versteht Simmel die je spezifischen Antriebe solcher Vergesellschaftungsformen, letztlich also die Antriebe der Individuen: erotische, religiöse, wirtschaftliche usw. Für diese inhaltlichen Antriebe gibt es je eigene Wissenschaftsdisziplinen, für die Formen nicht. Von dieser Begriffsdefinition für den Gegenstand von Soziologie ausgehend entwickelt Simmel nun eine Art sozialpsychologischer Handlungstheorie.

Paradigmatischer Bezug seiner Ergebnisse

Welche **Parallelen** bestehen nun zwischen dieser Handlungstheorie und unserem zeitgenössischen Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma, hier in der Version von Dahrendorf und Gerhardt? Schon das oben dargestellte Grundanliegen Simmels, die Eigenständigkeit der Soziologie und ihre Zuständigkeit für das überhistorische Phänomen der Vergesellschaftung finden sich bei Dahrendorf wieder. Er geht ja in seinen Grundüberlegungen zum Wesen der Soziologie - wie in Teil A und B dargestellt - ebenfalls von der "Tatsache der Gesellschaft" aus, die von einer eigenen, zwischen Geschichte und Psychologie auf mittlerer Ebene angesiedelten sozialwissenschaftlichen Disziplin thematisiert werden muß.

Innerhalb dieses soziologischen Gegenstands der Vergesellschaftung bzw. der Gesellschaftstatsache wenden sich beide Autoren in einem primären Analyseschritt den jeweils kleinsten Einheiten zu: den Individuen.⁽⁷⁾ Obwohl die Individuen Dahrendorfs anschließend analytisch noch weiter aufgelöst werden, die Simmels hingegen nicht⁽⁸⁾, ähneln sie einander in Bezug auf die Grundeigenschaft der Freiheitsmaximierung sehr. Dem von Dahrendorf postulierten Streben nach individueller Selbstbestimmung der Zwecke entspricht bei Simmel das Streben nach einer Entwicklung

"... ausschließlich nach den Gesetzen des eigenen Wesens, die wir Freiheit nennen." (9)

Allerdings sind solche Aussagen für Simmel bereits nicht mehr soziologischer, sondern philosophischer Natur, da sie sich auf die Inhalte von Handlungen beziehen.

Trotz dieser Ungeselligkeit der Individuen ergibt sich für beide Autoren ein relativ stabiles Zusammenhandeln der Menschen, eine Gesellschaft. Dahrendorf begreift die gesellschaftliche Stabilität als Resultat ubiquitärer Kompromißbildungen, also die immer wieder erfolgende Einigung der Konkurrenten auf ihre Spielregeln. Simmel führt ein sogenanntes Struktur-Apriori ein, durch das individuelles Handeln von vornherein ordnend wirkt, Strukturen schafft, sich in diese Strukturen einordnet. In diesem Struktur-Apriori ist im Grunde das Fundament der ganzen Rollentheorie vorweggenommen.⁽¹⁰⁾ Schließlich handelt es sich bei der so bewirkten Stabilität der Gesamtgesellschaft, die hier als Gleichgewichtszustand interpretiert wird, keineswegs um ein statisches Gleichgewicht: Dahrendorf betont immer wieder die Produktivität seiner Konflikte, die Entwicklung neuer und langfristig auch immer besserer Normen in Gesellschaften mit freier Konfliktregelung. Simmel argumentiert, daß der Mensch, je mehr er sich in Konfliktsituationen bewährt, um so reifere und leistungsfähigere Entscheidungskriterien entwickelt und infolgedessen sich mit dem individuellen auch das gesellschaftliche Kulturniveau langfristig anheben muß.⁽¹¹⁾

Neben diesen Gemeinsamkeiten zwischen der zeitgenössischen und der klassischen Vorform des soziologischen Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas gibt es auch eine Reihe von Unterschieden, von denen hier nur einige geistesgeschichtlich besonders bedeutsame erwähnt werden sollen. Zum einen hatte Simmel - wie oben schon angedeutet - als kleinste analytische Einheit das Individuum gewählt, das er in seinen von der Lebensphilosophie inspirierten philosophischen Abhandlungen "Einzelseele" nennt. Dahrendorf betont demgegenüber ein halbes Jahrhundert später, daß für die Zwecke der Soziologie dieser Einzelmensch weiter aufgelöst werden müsse in spezifisch soziologische Kategorien wie Rolle und Positionen. Auch der Konfliktbegriff ist bei Simmel noch keineswegs so systematisch differenziert wie bei Dahrendorf. Simmel beobachtet

zwar eine Fülle von Auseinandersetzungsformen (z. B. Eifersucht, Krieg, Parteien, Konkurrenz), führt aber diese Konflikte auf je verschiedene und zudem eher psychologische Ursachen wie Haß, Neid, Not und Begier zurück. (12) Dahrendorf hingegen kennt zwar auch eine Vielzahl von Konfliktformen, hat diese aber systematisiert und weitgehend von dem Grundkonflikt um Herrschaft abgeleitet. Herrschaft ist für Dahrendorf u. a. schließlich ein knappes Gut, um das konkurriert werden muß. Simmel hingegen kennt keine solche universelle Knappheitsdimension, die er als systematische Erklärungsgrundlage für die Vielfalt der Konflikt- bzw. Streitphänomene verantwortlich machen könnte. Insofern sind Simmels Ausführungen eher "beschreibend", die von Dahrendorf eher "erklärend" zu nennen.

Ein ganz wesentlicher - und der meiner Meinung nach symptomatischste - Unterschied zwischen der modernen und der klassischen Version des Paradigmas liegt in dem beiden zugrundeliegenden Freiheitsbegriff. Während es der modernen Theorie nur um Freiheit im Sinne von Unabhängigkeit von fremdgesetzten Zwecken geht, also um eine sehr formal verstandene Freiheit, ist der Simmelsche Freiheitsbegriff ein eher materialer. An vielen Stellen behauptet Simmel, daß das menschliche Freiheitsstreben identisch damit sei bzw. zwangsläufig dazu führe, daß das Individuum seine Individualität vervollkomme, seine Kräfte entfalte, sich zu einer wirklichen Persönlichkeit entwickle. Der Zusammenhang zwischen Freiheitsmaximierung und Individualitätsvervollkommnung besteht nach Simmel darin,

"daß der Mensch, sobald er nur Freiheit hat, sie benutzt, um sich zu differenzieren, ..., kurzum die ganze Verschiedenheit der individuellen Kräfte zu entfalten." (13)

Noch deutlicher wird dieser inhaltlich gefüllte und auf schöpferische Selbstverwirklichung hin orientierte Freiheitsbegriff Simmels, wenn man ihn vor dem Hintergrund seines lebensphilosophischen Vorläufers Wilhelm Dilthey betrachtet. Für diesen besteht alles geschichtlich-gesellschaftliche Geschehen letztlich darin, daß sich die in jedem Menschen angelegten subjektiven Möglichkeiten entfalten und der objektiven Realität als dem Material des Menschen Gestalt geben.

"Die Struktur des Seelenlebens (des Individuums, F. R.) enthält in sich das Schema, gleichsam das Gerüst für alle aus dem Zusammenwirken seelischer Einheiten entstehenden geschichtlichen Vorgänge." (14)

Weiter unten wird sich erweisen, daß von Dilthey nur noch ein kleiner Schritt zurück ist: zum Liberalismus Wilhelm v. Humboldts.

Fazit: Mit Georg Simmel erfolgt in der Soziologie eine weitere Präzisierung ihres Gegenstandes. Nach Simmel ist die Soziologie für die Tatsache der Vergesellschaftung als solche zuständig, dies ist ihr fachspezifischer Gegenstand. Ihre Aufgabe ist es, die reinen Formen dieser Vergesellschaftung empirisch zu untersuchen. Ausgangspunkt der soziologischen Formanalyse sind keine gesellschaftlichen Ganzheiten, sondern zunächst ihre Elemente, die Individuen. Einer der ersten zu konstatierenden Formatatbestände ist der, daß sie beständig in Streit zueinander geraten. Das Gleichgewicht wird hergestellt durch die sich ständig verbessernde wechselseitige Orientierung der Menschen. Bis hierher besteht eine wesentliche Kontinuität mit den heutigen Vertretern der soziologischen Paradigmavarianten, Dahrendorf und Gerhardt. In anderer Hinsicht hat jedoch ein Wandel stattgefunden: Während die heutigen Paradigmavertreter den letztlichsten Grund aller Konflikte in diversen Knappheitszuständen sehen, macht Simmel noch eine Fülle von psychologischen Gründen für den Streit verantwortlich, die selbst aber nicht mehr innerhalb der Soziologie zu erörtern sind. Auch findet sich in Simmels Philosophie noch keine derart formal konzipierte Freiheitsdefinition wie später in Dahrendorfs Werk. Konkurrenz und Gleichgewicht existieren in der Theorie Simmels primär auf der Mikroebene des Sozialen, ihm geht es um die "Beziehung von Mensch zu Mensch".(15) Zwanzig Jahre vor Simmels "Soziologie" hatte jedoch Ludwig Gumplowicz bereits eine makrosoziologische Konfliktsoziologie konstruiert, in der nicht die Individuen, sondern die sozialen Gruppen die "wahren Elemente sozialer Vorgänge" darstellen.(16) Hier, in der klassischen Phase, deutet sich also bereits eine Differenzierung des Paradigmas in eine Mikro- und eine davon getrennte Makrotheorie an.

b. Ökonomie: Zum Beispiel Carl Menger

Sein Ansatz

Carl Mengers Buch "Grundsätze der Volkswirtschaftslehre" (1871) gilt in der Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen als Grundlegung der modernen nationalökonomischen Theorie.(17) Während die alte Theorie des Wirtschaftsgeschehens die Warenwirtschaft durch Rekurs auf die in den Waren enthaltenen Kosten zu verstehen suchte, beginnt mit Menger und anderen ein Neuanfang: die Orientierung am Nutzen der Waren. Oder m. a. W.: Das Wesen der Ware wird nicht mehr in ihrem objektiven (enthaltenen); sondern in ihrem subjektiven (empfundenen) Wert gesehen. Einer der Gründe für diese theoretische Umorientierung am Ende des vergangenen Jahrhunderts ist die Diskreditierung des Kostenkonzepts in den Augen der herrschenden Theorie durch die Marx'sche Version. Durch sie war die Kostentheorie zur Mehrwert- und damit Ausbeutungstheorie entwickelt worden und hatte so ein den Intentionen ihrer ursprünglichen Vertreter entgegengesetzte Stoßrichtung erhalten.(18)

Paradigmatischer Bezug seiner Ergebnisse

In der Tat ist die damals entwickelte subjektive Wertlehre bzw. Nutzentheorie in einem noch größeren Ausmaß als direkter Vorläufer unserer gegenwärtig herrschenden Volkswirtschaftstheorie zu bezeichnen, als dies im Bereich der Soziologie von Simmel gesagt werden kann. Es sei hier nur auf drei herausragende **Gemeinsamkeiten** von klassischer und gegenwärtiger, hier an Menger und Samuelson illustrierter, Theorie hingewiesen. Wie die zeitgenössische Theorie von den einfachsten "Grundtatsachen des Wirtschaftens" ausgeht, so will auch Menger die "einfachsten Elemente" der "realen Welt" ergründen. (19) Aus ihnen will er, wie die moderne Theorie, sodann deduktiv die ganze Komplexität unserer gegenwärtigen Wirtschaft nachbauen. Das einfachste Element ist für Menger die Bedürftigkeit des Menschen (20), wie auch die heute herrschende Volkswirtschaftstheorie an den Anfang ihrer Kausalitätsketten die menschlichen Präferenzen setzt. Hermann Heinrich Gossen, ein lange unbekannt gebliebener Vorläufer Mengers, formulierte diese Bedürftigkeit bereits als eine, die am Nutzenmaximierungsprinzip orientiert ist. (21) Diese Bedürftigkeit bestimmt nun, sofern sie kaufkräftig ist, in der klassischen wie auch in der gegenwärtigen Theorie die Preise, also die Erwerbsbedingungen für die Waren. Die Preise regeln den Interessenausgleich der jeweils zusammentreffenden bedürftigen Wirtschaftssubjekte. Beim isolierten Tausch zwischen zwei Subjekten bzw. Gütern ergibt sich ein solches Gleichgewicht bei einem Preis, der zwischen der subjektiven Wertschätzung der Ware durch den Käufer und der des Verkäufers liegt. Dies ist der "natürliche Mittelpunkt" der beiden um ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung konkurrierenden Individuen. (22)

Inwiefern **unterscheiden** sich nun die moderne Theorie und die Theorie Mengers voneinander? Zunächst ist Mengers Theorie - wie dies auch für Simmels Theorie festgestellt wurde - noch lange nicht so systematisch ausdifferenziert. So hat er z. B. die Abhängigkeit der Preisbildung von den Marktformen nur unvollkommen diskutiert, die Abhängigkeit der Preise von der Substituierbarkeit des betreffenden Gutes nicht berücksichtigt und die wechselseitige Abhängigkeit partieller Märkte und deren Preise voneinander, also den Begriff des "Allgemeinen Gleichgewichts", noch nicht aus seinen "einfachsten Elementen" zu entwickeln vermocht. Auch fehlt bei Menger eine Theorie der Produzenten- und Konsumentenentscheidungen, die demgegenüber in der modernen Theorie eine solche Bedeutung erlangt hat, daß sie in eine eigene Disziplin, die Betriebswirtschaftslehre, ausgegliedert worden ist.

Wichtiger aber ist, daß bei Menger eine Elementarkategorie fehlt, die seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts für die ökonomische Theorie unverzichtbar geworden ist: die Kategorie der Knappheit. (23) Menger sah noch nicht, daß wirtschaftliches Handeln nur

deshalb notwendig ist, weil die für die maximale Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehenden Befriedigungsmittel grundsätzlich knapp sind. Erst wenn - so die heute herrschende Theorie - viele Menschen bzw. Nachfrager um wenige Dinge bzw. Angebotsobjekte konkurrieren, wird ein Ausgleichsmechanismus, der Preis, notwendig. Erst angesichts der Knappheitskategorie kann ein Gleichgewicht wirklich abgeleitet werden. (24) Hier haben wir im übrigen eine Parallele zu Georg Simmel, der seinen Streit- bzw. Konfliktbegriff ebenfalls nur deshalb so unsystematisch - im Lichte der gegenwärtigen Theorie - behandelte, weil auch er das Gemeinsame aller Konflikte, die Konkurrenz um knappe Werte (bei Dahrendorf: Herrschaftspositionen), nicht erkannt hatte.

Ein dritter Unterschied zwischen Menger und seinen heutigen "Schülern" scheint mir besonders symptomatisch. Während heutige Autoren die Begriffe, Annahmen, Theorien und Modelle als heuristische Instrumente zur Erfassung der Wirklichkeit bezeichnen, betrachtet Menger sie als Quasi-Naturgegebenheiten. Menger will in expliziter Analogie zu den Naturwissenschaften eine "Anatomie und Physiologie der 'sozialen Organismen'" (25) begründen, er betont den Ursprung des Bedürfnisbegriffes aus dem Tierreich (26) und sieht unsere heute de facto gegebenen Bedürfnisse nicht so sehr als Resultat unseres Wollens oder Fühlens, wie dies die zeitgenössische Lehre tut, sondern als nicht-voluntaristischen,

"durch unsere Natur und die Sachlage, in die wir uns gestellt finden" (27)

gesetzten Faktor an. Diese Idee, daß das Wirtschaftsleben wie das gesamte Gesellschaftsleben nach Maßgabe der Naturgesetzmäßigkeiten ablaufen könnte, die es nur zu entdecken gelte, um das "Paradies auf Erden" zu schaffen, hat der schon erwähnte Vorgänger Mengers, Hermann Heinrich Gossen, in brillanter Weise formuliert:

"Was einem Kopernikus zur Erklärung des Zusammenseins der Welten im Raum gelang, das glaube ich für die Erklärung des Zusammenseins der Menschen auf der Erdoberfläche zu leisten. Ich glaube, daß es mir gelungen ist, die Kraft, und in großen Umrissen das Gesetz ihrer Wirksamkeit zu entdecken, welche das Zusammensein der Menschen möglich macht, und die Fortbildung des Menschengeschlechts unaufhaltsam bewirkt. Und wie die Entdeckungen jenes Mannes es möglich machten, die Bahnen der Weltkörper auf unbeschränkte Zeit zu bestimmen; so glaube ich mich durch meine Entdeckungen in den Stand gesetzt, dem Menschen mit untrüglicher Sicherheit die Bahnen zu bezeichnen, die er zu wandeln hat, um seinen Lebenszweck in vollkommenster Weise zu erreichen." (28)

In diesem Zitat, das im übrigen eines von vielen in jenen Jahren besonders beliebten Analogieschlusses zwischen Natur und Gesellschaft ist (29), klingt die naturrechtlich-aufklärerische Emphase unübersehbar durch, aus der heraus unser gesamtes Paradigma überhaupt erst entstanden ist.

Fazit: Gegenstand und Methode der ökonomischen Analyse finden sich bei Menger schon im wesentlichen so vor, wie uns dies von Samuelson her vertraut ist. Auch sind bei Menger bereits die Individuen und ihre Bedürfnisse die letzten Analyseinstanzen. Das Phänomen der Konkurrenz um Nutzeneinheiten konstatiert Menger zwar, leitet es aber - wie Simmel - nicht systematisch aus einer ubiquitären Knappheit der Mittel der Bedürfnisbefriedigung ab. Insofern war Mengers Annahmenkatalog noch nicht vollständig. Methodologisch zeichnen sich Mengers Axiome noch als Realitätsaussagen aus, seine Nachfolger bekennen sich hingegen zu einer konsequenten Heuristik.

2. DIE LIBERALE PHASE

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ist in Europa u. a. durch das verstärkte Aufkommen der Marktwirtschaft und einer entsprechenden Stärkung des Bürgertums in den städtischen Zentren gekennzeichnet. Parallel dazu entwickeln Philosophen Theorien über diese neuartige Erscheinung: einer nichtfeudalen und auch bereits in Ansätzen sich vom Staat emanzipierenden privaten Gesellschaftsphäre, eben der bürgerlichen Gesellschaft.

a. Soziologie: Zum Beispiel Wilhelm v. Humboldt

Sein Ansatz

Wilhelm von Humboldt ist in der Ideengeschichte u. a. durch seine staatsphilosophische Schrift "Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" (1792) bekannt geworden. Ich behaupte nun, daß in dieser staatstheoretischen Abhandlung gerade jene Teile besonders interessant und zukunftsweisend sind, die sich nicht mit dem Staat sondern mit der sich vom Staat ablösenden Gesellschaft befassen. Meiner Meinung nach steckt in den Humboldtschen "Ideen" eine der - zumindest in der deutschsprachigen Literatur - frühesten soziologischen Theorien über die bürgerliche Gesellschaft. (31) Mit "soziologischer Theorie" meine ich hier eine Theorie, die das Handeln der Individuen nicht als Ausfluß religiöser, politischer oder ökonomischer Faktoren betrachtet, sondern als rein zwischenmenschlich konstituierten Untersuchungsgegenstand.

Zunächst zu Humboldts Vorhaben in seinen "Ideen". Er will eine Staatstheorie aufstellen, von der her er die ständigen Übergriffe des absolutistischen Staates in die Privatsphäre der Bürger wissen-

schaftlich kritisieren kann. (32) Als für ein solches Vorhaben geeignete Methode nennt er an anderer Stelle eine Kombination von deduktiver Spekulation und Empirie (33), wobei er der Empirie offensichtlich einen gewissen Vorrang einräumt. Als einer der erkenntnisleitenden empirischen Ausgangspunkte fungiert bei Humboldt die Beobachtung, daß der Mensch das Leben in den Augenblicken am meisten genießt, in denen er sich "in dem höchsten Grade seiner Kraft und Einheit fühlt" (34).

Paradigmatischer Bezug: Kontinuität

Gemeinsam ist Humboldt einerseits, und Dahrendorf und Simmel andererseits, daß sie jenseits von Theologie, Philosophie, Ökonomie oder Staatstheorie de facto eine Theorie des Gesellschaftlichen per se aufstellen, wofür Simmel ja dann den Begriff der "reinen" oder "formalen" Soziologie geprägt hat. Auch daß Simmel als Lebensphilosoph an den Anfang seines Denkens das Individuum gestellt hat und ihm die Eigenschaft des Strebens nach Freiheit und Entfaltung der Individualität zugeschrieben hat, geht offensichtlich nicht nur - wie erwähnt - auf seinen Vorläufer Wilhelm Dilthey zurück, sondern ganz erheblich auf ein Denken, das sich auch bei Wilhelm von Humboldt, also schon ein halbes Jahrhundert früher, auffinden läßt. Denn Humboldt behauptet, motiviert offensichtlich durch seine Ausgangsbeobachtung über den Lebensgenuß, daß

"das höchste Ideal des Zusammenexistierens menschlicher Wesen ... dasjenige (sei), in dem jedes nur aus sich selbst und um seiner selbst willen sich entwickelte." (35)

Die sich entfalten wollenden Individuen stoßen nun "im freien Spiel der Kräfte" (36) aufeinander, vergleichen diese ihre Kräfte miteinander, und sondern dann die jeweils schwächere bzw. weniger wertvolle Kraft aus (37). Soll diese gegenseitige Kräfteverstärkung qua Konkurrenz funktionieren, so darf einer den anderen nicht dominieren, und die Verschiedenheit der Individuen untereinander darf weder zu groß noch zu klein sein. (38) Die vermittels solcher Interaktionen konstituierte Gesellschaft stellt dann einen stabilen Gesamtzusammenhang dar, wenn die Vielfalt und Unverfälschtheit der wirksamen individuellen Kräfte gewährleistet ist. (39) Auch für Simmel war die Vielfalt der "sozialen Kreise" ein Merkmal des sozialen Gleichgewichts.

Das soziale Gleichgewichtssystem ist schließlich für Simmel und Humboldt kein statisches, sondern ein höchst dynamisches: die Gesellschaft entwickelt sich dank der Entwicklung ihrer Individuen in Richtung auf mehr Kraft, Individualität, Schönheit und Sittlichkeit. (40) Simmel sah diese Entwicklung als Folge der Bewährung des Individuums in der Vielfalt und Konflikthaftigkeit seiner sozialen Rollen; Humboldt als Folge eines Reifungsprozesses des in vielen "wechselnden Kreisen" (Rollen) verkehrenden Individuums. Dieser Reifungsprozeß bringt ein immer "konsequenter" werdendes "Ideensy-

stems", immer "tiefer" werdende "Empfindungen" und ein immer "einheitlicher" werdendes Wesens mit sich. (41) Angesichts einer solchen Gesellschafts- und Entwicklungstheorie versteht es sich fast von selbst, daß Humboldt die Wirksamkeit des Staates aufs äußerste beschränkt haben will. (42)

Paradigmatischer Bezug: Wandel

Worin unterscheidet sich nun die Gesellschaftstheorie Humboldts von der Simmels und noch mehr von der Dahrendorfs? Zum einen in der Darstellung des dem Individuum gegenüber tretenden Mitmenschen bzw. in der Darstellung der Gesellschaft insgesamt. Bei allen dreien hatte das Gegenüber grundsätzlich eine die Kraft- bzw. Freiheitsentfaltung fördernde und behindernde Potenz. Während bei Dahrendorf aber der zweite Zusammenhang (Gesellschaft als "ärgerliche Tatsache") im Vordergrund steht und Simmel beide Momente gleichermaßen betont, hebt Humboldt die katalysatorische Wirkung gesellschaftlicher Beziehungen für das Kraft- und Individualitätsstreben des Individuums hervor.

"Was jeder für sich besitzt, muß er mit dem von anderen vergleichen und danach modifizieren ..., und enge und mannigfaltige Verbindungen eigentümlicher Charaktere miteinander sind daher ebenso notwendig, um zu vernichten, was nicht nebeneinander bestehen kann und daher auch für sich nicht zu Größe und Schönheit führt, als das, dessen Dasein gegenseitig ungestört bleibt, zu erhalten, zu nähren, und zu neuen, noch schöneren Geburten zu befruchten." (43)

In einer weiteren Hinsicht hat Humboldt eine im Vergleich zu Dahrendorf geradezu konträre Position. Es geht um das **Verhältnis von Selbstentfaltung und Freiheit**. Bei Dahrendorf war von Entfaltung individueller Kräfte überhaupt nicht die Rede, es ging einzig und allein um Freiheit als Ziel des Menschen. Simmel sah die beiden Begriffe "Selbstentfaltung der Individualität" und "Freiheit" als gleichrangig an, beide Begriffe waren als Ziele gefaßt. Humboldt hingegen spricht nur mehr von einem einzigen Zweck menschlichen Daseins und einem diesem zugeordneten Mittel:

"Der wahre Zweck des Menschen ... ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerläßliche Bedingung." (44)

"Freiheit" ist also nichts anderes als ein Mittel, eine "Bedingung" der Individualitätsbildung. (45) Diese Entwicklung des Menschenbildes von der frühsoziologischen zur gegenwärtigen soziologischen Theorie sei hier als Entmaterialisierung bzw. Formalisierung interpretiert. Am Anfang (Humboldt) stand ein inhaltlich gefülltes Ideal des Menschen, am Ende (Dahrendorf) eine formal für den Menschen zu

schaffende oder geschaffene Möglichkeit für x-beliebige selbstgewählte Inhalte. Dazwischen steht Simmel als Programmatiker einer "formalen" Soziologie.

Der dritte Unterschied zwischen Dahrendorf und (in geringerem Maße) Simmel einerseits, und Humboldt andererseits, betrifft den **letzlichen Integrationsfaktor** von Gesellschaft. Für Dahrendorf ist es die ganz irdisch-soziologisch erklärbare Tatsache, daß die Menschen trotz aller Streitereien immer wieder zu einem Kompromiß über verbindliche Werte und Verhaltensnormen finden. Bei Simmel ist es das soziologisch argumentierende Struktur-Apriori, dem wir die weitgehende Abwesenheit von Chaos zu verdanken haben. Humboldt hat demgegenüber ein letztlich und erklärtermaßen **transzendentes** Explanans für gesellschaftliche Ordnung. Wenn Humboldt sagt, die "Natur" würde die egoistisch-individualistischen Menschen "schon noch aneinander führen" (46), so rührt diese Zuversicht von seiner Überzeugung, daß es so etwas wie eine Weltregierung, einen Weltgeist hinter allen Einzelmenschen, -handlungen und -dingen auf der Welt gebe. Alle Menschen folgen in ihrem Individualitäts- und Kraftstreben nämlich einer höheren Kraft, die sie etwas hervorbringen läßt,

"von dem sie vorher nur eine dunkle Ahnung hatten; ihr Wirken gehört einer Ordnung der Dinge an, von der wir nur soviel einsehen, daß sie in einem, dem um uns her ganz entgegengesetzten Zusammenhang steht." (47)

Gesellschaft als Ordnung ist also letztlich metaphysisch begründet: Der unlösbare Zusammenhang der Elementarkräfte der Individuen mit dem universalen Weltgeist garantiert in letzter Instanz die Stabilität und Höherentwicklung des "freien Spiels der Kräfte". Die ganze Weltgeschichte ist nichts als die Auflösung des Problems, wie die in den Individuen befindliche Kraft und Eigentümlichkeit, die Individuation des Weltgeistes, nach und nach zur Wirklichkeit gelangt. (48)

Fazit: Humboldt ist einer der ersten sozialwissenschaftlichen Denker, die de facto einen soziologischen Gegenstand aus der Gesamtheit der sozialen Lebensäußerungen herauslösen. Eine Einschränkung der Analyse auf eine formalistische Methodologie erfolgt jedoch noch nicht. Ontologischer und methodologischer Ausgangspunkt des Sozialen und seiner Analyse ist bereits in Humboldts früher Soziologie das nach Freiheit strebende Individuum, wobei Freiheit aber in einem materialen Sinn verstanden wird: Freiheit für kulturelle Entfaltung von Individuum und Gesellschaft. Im krassen Gegensatz zu Dahrendorfs Knappheitsaxiom bezüglich der Gesellschaft ("ärgerliche Tatsache") sieht Humboldt die Gesellschaft bzw. die jeweils konkreten Mitmenschen als unverzichtbares Mittel der Entfaltung des Individuums. Das Konkurrenzphänomen taucht dort auf, wo einzelne Individuen ihre je individuellen Kräfte mit denen

des Gegenübers vergleichen und danach modifizieren. Entsprechend dem liberalen Dogma handeln allein die Individuen. Weil der hinter den Individuen (und der materiellen Welt) stehende Weltgeist für Gleichgewicht und Integration sorgt, ist die Möglichkeit von Gesellschaft Humboldt nicht zum Problem geworden.

b. Ökonomie: Zum Beispiel Adam Smith

Sein Ansatz

Adam Smith ist ohne jeden Zweifel als einer der Urväter der nationalökonomischen Theorie zu bezeichnen. In seiner Untersuchung zum "Reichtum der Nationen" (1776) hat er den Grundgedanken der marktwirtschaftlichen Theorie, daß nämlich durch die konsequente Verfolgung des Eigennutzens das gesellschaftliche Wohl am besten gefördert wird, in pionierhaft-brillanter Weise formuliert, was ihn in schärfsten Gegensatz zur absolutistischen Wirtschaftspolitik brachte. Denn nicht das sich noch so aufgeklärt gebende persönliche Handeln des Fürsten sollte in Zukunft das Allgemeinwohl herstellen, sondern ein anonymer, jeglicher Willkürhandlungen unverdächtig, Mechanismus: die "unsichtbare Hand" des Marktes, der Preismechanismus.(49) Nicht der Staat, sondern allein die sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft sollte das Geschäft der Ökonomie besorgen.

Obwohl Smiths methodologische Ausführungen spärlich sind, läßt sich folgendes festhalten: Wie Humboldt so plädiert auch er für ein stark empirisch orientiertes Vorgehen, nämlich für eine "unparteiische Wiedergabe der Fakten":

"Der Historiker (wie jeder Wissenschaftler, F. R.) ... handelt als ob er ein unparteiischer Erzähler der Tatsachen wäre. ... Er gebraucht keine Mittel, seine Leser zu beeinflussen." (50)

Zum andern findet sich aber auch bei Smith noch eine zweite, eine deduktive Komponente:

"Wie Sir Isaac Newton können wir von Anfang an bestimmte Grundsätze festlegen, apriorische oder bewährte, von welchen ausgehend wir die einzelnen Phänomene erklären, indem wir sie alle durch dieselbe Kette miteinander verbinden." (51)

Als Material für solche Deduktionen hält Smith Aussagen über das Innere des Menschen für besonders geeignet: Erst die Erklärung von gesellschaftlichen Erscheinungen aus den "inneren Ursachen" erhebt die Historie wie auch jede andere empirische Wissenschaft "aus dem Rang einer bloß literarischen Disziplin zur Würde einer Wissenschaft".(52) Zusammenfassend kann also die wissenschaftliche Methode Smiths entsprechend seinen eigenen Ausführungen (53) als

Kombination von empirischer und normativer Annahmenkonstruktion bezeichnet werden.

Paradigmatischer Bezug: Kontinuität

Was hat sich nun an der Theorie der Marktwirtschaft seit Adam Smith verändert, was ist gleich geblieben? Gleich geblieben ist die deduktive Komponente der Analyse, die allerdings jetzt weitgehend verabsolutiert ist, sowie die inhaltliche Zuwendung der Hypothesen zu den Individuen und ihren inneren Wünschen (Präferenzen). Seit Gossen tritt dieses Individuum als Nutzenmaximierer auf, für Smith war das Individuum grundsätzlich von dem "Trieb" besessen, seine Lage immer mehr verbessern zu wollen. (54) Arbeit ist für Smith genauso wie für Menger oder Samuelson ein der Verbesserung der eigenen Lage entgegengesetzter Faktor: Arbeit bedeutet für Smith einen Abzug von der "Bequemlichkeit", der "Freiheit" und dem "Glück" des Lebens. (55)

Ein Ausgleich dieser individuellen Interessen nach Lageverbesserung bzw. Arbeitsvermeidung kommt bei Smith wie bei seinen Nachfolgern dadurch zustande, daß beide Tauschpartner ihr jeweiliges Eigeninteresse solange Schritt für Schritt einschränken, bis sie sich in einem Kompromißzustand treffen. Erst dann anerkennen die Individuen die Gleichwertigkeit ihrer Tauschbeiträge (Ware oder Arbeit), erst dann haben die natürlichen Elementarkräfte der Individuen einen Gleichgewichtszustand erreicht. Diese Ordnung der Wirtschaft vergleicht Smith mit einem Schachbrett: Die Schachfiguren besitzen kein anderes Bewegungsprinzip als jenes, welches die Hand ihnen auferlegt. Dieser Hand entspricht in der Gesellschaft die "unsichtbare Hand", d. h. die naturgesetzlichen Bestimmungen des menschlichen Handelns, die sich im Preismechanismus äußern. (56) Ein an der Gesellschaft als Ganzes ansetzendes Handeln, wie es die Merkantilisten praktizierten, ist demgegenüber niemals in der Lage, die von diesem Bewegungsprinzip intendierte Harmonie in dem Maße herzustellen, wie sie sich von selbst ergibt. Indem jeder sein egoistisches Interesse verfolgt, fördert er das Wohl der Gesellschaft deshalb wirksamer, als wenn er oder der Staat (57) dieses Wohl direkt beabsichtigt hätte. Dies ist auch heute nach wie vor das Credo neoklassischer Wirtschaftslehre und neoliberaler Wirtschaftspolitik. Adam Smith hat zu der von ihm entdeckten "unsichtbaren Hand" des Marktmechanismus so viel Vertrauen, daß er ihr eine fundamentale Selbstheilungsfähigkeit für den Fall zutraut, daß ein fehlerhafter staatlicher Eingriff einmal Störungen verursachen sollte.

Paradigmatischer Bezug: Wandel

Neben diesen die gesamte ökonomische Theoriegeschichte durchziehenden Strängen hebt sich Adam Smith aber doch in mindestens drei Hinsichten von seinen späteren Kollegen ab. Zunächst sei -

ähnlich wie bei seinem liberalen Zeitgenossen Wilhelm von Humboldt - festgehalten, daß seine Theorie der Marktgesellschaft nur einen Ansatz zur heutigen, unvergleichlich systematisch ausdifferenzierteren Theorie darstellt. D. h. Smith konnte viele ökonomische **Phänomene** noch nicht in sein theoretisches System einbauen; sie blieben also für ihn einfach zu konstatierende, außerhalb des Ableitungszusammenhangs der Theorie angesiedelte Einzelaussagen, oder sie stellten schlimmstenfalls sogar Inkonsistenzen innerhalb der Theorie dar. Ein Beispiel für den ersten Fall: Smith kennzeichnete das Individuum noch durch zweierlei natürliche Triebe, den Verbesserungstrieb und den Tauschtrieb, Menger kommt demgegenüber mit einer einzigen diesbezüglichen Grundannahme über das Individuum aus, weil er die Tauschhandlung aus dem Bedürfnisprinzip ableiten kann.

Eine klare Inkonsistenz innerhalb der Smithschen Theorie besteht dort, wo er die **Bestandteile des natürlichen Preises** analysiert. Preise gibt es sowohl für solche "Güter", die allein das Resultat von menschlicher Arbeit sind (z. B. Dienstleistungen ohne Werkzeugeinsatz), als auch für Güter, an deren Entstehung Arbeit, Kapital (Maschinen) und Boden (Rohstoffe) beteiligt waren. Smiths Inkonsistenz besteht nun darin, daß er den natürlichen Preis eines Gutes, das nur durch Arbeit entstanden ist, sowohl durch die vom Verkäufer verausgabte als auch durch die dem Käufer ersparte Arbeit bestimmt. Andererseits führt er den natürlichen Preis eines Gutes, in dem Arbeit, Kapital und Boden enthalten sind, zwar zunächst auf diese drei Preisbestandteile zurück, kann dann aber diese wegen der substantiellen Unterschiedlichkeit von Arbeit einerseits und Kapital/Boden andererseits **n u r** mehr mit der durch den Kauf dem Käufer **ersparten** Arbeit in Verbindung bringen. Die Kapital- und Bodenanteile lassen sich halt nicht so ohne weiteres auf verausgabte Arbeit der Eigentümer (etwa von früheren Generationen) zurückführen.(58) Daß Smith die zumindest seit Gossen oder Menger praktizierte theoretische Gleichbehandlung von Arbeitsanbietern und Kapitalanbietern/Bodenanbietern, also die Abstraktion von den Inhalten der für die Produktion erforderlichen Waren, noch nicht so fehlerfrei beherrscht wie seine Nachfolger, wird auch in solchen Aussprüchen deutlich:

"Viele Arbeiter könnten nicht einmal eine Woche ohne Beschäftigung durchstehen, nur wenige einen Monat und kaum einer ein Jahr. Auf lange Sicht kann der Arbeiter zwar für den Kapitalisten genauso unentbehrlich sein wie umgekehrt, aber die Notwendigkeit ist nicht so direkt." (59)

Trotz solcher Einsichten bleibt es Marx vorbehalten, aus dem durch Smith formulierten arbeitswerttheoretischen ökonomischen Ansatz eine Ausbeutungs- und Klassentheorie aufzustellen. (60) Für Smith gibt es demgegenüber noch keinen strukturellen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, weil er der Überzeugung ist, daß langfristig

prinzipiell jeder Mensch die Möglichkeit hat, selbst Kapital zu erwerben. (61)

Diese für das frühliberale Stadium der ökonomischen Theorie charakteristischen Mängel, die mangelnde Ausdifferenziertheit der Theorie bis hin zu offensichtlichen Inkonsistenzen bei der Thematisierung des besonderen Verhältnisses zwischen den beiden Waren Arbeitskraft und Kapital, hat die Theorie seit Gossen und Menger durch die im Kapitel über Menger schon angedeutete Revolutionierung eines ihrer Ausgangspunkte überwunden. Gossen, Menger u. a. "überwanden" die Kosten- bzw. Arbeitswertlehre durch Hinwendung zur Nutzentheorie. Aus einem objektiven wurde ein subjektives Konzept. Eine Konsequenz dieser Veränderung besteht darin, daß für diese subjektivistische Ökonomie sich auch der Gegenstand ändert. Während Smith Ökonomie offensichtlich als Lehre über das Verhalten von Menschen begriff, also Mensch-Mensch-Beziehungen im Vordergrund stehen, stehen für die Nutzentheoretiker Mensch-Sach-Beziehungen im Mittelpunkt. (62) Das für Smith unlösbare Rätsel der unterschiedlichen Bestimmtheit der drei Preisbestandteile (Arbeit-, Kapital-, Bodenanteil) läßt sich jetzt elegant lösen. Denn nun treten sich nicht mehr Arbeiter und Kapitalist gegenüber, sondern Produktionsfaktoren, die es durch einen Unternehmer zu einem Produktionsprozeß zu kombinieren gilt. Diejenigen Menschen, die "hinter" diesen Produktionsfaktoren stehen, sind einander nur noch darin unterschieden, daß der eine dem Gegenwartskonsum von Gütern den Vorzug gibt, der andere dem Zukunftskonsum. Ein anderer systematischer Unterschied besteht laut Theorie zwischen Kapitalist und Arbeiter nicht, zumindest auf dieser grundsätzlichen Ebene. von diesem subjektivistischen Nutzenansatz her läßt sich dementsprechend auch eine einheitliche und konsistente Preis- und Einkommenstheorie (Entlohnung der Produktionsfaktoren) aufstellen. Die gesamte Ökonomie wird auf ein System je individueller Präferenzentscheidungen angesichts gegebener Güter zurückgeführt, das "Vorziehen" wird so zu dem eigentlichen Grundelement des menschlichen Verhaltens. (63) Die ökonomische Theorie abstrahiert von den Inhalten dieser Entscheidungen, sie wird formal. Smith unterscheidet sich von einer solchen Auffassung über Ökonomie durch seinen weitaus geringeren, an konkreten Menschen mit Fleisch und Blut festhaltenden Grad der Abstraktion.

Schließlich sei als dritter Unterschied noch ein Punkt erwähnt, der wiederum auch für Humboldt bereits formuliert wurde. Genauso wie für Humboldt das Gegenüber des Individuums und auch die Gesellschaft insgesamt eine Bereicherung des einzelnen darstellte, weil deren Individualität eine katalysatorische Wirkung auf die eigene individuelle Entfaltung ermöglicht, so betont Smith den **positiven Beitrag der Gesellschaft** bzw. des Gegenübers für das individuelle Streben. Schon allein auf der Ebene der rein ökonomischen Diskussion betont Smith die Vorteile der Teilung der Arbeit mit ande-

ren für die Produktivität des einzelnen und damit für die Gesamtproduktivität. Dies reicht über die durch seine Nachfolger eingeführte Beschränkung auf das Parato-Kriterium (Verteilung) hinaus. Ferner haben Smith und Humboldt ein über das Ökonomische hinausgehendes positives Gesellschafts- und Menschenbild. Als Universalwissenschaftler halten sie an einem inhaltlich-philosophischen Freiheits- und Menschlichkeitsideal fest, dem sie durch ihre Theorien zum Durchbruch verhelfen wollen. Smith - so H. Medick - nimmt den Freiheits- und auch den Gleichheitsanspruch "noch in dem Sinne vollkommen ernst, daß er hierunter nicht nur das individuelle Recht formeller Chancengleichheit, sondern positiv die gleiche Möglichkeit eines jeden auf die Realisierung der Chance auf 'life', 'liberty' und 'property' versteht. Der naturrechtliche Freiheits- und Gleichheitsanspruch wird von ihm darüberhinaus nicht nur ökonomisch aufgefaßt, sondern impliziert vor allem auch das Recht eines jeden auf eine durch Bildung aufgeklärte humane Existenz." (64) Gerade wenn man das Gesamtwerk Smiths betrachtet, der ja nicht nur Ökonom sondern auch Moralphilosoph und - wenn man so will (65) - Soziologe war, so muß entgegen mancher Lehrbuchmeinung betont werden, daß Smith die optimal organisierte Wirtschaftsordnung nicht als Selbstzweck betrachtet hat, sondern lediglich als notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung von etwas Nicht-Materiellem, das man als "Humanität" oder "aufgeklärte Vernunft" bezeichnen könnte. (66)

Fazit: Adam Smith legt Gegenstand, Methode, individualistischen Ausgangspunkt und theoretisches Grundgerüst der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin so weitgehend fest, daß dies in den darauffolgenden zweihundert Jahren im wesentlichen von Generation zu Generation tradiert werden konnte. Differenzen zur modernen ökonomischen Theorie von Menger und Samuelson bestehen insofern, als Smith noch ziemlich unformalistisch sich seinem Gegenstand näherte: Als ganzheitlich denkender Moralphilosoph war für ihn das Ziel der Ökonomie nicht nur die effiziente Güterversorgung, sondern letztlich eine "aufgeklärte humane Existenz" des Menschen, die Ökonomie war für ihn nur eines der hierfür erforderlichen Mittel. Auch war Smith noch nicht abstrakt genug, alle nur erdenklichen Phänomene von einer Nutzenmaximierungsannahme abzuleiten, was ihm einige theoretische Schwierigkeiten beim Versuch der werttheoretischen - bei Vermeidung einer Ausbeutungstheorie - Behandlung von Kapital und Arbeit einbrachte. Erst der vollkommene Formalismus der Nutzentheoretiker, der mit Menger eingeleitet wurde, konnte den Verkauf der Arbeitskraft mit der Zurverfügung-Stellung von Kapital auf eine theoretische Ebene stellen: Beide Male handelt es sich dann um nichts anderes als Nutzenverzicht bzw. negativen Nutzen (Schweiß und Sparen).

3. DIE AUFLÄRERISCHE PHASE: DIE IDEE DES MECHANISMUS IN DEN SOZIALWISSENSCHAFTEN

Die Idee, das Zusammenleben der Menschen könnte nach den Regeln eines Mechanismus ablaufen, ist - dies wird weitestgehend so gesehen - ein Kind der Aufklärungszeit.(67) Wie ist diese Mechanismusedee nun in das Grundkonzept des Aufklärungsgedankens eingebettet?

Herbert von Cherbury

Dem herrschenden **Denken im Mittelalter** galt die außerhalb des Menschen liegende Welt als Ausdruck göttlicher Schöpfung und ständiger göttlicher Anwesenheit bzw. Offenbarung.(68) Der Zugang zu dieser Welt erfolgte über den Glauben, der als einzig taugliches Erkenntnismittel galt, wobei sich im Rahmen des scholastischen Zweiges des mittelalterlichen Denkens immer mehr als zweites Instrument der Verstand als etwas vom Glauben prinzipiell getrenntes aber ausschließlich in dessen Dienst Stehendes abgespalten hatte.(69) Für das nicht-scholastische wie für das scholastische Denken war der Zugang zum Verständnis der Welt jedenfalls ein prinzipiell einheitlicher gewesen, d. h. es hatte weder eine spezialisierte wissenschaftliche Erkenntnismethode noch spezialisierte Erkenntnisbereiche bzw. von einander isolierte Einzeldisziplinen gegeben.

In dem Maße, in dem die mittelalterliche Ordnung brüchig wurde, veränderte sich auch das Denken über die Umwelt des Menschen. Als nicht mehr so klar war, wie dieser alles verursachende und lenkende Gott zu denken war und wie der die Welt erschließende Glaube beschaffen sein mußte, wurden **neue Erklärungsmuster** erforderlich. Natur und Gesellschaft wurden nicht mehr selbstverständlicherweise allein als Ausdruck einer transzendentalen Macht betrachtet, sondern immer mehr auf ganz irdische Gesetzmäßigkeiten zurückgeführt. Der Zugang zu dieser Welt mußte dementsprechend mithilfe eines neuen Instruments erfolgen, dem Wissen bzw. der Wissenschaft.

Gleichzeitig ergab sich durch diese neue Suche nach den irdischen Gesetzmäßigkeiten auch eine neue Handlungsmöglichkeit für den Menschen: Wenn Gott nicht beständig als globaler Lenker alles Geschehens anwesend ist, sondern die Gesetzmäßigkeiten für sich wirken läßt, so kann der Mensch die erkannten Gesetze bewußt anwenden. Er kann jetzt die ihn umgebende natürliche und soziale Welt als neu - bzw. nach Maßgabe dieser Gesetze und der eigenen Bedürfnisse - zu ordnendes Material betrachten. Mit diesem "Erwachen des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" (Kant) wird der Mensch in einem zweifachen Sinn zum Subjekt der Welt: einmal in bezug auf die Erkenntnis, zum andern in bezug auf das Handeln.(70)

Für Gott mußte mit dieser Abkehr vom theozentrischen Weltbild ein neuer Platz gefunden werden. Diese Aufgabe leistete das Argument des Deismus, daß Gott tot sei. Herbert von Cherbury, einer der Begründer des Deismus, hat in "De veritate" (1624) (71) diese Position wie folgt dargelegt: Für die Deisten ist die Rolle Gottes mit der Schöpfung beendet, die Welt also nun sich selbst überlassen. Da der Schöpfer den Kreaturen zu diesem Zweck die Fähigkeit zu einträchtigem Zusammensein verliehen haben muß, muß er der Welt einen sich selbst regulierenden Mechanismus vermacht haben. Dieser Mechanismus, so schlossen die Deisten und alle von ihren Gedanken beeinflussten Denker, müsse sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft auffindbar sein.

Was die Wissenschaften über die Natur angeht, so hatte man dort schon einige solcher Selbstregelungsmechanismen gefunden. So gelang z. B. der Astronomie die Erfindung und Überprüfung bahnbrechender Theorien, die theologische Erklärungen für Naturerscheinungen immer überflüssiger machten. Die Himmelskörper des Universums bewegen sich demzufolge in Übereinstimmung mit einem Gesetz, das sie nicht als sichtbare, autoritäre Gewalt von außen treibt, sondern in ihrer eigenen Natur steckt, und dennoch die Körper ohne jede Veränderung der Umlaufbahnen stetig weiterbewegt. (72)

René Descartes

Eine der ersten allgemeinen Naturtheorien, in der die Mechanismusidee entfaltet wurde, waren die "Meditationen über die Grundlagen der Philosophie" (1641) von René Descartes. (73) Hier taucht die Vorstellung vom Gleichgewicht der Kräfte als zentrale Erklärungsbasis in einer bis dahin meines Wissens nicht dagewesenen Klarheit auf. Descartes hielt ja bekanntlich lediglich die **deduktive Methode** der Mathematik für eine sichere Erkenntnismethode. Nach der deduktiven Logik Descartes' steht und fällt jede Erkenntnis mit ihrem Ausgangspunkt. So wie für eine Theorie über das Erkennen selbst der Satz "cogito ergo sum" als einziger unbezweifelbar richtiger Ausgangspunkt angesehen werden muß, so wählt Descartes als Ausgangspunkt seiner Seinstheorie die Behauptung der Existenz genau zweier Ursubstanzen: Geist und Körper.

Aus der Existenz der Körper entwickelt er nun seine **Gleichgewichtsmechanik**. An den Körpern interessieren Descartes nicht die sinnlichen Eigenschaften (da diese nur unter Gefahr der Sinnestäuschung zu ermitteln sind), sondern die rein deduktiv zu behandelnde Eigenschaft, die allen Körpern gemeinsam ist: die räumliche Ausdehnung (74). Die Körper haben nur deshalb unterschiedliche Formen, weil die ihnen zugrundeliegende Materie beliebig teilbar und verbindbar ist. Da Teilung und Verbindung Resultate von Bewegung sind, lassen sich alle Erscheinungen der Körperwelt letztlich als Bewegungsvorgänge deuten:

Jede Bewegung eines Körpers von einem Ort zum anderen ist notwendig mit einer Verdrängung eines zweiten Körpers verbunden. Denn da es im Universum keinen leeren Raum gibt, ruft jede Bewegung eines Körpers entsprechende neue Bewegungen eines anderen hervor. Auf diese Weise erfaßt jede Bewegung letztlich eine ganze Kette von Körpern, bis schließlich der letzte bewegte Körper den Platz des ersten eingenommen hat.

Descartes kam jedoch - und dies ist für die Aufklärungsphase der Gleichgewichtsidee typisch - bei der Frage nach der letztlichen Bewegungsursache dieses ersten Körpers noch nicht ohne einen Schöpfergott aus: Weil jede Wirkung eine Ursache haben muß und die Körper an sich kraftlos sind, behauptete Descartes Gott als den Ursprung aller Bewegung. Aus der Unwandelbarkeit des Schöpfers folgte er die auch empirisch bestätigte Konstanz der Größe der Bewegung. Das bedeutet, daß beim Zusammentreffen eines bewegten und eines ruhenden Körpers unter der Nebenbedingung, daß die Masse des bewegten größer als die des ruhenden ist, die an den ruhenden Körper abgegebene Kraft (die nun dessen Bewegung hervorruft) gleich der Kraft ist, die die Bewegung des ursprünglich bewegten Körpers verringert. Die Wirkung des Inbewegungsetzens des zweiten Körpers ist gleich der Gegenwirkung der Verlangsamung der Bewegung des ersten.

In diesem grundlegenden Gesetz des Ausgleichs der Kräfte in der Natur fand die Gleichgewichtsidee eine ihrer zentralsten ideengeschichtlichen Ursprünge. Während Descartes noch einen göttlichen Verursacher als Erklärungsgrundlage brauchte, erkannte Newton in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, daß die Schwerkraft - eine reine Naturgesetzlichkeit - die Bewegung der Körper und das Kräftegleichgewicht begründet.

Thomas Hobbes

Im selben Maß wie ein solcher Naturmechanismus gedacht werden konnte, der prinzipiell unabhängig von einem ständig intervenierenden Schöpfer in Bewegung bleibt, entstand auch die Vorstellung von einem relativ autonomen Bereich des Geistes bzw. des Lebens der Menschen. In diesem Bereich glaubt Thomas Hobbes als einer der ersten einen ebensolchen Gleichgewichtsmechanismus, eine Gesellschaftsmechanik, zu erkennen. Hobbes will in seinen "Elementen der Philosophie" (1642 - 1658) (75) entsprechend dem Grundanliegen aller Aufklärer die Gesamtheit des Seienden behandeln: "die Körper", "die Menschen" und "die Bürger", wobei für ihn "Körper" ein Oberbegriff zu "Mensch" und "Mensch" ein Oberbegriff zu "Bürger" ist.

Die Philosophie hat nach Hobbes die **Aufgabe**, die zwischen den Körpern wirksamen Kausalbeziehungen aufzufinden. Hobbes' Methode ist dabei im wesentlichen eine deduktiv-genetische. (76) Ausgangs-

punkt seiner Analyse sind gemäß seinen methodologischen Ausführungen keine empirischen Annahmen, sondern hypothetische Setzungen, aus denen dann der zu erklärende Gegenstand genetisch erzeugt werden muß:

"Ubi ... generatio nulla ... ibi nulla philosophia intelligitur." (77)

Was nicht dergestalt ableitbar ist, muß als bloß akzidentiell aus der wissenschaftlichen Betrachtung ausscheiden. Was diese Methode konkret bedeutet, richtet sich nach der Art der jeweils zu untersuchenden Körper. Es gibt Körper, die das Werk der Natur sind und deshalb als "natürliche Körper" bezeichnet werden müssen. Die andere Art von Körpern sind das Resultat des menschlichen Willens, sie können "willkürliche Körper" (z. B. Gesellschaft, Staat) genannt werden.

Bei der Analyse des Menschen muß von den Erscheinungen ausgegangen werden und die universale Ursache der menschlichen Erscheinungen in der Natur des Menschen gesucht werden. Die universale Ursache aller Dinge, ob im Bereich der nicht-menschlichen oder der menschlichen Körper, ist nach Hobbes die Bewegung, denn die Mannigfaltigkeit aller Formen entsteht aus der Mannigfaltigkeit der Bewegung, durch welche sie gebildet werden. Bis hierher unterscheidet sich die Hobbsche Universalmechanik kaum von der Descartschen Naturmechanik.

Wird das allgemeine **Gesetz der Bewegung** nun auf den Menschen übertragen, so muß festgestellt werden, daß der Mensch durch zwei Hauptarten der Bewegung charakterisiert ist: Die Bewegung des Blutes, Pulsus, Atemholens etc., welche unwillkürlich ablaufen, und die willkürlichen Bewegungen, die Leidenschaften des Menschen in Gestalt von Verlangen und Abneigung.

"Von der Physik muß man zu der Philosophie der Moral übergehen, wobei die Seelenregungen betrachtet werden wie Begierde, Abneigung, Liebe, Wohlwollen, Hoffnung, Furcht, Zorn, Eifersucht, Neid usw., welches ihre Ursachen sind und was sie selbst verursachen." (70)

Das Objekt menschlichen Verlangens bezeichnet Hobbes als Gut. Zur Verwirklichung des Verlangens nach einem Gut benötigt der Mensch Macht, die sich in Reichtum, Wissen oder Ehre konkretisiert. Um das erworbene Gut zu sichern und immer besser zu sichern, ist immer mehr Macht nötig. Sie muß deshalb dauernd vergrößert werden. Dieses Anwachsen von Macht ist ein naturgesetzlich zwingender Vorgang, vergleichbar mit der Bewegung schwerer Gegenstände, deren Geschwindigkeit im Zustand des Fallens dauernd zunimmt. (79) Gesellschaft ist für den Einzelnen also nur insofern wichtig, als sie der Verwirklichung seines Verlangens dient, ihm also Güter zur Verfügung stellt; es geht ihm grundsätzlich nur um

seinen eigenen Vorteil. Da nun aber viele Menschen zugleich dasselbe Gut begehren (80), schaden sie sich notwendig in der Verfolgung ihrer Leidenschaften gegenseitig, und so entsteht ein Krieg aller gegen alle. D. h. schon Thomas Hobbes stellt also der subjektiven Machtmaximierung die objektive Knappheit der Mittel gegenüber.

In diesem Gesellschaftsbild von Hobbes sind unübersehbar einige wesentliche Kennzeichen unseres **Paradigmas** bereits enthalten: der Erklärungsansatz bei der Natur des Menschen, die Bestimmung der natürlichen menschlichen Antriebe als willkürliche d. h. freie, die Bestimmung dieses Antriebs als machterheischenden bzw. machtmaximierenden, die Bestimmung der Individuen als gesellschaftlich prinzipiell gleichartige, die Bestimmung der Gesellschaft als Mittel des Individuums bei seinem egoistischen Streben und schließlich die Behauptung der Notwendigkeit von Kriegen bzw. heftigsten Konflikten im Falle des Konkurrierens mehrerer Menschen um ein- und dasselbe Gut.

Der erste Unterschied zwischen der Hobbesschen Gesellschaftsmechanik und der klassischen und gegenwärtigen Paradigmavariante besteht - wie schon bei der Descartischen Naturmechanik konstatiert - in folgender spezifisch aufklärerischer Besonderheit: ein Gleichgewichtszustand zwischen den verschiedenen mechanischen Kräften kommt in diesen frühen Modellen noch nicht von selbst zustande, sondern muß von einer äußeren Instanz erst geschaffen werden. Bei Descartes war diese Instanz, die letzte Bewegungursache bzw. Gleichgewichtsursache, Gott, bei Hobbes kann der Krieg aller gegen alle nur mithilfe eines über der Gesellschaft stehenden Staates vermieden werden. Die Menschen müssen einen Gesellschaftsvertrag miteinander schließen, in dem sie sich dem "Leviathan" als einer absoluten Ordnungsinstanz unterwerfen. Ein Gleichgewicht kommt also nicht schon in der natürlichen Gesellschaft zustande, sondern erst in der durch den Gesellschaftsvertrag konstituierten quasi künstlichen sprich politischen Gesellschaft. Das Gleichgewicht resultiert nicht allein schon aus dem konsequenten Egoismus, sondern ergibt sich gerade durch den Verzicht auf die konsequente Verfolgung des Eigeninteresses. Es kommt nicht durch irgendwie geartete informelle Austauschbeziehungen zustande, sondern durch formelle Vertragsbeziehungen.

Diesen Mangel in der Hobbesschen Fassung der Gesellschaftsmechanik hat John Locke später ansatzweise überwunden (81). Er ging von einem nicht ganz so pessimistischen Menschenbild aus, sah den Krieg aller gegen alle nicht als absolute Notwendigkeit, sondern lediglich als ständige Gefahr an, und er brauchte deshalb zur Herstellung eines stabilen und harmonischen Zustands lediglich eine teilweise Unterwerfung unter den Staat, eine Unterwerfung mit Gewaltenteilung und Widerstandsrecht.

Zusammenfassung

Der Beitrag zur Aufklärungsphilosophie zur Entstehung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas, d. h. seiner speziellen Ausgangsannahmen (Individuum, Maximierung, Knappheit usw.), kann wie folgt zusammengefaßt werden: Sowohl die Erkenntnisse der Naturwissenschaften (und die daran gekoppelten technischen Erfolge) als auch das deistische Argument zur Neudefinition der Schöpferrolle motivierten die Hobbessche Gesellschaftsmechanik. Die Aufklärer vermuteten, daß sich belebte und unbelebte Natur nach einem einheitlichen Gleichgewichtsmechanismus verhalten. Das gesamte Universum besteht aus Körpern, belebte und unbelebte; die Mannigfaltigkeit der Formen dieser Körper entsteht durch ihre Bewegung; und diese Bewegungen gleichen sich von selbst (Gott) oder/und durch bestimmte menschliche Vorkehrungen (Vertragsschließung) gegenseitig aus. Im gesellschaftlich-geistigen Bereich sind die Kräfte der Individuen demnach die letzte irdische Erklärungsgrundlage für die gesellschaftliche Realität.

Zwischen der Aufklärungsphilosophie einerseits und der gut hundert Jahre später stattfindenden liberalen Phase dieses Denkens bestehen unter anderem **zwei charakteristische Unterschiede**: Zum einen ist die Aufklärungsphilosophie noch in weit größerem Maß Universalwissenschaft als der Liberalismus, sie faßt Natur- und Gesellschaftsphänomene in einem einzigen theoretischen Entwurf zusammen. - Zum andern beschreiben Hobbes, Locke u. a. in ihren Theorien primär nicht die konkrete Gesellschaft, in der sie leben, sondern abstrakte Gesellschaften, die sie sich gedanklich vorstellen. Ihre Theorien gehen nämlich von einem gesellschaftlichen Naturzustand aus, einem Zustand, in dem sich die Menschen allein von ihrer natürlichen Bestimmung her befinden würden. Dieser Naturzustand ist eine rein spekulative Setzung über das Wesen des Menschen, die zur Zeit der Aufklärer noch keine systematische empirische Berechtigung hatte. - Die Frühliberalen hatten demgegenüber hundert Jahre später eine andere methodologische Möglichkeit: Sie glaubten bereits eine Art regelmäßigen und stabilen Handlungszusammenhang in der Gesellschaft wahrzunehmen, den sie als der Natur des Menschen gemäßen einschätzten. Dieses empirische Wissen über den Menschen dachten Smith und Humboldt nun selbständig weiter und beurteilten den neuen Menschen bezüglich seiner Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Für die Frühliberalen standen so die Normen bezüglich des Menschen erst am Ende ihrer geistigen Bemühungen, sie waren ein empirisches Resultat. So hat z. B. die Smithsche Theorie der Gerechtigkeit "... nicht das naturrechtliche Bedürfnis nach Vernunft, sondern die Überzeugung von der partiellen Vernünftigkeit der gesellschaftlichen Bedürfnisse zur Grundlage ..., indem sie davon ausgeht, daß die Regeln der Gerechtigkeit spontanes Produkt des gesellschaftlichen Handlungsprozesses sind." (82) Den frühliberalen A-posteriori-Annahmen (über den Menschen) gehen also die A-priori-Annahmen der Aufklärer voraus; die ersteren waren gedanklich gewonnen worden (Naturzustand), die

letzteren empirisch (Realzustand).

Zurück zu den **Aufklärern**: Ihrem Naturzustand stellen Hobbes u. a. nun einen anderen Zustand gegenüber, einen zukünftigen, politisch geformten Gesellschaftszustand, dem sie den Namen "bürgerliche Gesellschaft" geben. Für das Aufklärungsdenken ist nun typisch, daß die Autoren ihre Gesellschaftszustände (natürlicher und politischer) als Rechtszustände begreifen, daß also die Menschen in ihrem Wesen Träger von Freiheits- und Gleichheitsrechten sind. Das erkenntnisleitende Problem lautet deshalb für Hobbes: Wie kann ich dem Recht zur Wirklichkeit verhelfen? Smith und Humboldt verstehen sich demgegenüber als Theoretiker, die reale gesellschaftliche Phänomene, nämlich die empirisch in Ansätzen vorfindliche bürgerliche Gesellschaft, beschreiben und diese erklären, ihre Menschen verfügen bereits prinzipiell über das ihnen Zustehende.

Die aufklärerische Universaltheorie war, soweit es um den gesellschaftlichen Teil ihres Gegenstands ging, demnach in besonderer Weise beschränkt: "Einerseits wurde durch die formale Definition des Naturzustands als einer notwendigen Abstraktion von allen staatlichen und politischen Verhältnissen die Problematisierung der 'Gesellschaft' als eines eigenwertigen 'sozialen' Handlungszusammenhangs überhaupt erst ermöglicht, doch stand andererseits die von der naturrechtlichen Methode her gegebene inhaltliche Festlegung des Naturzustands als eines allgemeinen Rechtsverhältnisses isolierter individueller Freiheit und Gleichheit der Erkenntnis der 'Gesellschaft' als eines sozio-ökonomischen 'Systems der Bedürfnisse' zumindest partiell entgegen." (83).

Bezogen auf die Entstehung des Konkurrenzparadigmas: Die Leistung der Aufklärungstheoretiker bestand nicht nur darin, einige wesentliche Formbestimmungen der bürgerlichen Gesellschaft herauszufinden (Gesellschaftsmechanik), sondern auch darin, den zu dieser Form gehörigen Gegenstand, die staatsfreie Gesellschaft als solche, in den Mittelpunkt des Denkens zu rücken. In den Aufklärungstheorien wird also Struktur und Inhalt des Paradigmas zum ersten Mal vorformuliert. Die Begrenztheit dieser Formulierung besteht darin, daß die Aufklärungstheorie als Rechtstheorie - bzw. politische Theorie im weitesten Sinn - keine empirische sondern eine normative und damit utopische Theorie war, was aus dem realen Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft um 1650 jedoch erklärlich sein dürfte. Hundertzwanzig Jahre später war die Utopie schon realer geworden, eine empirische Theorie mithin kein so großes Kunststück mehr. (84)

B. ZUSAMMENFASSUNG DER ENTWICK- LUNG: KONTINUITÄT UND WANDEL

Kontinuität

Die Fundamente für das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma wurden im Rahmen der Aufklärungsphilosophie in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in England bzw. Schottland und Frankreich gelegt. Dies geschah zunächst dadurch, daß der Gegenstand, auf den sich das Paradigma bezieht, aus anderen Gegenständen des menschlichen Erkennens herausgetrennt wurde: der Bereich der durch den menschlichen Willen erzeugten Körper (gegenüber den von der Natur geschaffenen). Im voraufklärerischen mittelalterlichen Denken waren beide ein unauflösbarer Bestandteil des aus Natur und Mensch bestehenden von Gott geschaffenen Universums, einer getrennten Analyse also nicht zugänglich.

So wie das mittelalterliche Denken Gott in das Zentrum des Universums stellte, so stellt die aufklärerische Sozialtheorie das Individuum in den Mittelpunkt der Welt des "Willkürlichen", des "Geistigen", des "Menschlichen". Diese Zentrierung des Gedankens auf das Individuum hat einschneidende Konsequenzen: Indem das Individuum als letztes irdisches Element der Analyse betrachtet wird, werden alle nicht individuellen Eigenschaften der Menschen, etwa ihre gesellschaftlichen Zugehörigkeiten oder ihr Eigentum von ihnen weggedacht. Durch diese gedankliche Operation werden die Individuen a priori einander gleichgesetzt, sie unterscheiden sich nur mehr bezüglich ihrer körperlichen (z. B. Größe) und geistigen (z. B. Wünsche) Merkmale. Durch diese Zentrierung des Denkens auf das Individuum wird zum andern das Individuum zum letzten Erklärungsgrund für die gesellschaftlichen Gegenstände. Die Erklärungsgründe sind im Inneren des Individuums angesiedelt und bestehen aus den natürlichen (z. B. Atemholen) und den willkürlichen (z. B. Reden) Bewegungen. Insofern ist der Mensch, sieht man von seinen natürlichen Beschränktheiten ab, a priori als freier Mensch gedacht.

Diese freien und gleichen Individuen erscheinen im Zentrum des Paradigmas ebenfalls von Anfang an als Wesen, die mit einer Kraft zur unbeirrbareren Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ausgestattet sind, wobei die Kräfte der einzelnen Individuen aneinander stoßen. Aufgrund verschiedener im Laufe der Jahre sich modifizierender Bedingungen gelangen diese Kräfte in der Vorstellung der Paradigmavertreter in einen Gleichgewichtszustand, dem sich ebenso modifizierende Eigenschaften zuschreiben lassen.

Der Grund für dieses fundamentale Vertrauen auf die Gleichgewichtigkeit einer solchen Gesellschaft der freien Kraftentfaltung bzw. der freien Gleichgewichtsbildung ist die im Laufe der Jahrhunderte

nachweisbare aber immer nur mehr oder minder explizit gemachte Vorstellung, daß nur eine so organisierte Gesellschaft der natürlichen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens entspricht. Eingriffe in dieses freie Kräftespiel werden deshalb bereits in den frühesten Entwicklungsphasen als "künstlich" bezeichnet und somit von vornherein abgewertet. Alle Handlungen von Menschen, die die Freiheit anderer in einem mehr als unbedingt nötigen Ausmaß beeinträchtigen, sind auf ein Minimum des absolut Notwendigen zu begrenzen. Der Staat ist von seinem Wesen her für die Gewährleistung der Grundvoraussetzungen der freien Kraftentfaltung der Individuen zuständig, jede darüberhinaus beanspruchte Kompetenz ist prinzipiell illegitim. Soweit der gleichbleibende Kernbestand des Paradigmas.

Wandel

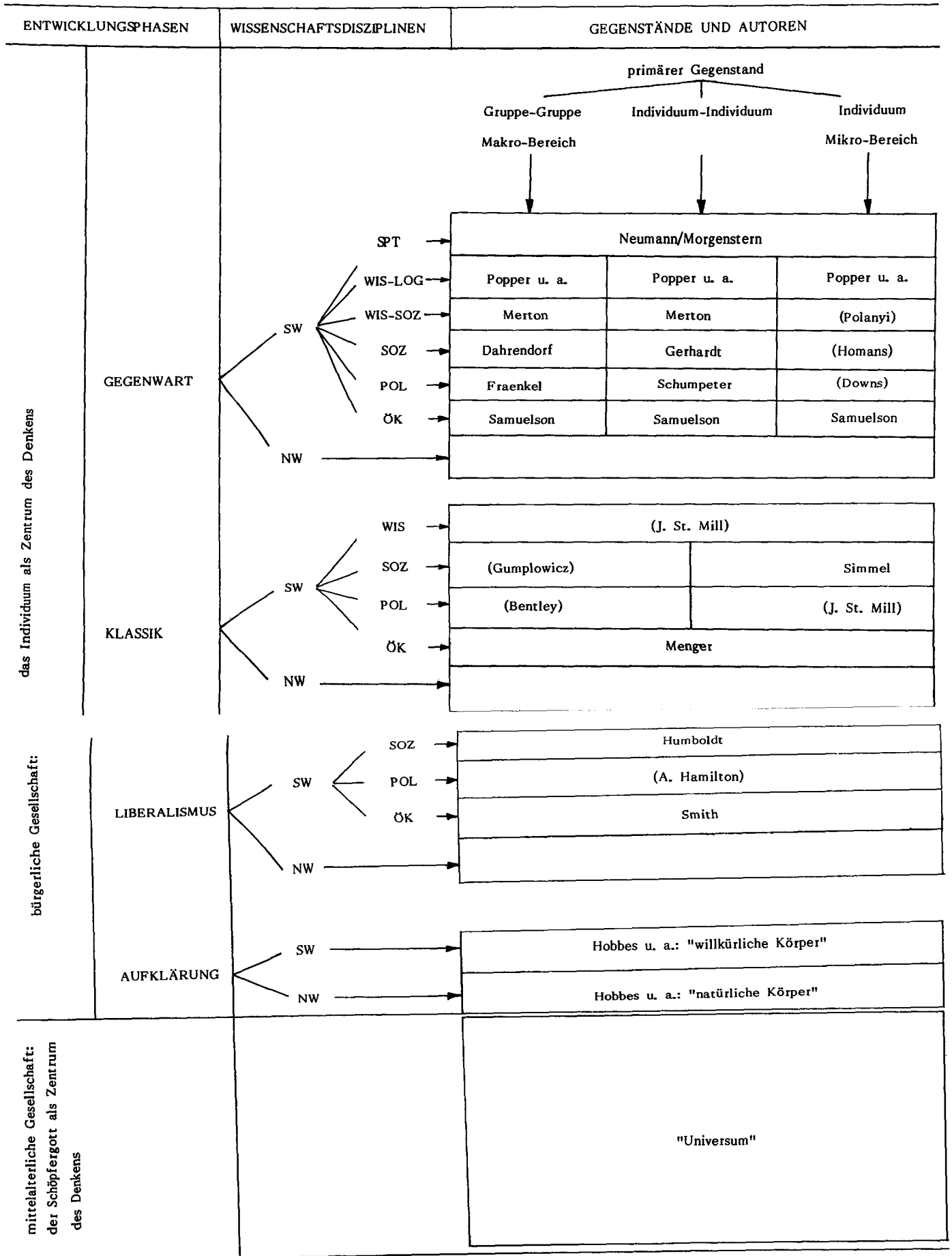
Die Geschichte der Entfaltung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas kann zunächst als Geschichte der **Ausdifferenzierungen** der Wissenschaftsdisziplinen beschrieben werden: Mit jeder neuen Disziplin entsteht über kurz oder lang auch ein disziplineliefer Konkurrenz- und Gleichgewichtsbegriff. Hobbes hatte zwar als Universalwissenschaftler die Gesamtheit der damals denkbaren sozialwissenschaftlich relevanten Probleme (Wahrnehmungspsychologie, sprachanalyse, Motivationstheorie, Moral, Staatslehre, Theologie) thematisiert, aber nur den Umgang der Menschen mit der Macht mit den Begriffen "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" beschrieben. Die liberalen Theoretiker beginnen demgegenüber schon deutlich zwischen ökonomischen, politischen und sozialen Kraftäußerungen und Gleichgewichten zu unterscheiden. Heute gibt es nicht nur für das Denken und Handeln, sondern für die - je nach Interesse thematisierten - unterschiedlichen Kausalzusammenhänge des Denkens und des Handelns jeweils spezifische Beschreibungen der dort stattfindenden Konkurrenz- und Gleichgewichtsbildungen; eine konkurrenztheoretisch argumentierende Wissenschaftssoziologie und eine ebensolche Wissenschaftslogik, eine konkurrenztheoretische Makrotheorie der Politik und eine ebensolche Mikrotheorie, sowie die neuen Bindestrich-Disziplinen der letzten Jahrzehnte, die sich ebenfalls ganz selbstverständlich des Paradigmas bedienen. Von daher ist es auch verständlich, daß man sich in nicht-ökonomischen sozialwissenschaftlichen Disziplinen an der ökonomischen Variante des Paradigmas orientiert, weil dort eben schon die längste Tradition, die weitreichendste Erfahrung und deshalb die am weitesten formalisierten Modelle vorhanden sind. Die zentrale Voraussetzung einer solchen Übertragung ist aber die Existenz des Paradigmas selbst.

Neben der Ausbreitung des Paradigmas in die jeweils neu entstandenen sozialwissenschaftlichen Unterdisziplinen ist die Entwicklung des Paradigmas noch durch eine zweite Art von Ausbreitung charakterisiert, die mit der ersten jedoch in einem engen Zusammen-

hang steht. Während im Zentrum der aufklärerischen und liberalen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie die Kräftekonkurrenz von miteinander interagierenden Menschen stand, wobei die Agierenden als individuelle einheitliche Subjekte unterstellt waren, erweiterte sich der Gegenstandsbereich des Paradigmas ab Ende des 19. Jahrhunderts in zweifacher Art und Weise: Einmal wurden die in der Realität immer unübersehbaren Gruppenbildungen (z. B. Verbände) theoretisch zur Kenntnis genommen und auch deren Verhalten mit den Termini "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" erfaßt; als Beispiel sei hier der in meiner Untersuchung nicht mit einbezogene Arthur Bentley (85) als Vorläufer Fraenkels genannt. Insofern könnte von einer Makroerweiterung des Paradigmas gesprochen werden. Zum andern wurde um die Jahrhundertwende und vor allem im 20. Jahrhundert die Rationalisierung des individuellen Verhaltens in Entscheidungssituationen immer wichtiger, so daß die Praxis nach einer Verlängerung der Theorien auch in das Innere des Individuums hinein verlangte. Die Folge war eine Vertiefung der Bemühungen der Psychologie und die Aufstellung konkurrenztheoretischer Handlungs- bzw. Entscheidungstheorien (vgl. Spieltheorie, Homans/Downs). Das Paradigma erfuhr also auch eine Erweiterung in Richtung Mikrobereich.

Nicht nur in bezug auf die Gegenstandsausdehnung hat sich im Laufe der Jahrhunderte einiges geändert, sondern auch bezüglich der Qualität. Eine der **qualitativen Entwicklungstendenzen** ist die Vereinheitlichung der Beschreibungen der sozialen Objekte durch die Formalisierung dieser Objekte. Während am Anfang der Entwicklung Menschen mit all ihren Leidenschaften und einer Fülle von Handlungsmotiven beschrieben werden (Hobbes), bleiben in den gegenwärtigen modernen Konkurrenz-Gleichgewichtstheorien nur mehr Entscheidungssubjekte übrig, deren einzige Handlung im Abwägen von Nutzenquanten, im Ordnen von Präferenzen, im "Vorziehen" (L. v. Mises) besteht. Die von Adam Smith noch halbwegs berücksichtigten Inhalte dieses Vorziehens, die Eigentumsverhältnisse, deren Einbeziehung ihm gleichzeitig so viele theoretische Schwierigkeiten bereitet hatte, sind mit der Erfindung der subjektiven Wertlehre unter den Tisch der Abstraktion gefallen. Vom Freiheitsideal, das anfangs noch psychisch-kulturelle Kraftentfaltung des Menschen, "die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen" (Humboldt), bedeutet hatte, ist bei Dahrendorf nur mehr die weitestgehende Befreiung von der "ärglichen Tatsache" der Gesellschaft, die Selbstbestimmung der Zwecke, also eine reine Negativdefinition übrig geblieben. In den heutigen Versionen der Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorie ist es gelungen, die komplexe soziale Realität, die Hobbes, Humboldt, Smith und teilweise Simmel noch aus einer unübersehbaren Vielfalt von menschlichen Motiven und göttlichen Zielgebungen erklärt hatte, auf den Gegensatz zwischen subjektivem Maximierungsstreben und objektiver Knappheit der Ma-

Schema VIII: Die Entwicklung des Paradigmas als fortwährender Ausdifferenzierungsprozeß (86)



Abkürzungen: SW = Sozialwissenschaft NW = Naturwissenschaft

WIS-LOG = Wissenschaftslogik WIS-SOZ = Wissenschaftssoziologie

SOZ = Soziologie POL = Politik ÖK = Ökonomie SPT = Spieltheorie

ximierungsmittel zurückzuführen. (87) Georg Simmel hatte als einer der ersten den wissenschaftlichen Formalismus zum Kriterium einer eigenen Disziplin gemacht, die Spieltheorie hat dieses Programm vorläufig am konsequentesten realisiert. Sie will die Gravitationsgesetze menschlichen Handelns in völliger Unabhängigkeit von ihren Inhalten bestimmen.

Mit dieser Formalisierung des Paradigmas geht seine Säkularisierung einher. die gesellschaftliche Integration der gegeneinander handelnden Menschen, die im mittelalterlichen Denken noch durch einen ständig und überall anwesenden Gott und dessen inhaltliches Einwirken auf die Handlungen der Individuen vonstatten ging, wurde immer mehr zu einer irdischen Angelegenheit: Im Deismus hatte Gott vor seinem Ableben den Menschen wenigstens noch einen Mechanismus geschenkt, den sie nur zu entdecken und anzuwenden brauchten, Humboldt sah die Integration durch eine überall wirkende Weltseele gewährleistet. Aber ab der klassischen Phase erklärte man sich den Zusammenhalt der Menschen durch nichts anderes als durch i h r Zusammenhandeln und die wechselseitige Orientierung am Gegenüber. Als Handlungskriterium blieb allein die individuelle Zielmaximierung in Verbindung mit der Einsicht in den Vorteil allgemeinverbindlicher Spielregeln bzw. den Nachteil ihrer Übertretung aufgrund der zu erwartenden Sanktionen.

Eine der interessantesten Veränderungen erfuhr das Paradigma bezüglich seines semantischen bzw. methodologischen Selbstverständnisses. In der Zeit der Aufklärung, als die Gesellschaft des freien Kräftespiels noch reine Utopie war, faßten die Theoretiker ihre Annahmen als zwar empirisch angeregte aber im wesentlichen normative Setzungen über das natürliche Wesen des Menschen auf. Sie sprachen von einem Naturzustand und entsprechenden Naturrechten, denen durch entsprechende gesellschaftliche Einrichtungen (Vertrag) erst Geltung verschafft werden muß. Die Liberalen begriffen ihre Aussagen über das Individuum als sowohl normative als auch empirische Aussagen. Am Ende des 18. Jahrhunderts konnte man ja in der Tat den im Paradigma beschriebenen Menschen als solchen partiell schon identifizieren. Auf der anderen Seite hatte man auch noch keinen Grund daran zu zweifeln, daß diesem neuen Paradigma die Zukunft genöht. Man glaubte vielmehr, man müsse nur noch die restlichen feudalen Gewalten beseitigen, dann würden sich die noch verbliebenen Widersprüche zwischen Naturrecht und sozialer Wirklichkeit bis zur Unbedenklichkeit einebnen. Anders als die aufklärerischen und anders als die liberalen Paradigmaannahmen verstehen sich die Annahmen der meisten der heute herrschenden Paradigmaversionen als prinzipiell heuristische Setzungen ohne Anspruch auf eine normative (Aufklärung) oder empirische (Liberalismus, Klassik) Geltung. Im übrigen hindert sie dies allerdings - wie bereits dargestellt - nicht, ständig durch Resubstanialisierungen ihre eigenen

methodologischen Forderungen zu verletzen. Diese im zwanzigsten Jahrhundert üblich gewordene Heuristisierung der Annahmen stellt meiner Auffassung nach - soviel sei hier schon vorweggenommen - einen Rückzug der Theorie von der Realität dar. Er hängt damit zusammen, daß der Zukunftsoptimismus des Paradigmas im letzten Jahrhundert sowohl aufgrund bestimmter realer Veränderungen als auch aufgrund entsprechender Kritik einige Kratzer davongetragen hat. (Dies ist jedoch Thema von Teil D.) Formelhaft zusammengefaßt: In der aufklärerischen Geburtsphase des Paradigmas beriefen sich seine Annahmen auf die Spekulation über das Wesen der Menschennatur, ein Wesen, das es theoretisch zu enthüllen und praktisch zu befreien galt. In der liberalen und klassischen Phase der Entwicklung berief man sich auf empirisch gewonnene Einsichten, es bedurfte nur noch einer Vollendung der bereits in vollem Gange befindlichen Praxis. Gegenwärtig beruft man sich wiederum auf Spekulationen, jedoch im Gegensatz zu den aufklärerischen Wesensspekulationen auf reine forschungspragmatische Versuchsspekulationen.

II. WURZELN DES PARADIGMAS

Die Idee, daß die Welt der Menschen als Mechanismus zu begreifen sei, der aus miteinander konkurrierenden Kräften besteht, die letztendlich immer wieder zu einem Gleichgewicht finden, existiert im 17. und gegen Ende des 16. Jahrhunderts nicht nur in den relativ abstrakten Theorien eines Cherbury, Hobbes oder Locke, sondern ansatzweise auch bereits in den **Konzepten der praktischen Politik**. So verwendet man etwa ab 1580 den Begriff der "balance of power" in Europa, wobei ursprünglich das Kräfteverhältnis zwischen Habsburg und Frankreich gemeint ist. (88) Innenpolitisch wird im Zusammenhang mit dem sich entwickelnden Parlamentarismus in den italienischen Stadtrepubliken und in England von der gegenseitigen "Machtkontrolle" und dem "Gleichgewicht" zwischen den Fraktionen (in England z. B. die Whigs und Tories) gesprochen. (89)

Albert O. Hirschmann (90) führt sogar die Entstehung der modernen Gesellschaftsauffassung, die er "Paradigma des Interesses" nennt, ganz wesentlich auf diese ursprüngliche politische Vorstellung zurück. Dieses neue Paradigma, das Hirschmann als Verwandlung der sozial gefährlichen Leidenschaften des Menschen in das unschädliche Interesse des Gelderwerbs näher bestimmt, führt Hirschmann auf eine vorausgehende Entwicklung in der italienischen Staatstheorie zurück: auf den bereits um 1500 stattfindenden Versuch Macchiavellis, dem Fürsten eine effektive Methode der Machterweiterung und der Staatslenkung an die Hand zu geben, eine Methode, die das "wirkliche Wesen der Dinge" begreift. "Diese Forderung nach einer positiven wissenschaftlichen Methode wurde nach Hirschmann erst später vom Fürsten auf das Individuum, von der Natur des Staates auf die menschliche Natur übertragen." (91) Dieses Verfahrensprinzip, die Orientierung am eigenen Interesse hatte sich nämlich bewährt, weil sie erstens dem Handlungssubjekt (Fürst, Individuum) ein nicht trügerisches Handlungsziel an die Hand gab, und zweitens für die anderen Handlungspartner (andere Fürsten, Individuen) die Handlungen transparent und voraussagbar machte. (92) Weil das Resultat der politischen Theorie Macchiavellis im Falle ihrer Anwendung also nach Hirschmann ein allseitiger Vorteil war, konnte man diese Theorie nach Hirschmann zur Organisierung auch anderer Lebensbereiche, in erster Linie der Ökonomie, nutzbar machen.

Auch in der **ökonomischen Theorie** finden sich bereits im 16. Jahrhundert und früher Gleichgewichtsbegriffe. So verweist z. B. Karl Pribram (93) auf den Gleichgewichtsbegriff der italienischen Merkantilisten, die mit diesem Begriff die Gleichheit von Einfuhr und Ausfuhr eines Landes bzw. die Herstellung dieser Gleichheit durch den Transfer von Geld bezeichneten. Peter Struwe (94) zeigt, daß bereits die Scholastiker im Früh- und Hochmittelalter und sogar

Aristoteles sich der Gleichgewichtsvorstellung bedienten, wenn es um die Erklärung der Entstehung von Preisen ging.

Bei all diesen voraufklärerischen Verwendungsweisen der Begriffe "Konkurrenz" und/oder "Gleichgewicht" handelt es sich meiner Meinung nach jedoch um eine qualitativ andere Konstruktion als die unseres Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas, auch wenn diese Konstruktionen durchaus als vorbereitende Denkformen verstanden werden können. Zum einen beziehen sich die genannten Konkurrenz- und Gleichgewichts-Mechanismen immer nur auf einen sehr kleinen Wirklichkeitsausschnitt, die überwältigende Mehrheit der gesellschaftlichen Strukturen gehorcht im Denken dieser frühen Gleichgewichtstheoretiker anderen Regeln. Zum andern handelt es sich bei den genannten politischen Beispielen meist um Konkurrenzsituationen, an denen nur zwei Konkurrenten beteiligt sind, die also keinesfalls mit der multilateralen Konkurrenz von Hobbes oder Smith vergleichbar sind. Die frühen ökonomischen Konkurrenz- und Gleichgewichts-Begriffe bezeichnen kein dezentrales Konkurrenzsystem, das autonom zu einem Ausgleich der Kräfte führen würde, sondern ein höchst zentralisiertes Verfahren zur Herstellung einer Gleichheit zwischen bestimmten ökonomischen Größen, wobei es den Merkantilisten ja letztlich gerade um den Überschuß an Geld bzw. Gold ging, die Gleichgewichtsrechnung lediglich ein Mittel für das Ziel des Ungleichgewichts war. (95) Allerdings müßten diese Fragen nach der Übereinstimmung dieser frühen Gleichgewichtsideen mit den aufklärerischen und nachaufklärerischen gesondert untersucht werden, ehe ein fundiertes Urteil gefällt werden kann. (96)

Daß das 17. Jahrhundert als Geburtsjahrhundert unseres Paradigmas bezeichnet werden kann, kann auch noch aus einem anderen Indiz erschlossen werden. Betrachtet man die außertheoretische Verwendung der Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" (97), also die **Wortgeschichte**, so stellt man fest, daß in der Tat in Deutschland etwa ab 1700 das Wort "Konkurrenz"/"Competition" in schriftlichen Quellen auftaucht, in England etwa ab 1600. Bei den Begriffen "Gleichgewicht"/"Equilibrium" schaut es ähnlich aus: Deutschland etwa 1650, England 1600. Das englische Wort "Balance" hingegen, das das Gleichgewicht von nur zwei Gewichten bezeichnet (im Gegensatz zum multilateralen Ruhezustand vieler beteiligter Kräfte), taucht bereits ab 1250 auf. Am Anfang wird "Balance" im Zusammenhang mit dem Wiegen von Gegenständen gebraucht, dann werden die Begriffe Konkurrenz und Gleichgewicht auf ästhetische, psychische, juristische und schließlich politische und ökonomische Sachverhalte übertragen. Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß ab 1600 diese Begriffe in einigen wichtigen europäischen Sprachen massiv auftauchen, und zwar im Zusammenhang mit der Verbalisierung zwischenmenschlicher Objekte.

Diese Termini und die dazugehörigen Begriffsinhalte sind natürlich nicht einfach am Ende des Mittelalters vom Himmel gefallen. Sie

haben bestimmte geistige Voraussetzungen, wie z. B. das gedankliche Ausgehen vom Individuum, das Denken in den Kategorien von Kräften u. a. m. Wann und unter welchen Bedingungen diese **letztendlichen Wurzeln dieser Denkform** entstanden sind, darüber gibt es seit vielen Jahrzehnten-wenn nicht Jahrhunderten-einen lebhaften Streit in den Sozialwissenschaften. Im folgenden soll nun aus der Vielfalt der existierenden Erklärungsansätze einige wenige einflußreiche herausgegriffen werden.

Diese theoretischen Ansätze zur Erklärung der Entstehung des Aufklärungsdenkens sollen dabei danach befragt werden, warum der ab dem 17. Jahrhundert in Europa stattgefundene Umbruch im Denken genau das Menschenbild hervorbrachte, das er hervorgebracht hat: das Bild von einem individualisierten, freien, gleichen und auf Eigennutz eingestellten Menschen. Warum trat an die Stelle des um einen Schöpfer- und Herrsergott zentrierten mittelalterlichen Menschenbildes nicht ein ganz anders geartetes, etwa eines, das den Menschen zuallererst als Gemeinschaftswesen betrachtete oder ein Bild, das den Menschen in seiner vielfältigen Einbettung in die natürliche Umgebung, in seinen Stoffwechsel mit dieser Natur darstellte? An den Erklärungsansätzen, die die verschiedenen Zweige der historischen Wissenschaften anbieten, fällt auf, daß

Schema IX: Wurzeln des Paradigmas - Erklärungsansätze (Fortsetzung von Schema VII)

Entwicklung des Paradigmas		
	ideengeschichtliche Wurzeln	sozialgeschichtliche Wurzeln
Mittelalter	Protestantismus: Weber/Hooykas Katholizismus: Nelson/Blumenberg	Marx Lukács
Altertum	Dux	Sohn-Rethel

der diesbezügliche Diskussionsstand äußerst unbefriedigend ist. Dies kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß ein großer Teil der Autoren es ganz offensichtlich unterlassen hat, vor Abfassung der eigenen Theorie einen Blick über die Grenzen des Faches zu werfen und zu prüfen, was in der Nachbardisziplin zu diesem Thema bereits gesagt worden ist. (98)

Angesichts dieser Situation können hier nur thesenartig einige der derzeit in der Diskussion befindlichen Erklärungsansätze angedeutet werden. Auf die immanente Darstellung der verschiedenen Ansätze und ihrer Erklärungsleistung folgt am Schluß eine Zusammenfassung inclusive einiger weiterführender Überlegungen. Ein systematischer Vergleich oder gar eine abschließende Einschätzung ihrer Brauchbarkeit ist nicht beabsichtigt. Zunächst gehe ich auf solche Erklärungsansätze ein, die mehr geistesgeschichtlich argumentieren, dann auf solche, die sozialgeschichtlich, hier konkret sozio-ökonomisch, ausgerichtet sind. (99)

A. GEISTESGESCHICHTLICHE ANSÄTZE

1. MITTELALTER

a. Protestantismus

Max Weber: Sein Ansatz

Max Webers Protestantismustheorie beinhaltet unter anderem einen Erklärungsansatz für die Entstehung des sich in der Aufklärungsphilosophie zum ersten Mal deutlich abzeichnenden neuzeitlichen Menschen- und Weltbildes. (100) Aus Webers Theorie läßt sich ableiten, warum der Mensch der Neuzeit sich selbst als Individuum so wichtig nimmt und warum er glaubt, zu allererst durch natürliche Freiheit ausgezeichnet zu sein.

Weber stützt seine Analyse hauptsächlich auf die Lektüre religions-theoretischer und vor allem seelsorge-praktischer Schriften. (101) Ausgangspunkt seines Erklärungsansatzes ist die vom radikalen Protestantismus, vom Calvinismus, geborene Lehre von der Gnadenwahl: Der Mensch kommt nicht aufgrund seiner guten Werke in

den Himmel, sondern aufgrund seines Auserwähltseins durch Gott. Deshalb versucht der Gläubige, Gewißheit über seinen Gnadenstand zu erlangen. Der Gnadenstand wird gemäß der kalvinistischen Lehre daran sichtbar, daß der Auserwählte bereits im irdischen Leben, und zwar im Beruf, erfolgreich ist. Der Gläubige bemüht sich deshalb um beruflichen Erfolg, um so sein Auserwähltsein feststellen zu können.

Dies hat Konsequenzen für sämtliche Aspekte des beruflichen Lebens. Schon für die Wahl des richtigen Berufes bedeutet dies z. B. eine radikale Orientierung am sichtbarsten Erfolgskriterium, nämlich der "Profitlichkeit". Weber führt ein recht eindrucksvolles Zitat des puritanischen Theologen Baxter an: "Wenn Gott Euch einen Weg zeigt, auf dem Ihr ohne Schaden für Eure Seele oder für andere in gesetzmäßiger Weise mehr gewinnen könnt als auf einem anderen Wege und Ihr dies zurückweist und den minder gewinnbringenden Weg verfolgt, dann kreuzt ihr einen der Zwecke eurer Berufung (calling), Ihr weigert Euch, Gottes Verwalter (steward) zu sein und seine Gaben anzunehmen, um sie für ihn gebrauchen zu können, wenn er es verlangen sollte. Nicht freilich für Zwecke der Fleischeshlust und Sünde, wohl aber für Gott dürft ihr arbeiten, um reich zu sein." (102)

Um dann innerhalb des so gewählten Berufes erfolgreich zu sein, ist eine asketische Lebensführung und eine beständige "methodische Selbstkontrolle" des Handelns notwendig, das Handeln muß rationalisiert werden. Rationales Handeln bedeutet zweierlei: Orientierung des Handelns nach Zwecken, Mitteln und Nebenfolgen und Abwägen der Mittel gegen die Zwecke, der Zwecke gegen die Nebenfolgen und der Zwecke untereinander. (103) Der Calvinismus macht so die Rationalität zum universalen handlungsleitenden Prinzip des neuzeitlich-abendländischen Menschen. Der Rationalismus des Handelns schlägt sich demzufolge in allen Lebensbereichen - Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft - nieder. Die Rationalität des wirtschaftlichen Handelns hat schließlich die kapitalistische Organisation der Wirtschaft zur Folge, weil der Handelnde nur im Kapitalismus durch die Geld- und Kapitalkalkulation ein Maximum an Informationen über die Gesamtheit aller jeweils relevanten Mittel und Zwecke des Wirtschaftens verfügt. Mit den Worten Webers: Das Streben nach Geldvermehrung garantiert ein Maximum an (formaler) Rationalität. (104)

Der wirtschaftliche Lebensbereich ist nach Weber eng mit den anderen verbunden, über die Art der Verknüpfung des ökonomischen und des religiösen Handelns bei Weber ist schon viel gestritten worden. In den "Gesammelten Schriften zur Religionssoziologie" finden sich meiner Meinung nach eindeutige Belege dafür, daß Weber die religiöse Handlungsethik (Protestantismus) und die ökonomische (Kapitalismus) in einem dialektischen Bedingungsverhältnis zueinander

sieht (105), dem religiösen Faktor jedoch eine letztliche Priorität zuspricht: "Wie tiefgreifend auch immer die ökonomisch und politisch bedingten sozialen Einflüsse auf eine religiöse Ethik im Einzelfalle waren, - primär empfing diese ihr Gepräge doch aus religiösen Quellen. Zunächst: aus dem Inhalt ihrer Verkündigung und Verheißung. Und wenn diese nicht selten schon in der nächsten Generation grundstürzend umgedeutet, weil den Bedürfnissen der Gemeinde angepaßt wurden, so doch eben in aller Regel wiederum zunächst: deren religiösen Bedürfnissen. Erst sekundär konnten andere Interessensphären, oft freilich recht nachdrücklich und zuweilen ausschlaggebend, einwirken." (106) Soweit das relativ bekannte Grundgerüst des Weberschen Arguments.

Wolfgang Schluchter (107) hat in jüngster Zeit das Gesamtwerk Webers nochmals daraufhin untersucht, welche Gründe Weber für das "So-und-nicht-anders-Gewordensein" der Moderne letztlich anführt. Demnach kann die Entwicklung des neuzeitlichen Rationalismus noch weiter zurückverfolgt werden, nämlich auf die jüdisch-christliche Gottesvorstellung zurück, die sich wiederum aus der ganz am Anfang der Religionsgeschichte stehenden Magie herausentwickelt hatte. Schluchters Argument, dessen historischer Realitätsgehalt allerdings näher geprüft werden müßte: Im magischen Weltbild konnten die Menschen ihre Götter durch alle Arten von Zauberei willfährig machen oder sie einfach durch Bestechung für sich gewinnen. Es gibt noch kein von den Göttern erlassenes religiöses Gesetz, das von den Menschen übertreten werden könnte und so zu Sünde und Verdammnis führen würde. Als Grund für die Weiterentwicklung dieser magischen Phase in Richtung etwa auf den jüdisch-christlichen Gottesbegriff (oder auf der anderen Seite den indischen) nennt Schluchter nun die "Systematisierung der Gottesvorstellungen" vermittels einer "Pantheonbildung" (108): Die Menschen stellen sich ihre Götter mit der Zeit immer menschlicher, immer mehr auf bestimmte Lebensbereiche spezialisiert und immer mehr hierarchisch geordnet vor. Als Folge davon wird der Gedanke "ausgearbeitet", daß die dergestalt konkretisierten Götter für die Menschen jeweils bereichsspezifische Ordnungen erlassen und deren Einhaltung überwachen. Jetzt erst kann die Vorstellung von Sünde und Verdammnis bzw. Erlösung aufkommen, es entsteht eine fundamentale Spannung zwischen dem irdischen Leben und den göttlichen Anforderungen. Zur Bewältigung dieser Spannung durch die Gläubigen gibt es nun in der Geschichte der Religionen grundsätzlich zwei Wege, von denen das Christentum (und vorderasiatisch-iranische Traditionen) den einen und die indischen Religionen (und die chinesischen) den anderen eingeschlagen haben: Im Okzident wird Gott als "Handelnder", der Mensch als sein "Werkzeug" und der Heilsweg infolgedessen als "asketischer" gedacht. Der Gläubige versucht möglichst weitgehend sein Leben auf seine Werkzeugfunktion hin zu beschränken. Im Orient wird Gott als "ewige Ordnung", der Mensch als "Gefäß" und der Heilsweg als kontemplativer vorgestellt. Der Gläubige muß versuchen, möglichst viel von dieser gött-

lichen Ordnung in sich aufnehmen.

Aus dieser Gegenüberstellung der beiden idealtypischen Gottes- und damit Menschenbilder wird plausibel, warum sich der Calvinismus nur im Westen entwickeln konnte: er war im Keim des Christentums bereits angelegt. Der Katholizismus ist in dieser Interpretation nur eine eher rückläufige Verlegenheitslösung. Er löst die Spannung zwischen der irdischen Welt und den göttlichen Gesetzen durch eine Pluralität von Gottesvorstellungen (Trinität) und Heilswegen ("Kombination von Anstaltsgnade und Kontokorrentrechnung") (109). Auch Luther bleibt noch auf halbem Weg stehen, indem er z. B. an den Sakramenten als Heilmittel nach wie vor festhält und noch höchst traditionalistische Berufsvorstellungen hat. "Dies: Der absolute (im Luthertum noch keineswegs in allen Konsequenzen vollzogene) Fortfall kirchlich-sakramentalen Heils, war gegenüber dem Katholizismus das absolut Entscheidende. Jener große religionsgeschichtliche Prozeß der Entzauberung der Welt, welcher mit der altjüdischen Prophetie einsetzte und, im Verein mit dem hellenistischen wissenschaftlichen Denken, alle magischen Mittel der Heilssuche als Aberglaube und Frevel verwarf, fand hier seinen Abschluß." (110) Der Gesamtprozeß kann als Bewegung vom radikalen Monismus (von Diesseits und Jenseits) in der magischen Phase zum radikalen Dualismus in der protestantischen und nachprotestantischen Phase gekennzeichnet werden: Der diesseitige Mensch steht klein, einsam und ohnmächtig dem jenseitigen Gott gegenüber. Das diesseitige Handeln ist nichts anderes als das ständig methodisch zu kontrollierende und auf Erfolgsmaximierung hin orientierte Ingangsetzen des Werkzeugs Gottes, angetrieben allein von der beständig wirksamen und unerträglichen Gnadenungewißheit.

Max Weber: Schlußfolgerungen zum Paradigma

Inwiefern kann der Calvinismus als Erklärungsgrund für ein individualistisches Menschen- und Weltbild gelten? Während in der katholischen Lehre, in der gute Werke und kirchliche Sakramente den Ausschlag für das ewige Seelenheil gaben, nicht explizit an den Einzelmenschen appelliert wurde, sondern diese guten Werke durchaus gemeinsam getan werden konnten, appelliert die kalvinistische Prädestinationslehre genau an das **Individuum**. Jeder muß an sich selbst feststellen, ob er erwählt ist, gemeinsame Aktionen würden die methodische Selbstkontrolle nur stören, die je individuell vorzunehmende Abgrenzung von Aufwand und Ertrag erschweren oder verunmöglichen. Das Orientieren und Abwägen, das das Handeln bestimmen soll, erhöht den Stellenwert des Individuums, das ja als Subjekt unterstellt ist, ganz erheblich. Dies vollzieht sich im Handeln wie im Denken, im Sein wie im Bewußtsein, in der Welt wie im Weltbild.

Weber betont selbst immer wieder die Vereinsamungstendenz, die die Prädestinationslehre und der aus ihr resultierende Zwang zur

methodischen Selbstkontrolle des Lebens (in erster Linie des Berufslebens) für den Gläubigen mit sich bringt. Diese Einsamkeit bezeichnet Weber nun explizit als eine entscheidende Wurzel des neuzeitlichen Individualismus. In den Worten Schluchters: "Der religiösen Vereinsamung entspricht die 'weltliche'. Weber sieht darin zugleich die 'Wurzel jenes illusionslosen und pessimistisch gefärbten Individualismus, wie er in dem Volkscharakter und den Institutionen der Völker mit puritanischer Vergangenheit sich noch heute auswirkt'. Er ist ein Vorbote der 'Weltherrschaft der Unbrüderlichkeit'." (111)

Demgegenüber kann der Katholizismus meiner Meinung nach als eher kollektivistische Religion bezeichnet werden. (112) Zwar lebt auch der Katholik unter der ständigen Heilungsgewißheit, jedoch sind die Mittel der Linderung dieser Ungewißheit bzw. der Steigerung der Heilchancen qualitativ andere als die des Protestanten, insbesondere des radikalen Calvinisten. Das grundsätzliche Heilmittel des Katholiken ist der Glaube an Christus und das feste Vertrauen auf seine Erlösung. Dabei ist die Kirche, insbesondere seit Augustinus, ein unverzichtbares Mittel. (113) Die Kirche verkörpert nämlich die Verdienste Christi sowie der Heiligen, den "thesaurus ecclesiae", aus dem die Gläubigen in Gestalt von Sakramenten und des Ablasses schöpfen und so dem Gnadenheil näher kommen können. (114) Der Einbindung des Heilsweges des Gläubigen in die Kirche entspricht ein organisches Verständnis des ganzen Kirchenaufbaus: "Als mystischer Herrenleib ist die (katholische F. R.) Kirche keine bloße Religionsgemeinschaft, auch nicht nur eine göttliche Einrichtung mit eigenem Sonderrecht, vielmehr ist sie die übernatürliche Christusgemeinschaft, deren Glieder untereinander und mit dem Christushaupt so eng und innig zusammenhängen, wie wir das sonst nur in einem natürlichen Lebewesen (Organismus) kennen. Alle Glieder beten, opfern, leiden, freuen sich, wachsen und streben mit- und füreinander, alle sind von dem gleichen Heiligen Geiste erfüllt, von dem selben Haupte Christus geleitet." (115)

Auch die überragende Rolle der guten Werke bei der Erlangung des Gnadenheils kennzeichnet die katholische Religion als in ihrem Kern nicht individualistische. Besonders nach dem Konzil von Trient sah man die "Vermehrung der Gnade" und das "ewige Leben" in der katholischen Dogmatik als "Verdienst" des "Gerechten" an. Voraussetzung war allerdings, daß die guten Werke in der richtigen Gesinnung geleistet worden sind (116). Luther warnte hingegen vor einer Überbetonung der guten Werke und wies auf die Gefahr der "superbia" hin, andere gemäßigte Protestanten sahen den Hauptzweck der guten Werke in deren Vorteile für die Missionierungsarbeit und radikale Protestanten betrachteten gute Werke als schlichtweg schädlich für das Seelenheil. (117) Durch die starke Einbindung des Heilsweges des Katholiken in die Kirchengemeinschaft und die große Bedeutung des Wertes der Uneigennützigkeit im Handeln des

Katholiken muß der Katholizismus im Gegensatz zum Protestantismus als zumindest weit weniger individualistisches Paradigma begriffen werden.

Aus dem Protestantismus und insbesondere seinen radikalen Spielarten kann auch das **Freiheitspostulat** des modernen Menschenbildes besonders klar abgeleitet werden. Zwar gehen alle Christen von der Existenz eines freien Willens aus. Für den Protestanten kommt jedoch noch ein zweiter Gesichtspunkt hinzu. Wenn von ihm verlangt wird, daß er im Rahmen der beständigen methodischen Selbstkontrolle Zwecke (und Mittel) gegeneinander abwägt, so braucht er so etwas wie Oberzwecke, nach denen er sich für den einen oder den anderen Zweck entscheiden kann. Der oberste Oberzweck ist natürlich auch für den weltlichsten Protestanten der Wille Gottes. Woher aber nimmt er die im praktischen Leben geforderten jeweils konkreten Interpretationen bzw. Anwendungen dieses obersten Zweckes? Die Antwort Webers lautet: Der Mensch setzt seine Zwecke letztendlich selbst, dies ist die wesentlichste Seinsbestimmung des Menschen und seines Selbstbewußtseins: "Transzendente Voraussetzung jeder Kulturwissenschaft ist ..., daß wir Kulturmenschen sind, begabt mit der Fähigkeit und dem Willen, bewußt zur Welt Stellung zunehmen und ihr einen Sinn zu verleihen." (118) Der Mensch ist also von Natur aus nach Weber ein sinnsetzendes Wesen. Dies macht die natürliche Freiheit des Menschen aus, die ihn etwa vom Tier oder auch vom versklavten bzw. leibeigenen, also nicht natürlichen Menschen, unterscheidet.

Fazit des in Webers Werk angebotenen Erklärungsansatzes für die Entstehung des neuzeitlichen Menschenbildes: Die religiöse Doktrin des Calvinismus stellt das Individuum in den Mittelpunkt des religiösen Lebens, identifiziert dieses religiöse Leben mit dem weltlichen und befreit die dem Menschen qua Naturbestimmung eigene Freiheit zur individuellen Zwecksetzung von ihrem vorprotestantischen Joch.

Robert Hooykaas

Ein anderes Argument, das ebenfalls bei der Erklärung unseres neuzeitlichen Welt- und Menschenbildes den Protestantismus in den Vordergrund rückt, wurde von dem holländischen Soziologen Robert Hooykaas vorgetragen. (119) So wie Weber den rationalen Charakter des okzidentalischen Menschen bzw. Menschenbildes betont, charakterisiert Hooykaas unser modernes Zeitalter als wesentlich vom Empirismus bestimmtes.

Im Unterschied zu Weber, der sich ja, wie erwähnt, vor allem auf theologisch-praktische Literatur stützte, gewinnt Hooykaas seine Ergebnisse primär aus dem Studium theoretischer Texte aus den Bereichen Philosophie, Naturwissenschaft und dann auch Theologie. Hooykaas stellt fest, daß das Grundanliegen der Protestanten die

Rückkehr zu den reinen, durch die katholischen Fehlinterpretationen noch nicht verdorbenen Glaubensgrundlagen war. (120) Als solche galt den Protestanten neben der Bibel hauptsächlich die **Natur** als der direkteste und deshalb untrügerischste Ausfluß göttlicher Offenbarung. Bezüglich der Bibel gingen die Protestanten davon aus, daß diese aus sich selbst heraus schon verständlich sei und deshalb von jedermann gelesen werden kann und auch soll, ohne Hilfe irgendwelcher Interpretationsautoritäten. Genauso kann der Gläubige die Natur mithilfe seiner Beobachtungen und seines Verstandes erschließen, eine Möglichkeit, die wiederum prinzipiell allen Christen zur Verfügung steht. Begrenzt ist die Nutzbarmachung beider Glaubensquellen allein durch das jeweilige individuelle Talent, nicht jedoch durch irgendwelche legitimen institutionellen Kompetenzaufteilungen. Dies ist der Kern der protestantischen Lehre der universalen Priesterschaft.

Allerdings ergab sich durch die Verbindung und Betonung von Bibel-
lektüre und Naturforschung für die Protestanten ein spezifisches Problem. (121) Sie mußten den Gläubigen den nun von ihnen sinnlich erfahrenen Widerspruch zwischen den naturwissenschaftlichen Aussagen in der Bibel und denen der Wissenschaft, also in erster Linie die Frage der Bewegung der Erde, erklären. Protestantische Naturwissenschaftler wie Bacon, Kepler oder Wilkins akzeptierten jedenfalls die Bibel als Grundlage irgendwelcher wissenschaftlichen Aussagen über die Natur nicht, Bacon war z. B. der Auffassung, daß es genauso unsinnig sei, philosophische Erkenntnisse im Bereich des Göttlichen zu suchen wie unter den Lebendigen die Toten zu suchen. (122) Calvin löste dieses Problem mit dem zukunftsweisenden Argument, Moses habe als Verfasser von Teilen des Alten Testaments u. a. auch für seine ungebildeten Zeitgenossen geschrieben, und diese nicht durch Neuigkeiten über Erde, Sonne und Mond überfordern wollen. (123)

Die Beobachtung und Erforschung der Natur und die Orientierung des persönlichen Lebens an den Regeln der Natur galt, dies belegt Hooykaas anhand primär von Naturwissenschaftlern stammenden Zitaten, als höchste Form der Religiosität. (124) Während dem katholischen Denken die Natur als Mittel zur Illustration von Glaubenswahrheiten galt und das humanistische Denken sich für die Natur nur auf dem Umweg über die Rekonstruktion der griechischen Naturphilosophien interessierte, erhielt im Protestantismus die Naturerfahrung einen zentralen Stellenwert im menschlichen Selbstverständnis. (125)

Hooykaas untersucht leider nur die Auswirkungen dieser protestantischen Aufwertung der Naturerfahrung auf die Methoden der Naturwissenschaft: die allgemeine Stärkung des Empirismus. Denkt man sein Argument jedoch weiter, so erhält man u. U. einen Erklärungsansatz für die Hinwendung der frühen **Sozialwissenschaften**

zu einem individualistischen Standpunkt, also zur Vorstellung, man habe im Denken über den Menschen vom Individuum und dessen natürlicher Freiheit und Gleichheit auszugehen. Zum einen hat der Empirismus in der philosophischen Diskussion nämlich jener Auffassung zum Durchbruch verholfen, die den Universalobjekten keine reale Existenz zugestehen, sondern nur die Einzelobjekte als wirkliche und taugliche Untersuchungsgegenstände akzeptieren wollte. Der Sieg des Nominalismus im Universalienstreit führt so konsequenterweise in den aufkommenden Sozialwissenschaften zur axiomatischen Zerlegung der Welt bzw. der Menschheit in ihre kleinsten realen Einheiten: eben die Individuen. - Zum andern hat der Empirismus natürlich jene Form des Nachdenkens über das Individuum und dessen soziale Beziehungen gefördert, die an dem beobachtbaren Erscheinungsbild des Individuums orientiert war und nicht an irgendeiner theologisch-metaphysischen Wesensbestimmung. In dem Maße aber - so könnte man Hooykaas weiterdenken - in dem sich neben dem in die mittelalterliche Ständeordnung eingebundenen Individuum ein zweites, nämlich ein allem Anschein nach egalitäres und freies, eben ein modernes, aus dieser Ständeordnung herauslöste (anfangs noch eingebunden als dritter Stand, dann als neuer Mensch schlechthin begriffen), orientierte sich das sozialwissenschaftliche Denken natürlich an diesem fortschrittlicheren Menschenbild.

b. Katholizismus

Die beiden folgenden Erklärungsansätze sehen die Wurzeln des modernen Menschen- und Weltbildes bereits im vorprotestantischen Christentum heranwachsen: der Philosoph Hans Blumenberg eher im späten, der Soziologe und Historiker Benjamin Nelson bereits im hohen Mittelalter.

Hans Blumenberg

Blumenberg untersucht die Genese der "Legitimität der Neuzeit" (127) und stützt sich dabei auf unterschiedlichste theoretische und literarische Texte. Er charakterisiert das neuzeitliche Denken als ein Denken, das sich gegenüber der **mittelalterlichen Bevormundung** befreit hat und zu einem ganz neuartigen, epochenspezifischen Selbstbewußtsein des Menschen geführt hat. Dieses Selbstbewußtsein zeigt sich im gesamten menschlichen Denken, unabhängig davon, ob es die Natur oder die Gesellschaft zum Gegenstand hat und läßt sich etwa ab Mitte des 15. Jahrhunderts immer deutlicher ausmachen. (128) Blumenberg erklärt dieses epochale, neue Selbstbewußtsein des Menschen aus dem Widerstand, den der katholische Geist im frühen und hohen Mittelalter der "natürlichen Neugierde" des Menschen, die schon am Kleinkind als anthropologische Konstante ausmachbar ist, entgegengestellt hat. (129) Durch diesen Widerstand konnte die natürliche Neugierde erst richtig wachsen, stark werden und schließlich die moderne Wissenschaft hervorbringen.

Die Dogmatik des mittelalterlichen Katholizismus hatte den Menschen das Stellen einer Vielzahl von Fragen ganz einfach verboten und dadurch, ganz entgegen ihrer Intention, auf lange Sicht zweierlei bewirkt (130): Zum einen staute sich die der natürlichen Neugierde zugrundeliegende Energie so lange auf, bis sie zu epochalen Erkenntnisleistungen fähig wurde. Zum andern bewirkte gerade das Verbot bestimmter Fragen die Konzentration des zunächst diffusen Erkenntnisinteresses auf ganz bestimmte Gegenstände. Als beispielsweise der Pariser Bischof Tempier im Jahre 1277 zu einer großen Säuberungsaktion ansetzte und 219 Lehrsätze des Aristoteles verurteilte, legte er damit den Grundstein für eine neue Physik. Indem in dieser Verurteilung festgestellt wurde, daß das aus der Antike tradierte Wissen über den Kosmos nicht mit dem Plan der Schöpfung identifiziert werden dürfe, präzisierete dieses Urteil sowohl den Bereich, für den die Theologie zuständig war, wie den, für den sie nicht zuständig war. "Die Steigerung der Theologie zu ihrem maximalen Anspruch gegen die Vernunft hatte das unbeabsichtigte Resultat, den Anteil der Theologie an der Welterklärung auf ein Minimum zu reduzieren und damit die Kompetenz der Vernunft als Organ einer neuen, sich von der Tradition befreienden Wissenschaftlichkeit vorzubereiten." (131)

Blumenberg versucht diese Emanzipation der Vernunft an einem Vergleich zwischen Augustinus (um 400) und Nikolaus von Cues (um 1450) deutlich zu machen. Augustinus betrachtete die "theoretische Neugierde" als etwas Lasterhaftes, weil sie durch Aufstellung von Sätzen oder Gesetzen einen Eingriff in die Freiheit des Schöpfers darstelle. (132) Nikolaus von Cues ist für Blumenberg demgegenüber deshalb ein Pionier der neuzeitlichen Wissenschaft, weil er ein zentrales Argument zur Versöhnung von Theologie und Naturwissenschaft liefert: Durch empirisch gewonnene Daten werden sowohl konstante Proportionen der Wirklichkeit festgehalten als auch wegen des prinzipiell unlösbaren Problems der Meßungenauigkeit die Grenzen des Verstandes und damit der Beginn der Sphäre des Glaubens sichtbar. (133) Hier ist für Blumenberg die moderne empirische Methode thematisiert, ihre spätere Vervollständigung zur einzigen Erkenntnismethode vorbereitet. (134)

Am Ende dieses Prozesses der Emanzipation der theoretischen Neugierde von der theologischen Unterdrückung steht nach Blumenberg der kategorische Imperativ von Kant: Nachdem die theoretische Neugierde sich der Natur nach harten Kämpfen endlich bemächtigt hatte und eine universale Methode, die Empirie, gefunden hatte, konnte sie vor dem Menschen, dem Individuum und dessen notwendiger Selbsterkenntnis nicht halt machen. (135) Mit dem Postulat der Selbsterforschung hat der letztlich auf eine anthropologische Konstante zurückgehende Prozeß der theoretischen Neugierde einen prinzipiellen, "nicht mehr überbietbaren" Abschluß gefunden.

Fazit: Das geistige Klima des Katholizismus hat die theoretische Neugierde derart angestachelt, daß sie das Wesen des Menschen, als Individuum Subjekt seines Denkens und Handelns zu sein, ab dem 15. Jahrhundert zum Vorschein brachte und ab dem 18. Jahrhundert voll realisierte.

Benjamin Nelson

Auch der amerikanische Soziologe und Historiker Benjamin Nelson erklärt den "Ursprung der Moderne" (136) aus der katholischen Kultur im 12. und 13. Jahrhundert. Er belegt dies hauptsächlich durch theologische Texte, in denen er die Kräfte der sich ankündigenden modernen Welt ausfindig macht. (137) Dabei interessiert Nelson sich - wie schon Max Weber - in erster Linie für die Prinzipien des Handelns für die Grundsätze der Interaktion, die dann natürlich ihrerseits das Denken beeinflussen. (138) Allerdings glaubt Nelson, daß die Wissenschaft bisher noch nicht in der Lage ist, tatsächliche Kausalerklärungen anzubieten, sondern sich zunächst mit der Beschreibung der geschichtlichen Hauptlinien begnügen muß.

Die Handlungsprinzipien der Moderne sieht Nelson im Zusammenhang mit gewaltigen sozialgeschichtlichen Umwälzungen wie Aufstieg der Städte, Auseinandersetzung mit dem Islam und Bildung aller Arten von Gesinnungsgemeinschaften (139), die er als "Wasserscheide" der Geschichte bezeichnet. Den Inhalt dieser Handlungsprinzipien der Moderne bringt er auf die Begriffe "Universalismus" und "Individualismus". Universalismus bezieht sich allem Anschein nach darauf, daß die dem Menschen entgegentretenden Handlungsnormen allumfassend sind; Individualismus darauf, daß der Mensch selbst als Einzelmensch angesichts dieser Normen immer noch selbst entscheiden muß, was er tut und was er läßt, daß er selbst letztlich der allein Verantwortliche ist. (140) Das universalistische Handlungsprinzip führt Nelson nun zu allererst auf die christliche Lehre zurück, auf die Vorstellung von einer allgemeinen Bruderschaft aller Menschen miteinander und der dieser Tatsache entsprechenden Universalität der menschlichen Normen. Daneben geht die Universalitätsvorstellung auch auf den der christlichen Lehre zugrundeliegenden Gedanken der jüdischen Stammesbruderschaft, auf das römische und griechische Recht zurück. (141) Das individualistische Handlungsprinzip erklärt er aus dem neuen Stellenwert, den die individuelle Entscheidungsverantwortung gerade angesichts dieser allgemeinen und formalen Normierungen des Lebens erhielt. Nelson belegt dies mit den ab 1100 immer unübersehbarer werdenden Abhandlungen über die Bedeutung des Gewissens als dem "Gerichtshof" des individuellen Lebens des Gläubigen. (142)

An der Kontroverse zwischen dem Mystiker Bernhard von Clairvaux und dem Scholastiker Abaelard wird diese Individualisierung des Handelns mittels der Aufwertung des Gewissens für Nelson besonders deutlich: Bernhard wollte durch Meditation eine mystische Einheit

mit Gott, eine vollendete Liebe und Freundschaft herstellen. Nach Auffassung Nelsons, bediente sich Bernhard damit eines feudalen Konzeptes, da die Feudalordnung ebenfalls auf Loyalität, Vertrauen und Freundschaft als Handlungsprinzipien, also insgesamt auf Gefühlen basierte (143). Abaelard dagegen ging es um die Logik des Handelns, und zwar des Handelns der durch die universelle Bruderschaft einander vor Gott und den christlich-kirchlichen Normen gleichen Individuen. Ob Papst, König, Kanzler, Bürger oder Bauer, alle waren als Christen gleichermaßen für den Tod Christi am Kreuz verantwortlich. Alles Handeln der Individuen ist demnach - so die Vorstellung Abaelards - "von einem Gewissen beherrscht, das die Macht hat, zwischen Alternativen von relativem Wert oder unterschiedlicher Glaubwürdigkeit zu wählen" (144). Um diese Wahl zu erleichtern, entwickelten die Moraltheologen in der Folgezeit eine für alle Christen gleichermaßen geltende formalisierte und routinisierte Moraltheologie, was später zu alphabetisch geordneten Entscheidungsmatrizen führte, so daß die Beichte direkt "nach dem Buche" abgenommen werden konnte.(145)

Mit Nelsons eigenen Worten: "Kurz gesagt: Ich behaupte, daß alle axialen Strukturen sich vom zwölften bis zum vierzehnten Jahrhundert in dramatischer Weise wandelten. Kollektives Bewußtsein machte offensichtlich individuellem Bewußtsein Platz, und darum herum entwickelten sich umfassende Logiken der Meinung, des Glaubens, des Handelns usw." (146). Dies ist also Nelsons Erklärungsansatz für das individualistisch-egalitaristische Menschenbild. Veranlaßt durch große sozialgeschichtliche Veränderungen bildet sich ein Bewußtsein heraus, das den frei nach seinem Gewissen rational entscheidenden universellen Christenmenschen im Mittelpunkt sieht und das alte Bild von einem je nach seinem Platz in der Ständeordnung durch je spezifische Loyalitätsbeziehungen bestimmten Menschen verdrängt.

2. ANTIKE (GÜNTER DUX)

Ansatz

Einen aus dem Rahmen der bisherigen Diskussion deutlich herausragenden Erklärungsansatz für die Entstehung des neuzeitlichen Menschen- und Weltbildes präsentiert Günter Dux in seinem erst 1982 erschienenen Buch "Die Logik der Weltbilder" (147). In einem weitgreifend interdisziplinären Ansatz (Verbindung von biologischer Anthropologie und Kulturgeschichte) will er den Beweis erbringen, daß in der geschichtlichen Abfolge der Weltbilder eine eindeutig ausmachbare **Entwicklungslogik** existiert, und daß durch das Begreifen dieser Entwicklungslogik das Weiterführen des Jahrtausende alten Streites um die Gültigkeit der Weltbilder überflüssig geworden ist. (148)

Damit verläßt Günter Dux den im herrschenden Wissenschaftsbetrieb üblich gewordenen Brauch, die Relativität und Vorläufigkeit

von Erkenntnissen zu betonen; er reklamiert für die von ihm gefundene Logik "Objektivität". "Wir haben ein überwältigendes Material zur Verfügung, das der Verarbeitung zum Gesamtbild dessen, was in der Geschichte der Menschheit geschehen ist, zugänglich ist. Blockiert ist nur eines: Die entscheidende Umsetzung dieses Wissens für das Selbstverständnis des Menschen." (149) Wenn aber die Logik des Weltbildes eine dergestalt objektive ist, so muß auch der Logik der Realwelt eine analoge Objektivität zukommen. Das heißt aber, daß der Entwicklungsweg der Geschichte in ihrem Kern determiniert ist. Einiges deutet darauf hin, daß Dux unsere Gegenwart in der Endphase der historischen Entwicklung wähnt, daß Geschichte mit- hin sich ihrem Endpunkt nähert. (150)

Wie ist nun die Argumentation von Dux aufgebaut und was leistet sie zur Erklärung des neuzeitlichen Individualismus? Dux bekennt sich am Anfang seiner Untersuchung zu einer **wissenschaftlichen Strategie**, die einmal nach dem Eingebundensein des Menschen in die Natur und zum andern nach der Selbstdarstellung des Menschen in der Geschichte, also nach dem geistig-kulturellen Dasein des Menschen fragt. (151) Die erste Frage richtet er an die Naturwissenschaften, insbesondere an die Biologie, die zweite an die verschiedenen Disziplinen der Geisteswissenschaften. Beide Bereiche laufen nach Dux derart ineinander, daß der allseits immer wieder praktizierte Versuch, den einen Bereich aus dem anderen abzuleiten, endlich aufgegeben werden muß. Die Logik der Weltbilder läßt sich durch eine rein empirische Rekonstruktion der menschlichen Geschichte herausfinden. (152)

Das Evolutionsmodell

Die **Stellung des Menschen in der Natur** kennzeichnet Dux folgendermaßen (153): Der Mensch kann in der Natur nur überleben, wenn er aus ihr bestimmte Informationen bezieht, diese verarbeitet und in praktisches Handeln zum Zweck der Anpassung der Natur an die eigenen Bedürfnisse (Essen, Kleiden usw.) umsetzt. Der Mensch setzt sich dabei in seiner Entwicklungsgeschichte insofern immer mehr vom Tier ab, als er dies immer weniger instinktgeleitet und immer mehr bewußt tut. Als Mittel dieser Zunahme von Bewußtsein fungiert das Lernen. An diesem Evolutionsprozeß wird nach Dux ein allgemeines naturgeschichtliches Entwicklungsprinzip sichtbar: das Prinzip der beständigen Erhöhung der Selbstregulation oder Autonomie. Geschichte ist somit in einem elementaren Sinn nichts anderes als die Befreiung des Menschen von den Zwängen seiner ehemals instinktiven Organisationsform, Geschichte ist für den Menschen "der Prozeß der Realisierung seiner Freiheit" (154).

In dem Maße nun, wie der Mensch Instinkt durch Freiheit ersetzt, bildet er kognitive Strukturen und soziale Beziehungen aus, tritt also von der Naturgeschichte in die geistig-kulturelle Phase, in die **Kulturgeschichte** ein. (155) Damit erhöht sich die Fähigkeit des

Naturbegreifens und der Naturbeherrschung. Am Anfang der Kulturgeschichte basiert Lernen auf einem subjektivistischen Erklärungs-schemata: Der Mensch erklärt sich seine ihn umgebende natürliche und kulturelle Umwelt - aus ganz bestimmten Gründen heraus (156) - als Ausdruck einer subjektiven Setzung und subjektiven Wollens einer nicht-irdischen Macht, die für Regen und Krankheit, Liebe und Krieg verantwortlich ist. (157) Entscheidend ist für Dux dabei, daß Natur- und Kultur- bzw. Sozialordnung als Einheit verstanden werden. In solchen primitiven Gesellschaften gibt es im Wissen der Menschen deshalb auch prinzipiell keine Zufälle, alles ist für sie erklärbar, "ihre Mitglieder handeln rational" (158).

Das Individuum

Eine zum Verständnis unseres neuzeitlichen Menschenbildes zentrale qualitative Veränderung erfuhr das Weltbild in einem frühen Stadium der Kulturgeschichte, in der griechischen Antike. (159) Dies löste in der Menschheitsgeschichte einen Umbruch des gesamten Weltbilds aus. Hier liegt für Dux die eigentliche Epochenschwelle der Neuzeit, das Mittelalter hat dem nichts Besonderes mehr hinzugefügt: Im 6. und 5. Jahrhundert vor Christus löst sich die Einheit von Natur- und Sozialordnung im Bewußtsein der Menschen auf, dies markiert die Heraufkunft der neuen Epoche. Die Ordnung in der Natur wird von nun an immer mehr als frei von subjektivistischen Kausalitäten gedacht. Deshalb kann sie vom Menschen auch immer besser in "konstanten Relationen" formuliert werden, unser Wissen über die Natur wächst beständig. Die Naturordnung wird so tendenziell zur ausschließlich außerhalb aller Subjektivität liegenden Objektivität. Die Gesellschaftsordnung wird auf der anderen Seite immer deutlicher als eine von menschlichem Handeln, von freier Zwecksetzung des Menschen erst geschaffene und veränderbare Ordnung bewußt. Natur wird damit von jeglicher subjektivistischer Sinnsetzung befreit, die Gesellschaft gerade auf diese subjektivistischen Sinnsetzungen der Menschen zurückgeführt. (160) Sinnsetzung bedeutet dabei nichts anderes als Betätigung der menschlichen Entscheidungsfreiheit. Durch den zentralen Stellenwert, den Dux dem Sinnbegriff in der Kulturgeschichte zuweist, stellt er sich auch hier in die Tradition Webers, der in der menschlichen Sinn- bzw. Zwecksetzung die Grundvoraussetzung von Kultur und Kulturwissenschaft sieht. (161) Dux hat - so meine Einschätzung - nichts anderes getan, als den Weberschen Ansatz konsequent weitergedacht.

Als historische Kräfte, denen diese Revolution des Weltbildes (nämlich die Freisetzung des menschlichen Wollens und Handelns in der Gesellschaft) zu verdanken ist, nennt Dux das erwähnte "anthropologisch verankerte Interesse", Konstanzsätze über die Natur aufzustellen, ein Interesse, das eine Eigenlogik kognitiver Systeme konstituiert. Zum Tragen kommt dieses kognitive Strukturprinzip aber erst in dem Augenblick, wo auf der anderen Seite in der Gesellschaftsordnung immer mehr Anlässe für eine nicht mehr transzendental-subjektivistische, sondern irdisch-subjektivistische Interpretation entstehen.

Solche Anlässe sind für Dux in der griechischen Polis zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte gegeben: Allein schon die Siedlung der Griechen auf altem Kulturboden brachte unterschiedliche Kulturen zusammen und verlangte somit nach einer Erklärung für die Entstehung je bestimmter Kulturinhalte. Der zentrale Anlaß für die Befreiung der im Menschen angelegten Subjektivität ist aber nach Dux die innere Struktur der Polis selbst. Hier entstand nämlich die Vorstellung, daß niemand anders als die Bürger selbst das politische Geschehen bestimmen. Gerade die Tatsache, daß die Polis ein "Klassenstaat in unüberbietbarer Härte" war und dadurch ein entsprechendes Klassenbewußtsein erzeugte, brachte nach Dux die Griechen zu der Einsicht, "daß die Sozialordnung nicht etwas von Ewigkeit her Geltendes ist, sondern erst vom Menschen geschaffen wird" (162). Dieser gewaltigen Erkenntnisleistung der griechischen Antike gegenüber brachte das Mittelalter mit seiner Weiterführung der Suche nach Konstanzsätzen über die Natur und die Aufklärung mit ihrem sogar rückschrittlichen Versuch, auch die Sozialordnung in solchen Konstanzsätzen, in mechanistischen Modellen, zu fassen, keinen nennenswerten qualitativen Fortschritt der Entwicklung des Weltbildes. (163) Was traditionellerweise als Neuzeit bezeichnet wird, ist durch die - für Dux offensichtlich weitgehend vollendete - Polarisierung von sinnfreier Natur und zutiefst sinnhafter Gesellschaft gekennzeichnet, also durch eine weitestgehende Realisierung von menschlicher Freiheit. Der Mensch der Gegenwart kann sich in seinem Handel nicht mehr auf die Götter oder die Welt oder ähnliche Autoritäten berufen, er ist "mit all seinen Handlungen und den Formen seiner Lebensweise vollständig auf sich verwiesen. Er findet, wann immer er versucht, hinter den Vorhang seiner sinnhaften Daseinsweise zu blicken, niemand als sich selbst" (164). Orientieren kann sich der Mensch also nicht mehr an Ethik oder Religion, sondern ausschließlich an sich und an der Verständigung mit Seinesgleichen. (165)

Zurück zu unserer Ausgangsfrage nach der **Entstehung des Individualismus** im Weltbild der Moderne. Dux erklärt, so läßt sich sein Ansatz zusammenfassen, die Entstehung des Bildes vom freien und gleichen Individuum aus der anthropologischen Bestimmung des Menschen zu einem bewußten und freien Wesen, die in der Anfangsphase der menschlichen Entwicklung, der Naturgeschichte noch verdeckt war und im Laufe des fortschreitenden Lernprozesses dann in der griechischen Antike - unterstützt durch einige konkrete sozialgeschichtliche Umstände - den Menschen bewußt wurde. Angelegt ist der menschliche Individualismus bei Dux letztlich schon in der Natur des Menschen: im Autonomieaxiom.

B. SOZIALGESCHICHTLICHE ANSÄTZE

Die drei folgenden Erklärungsansätze für die Entstehung des individualistischen Welt- und Menschenbildes der Neuzeit verwenden als Erklärungsbasis das alltägliche praktische Zusammenleben der Menschen, und zwar in einem zentralen Lebensbereich: der Herstellung der materiellen Lebensbedingungen. Aus Art und Weise dieser ökonomischen Tätigkeit leiten Marx, Lukács und Sohn-Rethel die Art und Weise des Denkens über diese Tätigkeit und auch über andere - in diesem Verständnis sekundäre - Tätigkeiten ab. Marx hat dem ökonomisch geprägten sozialgeschichtlichen Ansatz die Grundargumente geliefert; Lukács und Sohn-Rethel haben an jeweils spezifischen Punkten der Marxschen Analyse mit ihren eigenen Überlegungen angesetzt und diese Analyse weitergeführt.

1. WARENPRODUKTION UND INDIVIDUALISIERUNG (KARL MARX)

Ansatz und Methode

In seinen **Frühschriften** (166) geht es Marx in erster Linie um eine Kritik der zu seiner Zeit vorherrschenden Philosophie. Diese Philosophie, die er als "idealistische" bezeichnet, geht seiner Auffassung nach von irgendwelchen Kategorien wie Geist, Logik oder Staat aus und mißt die empirische Realität daran, inwieweit sie diesen Kategorien entspricht. Der Fehler solchen Denkens besteht darin, daß diese Philosophen, in erster Linie die Hegelianer, nicht die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Kategorien analysiert haben und deshalb glauben, allein durch theoretische Kritik eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen zu können. (167) Idealistische Kritik kann nach Marx zwar herrschende Gedanken als "Phrasen" entlarven, sie kann jedoch diesen Phrasen wiederum nichts anderes als andere Phrasen entgegenhalten. Die idealistischen Philosophen vergessen, "daß sie die wirklich bestehende Welt keineswegs bekämpfen, wenn sie nur die Phrasen dieser Welt bekämpfen." (168)

Nach Marx (und Engels) muß die Philosophie also zu allererst nach dem Zusammenhang zwischen dem Denken und den gesellschaftlichen Bedingungen des Denkens fragen. Damit man bei der Analyse dieser gesellschaftlichen Bedingungen aber nicht selbst wieder einer Phrase aufsitze, vielleicht einer mit einem anderen, also nicht-idealistischen Vorzeichen, muß man diese Analyse mit den "wirklichen Voraussetzungen" beginnen. (169) "Rein empirisch" ergibt sich nach Marx (und Engels) als erste Voraussetzung des Denkens, daß lebendige Menschen existieren müssen. Aufgrund ihrer körperlichen Organisation können Menschen nur am Leben sein und bleiben, wenn sie ein bestimmtes Verhältnis zur Natur eingehen: Sie müssen die Natur ihren Lebensbedingungen entsprechend umgestal-

ten und produzieren sich dabei erst selbst. Dieser Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur ist die Grundvoraussetzung für alle Formen von Bewußtsein über diese tagtäglich seit Menschenexistenz vor sich gehende Selbsterzeugung und Vergegenständlichung des Menschen: Sprache, Religion, Philosophie etc. Bewußtsein ist insofern für Marx (und Engels) nichts anderes als das bewußte Leben des Menschen, eben sein bewußtes Sein.(170)

In seinen **Spätschriften** (171) wendet Marx seine in den Frühschriften dargestellte Methode (die historisch-materialistische) auf die bürgerliche bzw. kapitalistische Ökonomie an. Mit "kapitalistischer Ökonomie" meint er jene Wirtschaftsform, die in Ansätzen bereits in der Antike vorhanden war, die sich dann in den Städten des mittelalterlichen Europas neu entfaltete und zu Marx' Lebzeiten in West-Europa vorherrschend geworden war. Die kapitalistische Ökonomie konstituiert nach Marx die gesamte moderne Gesellschaft in all ihren wesentlichen Erscheinungsformen.

Das Resultat der Analyse dieser Gesellschaft ist im "Kapital" dargestellt. Dort "enthüllt" Marx das "ökonomische Bewegungsgesetz" der modernen Gesellschaft. Wenn die entscheidenden Teile dieser Gesellschaft, also in erster Linie das Proletariat, diesem Bewegungsgesetz auf die Spur gekommen sind, können die "Geburtswehen" der neuen Gesellschaft, der Sozialismus, abgekürzt werden.(172)

So wie der Biologe einen Körper möglichst in seiner entwickelten und ausdifferenzierten Form unter das Mikroskop nimmt und erst so die inneren Gesetze ermitteln kann, so gewinnt Marx seine Erkenntnisse über das Wesen des Kapitalismus ebenfalls erst durch das Studium des fortgeschrittenen Kapitalismus im England des 19. Jahrhunderts.(173) An die Stelle des Mikroskops tritt bei der Analyse der Ökonomie die Abstraktionskraft des Menschen. Diese führt Marx zu dem Ergebnis, daß die "Zellform" der modernen Gesellschaft die Ware ist. Waren sind Gegenstände, die gebraucht und getauscht werden können, also einen Gebrauchswert und einen Tauschwert haben. Von dieser Feststellung ausgehend stellt Marx die Gesamtheit der Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft dar: das Geld, das Kapital, den Zins usw. Diese Darstellung der Kategorien und ihrer inneren Beziehung zueinander ist nach Marx die "ideelle Widerspiegelung des Lebens des Stoffes" selbst.(174) Im Gegensatz zur idealistischen Methode Hegels handelt es sich dabei nach Marx um keine apriorischen Konstruktionen, sondern um überprüfbare Ableitungen aus der für jeden erfahrbaren Wirklichkeit: "Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." (175)

Wie kann aus der Kapitalanalyse nun die Genese des individualistischen Gesellschaftsbildes der Neuzeit abgeleitet werden? Welches

Bild haben die Menschen einer warenproduzierenden Gesellschaft von ihrem Zusammenleben? (176) In einer warenproduzierenden Gesellschaft planen die Individuen ihre gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht von vornherein, sondern jeder arbeitet zunächst als einzelner und stellt erst hernach auf dem Markt fest, ob sich der gesellschaftliche Zusammenhang seiner Einzelarbeit mit der Arbeit der anderen Einzelarbeiter auch tatsächlich herstellt, ob also der Tausch klappt. Gesellschaftlichkeit des Handelns stellt sich also immer erst im Nachhinein her. Weil sich Gesellschaftlichkeit aber erst im Nachhinein und ohne planendes gesellschaftliches Bewußtsein herstellt, also unbewußt, erfahren die Menschen ihre Gesellschaft als etwas ganz eigenartiges: Sie erfahren sie als ein nachträglich mehr oder minder automatisch sich ergebendes Etwas. Sie erfahren sie nicht als das, was sie ist, nämlich eine gemeinsam hervorgebrachte Welt von Menschen, sondern als eine individuell hervorgebrachte Welt von Sachen, nämlich von Waren. Der einzige Bezug der Menschen miteinander bei der Produktion der täglichen Mittel zum Leben ist der über Dinge vermittelte Bezug. D. h. der Bezug der Menschen zueinander erscheint als Bezug von Dingen zueinander. Mit den Worten von Marx: "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen." (177)

Erstes Fazit: Das Gesellschaftliche an der bürgerlichen Gesellschaft erscheint den in ihr lebenden und von ihr befangenen Menschen nicht als solches, sondern in ganz ungesellschaftlichen Bildern. Soweit die noch ganz allgemeine Charakterisierung des bürgerlichen Weltbildes.

Individuum: Fremdheit, Freiheit und Gleichheit

Wenn es also nach Marx in der bürgerlichen Gesellschaft kein bewußtes und planmäßiges Zusammenhandeln der Menschen und dementsprechend auch kein Bild von Gesellschaft als solcher gibt, so hat dies bestimmte Konsequenzen für die Situation des Individuums in dieser Gesellschaft und für dessen Selbstverständnis. Im selben Maß, in dem sich die bürgerliche Produktionsweise entwickelt (beginnend mit ihrer noch ganz untergeordneten Rolle in der Antike (178)), erhält das Individuum eine spezifische Sozialisation und ein spezifisches Bewußtsein: es wird zum bürgerlichen Individuum. Ich möchte im folgenden diesen Prozeß der Herausbildung des bürgerlichen Individuums analog zur Marxschen Darstellungsweise der bürgerlichen Produktionsweise in zwei Stufen trennen, in die Stufe der "einfachen Warenproduktion" (Arbeitskraft tritt noch nicht gesondert als Ware auf) und in die Stufe der "kapitalistischen Waren-

produktion" (Verkauf der Ware Arbeitskraft und Produktion von Mehrwert). Es muß darauf hingewiesen werden, daß "einfache" und "kapitalistische" Warenproduktion dabei keine historischen Epochenbezeichnungen sind, sondern primär analytische Kategorien, und daß in der kapitalistischen Warenproduktion die einfache Warenproduktion als "Zirkulationssphäre" eingegangen und enthalten ist. (179)

Die erste Eigenschaft, die bürgerliche Individuen sowohl in ihrem Handeln realisieren als auch notwendig in ihrem Bewußtsein verankern müssen, ist die wechselseitige **Fremdheit**. Warenproduktion und Warentausch setzen grundsätzlich voraus, daß sich die Menschen nicht als Personen mit allen möglichen sympathischen oder unsympathischen Charakterzügen gegenüber treten, sondern als nichts anderes als Warenbesitzer oder Geldbesitzer. Menschliche Gefühle würden den Tauschvorgang nur stören, verzerren oder gar unmöglich machen. Historisch veranschaulicht: Der Warentausch entstand nicht innerhalb traditioneller Gemeinwesen, wo die Leute gefühlsmäßig miteinander verbunden waren, sondern an den Grenzen zwischen einem Stamm und dem nächsten, wo ein Verhältnis "wechselseitiger Fremdheit" existierte (180); von dort breitete sich die Warenproduktion und die ihr entsprechende Entfremdung der Menschen ins Innere der Gesellschaften aus. Man könnte ergänzen: Dieser Prozeß ereignet sich auch heute noch, und zwar dort, wo die kapitalistische Warenproduktion in der Dritten Welt auf Reste bisher traditionell wirtschaftender Regionen stößt. (181) Die Fremdheit der Individuen untereinander wird also seit Aufkommen der Warenproduktion den beteiligten Menschen von dieser Wirtschaftsform tagtäglich aufgezwungen. Die Menschen erfahren sich selbst immer weniger als Gemeinschaftswesen und immer mehr als Einzelwesen, weil sie tatsächlich immer mehr auf sich selbst gestellt sind.

Diese Fremdheit ändert sich selbstverständlich nicht, wenn man in die Analyse den Umstand mit aufnimmt, daß die Menschen der voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft im England des 19. Jahrhunderts in der Regel nicht mehr mit ihren eigenen Produktionsmitteln arbeiten. Da die Menschen ihre Arbeitskraft an einen Produktionsmittelbesitzer verkaufen müssen (182), um überhaupt arbeiten und leben zu können, spricht Marx von der kapitalistischen Form der Warenproduktion. Das Gesetz der Fremdheit und Gleichgültigkeit hat sich in der kapitalistischen Warenproduktion quasi verdoppelt: es herrscht nun auf zwei Ebenen, auf der Ebene der Zirkulation und der Produktion. Die Entfaltung und Existenz der kapitalistischen Warenproduktion ist es also, die die materielle Gewalt erzeugt, welche den bürgerlichen Menschen von seinem Mitmenschen entfremdet. Nicht irgendeine Idee ist also nach Marx der Grund für die Vereinsamung des Individuums, wie es Max Weber behauptet hat, sondern sie ist umgekehrt ihr Resultat. So jedenfalls die Marxsche Umkehrung des Idealismus.

Die Menschen, die wechselseitig von ihren Gedanken/Gefühlen abstrahieren und insofern einander fremd sind, sind nun zum zweiten nach Marx auch die eigentlichen Subjekte ihres wirtschaftlichen Handelns und insofern **frei**: Während in nicht warenproduzierenden Ökonomien die Menschen ihre ökonomischen Entscheidungen gemeinschaftlich treffen oder diese Entscheidungen von Gemeinschaftsautoritäten gefällt werden, muß in der Warenwirtschaft jeder für sich selbst sorgen. D. h. er muß den Markt beobachten und entscheiden, was er produziert, wieviel er produziert und wie er produziert. Das Individuum bleibt auch dann Subjekt der Ökonomie, wenn es im Rahmen der kapitalistischen Warenproduktion nicht mehr für Produktion und Verkauf der Waren, sondern für Produktion bzw. Reproduktion und Verkauf der Arbeitskraft völlig frei und allein verantwortlich ist. Dieser privaten Vereinzelung entspricht in einfachen und kapitalistischen Warenwirtschaften die staatliche Vergemeinschaftung. Die frühere Identität von Staat und Gesellschaft zerfällt jetzt also in eine Sphäre der Privatheit, die Gesellschaft, und eine Sphäre der Allgemeinheit, den Staat.

Schließlich müssen sich die Warenproduzenten, wenn sie mit ihren Waren auf den Markt gehen und diese gegen andere Waren oder Geld eintauschen, als nicht nur freie sondern auch **gleiche** gegenseitig anerkennen, als menschlich ununterschiedene Warenhüter. Wenn nämlich diese ökonomischen Subjekte ihre Waren auf dem Markt gegeneinander austauschen, müssen sie von den Besonderheiten der jeweiligen Waren, der jeweiligen zugrundeliegenden Arbeiten und der jeweiligen Menschen, die diese Arbeit geleistet haben, abstrahieren. Es bleibt also nur noch übrig, daß sie sich als einander gleichgeltende Individuen, als Repräsentanten von gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit, also der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft bzw. des gesellschaftlichen Werts, betrachten. (183) Mit dieser substantiellen Gleichsetzung der Menschen als Warenproduzenten ist nun ihre formelle Gleichsetzung als Warenkäufer und -verkäufer impliziert: "Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehen, müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des anderen, also jeder nur vermittelt eines, beiden gemeinsamen Willensaktes sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigene veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dieses Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ... ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt." (184) Als Träger eines freien Willens sind sich die bürgerlichen Menschen einander absolut gleich, unterschiedlich sind also nur die Waren, über deren Verwendung sie im Tausch befinden. In vorbürgerlichen Gesellschaften gab es hingegen bekanntlich eine wesentlich personen- oder standesspezifische oder regionalspezifische Ausstattung mit Rechten, der Begriff der Gleichheit der Menschen hatte mithin eine qualitativ andere, wesentlich geringere Bedeutung.

Im Marxschen Erklärungsansatz ist also neben der Idee der Freiheit auch die Idee der Gleichheit der Individuen engstens mit der sozialgeschichtlichen Tatsache der Warenproduktion verbunden. Auch die kapitalistische Form dieser Warenproduktion hält die Menschen nicht davon ab, sich gegenseitig als einander gleiche und freie vorzustellen, denn sie praktizieren diese Gleichheit und Freiheit ja auch Tag für Tag von neuem. Unter Einbeziehung kapitalistischer Bedingungen geschieht dies allerdings mit einer qualitativen Veränderung: Freiheit und Gleichheit im Sinn der einfachen Warenproduktion existieren für den Arbeiter jetzt nur mehr auf der Ebene der Zirkulation (Kaufhaus). In der Produktion (Fabrik) reduzieren sich Freiheit und Gleichheit auf jetzt ganz offensichtlich rein formale Eigenschaften, inhaltlich sind sich Arbeiter und Kapitalist nämlich ganz und gar ungleich bezüglich ihrer jeweiligen Freiheit. Das Abstrahieren vom Inhalt stellt in der Produktion die Grundlage der Ausbeutung dar. Aus diesem ökonomischen Sachverhalt ergibt sich für Marx noch eine weitere Konsequenz: Die Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer ist gleichzeitig die Basis für ihre **politische** Frei- und Gleichsetzung, und die politische Freiheit und Gleichheit ist wiederum die Basis für die ökonomische: "Gleichheit und Freiheit sind ... nicht nur respektiert im Austausch ..., sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke desselben; als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer anderen Potenz." (185) Wenn ich Marx richtig verstehe, so ist an diesem Wechselverhältnis festzuhalten, daß die staatliche Freiheit und Gleichheit zwar selbst Voraussetzung der ökonomischen ist, in letzter Instanz jedoch, ganz entsprechend dem materialistischen Grundpostulat, von der ökonomischen Freiheit und Gleichheit abgeleitet (186).

Die Aufgabe des Staates bleibt auch in der kapitalistischen Warenproduktion prinzipiell dieselbe wie in ihrer logisch-historischen Vorstufe, erhält allerdings eine völlig neue Brisanz: Durch die staatliche Garantie von Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer sieht der Staat von den Inhalten bzw. Unterschieden der Waren (Arbeitskraft einerseits und Produktionsmittel andererseits) bewußt ab, zementiert damit diese Eigentumsunterschiede und wird nach der Marxschen Lehre so zum Klassenstaat.

Das Individuum: Egoismus

Marx erklärt schließlich auch, woher die Vorstellung vom natürlicherweise egoistischen Individuum stammt. Der Egoismus bzw. das Nutzenmaximierungsstreben, das Smith als natürliche Eigenschaft und die moderne Ökonomie als heuristische Annahme versteht, erklärt Marx in den Frühschriften aus der Existenz des Privateigentums, in den Spätschriften aus der in warenproduzierenden Gesellschaften besonderen Existenzform von Privateigentum: von Geld.

Zunächst zur Argumentation der **Frühschriften**: Solange es noch kein Privateigentum gab, beurteilten die Menschen die Gegenstände ihrer Umwelt nach ihrer Eignung zur Bedürfnisbefriedigung. Es gab also keinen Grund, an einem Gegenstand mehr Interesse zu haben, als von diesem Gegenstand für die Stillung des Bedürfnisses erforderlich war. Der Mensch benötigte und betätigte alle seine Sinne (Sehen, Hören, Riechen usw.) im Hinblick auf seine Bedürfnisbefriedigung, seine Aneignung. "Die Aneignung der menschlichen Wirklichkeit ... ist die Betätigung der menschlichen Wirklichkeit. Sie ist daher ebenso vielfach, wie die menschlichen Wesensbestimmungen und Tätigkeiten vielfach sind." (187) Mit der Auflösung des gesellschaftlichen Eigentums und der Einführung des Privateigentums hat sich dies grundsätzlich geändert. "Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben. ... An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten." (188)

Die Formulierung in den **Frühschriften** erklärt jedoch noch nicht, warum sich dieser Sinn des Habens in einer derart schrankenlosen Weise gebärden kann, wie dies im bürgerlichen Menschenbild behauptet wird. Marx erklärt dies im **"Kapital"**, indem er das von der Bedürfnisbefriedigung losgelöste Eigennutzstreben aus der Existenz des Geldes ableitet. (189) In dem Augenblick nämlich, wo Ware nicht mehr gegen Ware, also ein konkreter Gebrauchswert nicht mehr gegen einen konkreten anderen Gebrauchswert getauscht wird, erfährt die gesamte Ökonomie eine fundamentale Veränderung. Der reine Naturaltausch diente den beiden Tauschpartnern einzig und allein zur Befriedigung der jeweils konkreten Bedürfnisse. Eine systematische Ausdehnung der Tauschakte über diesen Bedürfnisbefriedigungszweck hinaus hatte keinen Sinn, zehn eingetauschte Brote bringen unter Naturaltauschbedingungen keinen zusätzlichen Vorteil im Vergleich zu einem, da eines schon vollkommen sättigt und die neun übrigen mit der Zeit ihren Gebrauchswert durch Schimmel oder Austrocknen verlieren würden. Sobald aber Waren zunächst gegen Geld abgegeben werden und dieses Geld dann erst wieder in einen neuen Gebrauchswert verwandelt wird, entsteht die Möglichkeit, den ursprünglichen Tauschakt zu wiederholen, die vorausgehende Produktion auszudehnen. Denn das Geld kann erstens gegen alle möglichen anderen Waren eingetauscht werden und eröffnet so den prinzipiellen Zugang zur gesamten existierenden Warenwelt, zur Entdeckung und Befriedigung aller nur erdenklichen Bedürfnisse. Und das Geld ermöglicht zweitens die Konservierung von Kaufmöglichkeiten, von Wert, es verdirbt prinzipiell nicht.

Diese doppelte Eigenschaft des Geldes, universales aber quantitativ begrenztes Zahlungsmittel und Wertaufbewahrer zu sein, erzeugt zum ersten Mal in der Geschichte den Wunsch und die Möglichkeit der systematischen Schatzbildung, losgelöst von der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung. "Der Trieb der Schatzbildung ist

von Natur maßlos. Qualitativ oder seiner Form nach ist das Geld schrankenlos, d. h. allgemeiner Repräsentant des stofflichen Reichtums, weil in jede Ware unmittelbar umsetzbar. Aber zugleich ist jede wirkliche Geldsumme quantitativ beschränkt, daher auch nur Kaufmittel von beschränkter Wirkung. Dieser Widerspruch zwischen der quantitativen Schranke und der qualitativen Schrankenlosigkeit des Geldes treibt den Schatzbildner stets zurück zur Sysphosarbeit der Akkumulation. Es geht ihm wie dem Welteroberer, der mit jedem neuen Land nur eine neue Grenze erobert." (190) Deshalb hat der Schatzbildner "im Laufe der Zeit" sein Handeln dadurch rationalisiert, daß er das Geld selbst für sich arbeiten läßt: er wurde zum Kapitalisten. Im voll entfalteten Kapitalismus ist dieser professionelle Geldvermehrter als von der Produktion völlig losgelöster Kapitalbesitzer personifiziert. Er hat nur noch eine Aufgabe, nämlich die Wertpapiere (Aktien etc.) so einzusetzen, daß sich die verausgabten Werte maximal vermehren. Die Konkurrenz der anderen Geldvermehrter, die ihn beständig antreiben, ist dabei nur der äußere Ausdruck, die Verlaufs- und Durchsetzungsform dieses zugrundeliegenden Geldwiderspruchs, der selbst wiederum nichts anderes als die entwicklungslogische Konsequenz des in der Zellform der Gesellschaft angelegten Warenwiderspruchs darstellt. Die Konkurrenz zwingt den Kapitalisten also bei Strafe seines Untergangs zur Beschränkung auf diesen einen Handlungszweck: die grenzenlose Vermehrung des abstrakten individuellen Reichtums.

Die Existenz eines solchen ewig unzufriedenen Menschen - sei er nun Schatzbildner oder Kapitalist -, der unbegrenzt Geld ansammelt für unbegrenzt viele potentielle spätere Bedürfnisse, also gerade nicht mehr für wirkliche Bedürfnisse, ist nach Marx die Voraussetzung dafür, daß Theoretiker auf den Gedanken kommen können, die menschlichen Bedürfnisse seien qua Natur unbegrenzt. So lange demgegenüber menschliche Arbeit immer nur im Hinblick auf einzelne konkrete Bedürfnisse getan worden war, war eine solche Nutzenmaximierungsannahme schlichtweg unvorstellbar. (191)

Was für die Nutzenmaximierungsannahme festgestellt wurde, gilt natürlich auch für deren Kehrseite, die Annahme der Knappheit der in der Umwelt des Individuums vorhandenen nutzenstiftenden Mittel. Wenn Geld der allgemeine Ausdruck dieser Mittel ist, so wird in der Begrenztheit jeder konkreten Geldsumme die Begrenztheit der Ressourcen erst richtig erfahrbar. Die Existenz beschränkter Naturvorräte selbst, also die stoffliche Existenz des Reichtums, würde eine solche Beschränktheitsannahme genauso wenig nahelegen, wie das Nicht-Fliegen-Können des Menschen als Beschränkung seiner Bewegungsmöglichkeiten erlebt wird. Und von der gesellschaftlichen Oberfläche her formuliert: Wo die Konkurrenten sich tagtäglich gegenseitig auflauern, um sich den soeben erworbenen Reichtum wieder abzujagen, da muß sich das Ärgernis der Knappheit dieses Reichtums im Bewußtsein verankern. (192)

Marx bietet also, so läßt sich sein Ansatz zusammenfassen, eine ökonomische Erklärung des individualistischen Menschenbildes der Neuzeit an, wobei die Gesetze der Warenproduktion und des Warenaustausches als Erklärungsbasis Verwendung finden. Unabhängig davon, ob die Warenproduktion noch eine einfache ist oder schon eine kapitalistische, stellen sich die in dieser warenproduzierenden Gesellschaft befangenen Menschen ihre Gesellschaft als "wahres Eden der angeborenen Menschenrechte" vor. (193) "Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, ... Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer eigener Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen äquivalent für Äquivalent ... Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Profitinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den anderen kehrt, verbringen alle infolge einer prästabilisierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpfliggigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzes, des Gesamtinteresses." (194) Für Marx sind also Freiheit, Gleichheit und Egoismus keine Natureigenschaften eines in den Mittelpunkt des modernen Weltbilds gestellten Individuums, sondern historisch-gesellschaftliche, mit dem Aufkommen der warenproduzierenden Ökonomie entstandene, Bestimmungen. Indem die Praxis der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion die Menschen zu solchen sich fremden, freien, gleichen und auf Eigennutz hin orientierten Individuen gemacht hat, hat sich auch das Bild von der Zeitgemäßheit bzw. Natürlichkeit dieses modernen Menschen herausgebildet und in wissenschaftlichen Theorien niedergeschlagen. (195) Daß die kapitalistische Form der Warenproduktion mit der Freisetzung und Gleichsetzung der Individuen gleichzeitig die Basis der Ausbeutung schafft - so jedenfalls die Überzeugung von Marx - ist ins moderne Menschen- und Weltbild allerdings nicht mit eingegangen. Es nimmt seine Kategorien nach wie vor aus der einfachen Warenproduktion, die ja - jetzt in verwandelter Gestalt - als Zirkulationssphäre "oberhalb" der Produktionssphäre des Kapitals nach wie vor existent ist. (196)

2. WEITERENTWICKLUNGEN

Marx hat also zu zeigen versucht - dies ist die Quintessenz des vorausgehenden Abschnitts -, daß die Menschen und die Welt erst durch die spezifischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu dem gemacht werden, was sie sind: sich gegenseitig fremde, freie, gleiche und egoistische Individuen, die ihre Gesellschaft nicht bewußt und gemeinsam herstellen, deren Gesellschaft vielmehr als unbeabsichtigtes Nebenprodukt ihres

individuellen Handlungskalküls entsteht. Als ebensolche Individuen erfahren sie sich und ihre Gesellschaft (Welt) dann notwendigerweise auch. Georg Lukács und Alfred Sohn-Rethel gehen nun, was dieses Sich-selbst-Erfahren angeht, einen Schritt weiter als Marx. Sie thematisieren die Frage, warum es keinen anderen Weg als diesen spontanen Weg des Bewußtseins gibt, oder genauer: warum ein anderes Bewußtsein nur unter größten Anstrengungen erlangt werden kann.

a. Georg Lukács: Warenproduktion und Verdinglichung

Sein Anknüpfungspunkt

Georg Lukács hat sich in seiner Untersuchung "Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats" (197) zum Ziel gesetzt, einige bei Marx nur angedeutete Erklärungen bürgerlichen Bewußtseins weiterzuverfolgen. Im Zusammenhang mit unserem Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma ist dabei bemerkenswert, daß Lukács, über Marx teilweise hinausgehend, weitere für das Paradigma ganz wesentliche Denk Voraussetzungen aus der Warenwirtschaft abzuleiten versucht. Als Zentralbegriff der Bewußtseinsanalyse von Lukács verwendet er den Begriff der "Verdinglichung".

Wie kommt Lukács zu diesem Begriff und was leistet er? Ausgangspunkt ist das von Marx entdeckte Phänomen des Warenfetisch: Die Menschen planen nach Marx ihr Zusammenleben nicht bewußt und gemeinschaftlich (vgl. oben). Jeder plant demgegenüber für sich allein und hofft, daß sich seine Pläne bzw. seine Produkte auf dem Markt schon mit anderen Plänen bzw. Produkten verbinden bzw. austauschen lassen. Die Menschen laufen hinter den von ihnen produzierten Dingen her und freuen sich, wenn die Dinge sich als gesellschaftlich akzeptierte erweisen. Die Dinge werden zu Subjekten, die Menschen zu ihren Anhängseln.

Wenn menschliche Produkte als solche nicht mehr kenntlich sind und darüberhinaus ein Eigenleben erhalten, so bietet sich ein Vergleich mit der "religiösen Welt" an. "Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist." (198)

Lukács greift diesen Punkt aus der Marxschen Analyse heraus. "Das Wesen der Warenstruktur ... beruht darauf, daß ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit und auf diese Weise eine 'gespenstige Gegenständlich-

keit' erhält, die in ihrer strengen, scheinbar völlig geschlossenen und rationellen Eigengesetzlichkeit jede Spur ihres Grundwesens, der Beziehung zwischen Menschen verdeckt." (199) Lukács will nun die aus diesem Wesen der Warenstruktur resultierenden Konsequenzen für Bewußtsein und Verhalten der Menschen, der Bürger wie der Proletarier (200), thematisieren. Dadurch erst gelangen wir zu "einem klaren Blick in die Ideologieprobleme des Kapitalismus und seines Untergangs" (201). Für alle im Kapitalismus lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit, bedeutet Verdinglichung also, daß dem Menschen seine eigene Tätigkeit als etwas von ihm Losgelöstes, durch menschenfremde Eigengesetzlichkeit Beherrschtes, gegenübertritt: Sowohl die von ihm schon geschaffene Umwelt als auch sein augenblickliches Schaffen an dieser Umwelt scheinen nichts mit ihm selbst zu tun zu haben. (202)

Sein Beitrag

Worin besteht nun diese Eigengesetzlichkeit der verdinglichten Welt und des verdinglichten Handelns. (203) Verfolgt man den Entwicklungsprozeß der menschlichen Arbeit in der Warenwirtschaft, so stellt man eine kontinuierliche Ausschaltung der menschlich-qualitativen Komponenten der Arbeit fest: Einerseits durch die wachsende Zerlegung der Arbeit in immer abstraktere Teiloperationen, wodurch der Bezug des Arbeiters zum Produkt verloren geht. Andererseits durch das dem Arbeiter aufgezwungene Durchschnittstempo der Arbeit. Sowohl die immer kleiner werdenden Teiloperationen, wie auch das Durchschnittsmaß der Arbeitszeit treten dem Arbeiter als objektive Gegebenheit gegenüber, nicht als subjektiv Gestaltetes. Die hier zum Ausdruck kommende Eigengesetzlichkeit nennt Lukács das Prinzip der auf Kalkulierbarkeit eingestellten Rationalisierung. Diese Rationalisierung, die Objekt und Subjekt der menschlichen Tätigkeit zerreißt, hat zur notwendigen Folge, daß jedes dieser zerrissenen Teile sich verselbständigt, sich unabhängig von den anderen Teilen nach eigener Logik weiterentwickelt. (204) Diese Eigengesetzlichkeiten wirken nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Staat oder Wissenschaft.

Die Verselbständigung der **Wissenschaften** ist nun für die Frage der Entstehung des modernen Welt- und Menschenbildes besonders relevant und steht auch bei Lukács im Vordergrund der weiteren Analyse. Durch die vom Rationalisierungszwang aufgenötigte Verselbständigung der einzelnen Fakultäten, Disziplinen und Theorien – und dies ist nach Lukács eine folgenschwere Implikation – gerät "das Bild des Ganzen verloren" (205), wird "die Totalität der Wirklichkeit in Stücke gerissen" (206). Je mehr aber die Wirklichkeit, also z. B. das menschliche Zusammenleben in einer bestimmten Region und in einem bestimmten geschichtlichen Zeitraum, auseinandergerissen wird in volkswirtschaftliche, soziologische, politologische, psychologische und pädagogische Theorien, desto mehr entfernt sich die moderne Wissenschaft von den "Seins-

problemen", desto unverständlicher muß der Wissenschaft ihr eigener Gegenstand werden. Wie einem Fließbandarbeiter der Gesamtzusammenhang der Produktion bzw. das Gesamtprodukt oft völlig unbekannt ist, so wird die Wissenschaft, je wissenschaftlicher sie ist, desto mehr "zu einem formell abgeschlossenen System von speziellen Teilesetzen". (207)

Diesem System gilt "die außerhalb des eigenen Bereichs liegende Welt und mit ihr sogar in erster Reihe die ihm zur Erkenntnis aufgegebene Materie, sein eigenes, konkretes Wirklichkeitssubstrat als methodisch und prinzipiell unerfaßbar". (208) So wie sich der einzelne Arbeiter in der warenproduzierenden Gesellschaft zwangsläufig immer mehr von den menschlich-qualitativen Seiten der Arbeit losgelöst sieht und allein von sachlich-quantitativen Erfordernissen (Teioperationen, Durchschnittsmaß) beherrscht wird, so wird die Wissenschaft nicht von Fragen nach dem Substrat bzw. der Qualität des Seienden sondern von Fragen nach den **Formen** bzw. den Quantitäten innerhalb der jeweiligen einzelwissenschaftlichen Formsysteme bestimmt. Nur so kann die Wissenschaft das von ihr erwartete Maß an Kalkulierbarkeit auch tatsächlich einhalten. Auch kann sie nach Inhalten gar nicht mehr fragen, weil sie vorweg ihren Gegenstand schon aufgrund dieses Kalkulationserfordernisses in Teile auseinandergerissen hat, und zwar nach formalen Gesichtspunkten; so daß die Analyse dieser Teile selbst nur formalistisch geschehen kann. Die ganz bewußt praktizierte und verkündete "Gleichstellung von formell-mathematischer, rationaler Erkenntnis einerseits mit Erkenntnis überhaupt, andererseits mit 'unserer' Erkenntnis" ist für Lukács das "charakteristischste Kennzeichen dieser ganzen Epoche". (209)

Eine Wissenschaft, die sich nicht für die Inhalte sondern für die Formen der Wirklichkeit interessiert und dementsprechend die Gesellschaftsphänomene wie Naturphänomene behandelt, die alles zu messen und zu quantifizieren trachtet, wird als Positivismus bezeichnet. Positivisten wollen nur das faktisch oder positiv Gegebene zum Gegenstand machen und alle Spekulationen über ein hinter dem positiv Gegebenen liegendes Wesen der Gesellschaft in den Bereich der Metaphysik abschieben. Solche positivistische Wissenschaft, so eines der wichtigsten Resultate der Verdinglichungsanalyse von Lukács, ist die der warenproduzierenden Gesellschaft adäquate Wissenschaftsform. Sie ist eine aus dem Warenfetisch notwendig resultierende Denkform, nicht nur weil die Warenproduktion gesellschaftliches wie Dingliches erscheinen läßt, sondern weil die ihr spezifische Rationalität das Zusammenhängend-Substantielle zerreißt und deshalb als Objekt der Wissenschaft nur mehr das Isoliert-Formelle an den Gegenständen übrig läßt. (210)

Was bietet der Erklärungsansatz von Lukács für das Verständnis unseres **Paradigmas**, insbesondere seines Menschenbildes an? Zum

einen erklärt er, warum unter den spezifischen Bedingungen einer Warenwirtschaft die Idee aufkommen kann, man brauche sich nur den Menschen anzuschauen, wie er ist, und dann wisse man über ihn Bescheid. Die Identifikation von formeller Erkenntnis und Erkenntnis überhaupt ist nach Lukács ein Resultat dieser spezifischen ökonomischen Form. Wenn sich der Mensch für den positivistischen Betrachter zudem als in bestimmten wichtigen Aspekten freier, gleicher und egoistischer erweist, so ist es wiederum gerade für eine unter dem Warenfetisch "leidende" Gesellschaft charakteristisch, daß sie diese Eigenschaften als natürliche Züge des Menschen bewertet. Diese Gesellschaft hat nämlich keinen Begriff von Gesellschaft oder Entwicklung, ihr erscheint alles dinglich. Und daß schließlich eine solche Gesellschaft Wissenschaft als Einzelwissenschaft betreibt, daß sie diesen Menschen volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich, historisch, soziologisch, philosophisch usw. untersucht, d. h. in die jeweiligen von einander isolierten formalen Eigenlogiken einordnet und es schon lange aufgegeben hat, das ganze menschliche Leben zu begreifen, ist für Lukács nichts anderes als die Folge der aus der Not der Kalkulierbarkeit geborenen Aufteilung und Verselbständigung der menschlichen Lebensbereiche, seien es Arbeitsgänge oder Erkenntnisprozesse.

b. Alfred Sohn-Rethel: Warenproduktion und Rationalisierung

Sein Anknüpfungspunkt

Wenn man sich das Argument von Lukács näher anschaut, so stellt man fest, daß er zwar die Notwendigkeit, nicht aber die Möglichkeit des rein formalen Denkens oder Erkennens ableitet. Die Warenproduktion braucht zwar die Berechenbarkeit aller Handlungen, aber wie ist diese gedankliche Leistung überhaupt möglich? Zu diesem Problem der Möglichkeit des rein formalen Denkens, also auch der Möglichkeit der ganzen formalistischen Wissenschaft, hat der Marxist Sohn-Rethel einen interessanten Ansatz geliefert. In "Warenform und Denkform" (211) will er die Entstehung des "reinen Verstandes", also des von konkreten Inhalten losgelösten rein formal-logischen Denkens, aus den Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion ableiten. (212)

Beim Warentausch vollziehen die beteiligten Menschen eine Realabstraktion (213): Sie sehen von den unterschiedlichen konkreten Qualitäten der beiden Waren ab und setzen sie als Quantitäten gleich. In ihrem Denken befestigt sich also mit der täglichen Tauschpraxis, daß es neben den konkret-sinnlichen Eigenschaften ihrer Produkte noch etwas anderes gibt, das zunächst unsichtbar bleibt. Es muß etwas sein, das in beiden zu tauschenden Waren gleichermaßen enthalten ist, so daß der Tausch überhaupt erst möglich wird. Dieses unsichtbare Substrat aller Waren ist die Verkörperung abstrakt menschlicher Arbeit, die Marx Wert genannt hat. Der Wert

einer Ware ist der in ihr enthaltene "winzige" Anteil der Gesamtarbeit einer Gesellschaft. M. a. W.: Er ist die Konsequenz der - freilich nicht bewußt geplanten - Aufteilung der in einer Gesellschaft anfallenden Gesamtarbeit auf die Gesellschaftsmitglieder.

Im Laufe der Entwicklung der Tauschpraxis entsteht bei den Tauschpartnern nun das praktische Bedürfnis, dieses unsichtbare Wertsubstrat sichtbar zu machen, um die beim Tausch auftretenden bekannten Probleme immer mehr zu vereinfachen. In dem Maße, wie das Wertsubstrat sichtbar wird, muß es Gestalt d. h. Form annehmen. Anfangs ist die Wertform von den konkret-sinnlichen Eigenschaften der Waren, ihrem Gebrauchswert, noch nicht unterschieden, Stühle oder Rinder werden dann sowohl als Gebrauchsmittel als auch als Wertdarstellungsmittel verwendet. Mit der Zeit bildet sich jedoch eine reine Wertgestalt heraus, die keine andere Aufgabe hat, als den Wert bzw. die in einer Ware enthaltene gesellschaftliche Durchschnittsarbeit darzustellen: das Geld. Die am Anfang der Warenwirtschaft nur logisch erschließbare aber sinnlich unsichtbare Wertsubstanz erhält also auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Warenproduktion eine konkret-sinnliche Form. Was vorher nur Inhalt war ist jetzt als Geld nur Form. Zwischen diesen beiden Entwicklungspolen vollzieht sich eine kontinuierliche Formwerdung der Wertsubstanz.

Sein Beitrag

Aus dieser bei Marx dargestellten Entwicklung der Wertform schlußfolgert Sohn-Rethel nun die Entstehung einiger **Zentralbegriffe der bürgerlichen Philosophie**. Als solche Zentralbegriffe gelten ihm zu allererst das Begriffspaar "Substanz und Form" bzw. "Substanz und Akzidenz". (214) Dadurch, daß sich in der Wirklichkeit der Warenproduktion ein Objekt, nämlich der Wert, von der reinen Nicht-Form zur reinen Form fortentwickelt, ist es erst möglich, daß die Menschen in ihrem Denken Inhalt und Form konsequent trennen und zudem das eine aus dem anderen ableiten können, hier nämlich die Form aus dem Inhalt. Die Menschen erleben zum zweiten in ihrer Alltagspraxis, daß eine gleichbleibende Wertsubstanz beim Tausch von einem Warenleib in den anderen wandert, seine Form also ändert, und sie erleben ferner, daß dieser zweite Warenleib im Laufe der Entwicklung zur reinen Wertform, nämlich zu Geld, geworden ist. Da Substanz also etwas Gleichbleibendes, Form etwas Bewegliches ist, konnten in warenproduzierenden Gesellschaften auch die philosophischen Begriffe "Ruhe" und "Bewegung" entstehen. Schließlich will Sohn-Rethel auch philosophische Grundbegriffe wie "Kausalität" oder "Raum und Zeit" aus der im Warenverkehr tagtäglich praktizierten Realabstraktion ableiten. (215)

Sohn-Rethel sieht sich durch den Verlauf der realen Geschichte in seiner logischen Ableitung bestätigt. (216) Mit der ersten Münzprägung um etwa 680 v. Chr. in Lydien und Ionien sieht er gleich-

zeitig die Geburtsstunde der abendländischen Philosophie. Wenn die münzprägende Autorität Gewicht und Feingehalt der Münzen garantiert und verspricht, verschlissene Münzen durch neue zu ersetzen, dann ist "das Postulat der materiellen Unveränderlichkeit des Äquivalents auf unbegrenzte Zeit formell anerkannt und als gesellschaftliches Postulat von empirisch-physikalischen Eigenschaften dieses oder jenes Metalls ausdrücklich unterschieden". (217) Diese ausdrückliche Unterscheidung von Form und Inhalt schuf die Voraussetzung für die griechische Philosophie. (218) Als einen der ersten Kronzeugen dieser neu gewonnenen menschlichen Fähigkeit des abstrakten Denkens nennt Sohn-Rethel Demokrit. Die aktuellen Klassenkämpfe jener Zeiten machten nach Sohn-Rethel aus diesen Voraussetzungen mit mehr oder minder großer Verspätung wirkliche philosophische Gebäude, in deren Zentrum sich die Begriffe Substanz, Akzidenz, Bewegung usw. befinden. Während im alten Griechenland nur Vollbürger als befähigt galten, mit der reinen Ratio umzugehen, wird in der Neuzeit die Ratio zum prinzipiell allen Menschen zugänglichen Gut, die Ratio geht nach Sohn-Rethel von den Ausbeutern zu den Ausgebeuteten über. Als grundsätzlicher Zusammenhang gilt in Sohn-Rethels Erklärungsansatz: Je mehr Warenwirtschaft desto mehr abstraktes sprich formales Denken. Dieses abstrakt-formale Denken wurde nicht nur möglich, sondern auch aufgrund der (mit der Warenwirtschaft zunehmenden) Entfremdung notwendig: "Das Licht der Ratio geht auf mit der Verdunklung des eigenen Seins für den Menschen. Sie entsteht als das gesellschaftlich unentbehrliche Mittel, die Produktion nach den Bedingungen der vollendeten Entfremdung zu organisieren." (219)

Sohn-Rethel versucht also plausibel zu machen, warum mit dem Aufkommen der Warenproduktion die Idee entsteht, der Mensch besitze einen reinen Verstand, könne mit dessen Hilfe rein formal-abstrakt sich der Wirklichkeit entgegenstellen und könne sogar mithilfe dieses seines Rationalismus die Wirklichkeit begreifen. **Sohn-Rethel und Lukács** leiten die Denkform des Positivismus aus der bürgerlichen Ökonomie ab, und zwar ihre Möglichkeit sowie ihre Notwendigkeit. Nimmt man die Argumente von Sohn-Rethel und Lukács zusammen, so erhält man ein Erklärungsangebot dafür, warum im bürgerlichen Selbstverständnis der Formaspekt der Wirklichkeit bis zu Marx eine so herausragende Rolle spielte, der Inhaltsaspekt demgegenüber als unerkennbar galt. Formal ist der bürgerliche Mensch frei und gleich und damit nur als solcher vorstellbar, diese formale Betrachtung bestimmte das bürgerliche Menschen- und Weltbild. Erst Marx gelang, so jedenfalls das Fazit der marxistischen Argumentation, der dialektische Bezug von Form und Inhalt, die Rekonstruktion der Form aus dem Inhalt. Erst so konnte die Doppeldeutigkeit und Problematik von Individualität, Freiheit und Gleichheit auf den Begriff gebracht werden. (220)

C. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ausgangspunkt der Frage nach den Wurzeln war die unbestrittene Tatsache, daß etwa ab 1600 in Europa ein Umbruch des Welt- und Menschenbildes stattgefunden hat. Die Frage lautete: Warum war das neue Welt- und Menschenbild genau so, wie es war? Warum kamen die Menschen auf die Idee, daß an die Stelle des allgegenwärtigen Gottes als Ansatzpunkt des Denkens der isolierte Einzelmensch treten muß? Und: Warum stellten sich die Menschen dieses Individuum als frei, gleich und eigennützig vor? Denkbar wäre doch zunächst auch, daß an die Stelle des theozentrischen Weltbildes ein zwar anthropozentrisches aber nicht-individualistisches getreten wäre: Beispielsweise ein kollektivistisches, das die Eingebundenheit des Individuums in die Gemeinschaft hervorhebt, oder ein ökologisches, das die Eingebundenheit in die Naturprozesse betont. Im Rahmen eines kollektivistischen Menschenbildes wären den Menschen andere Eigenschaften zugeschrieben worden, etwa deren individuelle Abhängigkeit vom Wohlergehen der Gemeinschaft (statt Freiheit), deren Unterschiedlichkeit bezüglich ihrer körperlichen, intellektuellen und psychischen Ausstattung (statt Gleichheit) oder deren Verantwortlichkeit für die jeweilige Bezugsgruppe (statt Egoismus). Im Rahmen eines ökologischen Menschenbildes hätte man die Abhängigkeit des menschlichen Lebens von den Kreisläufen der Natur und die gemeinschaftliche Anpassung an diese Kreisläufe betonen müssen. Dies alles war jedoch nicht der Fall.

Die vorgeführten Erklärungsansätze unterschieden sich zunächst dadurch, daß die einen als Erklärungsbasis mehr auf geistige Prozesse, die anderen mehr auf sozialgeschichtliche Prozesse zurückgriffen. Die **geistesgeschichtlichen Ansätze** unterschieden sich ihrerseits darin, daß sie die Wurzeln für das neuzeitliche Menschenbild in unterschiedlichen Tiefen des historischen Bodens der Gegenwart ausmachten: Ein Ansatz sieht in der kalvinistischen Vorstellung von der Gnadenwahl und der damit verbundenen methodischen Selbstkontrolle eine wichtige Wurzel des methodischen Individualismus der Neuzeit, ein anderer erkennt in der protestantischen Idee von der Natur als entscheidender Offenbarungsgrundlage den Nährboden des neuzeitlichen Empirismus. Bereits in der katholischen Lehre von der Verwerflichkeit der theoretischen Neugierde macht ein anderer Autor den eigentlichen aufklärerischen Wachstumsfaktor aus, und ferner wird im Stellenwert des individuellen Gewissens und der universellen Bruderschaft für das katholische Christentum die Basis für den neuzeitlichen Individualismus und Egalitarismus gesehen. Schließlich verweist man auch auf die geistesgeschichtliche Bedeutung der griechischen Antike, auf die Polis, in der der Mensch zum ersten Mal die Gestaltbarkeit der Gesellschaft nach nichts anderem als nach dem individuellen Willen der Menschen selbst erfahren habe. Die Autoren unterscheiden sich auch dadurch, daß sie unterschiedliche Arten von Belege für die jeweili-

gen Thesen nennen bzw. sich offensichtlich mit unterschiedlichen historischen Materialien beschäftigt haben. So führt Max Weber hauptsächlich Seelsorgepraktische Texte als Beleg an, Robert Hooykaas in erster Linie Zitate von protestantischen Naturwissenschaftlern oder Günter Dux hauptsächlich biologisch-anthropologische und kultur-anthropologische Theorien und Materialien. Inwieweit diese epochenbezogene und materialbezogene Auswahl die jeweiligen Ergebnisse bereits vorwegbestimmt hat, soll hier nicht weiter verfolgt werden.

Als **sozialgeschichtliche Entstehungs- und damit Erklärungsfaktoren** wurde auf die Gesetzmäßigkeiten der sich gleichzeitig mit den oben genannten geistigen Prozessen ausbreitenden modernen Warenwirtschaft verwiesen. Warenproduktion geht nach Auffassung der betreffenden Autoren einher mit wechselseitiger Fremdheit, Freiwilligkeit, Gleichheit und Eigennutzstreben der Individuen. Warenwirtschaft produziert auch die Notwendigkeit, Gesellschaft wie einen Sachzusammenhang zu begreifen, sich ihr also positivistisch nähern zu müssen. Daraus folgt, daß es für die in der Warenproduktion befangenen Menschen keinen Grund gibt, hinter den positiv gegebenen und sinnlich erfäßbaren Formen noch andere, vielleicht sogar konträre inhaltliche Bestimmungen zu vermuten und zu suchen. Schließlich produziert die Warenwirtschaft durch den ihr innewohnenden Zwang zur Realabstraktion auch die Möglichkeit zu einem solchen ausschließlich an den Formen der gesellschaftlichen Wirklichkeit interessierten Denken.

Problem der Erklärungsansätze

Wie zu Beginn des Abschnittes über die Wurzeln des Paradigmas angedeutet, ist es nicht meine Absicht, diese Erklärungsansätze einem irgendwie gearteten Vergleich zu unterziehen. Diese Theorien, die alle um das Thema "Entstehung der Neuzeit" zentriert sind, sollten nur nebeneinander gestellt werden, um Ausgangspunkte und Resultate einmal parallel zu einander zu präsentieren, was meines Wissens bisher durchaus ungewöhnlich ist. Andeutungsweise sei jedoch bezüglich der Erklärungskraft dieser Ansätze folgendes angemerkt (als Vorschlag zur Strukturierung einer notwendigen weiteren Diskussion dieser Fragen):

Diejenigen Erklärungsansätze, die sich in letzter Instanz auf Ideen berufen - Weber, Hooykaas, Blumenberg, Nelson und Dux - lassen zwei **Fragen unbeantwortet**: die Frage nach dem Entstehungsgrund der Idee selbst und die Frage nach dem Grund der Durchsetzungsfähigkeit der betreffenden Idee gegenüber anderen, gegen die sie angetreten ist. Bezogen etwa auf den Ansatz Max Webers: Warum entstand in der Mitte des 16. Jahrhunderts genau diese Lehre der Prädestination mit ihren charakteristischen Auswirkungen auf das irdische sprich wirtschaftliche Verhalten der Menschen? Oder, wenn man die Vorgeschichte der christlich-jüdischen Tradition mit ein-

bezieht: Warum stelle man sich im Okzident Gott als Handelnden, den Menschen als Werkzeug vor? Warum wurde am Ende der sogenannten magischen Phase die Gottesvorstellung in allen Kulturen systematisiert? Warum existierte quasi zu Beginn der Religionsgeschichte so etwas wie Magie? Diese Fragen verlangen nach weiterführenden Erklärungen, etwa einen Verweis auf wieder anderer noch grundsätzlicher Ideen, die zeitlich vorausgehen (kausale Gründe) oder zeitlich nachfolgen (funktionale Gründe), die im Individuum (subjektive Gründe) oder außerhalb (objektive Gründe) angesiedelt sind. Dasselbe gilt für die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit. Eine echte Erklärung müßte ein allgemeines Prinzip angeben können, nach dem sich Vorstellungen etwa über Gott oder den Menschen weiterentwickeln, so wie dies etwa im Prinzip der "Autonomieerhöhung" bei Dux oder im Prinzip der "Komplexitätsreduktion" bei Luhmann postuliert wird. Erst wenn ein solcher universaler Grund genannt ist, kann man sich darüber unterhalten, ob der genannte Grund auch als plausibles Explanans mit ausreichendem Wahrheitsgehalt akzeptiert werden kann. Jeder Abbruch einer Erklärungskette unterhalb solcher grundsätzlicher Klärungen setzt sich dem Verdacht der Nicht- oder Selbsterklärung aus.

Wenn - wie bei Marx, Lukács und Sohn-Rethel - materielle Bedingungen als letztlliche Erklärungsinstanz angeführt werden, nämlich die Warenproduktion, bleiben zunächst genau dieselben Fragen offen: Warum entsteht die Warenproduktion, warum wird sie beibehalten? Welche dahinterstehenden materiellen Gesetzmäßigkeiten - kausale oder funktionale, subjektive oder objektive - machen die Entstehung und Durchsetzung von Warenproduktion als spezifischer Form der Arbeitsteilung plausibel?

Ein weiterer Problemkreis, der hier nur angerissen werden soll, ist die Frage, inwieweit die in diesem Abschnitt über die Wurzeln des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas getroffene Unterscheidung zwischen ideengeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Erklärungsansätzen, die zunächst rein phänomenologisch berechtigt scheint, auch einer tiefergehenden Prüfung standhält. So berufen sich besonders Nelson und Dux auf viele nicht weniger sozialgeschichtlich-ökonomische Randbedingungen innerhalb ihrer Ableitungen als die von Marx genannten, so daß von daher eine solch strenge Trennung der beiden Theoriesorten weiter zu hinterfragen wäre. Genauso wenig kann von vornherein entschieden werden, ob die Marxsche Ableitung letztendlich ohne kausale subjektiv-mentale Variablen auskommt. Die Frage, ob sich die Menschen zuerst als fremde, freie, gleiche und egoistische Wesen betrachten mußten und immer wieder müssen, um sich im Warentausch auch so zu handeln, oder umgekehrt, kann auch von den Marxisten als nicht endgültig gelöst beansprucht werden. Diese Frage müßte erst im Lichte konkreter historischer bzw. psychologischer Untersuchungen im Detail geprüft werden. Auch müßte am konkreten Material erst nachgewiesen werden, wie aus den sich in der

Ökonomie manifestierenden Denk- und Handlungsprinzipien philosophische bzw. religiöse Denk- und Handlungsprinzipien bzw. religiöse Lehren werden.

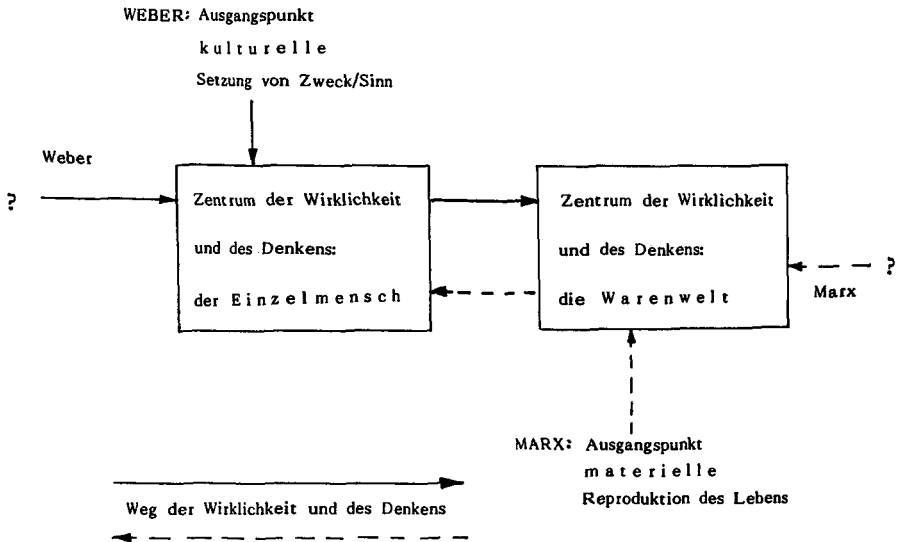
Trotz der beiden Ansätzen gleichermaßen anhaftenden Grenzen der Erklärungsreichweite (offene Fragen) und der genannten Relativierung bezüglich ihrer eingangs behaupteten Gegensätzlichkeit (ideel - materiell) möchte ich ein Unterscheidungskriterium vorschlagen, das u. U. auch eine **Bewertung beider Ansätze** ermöglichen könnte. Erinnert man sich an den besonders in den sechziger und siebziger Jahren geführten Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, so kann meiner Meinung nach aus der dort artikulierten dialektischen Theorie der Frankfurter Schule ein interessanter Aspekt als Unterscheidungskriterium zwischen beiden Ansätzen herangezogen werden. Einer der Kernpunkte des Streits war die Rolle von Methoden, Definitionen, wissenschaftlichen Standards u. ä. Während die Kritischen Rationalisten von theoretischen Konstruktionen Fruchtbarkeit verlangten, etwa im Hinblick auf die Entstehung möglichst weitreichender Erklärungszusammenhänge, bekannten sich die Vertreter der Frankfurter Schule primär zum Postulat der Gegenstandsadäquatheit ihrer Vorgehensweisen und Grundbegriffe: "Die Sozialwissenschaften müssen sich vorgängig der Angemessenheit ihrer Kategorien an den Gegenstand versichern, weil Ordnungsschemata, denen sich kovariante Größen nur zufällig fügen, unser Interesse an der Gesellschaft verfehlen." (221) Diese Angemessenheit der Kategorien sei dann immer wieder dialektisch mit den mithilfe dieser Kategorien gemachten Erfahrungen zu verbinden, Metaebene immer wieder von neuem auf Theorieebene zu beziehen. (222) Nun stellt sich natürlich die Frage, welches Wissen über den Gegenstand als Ausgangspunkt, also vor Inangangsetzung jenes dialektischen Prozesses, überhaupt schon verfügbar sein kann. Und hier weichen die Antworten von Marx und Weber in der Tat von einander ab, zwei konträre Anthropologien werden sichtbar.

Diese Anthropologien können an der Tatsache illustriert werden, daß beide je charakteristische Seinsbereiche aus ihrer Betrachtung ausklammern. Welche Voraussetzungen die kapitalistische Ökonomie etwa erst möglich machten, welche Rolle ein - wie auch immer bestimmtes - rationalistisches Potential im Menschen dabei spielt, läßt Marx offen. Welche Voraussetzungen den zwecksetzenden und seine Mittel rational kalkulierenden Einzelmenschen möglich machen, welche Rolle die - wie auch immer bestimmte - Umgebung des Menschen spielt, beantwortet Weber nicht. M. a. W.: Was sich im Menschen abspielt, ist für Marx letztlich eine abhängige Variable dessen, was außen ist: die Reproduktion des materiellen Lebens aufgrund der "körperliche(n) Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur" (223). Für Weber dagegen ist das, was sich außerhalb des Menschen abspielt, letztlich eine abhängige Variable dessen, was

innen vor sich geht: die gedankliche Setzung von Zwecken und die Zuordnung von Mitteln, und zwar aufgrund der "transzendentalen Voraussetzung jeder Kulturwissenschaft", der Tatsache nämlich, daß der Mensch ein "Kulturwesen" ist (224). Hier sehe ich den zentralen Unterschied der beiden Anthropologien.

Nun mag von Marx-Kennern eingewendet werden, auch Marx habe z. B. in seinem berühmten Vergleich zwischen einer Biene und einem Baumeister dem menschlichen Handeln attestiert, es würde sich gegenüber dem tierischen Verhalten dadurch auszeichnen, daß der Handelnde vor jeder Handlung bereits eine Vorstellung von seiner Handlung und dem dazugehörigen Resultat im Kopf habe. (225) Demgegenüber möchte ich anmerken, daß es sich bei dieser Behauptung erstens um eine reine Spekulation handelt, und daß diese Unterscheidung zweitens methodologisch bzw. im Zusammenhang mit der Erklärung von Handeln letztendlich für das Marxsche Gesamtsystem der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft folgenlos bleibt.

Schema X: Die gegensätzlichen Anthropologien und Methodologien von Marx und Weber



Zum einen haben Marx (und Engels) in der "Deutschen Ideologie" schon deutlich herausgestellt, daß jede Analyse mit den empirisch gegebenen materiellen Voraussetzungen zu beginnen sei und daß "erst nach" der Betrachtung von vier zentralen materiellen Voraussetzungen der menschlichen Existenz festgestellt werden müsse, "daß der Mensch auch 'Bewußtsein' hat", allerdings "zuerst bloß Bewußtsein über die nächste sinnliche Umgebung". (226)

Zum andern zeichnet sich gerade die kapitalistische Gesellschaft dank ihrer gewaltigen allseitigen Entfremdung und Verdinglichung durch einen solchen "Überhang an Objektivität" (227) aus, daß die "an die Wand gedrückte" Subjektivität niemals als letztendliche befriedigende Erklärungsbasis für menschliches Handeln fungieren kann. Der subjektive Faktor ist, so meine Marx-Interpretation, in der Marx-schen Begrifflichkeit als Restkategorie zu verstehen. (Unter nicht entfremdet-verdinglichten gesellschaftlichen Bedingungen dürfte sich dieses Problem nach Marx dementsprechend anders darstellen.) Webers Anthropologie hält demgegenüber an der fundamentalen Zwecksetzungsfähigkeit des Menschen als letztem Bestimmungsgrund seines Handelns fest (vgl. dazu den Abschnitt über Max Weber in Teil D). (228)

Zum Abschluß noch eine Andeutung zur Bewertung der beiden Anthropologien: Schließt man sich nicht der Kritisch Rationalen Schule sondern der Frankfurter an, strebt man also zu allererst nach einer gegenstandsadäquaten und dialektischen Herangehensweise an das zu untersuchende Objekt, so spricht meiner Meinung nach zweierlei für eine sozialgeschichtliche Anthropologie als methodisches Prinzip. In einem ersten Annäherungsschritt an den Gegenstand empfiehlt es sich nämlich, solche Bestimmungen des Gegenstands festzuhalten, über deren Vorliegen man sich möglichst sicher sein kann und die tatsächlich für den Gegenstand ohne weitere Detailkenntnisse als bestimmend angenommen werden können. Aus beiden Gründen spricht meiner Meinung nach einiges für die heuristische Wahl einer primär sozialgeschichtlich-materialistischen Anthropologie: Ihre allerersten Gegenstandsaussagen (über die materiellen Lebensbedingungen) sind weitestgehend empirischer Natur und zweitens ohne Zweifel zu allererst für das zu erforschende Objekt, den Menschen, bestimmend. Sollten zudem tatsächlich Phänomene wie Entfremdung, Verdinglichung und Objektivitätsüberhang existieren, so ist diese heuristische verwendete Anthropologie doppelt angebracht. (229)

Schlußfolgerungen zur Frage eines Paradigmawechsels

In der Einleitung habe ich angedeutet, daß, wie jedes Paradigma, so auch das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma **prinzipiell sterblich** sein müßte, falls es sich erstens tatsächlich um ein Paradigma handeln und falls zweitens Thomas Kuhn recht behalten sollte. Dieses Thema soll zum Abschluß dieses Teils über die Wurzeln des Paradigmas wieder aufgegriffen werden. Wenn das Paradigma als Handlungsmodell tatsächlich irgendwann einmal durch ein anderes ersetzt werden sollte, so hat dies zur Voraussetzung, daß seine Wurzeln nicht überhistorisch-natürliche sind, sondern historisch-menschliche, daß also diese Wurzeln einem Veränderungsprozeß prinzipiell offen stehen: Wenn das individualistische Menschenbild mit seinen Wurzeln in einem Boden von Naturgesetzmäßigkeiten verankert ist, ist es nicht mehr herausreißbar, also nicht mehr veränderbar. Wenn

es jedoch in einem Boden historisch-gesellschaftlicher Umstände verwurzelt ist, also auf menschlichem Wollen und Handeln letztlich beruht, so kann es – falls Notwendigkeiten dazutreten sollten – revolutioniert werden. Weber, Blumenberg und Dux verneinen dies, sie halten das neuzeitliche Menschenbild für eine seit vielen Jahrhunderten unverzichtbar gewordene Errungenschaft des Menschen: die Entdeckung, daß der einzelne Mensch allein es ist, der die Zwecke seines Handelns und damit der Gesellschaft insgesamt setzt, und daß der Mensch zweitens die Fähigkeit hat, sein Handeln und die Gesellschaft so einzurichten, daß er diese Zwecke auf dem rationellsten Weg erreichen kann. Unter bestimmten historischen Bedingungen befreite sich diese Fähigkeit von ihren Fesseln: der Mensch wurde zum Kulturmenschen. Dies ist irreversibel.

Während Nelson und Hooykaas die Frage nach der Überwindbarkeit des individualistischen Menschenbilds der Neuzeit offen lassen, besteht das Grundanliegen von Marx, Lukács und Sohn-Rethel gerade darin, die Möglichkeit, ja sogar die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels zu postulieren und zu begründen. Da für sie das individualistische Denken ein spezifisches Produkt der individualistischen Ökonomie ist, ist in einer anderen Ökonomie ein anderes Denken möglich und notwendig. Die allerorten gehörte Rede von der sogenannten Natur des Menschen will hingegen den Kapitalismus selbst zu einem Naturphänomen befördern.

In einer anderen Ökonomie bzw. in der theoretischen Vorbereitung dieser anderen Ökonomie müßte das Nachdenken über den Menschen von dem Menschen als Gattungswesen ausgehen und zu allererst das Eingebettetsein dieses Gattungswesens in die Natur als den unbelebten Leib dieses Gattungswesens konstatieren. Zwecksetzungen und rationelle Mittelwahlen würden dann nicht unmöglich oder überflüssig werden, sie würden jedoch nicht individuell, sondern bewußt gesellschaftlich stattfinden. Die Zwecksetzungen und Mittelwahlen müßten aufgrund fundamentaler gesellschaftlicher Kommunikation mit anschließender gemeinschaftlicher Festlegung erfolgen, also durch einen bewußt gesellschaftlichen Vorgang, nicht durch einen hinter dem Rücken der Individuen sich abspielenden gesellschaftlichen Vermittlungsprozeß. Marx u. a. halten eine solche Konstruktion einer möglichen Zukunftsgesellschaft deshalb für durchaus realistisch, weil der neue Mensch dieser neuen Gesellschaft mit dem alten Mensch der alten Gesellschaft nicht mehr viel gemein hat: er definiert sich nicht über seine individuelle Nutzenmaximierung, sondern über den gesellschaftlichen Nutzen (Wegfall des Geldes), er betrachtet sich und Seinesgleichen nicht als Gleiche, sondern als wirkliche Individuen (Wegfall des Äquivalenzprinzips), und er durchschaut die Gesellschaft als etwas historisch-menschlich Gewordenes und tagtäglich von neuem Wiederherzustellendes bzw. zu Veränderndes (Wegfall der Verdinglichung).

Fazit: Der sozialgeschichtliche Ansatz bietet eine umfassende sy-

stematische Begründung dafür, daß der Mensch, so wie er uns heute gegenübertritt, ein historisch spezifisch geprägter Mensch ist. Solange diese Begründung nicht logisch oder empirisch widerlegt ist, ist die Behauptung, ein Paradigmenwechsel müsse an der "Natur des Menschen" scheitern, jedenfalls in dieser Pauschalität nicht haltbar. Ob die kapitalistisch-individualistische Rationalität also eine Zwischenstufe oder eine Endstufe der historischen Entwicklung des Menschen ist, kann hier nicht mit Bestimmtheit prognostiziert werden. Sollte allerdings eine Weiterentwicklung des Menschen und damit das Bild vom Menschen, der dazugehörigen Rationalität und der dazugehörigen Ökonomie tatsächlich stattfinden, sollte also das Paradigma tatsächlich eines Tages gewechselt werden, so wäre dies mit weitestreichenden Konsequenzen verbunden: Ein theoretischer Paradigmenwechsel, also eine Ersetzung des Paradigmas als Erklärungsmodell, würde eine völlig neue sozialwissenschaftliche Theoriebildung erforderlich machen. Ein praktischer Paradigmenwechsel, also eine Ersetzung des Paradigmas als Handlungs- und Zukunftsmodell, würde ein völlig neues zwischenmenschliches Handeln mit sich bringen, und zwar zu allererst die Abschaffung der Warenwirtschaft und ihrer zentralen Errungenschaft, des Geldes.

Teil D: Kritik des Paradigmas als Erklärungsmodell

Wissenschaft bezweckt letztlich immer, unerwartete oder sonstwie problematisch gewordene Ereignisse oder Sachverhalte zu **erklären**. Dies ist der hauptsächliche Zweck aller Hypothesen-, Theorie-, Methoden- oder Paradigmaaufstellung. "Erklären" bedeutet im allgemeinen Sprachgebrauch "Darlegung des Zusammenhangs, aus dem eine Tatsache oder ein Sachverhalt zu begreifen ist." (1) Verschiedene Alltagserklärungen genauso wie wissenschaftliche Erklärungen einer Tatsache oder eines Sachverhalts unterscheiden sich voneinander durch die je spezifische Auswahl dieses Zusammenhangs, der die Erklärung der betreffenden Tatsache bzw. des betreffenden Sachverhalts ermöglichen soll. Solche Zusammenhänge können in Ursachen, Begleiterscheinungen oder Folgen solcher Tatsachen/Sachverhalte bestehen. (2)

Verschiedene Erklärungen für ein Ereignis/Sachverhalt wählen je unterschiedliche Zusammenhänge, in denen dieses Ereignis/dieser Sachverhalt ihrer Auffassung nach steht, aus, unterstellen ihn als heuristisch oder faktisch bekannten Zusammenhang und erwählen ihn somit zur Erklärungsbasis. Erklären bedeutet also, ein zunächst unbegriffenes Explanandum auf ein bereits begriffenes Explanans gedanklich zurückzuführen. Sprachlich können Erklärungen in Weil-Deshalb-Sätzen ausgedrückt werden; "weil" bezeichnet das Explanans, "deshalb" das Explanandum.

Erklärungsmodelle können prinzipiell an drei Stellen **unzulänglich** sein: an der Weil-Komponente, an der Deshalb-Komponente und an der logischen Verknüpfung beider. Da die logische Verknüpfung meist der unproblematischste Teil eines Erklärungsmodells ist, möchte ich mich auf die ersten beiden Komponenten beschränken. Es soll also in diesem "Teil D" geprüft werden, ob die vom Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma angebotene Erklärungsbasis tatsächlich dazu in der Lage ist, irgendwelche Ereignisse/Sachverhalte zu erklären (Untersuchung der Weil-Komponente bzw. der Erklärungsbasis). Und zweitens, ob sie auch eine befriedigende Anzahl solcher Ereignisse/Sachverhalte erklären kann (Untersuchung der Deshalb-Komponente bzw. der Erklärungsreichweite). Zum ersten Punkt: Daß man mit dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma überhaupt etwas erklären kann, setzt

voraus, daß der im Paradigma behauptete Zusammenhang als wahr akzeptiert wird. Der erste Untersuchungsschritt betrifft demnach die Frage der Wahrheit der Erklärungsbasis. Daß mit dem Paradigma ferner hinreichend viele Sachverhalte erklärt werden können, setzt voraus, daß der im Paradigma behauptete Zusammenhang so umfassend ist, daß sich von ihm ausgehend zu einer befriedigenden Anzahl von Explananda eine logische Verbindung herstellen läßt. Im zweiten Schritt soll demnach die Reichweite der Erklärungsbasis geprüft werden.

I. DIE FRAGE DER WAHRHEIT DER ERKLÄRUNGSBASIS

Die Frage der Wahrheit einer Erklärung führt direkt zur Frage des Wahrheitsgehalts der Erklärungsbasis, hier also des Paradigmas. Da Paradigmen nicht unmittelbar mit den Prädikaten "wahr" oder "falsch" ausgezeichnet werden können, ist der Kritiker auf einzelne Theorien dieses Paradigmas verwiesen. Kuhn hat ja gerade darauf bestanden, daß Paradigmen nicht durch wissenschaftliche Beweise widerlegbar sind (vgl. die Einleitung meiner Arbeit).

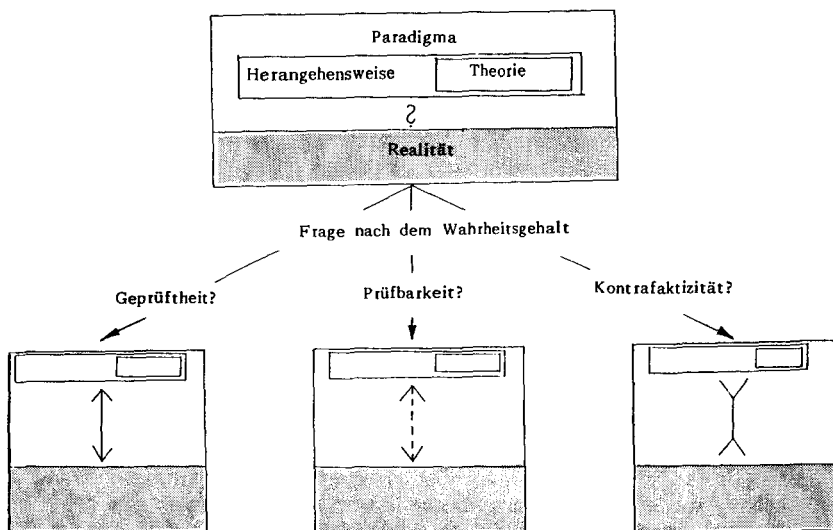
Die stärkste Kritik, mit der man Theorien konfrontieren kann, ist die Kritik von innen. Damit ist eine Kritik gemeint, die aufzeigt, daß der Theoretiker seine eigenen Ansprüche nicht erfüllen kann. Der Vorteil einer solchen Kritik liegt darin, daß sie mit einem Minimum an zusätzlichen Voraussetzungen auskommen kann. Anders formuliert: Der dergestalt von innen Kritisierte hat kaum mehr eine Möglichkeit, der Kritik auszuweichen. Als regulative Idee soll in diesem Abschnitt also gelten, so immanent wie nur möglich zu kritisieren, die Kritik also möglichst in der Sprache des jeweiligen Autors oder verwandter Autoren, zumindest aber in der gemeinsamen Sprache des Paradigmas vorzutragen.

Da die in Teil A vorgeführten Theorien sich in Teil B und Teil C als Varianten einer einzigen paradigmatischen Struktur erwiesen haben, kann die Untersuchung der Erklärungskraft der Theorien exemplarisch durchgeführt werden. Ich möchte dabei für jede Kritikstrategie ein Beispiel auswählen, für die jeweils anderen Beispiele eine analoge Kritik als Hypothese formulieren und schließlich den allgemeinen Gehalt des jeweiligen Erklärungszusammenhangs und seine Unzulänglichkeit daraus ableiten.

Will man also den Wahrheitsgehalt der jeweils exemplarisch herauszugreifenden Theorien beurteilen, so muß zu allererst nach dem von dem betreffenden Theoretiker genannten Wahrheitskriterium gefragt werden. Da sich alle Autoren methodologisch auf eine

im weiteren Sinn positivistische Grundkonzeption berufen, möchte ich die dort vertretenen Wahrheitskriterien zur Grundlage meiner Wahrheitsprüfung machen. Demnach solle eine Theorie dann als "wahr" bezeichnet werden, wenn sie *e r s t e n* prüf b a r ist und *z w e i t e n* auch g e p r ü f t ist, wobei Prüfung grundsätzlich als Prüfung der Annahmen und/oder der Schlußfolgerungen in Frage kommt. Meine Kritik an den exemplarisch herausgegriffenen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien, die ich dann aufgrund ihres paradigmatischen Charakters auf das Paradigma übertrage, führt zu drei Ergebnissen, die jeweils im Anschluß an ihre Darstellung interpretiert werden sollen: Erstens: Das Paradigma ist ungeprüft. Zweitens: Das Paradigma ist streng genommen unprüfbar. Und drittens: Das Paradigma erweist sich bei einer bestimmten weniger strengen Sorte von Prüfung, nämlich der Prüfung der Annahmen, als in seiner Substanz kontrafaktisch. (3)

Schema XI: Strategien zur Prüfung des Wahrheitsgehalts



A. UNGEPRÜFTHEIT: DAS PARADIGMA ALS SPEKULATION ÜBER DIE WIRKLICHKEIT

Grundsätzlich können Theorien über ihre Annahmen oder ihre Schlußfolgerungen mit der Wirklichkeit in Beziehung gebracht werden.

Wie im Abschnitt über die verschiedenen Entwicklungsphasen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas herausgestellt, haben die meisten der zeitgenössischen Vertreter des Paradigmas jedoch keines von beidem im Sinn: Sie betrachten ihre generellen Konstrukte als heuristische Gebilde, die ihren Wert allein darin haben, daß sie später einmal die Ableitung von bewährten empirischen Theorien ermöglichen, also insofern "fruchtbar" sind (z. B. Dahrendorf), oder daß sie dem praktischen menschlichen Erkenntnisfortschritt in beispielloser Weise dienlich sein werden (z. B. Popper). Eine völlig immanente Kritik müßte nun prüfen, ob dieser Anspruch eingelöst worden ist bzw. in absehbarer Zukunft eingelöst werden kann. Zu einer solchen Prüfung wäre eine Operationalisierung des Begriffes "Fruchtbarkeit" im jeweiligen Kontext des Wissenschaftsbetriebes notwendig, sowie eine sich anschließende Durchsicht der einschlägigen empirischen Untersuchungen in der Wissenschaftssoziologie. Dies kann hier selbstverständlich nicht weiter thematisiert werden. Solange diese umfassende Fruchtbarkeitsprüfung allerdings von den betreffenden Paradigmavertretern noch nicht vorgelegt wurde, haben die in Teil A ausgewählten paradigmatischen generellen Theorien lediglich den Status von Spekulationen über die Realität.

Abweichend von dieser Mehrheitsposition unter den hier vorgestellten zeitgenössischen Paradigmavertretern beanspruchen Schumpeter und Gerhardt tatsächlich einen empirischen Geltungsanspruch für ihre Theorien. Auch andere Darstellungen genereller volkswirtschaftlicher (4) oder soziologischer Theorien (5) verweisen auf die grundsätzliche Prüfbarkeit solcher Konstrukte. Die Preistheorie könnte z. B. durch den Test von Vorhersagen über die Folgen von Höchstpreisregelungen, von Steuererhöhungen oder von Einkommenssteigerungen überprüft werden. (6)

Eine solche Prüfung durch Prognosefalsifikation ist jedoch z. B. nach dem Urteil des auf die methodologische Neubesinnung der Ökonomie drängenden Artur Woll bis heute nicht gelungen.

"Das schmale Fundament überprüfter und bestätigter Theorien ist leicht zu übersehen. Für die Zukunft der Volkswirtschaftslehre dürfte entscheidend sein, ob und inwieweit auf eine Zeit der Modellkonstruktion eine Zeit der Theoriebildung und -überprüfung folgt." (7)

In der soziologischen Theorie macht Uta Gerhardt z. B. erste Vorschläge, wie man die Sanktionspotentiale empirisch messen könnte. (8) Grundsätzlich aber stellt Karl-Dieter Opp in seinem Artikel "soziologische Theorie" im Wörterbuch der Soziologie fest:

"Die Frage, ob es den Soziologen gelungen ist, eine empirisch intersubjektiv prüfbare oder bereits bestätigte funktionalistische Theorie sozialer Systeme zu formulieren, kann eindeutig mit nein beantwortet werden." (9)

Erst mit der Interaktionstheorie von Homans hat die Soziologie seiner Meinung nach eine erste empirisch bestätigte generelle Theorie erhalten. Opp ist allerdings optimistisch, daß durch weitere Versuche der Aufstellung solcher genereller Theorien unter Berücksichtigung der modernen Wissenschaftstheorie diesem Mangel an bestätigten Theorien in Zukunft abgeholfen werden kann.

Dieser Mangel an empirisch bewährten Theorien in den Sozialwissenschaften ist nach Auffassung vieler Autoren auf die besonderen Schwierigkeiten des Gegenstandes, des Sozialen mit seiner hohen Komplexität, zurückzuführen. Diese Komplexität komme in der Vielzahl der jeweils zu berücksichtigenden intervenierenden Variablen zum Ausdruck. (10) Andere führen die besonderen Schwierigkeiten der Sozialwissenschaften bei der Aufstellung überprüfter Theorien darauf zurück, daß es in den Sozialwissenschaften keine Trennung zwischen Subjekt und Objekt gebe wie in den Naturwissenschaften. (11) An dieser Stelle sei jedoch lediglich festgehalten, daß es solche geprüften Theorien de facto nicht gibt und daß die Theorien Samuelsons, Schumpeters usw. sich auch auf eine bald bevorstehende empirische Prüfung ihrer Argumente nicht glaubwürdig berufen können. Insofern haben ihre Theorien gegenwärtig und wahrscheinlich noch in naher Zukunft den Status von Spekulationen über die Wirklichkeit, die Erkenntnis erst ermöglichen sollen. Ob der Grund für dieses Defizit bezüglich der Wahrheitsbasis des Paradigmas tatsächlich im Gegenstand des Sozialen selbst zu suchen ist, oder in der Art und Weise des Denkens über diesen Gegenstand, in der Struktur des Paradigmas, kann an dieser Stelle noch nicht entschieden werden.

B. UNÜBERPRÜFBARKEIT: DAS PARADIGMA ALS VERSCHLEIERUNG DER WIRKLICHKEIT

1: GRUNDSÄTZLICHES

Eine verschärfte Kritik läßt sich nun wie folgt gewinnen: Man zeigt, daß die Theorien selbst an ihrer Ungeprüftheit schuld sind, weil sie so konstruiert sind, daß sie nur schwer oder gar nicht geprüft werden können. Am deutlichsten wird dies bei jenen Theorien, die sich als rein heuristische Konzepte ausgeben. Eine solche Theorie wäre nur überprüfbar, wenn der betreffende Autor angeben würde, unter welchen Bedingungen er bereit wäre, zuzugeben, daß sich sein heuristisches Konstrukt nicht als fruchtbar erwiesen habe. Solange die Autoren sich auf solche Präzisierungen nicht einlassen und wahrscheinlich auch nicht einlassen können (weil hierfür Globaltheorien über Wissenschaftsfortschritt und Wissenschaftsbetrieb erforderlich wären), ist nicht vorstellbar, wie heuristische Theorien nach ihrem Wahrheitsgehalt bewertet werden sollten.

Diejenigen Theoretiker, die sich zu einem empirischen Geltungsanspruch bekennen, müßten angeben, wie die Überprüfung dieses Anspruchs zu geschehen habe, erst durch eine solche Operationalisierung könnte eine Überprüfung in die Wege geleitet werden. Zunächst wäre zu klären, ob sie Verifikations- oder Falsifikationsstrategien bevorzugen. Sodann muß festgestellt werden, daß unter den sozialwissenschaftlichen Methodologen umstritten ist, ob empirische Theorien vermittels ihrer Schlußfolgerungen (Position etwa von Popper) oder/und vermittels ihrer Annahmen (Position etwa von Nagel) zu überprüfen sind. Diejenigen Methodologen, die Theorien über ihre Schlußfolgerungen prüfen wollen, betonen die Irrelevanz jeglicher Annahmendiskussion, ob sie nun als Begriffspräzisierung (Explikation) oder als Frage nach der Begriffsadäquanz stattfinden sollte. Wer dagegen die Annahmen zum Maßstab der Wahrheitsprüfung macht, legt größten Wert auf eine exakte Begriffsexplikation, die eine eindeutige Entscheidung ermöglicht, ob die empirischen Voraussetzungen für das Vorliegen des theoretisch behaupteten Phänomens überhaupt gegeben sind.(12)

Zunächst zur Frage der Überprüfbarkeit der generellen ökonomischen, politologischen, soziologischen und wissenschaftstheoretischen Konstrukte mithilfe der aus ihnen abgeleiteten **Schlußfolgerungen**. Was sagen die am weitesten entwickelten paradigmatischen Konkurrenztheorien, die ökonomischen, zur Frage der Überprüfbarkeit ihrer Schlußfolgerungen und den daraus gewinnbaren Schlüssen über den Wahrheitsgehalt der Gesamtheorien? Bei solchen Überprüfungen müßte nach Woll in den Annahmenapparat jeweils eine als bekannt betrachtete Testvariable eingefügt werden (z. B. eine staatliche Höchstpreisfestsetzung), dann eine Vorhersage über ein aus dieser Testvariablen und der Gesamtheorie resultierendes derzeit noch unbekanntes Ereignis getroffen werden (also eine bestimmte Schlußfolgerung etwa über die Mengenentwicklung formuliert werden) und diese Vorhersage/Schlußfolgerung schließlich empirisch geprüft werden.(13) Alle anderen Variablen müßten während dieses Tests dabei konstant gehalten werden. Ferner müßten bei strenger Befolgung der Popperschen Regeln versucht werden, die Theorie möglichst schwierigen Prüfungen zu unterziehen, d. h. möglichst unwahrscheinliche Schlußfolgerungen zu formulieren und zu testen. Der Test selbst, der unmittelbarste Kontakt der Theorie mit der Realität, besteht im Vergleich eines aus der Theorie deduzierten singulären Basissatzes mit einem ebenso singulären aus einer Beobachtung gewonnenen Protokollsatz.

Bei einem solchen Prüfverfahren tauchen nun - dies sagen die Vertreter dieses Verfahrens selbst - in den Sozialwissenschaften derart gravierende Probleme auf, daß die grundsätzliche Anwendbarkeit dieses Verfahrens in Zweifel gezogen werden muß. Da es die betreffenden generellen Theorien mit komplexen Strukturen von Variablen zu tun haben, die sich zum großen Teil simultan gegenseitig determinieren (z. B. Preise - Mengen, Erwartungen - Rollen,

Konstruktion - Kritik) dürfte die Herstellung von *ceteris-paribus*-Bedingungen auf schier unüberwindliche Hindernisse stoßen. Wenn sich z. B. in der Empirie eine bestimmte vorher prognostizierte Veränderung der produzierten bzw. konsumierten Menge beobachten läßt, ist noch lang nicht gesagt, daß diese auch die Folge einer vorausgehenden staatlichen Höchstpreisfestsetzung ist; es können auch inzwischen zufällig aufgetretene Geschmacksveränderungen, Preisveränderungen, Einkommensveränderungen, anderweitig verursachte Angebotsveränderungen u. a. eine Rolle gespielt haben. Woll charakterisiert diese Probleme der Überprüfung von Schlußfolgerungen selbst wie folgt:

"Die Schwierigkeiten haben ihre Ursache darin, daß mit der Nachfragefunktion auf eine Serie von hypothetischen Fragen - die im Zeitablauf wirksamen Einflüsse der Preise, des Einkommens, des Geschmacks u. a. - jeweils nur eine Antwort gegeben wird (*ceteris-paribus*-Klausel), während die empirischen Informationen nur Auskunft über die Wirkungen nicht ohne weiteres identifizierbarer und isoliert auftretender Ursachen in einem Zeitraum geben." (14)

Zum Zwecke der Isolation der Testvariablen von allen anderen müßten die in den Naturwissenschaften veranstalteten Experimente auch in den Sozialwissenschaften durchführbar sein. Nach Woll verfügt die Volkswirtschaftstheorie auch nur über einfache durch Tests erhärtete Gesetzmäßigkeiten, etwa über den Zusammenhang zwischen Höchst- und Mindestpreisen von Gütern und der entsprechenden Nachfrage- und Angebotsmenge dieser Güter oder über die Zusammenhänge zwischen Einkommenshöhe und der Nachfrage nach Nahrungsmitteln oder Dienstleistungen. Ob durch solche vereinzelt Tests die Gesamtheorie der Marktwirtschaft tatsächlich irgendwann einmal als getestet betrachtet werden kann, scheint mir mehr als zweifelhaft. Karl-Dieter Opp räumt denn auch ein, daß bei Theorien mit vielen Variablen die Prüfung jeder einzelnen Variable die Möglichkeiten der Wissenschaft meist überfordern wird, er schlägt deshalb eine "unvollständige Prüfung" vor, bei der nur ein Teil der Prädikate auf ihr faktisches Vorliegen geprüft wird.(15)

Weitere Probleme der Überprüfung von Theorien über ihre Schlußfolgerungen entstehen, wenn man die von Popper verlangte Maxime des möglichst hohen Informationsgehaltes von Theorien und die möglichst strenge Falsifikation der Schlußfolgerungen ernst nimmt. Der Informationsgehalt bestimmt sich nach dem logischen Umfang der zentralen Begriffe und nach der Spezifizierung der Umweltbedingungen (16); das Maß der Strenge der aus der unendlichen Folge-menge ausgewählten Falsifikationsschlußfolgerungen (Testsituationen) ergibt sich aus dem allgemeinen Hintergrundwissen über den betreffenden Gegenstand (17). Begriffsumfang, Umweltbedingungen und Hintergrundwissen müssen aber, soll ein Zirkel vermie-

den werden, logisch unabhängig von der zu prüfenden Theorie sein. Es stellt sich also die Frage: Mithilfe welchen gesicherten Wissens kann die Vermeidung solcher Zirkel überprüft werden? Hier ergeben sich weitreichende wissenschaftslogische Probleme, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob generelle sozialwissenschaftliche Theorien genauso über ihre Schlußfolgerungen überprüft werden können, wie dies in den Naturwissenschaften relativ problemlos der Fall ist. (18)

Wenn also die in meiner Untersuchung vorgestellten Theorien mithilfe ihrer Schlußfolgerungen kaum überprüfbar sind, muß der andere Weg näher betrachtet werden: die Überprüfung der **Annahmen**. Dies bedeutet natürlich, daß der Weg der rein immanenten Kritikstrategie bereits mit einem Schritt verlassen wird. Allerdings bleiben die nun folgenden Ausführungen noch ganz innerhalb der Sprache des Paradigmas. Aus den oben genannten Schwierigkeiten der ersten Prüfstrategie vertreten einige Wissenschaftstheoretiker die Auffassung, daß es durchaus sinnvoll sei, den Annahmenapparat einer Theorie einer Überprüfung zu unterziehen: "Wenn wir unter einer theoretischen Annahme eine der grundlegenden Aussagen einer Theorie verstehen ..., ist eine Theorie mit einer unrealistischen Annahme offensichtlich unbefriedigend; denn eine solche Theorie enthält Konsequenzen, die mit den beobachteten Fakten unverträglich sind, so daß man, will man nicht elementare logische Regeln zurückweisen, diese Theorie zurückweisen muß." (19)

Annahmen können entweder durch Belege erhärtet werden (Verifikation), oder durch Gegenbelege in Frage gestellt werden (Falsifikation). Belege und Gegenbelege drängen sich dem Wissenschaftler jedoch bekanntlich nicht einfach so auf, sondern werden erst durch zielgerichtete Beobachtung gewonnen. Die Beobachtung selbst wird wiederum von einem theoretischen Vorverständnis angeleitet. Wenn nun die bisherigen Ergebnisse meiner Untersuchung richtig sind, daß nämlich relevante und beispielgebende Theorien verschiedener Disziplinen und auch methodologischer Schulen ein- und demselben Baumuster folgen, also Paradigmen sind, muß befürchtet werden, daß dieses Muster auch in die Beobachtungstheorien mit eingeht und dort für eine systematische Selektivität der Wahrnehmungen sorgt. Die Folge ist dann, daß immer an derselben Stelle bzw. auf dieselbe Art und Weise etwa für das natürliche Maximierungsverhalten oder die institutionelle Gleichheit der Konkurrenten gesucht wird. Dies widerspricht aber dem Grundgedanken der heute herrschenden Auffassung von empirischer Wissenschaft (vgl. Popper, Spinner u. a.) ganz erheblich, denn dort wird ja gefordert, daß Aussagen unter den härtest möglichen Bedingungen geprüft werden sollen und daß hierfür eine Vielfalt von Beobachtungstheorien und damit von ihnen zugrundeliegenden generellen sozialwissenschaftlichen Theorien erforderlich ist. Schon allein aus diesem Grund dürften die Annahmen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas sehr leicht zu bestätigen, aber sehr

schwer zu falsifizieren sein. Es fehlt eben an wirklich alternativen Theorien, die wirklich theoriegefährdende Beobachtungen ermöglichen könnten, etwa über die gesellschaftliche Produziertheit von individuellem Maximierungsverhalten. Die Nicht-Existenz solcher alternativen Theorien hängt natürlich letztlich mit der Nicht-Existenz solcher alternativer Realitäten (nicht konkurrenzgeleitete Handlungssysteme) zusammen (vgl. dazu Teil E dieser Arbeit).

Um eine Theorie mit der Realität konfrontieren zu können, müssen zum zweiten bestimmte sprachliche Umformungen vorgenommen werden; der Ableitung singulärer Basissätze im obigen Prüfverfahren entspricht hier die Explikation der Begriffe der zentralen Annahmen. Während bei Popper die sprachliche Präzision derjenigen Stelle der Theorie, die mit der Realität am direktesten verglichen wird, durch die Regeln der Bildung von Basissätzen gewährleistet wird (singuläre Existenzsätze mit Zuordnung eines Zeit- und Ortskoordinatenpunktes), betont Opp die Notwendigkeit der systematischen Präzisierung aller wichtigen Begriffe und Aussagen einer Theorie, die "Explikation als Strategie der Weiterentwicklung der Sozialwissenschaften". (20) Hauptziel ist, alle Ausdrücke – also im Hinblick auf die Annahmenprüfung besonders auch die sprachlichen Ausdrücke in den Annahmen – so eindeutig wie nur möglich zu machen. Es darf kein Zweifel mehr existieren, ob das im Ausdruck Behauptete mit dem in der Realität Beobachteten korrespondiert oder nicht: "Es sollte intersubjektive Klarheit bestehen, welche Tatbestände unter einen Begriff subsumierbar sind und welche nicht subsumierbar sind." (21) Eine solche sprachliche Präzisierung ist die unerlässliche Voraussetzung für eine Theorieprüfung qua Annahmenprüfung. Daneben sollen die Explikate nach Opp die zugehörigen Aussagen auch möglichst informativ und wahr machen. (22)

Im folgenden möchte ich anhand eines der im Teil A meiner Arbeit ausgewählten Theoriebeispiele zeigen, wie unzureichend dort die zentralen Begriffe der Annahmen expliziert sind: anhand der Demokratie-theorie Schumpeters.

2: DAS BEISPIEL DER POLITOLOGISCHEN VARIANTE

Zunächst sei an das methodologische Programm Schumpeters erinnert: Sein Ziel war, die Mängel der klassischen "Philosophie" der Demokratie zu überwinden und eine empirisch überprüfbare und damit auf die Realität anwendbare Demokratietheorie aufzustellen. Unter Berücksichtigung der obigen Bemerkungen zum Explikationserfordernis soll nun gefragt werden, inwieweit Schumpeter diesen seinen methodologischen Anspruch eingelöst hat.

Beim Versuch einer solchen immanenten Kritik zeigt sich bereits der **erste Mangel** des Schumpeterschen Erklärungsmodells, der sich auch bei den anderen Paradigmavarianten wiederfinden wird: Die Autoren unterscheiden fast nirgends zwischen Annahmen und Schluß-

folgerungen, und wenn sie die Termini "Annahme" und Schlußfolgerung" verwenden, so in einer recht unsystematischen und inkonsequenten Art und Weise. So stellt Schumpeter zwar an den Anfang seiner Theorie eine "Definition der demokratischen Methode", die man als Annahme interpretieren könnte. Und er folgert sodann aus dieser Definition eine Theorie sowie aus der Theorie einige andere Aussagen, die er explizit "Schlußfolgerungen" nennt. Aber einerseits begründet er die Ausgangsannahme in einem vorausgehenden Kapitel mit ideengeschichtlichen und anderen Argumenten, hebt sie also dadurch doch wieder in den Stand einer Ableitung. Und andererseits erörtert er im Kapitel über die "Schlußfolgerungen" die "Bedingungen für den Erfolg der demokratischen Methode", die ja logischerweise vorauszusetzen sind, damit sein Modell überhaupt konstruiert werden kann. Wollte der Kritiker also in Schumpeters Theorie einen Anknüpfungspunkt für die Überprüfung der Annahmen oder der Schlußfolgerungen (Basissatz) wählen, so müßte er angesichts der zumindest terminologischen (und wahrscheinlich auch gedanklichen) Unsauberkeiten bereits kapitulieren.

Beim Versuch einer Annahmenprüfung tritt ein **zweiter Umstand** erschwerend hinzu: Schumpeter hat nur einen Teil seiner Annahmen überhaupt explizit gemacht; ein anderer Teil muß erst ergänzt werden, damit seine Sätze tatsächlich in logische Abhängigkeitsbeziehungen zueinander gestellt sind.

Die expliziten Annahmen

Schon in seiner Diskussion der klassischen Demokratietheorie führt Schumpeter seine zentrale Annahme von der prinzipiellen Unfähigkeit des **Durchschnittsbürgers** bezüglich des politischen Handelns ein, aus der heraus er ja anschließend die Notwendigkeit einer neuen Theorie (und einer neuen Praxis) begründet. Er relativiert diese Annahme noch insoweit; als er der politischen Sozialisation noch einen gewissen Einfluß auf die politische Mündigkeit zuspricht, allerdings nur in einem recht begrenzten Umfang:

"Die Resultate sind nicht gleich null. Aber sie sind gering. Man kann die Menschen nicht die Leiter hinauftragen."
(22)

Eine solche Annahme stellt nun bereits einen höchst unexplizierten Ausdruck dar, weil bei dieser Formulierung wohl kaum intersubjektive Einigkeit darüber herstellbar sein dürfte, was unter "gering" zu verstehen ist. Zum zweiten werfen Aussagen über die "menschliche Natur" erhebliche empirische Probleme auf: Wie läßt sich die menschliche Natur beobachten? Wie können ihre Merkmale von denen des konkreten historisch-gesellschaftlich geprägten Menschen isoliert werden? Wann liegt ein natürliches, wann ein gesellschaftliches Merkmal vor? Solche Fragen müßten gestellt werden, wenn man - wie Schumpeter - eine empirische Theorie der Demokratie

aufstellen will. Es sei denn, Schumpeter will diese Behauptung als Axiom verstanden haben, dann hätte er sich aber seine "Belege" sparen können.

Nun zu einer anderen Annahme. Zu Beginn seiner Theorie kündigt Schumpeter an, daß mithilfe seiner Theorie das Vorhandensein von Demokratie "in den meisten Fällen leicht zu verifizieren" sei (24). Demgegenüber finden sich diesbezüglich in den darauf folgenden Ausführungen nur gegenteilige Belege. Schon in der Anmerkung, die Schumpeter seinem Verifizierbarkeitspostulat beilegen hat (25), wird auf einen Begriff verwiesen, der diese Qualität auf keinen Fall beanspruchen kann: den Begriff der **Konkurrenz**. Daß Schumpeter gerade dieses Beispiel an dieser Stelle wählt, ist besonders verwunderlich, weil er zwei Seiten danach eingesteht, daß der Konkurrenzbegriff in der Politik ähnliche Schwierigkeiten biete wie in der Ökonomie.

"Zwischen diesem Idealfall (der vollkommenen Konkurrenz, F. R.), der nicht existiert, und den Fällen, in welchen jegliche Konkurrenz mit dem regierenden Führer mit Gewalt verhindert wird, liegt eine fortlaufende Reihe von Variationen, innerhalb derer die demokratische Regierungsmethode mit unendlich kleinen Schritten allmählich in die autokratische übergeht." (26)

Konkurrenz als Funktionsbestandteil der Schumpeterschen Demokratie-
definition ist also als Kontinuum zu denken, von dem nur die Grenzen angegeben werden können. Wie sollte man mithilfe eines derartigen Kriteriums entscheiden, ob ein konkretes Land diese Bedingung der demokratischen Methode erfüllt? Jedes konkrete politische System beinhaltet irgendeine Form von Konkurrenz um die Führung und kann deshalb beanspruchen, ein Punkt auf dem Kontinuum zu sein, und zwar innerhalb der angegebenen Grenzen.

Ein weiteres Beispiel für den geringen Grad an Explikation und damit Überprüfbarkeit der Schumpeterschen Annahmen ist die Darstellung der **"Bedingungen des Erfolgs"** der demokratischen Methode." Hier wird sowohl durch die Überschrift als auch durch den eingangs gebrachten Vergleich zwischen der wissenschaftlichen Methode des Physikers und der des Politologen suggeriert, es folge nun eine empirisch gehaltvolle Angabe der einzelnen Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Schumpeterschen Modells. Die erste Bedingung ist die hinreichend hohe Qualität des "Menschenmaterials". Geradezu ominös ist dabei nicht nur die Paraphrasierung dieser Qualität durch Begriffe wie "Sittlichkeit" oder "Fähigkeit zur Menschenbehandlung", denen eine Fülle von möglichen Bedeutungsinhalten zukommt.(27) Sprachlich explizit wird die Unbestimmtheit der Schumpeterschen Annahme an der Stelle, wo er darstellt, wie diese Qualität erzeugt und gewährleistet werden soll. Hierfür ist eine soziale Schicht notwendig, die Menschen hervorbringt, die sich der Politik

"als einer Selbstverständlichkeit" zuwenden. Bezüglich dieser Schicht von auserlesenen Personen macht Schumpeter schließlich noch eine letzte Einschränkung:

Sie darf "weder zu exklusiv noch dem Außenseiter allzu leicht zugänglich" sein und muß "stark genug (sein), um die meisten Elemente, die sie laufend aufnimmt, auch assimilieren zu können." (28)

Die Partikel "allzu", "genug" oder "meisten" verweisen diese Formulierung eher in ein Grammatikkapitel über unbestimmte Fürwörter als in den Annahmenapparat einer als überprüfbar ausgewiesenen Theorie über Demokratie.

Zuletzt sei von den weiteren drei Bedingungen für den Erfolg der demokratischen Methode, der "Begrenzung des Bereichs der politischen Entscheidungen", der "qualitativ hochstehenden Bürokratie" und der "demokratischen Selbstkontrolle" ein Aspekt der letzteren herausgegriffen, weil daran der politische Gehalt der Schumpeterschen Argumentation symptomatisch zum Vorschein kommt. "Demokratische Selbstkontrolle" bedeutet nämlich nicht zuletzt, daß die Bürger nach erfolgtem Wahlakt auf ein weiteres Hineinreden in die Geschäfte der Gesetzgeber verzichten, und diese Selbstkontrolle erfordert vor allem die kontinuierliche Treue der Bürger gegenüber den Grundlagen von Gesellschaft und Staat.

"Der Leser braucht nur nochmals unsere Bedingungen zu überblicken, um sich davon zu überzeugen, daß eine demokratische Regierung nur dann mit vollem Vorteil arbeitet, wenn alle wichtigen Interessen nicht nur in ihrer Treue zum Land praktisch einmütig sind, sondern auch in ihrer Treue zu den Strukturprinzipien der bestehenden Gesellschaft. Sobald diese Prinzipien in Frage gestellt werden und Streitpunkte entstehen, die eine Nation in zwei feindliche Lager teilen, gerät die Demokratie in Nachteil. Und ihre Funktionsfähigkeit kann völlig aufhören, sobald Interessen und Ideale mitbetroffen sind, über welche die Menschen einen Kompromiß ablehnen." (29)

Im Anschluß an diese Beobachtung formuliert Schumpeter unter Hinweis auf konkrete historische Beispiele die aus ihr folgende Konsequenz für seine Demokratietheorie.

"Tatsächlich anerkennen die Demokratien aller Typen mit praktischer Einmütigkeit, daß es Situationen gibt, in denen es die Vernunft erheischt, die Konkurrenz-Führung aufzugeben und eine monopolistische Führung zu akzeptieren. ... Wenn das Monopol entweder auf eine bestimmte Zeit (wie ursprünglich in Rom) oder für die Dauer einer bestimmten,

kurzfristigen Notlage wirksam beschränkt wird, ist das demokratische Prinzip der Konkurrenzführerschaft bloß suspendiert." (30)

Liest man Diagnose und **Therapievorschlag** im Zusammenhang, so bedeutet dies nichts anderes als die Rechtfertigung einer Suspendierung der Demokratie im Falle höchst ungenau bestimmter Treuepflicht-Verletzungen der Bürger: Treue zum Land und zu Strukturprinzipien der Gesellschaft. Die Kriterien für die politischen Folgeerscheinungen dieser Treulosigkeiten sind nicht weniger unbestimmt: Spaltung der Nation in zwei feindliche Lager und/oder Unfähigkeit der Nation zum Kompromiß.

Methodologisch betrachtet also wiederum ein Höchstmaß an Unüberprüfbarkeit wegen minimaler Trennschärfe der Annahmenformulierung. Und nebenbei: Politisch betrachtet ist dies potentiell eine wissenschaftliche Begründung allzubekannter politischer Praktiken (vgl. die offizielle Propaganda der Militärjuntas in Griechenland 1967 und Chile 1974).

Die impliziten Annahmen

Während die soeben dargestellten Beispiele für höchst schwer überprüfbare Begriffe immerhin aus formulierten Annahmen bzw. zentralen Sätzen der Theorie Schumpeters stammen, geht es im folgenden um Annahmen, die nicht einmal formuliert sind, jedoch zur Herstellung einer einigermaßen zufriedenstellenden Konsistenz bzw. Plausibilität gedanklich notwendig sind. Es handelt sich also um implizite Zusatzannahmen der Theorie. In diesem Kapitel geht es allerdings wiederum nur um die Frage, ob diese impliziten Annahmen überprüfbar sind, und nicht darum, ob sie sich dabei tatsächlich bewähren könnten.

Demokratische Methode bedeutet für Schumpeter, wie oben ausgeführt, in erster Linie Konkurrenzkampf der Kandidaten, die sich für die Repräsentationsaufgabe beworben haben. Dieser Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes kann nach Schumpeter "nutzbringend" mit der Konkurrenz in der wirtschaftlichen Sphäre verglichen werden, da in beiden Bereichen Konkurrenz nie vollkommen ist, sondern immer nur als mehr oder weniger ausgeprägtes regulatives Prinzip auftritt. Nun kann dieser Konkurrenzmechanismus grundsätzlich nur als Fundament einer Demokratietheorie beansprucht werden, wenn ihm eine ebenso **stabile Qualität** zukommt wie die durch ihn zu begründende Demokratie. Als implizite Zusatzannahme ist also die Stabilität von Konkurrenzsystemen unterstellt. Wäre ein Konkurrenzmechanismus in sich nicht stabil, dergestalt daß in ihm Tendenzen existieren, die ihn von innen heraus wieder aufheben, würden diese Tendenzen der zugehörigen demokratischen Ordnung einer Gesellschaft dasselbe Schicksal bereiten. Dieses Problem

hat Schumpeter jedoch der Erörterung nicht für wert befunden, die Analogie zur Marktkonkurrenz scheint ihm Begründung genug. Die implizite Stabilitätsannahme müßte also genauso wie die oben genannten expliziten Annahmen auf den Grad ihrer Überprüfbarkeit hin befragt werden. In welche Beobachtungsbegriffe ist sie übersetzbar? Sind die dazugehörigen Beobachtungssituationen leicht oder schwer herstellbar? Etc.

Eine weitere implizite Annahme wird erkennbar, wenn man sich einerseits vor Augen hält, daß die demokratische Methode ja prinzipiell sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Gesellschaften anwendbar ist (wenn auch in letzteren ein besserer kultureller Nährboden zu erwarten ist (31)), und andererseits die Ausführungen Schumpeters zu den sozialen Bedingungen für das Funktionieren dieser demokratischen Methode aufmerksam durchliest.

"Die erste Bedingung ist, daß das Menschenmaterial der Politik, - die Leute, die die Parteimaschine bedienen, ins Parlament gewählt werden und zu Kabinettsposten aufsteigen -, von hinreichend hoher Qualität ist. Das bedeutet mehr, als daß eine genügende Zahl von Individuen mit entsprechenden Fähigkeiten und sittlichem Charakter existieren müssen ... Bis jetzt scheint immerhin die Erfahrung zu lehren, daß die einzige wirksame Gewähr in der Existenz einer sozialen Schicht liegt, die - selbst das Produkt eines strengen Auswahlprozesses - sich der Politik als einer Selbstverständlichkeit zuwendet."
(32)

Dieser **soziale Auswahlprozeß** garantiert für Schumpeter, daß die Politiker über ausreichende Erfahrungen aus dem "privaten Geschäftsleben" genauso verfügen wie über einen "gemeinsamen Fonds von Ansichten".

Die hier aufgestellte Kausalkette "sozialer Auswahlprozeß - zur Politik prädestinierte Schicht - hohe Qualität der Politiker hinsichtlich sittlichem Charakter, Fertigkeiten und Bewußtseinsinhalten" wird nun nicht auf irgendwelche weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen beschränkt, sondern gilt offensichtlich für Kapitalismen genauso wie für Sozialismen. (33) Diese Kausalitäten sind nun wiederum nur nachvollziehbar, wenn man zweierlei unterstellt: Erstens, daß sozialistische und kapitalistische Wirtschaftssysteme dieselben sozialen Auswahlprozesse zur Folge haben, oder m. a. W., daß solche Auswahlprozesse gleichgültig gegenüber den gesellschaftlichen und damit auch kulturellen Grundlagen sind. Und zweitens, daß die genannten Resultate dieses Auswahlprozesses, sittlicher Charakter und berufliche Qualifikation, miteinander grundsätzlich vereinbar sind. Abgesehen von der ganz offensichtlichen Unhaltbarkeit beider Annahmen (34) bleibt völlig offen, wie solche Annahmen überprüft werden könnten.

Einen ganz ähnlich gelagerten Fehler macht Schumpeter, wenn er als zweite Vorbedingung für einen Erfolg der Demokratie fordert, die Politiker dürften den "wirksamen Bereich politischer Entscheidungen nicht allzuweit ausdehnen" (35). Politiker sollen sich, wenn sie einmal ins "allmächtige Parlament" gewählt sind, "selbst gewisse **Einschränkungen** auferlegen" (36), selbst wenn es hierfür keine festen gesetzlichen Grenzen gibt. Unterstellt ist bei dieser Forderung wiederum, daß unabhängig von der Gesellschaftsform, also z. B. im Kapitalismus, sowohl die Möglichkeit als auch die Wahrscheinlichkeit zu einer derartigen freiwilligen Selbstbeschränkung existiert. Dies wäre nur möglich, wenn das Sanktionssystem einer Gesellschaft so beschaffen wäre, daß so etwas wie Bescheidenheit nicht nur nicht bestraft sondern sogar belohnt wird. Unabhängig davon, ob die Selbstbeschränkungsannahme nun realistisch ist oder nicht, muß festgestellt werden - und nur darauf soll es hier ankommen - daß ihre Operationalisierung erst noch geleistet werden müßte, daß also diese Annahme in der gegebenen Form noch nicht überprüfbar ist.

Fazit: Der Versuch, die Überprüfbarkeit der Schumpeterschen Theorie anhand ihrer Schlußfolgerungen zu diskutieren, scheiterte an der nicht erfolgten sprachlichen (und gedanklichen) Trennung der Schlußfolgerungen von den Annahmen. Die Annahmen erwiesen sich nicht nur unter inhaltlichen Gesichtspunkten als höchst fragwürdig, sondern auch unter methodologischen Gesichtspunkten als vage und teilweise nicht einmal explizierte. Zu den expliziten zählen: Menschen sind von Natur aus politisch unfähig, eine Demokratie erkennt man am Vorhandensein von Konkurrenz, Demokratie braucht ein geeignetes Menschenmaterial und die Bürger müssen ihrer politischen Führung treu sein. Und zu den impliziten: Konkurrenzmechanismen sind prinzipiell stabil, soziale Ausleseprozesse sind in ihren Ergebnissen unabhängig von der Wirtschaftsordnung und die Auslesekriterien "ökonomischer Erfolg" und "sittliche Reife" können gleichgesetzt werden. Damit diese Sätze an der Wirklichkeit gemessen werden könnten, müßten erst neue Theorien, Beobachtungstheorien entworfen werden, die wiederum eine Fülle von Annahmen benötigen würden, um z. B. die Schlußfolgerung zu ermöglichen, daß Geschäftserfolg und Reife tatsächlich identisch sind oder daß die Menschen von Natur aus politisch unfähig sind. Erst wenn solche ihrerseits überprüfbare und überprüfte Beobachtungstheorien als wahr akzeptiert werden könnten, könnte Schumpeter mit Fug und Recht behaupten, daß seine Demokratietheorie eine Unterscheidung von demokratischen Gesellschaften und nicht-demokratischen Gesellschaften ermögliche. Methodologisch gewendet: Dann könnte diese Paradigma-variante in den Status einer gut überprüfbaren Theorie erhoben werden. Bei Schumpeter sind die in allen wichtigen Aussagen verwendeten Begriffe derart unscharf, daß der Versuch ihrer Konfrontation mit der Wirklichkeit jedesmal in einen ewigen Diskurs münden muß. Das für seine "demokratische Methode" zentralste Theorem, die "menschliche Natur in der Politik", ist überdies absolut immun gegen jede nur erdenkbare Form der Prüfung.

3. GENERALISIERUNG DER KRITIK

Was für das theoretische Beispiel der Schumpeterschen Darstellungen ausführlich dargelegt wurde, soll im folgenden für die anderen Paradigmavarianten nur hypothetisch angedeutet werden: daß sich diese gedanklichen Konstrukte in ihrer gegenwärtigen Form kaum an der Wirklichkeit überprüfen lassen. Insofern geben sie bei ihrer Verwendung als Erklärungsbasis für Phänomene eine recht unsichere Wissensgrundlage ab. Anschließend an die folgenden Hypothesen über die einzelnen Theorien soll eine allgemeine Vermutung darüber geäußert werden, worin eigentlich der Grund für die geringe Überprüfbarkeit des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas besteht.

a. Hypothesen zu den anderen Varianten

Theorien über Gesellschaft

Die ökonomische Theorie **Samuelsons** zeichnet sich als am weitesten fortgeschrittene sozialwissenschaftliche Theorie durch die relativ klare Unterscheidung zwischen Annahmen und Schlußfolgerungen einerseits und durch die sorgfältigere und umfassendere Aufzählung des Annahmenapparates andererseits gegenüber allen anderen Varianten positiv aus. Unter Samuelsons Annahmen gibt es prinzipiell überprüfbare und solche, bei denen dies schwer fällt oder sogar unmöglich ist. Ob beispielsweise ein polypolistischer Markt vorhanden ist oder nicht und ob externe Effekte bei Konsumtion und/oder Produktion existieren oder nicht, läßt sich wahrscheinlich relativ leicht empirisch überprüfen. Schumpeter hatte in seiner Demokratietheorie demgegenüber ein viel unexplizierteres Konkurrenzkriterium, er sprach von einem "Mehr oder Minder" an Konkurrenz, von einem "Kontinuum". Der ökonomische Polypol ist hingegen eindeutig bestimmt.

Ob aber das Nutzenmaximierungsaxiom der Realität entspricht, ist schwerer zu prüfen. Jemanden zu finden, der seinen Nutzen nicht maximieren will, ist deshalb unmöglich, weil auch das Nichtmaximieren, etwa in Gestalt karitativer Handlungen, ohne weiteres selbst wieder als Maximierung interpretierbar ist, nur, daß ein solcher Nutzen jetzt eben eine zur herrschenden konträre inhaltliche Orientierung erfahren hat. Dieses Paradox liegt in der rein auf Formales bezogenen Semantik des Wortes "Nutzen" begründet, denn "Nutzen" besagt lediglich soviel wie "positive subjektive Bedeutung bzw. Bewertung", die der Mensch gegenüber einem Objekt empfindet. Als Verifikator müßte etwa ein Satz auftauchen, der behauptet, daß Person A etwas wolle, das sie wolle. Und es kann auf der anderen Seite (Falsifikation) niemanden geben, der etwas nicht will, was er will. Fazit des Wortspiels: Die Nutzenmaximierungsannahme ist - daraus machen ihre Vertreter auch kein Hehl (37) - gegenüber Widerlegungsversuchen absolut immun, sie ist eine Tautologie und insofern absolut unfalsifizierbar. (38) Diesbezüglich ist sie der Schum-

peterschen Annahme von der menschlichen Natur in der Politik nicht unähnlich.

Nun zur Soziologie, in der noch seltener als in der Politologie zwischen Annahmen und Schlußfolgerungen innerhalb von Theorien unterschieden wird. Dahrendorf wollte von seinen methodologischen Vorbemerkungen her eine erfahrungswissenschaftliche Soziologie vorbereiten und deshalb von exakt bestimmten Axiomen ausgehen. Diese Absicht führte ihn zu den axiomatischen Begriffen "Norm", "Sanktion" und "Herrschaft". Zwar mögen alle diese Begriffe eindeutig definiert sein, so daß tatsächlich eine Möglichkeit der Kontrolle durch empirische Befunde gegeben ist. Aber damit - so meine These - ist die Leistung Dahrendorfs auch schon wieder erschöpft. Denn neben diesen expliziten Annahmen existieren eine Menge implizite bzw. an anderen Stellen geäußerte Voraussetzungen, die sich weit weniger gut überschauen oder gar überprüfen lassen, die aber zur Herstellung konsistenter Begriffsketten (Theorie) unbedingt erforderlich sind. Zu diesen Randbedingungen gehören mindestens die folgenden: Erstens: Das Individuum strebt von Natur aus nach einem Maximum an Freiheit (denn nur so wird verständlich, daß es die Gesellschaft als "ärgliche Tatsache" wertet und aufgrund der ständigen Bedrohung durch negative Sanktionen die herrschenden Normen einhält). Zweitens: In Gesellschaften, in denen Konflikte nicht unterdrückt sondern geregelt werden, begrenzen die Herrschenden ihr Freiheitsstreben freiwillig durch Anerkennung eines obersten Wertekonsens (denn nur so wird verständlich, daß die Herrschenden im Gegensatz zu den Beherrschten auch ohne Bedrohung durch Sanktionen ihre Kompetenzen nicht überschreiten, also nur entsprechend den herrschenden Normen Sanktionen verteilen, nicht mehr und nicht weniger). Drittens: Die Vielfalt der gesellschaftlichen Interessengegensätze und damit der gesellschaftlichen Konflikte garantiert, daß für das einzelne Individuum tendenziell ein Ausgleich von Situationen der Über- und der Unterordnung herauskommt (denn nur so wird verständlich, daß sich das System der Ubiquität von Konkurrenz und Konflikt nicht von selbst auflöst zugunsten einer einseitigen Entwicklung von Überprivilegierung hier und Unterprivilegierung dort). Wahrscheinlich ließen sich noch mehr derartige für die Konsistenz des Gesamtmodells notwendige Annahmen finden. Gemeinsam ist ihnen jedenfalls, daß ihre empirische Überprüfung den Forscher vor schier unlösbare Aufgaben stellen würde: Quasi im Labor müßte ein "natürlicher Mensch" und ein "demokratischer Herrscher" hergestellt werden. Es wären Beobachtungstheorien erforderlich, die den sozialen Ausgleich empirisch nachweisen könnten. Und es müßte vor allem zu allererst ein einigermaßen vollständiger Annahmenkatalog hergestellt werden.

Theorien über Theorien

Die Wissenschaftssoziologie **Mertons** sperrt sich eventuellen Überprüfungsversuchen nicht weniger: Erstens sind Annahmen und Schlußfolgerungen kaum als solche kenntlich gemacht. Zweitens sind die

für die Theorie Mertons zentralen Wissenschaftsnormen (deren logischer Status innerhalb der Theorie völlig unklar ist) nicht minder unpräzise gefaßt als die meisten Begriffe der sonstigen soziologischen Theorien: Wie soll etwa in einer hochindustrialisierten Gesellschaft mit einem teilweise privatwirtschaftlichen, stark arbeitsteiligen und weitgehend technisierten Wissenschaftsbetrieb die Kommunismusknorm operationalisiert werden? Wann kann genau gesagt werden, hier ist das Wissen allen zugänglich, und hier nicht?

Bei den wissenschaftslogischen Theorien Poppers und seiner Schüler ist die Frage der Überprüfbarkeit der Annahmen etwas komplizierter, da sie von ihrem Anspruch her ja Theorien "sui generis" darstellen, die letztlich nicht auf Beobachtung sondern auf Festsetzung basieren und somit nicht aus primär empirischen sondern eher aus normativen Sätzen bestehen. Nun müssen auch Festsetzungen sich mit Realitäten konfrontieren lassen, und zwar durch das sogenannte "Brückenprinzip" zur Kritik von Werturteilen. (39) Ein präskriptiver Satz verliert demnach seine Grundlage, wenn seine Nichtpraktikabilität nachgewiesen werden kann. Denn "Sollen impliziert Können". Im folgenden geht es also um die Überprüfbarkeit dieser Sachkomponenten ("Können") der Festsetzungen Poppers und seiner Schüler, also um die Frage, ob überprüfbar ist, daß diese methodologisch-logischen Festsetzungen auch tatsächlich praktikabel sind.

Damit die Hypothesenkonkurrenz Poppers, die Theorienkonkurrenz Spinners und die Methodenkonkurrenz Feyerabends tatsächlich realisierbar wird, sind nun eine Fülle von Randbedingungen erforderlich. Hypothesen, Theorien und Methodologien konkurrieren nicht selbst miteinander, sondern werden von Menschen erst gegeneinander losgeschickt. Bezieht man diese Menschen mit ein und verläßt damit den Boden der Abstraktion der reinen Wissenschaftslogik, so werden die in letzterer implizierten Annahmen deutlich: Erstens: Jeder Wissenschaftler hat nur eine Eigenschaft: er ist an der Anerkennung seines Wissens als Wissen interessiert (Maximierungsaxiom). Zweitens: Die Anzahl der wahren Sätze ist niedriger als die Anzahl auf Ansprüche auf wahre Sätze (Knappheitsaxiom). Drittens: Die deduktive Prüfung geschieht unendlich schnell. Nur so hat die Prüfung auch wirklich denselben Begriff zum Gegenstand wie die Hypothese (vgl. unendlich schnelle Preisanpassung). Auf diese Voraussetzung hat Feyerabend hingewiesen (vgl. dort). Viertens: Die Konkurrenz wird durch keinerlei konkurrenzbeeinflussende außerwissenschaftliche Umstände (Macht-/Herrschaftsfaktoren) beeinflusst (vgl. vollkommene Konkurrenz).

Wie aber kann das Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen dieser Bedingungen geprüft werden? Die Wissenschaftslogiker haben diese Fragen explizit als für ihre Disziplin irrelevante Fragen ausgeschlossen. Dennoch ist ihre Beantwortung meiner Meinung nach eine Geltungsvoraussetzung für Theorien im Sinn der Popperschule, da sie eben eine Voraussetzung für die Praktikabilität der Popperschen Normie-

rungen darstellt. Es muß also auch bei diesen Annahmen gefragt werden: Sind die enthaltenen und unterstellten (als Randbedingungen) Begriffe präzise genug für eine Konfrontation mit der Realität? Müssen sie erst in eine Beobachtungstheorie übersetzt werden? Welche neuen Annahmen sind hierfür nötig? Wohlgedenkt: Es geht hier noch nicht um den Wahrheitsgehalt dieser Annahmen.

Fazit: Ähnlich wie die Schumpetersche Theorie der "demokratischen Methode" an einer Fülle von höchst unpräzisen Begriffen krankt, die in ihren Annahmen nachweisbar sind, so muß auch für die anderen Varianten des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas vermutet werden, daß eine Konfrontation mit der Empirie auf erhebliche Widerstände stoßen muß. Zum einen müßte eine relativ vollständige Liste der unübersehbaren impliziten Annahmen aufgestellt werden. Zum andern erfordern die in den expliziten und impliziten Annahmen vorkommenden Begriffe komplizierte Umformungen (Beobachtungstheorien), deren eigene Probleme in Bezug auf Geprüftheit und Prüfbarkeit erst abzuwarten wären. In allen Varianten finden sich schließlich an zentraler Stelle auch Annahmen ("Menschennatur", "Nutzenmaximierung" usw.), die gegen Überprüfungen völlig immun sind.

b. Schlußfolgerungen

Das Verfahren der Zerstückelung des Gegenstands

Bei Durchsicht der Annahmen der dieser Untersuchung zugrundegelegten Theorien fällt also auf, daß in der ökonomischen Paradigmavariante streng zwischen Annahmen und Schlußfolgerungen getrennt wird, der Annahmenapparat zum zweiten relativ sorgfältig aufgestellt ist und die darin enthaltenen Begriffe gut expliziert sind. Insofern ist hier eine Annahmeprüfung - sieht man vom Nutzenmaximierungs- und vom Knappheitsaxiom ab - noch relativ leicht durchführbar. Bei den anderen Beispielen ist dies aufgrund der Nicht-Trennung von Annahmen und Schlußfolgerungen, der Existenz impliziter Annahmen und der geringen Explikation bzw. Trennschärfe der zentralen Begriffe wesentlich schwerer, wenn nicht sogar unmöglich. (40)

Dieser Sachverhalt soll nun etwas weitergehend interpretiert werden. Explizite und implizite Annahmen stammen ja - dies wurde in Teil B meiner Arbeit dargelegt - zum einen aus den vom Theoretiker gewählten Gegenstandsausschnitten und den als angemessen vermuteten Grundbegriffen und Grundaussagen bezüglich dieses Gegenstandsausschnitts, zum andern aus den dem einzelnen Theoretiker vorgeetzten traditionell gegebenen Disziplinengrenzen. Gemeinsam ist allen Annahmen, daß der Theoretiker für den in der Annahme behaupteten Sachverhalt selbst keine Rechenschaft ablegen muß, daß dieser Sachverhalt vielmehr in die Nachbardisziplin fällt. Deshalb kann auch nur die Nachbardisziplin sagen, ob die in den Annahmen verwendeten Begriffe hinreichend expliziert sind, um mit der Empirie konfrontiert werden zu können und intersubjektiv akzeptierte Urteile über Vorlie-

gen oder Nichtvorliegen der behaupteten Sachverhalte ermöglichen. Je mehr sich im Laufe der Entwicklung der Sozialwissenschaften die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen differenziert haben, desto mehr konnten die einzelnen Fachtheoretiker die Verantwortung für ihre Annahmen, also für deren Explikationsgrad (und erst recht deren Wahrheitsgehalt) an andere abgeben. Es ist dabei verständlich, daß immer solche Sätze am schnellsten zu Annahmen erklärt wurden, die methodologisch oder faktisch die meisten Probleme mit sich gebracht hätten. Von der problematischsten dieser Annahmen, der Annahme über die menschliche Natur (in der Politik, in der Ökonomie usw.) wird denn auch teilweise gar nicht mehr erwartet, daß sie in der zuständigen Nachbardisziplin, der Psychologie geprüft werden könnte, sie wird als Axiom, als Tautologie, gekennzeichnet. Man könnte diese Vorgehensweise der einzelnen Disziplinen und ihrer Theoretiker in der Terminologie Luhmanns versuchsweise so charakterisieren: Der einer unübersehbaren Komplexität gegenüberstehende Forscher wählt sich zwecks Komplexitätsreduktion jene Teile aus, die er am leichtesten selbst bewältigen kann, die er in eine exakte, überprüfbare Sprachform bringen kann. Vom immer noch viel zu komplexen Rest wählt er wiederum einige Gegenstände und deren Merkmale aus und bezeichnet sie als seine Annahmen. Die verbleibende Objektivität geht als prinzipiell unübersehbare Reihe impliziter Annahmen in seine Konstrukte mit ein, ohne daß er dies kontrollieren kann. Dieser ganze Prozeß des Auswählens erfolgt selbstverständlich nur zum geringsten Teil bewußt.

Frühere Theoretiker, die noch nicht unter derart arbeitsteiligen Bedingungen gearbeitet hatten, mußten sich mit einer wesentlich größeren Zahl von Voraussetzungen ihrer Konstruktionen selbst beschäftigen. Dies sei im folgenden durch einen kleinen Vergleich zwischen Schumpeter und Rousseau, auf den sich Schumpeter explizit bezieht, illustriert: Im "Gesellschaftsvertrag" beschreibt Rousseau sein Anliegen eingangs folgendermaßen: "Ich will untersuchen, ob es in der bürgerlichen Ordnung irgendeine rechtmäßige und sichere Regel für das Regieren geben kann; dabei werden die Menschen genommen, wie sie sind, und die Gesetze, wie sie sein können." (41) Dieser Anspruch ist von dem Schumpeters nicht allzu verschieden: Beide wollen von den empirisch gegebenen Individuen ausgehen und Vorschläge für eine stabile bzw. stabilere und, in einem jeweils zu definierenden Sinn, gerechte bzw. gerechtere politische Ordnung machen und wissenschaftlich begründen.

Rousseau entwickelt diese politischen Zielvorstellungen nun aus einer ausführlichen historischen Analyse der bestehenden Gesellschaft mit ihren durch sie bestimmten Individuen. (42) Im Unterschied zu vielen seiner Vorgänger weigert er sich, die Menschen seiner Zeit als den Menschen schlechthin zu sehen und dessen Eigenschaften quasi als Naturkonstanten hinzunehmen. Um das Spezifische am bürgerlichen Menschen herauszufinden, macht Rousseau ein Denkeperiment. "Er denkt sich vom zeitgenössischen Menschen alles weg, was aus

dem Leben in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft allererst entstanden sein kann; so gelangt er zum isoliert lebenden 'homme naturel'." (43) Aus diesem Naturzustand heraus entwickelt Rousseau dann, aufsteigend vom Allgemeinen zum Besonderen, die Genese seiner Idealvorstellungen in Gestalt der Republik und des *volonté général*. Im Laufe dieser Entwicklung der Genese gibt Rousseau ein konsistentes Gerüst von geografischen, ökonomischen, sozialpsychologischen, kulturellen und schließlich politisch-verfassungsmäßigen Bedingungen für seine ideale Republik an, die er - wenn auch auf mehr oder minder spekulativem Wege - aus seiner Analyse der zeitgenössischen Gesellschaft quasi durch Umkehrschluß gewonnen hat. Diese Bedingungen, wie z. B. die Überschaubarkeit des Staatsgebietes, die wirtschaftliche Autarkie, eine auf Selbstversorgung und einfachen Warentausch aufgebaute Ökonomie, sowie eine ganz bestimmte Form von gleichmäßig verteiltem Eigentum in Verbindung mit einer ganz bestimmten Art von Sozialisationsinstitutionen und -inhalten, sind für Rousseau die unabdingbare Voraussetzung für die Befreiung der Vernunft von der Dominanz des Privatinteresses und somit für die tendenzielle Realisierung einer *volonté général*. Gerade diese sozialökonomischen Vorbedingungen für das Funktionieren der Rousseauschen Demokratie sind - dies sei nebenbei bemerkt - in der Rousseau-Interpretation sehr oft zu kurz gekommen, wodurch Rousseau zu einem weltfremd-abstrakten Vertreter einer Willenstheorie des Staates oder als Apologet einer Erziehungsdiktatur abgestempelt werden konnte.

Schumpeter hat sich hingegen nur für das Verfahren der Konkurrenz-
auswahl selbst interessiert, alle anderen politischen (Verfassung),
ökonomischen (Verkehrsformen) oder sozialpsychologischen (Verhaltensdispositionen) Umstände als nicht mehr zu seiner Theorie gehörig links liegen gelassen. Während Rousseau die ganze Totalität der Bedingungen für Demokratie ausführlich diskutiert, ehe er zu seiner *volonté général* kommt, unterläßt Schumpeter dies und ergeht sich stattdessen in unvollständige, unpräzise und höchst fragwürdige Annahmenformulierungen (z. B. Sittlichkeit der Führung, Reife des Volkes). Schumpeters "andere Theorie der Demokratie" ist also dadurch anders geworden, daß er von der Gesamtheit der Probleme eines herausgegriffen hat, das sich seiner Meinung nach für die Erfüllung seines methodologischen Anspruchs am besten eignet: die Definition der Demokratie als Methode bzw. Institution zur Garantie dieser Methode. Für diese Definition legt Schumpeter mehr oder minder überzeugend dar, daß sie realistischer und überprüfbarer ist als die klassische Rede vom Gemeinwohl. Alle weiteren Probleme, und seien sie noch so eng mit der zentralen Definition dieser Methode verbunden, behandelt er entweder nur ganz kurssorisch als Randbedingungen oder er unterschlägt sie ganz.

Bei einem Vergleich zwischen Rousseau und Schumpeter im Hinblick auf ihre methodologischen Qualitäten muß also festgehalten werden: Die bei Rousseau kritisierte spekulative Grundorientierung

der Demokratietheorie "überwindet" Schumpeter, indem er eine vielleicht tatsächlich unspekulativere Demokratiedefinition zum Angelpunkt macht, alle entscheidenden weiteren Probleme jedoch in den Bereich der expliziten oder gar impliziten Randbedingungen abschiebt. So holt er das spekulative Element wieder durch die Hintertür herein, nur leider getarnt, und deshalb um ein Vielfaches gefährlicher.

Allgemeines Fazit: Ausgehend vom methodologischen Ideal der größtmöglichen Prüfbarkeit sucht sich die Einzelwissenschaft von ihrem Gegenstandsbereich jene Aspekte heraus, die sich am leichtesten in möglichst prüfbare Aussagensysteme wissenschaftlich verarbeiten lassen. Alles was offensichtlich von den gewählten Aspekten nicht zu trennen ist, sich aber einer dergestalt methodologisch idealen Formulierung widersetzt, wird in den Annahmenapparat, in den Katalog der Randbedingungen abgeschoben und damit von einer weiteren Erörterung und Kritik freigestellt. Auf diesem Abstellplatz finden sich Schumpeters Aussagen über die Natur des Menschen, Dahrendorfs Feststellungen über die allgemeine Chancengleichheit und Mertons Postulate über das Gemeinschaftseigentum an den wissenschaftlichen Ergebnissen. Nachdem die methodologisch unansehnlichen Teile der Theorien derart ausgefiltert sind, ist es keine Kunst mehr, mit einem Restbestand an methodologisch herausragenden und für zentral erklärten Aussagen zu glänzen. Demokratie ist dann im Wesentlichen eine technische Methode, jederzeit leicht zu identifizieren, Marktwirtschaft ein technischer Mechanismus zur gesellschaftlichen Abstimmung individueller Entscheidungen, Wissenschaftspluralismus eine Einrichtung zur Hervorbringung eines Maximums von Ideen. Über diese zum einzelwissenschaftlichen Kernbereich erklärten Momente wird weitergearbeitet, werden die Modelle verfeinert, die Quantifizierung vorangetrieben. Alle Randbedingungen bleiben als Nebenaspekte ausgeblendet.

Die Verschleierung von Zusammenhängen

Die **Problematik** eines solchen Verfahrens zeigt sich in dem Augenblick, wo man solche Theorien oder Modelle als Erklärungsmittel verwenden will. Wird eine Theorie, die nicht als insgesamt getestet und bewährt gelten kann, zur Erklärung eines Sachverhalts verwendet, so wird die gesamte Wenn-Komponente in eine Weil-Komponente umgewandelt. Dann wird aber klar, daß alle Annahmen, auch die am weitesten weggesteckte Randbedingung, zum unverzichtbaren Bestandteil des Explanans gehört, solange die Theorie insgesamt durch Prognosefalsifikationsversuche noch nicht erhärtet ist. Wenn nur eine der Randbedingungen nicht mit Sicherheit als wahr gilt, so wird Erklärungsbedürftiges durch Erklärungsbedürftiges erklärt, Vorurteil durch Vorurteil, Ideologie mithin durch Ideologie. Dann wird ein bestimmter politischer Zustand bzw. eine politische Entscheidung u. a. aus der natürlichen Dummheit des Menschen abgeleitet, oder eine bestimmte ökonomische Lage u. a. aus der durch den Markt garantierten Chancengleichheit, oder ein bestimm-

tes wissenschaftliches Ergebnis u. a. aus der völlig interesselosen Arbeit eines Wissenschaftlers. Das Problem besteht genau darin, daß dieser höchst fragwürdige Teil der Geltungsvoraussetzungen innerhalb der Kausalkette des Erklärungszusammenhangs in der Regel gar nicht mehr auftaucht und so im Laufe der Zeit in Vergessenheit gerät. Was übrig bleibt, sind elegante Formeln, berauschte Kurven und verwirrende Zahlenspiele. So erhält Sozialwissenschaft objektiv die Funktion, bestimmte Aspekte der Wirklichkeit in den Mittelpunkt des Bewußtseins zu rücken und andere Aspekte aus dem Bewußtsein verschwinden zu lassen. Dies kann als Verschleierungsfunktion bürgerlicher Sozialwissenschaften bezeichnet werden. Was sich unproblematisch anwenden und quantifizieren läßt, bleibt im Mittelpunkt, alles andere verschwindet.

G. Lukács interpretiert ein derartiges Verständnis von Wissenschaft auf dem Hintergrund der das sogenannte rationale bürgerliche Denken charakterisierenden Abtrennung der Philosophie von den Einzelwissenschaften. Bestand im vorbürgerlichen Denken noch eine Einheit zwischen der Frage nach dem Allgemeinen und dem Besonderen, so entwickelte sich mit den aus der Naturwissenschaft stammenden methodologischen Maßstäben an Sozialwissenschaft und der parallel dazu erfolgenden Aufsplitterung dieser Sozialwissenschaft in viele Einzeldisziplinen eine auch für den Inhalt dieser Sozialwissenschaft bedenkliche Tendenz: Der mit dem neugewonnenen Exaktheitsideal einhergehende Verzicht der Sozialwissenschaft, das Ganze zu begreifen, führt dazu, "daß jede Einzelwissenschaft ihre 'Exaktheit' gerade aus dieser (Aufspaltung der Wissenschaften) schöpft. Sie läßt das ihr letztthin zugrundeliegende materielle Substrat in unangetasteter Irrationalität ('Unerzeugtheit', 'Gegebenheit') auf sich beruhen, um in der so entstehenden, abgeschlossenen, methodisch rein gemachten Welt mit unproblematisch anwendbaren Verstandeskategorien, die ja dann auf eine 'intelligible' Materie und nicht mehr auf das wirklich materielle Substrat (selbst der Einzelwissenschaft) angewendet werden, ungehindert operieren zu können." (44)

Fazit: Nachdem im vorangehenden Kapitel festgestellt worden war, daß die hier ausgewählten paradigmatischen Theorien durch empirische Prüfungen bisher noch nicht bestätigt worden sind und insofern als Spekulationen angesehen werden müssen, hat dieses Kapitel nun dargelegt, daß dieser unbefriedigende Zustand kein zufälliger ist. Die Theorien des Paradigmas sind so konstruiert, daß eine Überprüfung der Schlußfolgerungen wie auch - das war der Schwerpunkt der Analyse - der Annahmen sehr erschwert ist oder gar unmöglich ist. (45) Als Grund für die geringe Überprüfbarkeit und Überprüfbarkeit muß u. a. auf die Gesamtstruktur des herrschenden Wissenschaftsbetriebes verwiesen werden: Gegenstände werden in Einzelstücke zerrissen und von Einzeldisziplinen beschrieben. Was sich den methodischen Idealvorstellungen nicht mehr reibungslos fügt, wird bestenfalls als explizite Annahme an eine Nachbarwissenschaft überwiesen, schlimmstenfalls bleibt es als implizite

Annahme völlige unausgesprochen. Die einzelwissenschaftliche Exaktheit wurde mit der Unexaktheit des Annahmenapparates erkaufte. Von Verschleierung der Realität muß insofern gesprochen werden, als durch dieses Verfahren die in der Realität des Sozialen existierenden Zusammenhänge künstlich unsichtbar gemacht werden. Wer seinen Gegenstand dergestalt systematisch zerstört und damit das Erkenntnisobjekt verschleierte, der macht seine Annahmen über Einzelaspekte dieses Gegenstandes in genau demselben Ausmaß systematisch unüberprüfbar. Wie sollte etwa geprüft werden, ob der Mensch qua Natur mit den verfügbaren Mitteln immer unzufrieden ist (Knappheitsannahme), wenn die Wirtschaftstheorie sich diesbezüglich auf die Psychologie verläßt, die Psychologie auf die Wirtschaftstheorie. Zum Problem wird den beteiligten Disziplinen ihre Aufgabenteilung dabei meist insofern nicht, als der empirische Augenschein (in der herrschenden ökonomischen Realität!) die Selbstverständlichkeit dieser Annahmen sowieso nahelegt.

Ein weiteres Beispiel für die Fragwürdigkeit der einzelwissenschaftlichen Gegenstandsauflösung ist die getrennte Thematisierung von Handeln und Denken: Die Sozialwissenschaften gehen in aller Regel von der strikten Trennbarkeit zwischen Tatsachenurteilen und Werturteilen aus, wohingegen z. B. im "Positivismusstreit in der deutschen Soziologie" (46) zu einem nicht unerheblichen Teil darüber gestritten wurde, ob man aus Tatsachenurteilen in bestimmten Fällen Werturteile ableiten könne und umgekehrt. Um eine solche Frage zu entscheiden, ist eine Überschreitung der Trennungslinie zwischen Denktheorie (Wissenschaftstheorie) und Handlungstheorie erforderlich, weil die Logik, auf die sich die Denktheorie in letzter Instanz beruft, selbst nur auf Übereinkunftshandeln beruht. Ob diese Übereinkunft der Trennung zwischen Tatsachen und Werten eine ahistorische Notwendigkeit ist oder eine historisch besondere Denkform, kann nach Auffassung der Kritischen Theorie nur eine historische bzw. gesellschaftliche Analyse erweisen. Grundsätzlich hat nach Adorno und Habermas jedes Tatsachenurteil auch eine Wertkomponente, weil jeder in wissenschaftlichen Aussagen vorkommende Begriff letztlich aus der Alltagssprache abgeleitet ist und auf bestimmte praktische Erkenntnis- und Handlungsinteressen zurückgeht. Und alle Werturteile haben auch Tatsachencharakter, da der Subjekt-Objekt-Beziehung bei jeder Bewertung immer bestimmte Tatsachen zugrundeliegen: "Was der historischen Erinnerung nachträglich zu Werten gerinnt, sind in Wahrheit Fragegestalten der Realität ..." (47) Die Kritische Theorie führt die "Denkregel" der Nichttrennbarkeit von Tatsachen- und Werturteilen auf ein geschichtsspezifisches Denken, nämlich das Denken in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zurück: auf den Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert bzw. die sich daraus ergebende Verdinglichung. Kritische Rationalisten bestreiten dies. Fazit: Auch über Denkregeln kann nur durch Rekurs auf Gesellschaftsanalyse gestritten werden, die institutionelle Trennung beider Wissenschafts-

bereiche (Sozialtheorie, Wissenschaftstheorie) ist also sehr problematisch.

An der aus der Gegenstandszerstückelung resultierenden Verschleierung der dem Gegenstand innewohnenden Zusammenhänge der Realität vor seiner Erkenntnis ist noch ein zweiter Umstand interessant: Der über die Zusammenhänge des Gegenstandes gelegte Schleier versteht es zudem, den Schein seiner Durchsichtigkeit mehr oder minder erfolgreich vorzutäuschen. Sein diesbezügliches Mittel ist die formale Eleganz, die sprachliche Präzision im Kernbereich der einzelwissenschaftlichen Theorie, die jedenfalls der ökonomischen und der wissenschaftstheoretischen Paradigmavariante bescheinigt werden muß.

Um Verschleierung handelt es sich bei den Konkurrenz-Gleichgewichts-Theoretikern schließlich insofern, als sie – im vollen Bewußtsein der überragenden Rolle der Annahmen für ihre Ergebnisse – jegliche Form der Konfrontation ihrer generellen Theorien mit der Wirklichkeit in der Regel ablehnen: entweder durch das radikalste Immunisierungsargument, die Instrumentalismusthese, oder durch das gemäßigte Immunisierungsargument, das Verbot der Annahmeprüfung. Von der dritten noch verbleibenden Möglichkeit, dem Testen von Schlußfolgerungen, räumt man schließlich ein, daß es sich bisher noch kaum praktizieren ließ. (48)

C. KONTRAFAKTIZITÄTEN: DAS PARADIGMA ALS NEGATION DER WIRKLICHKEIT

1. GRUNDSÄTZLICHES

Gibt es nun überhaupt keine Möglichkeit, das Paradigma bzw. seine einzelnen Theorien mit der Wirklichkeit zu konfrontieren und bezüglich seines Wahrheitsgehalts zu beurteilen? Auch wenn Kritische Rationalisten die Kritik ihrer Theorieannahmen für prinzipiell bedeutungslos halten, und – wie im vorausgehenden Abschnitt dargelegt – die geringe Präzision der Annahmen eine systematische und vollständige Überprüfung als undurchführbar erscheinen läßt, möchte ich angesichts des in meiner Untersuchung nachgewiesenen grundlegenden Mangels der Theorien an Realitätskontakt den Weg der Annahmenkritik ein Stück weit gehen. Ich möchte nachweisen, daß einige zentrale Annahmen ganz offensichtlich den Fakten völlig widersprechen. Und zweitens möchte ich durch einige Hinweise zeigen, daß dieser Widerspruch im Laufe der historischen Entwicklung des Paradigmas eklatanter wird, und zwar deshalb, weil sich die Realität vom Paradigma (aus systematischen Gründen) wegbewegt. Insofern ist das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma kontrafaktisch, und wird diese Eigenschaft im Laufe der historischen Weiterentwicklung der Realität immer deutlicher aufweisen. Ein solcher Nachweis des systematischen Wegbewegens der Wirklichkeit von den Paradigmaannahmen

dürfte die Paradigmavertreter nicht ganz unberührt lassen.

Für die Verwendung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als Erklärungsmodell hat eine solche wachsende Diskrepanz zwischen Annahmen und Realität eine wichtige Konsequenz: Kann ein erklärungsbedürftiges Einzelereignis nicht auf ein insgesamt bewährtes Paradigma zurückgeführt werden, wie die beiden vorausgehenden Kapitel gezeigt haben, so wird es eben nur auf die Annahmen dieses Paradigmas zurückgeführt. M. a. W.: An die Stelle des Paradigmas treten seine Annahmen als Erklärungsbasis. Erweisen sich nun in diesem Kapitel die Annahmen als in zentralen Punkten unwahr, so ist die mit ihnen bewerkstelligte Erklärung eben eine falsche.

2. DAS BEISPIEL DER ÖKONOMISCHEN VARIANTE

Die nachfolgende Diskussion einiger Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie der Ökonomie, wie sie in der Fassung Samuelsons dargestellt wurde, kann natürlich keine echte empirische Überprüfung dieser Annahmen leisten. Die hier zu präsentierenden Plausibilitätsargumente müßten in einem weiteren Schritt durch die Arbeit der empirischen Sozialforscher erhärtet werden. Hier soll es demgegenüber hauptsächlich darum gehen, zu zeigen, welche Annahmen der allgemeinen ökonomischen Gleichgewichtstheorie empirisch fragwürdig sind, was diese Fragwürdigkeit für das ökonomische Gesamtmodell bedeutet, und was hinter der Diskrepanz von Theorie und Realität steht.

Zur Nutzenmaximierung des Individuums und zur Knappheit in der Umwelt

In Teil A und Teil B habe ich gezeigt, daß diese beiden Annahmen das Fundament der ökonomischen Theorie der Marktwirtschaft sind. Die Nutzenmaximierungsannahme gilt ihren Vertretern als zwar nicht falsifizierbar aber dennoch empirisch plausibel, die Knappheitsannahme gilt als durchaus mithilfe von Erhebungen erhärtbar. Beide Annahmen treten jedoch nicht nur mit dem **Anspruch** auf, etwa nur für marktwirtschaftlich organisierte Ökonomien zu gelten, wie etwa all jene Annahmen, die die Randbedingungen des Ausgleichsmechanismus beschreiben (vollkommene Konkurrenz). Vielmehr beanspruchen sie, "zentrale ökonomische Probleme jeder Gesellschaft" bzw. "Ausgangstatsachen des Wirtschaftens" schlechthin zu bezeichnen. In ökonomischen Erklärungsketten erscheinen sie mithin als nicht mehr weiter hinterfragbare sozialwissenschaftliche Konstanten. Daß eine solche Konstantsetzung bestimmter menschlicher oder sozialer Merkmale kritisiert werden kann, habe ich bereits im Kapitel über Marx dargestellt. Dort wurde die Entstehung der Vorstellung vom individuellen Nutzenmaximierer und von der Knappheit seiner Mittel einmal aus der Existenz von Privateigentum (Frühschriften), zum andern aus der Existenz des Geldes mit seinem charakteristischen Widerspruch zwischen qualitativer Unbeschränktheit und quantitativer Beschränktheit (Spätschriften) erklärt (Teil C). Nun geht es darum,

einige Hinweise auf empirische Belege zu bringen, aus denen ersichtlich wird, daß es tatsächlich Gesellschaften gab oder gibt, in denen diese Vorstellung nicht auftaucht. Da auch in solchen Gesellschaften selbstverständlich gewirtschaftet wird, bedeutet dies, daß individuelle Nutzenmaximierung und Knappheit der Mittel keine Grundtatsachen des Wirtschaftens sind.

Zunächst zur **Nutzenmaximierungsannahme**. Die folgenden kulturanthropologischen Ausführungen, die zum großen Teil auf der Arbeit von Dieter Goetze über "soziokulturelle Grundlagen der Entwicklungspolitik" (1983) (49) beruhen, können nur als Andeutungen verstanden werden. Verläßt man die hier und heute herrschende Wirtschaftsform und betrachtet sogenannte vormoderne Ökonomien, wie sie in der Geschichte existierten und in einigen wenigen Regionen und sozialen Zusammenhängen der Welt auch heute noch beobachtbar sind, so läßt sich auch noch ein anderes Bild des Menschen und seiner Umwelt zeichnen. So hat z. B. Marshall D. Sahlins (50) auf das Phänomen der Reziprozität in Jäger-/Sammler-/ und Ackerbaugesellschaft verwiesen (51): Die Wirtschaftssubjekte verhalten sich nicht primär egoistisch, sondern solidarisch, Güter werden nicht getauscht sondern untereinander aufgeteilt, im Mittelpunkt steht nicht der jeweilige Gegenstand sondern die zwischenmenschliche Beziehung. Art und Umfang der Reziprozität richten sich nach dem verwandtschaftlichen bzw. räumlich-geografischen Verhältnis, in dem die Beteiligten zueinander stehen. Innerhalb der Gesamtheit der auf Gegenseitigkeit beruhenden Verhaltensweisen ergeben sich dabei wiederum unterschiedliche Formen: am einen Pol die solidarischste, das Geschenk, am andern Pol die dem späteren Warenaustausch ähnlichste, die "balanced reciprocity". Während bei der ersten Form eine Gegenleistung nicht unbedingt erwartet wird, kalkuliert der Gebende bei der zweiten Form eine mittelfristig nachfolgende gleichwertige Gegenleistung mit ein, allerdings mit einem recht verschwommenen Verpflichtungscharakter. Im ersten Fall rechnen sich die Partner ihre Leistungen gegenseitig nicht auf, im zweiten versuchen sie wenigstens nicht, sich auf Kosten des anderen zu bereichern. Da Gesellschaften mit einer solchen ökonomischen Verhaltensweise als dominierendem Merkmal in der Menschheitsgeschichte mehr als 90 % aller existierenden Gesellschaftsformen ausmachen dürften, kann allein schon aus historischen Gründen die Reziprozität als "allgemeinste Form menschlichen wirtschaftlichen Verhaltens" (52) bezeichnet werden.

Eine ähnliche Beobachtung kann man auch ohne Rekurs in die Wirtschafts- und Kulturgeschichte machen, wenn man sich in jenen Regionen der Welt umsieht, die noch nicht vollständig in die herrschende Weltökonomie, die kapitalistische Warenproduktion, einbezogen sind. So hat z. B. Erich Wulff (53) bei seinen ethnosoziologischen Studien in Südostasien beobachtet, daß dort die Vorstellung vom Einzelmenschen als Ausgangspunkt des Denkens und Handelns nicht existiert, mithin individueller Egoismus keine gebräuchliche

Kategorie darstellt. Vielmehr wird in jenen Gesellschaften, in denen die Bande der Familie eine zentrale Rolle im Leben einnehmen, vom Begriff des "Gruppen-egos" als Zentrum des Handelns und Denkens in der Gesellschaft ausgegangen. Dementsprechend existieren in diesen Gesellschaften auch völlig andere Krankheitsbilder, ein großer Teil der in westlichen Industrieländern bekannten psychischen Störungen ist dort völlig unbekannt.

Schließlich wird auch an den in der Dritten Welt im 20. Jahrhundert aufkommenden antikolonialistischen Befreiungsbewegungen und deren spezifischen Ideologien die Möglichkeit eines zum individualistisch-egoistischen Menschenbildes deutlich. (54) Diese Befreiungsideologien etwa in Afrika oder Indien versuchen einen neuen Bezug zu der ihnen durch das Wirken von Missionaren, Kaufleuten und Entwicklungshelfern abhanden gekommenen nationalen Kultur herzustellen. Im sogenannten "afrikanischen Sozialismus" (Nkrumah, Nyerere) beruft man sich auf alte Traditionen wie Naturnähe, Familienverbundenheit oder "Kommunalismus". "Es fehlt im afrikanischen Kontext oft die Vorstellung, daß der Mensch sich dadurch Vorteile verschaffen könne und solle, daß er sich auf Kosten anderer durchsetze ..." (55) Oberstes Prinzip der indischen "Sarvodaya"-Bewegung ist, daß das individuelle Handeln der "Wohlfahrt aller" dienen muß, nur so ist Selbstverwirklichung und damit letztendlich die erfolgreiche Suche nach Gott möglich. Die individuelle Selbstverwirklichung hat dabei ihr Maß zum einen darin, daß alle anderen Lebewesen dieselbe Möglichkeit haben müssen, zum andern darin, daß die natürliche Umwelt bewahrt werden muß. (56)

Fazit: In diesen Menschenbildern ist also ein qualitativ anderes Verständnis vom Mitmenschen und von der Natur enthalten, als uns von der neuzeitlich-abendländischen Tradition her vertraut ist: Nicht der Nutzen des Individuums ist der primäre Orientierungspunkt des Handelns der Subjekte, sondern daneben oder sogar davor das Wohl des Gegenübers, der Gemeinschaft oder der Natur. (57)

Wenn also in vielen Kulturen das Bild vom grenzenlos bedürftigen nutzenmaximierenden Individuum völlig unbekannt ist, so verwundert es nicht, wenn auch die Kehrseite dieses Menschenbildes, die Idee von der **Knappheit** der Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse und Nutzenvorstellungen in solchen Gesellschaften nicht auftauchen kann. (58) So hat z. B. Service (59) in einer Untersuchung über Jäger- und Sammlergesellschaften gezeigt, daß dort mit einem Minimum an Arbeitszeit (ca. 3 - 4 Stunden) ein offensichtlich allgemein zufriedenstellender Lebensstandard erzielt worden ist, daß die ökonomischen und technischen Mittel, die zur Verfügung gestanden hätten, gar nicht voll ausgenutzt wurden. In dieser "ursprünglichen Wohlstandsgesellschaft" (Sahlins) paßten die Menschen ihre materiellen Bedürfnisse ihren Umweltbedingungen eben von vornherein an, so daß ein Widerspruch zwischen subjektiver Maximierung und objektiver Mittelknappheit gar nicht aufkommen konnte, es herrschte

also eine "institutionalisierte Bescheidenheit" (60). Die Jäger und Sammler hätten einen zu maximierenden Reichtum nur als Last und Hindernis für ihre Beweglichkeit erfahren. Dementsprechend wäre theoretisch denkbar, daß auch in Industriegesellschaften ein Menschenbild entstünde, das materielle Überversorgung mehr als Last denn als Gewinn bewertet, allerdings nicht aufgrund der physikalischen sondern aufgrund der psychischen Auswirkungen von übermäßigem Warenreichtum: Auch die "Eindimensionalität" (Markuse) (61) des Denkens und Verhaltens in den hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften, die fortgeschrittenste Form der Verdinglichung und damit Entsinnlichung, könnte einen Grund für eine Revision unseres Menschenbildes abgeben. Nur die Warenproduktion, die sich zudem der entwickelten Industrie bedient, führt zur systematischen Instrumentalisierung der Natur, also tendenziell immer auch zur Überschreitung der von der Natur aufgerichteten Grenzen. Unter den Bedingungen von Reproduktions- und/oder Redistributionsökonomien und deren niedrigerer technischer Naturverfügung existierten demgegenüber noch Regelungsmechanismen, die der Respektierung der Grenzen der Naturressourcen dienten. In industrialisierten Marktökonomien ergibt sich die konkrete Verteilung der Knappheiten schließlich aus den je charakteristischen Verteilungsergebnissen und Herrschaftsstrukturen. (62)

Zum andern bewirkt die industrialisierte Warenwirtschaft eine der Instrumentalisierung der Natur entsprechende ebenso systematisierte Instrumentalisierung der Mitmenschen, eine Instrumentalisierung, die bei diesen das permanente Knappheitsgefühl durch eine permanente Knappheitssituation erzwingt: Jedem Kapitaleigentümer steht - dies war das Resultat von Marx - notwendigerweise in seinem Kampf gegen die anderen Kapitale immer zu wenig Geld zur weiteren Geldvermehrung zur Verfügung. Und jeder Eigentümer von Arbeitskraft sieht sich insofern einer notorischen realen Knappheitssituation gegenübergestellt, als seine Entlohnung für den Unternehmer ein Kostenfaktor ist, den es zu minimieren gilt. Beide Knappheitsphänomene sind nach Marx das Resultat der Entwicklungslogik des Geldwiderspruchs, dieser wiederum des letztendlich ursächlichen Warenwiderspruchs.

Auch wenn man der Marxschen Begrifflichkeit nicht folgen will, ergeben sich empirisch einige Hinweise für folgende **abschließende Interpretation** von Maximierungsverhalten und Knappheit: Die Dynamik der industrialisierten Marktökonomie erzeugt sowohl die Erreichung der Grenzen der Naturressourcen, also eine faktische Knappheit, wie auch das permanente Bewußtsein der Knappheit, weil jedes Subjekt zu einem ständigen Mehr an Reichtum gezwungen ist. Dies kann in dem Satz zusammengefaßt werden, daß "... induzierte Knappheit und reale Knappheit keine Gegensätze sind; die erstere ist lediglich die Ausbeutung und Intensivierung der letzteren." (63)

Unter Rückgriff auf Marx können beide Seiten des Problems, die individuelle Nutzenmaximierung und die dazugehörige Knappheit, folgendermaßen auf den Begriff gebracht werden: Der Mechanismus der kapitalistischen Warenproduktion zerstört einerseits das an die Naturbedingungen angepaßte Bedürfnis und produziert den grenzenlos bedürftigen Menschen. Er zerstört andererseits die von der Natur gesetzten Reserven und produziert so die tatsächliche Knappheit. Von den Theoretikern werden jedoch beide Produkte als Naturgesetz wahrgenommen und aus ihnen die Notwendigkeit einer marktwirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftslebens abgeleitet. Wo aber aus einem vermeintlich natürlichen aber tatsächlich gesellschaftlichen Phänomen (homo oeconomicus) ebendieses gesellschaftliche Phänomen (sein Wirtschaftshandeln) erklärt wird, handelt es sich um eine Selbsterklärung, um einen klassischen Zirkel.

Zur Unabhängigkeit der Präferenzen

Die im folgenden dargelegte Kritik ist zum großen Teil an die Überlegungen von Winfried Vogt ("Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie" (1971) und "Reine Theorie kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Systeme" (1976)), der sich teilweise wiederum auf John Maynard Keynes beruft, angelehnt. Allerdings zieht Vogt in jüngster Zeit fast diametral andere Konsequenzen aus seiner Analyse. (Vgl. Teil E meiner Arbeit).

Als - neben Maximierung und Knappheit - weitere zentrale Annahme soll im folgenden die Unabhängigkeit der individuellen Präferenzen problematisiert werden: die Behauptung Samuelsons, daß die "Dollarstimmen" der Konsumenten Ausdruck ihrer "wahren Wünsche" sind. Unabhängigkeit der Präferenzen bedeutet, daß diese Präferenzen nicht durch das Marktsystem selbst erzeugt werden oder modifiziert werden, sondern von außen (Physis, Psyche, kulturelle Wertsetzungen u. ä.) mitgebracht werden. Diese Annahme erweist sich jedoch als empirisch nicht haltbar. (64) Das Marktsystem selbst kann nämlich dem Individuum zweierlei Arten von Restriktionen auferlegen: Zum einen stellt der Markt für bestimmte Präferenzen keine Koordinationsleistungen mehr zur Verfügung, läßt diese also unberücksichtigt. Zum andern kann eine Behinderung der Präferenzen darin bestehen, daß der Markt selbst die Präferenzen systematisch modifiziert, zerstört und erzeugt.

Zu den ersteren, die von Samuelson u. a. als Ausnahmefälle bewertet und **"markt-externe" Effekte** der Konsumtion und Produktion genannt werden, zählt z. B. die Tatsache, daß Präferenzordnungen nicht nur die eigenen Güterausstattungen enthalten, sondern auch die des Nachbarn. D. h. daß sich durch eine Änderung fremder Ausstattungen die eigene Präferenzordnung ändern kann (Keeping-up-with-the-Joneses-Effekt). Es gibt nun im Marktsystem keine Institution, die eine solche Änderung, z. B. die Entstehung eines Mangelgefühls aufgrund von 'Mißgunst', als Präferenz erfassen würde.

Neben solchen Konsumexternalitäten gibt es den wichtigeren Fall der Produktionsexternalitäten, bei denen Präferenzen oder Produktionsmöglichkeiten durch fremde Produktionsprozesse beeinflusst werden. Dies ist der Fall beim Phänomen der Umweltverschmutzung und den öffentlichen Gütern. Solange der Markt die Verunreinigung der Luft oder des Bodens nicht preislich erfassen kann, gehen diese für Konsum- und Produktionseinheiten eventuell relevanten Nutzenminderungen nicht in das Kalkül der Unternehmung ein, die die Verschmutzung verursacht. Wegen der niedrigeren Kosten und daher auch Preise, wird mehr nachgefragt und produziert, als den Konsumbedürfnissen entspricht (z. B. Produktion von Atomenergie und die markt-externe Konsequenz des Sicherheitsrisikos), für die Ausschöpfung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten vielleicht tragbar wäre (z. B. Zerstörung von landwirtschaftlich nutzbarem Gras durch Autos). Wenn von einem öffentlichen Gut einmal genügend produziert ist, dann können an seinem Konsum (weil ja zur Definition des öffentlichen Gutes gehört, daß keiner von seinem Konsum ausgeschlossen werden kann) viele Konsumenten gleichzeitig partizipieren, ohne daß z. B. bei größerem Konsum eines öffentlichen Gutes entsprechende preisliche Konsequenzen in Rechnung zu stellen sind. Andererseits müssen die, die das öffentliche Gut eigentlich gar nicht wollen, dafür bezahlen (z. B. PKW-Fahrer den LKW-Verkehr).

Diese erste Art von Restriktionen für das Individuum ist noch relativ harmlos. Die externen Effekte spielen in jedem ökonomischen System eine Rolle und werden eben nur im Marktsystem systematisch nicht berücksichtigt. Eine noch stärkere Kritik beinhalten die Fälle externer Effekte, bei denen der Markt **Präferenzen direkt erzeugt**. Das bekannteste Beispiel für diese zweite Art von Restriktionen der individuellen ökonomischen Wahlfreiheit ist die Werbung. "Diese dient im Interesse der Erzielung von Extraprofiten der Schaffung von Monopolpositionen und ist insofern für marktwirtschaftliche Systeme charakteristisch. Während man sicher nicht von vornherein behaupten kann, daß sie individuelle Präferenzen verfälscht, erzeugt sie auf diese Weise doch Präferenzstrukturen, die für Marktwirtschaften typisch sind und sich also von Bedarfsstrukturen in anders organisierten Ökonomien unterscheiden können." (65)

Ein anderer Fall wird offensichtlich, wenn man sich vorstellt, "daß die Individuen einer Gesellschaft einen Zustand mit nicht allzu spezialisierter, sondern eher breiterer Ausbildung und Tätigkeit selbst dann einem mit hoher Spezialisierung vorziehen, wenn bei letzterem der materielle Reichtum größer wäre ... Aber gerade in einem Marktsystem müssen die Individuen bei mangelnder Spezialisierung aufgrund des allgemeinen Wettbewerbs befürchten, in einen (individuellen) Zustand zu geraten, in dem ihr materieller Reichtum besonders niedrig wird." (66) Das Marktsystem unterdrückt also die präferierte Alternative, indem es sie als unrealisierbar erscheinen läßt. Im Prinzip wäre sie jedoch realisierbar, nämlich außerhalb des Marktsystems durch eine nicht konkurrenzt, kooperative Lösung.

Weiter werden bestimmte Präferenzen durch die selektiven Informationskanäle des Marktsystems zerstört. Der Bedarf an einem Gut wird grundsätzlich nur dann von einer Konsumeinheit geäußert, wenn bereits ein solches Gut existiert. "Das Marktsystem bietet selbst jedenfalls ... keine zuverlässige Systematik für die Entstehung von Märkten nach Bedürfnissen." (67)

Eine der bedeutsamsten Leistungen des Marktsystems wird in der Regel darin gesehen, daß es ohne eine zentrale Steuerungsinstanz, nur mit Hilfe des Preismechanismus, die individuellen Präferenzen koordiniert. Demgegenüber ist es nur als "Perversion des Gleichgewichtsgedankens" zu bezeichnen, wenn die Präferenzen ausgerechnet von diesen Preisen determiniert werden, sich das Mittel-Zweck-Verhältnis mithin genau verkehrt. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn die Präferenzen dergestalt von den Preisen abhängen, daß bei hohen Preisen ein zum Gebrauchswert des Gutes hinzutretender Nutzenzuwachs, etwa in Form eines Prestigegewinns, anfällt (z. B. Snob-Effekt etwa von hohen Einkommen). Wichtiger ist aber vielleicht der sich aus der Interdependenz der Märkte ergebende sog. Spillover-Effekt, der ein solches kausales Präferenzen-Preis-Verhältnis mit sich bringt. Berücksichtigt man nämlich im Unterschied zu Smith die Tatsache, daß der Preis eines Gutes nicht nur von den Angebot-Nachfrage-Relationen seines eigenen Marktes, sondern auch von denen verwandter Märkte mit ähnlichen Gütern (z. B. Stahl und Eisen) abhängt, dann kann ein Ungleichgewicht aufgrund einer das Angebot übersteigenden Nachfrage für ein Gut ohne Preisänderung allein durch Ausweichen auf ein anderes beseitigt werden. Unterstellt man also weitgehende Substituierbarkeit, dann setzen sich bei Ungleichgewichten die Präferenzen nicht mittels entsprechender Preisänderungen durch, sondern passen sich den Preisen gerade an.

Bisher war nur immer vom Marktsystem die Rede. Entwickelte Marktsysteme sind nun stets damit gekoppelt, daß auch die Verfügung über das menschliche Arbeitsvermögen wie jedes andere Gut getauscht wird. Aus dieser für die herrschende Ökonomie nicht besonders erwähnenswerten Tatsache folgen zwei weitere einschneidende Freiheitsrestriktionen, die das **kapitalistische Marktsystem** den Individuen bereitet.

Berücksichtigt man, daß die meisten Konsumenten auch als Arbeiter bzw. Angestellte am Wirtschaftsprozeß teilnehmen, so muß die Möglichkeit der Konsumentensouveränität aufgrund folgender Überlegung in Frage gestellt werden: Wie kann das Konsumverhalten frei sein, "wenn in der Mehrzahl der täglichen 8stündigen Arbeitsprozesse beinahe jeder Handgriff vorgeschrieben ist? ... Wenn in der Arbeit nur soziale Zwänge erlebt werden, kann das (Unter-)Bewußtsein beim Konsum davon nicht frei sein." (68) Der Marktprozeß begünstigt also Aktivitäten, bei denen ganz bestimmte Nutzenvorstellungen erst gelernt, andere verdrängt werden.

Zum zweiten besteht die Einlösung des Freiheitsanspruchs des ökonomischen Gleichgewichtssystems im Kapitalismus für die meisten Wirtschaftssubjekte gerade darin, bei der Zurverfügungstellung ihrer Arbeitskraft während einer bestimmten Zeitperiode ihren Freiheitsanspruch aufzugeben. D. h. die Lebensumstände, wie z. B. die Produktionsbedingungen, werden ihnen aufgeherrscht, sie sind nicht Gegenstand der individuellen Präferenzen, sondern werden in den Unternehmungen fixiert. Für alle jene, denen eine Substitution des negativen Nutzens von Arbeit durch den negativen Nutzen des Verzichts auf Gegenwartskonsum in Form von Sparen verwehrt ist, ist dies eine recht einschneidende Freiheitsrestriktion. (69)

Fazit bezüglich der Freiheit des Wollens in der Marktökonomie: Selbst wenn man Freiheitsrestriktionen, die außerhalb des ökonomischen Systems entstehen, nicht berücksichtigt, gibt es eine Vielfalt markt-externer Effekte, so daß die Annahme exogener Präferenzen jeden Realitätsgehalt entbehrt, und ferner viele Fälle von Abhängigkeit der Präferenzen von Preisen. Schließlich folgt aus der Tatsache des Verkaufs der Arbeitskraft im Kapitalismus der explizite Verzicht auf die freie Disposition des Handelns während der Arbeitszeit, zu einem nicht unerheblichen Teil infolgedessen wohl auch außerhalb, bei der Konsumtion. Wenn also die Präferenzen nicht nur exogen sind, sondern teilweise "durch das System und seine sog. Effizienz erst geschaffen werden, dann bewegt sich die Argumentation in einem Zirkelschluß". (70) Die "Doktrin von der unbefleckten Empfängnis der Indifferenzkurve" (71), die menschliche Wünsche als Naturgegebenheiten behandelt, hat Boulding deshalb "eine der merkwürdigsten Illusionen der Wirtschaftswissenschaft genannt. Man kann sich kaum eine Annahme vorstellen, durch welche die Realität schlechter beschrieben wurde." (72) Wie schon im vorangehenden Abschnitt über individuelle Nutzenmaximierung und Knappheit so kommt man auch hier zum Resultat, daß die Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie der Prüfung an der Realität nicht nur nicht standhalten. Bei realistischeren Annahmen erweist sich aber die Gesamtargumentation sofort als zirkulär: die Marktwirtschaft wird dadurch gerechtfertigt, daß sie die von ihr selbst erzeugten Präferenzen auch adäquat berücksichtigt, d. h. die Marktwirtschaft wird aus sich selbst begründet. (73)

Zu den Rahmenbedingungen des Ausgleichsmechanismus und zum Staat

In Teil B wurden die Rahmenbedingungen skizziert, die gegeben sein müssen, damit die um die knappen Mittel konkurrierenden Individuen mit ihren je frei gewählten Präferenzen zu einem Gleichgewichtszustand kommen, der zudem noch bestimmte Eigenschaften (Freiheitsmaximum, Gleichheitsmaximum, Leistungsoptimum, Rationalität) aufweist. Sind die dort behaupteten Annahmen empirisch haltbar?

Zunächst zur Annahme der **institutionellen Gleichbehandlung** der Wirtschaftssubjekte. Die ökonomische Gleichgewichtstheorie unterstellt ja, daß sowohl die konsumierenden Haushalte als auch die produzierenden Unternehmen durch das Marktsystem mit strenger Chancengleichheit bedacht werden. So wie die vorausgesetzte Exogenität der Präferenzen jedes einzelnen Individuums durch den Markt nicht nur respektiert sondern sogar garantiert wird, so wird durch die vorausgesetzte Gleichheit der Einflüsse, die jedes Individuum auf den Marktmechanismus hat, ein gesellschaftliches Gleichheitsmaximum erzeugt; die Individuen unterscheiden sich also in den Augen des Marktes nur in ihren Präferenzen und Güterausstattungen. Diese Garantie apriorischer individueller Freiheit und Gleichheit auch unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens der Menschen ist durchaus nichts von vornherein Selbstverständliches, da sich individuelle Eigenschaften unter gesellschaftlichen Bedingungen ja auch in ihr Gegenteil verkehren könnten: man denke nur an die individuelle Sparsamkeit, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen angesichts der gesellschaftlichen Mechanismen für das einzelne Individuum nicht zu zusätzlichem Reichtum sondern zu zusätzlicher Armut führen kann. (74)

Zunächst zur Konsumentenseite. Wenn in einer Übernachfragesituation auf einem bestimmten Markt nicht mehr alle individuellen Einheiten zu den herrschenden Preisen ihre Pläne gleichermaßen durchsetzen können, "profitieren jene, die im Vergleich zum 'echten' allgemeinen Gleichgewicht zu höheren Preisen verkaufen und zu niedrigeren Preisen (z. B. Vorprodukte auf einem anderen, vielleicht ausgeglichenen Markt, d. Verf.) kaufen können. Sie ziehen auf Kosten der anderen Vermögen an sich." (75) Die Anfangsausstattungen ändern sich. In der nächsten Periode findet wiederum ein Tausch im Ungleichgewicht statt, diesmal jedoch mit einem neuen Preis und neuen Anfangsausstattungen. Die Ungleichbehandlung der Individuen nimmt erst mit dem Erreichen des Gleichgewichtspreises ihr Ende.

Nun zur Frage der Gleichbehandlung der Produzenten. In der Reinform der allgemeinen Gleichgewichtstheorie war ja eine der Annahmen für das Marktgleichgewicht der freie Marktzugang für alle Produzenten, m. a. W. das Marktsystem selbst darf den Zugang nicht einengen, dies dürften höchstens markt-externe Faktoren, wie die Anfangsausstattung. Wenn der Markt selbst den Zugang nicht einengen darf, dann darf er keinen Produzenten, z. B. aufgrund seiner Umsatzgröße, benachteiligen, so daß er gegenüber einem größeren in der nächsten Periode mit einer schlechteren Anfangsposition dasteht als vorher und vielleicht die erforderlichen Investitionen nicht mehr tätigen kann. Diese Gleichbehandlung ist nur dann garantiert, wenn man voraussetzt, daß die Erträge pro Stück unabhängig von der Größe eines Betriebes und damit des Produktionsumfangs sind (konstante Skalenerträge). Wenn aber der größere Betrieb aufgrund von besseren Möglichkeiten zur Zergliederung des Produktionsprozesses oder zur Verwendung von Maschinen geringere Kosten und bessere Stückerträge hat als der kleinere, dann wird er diesen mit der Zeit ver-

drängen. Tendenziell wird dann die Anzahl der Produzenten auf dem Markt reduziert und somit eine Oligo- und Monopolisierungsentwicklung eingeleitet. Wenn also die Annahme der konstanten Skalenerträge fallengelassen wird und wachsende Skalenerträge die Produktion begleiten, dann wird systematisch einigen Unternehmen der freie Marktzugang verwehrt, sie werden durch den Markt benachteiligt. (76)

Ohne großen theoretischen oder empirischen Aufwand läßt sich eine weitere Kontrafaktizität feststellen: die Annahme eines sich ökonomisch weitestgehend zurückhaltenden Staates. Diese Erfahrung hat zur Revision der ökonomischen Theorie durch Keynes geführt, der ein kontinuierliches Eingreifen des Staates in den Marktmechanismus nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen für erforderlich hielt, sondern vor allem zur Herstellung des Gleichgewichts selbst, zur Garantie der tendenziellen Stabilität des Gesamtsystems. (77) Meißner (78) hat wie viele andere auch auf die gewaltigen Konsequenzen des Wegfalls der autonomen Stabilisierung hingewiesen: Wenn die Stabilität des ökonomischen Systems in der Keyneschen Theorie nicht mehr automatische Konsequenz einer Kette von Annahmen über das Verhalten des homo oeconomicus bzw. der durch ihn konstituierten Marktverhältnisse ist, sondern zusätzlich einer bestimmten staatlichen Wirtschaftspolitik bedarf, verkehrt sich die traditionelle ökonomische Gleichgewichtsidee in ihr Gegenteil: "Wenn es der früheren bürgerlichen Theorie darauf ankam, mit Hilfe der Gleichgewichtslehre den Nachweis anzutreten, daß im Kapitalismus kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Produktion und Markt bestehen könne und alle Schwierigkeiten automatisch überwunden werden, so geht Keynes gerade vom ständigen Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage aus." (79)

Die ganze Stabilisierung in Gestalt von staatlichen Investitionen oder Unterstützung privater Nachfrage, die alle übrigen Daten des Systems mitbestimmt, ist also z. T. Resultat nicht individueller Gewinnmaximierung, sondern gesamtwirtschaftlicher, im Anspruch allein am Gemeinwohl orientierten Handelns. Gleichgewicht ist damit nicht nur "faktisch nicht vorhanden, sondern auch keine objektive Tendenz mehr. Es wird ... zum wirtschaftspolitischen Ziel." (80) Verwunderlich ist dabei, daß sowohl im Fall der völligen Abwesenheit einer Gleichgewichtstendenz als auch im Fall der Ungleichgewichtstendenz weiter von einem Gleichgewichtssystem gesprochen wird, nur daß es eben neue Eigenschaften besitzt: "Instabilität" und "Explosivität". (81) Im instabilen und im explosiven Gleichgewicht sind selbstverständlich die üblichen Eigenschaften von Gleichgewichtszuständen - Freiheit, Gleichheit, Optimalität etc. - systematisch gestört, d. h. "praktisch ist natürlich das labile Gleichgewicht identisch mit Nichtvorhandensein von Gleichgewicht." (82)

Für die theoretische Verarbeitung dieser Erfahrung in der entwickelten kapitalistischen Warenproduktion bedeutet dies, daß das Modell der Ökonomie seine Struktur völlig verändern muß, d. h. von ganz

anderen Annahmen ausgehen muß, will es seinem Gegenstand adäquat bleiben. "Diese radikale Konsequenz wird von der herrschenden Ökonomie nicht gezogen" (83) Für sie ist das Gleichgewicht das "A und O der herrschenden Theorie, es ist der erste Satz ihres Glaubensbekenntnisses, sie ist ständig auf der Suche nach ihm und in ihm findet und erkennt sie ihre Welt." (84)

Die meistdiskutierte Annahme bezüglich der Rahmenbedingungen ist die **vollkommene Konkurrenz**: Kein Anbieter oder Nachfrager darf in der Lage sein, den Preis mehr als marginal beeinflussen zu können. Schon Ende des 19. Jahrhunderts wurde den Theoretikern die Unhaltbarkeit dieser strengen Voraussetzung bewußt. Man versuchte nun, die Tatsache oligopolistischer und monopolistischer Märkte in die Theorie einzubauen. Im Gegensatz zur polypolistischen Konkurrenz, bei der der einzelne Anbieter eben nicht damit rechnen kann, durch seine Angebotsmenge den Preis zu seinen Gunsten beeinflussen zu können, weiß der Monopolist, daß er eine größere Menge nur zu einem geringeren Preis absetzen kann und umgekehrt. Die Theorie zeigt nun, daß im Gewinnmaximum des Monopolisten die Menge kleiner und der Preis höher als im Marktgleichgewicht bei polypolistischer Konkurrenz ist. Dieser Zustand des Gewinnmaximums der Monopolisten, der so zwar nur kurzfristig zu halten ist, weil er ja andere Anbieter mit gleichen und ähnlichen Gütern anlockt, wird nun merkwürdigerweise ebenfalls als Gleichgewichtszustand bezeichnet, obwohl das "Monopolgleichgewicht" im Gegensatz zum Polypolgleichgewicht indeterminiert ist. D. h.:

"Es ist möglich, daß sich bei unterschiedlichen Nachfragekurven einmal verschiedene Preise mit einer bestimmten Menge und zum andern gleiche Preise mit verschiedenen Mengen im Gleichgewicht ergeben. Im Angebotsmonopol gibt es also keinen eindeutig bestimmten Zusammenhang zwischen Marktpreis und Angebotsmenge, wenn sich die Nachfragekurve verschiebt. Dann sind zu einem bestimmten Marktpreis verschiedene Angebotsmengen im Monopol denkbar." (85)

Die Ökonomen haben zwar von Anfang an eingesehen, daß monopolistische Formen den Grundgedanken des allgemeinen Gleichgewichts verletzen. "Aber die radikalen Konsequenzen dieser Entwicklung sind nicht ernsthaft gezogen worden. Man begreift das Monopol als Verformung des Walrasschen Paradigmas, ohne dieses aufzugeben. Vielmehr benutzt man es nach wie vor als Fundament für die Erklärung der Wirtschaft, auch in ihrem monopolistischen Erscheinungen, weil man nicht versteht, daß die im Monopol zum Ausdruck kommende zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit zum Wesen, nicht zur Abweichung von einem Normalzustand geworden ist." (86)

Interpretation der Diskrepanzen zwischen Theorie und Realität

Vogt interpretiert die Gesamtheit dieser Abweichungen zwischen Annahmen und Realität sowie die Art und Weise der Reaktion der Theorie auf die Wahrnehmung dieser Abweichungen folgendermaßen: Während am Anfang der Entwicklung der Marktwirtschaft die in den Annahmen beschriebenen Rahmenbedingungen noch tatsächlich einigermaßen existiert haben (87), entwickelte sich die Realität kontinuierlich von diesen Bedingungen weg, zerstörte diese Bedingungen aufgrund einer eigenen Entwicklungslogik, die von dieser Theorie nicht erfaßt werden konnte. Praktiker und Theoretiker klebten förmlich an jenem Ausgangszustand der Marktökonomie: Immer wenn in der Realität ein neuer Zweifel am Natur- und Harmoniecharakter der Marktwirtschaft und ihrer Eigenschaften aufkam, glaubte man die jeweiligen Mängel durch Reparaturen beseitigen zu können: Ein Steuersystem gegen externe Effekte, ein Kartellgesetz gegen monopolistische Gefahren und staatliche Investitionspolitik gegen die Außerkraftsetzung des Preismechanismus, etc. Reparaturen sind zulässig, "solange es sich bei den Abweichungen um Zufall oder um Einzelfälle handelt. Wenn jedoch der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion allgemein geworden ist, dann erweitert sich der vorgeschlagene Eingriff des Staates von der Korrektur zum System und erlangt damit eine neue Qualität: Der ursprüngliche Zusammenhang hat sich in sein Gegenteil verkehrt, das Modell des aufs Private reduzierbaren Wirtschaftens hat sein Gegenstück in der Realität verloren." (88) Während für die Liberalen "der Witz (der liberalen Idee) gerade darin besteht, daß die freie Entfaltung der Natur von selbst die gottgewollte Ordnung entwickelt, glaubt man nun die Gesetze der Natur durch gesellschaftliches Handeln im Sinne staatlicher Institutionen vorrangig absichern und in die richtigen Bahnen lenken zu müssen." (89)

Smiths Grundgedanke ist es ja gewesen, daß selbst der weiseste Staatsmann nicht das zustandebringen könne, was der frei wirkende Egoismus der Individuen, gelenkt durch die "unsichtbare Hand", hervorbrächte. Jedes an der Gesellschaft als ganzer ansetzende Handeln war für ihn von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der individuelle Egoismus und die ihn lenkende unsichtbare Hand waren für Smith aber nichts anderes als das Ergebnis der Befreiung der Natur von feudalen und merkantilistischen Fesseln, der Ausfluß des von der Natur eigentlich immer schon intendierten, aber nur künstlich gebremsten, Ordnungsprinzips für den ökonomischen Sektor der Gesellschaft. Ebenso gehen im neoklassischen Gleichgewichtsmodell sämtliche Impulse von den Präferenzen der Konsumenten aus, so daß alle anderen Faktoren als entweder naturgegeben gelten, wie z. B. die natürlich-technischen Produktionsvoraussetzungen, oder gesellschaftlich produziert, aber mit nur instrumenteller Funktion für die konsumierenden Individuen (Unternehmerhandeln). Durch die globale Umkehrung steht jetzt auf einmal das an der Gesamtgesellschaft ansetzende

Handeln und die sich auf die ganze Gesellschaft auswirkenden Impulse im Vordergrund.

Diese Wegentwicklung der Wirklichkeit von der Theorie wurde von dieser Theorie nicht in ihrer tatsächlichen Tragweite wahrgenommen, sie hat sich nur immer wieder, Schritt für Schritt, neue Zugeständnisse an die wachsende Vergesellschaftung und die Zurückdrängung des Individuums abringen lassen. Sie hat aber immer nur partiale Kritik geübt. "Sie hat sich auf je einzelne Bausteine des alten Gebäudes konzentriert und man hat geglaubt und glaubt immer noch, daß die partielle Reparatur die Gesamtkonzeption dieses Gebäudes nicht zerstört. In Wirklichkeit ist es unter der Last seiner Veränderungen längst zusammengebrochen. Aber die herrschende Theorie baut unbeeindruckt auf den Ruinen, in denen sie die festen Mauern der alten Ordnung vermutet, mit erheblichem intellektuellen Einsatz ungeheuer komplizierte schöne Gebilde: Eine bizarre Traumwelt ohne Konzeption und Fundament. Erst wenn die Kritik total wird, kann begriffen werden, daß die alte Welt nicht partiell korrigierbar ist, sondern total umgekehrt werden muß." (90)

3. GENERALISIERUNG DER KRITIK

Vor dem Hintergrund der dargestellten empirischen Kritik des ökonomischen Modells sei im folgenden einer der Kritikpunkte herausgegriffen und generalisiert: die Kritik an der Gleichbehandlungsannahme. Wenn nämlich diese Annahme aus systematischen, aus dem Marktsystem selbst bzw. dem dieses Marktsystem beschreibenden Modell kommt, so wird dieses System bzw. dieses Modell völlig infrage gestellt. Wenn z. B. die Produzenten tatsächlich in Abhängigkeit ihrer Gesamtproduktionsmenge vom Markt "belohnt" und "bestraft werden, wenn also tatsächlich steigende Skalenerträge existieren, dann werden die Größeren immer größer und die Kleineren müssen irgendwann einmal ganz aufgeben, d. h. ihnen wird ab einem bestimmten Punkt aufgrund ihrer Produktionssituation der Marktzugang verwehrt. Dies ist etwa der Fall, wenn ein kleiner Betrieb die für eine bestimmte Produktionstechnologie erforderlichen Mittel nicht mehr aufbringen kann. Hier wird der philosophische Nerv der herrschenden ökonomischen Theorie getroffen. Dieser Kritikpunkt soll nun auf die anderen paradigmatischen Theorien versuchsweise übertragen werden.

a. Hypothesen zu den anderen Varianten

Theorien über Gesellschaft

Beim politologischen Konfliktmodell z. B. von Schumpeter deutet viel darauf hin, daß ein solcher Mechanismus der systematischen sich im Laufe der Zeit verstärkenden Ungleichbehandlung existiert. Wenn man zeigen kann, daß die Fähigkeit der politischen Durchsetzung von Interessen nicht exogen vorgegeben ist, sondern vom politischen System selbst, etwa in der von Schumpeter oder Fraenkel beschrie-

benen Gestalt, erst erzeugt wird, und zwar so, daß die bereits durchsetzungsfähigen Interessen mehr Chancen haben als die weniger durchsetzungsfähigen, so ist der Beweis für die Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips erbracht.

Betrachtet man den politischen Willensbildungsprozeß in Demokratien unter einem rein formalen Gesichtspunkt, so ist die Chancengleichheit der Interessendurchsetzung durch Einrichtungen wie "Gleichheit der Wählerstimmen", "Vereinigungsfreiheit", oder "parlamentarische Expertenanhörung" gewährleistet, ähnlich wie in der Ökonomie jede "Dollarstimme" gleich der anderen ist. Bei tiefergehender Betrachtung wird aber sichtbar, daß bestimmte Willen vom Willensbildungsprozeß stärker berücksichtigt werden als andere, genauso wie bestimmte Dollars auf das Marktgeschehen mehr Einfluß haben als andere. Wenn nämlich ein Wähler, ein Parlamentarier, ein Verband oder eine Partei einmal aus irgendeinem Grund - so meine Hypothese - einen Einfluß- bzw. Macht- bzw. Herrschaftsvorsprung (über andere) erlangt hat, so kann er diesen systematisch ausbauen. Dies hängt mit der Rolle von Informationen im Willensbildungsprozeß zusammen: Zum einen ermöglicht ein solcher Einfluß- etc.-Vorsprung eine verbesserte Information (Beziehungen, Technologie usw.) über politisch relevante Daten und ermöglicht so eine rationalere, mehr in die Zukunft weisende Planung des individuellen politischen Handelns. Insofern kann das Einfluß-etc.-Maximierungsverhalten effektiviert werden. Zum andern ermöglicht ein solcher Vorsprung auch vermehrte Möglichkeiten zur Informierung anderer (Autorität, Technologie usw.) und damit eine Instrumentalisierung der politischen Willensabgaben anderer für die eigenen Zwecke. Das würde heißen, daß ein politisches Handlungssubjekt umso erfolgreicher in seinem Maximierungsverhalten ist, je erfolgreicher es in der Vergangenheit war. Das würde aber das Elementarprinzip der bürgerlichen Demokratie "ein Mann - eine Stimme" im Kern verletzen, bestimmte Stimmen müßten dann in ihrem qualitativen Beitrag zur Willensbildung als Eineinhalb-Stimme, andere als Halb-Stimme gewichtet werden. Das auf dem Konkurrenzprinzip basierende Machtverteilungssystem hätte dann bewirkt, daß Subjekt A sich eine halbe Stimme von Subjekt B angeeignet hätte, obwohl formale politische Gleichheit zwischen beiden besteht. (91)

Offe (92) hat gezeigt, daß für die aggregierten politischen Subjekte, die Interessengruppen und damit teilweise auch für die mit ihnen zusammenarbeitenden Parteien, eine systematische Ungleichheit bei der Interessenrealisierung besteht. Einmal sind die Organisationsmöglichkeiten, die einzelne Interessen haben, höchst ungleich verteilt. So können z. B. unspezifische Interessen wie z. B. Konsuminteressen viel schlechter organisiert werden als spezifische, allgemein nicht im Bewußtsein befindliche Interessen (wie z. B. lange Zeit das Interesse an der Umwelt) viel schlechter als allgemein bekannte Interessen, und Interessen, hinter denen keine materielle Organisationsgrundlage steht, wie z. B. die Interessen von Randgruppen,

sind schließlich sehr viel schwerer in Gruppen zusammenzufassen als Interessen von materiell potenten Individuen. - Zum andern sind die Konfliktfähigkeiten der Gruppen, wenn sie sich einmal gebildet haben, höchst unterschiedlich. Sie hängen z. B. davon ab, inwieweit die einzelnen Leistungen, die die jeweilige Gruppe für das Gesamtsystem erbringt, ersetzbar ist oder nicht. Offen hat ein Prioritätenschema aufgestellt, nach dem der Staat unterschiedlich auf die Vielfalt der Forderungen der einzelnen Gruppen eingeht. Ganz oben stehen dabei z. B. die Organisationen der strategisch zentralen Industriezweige, ziemlich weit unten z. B. die Interessen, die der Kinderschutzbund vertritt.

Wenn sich nun aufgrund dieser Vorarbeiten Offes im Detail zeigen ließe, daß ein einmaliger Startvorteil bei der Organisierung bzw./ und bei der Durchsetzung eines bestimmten Interesses sich aufgrund der immanenten Verteilungsmechanismen des pluralistischen Konkurrenzsystems tendenziell beständig vergrößert, so wäre der Beweis für die Kontrafaktizität der Gleichbehandlungsannahme (der Konkurrenten durch das System) erbracht. Daß dem auch tatsächlich so ist, dafür spricht einiges. Wer es einmal geschafft hat, sein Interesse ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, der wird bald auch materielle Ressourcen zur Organisierung dieses Interesses mobilisieren. Pressure groups, die dem Staat einmal erfolgreich die Zähne gezeigt haben (wie z. B. die berühmten Fluglotsen), werden vom Staat sehr schnell als zentraler Faktor in alle Planungen miteinbezogen.

Es spricht also Vieles dafür, daß der politische "Markt", auf dem politische Machtquanten gehandelt werden, in seiner Verteilungspraxis genausowenig den Empfängern von Machtchancen gegenüber neutral ist wie der ökonomische Markt, auf dem es um Nutzenmengen geht. So wie ein großer Betrieb aufgrund seiner niedrigeren Stückkosten einen ständig sich erweiternden Konkurrenzvorteil genießt, so dürfte auch der Mächtigere aufgrund seiner besseren Anfangsausstattung mit Informationen, Beziehungen, Ressourcen und Drohpotential "in der nächsten Runde" seinen Vorsprung weiter ausbauen können. Politische Chancengleichheit existiert damit aber zu keinem Augenblick des Wettstreits der Konkurrenten. (93)

Nun zur Frage der Gleichheitsproblematik in der soziologischen Theorie. U. Gerhardt beobachtet im Prozeß der Gleichgewichtsbildung eine grundlegende Verzerrungstendenz, die der Verzerrung in der ökonomischen Gleichgewichtsbildung im Falle zunehmender Skalenerträge ähnlich ist: Jede Interaktion beginnt mit der Perzeption und Interpretation des Sanktionspotentials des Gegenübers. Es ergibt sich für alle Beteiligten ein Bild der Ausgangslage des Verhaltens. Dies stellt sich als wahrgenommenes Gefälle zwischen den Sanktionschancen dar, das dem objektiven in der Regel jedoch nicht entspricht. Das wahrgenommene Gefälle ist tendenziell stärker als das objektive, und diese Wahrnehmung beeinflusst in der Rollenhandlung wiederum das objektive, wodurch schließlich eine objektive Tendenz

zur Verstärkung des Gefälles der Sanktionschancen begründet wird.

"Allgemein gilt, daß ein Herrschaftsspielraum (d. h. ein durch die herrschenden Rollendefinitionen definierter Freiheitsspielraum, d. Verf.) um so größer erlebt wird, je weiter die legitimen Einflußmöglichkeiten ohnehin reichen. ... Diese Verzerrung der legitimen Herrschaftsspielräume durch die Interpretation von Rollen verstärkt die bereits etablierten Ungleichheitsrelationen zwischen den Rollen. Die Mächtigen 'nehmen sich mehr heraus', als sie eigentlich dürfen, und die Abhängigen tolerieren solche Usurpation von Rollenrechten, weil sie ihren eigenen Handlungsspielraum zu verkleinern neigen und infolgedessen meinen, auch die zusätzlich zu den institutionalisierten Sanktionschancen von den Mächtigen ausgeübten Rechte und Sanktionen seien legitim." (94)

Herrschaftsbeziehungen tendieren also dazu, "in Ausbeutungsbeziehungen auszuufern, wenn sie nicht durch Reziprozitätsnormen (z. B. Koalitionsbildungen, d. Verf.) abgeschwächt ... werden." (95) Genau so wird im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf eines kleineren und eines größeren Unternehmens auf dem selben Markt das kleinere auf die Dauer einen Teil seiner wirtschaftlichen Potenz an das größere abgeben müssen. In beiden Fällen beinhaltet der Mechanismus, der über die Grenzen der individuellen Nutzenmöglichkeiten bzw. Freiräume befindet, eine Ungleichbehandlung der Beteiligten, und zwar in Form einer Privilegierung der Privilegierten und einer Deprivilegierung der Deprivilegierten. Wie dieser Mechanismus, der die Einlösung des Gleichheitsanspruchs im soziologischen Modell verhindert, genau beschaffen ist, wäre näher zu untersuchen. So müßte z. B. geprüft werden, ob der in der Sozialpsychologie bekannte Halo-Effekt nicht eine allgemein in jede Interaktion hineinspielende Variable darstellt. (96)

Theorien über Theorien

Im Bereich der wissenschaftssoziologischen Anwendungsvariante des Konfliktparadigmas (**Merton**) könnte es durchaus ähnliche Mechanismen geben, die die Chancengleichheit der Konkurrenten systematisch zerstören. Im Rahmen der Wissenschaftstheorie bzw. -logik müßte untersucht werden, ob einmal aufgestellte Hypothesen, Theorien oder Methodologien nicht von vornherein einen systematischen Startvorteil gegenüber neuen wissenschaftlichen Ideen haben, der sich im Laufe der Zeit aus systemendogenen Gründen zudem noch vergrößert. Für diese Vermutung sprechen sowohl wahrnehmungspsychologische als auch wissenschaftsökonomische Phänomene. So ist z. B. bekannt, daß Menschen Dinge, die ihnen bereits bekannt sind, in bestimmten Situationen stärker wahrnehmen und besser im Gedächtnis behalten als völlig neue noch nicht gedanklich einordenbare Fakten. (97)

In der wissenschaftssoziologischen Diskussion wird dieser Sachverhalt unter dem Begriff des "**Matthäus-Effekts**" zusammenge-

faßt. (98) Merton hat in seinen späten Arbeiten (1968) vor allem zwei Faktoren dargestellt, die bewirken, daß unter den nach Maximierung ihrer wissenschaftlichen Reputation strebenden Forschern immer denjenigen gegeben wird, die eh schon genug haben: Wenn jemand für eine wissenschaftliche Leistung mit einem besonders hohen Quantum an Anerkennung belohnt wird, so wird man auf den dergestalt ausgezeichneten innerhalb der Wissenschaftlergemeinschaft aufmerksam. Man erwartet von einem solchen Wissenschaftler auch in der Zukunft herausragende Leistungen. Jede weitere Äußerung wird unter *Insidern* als Vorspiel zu immer noch Größerem gewertet. Wenn ein solcher Wissenschaftler mit einem anderen gemeinsam etwas veröffentlicht, so wird der Name des Erfolgreicheren von beiden, weil er eben bekannter ist, in der Öffentlichkeit im Gedächtnis bleiben, wohingegen der Koautor in dessen Schatten verschwindet.

Zum andern wird ein einmal hervorgetretener Wissenschaftler es in der Zukunft leichter haben, materielle Mittel für seine Arbeit zu mobilisieren. Dadurch, so Merton, kommt eine Art geschichteter Chancenverteilung zustande. Dieser unterschiedliche Zugang der einzelnen Wissenschaftler zu den Mitteln der wissenschaftlichen Produktion erweist sich als ein mit der Zeit immer stärker ins Gewicht fallender Faktor der wissenschaftlichen Arbeit, da die moderne Forschung immer teurere und immer zentralisiertere Ausstattungen notwendig macht.

1971 referiert Merton interessante empirische Ergebnisse zum Matthäus-Effekt. (99) Im wissenschaftlichen Belohnungssystem gibt es sog. Statusrichter, wie z. B. Kunstkritiker, Wissenschaftsmanager in der Industrie oder Cheflektoren wissenschaftlicher Zeitschriften. Für das Beispiel der wissenschaftlichen Zeitschriften wurde anhand einer renommierten Physik-Zeitschrift eine solche Untersuchung durchgeführt. Man wollte feststellen, inwieweit Wissenschaftlern mit hohem Rang solche Zeitschriften als Mittel zur Veröffentlichung und damit zur weiteren Rangerhöhung eher zur Verfügung stehen als Wissenschaftlern mit niederem Rang. Merton faßt die Ergebnisse dieser Untersuchung wie folgt zusammen: Je höher der Rang, desto größer die Anzahl der eingereichten Manuskripte. Je höher der Rang, desto geringer die Anzahl der Gutachter. Und schließlich: Je höher der Rang, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Veröffentlichung. Natürlich können diese Ergebnisse auch auf die tatsächlich besseren Leistungen der hochrangigen Wissenschaftler zurückgeführt werden, Merton sieht darin jedoch zu einem großen Teil den Einfluß des Matthäus-Effekts. Gerade das zweite Ergebnis, in dem es um die Zahl der Gutachter geht, deutet auf genau diese Interpretation hin. Das Wissenschaftssystem ist demnach so organisiert, daß die einzelnen Konkurrenten nicht unerheblich ungleich behandelt werden.

Nach Merton ist der mit dem Matthäus-Effekt wirksame Verzerrungsfaktor im wissenschaftlichen Konkurrenz- und Belohnungssystem allerdings keineswegs für das Gesamtsystem und dessen Leistungsfähigkeit negativ. Der Matthäus-Effekt führt vielmehr dazu, daß große Wissenschaftler einerseits und unbedeutende andererseits im wissenschaft-

lichen Kommunikationssystem polarisiert werden. Die großen Wissenschaftler werden dabei z. B. von Kleinkram entlastet und für die wirklich großen, risikoreichen Forschungsaufgaben abgestellt. Daß die mit dem Matthäus-Effekt einhergehende Verzerrungstendenz insgesamt für die Leistungsfähigkeit der Wissenschaften positiv zu beurteilen ist, wird außer von Merton auch von anderen relevanten Wissenssoziologen behauptet. (100)

Auch diesbezüglich wird die Parallele zur ökonomischen Theorie wieder besonders deutlich. Die dort von einigen Autoren zugestandene Ungleichbehandlung der Produzenten aufgrund der steigenden Skalenerträge - entgegen der reinen Theorie - die zu Konzentrations- und Monopolisierungsprozessen und damit zu empfindlichen Störungen der Eigenschaften des Gesamtsystems führen, wird in analoger Weise als großer Segen gewertet. Denn erst durch die Existenz von Monopolen, so heißt es dort, wird die Wirtschaft wirklich leistungsfähig, erst solche Monopole sind in der Lage, großzügige und langfristige Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zu tätigen. Aus der theoretischen Not, die sich aus dem Fragwürdigwerden einer zentralen Modellannahme ergab, wurde in beiden Fällen, in der Ökonomie- wie in der Wissenschaftsvariante des Paradigmas, eine pragmatische Tugend gemacht.

In der Disziplin der Wissenschaftslogik (Popper u. a.) sind aufgrund ihres hohen Abstraktionsgrades ganz besonders große Zweifel an der empirischen Haltbarkeit ihrer Annahmen angebracht. (101) Diese spezifische Abstraktion der Wissenschaftslogik unterstellt zumindest die Existenz von vier Randbedingungen. Erstens: Bei der empirischen Überprüfung konkurrierender Hypothesen (Theorien, Methodologien) spielen psychologische Faktoren keine störende Rolle. Etwa dergestalt, daß Beobachtungen, die eine Hypothese usw. bestätigen, unwillkürlich stärker wahrgenommen werden als solche, die die in der Hypothese formulierte Vermutung wieder umstürzen würden. Zweitens: Bei der Konkurrenz von Theorien (Hypothesen, Methodologien) üben ökonomische Faktoren keine verzerrenden Wirkungen aus. Etwa dergestalt, daß Wahl und Dauer von Überprüfungsstrategien beeinflußt werden von der Mittelausstattung eines Forschers, eines Projekts oder eines Instituts oder von dem sich aus der ökonomischen Konkurrenzsituation von Forschern und Instituten ergebenden Zwang zu möglichst baldigem vorzeigbarem Erfolg. Drittens: Politische Faktoren haben ebenfalls keinen nennenswerten Einfluß auf den Konkurrenzkampf zwischen Methodologien (Hypothesen, Theorien). Etwa dergestalt, daß in Gesellschaften mit einer reformistischen politischen Grundorientierung solche Methodologien durch gesetzliche und andere Rahmenbedingungen privilegiert werden, die sich für Sozialtechnik bzw. Stückwerkstechnologie besonders gut verwerten lassen.

Wenn tatsächlich bei der Entstehung von Wissen eine oder mehrere solcher die Gleichheit der Konkurrenten systematisch zerstörenden

Tendenzen existieren sollten, so hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Erfüllung des spezifischen Wahrheits- bzw. Qualitätskriteriums der Wissenschaftslogik, die sich ja als Wissenschaftstechnologie versteht: auf das Kriterium der Anwendbarkeit. Wenn nach Popper verschiedene Hypothesen oder Theorien um den Grad ihrer Falsifizierbarkeit und um den Grad der Bewährung bei Falsifikationsversuchen konkurrieren, so lautet die entscheidende Frage: Sind alle Hypothesen/Theorien prinzipiell gleichermaßen der Gefahr der Kritik ausgesetzt? Analog zur oben formulierten Kritik müßte hier nun folgende Antwortthese gelten: Etablierte Hypothesen/Theorien haben es leichter, da sie von ihrem wissenschaftslogischen Aufbau her durch längst eingeführte ad-hoc-Hypothesen gegen Kritik abgesichert sind und da alle Beobachtungstheorien und -apparaturen genau auf diese etablierten Theorien bereits zugeschnitten sind. Weil auch in der Wissenschaft – wie in der Ökonomie, Politik, Interaktion – Ressourcen (hier z. B. Zeit, Technik, Information) eine nicht wegzudenkende Rolle spielen, darum wird ein einmal errungener Vorsprung tendenziell ausgebaut werden. Je etablierter also Erkenntnisse sind, desto mehr Chancen erhalten sie für ihre weitere Etablierung.

Diese These entspricht sowohl der am Kritischen Rationalismus geübten Kritik durch Thomas Kuhn wie auch der Kritik von Habermas, Adorno u. a. Die Frankfurter Schule führt diese systematische Bevorzugung der etablierten Positionen auf den technischen Erfolgswang zurück, unter dem die herrschende Wissenschaft steht. Eine kritische Wissenschaft müßte hingegen den Zusammenhang zwischen Erkenntnis und Interesse ständig aufeinander beziehen. (102)

Dies hätte freilich erhebliche Konsequenzen für die gesamte wissenschaftslogische Konzeption des Falsifikationismus: Würde man den Zwang zur Produktion vorzeigbarer und praktisch (Technik, Politik usw.) verwertbarer Leistungen, dem die Wissenschaft de facto ausgesetzt ist, der aber in der Disziplin der Wissenschaftslogik explizit ausgeblendet ist, wieder einblenden, so müßte man zumindest auch die Rolle des Faktors "Zeit" bei der Produktion von Wissen berücksichtigen. Falsifikationismus hieße dann, daß die für die Suche nach Gegenbeispielen zu veranschlagende Zeit in die Wissenschaftsanalyse mit einzubeziehen ist. Bei der Auswahl von Testsituationen ginge es nicht mehr nur um die größtmögliche Strenge des Tests, sondern auch um den schnellstmöglichen Test. Diese Dopplung der Handlungsziele würde der Stringenz des Popperschen Falsifikationismus jedoch einigen Abbruch tun, der einzelne Forscher müßte als einer beschreiben werden, der höchst komplexe Optimierungsaufgaben zu lösen hat.

Ob das von Popper vorgeschlagene Verfahren des Falsifikationismus überhaupt noch funktionieren kann, wenn man einen derartigen Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse in Rechnung stellt, ist fraglich. (103) Sollte das falsifikationistische Modell aufgrund solcher Störfaktoren aber nicht mehr funktionieren, so wäre das gesamte wissenschaftliche Konkurrenzmodell genauso im Kern zerstört wie das ökonomische. Wenn mit dem Grad der Etablierung einer

Hypothese, Theorie oder Methodologie die Wahrscheinlichkeit ihrer Widerlegung immer geringer wird, wie Thomas S. Kuhn vermutet (allerdings mit der Einschränkung, daß es hie und da zu grundlegenden Denkrevolutionen kommen kann), und wenn dies mit einem wissenschaftsimmanenten Mechanismus zusammenhängt, so kann von gleichberechtigten Konkurrenten nicht mehr gesprochen werden.

Als **Fazit** der praktizierten Kritikstrategie kann festgehalten werden: Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma geht in allen seinen Anwendungsbereichen von einer institutionellen Gleichheit der Konkurrenten aus, d. h. von der Unabhängigkeit ihrer Anfangsausstattungen von vergangenen Konkurrenzergebnissen, die in der Wirklichkeit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vorhanden ist. Demgegenüber müßte man aufgrund der aufgezählten empirischen Belege realistischerweise eher vom Gegenteil ausgehen, also von dem Satz: "Den Reichen/Mächtigen/Angesehenen wird noch dazugegeben, den anderen noch mehr abgenommen."

b. Schlußfolgerungen

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte ich nun auch die Kritik, die ich an den anderen Annahmen des ökonomischen Modells geübt habe (Maximierungsverhalten, Knappheit, staatliche Rahmenbedingungen und Unabhängigkeit der Präferenzen) systematisch auf die anderen Anwendungsvarianten des Paradigmas übertragen. Nur die letztgenannte Annahme, die Unabhängigkeit der Präferenzen, sei hier herausgegriffen und auf ihr jeweiliges Gegenstück in den anderen Theorien bezogen. An der theoretischen Unabhängigsetzung der Wünsche der Individuen wird nämlich meiner Meinung nach der Kern der Diskrepanz zwischen Paradigmaannahmen und realer historischer Entwicklung am allerdeutlichsten.

Das Verfahren der Isolierung des Individuums

So wie in der ökonomischen Theorie der ganze Konkurrenz- und Gleichgewichtsmechanismus letztlich von den Präferenzen der Individuen aus zum Laufen gebracht wird und aus diesen wiederum erklärt werden muß, so geht dieser Prozeß in der politologischen Theorie auf den politischen Individualwillen, in der soziologischen Theorie auf die individuelle Zwecksetzung und in der Wissenschaftstheorie auf den individuellen Einfall zurück. Im **ökonomischen Fall** wurde die allseitige Interdependenz des Marktgeschehens als Grund für die Nichtisolierbarkeit einzelner Präferenzen angegeben: das Marktgeschehen ignoriert, zerstört und erzeugt eine ganze Menge derjenigen Präferenzen, von denen die Theorie behauptet, sie seien unabhängig vom Marktgeschehen existent und würden sich des Marktes als reines Instrument bedienen. Unter kapitalistischen Bedingungen müssen diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, noch mit einer zusätzlichen Abhängigmachung ihrer Präferenzen rechnen: während der Zeit, in der ein anderer über ihre Arbeitskraft verfügt, haben sie per Vertrag auf die Geltendmachung ihrer Prä-

ferenzen verzichtet, ob sie danach zur restlosen Wiederentdeckung der Präferenzen in der Lage sind, muß als zweifelhaft erscheinen. Wenn nun die Präferenzen nicht als primär unabhängige, sondern als primär abhängige Variable begriffen werden müssen, so stellt sich die Frage, welche andere Variable dann als unabhängige oder zumindest relativ unabhängigste für den Gesamtprozeß letztlich verantwortlich zu machen ist.

Vogt (104) verweist an dieser Stelle auf Keynes, der als Grundlage des ökonomischen Gesamtprozesses und des ökonomischen Wachstums nicht die Nachfrage der Haushalte nach Konsumgütern, sondern die Nachfrage der Unternehmungen nach Investitionsgütern behauptet hat, eine Nachfrage, die der Staat allerdings immer wieder mitunterstützen muß. Und warum sind Unternehmen und Staat an ständigen Investitionen interessiert? Weil nur so ein kontinuierliches Wachstum der Produktion garantiert werden kann. Durch nichts anderes wird die Gefahr der Unterkonsumtion und damit der wirtschaftlichen Stagnation so effektiv gebannt, als durch kontinuierliches Investieren. Investitionen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen, so daß sich die Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern als Nebenprodukt von selbst immer wieder ergibt. Welche Konsumgüter nun genau nachgefragt werden, ob Pyramiden gebaut oder Flaschen eingebuddelt werden, ist aus dieser Perspektive gleichgültig. Damit hat sich mit Keynes der Gesamtzusammenhang der Marktökonomie gegenüber der klassischen bzw. neoklassischen Position in ihr Gegenteil verkehrt: "Es ist bei Keynes gerade nicht die Souveränität der Konsumenten, die sich über die Konsumnachfrage, sondern jene der Unternehmer, die sich über die Investitionsnachfrage durchsetzt." (105) Die Präferenzen der Individuen sind jetzt nur mehr Mittel für den Zweck der Investitions- und damit Wachstumsstabilisierung. Letztlicher Zweck für die Kalkulation der Unternehmungen ist aber, so Vogt unter Rückgriff auf Marx, die Stabilisierung der Profitrate. Diesem Zweck ist alles andere untergeordnet, also auch die Präferenzen der Konsumenten, die sie erst beigebracht bekommen. Das Lernen von Präferenzen erfolgt durch Werbung und durch Erfahrungen am Arbeitsplatz, die einerseits durch Abstumpfungsprozesse die Bereitschaft zur Manipulierbarkeit erhöhen und andererseits auch schon gewisse inhaltliche Orientierungen der Konsumwünsche vorbereiten. Inhalt der Präferenzen wären demnach, führt man diesen Gedanken konsequent zu Ende, vornehmlich jene Güter, die am ehesten in der Lage sind, eine hohe und kontinuierliche Profitrate für den Unternehmer zu gewährleisten. So wird z. B. der Individualverkehr in der Präferenzordnung wesentlich höher stehen als der öffentliche Verkehr, auch wenn dies aufgrund rein verkehrstechnischer bzw. mobilitätspraktischer Kriterien absolut nicht nachvollziehbar sein sollte. "Hier erhält die Erkenntnis, daß nicht, wie die bürgerliche Theorie meint, im Prinzip die Gebrauchswerte die Tauschwerte bestimmen, sondern daß umgekehrt in entscheidendem Maß die Tauschwerte die Gebrauchswerte bestimmen, ihre eigentliche Begründung." (106)

Würde man diese Kritik an der fundamentalen Annahme der ökonomischen Theorie, der Annahme der Unabhängigkeit der Präferenzen, auf die anderen Anwendungsvarianten des Paradigmas **übertragen**, so käme man etwa zu folgenden Arbeitshypothesen: Erstens: Demokratien sind nicht dadurch bestimmt, daß in ihnen ein freier politischer Individualwille optimal zur Geltung gebracht wird, sondern vielmehr dadurch, daß dieser Wille selbst eine abhängige Variable ist, die letztlich von irgendwelchen dem politischen System immanenten Zwecken her bestimmt ist. Solche Zwecke könnten etwa in der politischen Zustimmung der Bürger zu längst beschlossenen "sachlich gebotenen" staatlichen Notwendigkeiten sein. (107) Zweitens: Zwischenmenschliche Interaktionen sind nicht dadurch bestimmt, daß in ihnen eine freie individuelle Zwecksetzung im gesellschaftlichen Normensystem optimal zur Geltung gebracht wird, sondern vielmehr dadurch, daß diese Zwecke selbst abhängige Variablen sind, abhängig etwa von irgendwo autonom gesetzten herrschenden Normen. Und wissenschaftliche Einfälle könnten schließlich ebenfalls aufgrund vorgelagerter Interessen bereits so selegiert sein, daß von hundert objektiv möglichen Hypothesen zu verschiedenen Themen immer nur Hypothese Nr. eins aufgestellt und geprüft wird, weil diese eben bestimmten wissenschaftsimmanenten Zwecken, wie z. B. dem Ziel des möglichst schnellen und sicheren wissenschaftlichen Leistungsnachweises am besten gerecht wird. Wenn von den Wissenschaftlern immer nur jene Hypothesen geprüft werden, die als leicht falsifizierbar gelten aber faktisch nicht falsifizierbar sind, so ist es durchaus fraglich, ob noch von freien Einfällen gesprochen werden kann, die den ganzen Wissenschaftsprozeß steuern; hier dürften eher die Einfälle der Falsifikations- und Ansehensmaximierungslogik untergeordnet sein, die beide wiederum von den konkreten Wissenschaftsressourcen (Beobachtungstheorien, -apparaturen u. ä.) abhängig sind. Insofern müßte also näher geprüft werden, ob allein schon innerhalb der jeweiligen politischen, sozialen und wissenschaftlichen Konkurrenz- und Ausgleichsmechanismen Effekte existieren, die zu den ökonomischen Spill-over-Effekten analog sind und die Unabhängigkeit der subjektiven Inputs zerstören. Darüber hinaus ist die Existenz solcher Effekte auch zwischen diesen Mechanismen wahrscheinlich, man denke nur an Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik (z. B. der "militärisch-industrielle Komplex").

Sollten sich all diese obengenannten vermeintlich subjektiven Bestimmungsgrößen als tatsächlich objektiv bestimmte erweisen, so wären von der objektiven Bestimmung abweichende Präferenzen (z. B. Fahrrad statt Auto), politische Willensäußerungen (z. B. Partei A statt Partei B), normative Zwecksetzungen (z. B. Solidarität statt Konkurrenz) oder wissenschaftliche Einfälle (z. B. auf Arbeitslust statt auf Konkurrenzangst beruhendes Ökonomiemodell) tendenziell äußerst unwahrscheinlich, wenn auch nicht unbedingt unmöglich. Hier geht es jedoch nicht darum, den subjektiven gegen den objektiven Faktor auszuspielen, sondern darum, die im Paradigma stattfindende Verabsolutierung der subjektiven Variablen als allein unabhängiger in Frage zu stellen. Wenn also in der Realität

die ökonomischen Präferenzen, die politischen Willensäußerungen usw. nicht absolut oder wenigstens primär frei bzw. mechanismus-exogen sind, dann muß der Theorie vorgeworfen werden, sie habe das Individuum und sein Wollen künstlich isoliert.

Die Negation der fortschreitenden Vergesellschaftung

Wenn Aufklärungsphilosophen und Liberale im 18. Jahrhundert Gesellschaft aus der Aktion privater Einzelner konstituiert sahen und aus den Wünschen dieser privaten Einzelnen erklärten, so war dies zwar nicht unbedingt der einzig mögliche und beste theoretische Umgang mit der Realität, aber immerhin war diese Herangehensweise aus der damaligen Empirie heraus verständlich. (108) Wenn aber die Theorie über Jahrhunderte an diesem ihrem Idealbild von einer gesellschaftlichen Ordnung festhält, obwohl die Realität dieses Bild längst kompromittiert hat durch die zunehmende **Zerstörung dieser Privatheit**, so ist dies nicht mehr akzeptabel. Der Verdacht drängt sich auf, daß die einstmals fortschrittliche Idee der Privatheit, Freiheit, Gleichheit usw. zur Ideologie geworden ist. Ohne im folgenden auch nur ansatzweise eine alternative Gesellschafts- und Entwicklungstheorie skizzieren zu wollen, sei als Interpretationsrahmen für die Diskrepanz zwischen der immer noch an den frühliberalen Idealen orientierten Theoriebildung und der hier vorgestellten Realität des 20. Jahrhunderts nur soviel gesagt: Während im 18. Jahrhundert das bürgerliche Individuum tatsächlich noch in vieler Hinsicht privat war, ist das Individuum des 20. Jahrhunderts durch eine qualitativ veränderte Situation gekennzeichnet: es ist in einem großen Ausmaß vergesellschaftet. Mit dieser Vergesellschaftung geht eine Entindividualisierungstendenz einher, die Subsumtion des individuellen Handelns unter objektiv institutionalisierte Verlaufsgesetzlichkeiten, unter globale gesellschaftliche Sachzwänge.

Diese Vergesellschaftung hat eine objektive und eine subjektive Seite. Objektiv ist sie, weil die heute hochentwickelte Arbeitsteilung in der Form der hochtechnisierten Produktion die Menschen in eine universale materielle Abhängigkeit von einander gebracht hat. Dies hat zur Folge, daß immer mehr Güter in einem materialen Sinn zu Kollektivgütern werden, die sich nicht mehr so einfach in einzelne Wareneinheiten zerlegen und privat behandeln lassen. Man denke nur an die große Technologie, die Umwelt- oder Energieproblematik. Allein von diesem objektiven Zusammenhang her ergibt sich die Notwendigkeit der Einfügung des Individuums in materielle kausale Abhängigkeiten und dementsprechend auch neue Handlungskalküle, die dieser Komplexität Rechnung tragen.

Die subjektive Seite der Vergesellschaftung bzw. Entprivatisierung des Individuums ist weitgehend eine Folge der Form, in der diese industrialisierte Arbeitsteilung organisiert ist: der kapitalistischen Warenproduktion. Sie ordnet das Individuum bei Strafe seines ökonomischen Untergangs den Gesetzen der Konkurrenz bzw. des ihr zugrundeliegenden Wertgesetzes unter, und dies noch dazu in ver-

dinglicher Form, also hinter dem Rücken dieser Individuen. Dabei geht schon ein großer Teil der Subjektivität und Privatheit des Individuums verloren. Unter kapitalistischen Bedingungen muß das Individuum in der Regel zusätzlich während eines großen Teils seiner Zeit qua Vertrag auf seine Subjektivität verzichten, es muß sich einer technisch-herrschaftlichen Produktionslogik unterordnen. Dieser Umstand zerstört wiederum einen guten Teil der Privatheit und Subjektivität des Menschen.

Die Theorie hat diese Entprivatisierung des Menschen im Rahmen der Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion jedoch nicht adäquat zur Kenntnis genommen, sie hat lediglich immer wieder neue externe Effekte erfunden, die die offensichtliche Unfähigkeit des individualistischen Ansatzes entschuldigen sollten. Je mehr die Nicht-Privatheit offenbar wurde, desto mehr solcher Alibi-Argumente brauchte man. Alles was sich den Kategorien der Privatheit des Wirtschaftens nicht mehr fügte, wurde so zum externen Effekt erklärt.

Genauso wie die reale Entwicklung die Idee der Freiheit und Subjektivität des Individuums Schritt für Schritt ad absurdum führte, wurde die Idee der Gleichheit auch immer offensichtlicher zur Ideologie. Hatte Smith noch geglaubt, alle Arbeiter würden irgendwann einmal zu Kapitalmiteigentümern werden oder könnten zumindest den Kapitaleinkommen adäquate Einkommen beziehen, so erwies die Realität dies als eine gewaltige Illusion. Die objektiven Erfordernisse dieser Ökonomie rücken die "prophezeite Gesellschaft von Gleichen in unerreichbare Ferne" (109). Die autonome Verlaufslogik der Warenwirtschaft erzeugte im Laufe der letzten beiden Jahrhunderte eine wachsende Ungleichheit zwischen Kapitalbesitzern und Arbeitskraftbesitzern sowie auch innerhalb der Kapitalbesitzer zwischen den Reicheren und den Ärmeren (Konzentrationsprozeß).

Die Theorie reagierte auf all diese Veränderungen immer nur durch partielle Selbstkritik. Diese Kritik "hat sich auf je einzelne Bausteine des alten Gebäudes konzentriert und man hat geglaubt und glaubt immer noch, daß die partielle Reparatur die Gesamtkonzeption dieses Gebäudes nicht zerstört. In Wirklichkeit ist es unter der Last der Veränderungen längst zerbrochen. Aber die herrschende Theorie baut unbeeindruckt auf den Ruinen, in denen sie feste Mauern der alten Ordnung vermutet, mit erheblichem intellektuellem Einsatz ungeheuer komplizierte schöne Gebilde: Eine bizarre Traumwelt ohne Konzeption und Fundament." (110) Es wäre näher zu untersuchen, in wieweit die zunehmende Formalisierung der Theorie, also ihre Abstraktion von Inhalten (vgl. Teil C: A), nicht nur Folge sondern auch Ursache dieser wachsenden Diskrepanz war und ist.

Zweierlei sei zum Schluß noch **festgehalten**: Je mehr die Theorie ihre zunehmende Entfernung von der Realität ignoriert, desto mehr gerät sie in einen zentralen argumentativen Zirkel. Sie begründet nämlich z. B. als ökonomische Theorie die Leistungsfähigkeit der

Marktwirtschaft mit der unvergleichlich großen Koordinationsleistung des Marktmechanismus, müßte aber bei realistischer Annahmenwahl zugeben, daß die zu koordinierende Präferenz ja selbst ganz wesentlich Resultat dieser Marktwirtschaft sind. Worin besteht dann aber die Leistung, wenn ein selbst erzeugtes Problem auch wieder gelöst wird? Und als Wissenschaftstheorie begründet sie die Leistungsfähigkeit des falsifikationistischen Pluralismus mit dem unvergleichlich großen Ausmaß an Kritik, dem dabei unsere Vermutungen und Vorurteile ausgesetzt werden, obwohl realistische Annahmen die Vorwegselektion der Vorurteile offenbaren würden.

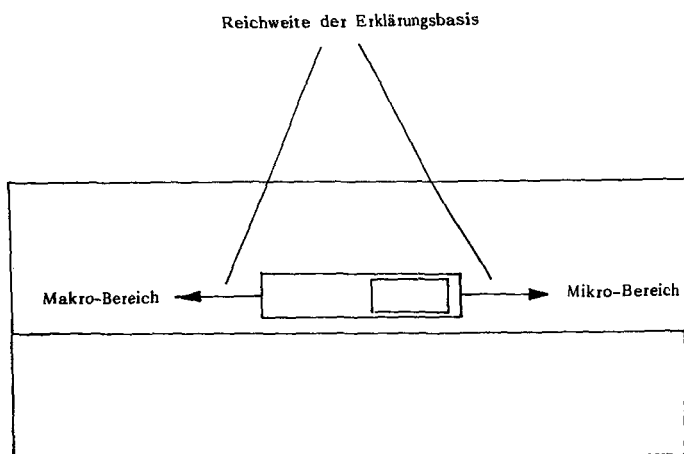
Zum zweiten stellt sich nach all dem Dargestellten die Frage, wie man sich diese Ignoranz der Theorie gegenüber den Veränderungen in der Realität zu erklären habe. Paradigmammanent muß auch hier, wie schon angesichts der zweiten Kritikstrategie, der Kritik der geringen Überprüfbarkeit, festgehalten werden, daß gerade durch die einzelwissenschaftliche Gegenstandszerstörung jene Voraussetzung geschaffen wurde, die zur Nichtzuständigkeit der Einzeldisziplinen für den Wahrheitsgehalt ihrer Annahmen geführt hat. Wenn sie aber nicht zuständig sind, dann können sie fundamentale Veränderungen innerhalb der dem Annahmenapparat zugrundeliegenden Realität auch nicht wahrnehmen. Und umgekehrt können die jeweiligen Nachbardisziplinen nicht wissen, ob die von ihnen festgestellten Veränderungen für den Nachbarn auch wirklich von fundamentaler Bedeutung sind. Eines steht meiner Meinung nach fest: Eine konsequent historisch und ganzheitlich orientierte Sozialwissenschaft hätte an der wachsenden Vergesellschaftung des liberalen Individuums nicht so achtlos vorübergehen können, wie dies die explizit formalistischen Sozialtheoretiker getan haben und weiterhin tun. Welche paradigma-externen, also faktisch-gesellschaftlichen Gründe für die Tatsache verantwortlich sind, daß die Theorie derart unbeeindruckt von der Wegentwicklung des Seins vom Denken geblieben ist, muß an dieser Stelle offen bleiben. Hier sei lediglich festgehalten: Irgendetwas muß an dieser von den Aufklärern als erstes formulierten Idee, "die die bürgerliche Gesellschaft von sich hat" (111), dran sein, daß das bürgerliche Denken so sehr an dieser Idee klebt. Die langfristige Attraktivität dieser Ideen müßte ähnlich wie ihre ursprüngliche Entstehung erklärt werden: durch das Nachzeichnen der ideen- und sozialgeschichtlichen Wurzeln dieser Ideen (vgl. Teil C: II) und den Beweis, daß diese Verwurzelung zudem eine gegenwartsalltägliche ist.

II. DIE FRAGE DER REICHWEITE DER ERKLÄRUNGSBASIS: DAS PARADIGMA ALS AFFIRMATION DER WIRKLICHKEIT

Meine zweite zentrale Kritikstrategie sei im folgenden unabhängig vom Ergebnis der ersten angewendet, d. h. das Paradigma sei als überprüft und damit als vorläufig wahr unterstellt. Dann ergibt sich notwendigerweise als nächstes die Frage, was mit diesem wahren

Paradigma, als Erklärungsbasis angewendet, alles erklärt werden kann. Kritische Rationalisten beispielsweise fordern von Theorien ja nicht nur, daß sie sich empirisch bewähren, sondern als zweites Kriterium fordern sie, daß neue Theorien mehr erklären als alte, daß sie also einen Überschußgehalt aufweisen können. Erst so entsteht Erkenntnisfortschritt. Eine derart strenge Prüfung mithilfe eines Theorienvergleichs ist natürlich im Zusammenhang meiner Untersuchung nicht möglich. Ich will lediglich einige Defizienzen in der Erklärungskraft des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas aufzeigen, von denen ich glaube, daß sie zu einer grundsätzlichen Infragestellung einer an ihm orientierten sozialwissenschaftlichen Theoriebildung Anlaß geben müßten. Zuerst sei die Erklärungsreichweite das soziologische Paradigma-beispiel ausführlicher diskutiert, dann erfolgt wieder eine Generalisierung mit abschließenden Bemerkungen über Erklärungskraft und Funktion des Gesamtparadigmas.

Schema XII: Prüfung der Erklärungsreichweite (Fortsetzung von Schema XI)



A. DAS BEISPIEL DER SOZIOLOGISCHEN VARIANTE

Ausgangspunkt des Dahrendorfschen Handlungsmodells waren die "selbstgesetzten Zwecke" bzw. Interessen der Individuen, Gerhards Grundannahme bezüglich des Individuums war die Wahl einer "subjektiv sinnvollen Handlungsstrategie". Dies sind die Inputs für die "Herstellung" von Rollen, die Übernahme bestimmter Rollen und das konkrete Ausfüllen der Rollenhandlungen, das besonders anlässlich

konfligierender Erwartungen einzelner oder mehrerer Rollen zum Problem wird. Sowohl Dahrendorf als auch Gerhardt erklärten Rollen grundsätzlich durch Erwartungen und Erwartungen durch Rollen, setzten aber über beide Faktoren dieser Wechselkausalität - freilich nur andeutungsweise - eben jene Fähigkeit des Subjekts zur subjektiven Zieldefinition des Handelns.

Gerhardt diskutiert Herkunft und inhaltliche Bestimmtheit dieser individuellen Fähigkeit bzw. Eigenschaft nicht weiter. Sie klärt nicht, ob diese "Wahl" in einer anderen Theorie innerhalb der Soziologie weiter verfolgt wird oder werden kann, oder ob hierfür andere sozialwissenschaftliche Einzeldisziplinen zuständig sind. Sie verweist lediglich im Zusammenhang mit der theoretischen Begründung der Rollenentstehung auf Max Weber (112), nimmt dessen "soziologische Grundbegriffe" auf und hebt hervor, daß der wesentlichste Aspekt am sozialen Handeln die subjektive Sinn- bzw. Zwecksetzung ist. Auch Dahrendorf beruft sich an der entsprechenden Stelle auf Max Weber, allerdings mit der Einschränkung, daß neben der Intentionalität des Handelns die dem Handeln von außen entgegentretenden Normen, Sanktionen und Herrschaftsverhältnisse ein größeres Gewicht in der soziologischen Analyse erhalten müssen, als dies seiner Meinung nach bei Weber der Fall ist. (113)

Im folgenden soll geprüft werden, wie Max Weber als wahrscheinlich meistbekannter Soziologe im deutschen Sprachraum die Kategorien "Zweck", "Interesse", "Wahl" etc. verwendet und ob sein begrifflicher Rahmen tatsächlich mehr Erklärungskraft besitzt als der von Gerhardt und Dahrendorf. Es geht also um die Frage, ob sich durch die Einbeziehung Webers die Erklärungsgrenze der Rollen- und Konflikttheorie noch weiter hinausschieben läßt, wie dies Gerhardt und Dahrendorf anscheinend im Auge haben.

1. MAX WEBER ALS FUNDAMENT GERHARDTS UND DAHRENDORFS

Soziales Handeln

Die **Soziologie** wählt nach Weber aus der Gesamtheit der kulturellen Gegenstände das "soziale Handeln" aus. (114) Soziales Handeln ist dadurch charakterisiert, daß es dem "gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist." (115)

Die Bausteine sozialer Gebilde sind nach Weber - und dies hatte Gerhardt besonders betont - neben dieser "Sozialität" die "Intentionalität". Gerhardt:

"Sinnorientierung ist die Orientierung auf einen (subjektiv angestrebten) Zweck hin, der als Sinn eine Handlungsfolge leitet und verbindet (i. e. ihr 'Sinn gibt'). Von dieser Sinn-

bezogenheit her erhalten alle einzelnen Momente der Handlungsfolge ihre Bedeutung." (116)

Subjekt solchen sozialen und intentionalen Handelns ist immer ein Individuum, Kollektive können qua Definition nicht sozial und intentional handeln.

Was schlußfolgert Weber nun aus dieser von ihm aufgestellten Gegenstandsdefinition für sein weiteres Vorgehen? Das höchste Ziel allen soziologischen Bemühens besteht nach Weber nicht einfach darin, diesen Gegenstand, das soziale Handeln, nur einfach zu beschreiben. Die Soziologie **will** vielmehr dieses soziale Handeln erklären. Mittel hierfür ist das "deutende Verstehen". Da sich soziales Handeln aus einem Handlungsträger, nämlich einem Einzelmenschen, zweitens einem Handlungssinn, nämlich einer Vorstellung dieses Einzelmenschen über den Zweck seiner Handlung, und drittens aus einem Handlungsprozeß, nämlich einer Tätigkeit oder Erwartung, zusammensetzt, kann "deutendes Verstehen" nichts anderes bedeuten, als daß der Soziologe die im Kopf des Handlungsträgers vorhandene Vorstellung ermitteln muß. Dazu muß sich der Soziologe gedanklich in den Kopf des Handlungsträgers hineinversetzen und herauszufinden versuchen, wie diese Vorstellung genau beschaffen ist. (117)

Im Kopf des Handlungsträgers sind natürlich eine Fülle von unterschiedlichsten Vorstellungsinhalten vorhanden, die alle mehr oder minder stark mit der zu untersuchenden Handlung im Zusammenhang stehen könnten. So z. B. Vorstellungen über natürliche Gegebenheiten, historische Erfahrungen, persönliche Wertsetzungen und nicht zuletzt Annahmen über das Verhalten anderer. Letzteres konstituiert ja gerade jede soziale Handlung und damit den Gegenstand der Soziologie. Diese Vorstellungsinhalte sind nun untereinander so stark vermischt und auch mit anderen Vorstellungsinhalten, die sich auf andere Handlungen oder anderes Verhalten beziehen, daß es für den Soziologen höchst schwierig ist zu entscheiden, welche Vorstellungsinhalte nun genau für die zur Diskussion stehende soziale Handlung verantwortlich sind. D. h. der Soziologe muß alle die Handlung motivierenden Vorstellungsmomente ermitteln, also z. B. warum der Handelnde die Handlung "gerade jetzt und in diesem Zusammenhang" tat. Es geht m. a. W. um den gesamten Sinnzusammenhang, in den die Handlung für den Handelnden hineingehört hat.

Zwei Beispiele: "Wir verstehen das Holzhacken oder Gewehranlegen ... motivationsmäßig, wenn wir wissen, daß der Holzhacker entweder gegen Lohn oder aber für seinen Eigenbedarf oder zu seiner Erholung (rational), oder etwa 'weil er sich eine Erregung abreagiert' (irrational), oder wenn der Schießende auf Befehl zum Zweck der Hinrichtung oder der Bekämpfung von Feinden (rational) oder aus Rache (affektiv), also in diesem Sinne: irrational) diese Handlung vollzieht. Wir verstehen endlich motivationsmäßig den Zorn, wenn wir wissen, daß ihm Eifersucht, gekränkte Eitelkeit, verletzte Ehre

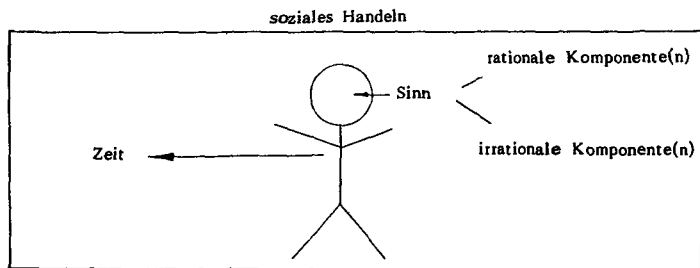
zugrundeliegt (affektiv bedingt, also: irrational motivationsmäßig). All dies sind verständliche Sinnzusammenhänge, deren Verstehen wir als ein Erklären des tatsächlichen Ablaufs des Handelns ansehen. 'Erklären' bedeutet also für eine mit dem Sinn des Handelns befaßte Wissenschaft soviel wie: Erfassen des Sinnzusammenhangs, in den, seinem subjektiv gemeinten Sinn nach, ein ... Handeln hineingehört." (118) An diesen beiden Beispielen, die von Max Weber selbst stammen, wird klar, wie vielfältig dieser Sinnzusammenhang in der Regel ist, welche unterschiedliche Qualität bei diesen soziologischen Erklärungen die erklärenden Variablen, also die als Handlungsgründe ermittelten Kräfte, haben können.

Soziologische Kausalerklärung

Mit welchen Verfahren bringt nun der Soziologe diese Handlungsgründe ans Tageslicht? Obwohl Weber zur konkreten Vorgehensweise der Sozialforschung keine systematischen Anleitungen entwickelt hat, befaßte er sich in einigen Aufsätzen mit der konkreten **empirischen Forschung** (119). Danach ist für Weber die wichtigste Form der empirischen Sozialforschung die Meinungsbefragung. Geschieht diese mithilfe von Fragebögen, so sollten in ihnen die psychologischen Faktoren ganz besonders berücksichtigt werden. Dazu gehören z. B. Fragen nach persönlichen Einstellungen, allgemeinen Wertorientierungen oder subjektiven Situationsdefinitionen.

Wann gilt nun eine Handlung als verstanden? Die Antwort Webers: Wenn qua Meinungsbefragung der subjektiv gemeinte Sinnzusammenhang so eindeutig ermittelt ist, daß der Soziologe von sich behaupten kann, daß ihm entweder verstandesmäßig oder gefühlsmäßig restlos "evident" ist, daß der behauptete Sinnzusammenhang der Handlung auch der tatsächlich dem Handelnden bewußte Sinnzusammenhang der Handlung ist. "Rational evident ist auf dem Gebiet des Handelns vor allem das in seinem gemeinten Sinnzusammenhang restlos und durchsichtig intellektuell Verstandene. Einfühlend evident ist am Handeln das in seinem erlebten Gefühlszusammenhang voll Nacherlebte." (120)

Schema XIII: Der Gegenstand der Soziologie nach Max Weber



Nun läßt sich nicht bei jeder Art von sozialem Handeln, das der Wissenschaftler untersuchen muß, die Methode der Meinungsbefragung anwenden. Weber unterscheidet drei Arten der Sinnermittlung, und zwar abhängig davon, ob eine einzige Handlung zu untersuchen ist, ob eine Massenuntersuchung vieler gleichartiger Einzelhandlungen vorzunehmen ist, oder ob schließlich bei sehr komplexen Handlungszusammenhängen die Konstruktion eines weniger komplexen **"Ideal-typus"** notwendig ist, um überhaupt Sinnzusammenhänge aus dem unendlichen Kontinuum herausbrechen zu können. Gemeinsam ist allen drei Methoden der Sinnermittlung, daß sie den vom Handelnden subjektiv gemeinten Sinn herausfinden wollen, weshalb alle drei Methoden zur gleichen Gattung von Einzelwissenschaften gehören: zu den Kulturwissenschaften. Bei der letzten Methode der Sinnermittlung, der Idealtypenkonstruktion, stellt sich der Soziologe die Handlung so vor, als sei sie nicht von Irrationalitäten (Affekten und Irrtümern) beeinflusst worden. Die Komplexität der Realität wird also dadurch reduziert, daß man das menschliche Handeln gedanklich von seinen Umwegen befreit und als Handeln darstellt, das auf dem direktesten Weg zum gewollten Zweck führt. (121)

Nach Weber ist jetzt nur noch ein allerletzter Schritt notwendig, um zu einer vollständigen Erklärung eines sozialen Handelns zu kommen. Denn die Erfahrung zeigt, daß bei vielen Handlungen die vom Handelnden genannten Sinnzusammenhänge und Motive nicht ursächlich für die Handlung sondern nur vorgeschoben sind, d. h. die wahren Motive sind verdrängt bzw. werden nicht zugegeben. Auch ist es möglich, daß z. B. bei der "soziologischen Massenuntersuchung" von vermeintlich gleichartigen Handlungen ausgegangen wird, und diesen Handlungen ein je gleicher Sinn angedeutet wird, obwohl den gleich ausschauenden Handlungen unterschiedliche individuelle Sinngebungen zugrundeliegen. Schließlich ist es durchaus nicht selten, daß bei einer Handlung mehrere und einander entgegengesetzte Motive eine Rolle spielen, daß solche Motive im Kopf des Handelnden miteinander gerungen haben und dem Soziologen nun bei der Analyse ein gewaltiges Kopfzerbrechen bereiten. (122)

Das Problem besteht in all diesen Fällen darin, daß von dem, was der Handelnde als Sinnzusammenhang hinterher angibt, nicht ohne weiteres auf das geschlossen werden kann, was der dem Handelnden vor und während der Handlung bewußte Sinnzusammenhang tatsächlich war. Weber glaubt nun, diesen Schluß mithilfe des Erfahrungswissens über Kausalzusammenhänge zu ermöglichen. Seine Quintessenz lautet: Wenn ein vom Handelnden genanntes Motiv immer wieder mit der zu untersuchenden Handlung zusammen auftritt, wenn also zwischen Motiv und Handlung ein **statistischer Zusammenhang** besteht, so kann das Motiv als **Ursache** der Handlung angesehen werden. Es braucht dann nicht mehr befürchtet werden, daß das genannte Motiv ein vorgeschobenes war, oder daß sich hinter gleichen Handlungen unterschiedliche Motive verbergen. Das Gesetz der großen Zahl wird vereinzelte Selbsttäuschungen bzw. Soziolo-

genirrtümer schon eliminieren. Jetzt ist die Handlung kausal erklärt, es kann eine soziologische Regel für jegliches so geartetes Handeln aufgestellt werden. (123)

Obwohl mit der Feststellung der Ursache einer Handlung die Aufgabe des Soziologen beendet ist, stellt sich für Weber noch die Frage, was mit jenen Grundlagen des Handelns theoretisch geschehen soll, die nicht die Qualität von individuellen Sinnsetzungen haben. Also z. B. historische oder natürliche Gegebenheiten, die vom Handelnden für seine Handlung zwar gebraucht werden, an denen er sein Handeln sogar ausrichtet, jedoch nicht notwendigerweise über das Bewußtsein des Handelnden als "Sinn" der Handlung in die Handlung miteingehen. Es geht hierbei also um jene **Umstände einer Handlung**, die nicht als übergeordneter oder untergeordneter Zweck der Handlung in Betracht kommen, die also - in den Worten Webers - weder Zweck noch Mittel sind. Hierzu gehören z. B. Naturereignisse, der organische Kreislauf des Lebens oder die physischen und "psychophysiologischen" Eigenschaften des Menschen. Die Tatsache etwa, daß der Mensch zum Leben ein bestimmtes Quantum und eine bestimmte Qualität von Nahrung zu sich nehmen muß, geht durchaus als Orientierungspunkt in das berufliche Handeln eines Menschen mit ein und spielt so für das Handeln etwa eines Bankangestellten die Rolle eines ursprünglichen Handlungsanlasses. Wenn der Bankangestellte dann aber am Schalter steht und Geldscheine zählt, so gehört diese physiologische Eigenschaft, die Notwendigkeit der Nahrungsaufnahme, nicht mehr zu dem Sinn, den der Handelnde in seinem Handeln meint und verwirklicht. Es geht ihm jetzt beim Geldzählen nur darum, die Zahl, die auf dem Zettel steht, in eine Anzahl von Geldscheinen zu verwandeln. Für Webers Soziologie, deren zentrale Methode im Verstehen von Sinn besteht, sind nun solche nicht sinnbehafteten Handlungsfaktoren nichts anderes als "sinnfremde" bzw. "unverstehbare" Faktoren. (124) Sie sind als Daten für das Handeln und für die Wissenschaft vom Handeln, also auch für die Soziologie, zwar u. U. von "erstklassiger Tragweite", können aber von der Soziologie eben nur als Daten, das heißt Gegebenheiten, behandelt werden. Sie sind so etwas wie Randbedingungen, die in die Erklärung von Phänomenen mit eingehen, die selbst jedoch nicht mehr weiter als erklärungsbedürftig bzw. einer Erklärung zugänglich angesehen werden. Solche unverstehbaren Faktoren bzw. Randbedingungen können erst innerhalb anderer Wissenschaftsdisziplinen weiter zerlegt und erklärt werden, innerhalb der Soziologie ist ein solcher Schritt jedoch unmöglich.

Natürlich kann nicht ein für allemal eine Grenze gezogen werden zwischen verstehbaren und unverstehbaren Faktoren. Z. B. könnte künftige Forschung durchaus zu dem Ergebnis kommen, daß ein Handeln, das bisher immer als sinnhaftes Handeln angesehen wurde, aus erbbiologischen Faktoren heraus, also aus natürlichen Ursachen heraus, erklärt werden muß. Auch der umgekehrte Fall, den Weber allerdings eigenartigerweise nicht konstruiert, müßte im Prinzip denk-

bar sein und dürfte auch in der Forschungsgeschichte von größerer Bedeutung sein.

2. DIE ERKLÄRUNGSGRENZEN DES WEBERSCHEN ANSATZES

Wenn verstehende Soziologie soziales Handeln zurückführt auf verstehbare Motive, seien es rationale oder irrationale einerseits, und unverstehbare Randbedingungen andererseits, so muß die nächste Frage lauten: **Was geschieht mit den Motiven und was mit den Randbedingungen weiter?** Werden sie von dieser Soziologie selbst wieder erklärt oder als nicht mehr weiter klärbare Gegebenheiten betrachtet?

Für die Motive gibt Weber keine weitere Analyseprozedur an, sie werden als analytisch nicht mehr weiter zerlegbare menschliche Zwecksetzungen angesehen. Diese Fähigkeit des Menschen, Zwecke zu setzen und danach seine Mittel auszuwählen, ist für Weber eine nicht mehr weiter hinterfragbare Voraussetzung jeglicher Kulturwissenschaft, weshalb ja auch der Gesichtspunkt der Rationalität bei der Idealtypenkonstruktion für Weber gerechtfertigt ist. Für die Randbedingungen kann demgegenüber zweierlei zutreffen: Sie können entweder in eine andere Wissenschaftsdisziplin verwiesen werden, wenn es sich z. B. um Naturgegebenheiten handelt. Oder sie können in einem weiteren soziologischen Analyseverfahren wiederum auf Motive vergangener Handlung anderer Individuen und deren Randbedingungen reduziert werden. Dies trifft für solche Randbedingungen zu, die selbst wieder als soziales Handeln oder als dessen Resultat betrachtet werden können. Insgesamt kann also zusammengefaßt werden, daß die Verstehenssoziologie Webers soziales Handeln von Individuen einerseits auf unmittelbare gegenwärtige Motive dieser Individuen wie auch auf mittelbare vergangene Motive anderer Individuen, andererseits auf gegenwärtige unmittelbare und vergangene mittelbare Randbedingungen zurückführt. Motive und Randbedingungen, die an verschiedenen Punkten eines Zeitstrahls zu denken sind, sind also für Weber letztlich der Stoff, aus dem Gesellschaft besteht.

Die Erklärung solchen Handelns, die den Ursache-Wirkungsprozeß von hinten aufrollt, sucht zu einer gegebenen materiellen oder ideellen Handlung die dazugehörigen Randbedingungen und Motive. Da ein Teil der Randbedingungen, nämlich die sozialen, in weiteren Analyseschritten wiederum aus Handeln und deshalb aus Ideen heraus erklärt werden, kann die Gesamtkonzeption Webers als Versuch verstanden werden, Gesellschaftliches möglichst weitgehend in Geistiges auflösen zu wollen. Der Erklärungsprozeß dieser Soziologie kann deshalb formelhaft in etwa so dargestellt werden:

Schema XIV: Das Verfahren der soziologischen Analyse und Erklärung nach Max Weber

	Explanandum (soziales Handeln)	Explanans (Randbedingungen und Motive)
1. Schritt	ideell/materiell	materiell + ideell
2. Schritt	materiell	(materieell) + ideell
3. Schritt	(materieell)	(ideell)

Gegen die Webersche Verstehenssoziologie (wie auch gegen andere soziologische Handlungstheorien) muß nun zunächst ein genereller Verdacht geäußert werden. Dieser Verdacht betrifft eine **Gefahr**, die dieser Methode der Analyse zutiefst immanent ist: die Gefahr, daß bei der Analyse der gesellschaftlichen Realität der analytische Regreß, also der Weg vom jeweils Bekannten zurück zum jeweils dieses verursachenden Unbekannten, zu früh abgebrochen wird. Und zwar einfach deshalb, weil der Soziologe, je weiter er auf seinem Weg der Ursachenanalyse vorstößt, je mehr er von der anfänglich empirisch gegebenen Handlung wegkommt, sich mit desto unverständlicheren bzw. sinnfremderen Objekten konfrontiert sieht. Bei diesen Objekten handelt es sich um historisch tradierte, heute allgemeingültige gesellschaftliche Normen und Institutionen, deren Ursprung aus individuellen Zwecksetzungen längst verschüttet ist, wenn er überhaupt jemals aus solchen Zwecksetzungen konstituiert worden ist. Webers Methode wird - so meine These - immer unanwendbarer, je weiter sie von vereinzelt und empirischen Handlungen weg zu aggregierten und geronnenen Handlungen fortschreitet.

Ein Beispiel: Wenn Weber in seiner Wirtschaftstheorie zwar den Begriff der Gewalt kennt, diesen jedoch stillschweigend mit aktueller bzw. manifester Gewalt identifiziert, und wenn er so in seiner Definitionssystematik zu keinem Begriff kommt, der so etwas wie

strukturelle Gewalt beinhaltet, so ist dies ein Exempel für die obige Behauptung. Aus solchen Definitionen folgt dann, daß für Weber höchst gewaltsame Handlungen, gewaltsam allerdings eben in einem institutionell-strukturellen Sinn, sich höchst friedlich und gerecht ausnehmen. Wenn etwa ein arbeitsloser Fünfzigjähriger mit einem Produktionsmittelbesitzer einen Arbeitsvertrag eingeht, so beschreibt dies Weber als freiwillig-friedlich hergestellten Kompromiß zweier grundsätzlich und ursprünglich miteinander kämpfenden Parteien, mit dem Inhalt, daß beide sich gegenseitig die Verfügungsgewalt über ein Gut bzw. einen Dienst abtreten. Wenn der Fünfzigjährige dann tatsächlich den Arbeitsplatz erhält, so bildet sich bei ihm und beim Eigentümer dieses Arbeitsplatzes ein entsprechendes Einkommen. Dieses resultiert nach Weber "letztlich" aus den Konsumentenschätzungen, die durch den Markt- und Preismechanismus miteinander und mit den Einkommen der an der Produktion Beteiligten vermittelt werden. Weber kommt also bei seinen wirtschaftstheoretischen Definitionen ohne Begriffe wie "Privateigentum", "Wert" oder "Klasse" aus (125), die allesamt hoch aggregierte und aus vergangenen Zwecksetzungen überkommene Sachverhalte (Normen, Institutionen) bezeichnen. Dies ist die Frucht seines individualistisch-handlungstheoretischen Vorurteils, das bereits seinen allerersten soziologischen Gegenstandsdefinitionen vorausgegangen ist.

Im Rahmen des Positivismusstreits ist solchen Positionen wie der Weberschen vorgeworfen worden, sie würden in ihrer handlungstheoretischen Beschränktheit "das Ganze" nicht zu denken wagen, aus Angst, es verändern zu müssen. (126) Weber würde einem solchen Vorwurf entgegenhalten, daß zumindest solche gesellschaftlichen Normierungen, die auf Vereinbarung zwischen Subjekten mit je eigenen Zwecken beruhen, also z. B. Verträge, einer Sinnanalyse prinzipiell zugänglich seien. Dies mag zutreffen, ändert aber an meiner Kritik nichts. Denn mir ging es ja nur darum festzuhalten, daß solche Fragen nach historisch persistenten gesamtgesellschaftlichen Phänomenen (generelle Normen und Institutionen) gemäß der methodologischen Schrittfolge der verstehenden Soziologie tendenziell im Laufe der Analyse sich ihrem Zugriff immer mehr entziehen dürften.

Fazit: Diese erste Kritik an der Erklärungsreichweite des Weberschen Ansatzes wollte nur eine Gefahr benennen, die mit diesem Ansatz einher geht, die Gefahr eines ständigen voreiligen Abbruchs des Verstehensrekurses und die Zuordnung der Restgrößen zu den unverstehbaren Randbedingungen. Mehr noch: Weber selbst ist dieser Gefahr offenbar auch erlegen.

Eine zweite Kritik, die unter anderem von Bader u. a. (127) vorgebracht wurde, betrifft eine **grundsätzliche Beschränkung der Erklärungsfähigkeit** des Weberschen Ansatzes. Bader u. a. räumen zwar ein, daß der handlungstheoretische Ansatz Webers zur Analyse von Vergesellschaftungen geeignet ist, die als "freie Zweckvereine" konzipiert sind, bei denen also alle Beteiligten Zweck und Mittel der Vereinigung und des Vereinshandelns miteinander frei vereinbart

haben. Dies ist auch der explizite Anspruch Webers und es fällt auf, daß er an der einschlägigen Stelle das Wort "alle" sogar extra hervorhebt. Anderen Vergesellschaftungen jedoch, wie z. B. dem Markt, fehlen diese Merkmale. Diese Kollektive sind einfach entstanden, obwohl sie so wirken, als ob ihnen eine Vereinbarung zugrunde liegen würde. Es wäre "ein Zeugnis 'mythischer' Denkweise, von Zielen oder Zwecken auch dort zu reden, wo niemand da ist, der sich diese Zwecke setzt oder diese Ziele verfolgt" (128). Diese Begrenztheit seines Ansatzes hat Weber sogar selbst gesehen: nach Weber bildet es für seinen Ansatz durchaus ein "Problem",

"die Entstehung und den Fortbestand nicht auf kollektivem Weg zweckvoll geschaffener und doch ... zweckvoll funktionierender Institutionen ... zu erklären". (129)

Nicht zweckvoll geschaffen ist aber nicht nur die Institution des Marktes, anhand dessen Bader u. a. ihre Kritik an Weber exemplifizieren, sondern dieses Merkmal trifft u. U. auch auf andere Rahmeninstitutionen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas zu. An dieser Stelle müßte geprüft werden, ob etwa der Staat mit seiner Verfassungsordnung (politologische Paradigmavariante), die sozialen Spielregeln des Rollen- und Konflikthandelns (soziologische Paradigmavariante) oder die wissenschaftlichen Methodologien und die entsprechenden Institutionen der Kritik (wissenschaftstheoretische Paradigmavariante) die Kriterien erfüllen, die Weber für "freie Zweckvereine" aufstellt, insbesondere das Kriterium der Beteiligung aller an ihrer Konstituierung. (130) Sollte Webers Ansatz tatsächlich hier bereits an seine unüberwindlichen Grenzen stoßen, so hätte dies enorme Konsequenzen für die Erklärungskraft all jener paradigmatischen Theorien, die ihre Argumente auf Weber aufbauen. Diese Theorien (Dahrendorf, Gerhardt usw.) könnten dann nur eine der beiden Arten von Konkurrenzresultaten erklären: die Regelung von Sachansprüchen. Die Regelung der dieser Konkurrenzebene vorausgesetzten Verfahrensebene (vgl. Teil A) bliebe dann unerklärt. (131)

Vollends ohnmächtig ist die Verstehenssoziologie nach Auffassung von Bader u. a. gegenüber solchen Phänomenen, die als **Verdinglichung** von Gesellschaft bezeichnet werden. (132) Hier ist die Kausalkette zwischen individueller Zwecksetzung und Explanandum total abgerissen. "Offenbar wird Weber jene 'Versachlichung', die nicht in einer sachlichen Orientierung von Handelnden aufgeht und die Marx in den Wertformen von Ware, Geld und Kapital als **reale Verdinglichung** gesellschaftlicher Verhältnisse begreift, nicht zum Problem. Wenn z. B. die Existenz effektiver Preise daran gebunden ist, daß alle Nutzleistungen in Geld geschätzt werden, stellt sich für Weber nicht die Frage, warum die zunächst als subjektive konzipierten Wertschätzungen der Nutzleistungen sich schließlich im Geldpreis 'objektiv', an einer Sache, darstellen. ... Einerseits läßt sich Weber nicht über den Charakter einer Vergesellschaftungsform täuschen, die durch das Auseinandertreten von Handeln und sozialen

Strukturen gekennzeichnet ist, andererseits erreicht jedoch die Rede vom 'übermächtigen Zwang', den die kapitalistischen Produktions- und Verkehrsverhältnisse über die in ihr 'Gehäuse' eingebundenen Individuen ausüben, nicht die Ebene einer Erklärung dieser Verhältnisse." (133) Angesichts der Weberschen Methode besteht gerade bei solchen Verdinglichungsphänomenen meiner Meinung nach die oben genannte Gefahr, daß der Regreß des Verstehens vorzeitig abgebrochen wird. In der wissenschaftlichen Praxis erscheint dann dem nach Erklärungen verlangendem Wissenschaftler einiges u. U. als natürlich und damit unverstehbar, was in Wirklichkeit gesellschaftlichen also menschlichen Ursprungs ist. In der Tat sind in Webers Forschungsergebnissen auf Schritt und Tritt sogenannte menschliche Naturkonstanten zu finden, etwa der Wille zur Macht, der Egoismus und der Kampf. (134) Hier findet sich eine starke Parallele zu unseren Paradigmavertretern und ihrer Rede vom "natürlichen Egoismus" oder der "menschlichen Natur in der Politik".

Exkurs: Das Werten als fundamentalstes sozialwissenschaftliches Axiom

Es könnte nun eingewendet werden, Weber habe selbst einen ähnlichen Begriff wie den Marxschen Entfremdungs- und Verdinglichungsbegriff, nämlich den Begriff des **"übermächtigen Zwangs"** der Verhältnisse im Kapitalismus, verwendet. Demgegenüber hat meiner Meinung nach die Rede vom **"übermächtigen Zwang"** bei Weber keinen zentralen Stellenwert. Er führt diesen Zwang auf die **"absolute Versachlichung"** im Markthandeln zurück. (135) Diese und der aus ihr resultierende Zwang zur Anpassung an den Markt schränkt zwar die individuelle Handlungsautonomie ein, erhöht aber die Berechenbarkeit und Optimierung des Handlungserfolgs. Daß dieses zweite Moment der Antinomie das entscheidende ist, wird aus der Gesamtanlage der Weberschen Begriffe deutlich. Zu diesem Zweck soll noch einmal der allererste Schritt Webers, die Festlegung seines Gegenstands, näher betrachtet werden. Es soll gezeigt werden, daß Webers methodologischer und ontologischer Ausgangspunkt die Fähigkeit des Individuums zur wertenden Stellungnahme gegenüber seiner ihn umgebenden Realität ist. So wie oben Phänomene wie Nicht-Zweckvereine oder Verdinglichung als makroskopische Erklärungsgrenzen der Weberschen Handlungstheorie behauptet wurden, so stellt das Werten des Individuums eine mikroskopische Erklärungsgrenze dar.

Weber sah sich einem historisch-gesellschaftlichen Kontinuum gegenüber und wählte, um überhaupt etwas aussagen zu können, den **"winzigen"** Aspekt des sozialen und sinnorientierten Handelns aus. Fragt man nach dem metatheoretischen Grund genau dieser Auswahl, so muß man sich das **Menschenbild Webers** näher betrachten. Der Mensch ist für Weber zu allererst **"Kulturwesen"**:

"Transzendente Voraussetzung jeder Kulturwissenschaft ist ..., daß wir Kulturmenschen sind, be-

gibt mit der Fähigkeit und dem Willen, bewußt zur Welt Stellung zu nehmen und ihr einen Sinn zu verleihen." (136)

Hier ist der eigentliche Ursprung des Weberschen Gesamtsystems formuliert: Der Mensch ist von seiner Natur her ein sinnsetzendes Wesen. Dies ist für ihn der erste zu konstatierende Tatbestand aller Wissenschaft vom Menschen und gleichzeitig das fundamentalste Explanans seines soziologischen Erklärungsansatzes.

Diese "transzendente Voraussetzung", das "Stellungnehmen" bzw. "Sinnverleihen", hat eine Mikro- und eine Makrodimension. Die Mikrodimension wurde im Zusammenhang mit der Darstellung der Weberschen Handlungstheorie konkretisiert, die Makrodimension müßte nun anhand der Weberschen Geschichtsphilosophie nachgezeichnet werden. Zur Makrodimension sei an dieser Stelle nur soviel angemerkt (137): Geschichte besteht in ihrem Kern aus dem beständigen Kampf zwischen prinzipiell unauflösbar miteinander kollidierenden letzten Werten, wie z. B. Wahrheit, Güte, Schönheit, Manneswürde, Ehre u. a. Während das Christentum über ein Jahrtausend den freien Kampf dieser Werte durch seine Monopoldefinitionen unterdrückt hat, ist die Moderne dadurch gekennzeichnet, daß diese Werte jetzt wieder als gleichrangige bewußt sind und der Mensch sich in voller Verantwortung wieder selbst für seinen Wert entscheiden muß; in der vom christlichen Mythos "entzauberten" Welt muß der Mensch "sich den Sinn der Welt selbst schaffen" (138), dies macht seine Persönlichkeit aus. Weder kann, wie dies im Mittelalter der Fall war, die Religion ihm dabei helfen, noch die moderne Wissenschaft, da die Kollision der Werte eine auch wissenschaftlich unauflösbare ist. Die Wissenschaft, aus diesem Grund nur als wertfreie Wissenschaft vorstellbar, kann lediglich die Mittel für eine konsequente Wertbefolgung an die Hand geben, der jeweilige historische Ausgang des Kampfs der Werte ist jedoch grundsätzlich offen. (139) Die Rede von der letztendlichen Zwecksetzung des Individuums muß also präzisiert werden: Das neuzeitliche Individuum wählt in seiner Stellungnahme aus den letzten Werten ganz bestimmte Werte aus und macht sie zu seinen persönlichen Werten. Das ist der Kern der Weberschen Philosophie.

Weber kommt es beim historischen Kampf der letzten Werte nicht auf deren Inhalt an, sondern nur auf die **Tatsache des Wertens**, ihm geht es um das Werten selbst. Weil menschliches Handeln als kausale Folge des subjektiven Wertens verstanden werden muß (Mikroaspekt), und weil Geschichte die Entfaltung von konkurrierenden Werten (Makroaspekt) ist, darum muß die entsprechende kulturwissenschaftliche Methode eine Methode des Sinnverstehens sein. "Denn je mehr Menschen bewußt auf Werte bezogen handeln, je mehr sie ihrem Leben Bedeutung geben, desto eher ist ihr Leben deutbar und verständlich, und je konsequenter sich die Menschen von dem von ihnen gewählten Sinn bestimmen lassen, desto weitreichender sind die Wirkungen der dem Leben gegebenen Bedeutung, desto höher also die kausale Bedeutung (verständlicher Kausalzusammenhang)." (140) Auch wenn im Markthandeln die Autonomie des Individuums

systematisch reduziert wird, entwickelt sich einerseits die Geschichte der Menschheit hin zu einem Mehr an bewußter Wert- und damit Realitätsgestaltung und wird andererseits die Methode des Sinnverstehens und der Konstruktion rationaler Idealtypen immer gegenstandsadäquater. Hier scheint mir eine fundamentale Differenz zum marxistischen Entfremdungs- und Verdinglichungsbegriff, deren Konsequenz ja ein zunehmender "Überhang an Objektivität" (Reichelt) ist, vorzuliegen.

Tenbruck hat in seinem für die Diskussion des Weberschen Werks zentralen Aufsatz "Die Genesis der Methodologie Max Webers" (141) die Bedeutung der Weberschen Wertlehre für die **Geistesgeschichte** der letzten beiden Jahrhunderte wie folgt formuliert: Weber hat in seiner Methodologie vor allem den Zweck verfolgt, naturalistische Positionen zurückzudrängen, also solche Denktraditionen, die Menschliches bzw. Gesellschaftliches auf Natürliches zurückführten. Weber knüpfte demgegenüber an die antinaturalistische Tradition - Deutscher Idealismus, Dilthey, Simmel und Rickert - an und hält an der Sinn- bzw. Werthaltigkeit von Menschlichem bzw. Gesellschaftlichem fest. Im Unterschied zu den bisherigen Vertretern dieser Tradition wendet er diese Sinn- und Werthaltigkeit jedoch individualistisch. D. h.: Daß der Mensch in seinem Handeln Sinn setzt, wird von Weber nicht als etwas begriffen, das auf einen irgendwie gearteten höheren Sinn (z. B. Weltgeist o. ä.) zurückzuführen ist, sondern die Sinnsetzungsaussage wird als Aussage über das Individuum und sein Handeln verstanden. Durch diese Entmythologisierung des Sinnbegriffs wird der Weg frei für eine empirische Wissenschaft vom Sinn, nämlich für eine Handlungstheorie. Mit dieser Uminterpretation des traditionsreichen Sinnbegriffs ist gleichzeitig seine Wendung ins Methodologische verbunden: Die Sinnhaftigkeit des individuellen Handelns gilt Weber als **heuristisch** zu verstehende Grundannahme, mithilfe derer allein eine nicht-naturalistische aber dennoch empirische Wissenschaft vom Menschen betrieben werden kann. In seiner geistesgeschichtlichen Einordnung der Methodologie kommt Tenbruck deshalb zu dem Schluß: "Webers 'transzendente Voraussetzung' der Kulturwissenschaft ist Wiedereinsetzung eines historischen Erbes (nämlich des Idealismus, F. R.) mittels Methodologie." (142) M. a. W.: Weber hat den Deutschen Idealismus den durch das positivistische Wissenschaftsideal bestimmten Erfordernissen seiner Zeit angepaßt, ihn also wieder hofähig gemacht. (143) Von den jeweiligen Erklärungsgrenzen her formuliert: Das transzendental-globale Explanans wurde durch das irdisch-individuelle abgelöst; Realität wird aber in beiden Fällen in Ideen einerseits und Natur andererseits aufgelöst. Und von den Werten her formuliert: Die letzten Werte realisieren sich nicht mehr qua Existenz (Hegel), sondern durch den positiven Bezug des Individuums. Offen bleibt die Frage nach der letzten Herkunft dieser letzten Werte: entweder sie sind selbst nichts anderes als eine sehr frühe menschliche Setzung oder sie sind eine metaphysische Restgröße. Dies vermag ich hier nicht zu entscheiden. (144)

3. ZUSAMMENFASSUNG

Nun zurück zur Ausgangsfrage: Hilft die Soziologie Webers bei der Erweiterung der Reichweite der Erklärungskraft der Rollen- und Konflikttheorien Dahrendorfs und Gerhards? Aus folgenden Gründen muß diese Frage negativ beantwortet werden:

Webers Theorie führt alles Handeln auf subjektiv-individuelle Größen zurück: auf Ideen. Die **Inhalte dieser Ideen** kann er a priori als Theoretiker nicht anders bestimmen als wiederum durch den Verweis auf die Letztinstanz des Subjekts und seiner Setzungen. Insofern, als Weber vom Inhalt der Idee abstrahiert und an ihr nur die Tatsache des Gedachtwerdens festhält, ist seine Grundkonzeption eine formale. Die Entstehung von Rollen, die Übernahme von Rollen durch die Individuen, die je konkrete Ausfüllung des Rollenspielraums insbesondere anlässlich von divergierenden Erwartungen - all dies kann auch unter Zuhilfenahme der Weberschen Begrifflichkeit durch nichts anderes als durch die Ideen bzw. Setzungen von Individuen erklärt werden. Insofern bietet also der Verweis von Gerhardt und Dahrendorf auf Max Weber keine zusätzlichen theoretischen Erklärungsmöglichkeiten, die etwa über ihre eigenen Begriffe ("selbstgesetzter Zweck", "subjektiv sinnvolle Handlungsstrategie", "Interesse", "Bedürfnis" etc.) hinausgehen. Gerhardt ist gottseidank bescheiden genug, zumindest an der Stelle, an der es um die je individuelle Lösung von Rollenkonflikten geht, die Begrenztheit der Erklärungskraft des "multidimensionalen Modells" zuzugeben: Zur Erklärung individueller Verhaltensakte genügt die Aufzählung der Art der konkurrierenden Rollen nicht, es wäre darüberhinaus Aussagen über das Verhältnis der Rollen zueinander zu machen, über deren Dominanzbeziehungen. Hierfür ist nach ihren Worten aber der "gegenwärtige Stand der rollentheoretischen Erforschung der Verhaltensentscheidung" (145) noch nicht weit genug entwickelt. Demnach kann die Lösung von Rollenkonflikten nicht anders als die Entstehung von Rollen selbst geklärt werden: durch eine Setzung des Individuums.

Aus einem zweiten Grund ist der Verweis auf Weber für die Rollentheorie nicht hilfreich. Bei Weber wurde ja festgestellt, daß seine Analyse einen entscheidenden Mangel hat. Je weiter sie von der unmittelbaren Handlung des Individuums und der ihr zugrundeliegenden Zwecksetzung wegführt, je **höher aggregiert** das zu untersuchende Handlungsphänomen ist, desto weniger kann die Webersche Analyse-methode leisten. Je mehr von sozialstrukturellen Sachverhalten die Rede ist, desto weniger können die Kategorien des Handelns angewendet werden. Für die Erklärung von Vergesellschaftungsphänomenen, die nicht durch zweckhaftes individuelles Handeln von Individuen, nicht durch deren bewußte Übereinkunft, zustande gekommen sind, für die Erklärung solcher Phänomene reicht das Webersche Instrumentarium nicht aus. Erst recht nicht, wenn sich diese Phänomene regelrecht gegen die individuellen Zwecke verselbständigen haben. Dies ist nun aber bei der Genese eines großen Teils der Rollen bzw. Normen in einer Gesellschaft der Fall, insbesondere wenn es sich um

abstrakte, allgemeingültige und traditionsreiche Rollen handelt. Wie sollten solche Rollen auf individuelle Wertentscheidungen bruchlos zurückgeführt werden, wenn ein Großteil der unzähligen Entscheidungssubjekte und die dazugehörigen Entscheidungssituationen gar nicht mehr verfügbar und damit verstehbar sind? Und wie sollte erklärt werden, daß viele dieser obersten gesellschaftlichen Normen ihren individuellen Urhebern heute als übermächtige Kraft gegenübertritt, daß sie sich in Gestalt eines umfassenden institutionell abgesicherten Normensystems (gesellschaftliche Moral, staatlicher Gesetzeszwang) geradezu verdinglicht haben? Und es sei nochmals wiederholt: Daß sich nicht nur bei Weber, sondern auch bei Samuelson, Schumpeter, Dahrendorf usw. an zentraler Stelle solche Verdinglichungen finden (Egoismus, Kampf etc. als Naturtatsache), beweist deren Anfälligkeit für solche Verdinglichungen unübersehbar.

Worin besteht also der erklärbare Rest dieser Soziologie? In den aktuellen Einzelhandlungen von Individuen, die durch deren Motive erklärt werden können oder - in den Worten Dahrendorfs und Gerhards - durch deren subjektive Zwecksetzung bzw. Freiheitsrealisierung. Für diese bescheidene Erklärungsleistung ist aber der begriffliche Aufwand Webers entbehrlich. Die Weberschen Randbedingungen der Einzelhandlungen, die konkreten Erwartungen und Normen, bleiben also je nach historisch-systematischer Generalisierung außerhalb des soziologisch Erklärbaren.

Wenn also durch die Einbeziehung der Weberschen Handlungstheorie der Erklärungsgehalt der Rollen- und Konfliktkonzepte von Dahrendorf und Gerhardt nicht zunimmt, sondern nach wie vor unerklärt bleibt, woher Rolleninhalte, Rolleninterpretationen, Rollenkonfliktentscheidungen u. ä. eigentlich kommen, so ist es eine sehr harmlose Formulierung, wenn man dieser Soziologie nur eine "geringe Erklärungsreichweite" ankreidet, wie dies Bader u. a. bezüglich der Soziologie Max Webers tun. **Was macht der sich an Max Weber orientierende Soziologe eigentlich?** Er fragt die Leute zunächst, warum sie dies oder das getan haben. Geht es um besonders komplexe Handlungszusammenhänge, so überlegt er zusätzlich noch, was die Leute besser hätten machen sollen (Idealtypenkonstruktion). Im ersten Fall gibt der Wissenschaftler - polemisch gesprochen - dem gesunden Menschenverstand nur noch die wissenschaftlichen Weihnen, im zweiten Fall verbessert er den gesunden Menschenverstand noch. In beiden Fällen jedoch schließt er vom Alltagsbewußtsein auf das Alltagssein. Und da das Alltagsbewußtsein sich in friedlichen Zeiten in der Regel mit dem Alltagssein arrangiert hat, leistet diese Soziologie nichts anderes als die Verdoppelung des eh schon Bestehenden, die Affirmation des Faktischen.

Dieser Umgang mit der Realität läßt sich auch dort noch verfolgen, wo die Handlungs-, Rollen- und Konfliktansätze ihre praxisbezogene Anwendung finden: z. B. in der Schicht- und Mobilitätsforschung. Diesbezüglich hat Stefan Kirchberger den Beitrag der soziologischen Wissenschaft zur Alltagsrealität sehr treffend formuliert: "Indem die

Schichtungsforschung die Rekonstruktion dieser Realität zu ihrer Maxime erhebt, ohne in der Rekonstruktion die gesellschaftlichen Ursachen verdinglichter Erfahrung von Wirklichkeit, ohne die politischen Konsequenzen ihres theorieleeren Vorgehens zu reflektieren, akzeptiert sie das angeblich Unabwendbare und wird zur Apologetik - schlimmer noch: zur Denunziation der möglichen Alternative: einer qualitativ anderen geschichtlichen Realität." (146) Zweierlei ist also von dieser Sorte Wissenschaft nicht mehr zu erwarten: wesentliche Erkenntnisse oder gar kritische. (147)

B. GENERALISIERUNG DER KRITIK

Die vorausgehenden Ausführungen sollten folgendes klar gemacht haben: Die soziologischen Varianten des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas erklären die soziale Realität letztlich aus gegenwärtigen und vergangenen individuellen menschlichen Zwecksetzungen einerseits und Natur andererseits. Als fraglich stellte sich dabei heraus, ob Makrophänomene, die historisch oder systematisch von individuellen Handlungen weit entfernt sind (persistente generelle und insbesondere verdinglichte Normen und Institutionen) durch eine solche Handlungstheorie noch erfaßt werden können. Besonders schwer erklärbar sind dabei jene Normen und Institutionen, die den Verfahrensrahmen für das Funktionieren des Konkurrenz-Ausgleichsmechanismus gewährleisten, da diese nur sehr schwer als zweckvoll von allen Beteiligten geschaffene Bedingungen vorstellbar sind. Im folgenden Kapitel soll nun die Erklärungsreichweite der anderen Paradigmavarianten hypothetisch skizziert werden.

1. HYPOTHESEN ZU DEN ANDEREN VARIANTEN

Zu den Theorien über Gesellschaft

Zunächst zur Ökonomie **Samuelsons**. Warum jeder Haushalt mindestens ein Auto auf seine Präferenzordnung ganz oben hin setzt und warum gerade dieser bestimmte Autotyp, kann innerhalb der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts nicht mehr erklärt werden. Die Theorie beginnt erst an dem Punkt, wo dieser Wunsch bereits existiert. Die Theorie ermittelt aus diesem Wunsch und der mit ihm zusammentreffenden Kaufkraft einerseits, und der Anzahl der produzierten Autos dieses Typs andererseits, die Kaufbedingungen, eben den Preis. Aufgrund dieser Struktur der Theorie kann sie nun zu einer Menge der heutigen ökonomischen Probleme nichts Klärendes beitragen. Sie kann z. B. nicht erklären, warum - um beim Auto-beispiel zu bleiben - in unserer Gesellschaft der Verkehr überwiegend als Individualverkehr organisiert ist. Sie kann nicht erklären, warum in dieser Gesellschaft ein mittlerweile unübersehbarer Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie existiert. Und schließlich ist aus diesem Modell auch kein Grund dafür ableitbar, daß die Individuen dem Gut "materieller Konsum" im Sinne des Bruttosozial-

produkts einen relativ hohen und den Gütern "seelische Zufriedenheit" oder "Gesundheit" einen relativ geringen Stellenwert in ihrer Wunschhierarchie zuschreiben. Die ganze produzierte Güterwelt wird in diesem Modell letztlich immer nur als Folge der Güterwünsche der Menschen interpretiert. Mehr noch: Alle Wünsche der Menschen werden in marktwirtschaftlichen Systemen Wirklichkeit, als einziges Hindernis für das Schlaraffenland steht nur noch die natürliche Knappheit in dieser irdischen Welt im Weg sowie die ebenfalls natürliche Ausstattung der einzelnen Individuen.

Auch das politologische Konkurrenzmodell **Schumpeters und Fraenkels** kann und will - aufgrund des von der Politikwissenschaft vorweg gewählten Gegenstandsausschnittes - nicht erklären, warum die Wähler genau diesen und keinen anderen Politiker gewählt haben oder warum die Interessengruppen genau dieses und kein anderes Interesse auf ihre Fahnen geschrieben haben. Ihre theoretische Leistung beginnt erst dort, wo die Wählerstimmen und die Interessenartikulationen bereits existieren und wo gezeigt werden soll, daß diese Inputs in das politische System durch das System so verarbeitet werden, daß die Outputs des Systems den Wählerwünschen und den Gruppeninteressen so gut wie nur irgend möglich gerecht werden. Begrenzt werden Wunscherfüllung und Interessenverwirklichung gemäß dieser Auffassung nur durch die naturgegebene Unfähigkeit des Menschen zum gemeinsamen Leben auf begrenztem Raum, also von der Wolfsnatur des Menschen, die Herrschaft eben notwendig macht. Dieses politologische Modell kann aber nicht mehr erklären, warum z. B. in der BRD nahezu alle Wählerstimmen an nur drei Parteien gehen, die zudem zum Verwechseln ähnliche Programme haben. Auch kann nicht erklärt werden, warum etwa bei Wahlen bestimmte Interessen, beispielsweise die der Arbeitnehmer nach einem sicheren und menschenwürdig ausgestalteten Arbeitsplatz, relativ wenig zum Ausdruck kommen, während andere Interessen, wie z. B. die Absatzausweitung, absoluten faktisch-politischen Vorrang genießen. Schließlich kann man innerhalb dieser Sorte von Politiktheorie nicht erklären, warum in bestimmten schweren Zeiten die Bürger eines demokratischen Staates Parteiprogramme aus freiem Willen präferieren, in denen der erhebliche Abbau ihrer eigenen verfassungsmäßigen politischen Mitwirkungsrechte vorgesehen ist. Dieses Politikmodell läßt die Gesamtheit der getroffenen politischen Entscheidungen als Ausfluß von nichts anderem als dem freien Willen der Bürger erscheinen, eingeschränkt wiederum nur durch unabdingbare quasi natürliche Gegebenheiten bzw. Begrenztheiten im Menschen selbst. (148)

Zu den Theorien über Theorien

Entsprechende gravierende Defizite im Erklärungspotential lassen sich schließlich auch in der Wissenschaftsvariante aufzeigen. Wie Hypothesen, Theorien oder Methodologien entstehen, interessiert den Wissenschaftssoziologen (**Merton**) nur bezüglich der sozialen Bedingungen dieses Entstehungsprozesses, den Wissenschaftslogiker (**Popper**) überhaupt nicht. Hypothesen, Theorien und Methodologien entstehen

also wiederum modellexogen. Da die Hypothese das Resultat eines Bedürfnisses nach Erklärung eines Phänomens ist, ist also auch hier ein subjektives Bedürfnis der Ausgangspunkt der Erklärungskette. Dies ist nun deshalb problematisch, weil unser wissenschaftliches Wissen immer nur auf jenen Hypothesen etc. basiert, die schon einige Gelegenheit gehabt haben, sich zu bewähren. Was ist aber mit der unübersehbaren Vielfalt aller möglichen Hypothesen zu einem bestimmten Gegenstand, die bisher noch gar nicht formuliert worden sind und deshalb auch noch gar keine Möglichkeit zur Bewährung erhalten haben konnten. Diese nicht gedachten Hypothesen könnten sich ja als mindestens genauso bewährbar, wenn nicht sogar bewährungsfähiger erweisen als die tatsächlich gedachten und bewährten. Damit könnte das Verhältnis zwischen Wahrheit und Falschheit bezüglich bestimmter Realitätsausschnitte aber direkt auf den Kopf gestellt werden müssen. Die Wissenschaftstheorie überläßt innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs somit die Definition dessen, was als Wissen bzw. Nicht-Wissen zu gelten hat, dem Zufall des jeweils irgendwie aufkommenden Wissensbedürfnisses. Fazit: Gewußt wird, was gewollt wird, mit einigen Abstrichen, die sich durch die Kritik der Wissensansprüche ergeben. Offen bleibt bei diesem Modell bzw. Erklärungsansatz also wiederum die Frage, warum wir gerade dies und nichts anderes wollen und deshalb wissen. Warum z. B. in unseren Breiten die Chirurgie sehr viel weiter entwickelt ist als die Psychotherapie, warum in der Geschichtswissenschaft eine ganz bestimmte Art des Umgangs mit der Geschichte, die bekannte Faktenhuberei, vorherrscht, oder warum ein großer Teil der herrschenden sozialwissenschaftlichen Theoretiker von individualistischen Annahmen bei ihren Modellkonstruktionen ausgehen.

Nun noch ein **kurzer Exkurs** zu den Konsequenzen einer solchen Wissenschaftslogik. Für den Fall des ökonomischen Konkurrenzsystems wurde nachgewiesen, daß dort die Bedürfnisse realistischerweise gerade nicht als unabhängig betrachtet werden dürfen. Sollte nun auch im Bereich der Wissensproduktion ein entweder wissenschafts-endogener oder ein wissenschaftsexogener Mechanismus existieren, der die Bedürfnisse vorweg selektiert, so würden diese den Wissenschaftlern unbewußten Mechanismen ihr Wissen im wahrsten Sinn des Wortes erst produzieren. Konkret: Wenn man zeigen könnte, daß bestimmte Vermutungen aus wissenschaftsimmanenten Gründen wahrscheinlicher sind als andere (etwa weil sie logischerweise leicht falsifizierbar aber praktischerweise schwer falsifizierbar sind), oder wenn man zeigen könnte, daß bestimmten Vermutungen aus wissenschaftsfremden Gründen (etwa wirtschaftlichen oder staatlichen Interessen und entsprechender Mittelbereitstellung) eine Priorität zukommt, so wäre die Fragwürdigkeit des Ausgehens von einem irgendwie entstandenen gegebenen Wissensbedürfnis offenbart. Indem das Konkurrenzmodell der Entstehung von Theorien von gegebenen Wissenswünschen bzw. Hypothesen ausgeht, degradiert es sich bzw. die nach ihrem Ratschlag verfahrenende Wissenschaft zum reinen Werkzeug solcher vorgelegten Bedürfnisse. Es kann ihr dann nicht mehr um die Analyse und Erklärung von Realität gehen, sondern nur mehr um die Effekti-

vierung bestimmter Umgehensweisen mit dieser Realität, auch wenn solche Effektivierungsstrategien natürlich immer noch dem Risiko des praktischen Scheiterns ausgesetzt sind. Weil diese Sorte von Wissenschaft ihre eigenen Voraussetzungen qua einzelwissenschaftlicher Aufgaben- definition nicht mitthematisieren darf, sich vielmehr erst mit den vorgefertigten Hypothesen beschäftigt, ist sie schon von ihrer Struktur her positivistisch und technokratisch, unabhängig davon, wie konkrete Politiker- oder Wissenschaftlerindividuen mit oder in ihr verfahren. Dies ist auch die Kritik der Frankfurter Schule an dem hier und heute herrschenden Wissenschaftsbetrieb. (149)

2. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Verfahren der Voluntarisierung des Handelns

Die Domäne der Erklärungskraft des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas scheint zunächst der Mikrobereich, das Handeln eines oder weniger Individuen zu sein. "Erklärung" bedeutet dabei aber nicht viel mehr als Beschreibung von intersubjektiven und intersituativen Regelmäßigkeiten und Identifikation der Motive. Die jeweiligen Motive werden innerhalb dieser Beschreibung als "Ursachen" des beobachteten individuellen Verhaltens bezeichnet. Allerdings erzeugt die Rückführung einer singulären sozialen Handlung auf das dahinterstehende Motiv in aller Regel sofort die nächste Frage, woher denn nun das Motiv stamme, wodurch das Motiv seinerseits verständlich werde. Die Frage nach dem Inhalt der Präferenzen, Interessen, Einfälle etc. bleibt unbeantwortet.

Sobald das zu erklärende soziale Objekt aus einer größeren Anzahl von Individuen bzw. Einzelhandlungen besteht, erweisen sich die **Möglichkeiten des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als recht begrenzt**. Je mehr die individuellen Definitionen von Nutzen, Wille, Interesse, Sinn und Einfall und die daraus resultierenden Handlungen verschiedener Subjekte miteinander verflochten sind, je mehr die sich ergebenden Resultate aufgrund dieser anderen und der Knappheit der verfügbaren Mittel von den ursprünglichen Intentionen abweichen, je mehr also die subjektiven Faktoren gebrochen werden, desto unübersichtlicher wird die Kausalität und desto härter tut sich eine Analyse- methode, die Handeln aus Präferenzen, Willensäußerungen etc. erklären will. Im Makrobereich steigt die Gefahr, daß soziale Objekte als nicht mehr subjektiv ableitbare und deshalb objektiv-naturhaft vorgegebene Daten mißverstanden werden. Dies gilt wahrscheinlich bereits für die einfachen Randbedingungen des Handelns, wie Preise, Gesetze, Normen etc., die in Teil A als Institutionen zur Regelung der Sachansprüche des Konkurrenten charakterisiert wurden. Dies gilt aber umso mehr für die Verfahrensregelungen des Konkurrenz- und Ausgleichsprozesses, den Marktmechanismus, die Staatsverfassung, die obersten sozialen und wissenschaftlichen Spielregeln. Diese sozialen Makrogrößen sind kausal und zeitlich soweit von individuellen Zwecksetzungen entfernt, daß die nachträgliche Herstellung

einer Erklärungskette meist unmöglich ist.

Daß ein in seinem Kern individualistisches Paradigma an solchen Makrogrößen seine Begrenztheit erfährt, wurde in der wissenschaftstheoretischen Diskussion insbesondere in den 50er Jahren unter dem Motto "methodologischer Individualismus versus methodologischer Holismus" bzw. "Reduktionismus versus Antireduktionismus" ausführlich dargelegt (150) und braucht deshalb hier nur mehr knapp resümiert zu werden.

Reduktionismus bedeutet, daß eine Theorie auf eine andere zurückgeführt oder reduziert wird. Für die Erklärungsfunktion von Theorien hat dieses Verfahren zur Folge, daß eine Theorie durch eine andere erklärt wird. Der Regelfall der Reduktion ist dabei dadurch gekennzeichnet, daß Theorien mit überwiegenden Kollektivbegriffen ("makroskopische") auf Theorien mit überwiegenden Einzelbegriffen ("mikroskopische") reduziert werden. So ist z. B. der im Rahmen der soziologischen Diskussion häufigste Fall die Reduktion soziologischer auf psychologische Theorien. Diejenigen Sozialwissenschaftler, die sich mit dieser Frage des "Grenzverkehrs" zwischen den Einzeldisziplinen befassen und die eine solche Theoriereduktion für möglich und wünschenswert halten, nennen z. B. als Motive für den Reduktionismus: Durch Reduktionen vom Makro- in den Mikrobereich hinein kann man den Wahrheitsgehalt von Theorien besser ermitteln, denn der Wahrheitsgehalt von mikroskopischen Theorien ist leichter zu beurteilen als der von makroskopischen. Und: Durch die Reduktion verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorien auf eine einzige psychologische wird unser Wissen vereinheitlicht. Hier soll demgegenüber betont werden, daß der Reduktionismus eine zwingende Konsequenz der gesamten Entwicklungsgeschichte des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas ist. Denn - wie in Teil C dieser Arbeit ausführlich dargestellt - von Hobbes bis Dahrendorf war immer wieder eine Grundauffassung als zentrale Idee sichtbar geworden: im Individuum steckt das ganze Potential des Handelns, der Geschichte, der Gesellschaft, alle sozialen Objekte sind nichts anderes als Ausdrucksformen dieses Potentials. Deshalb muß die soziale Realität aus der "Natur des Menschen" (Hobbes), aus den "inneren Ursachen" (Smith), aus der "Kraft des Individuums" (Humboldt), aus dem "individuellen Gesetz" (Simmel), aus der "Sinn"gebung des Subjekts (Weber, Schumpeter) und aus der den gesellschaftlichen Wandel erst ermöglichenden Potenz des freien Individuums (Dahrendorf) erklärt werden. Alles was die Individuen miteinander anstellen, das Miteinander-in-Kontakt-Treten, das Konkurrieren, die vielschichtige Kompromiß- bzw. Gleichgewichtsbildung usw. ist als kausale Folge der individuellen Potenzen zu begreifen. Von daher ist es nur allzu verständlich, daß die sozialwissenschaftliche Analyse reduktionistisch verfahren muß.

Die wissenschaftstheoretische Diskussion über den Reduktionismus hat jedoch dessen Schwächen offenbart, so daß die Zweifel an der Er-

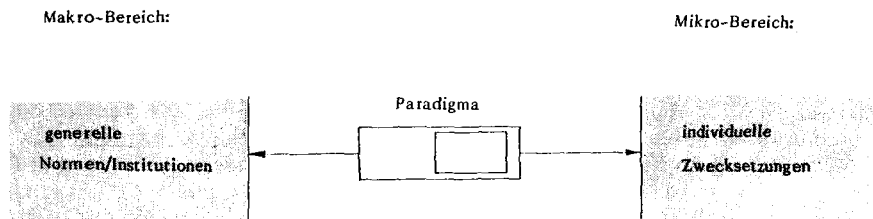
klärungskraft der soziologischen Handlungstheorie auch gegenüber den anderen Paradigmavarianten angebracht erscheinen. Vom Standpunkt der Wissenschaftstheorie her ist eine solche Reduktion ein höchst problematisches und wahrscheinlich sogar unmögliches Unterfangen. Reduktionen sind demnach nur möglich, wenn die makroskopische und die mikroskopische Theorie, auf welche erstere reduziert werden soll, einige Voraussetzungen besitzen. Die günstigste Voraussetzung für eine Reduktion wäre die, daß beide Theorien "parallele" Gegenstandsausschnitt thematisieren, oder präziser: daß "für jeden Zustand Z_1 , der in der Sprache der einen Theorie T_1 beschrieben werden kann, ein anderer Z_2 einhergeht, der in der Sprache der anderen Theorie T_2 beschreibbar ist." (151) Ein solcher Parallelismus müßte also zuerst nachgewiesen werden, ehe eine wissenschaftslogisch einwandfreie Reduktion von einer Theorie bzw. Disziplin in eine andere durchgeführt werden könnte. Als Beispiele für eine solche Gegenstandsparallelität dürfte noch am ehesten die Psychologie und die Physiologie akzeptiert werden können, bei den hier diskutierten Disziplinen - Ökonomie, Politik, Wissenschaftswissenschaft und Soziologie - ist die Annahme einer solchen Parallelität der Gegenstände eine höchst gewagte Spekulation. Von diesen Einzelwissenschaften ist sie jedenfalls noch nicht einmal im Ansatz belegt worden. Eine andere Möglichkeit für eine solche Theorie-Reduktion ergäbe sich dann, wenn zwischen den beiden Theorien bzw. Disziplinen eine theoretische Verbindung hergestellt werden könnte, wenn also zwar nicht die Gegenstände vergleichbar wären (wie beim Parallelismus), wohl aber die Theorien. Ein solcher Vergleich könnte nur durchgeführt werden, wenn eine diesen einzelwissenschaftlichen Theorien übergeordnete Theorie existieren würde, mit Hilfe derer die einzelwissenschaftlichen Theorien vollständig beschrieben und damit eingeordnet werden könnten. Bei solchen übergeordneten Theorien spricht man von "Brückentheorien", "Kontexttheorien" oder "Kompositionsregeln". Eine Brücke zwischen Soziologie und Psychologie könnte z. B. nur hergestellt werden, wenn wir eine Theorie hätten, die uns darüber informiert, unter welchen psychologischen Bedingungen bestimmte soziologisch gefaßte Sachverhalte entstehen. Eine solche Übertheorie haben die Vertreter des Paradigmas bisher jedoch nicht vorgelegt. (152)

Fazit: Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Reduktion der Ökonomie, der Politikwissenschaft, der Wissenschaftssoziologie und -logik sind höchstwahrscheinlich derzeit nicht gegeben. Die Kritik, die sich am soziologischen Anwendungsfall des Paradigmas ergab, kann also mit gutem Gewissen auch auf die anderen Varianten übertragen werden: Makroobjekte entziehen sich tendenziell der Erklärungsreichweite des Paradigmas, und zwar in allen seinen hier diskutierten Anwendungsvarianten.

Welche Bedeutung hat dieser Befund nun für die Mikrophänomene, die also offensichtlich die einzigen wirklich erklärbaren Sachverhalte darstellen (wenn man mit einer aus vielen gegebenen Randbedingun-

gen bestehenden Erklärung zufrieden ist)? Individuelles Handeln wird dort also ganz wesentlich auf individuelle Zwecksetzungen (Präferenzen, Wille, usw.) und entsprechende Randbedingungen zurückgeführt. Müssen diese Zwecksetzungen nun absolut unerklärt bleiben, oder können sie in andere Disziplinen, in der Regel die Psychologie, zwecks Erklärung überwiesen werden? Allein schon aufgrund des oben dargelegten Reduktionsproblems muß eine solche Überweisung in eine andere Disziplin als höchst problematisch erscheinen. Als Gesamtresümee der Frage nach der Erklärungsreichweite des Paradigmas muß also festgestellt werden: Die größte Erklärungskraft entfaltet das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma in all seinen Ausformungen dort, wo es individuelle Handlungen erklären soll. Je mehr aber einerseits die aus solchen individuellen Handlungen immer (als Randbedingungen) folgenden Makrophänomene und andererseits die ihnen vorausgehenden (als Motive) Mikrophänomene thematisiert werden sollen, erweist sich die Begrenztheit der Erklärungskraft des Paradigmas.

Schema XV: Erklärungsgrenzen



Es bleibt also bei dem Resultat, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma die soziale Welt aus den Zwecksetzungen der Individuen (gegenwärtigen und früheren) und den natürlichen Knappheiten erklärt. Das Paradigma verwandelt seinen Gegenstand dabei in drei Stufen: Es hat den Gegenstand zunächst in Einzeldimensionen (Einzeldisziplinen) aufgelöst - dies wurde oben (vgl. I B) gezeigt. Im Abschnitt I C ging es um die Zerlegung des einzeldisziplinären Gegenstands in Einzelhandeln. In diesem letzten Abschnitt wurde als drittes analytisches Verfahren die Zerlegung des Einzelhandelns in Einzelwünsche aufgedeckt. Deshalb sei hier von Voluntarisierung des Handelns gesprochen. (153)

Das Sein als Resultat des Wollens

Daß das Wollen der Individuen immer eine Rolle für das Sosein der Realität spielt, ist unbezweifelbar wahr, sonst wäre Gesellschaft ein rein naturgesetzlich-deterministischer Zusammenhang. Die einzig relevante Frage ist die Frage nach dem Umfang dieser Rolle des

individuellen Wollens. M. a. W.: Mit welchen anderen Rollen muß sich das Wollen die Bühne teilen? Zunächst ist das Sein das Ergebnis einer unübersehbaren Vielfalt sich wechselseitig und simultan determinierender Faktoren wie Konsumgütermärkte und Investitionsgütermärkte, Investieren und Sparen, Preise und Mengen, Erwartungen und Normen, Sanktionen und Status, Konstruktion und Kritik usw. Aber all dies wird im Paradigma nur als quasi technische Einrichtung der Gesellschaft verstanden, nur als willenslose Kulisse des Spiels. Die einzigen bestimmenden Kräfte sind einerseits die Einzelmenschen mit ihren Wünschen, andererseits die Natur mit ihren Grenzen. Genauso wie jedes konkrete Fleckchen Natur seine ganz spezifischen Ressourcengrenzen hat, genauso hat jedes Individuum seine ganz bestimmten Wünsche. Ersteres sind jedoch sozialwissenschafts-externe geographische Merkmale, letzteres sozialwissenschafts-externe psychologische Merkmale, und deshalb für eine ausschließlich nach Regelmäßigkeiten im Zusammenhandeln der Menschen fragende Wissenschaft nicht von Belang. Die Naturressourcen sind qua Sozialordnung den Menschen so zugeordnet, daß jedem der gleiche Anteil zusteht. Allerdings gibt es infolge der außerhalb der Sozialordnung angesiedelten Unterschiedlichkeit der Wünsche und der ebenfalls außerhalb angesiedelten Unterschiedlichkeit der physisch-psychischen Ausstattung der Individuen Disproportionalitäten in dieser Zuordnung von Individuum und Naturverfügung. Außer den oben genannten technischen (Kulissen), den Naturressourcen und den durch Wünsche und Verfügungsrechte charakterisierten Individuen gibt es in unserem Paradigma keine weiteren Bestimmungsfaktoren. Einmal in Bewegung gekommen, reproduziert das Konkurrenz-Gleichgewichts-System diese Ausgangssituation immer wieder von neuem, es ist in sich stabil. Auch Wünsche und Verfügungsrechte behalten ihre rein exogene Qualität bei. Aus diesem Bild der Gesamtstruktur des Paradigmas ergibt sich nun zwingend, daß alle Größen - außer dem Faktor "individueller Wunsch" - Naturgrößen sind, die durch menschliches Handeln nicht zu beeinflussen sind. Somit kann in der Tat abgekürzt behauptet werden, daß in unserem Paradigma das Sein nichts anderes als das Resultat des Wollens ist.

Um dies etwas zu kontrastieren: Im Paradigma gibt es seinen Vertretern zufolge keine systematischen Mechanismen, die z. B. die Anfangsausstattungen mit Naturverfügung verändern könnten und so vielleicht irgendwann einmal Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse konstituieren könnten; Herrschaft existiert nur als Ausdruck wiederum einer Naturtatsache: der Knappheit an Möglichkeiten für individuelle Freiheit angesichts der Tatsache des Zusammenlebens. Auch gibt es keine systematischen Mechanismen, die etwa privates individuelles Wollen angesichts des Zusammentreffens mit unzählig vielem anderen privatem individuellem Wollen mehr als nur naturbedingt behindern könnten; systematische Paralysierungs- oder gar Verkehrtungstendenzen sind im Paradigma nicht vorgesehen. Das Wollen kommt also optimal zur Geltung.

Zum Schluß sei noch die Frage gestellt, inwiefern sich ein solches wissenschaftliches Begreifen der gesellschaftlichen Realität vom **Alltagsbegreifen** unterscheidet? Ich möchte die These wagen, daß zwischen der wissenschaftlichen und der durchschnittlichen alltäglichen Bewußtseinsvariante nur ein sprachlich-stilistischer Unterschied besteht: "Wir leben halt nicht im Schlaraffenland." "Es hängt von dir selbst ab, was aus dir wird." "Die Menschen sind halt nicht alle gleich, der eine ist groß, der andere klein." "Herrschaft muß sein." "Ja wenn alle dies oder jenes tun würden, dann wäre alles anders." Es gibt meiner Meinung nach einige Hinweise dafür, daß das alltags-sprachliche Vorurteile "die popularisierte Version des wissenschaftlichen Theorems (ist), beziehungsweise umgekehrt die Theorie des Marktsystems die wissenschaftliche Elaboration eines allgemeinen vorwissenschaftlichen Bewußtseins von ökonomischen Zusammenhängen." (154) Ein solches Entsprechungsverhältnis, das nach allem was meine Untersuchung zutage gefördert hat, nicht nur in wirtschaftstheoretischer Hinsicht gilt, sondern für das gesamte sozialwissenschaftliche Paradigma behauptet werden kann, ist auch nicht verwunderlich, wenn man sich an die Methodologien des Paradigmas erinnert: die allen Varianten gemeinsame Weigerung, sich über die Herkunft der zentralen Einzelwissenschaftsdefinitionen sowie der zentralen Begriffe Rechenschaft abzulegen. Wer seine Begriffe direkt aus den unreflektierten Alltags selbstverständlichkeiten entnimmt, darf sich nicht wundern, wenn er trotz brillanter Formalisierungen am Schluß wiederum nur Alltagsweisheiten herausbekommt. Worin besteht aber dann die Leistung dieses wissenschaftlichen Paradigmas? In der Übersetzung der Alltagsformulierung in wissenschaftliche Formulierung, in der Verdoppelung des eh schon Gewußten und Gesagten, in der wissenschaftlichen Überhöhung und damit Affirmation dieses Alltagsbewußtseins und des ihm zugrundeliegenden Alltags. Allerdings müßte diese letzte Behauptung erst näher geprüft werden, da bekanntlich zunächst ein Bewußtsein von Oben und Unten in der Gesellschaft wie auch von deren Undurchschaubarkeit empirisch konstatierbar ist (155) und die Frage nur darin besteht, inwieweit die Menschen beide Phänomene von sich aus in obiger Weise erklären.

III. ZUSAMMENFASSUNG: DAS KONKURRENZ- GLEICHGEWICHTS-PARADIGMA ALS IDEOLOGIE

Die in diesem Teil E präsentierte Kritik fußt nur z. T. auf ausführlichen Belegen, der Rest besteht aus Hypothesen, die durch interdisziplinäre Analogiebildungen gewonnen wurden. Berücksichtigt man diese Einschränkung bezüglich des Geltungsanspruchs der Kritik, so kann meiner Meinung nach dennoch das folgende Fazit festgehalten werden: Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma ist zum einen eine

Erklärungsbasis mit einem höchst **unzulänglichen Wahrheitsgehalt**. Denn die paradigmatischen Theorien sind erstens nicht empirisch überprüft und insofern zunächst reine Spekulationen über die Wirklichkeit. - Zweitens sind sie so konstruiert, daß ihre Überprüfung auch in Zukunft sehr schwer fallen dürfte: Zunächst muß festgehalten werden, daß die Autoren kein anwendbares Prüfkriterium angeben. Sodann macht die langfristig wirksame strukturelle Vereinheitlichung der gesamten sozialwissenschaftlichen Theoriebildung das Auftreten von Falsifikatoren unwahrscheinlich. Schließlich erschwert die Existenz impliziter Annahmen sowie die Unschärfe und empirische Immunisierung der expliziten Annahmen (beides bedingt durch die systematische Nicht-Zuständigkeit der jeweiligen Einzeldisziplin für den Gehalt der Annahmen als Folge der einzelwissenschaftlichen Zerstückelungsstrategie) eine Konfrontation der Theorie mit der Wirklichkeit mit dem Ziel eines anschließenden intersubjektiv akzeptierten Urteils ganz erheblich. Weil all dies Konsequenzen der Paradigmastruktur sind, muß dieses Paradigma als **Verschleierung der Wirklichkeit** aufgefaßt werden. - Drittens basiert das Paradigma auf Annahmen, deren Realitätsgehalt sich aus systematischen Gründen immer mehr verringert: insbesondere wegen der zunehmenden Vergesellschaftung des Individuums und der wachsenden institutionellen Ungleichheit der Konkurrenten. Insofern ignoriert das Paradigma die Veränderungen der Wirklichkeit, es wird immer mehr zur **Negation der Wirklichkeit**.

Auch wenn man den Wahrheitsgehalt des Paradigmas unterstellen würde, so müßte man die **beschränkte Erklärungsreichweite** dieses Konstrukts einräumen (besonders bezüglich hoch aggregierter und historisch persistenter Phänomene, sowie der subjektiven Wertsetzungen der Individuen). Was als Erklärungskraft übrigbleibt, setzt sich dem Verdacht aus, eine wissenschaftliche Verdoppelung und damit Affirmation der hier und heute existierenden Grundstrukturen der Realität zu sein. Dadurch, daß die Realität als Resultat der individuellen Wünsche interpretiert wird, gebrochen lediglich durch natürliche Rahmenbedingungen (Knappheiten, Naturkonstanten), hat sich Geschichte in den Augen der Paradigmavertreter im Grunde erfüllt. Somit hat es Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr." (156) Eine qualitative Weiterentwicklung etwa in Richtung darauf, daß Menschen irgendwann nicht mehr gegen die Natur und gegeneinander kämpfen, sondern irgendwann einmal lernen könnten, einen zunehmenden Teil ihrer wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten gemeinsam und freiwillig zu regeln, scheint von vornherein ausgeschlossen.

Voraussetzungen dieses gesellschaftlichen Selbstverständnisses sind zunächst die methodische Herangehensweisen der Autoren sowie die diesen Herangehensweisen wiederum vorausgesetzten Rahmenbedingungen des sozialwissenschaftlichen Gesamtbetriebes: Obwohl die Autoren, oberflächlich betrachtet, einen je unterschiedlichen Zugang zu ihren Gegenstandsausschnitten "wählten" (pragmatisch, empirisch, normativ usw.), kamen sie aufgrund der ihnen qua Tradition vorgegebe-

nen, übermächtig wirksamen und von ihnen deshalb nicht mehr reflektierten einzelwissenschaftlichen Gegenstandsdefinitionen sowie der dazugehörigen Grundkategorien auf analoge Theoriestrukturen. Deshalb kann heute von einem Paradigma gesprochen werden. Wird das Paradigma nun zur Erklärung sozialer Phänomene verwendet, so kann an der Art und Weise dieser Erklärung der dergestalt methodisch bedingte Mangel des Paradigmas nochmals nachgezeichnet werden. Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma verfährt nämlich mit seinem zu erklärenden Phänomen wie folgt: Erstens wird das Phänomen nach vortheoretischen Kriterien in die jeweilige einzeldisziplinäre Schublade (Ökonomie, Politik usw.) einsortiert, d. h. aus seinem Lebenszusammenhang herausgerissen. Die Folge ist die Verschleierung eines essentiellen Teils seiner Bestimmungsgründe. Zweitens wird das so gewonnene einzelwissenschaftlich bereinigte Phänomen auf eine immer noch höchst komplexe Menge von Einzelhandlungen einzelner Individuen reduziert (Wahl zwischen Gütern, Entscheidung für politische Führer usw.), d. h. aus dem intersubjektiven Kommunikations- und Interaktionszusammenhang herausgelöst. Daraus folgt die notwendige theoretische Nichtbeachtung der faktischen gegenteiligen Entwicklung, der Zunahme der Verflechtung bzw. Vergesellschaftung des Individuellen. Drittens werden diese Einzelhandlungen auf Wünsche (Präferenzen, Wille usw.) und Naturbedingungen (Ressourcenknappheit, Wolfsnatur des Menschen usw.) zurückgeführt, d. h. als bereits befreit von überflüssiger Herrschaft dargestellt. Daraus resultiert einerseits die Notwendigkeit der weiteren Optimierung der zwischen Wünschen und Natur vermittelnden Rahmenbedingungen, andererseits aber auch die Unmöglichkeit einer Kritik an der Gesamtstruktur.

Lukács hat in seinem berühmten Aufsatz über das bürgerliche Bewußtsein (157) genau diesen geistesgeschichtlichen Entwicklungsaspekt besonders hervorgehoben. Das, was uns heute in Gestalt einer Vielzahl von Einzeldisziplinen gegenübertritt, war ursprünglich ein Denken, das sich um die ganzheitliche Erfassung des Wesens der menschlichen bzw. gesellschaftlichen bzw. geschichtlichen Entwicklung bemühte. Aber so wie die bürgerliche Gesellschaft alle Arten von menschlichen Tätigkeiten erstens auseinanderriß und zweitens dem Prinzip der kapitalistischen Warenproduktion mit seinem spezifischen Rationalitätszweck, der Mehrwertproduktion, unterordnete, so nahm auch das Denken über diese Entwicklung eine entsprechende Richtung: der ursprünglich einheitliche Gegenstand Mensch/Gesellschaft/Geschichte wurde in Stücke gerissen, diese Stücke verselbständigten sich und das Ganze ist dabei immer mehr verloren gegangen. (158) Dieses Auseinanderreißen ist ein Prozeß, der nicht "aus den Lehrbüchern in die Wirklichkeit", sondern umgekehrt "aus der Wirklichkeit in die Lehrbücher" (Marx) gedrungen ist. Wissenschaft reißt heute nicht nur ihren Gegenstand vor jeder Analyse auseinander, sondern zielt von vornherein nicht mehr auf Erkenntnis des gesellschaftlichen Substrats, sondern auf gesellschaftliche Rationalität im Sinn von Verwertbarkeit. "Und es muß hierbei besonders darauf hingewiesen werden, daß diese Unfähigkeit, bis zum wirklichen materiellen Substrat der Wissenschaft herunterzudringen, nicht das Verfehlen einzelner ist, sondern gerade

desto krasser hervortritt, je entwickelter die Wissenschaft ist, je konsequenter sie - von den Voraussetzungen ihrer Begriffsbildung aus - arbeitet." (159): Je mehr die Sozialwissenschaft sich in Einzeldisziplinen auflöst, desto stärker muß sie erstens jedes Phänomen vor seiner Erklärung zerstückeln (Verschleierung der Wirklichkeit), desto unmöglicher wird es ihr zweitens, die Eigenqualität von Vergesellschaftung und deren Entwicklungstendenzen zu erkennen (Negation der Wirklichkeit) und desto unbegreifbarer wird ihr schließlich der jenseits aller individueller Zwecksetzungen heranwachsende Zusammenhang von Herrschaft und Verdinglichung (Affirmation von Wirklichkeit). (160)

Diese Resultate meiner Kritik am Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma lassen sich unschwer unter die Überschrift **"Ideologie"** stellen. Werner Hofmann (161) unterscheidet zwischen nur "fehlerhaftem Denken" einerseits, und "Ideologie" andererseits. Fehlerhaftes Denken besteht aus unzutreffenden Aussagen, die aber immer auch einen verborgenen Wirklichkeitsgehalt haben, von dem her die Entstehung des Irrtums und die Tatsache, daß er geglaubt wird, nahegelegt werden (z. B. das Ptolemäische Weltbild). Ideologien sind demgegenüber nur jene Arten von "fehlerhaftem Denken, an deren Entstehen, Verbreitung und Bewahrung sich gesellschaftliche Interessen ... knüpfen. Ideologien sind Ausdruck der Interessen des überlegenen Teils der Gesellschaft. Eben hierdurch haben sie sozial konservierenden Charakter. Sie wirken objektiv auf Stabilisierung einer gegebenen Ordnung hin." (162) Das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma vereint all diese Merkmale in sich: Es wird von der empirischen Realität nahe gelegt (Nutzenmaximierung, Knappheit, Konkurrenz usw.) und ist dennoch nur "zur Hälfte" wahr (Verschleierung von Zusammenhängen, Negation der Entwicklung der Realität). Und: Indem es die Realität als natur- und menschgewollte auszeichnet und die Möglichkeit einer zukünftigen Geschichte (qualitativ) ausschließt, affirmiert es diese Wirklichkeit und bietet so die mentalen Voraussetzungen dafür, daß sich herrschende gesellschaftliche Interessen seiner bedienen (Lehrbücher etc.).

Teil E: Problematik des Paradigmas als Handlungsmodell

Zunächst eine kurze **Rekapitulation** des Gesamtzusammenhangs: Nachdem in Teil A dieser Untersuchung einige heute in der bundesrepublikanischen Diskussion einflußreiche sozialwissenschaftliche Theorien als Untersuchungsgegenstand ausgewählt worden waren und in Teil B und C gezeigt worden war, daß diese Theorien als Ausdrucksformen ein- und desselben zugrundeliegenden sozialwissenschaftlichen Paradigmas interpretiert werden können, ergab sich vor dem Hintergrund der Untersuchungen Kuhns über die Geschichte von Naturparadigmen die Frage, ob auch dieses sozialwissenschaftliche Paradigma eines Tages dem offensichtlich allgemeinen Prozeß der Paradigmenrevolutionierung unterworfen sein könnte.

Ein erster Schritt zur Klärung dieser Frage fand implizit schon in der zweiten Hälfte von Teil C statt, wo es um die historischen Wurzeln des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas ging. Folgt man einem Teil der dort vorgetragenen Erklärungsansätze bezüglich der Wurzeln des individualistischen Menschenbildes der Neuzeit, so müssen diese Wurzeln nicht nur als historisch gewachsene, sondern auch als historisch veränderbare angesehen werden. Dies besagt aber nur etwas über die ganz prinzipielle Möglichkeit eines solchen Wechsels, keinesfalls jedoch etwas über die aktuelle Möglichkeit oder gar über die aktuelle Notwendigkeit einer Revolutionierung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas.

Will man diese beiden letzteren Fragen einer Beantwortung näherführen, so muß man sich nach Kuhn zunächst einmal darüber klar sein, daß Wissenschaftler ihre Paradigmen nicht allein schon aufgrund von wissenschaftlicher Kritik aufzugeben bereit sind. Daß eine solche Kritik nicht nur isoliert an einzelnen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien möglich ist, wie sie bisher schon immer geübt worden war, sondern auch an mehreren Theorien in analoger Weise anwendbar ist, wurde in Teil D dargelegt. Nach Kuhn muß aber über eine solche Kritik hinausgehend gezeigt werden, daß ein Paradigma im Vergleich zu anderen zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr in der Lage ist, die Rätsel der Wirklichkeit zu lösen, und daß andere Paradigmanwärter da sind, die dies besser können. Erst dann kann davon gesprochen werden, daß ein Wechsel ansteht.

Für Sozialwissenschaftliche Paradigmen ist der Nachweis solcher **nicht mehr lösbarer Rätsel** besonders schwer, weil hier die Ereignisse und Sachverhalte der Realität noch wesentlich konträrer selektiert und beurteilt werden als in den Naturwissenschaften: das Urteil über Existenz und Lösbarkeit bzw. Unlösbarkeit von Rätseln hängt ganz entscheidend von den politischen Standpunkten derer ab, die ein solches Urteil fällen.

Deshalb geht es im folgenden um die politische Beurteilung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als Handlungsmodell. Welche Probleme bzw. Rätsel werden aus den Blickwinkeln der einzelnen politischen Positionen bezüglich einer nach dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell organisierten Gesellschaft gesehen? Wie werden diese Probleme oder Rätsel gewichtet und bewertet? Wo werden Gründe für einen Wechsel des Paradigmas gesehen? Welche Bedingungen müßten gegeben sein, daß ein solcher Wechsel aktuell werden könnte? Die im folgenden zu präsentierenden Antworten reichen von der leidenschaftlichen Ablehnung einer solchen Notwendigkeit der Überwindung des Paradigmas bis zur ebenso leidenschaftlich vorgetragenen Überzeugung, ohne eine Totalnegation des Konkurrenz-Paradigmas gehe die Menschheit einer Katastrophe entgegen. Dazwischen liegen Antworten, die das Paradigma in modifizierter Weise als brauchbares und unverzichtbares Modell einer menschlichen Gesellschaft ansehen.

Die aktuelle politische Diskussion über die Frage, ob ein anderes Paradigma politisch notwendig ist oder unter bestimmten Bedingungen werden könnte, hat - im Gegensatz zur bisherigen wissenschaftlichen Diskussion - nicht nur eine deskriptive, sondern auch eine normative Dimension. Es geht sowohl um die Realisierbarkeit (Sachzwänge) als auch um die Wünschbarkeit (Wertentscheidung) bestimmter gesellschaftlicher Organisationsmodelle. Die einschlägigen Positionen können im folgenden natürlich nur exemplarisch und ansatzweise vorgeführt werden. Als Exempel wird wiederum die ökonomische Diskussion gewählt, weil diese die erfahrenste und am weitesten gediehene Anwendungsvariante der Konkurrenz-Gleichgewichts-Idee ist. Es werden im folgenden - wiederum exemplarisch - solche Positionen herausgegriffen, die in der geistigen Auseinandersetzung etwa an den Universitäten oder in politischen Parteien bzw. Gruppen eine Rolle spielen. Der realpolitische Einfluß politischer Ideen eignet sich demgegenüber deshalb nicht als Auswahlkriterium, weil dort nur ein erschreckender Ideenmonismus in Grundsatzfragen zu verzeichnen ist.

Im wesentlichen werden vier Positionen zur Sprache kommen: die neo-liberale, die christliche und die mit ihr in unserem Zusammenhang verwandte sozialdemokratische, die sozialistische und die alternativ-ökonomische bzw. kommunistische. Die ausgewählten Autoren werden danach befragt, von welchem Denkansatz sie ausgehen, wie deshalb ihre Grundeinstellung zum Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma beschaffen ist, welche praktischen Probleme sie bei der gegenwärtigen Anwendung dieses Modells sehen, welche Verbesserungs- oder Veränderungsvorschläge sie anzubieten haben und schließlich, welche

Zukunftsprognose sie für dieses Gesellschaftsmodell abgeben.

All diese Fragen wollen letztlich auf eine zentrale Frage hinaus: Ist aus bestimmten Wertvorstellungen oder aus bestimmten Sachgesetzmäßigkeiten ein Wechsel des Konkurrenzparadigmas notwendig? M. a. W.: Welche Zukunft hat das Paradigma?

I. EINIGE PRAKTISCHE POSITIONEN ZUR ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DES PARADIGMAS (AM BEISPIEL DER ÖKONOMIE)

A. NEOLIBERALISMUS: AUSDEHNUNG DES PARADIGMAS

Die Freiheitsidee und die Faszination der unsichtbaren Hand

Als Kronzeugen für diese Position, die noch im zwanzigsten Jahrhundert am puren Liberalismus festhält und deshalb wohl ohne Zweifel als konservativ eingeschätzt werden muß, sei Friedrich A. von Hayek ausgewählt. (1) Ein zentraler Ausgangspunkt des Hayekschen Denkens - Hayek ist übrigens Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften - ist die von Adam Smith formulierte Idee, daß eine Wirtschaft dann am besten organisiert ist, wenn sie möglichst ausschließlich von dem Preismechanismus, der berühmten "unsichtbaren Hand", gelenkt wird. Das freie Spiel der Kräfte sortiert angesichts der jeweiligen Problemsituationen die jeweils schlechteren Problemlösungen aus und läßt die jeweils besten letztlich sich durchsetzen. Damit leistet das ökonomische Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell mehr als irgendein planender Mensch oder eine planende Institution vermag. In der unsichtbaren Hand ist nämlich die Erfahrung von tausenden von Generationen verkörpert, ein Vorzug, der sie im Vergleich zu jeder denkbaren menschlichen oder institutionellen Informationsakkumulation durch unerreichbare Überlegenheit auszeichnet. (2)

Freiheit und Wohlstand sind für Hayek einzig und allein durch Anwendung dieser Idee der unsichtbaren Hand, also des reinen Konkurrenz-Gleichgewichts-Modells der Gesellschaft, erreichbar und optimierbar. Wer sich dieser Einsicht widersetzt, bereitet den "Weg zur Knechtschaft" (3) vor. Ausnahmen von der Konkurrenzstruktur der gesellschaftlichen Ordnung sind nur dort zulässig, wo es einfach unmöglich oder völlig unakzeptabel ist, nach dem Konkurrenzprinzip zu verfahren, wo stattdessen das egalitäre Verteilungsprinzip zur Anwendung kommen muß. Genau an dieser Erkenntnis aber, so das Gedankengebäude Hayeks weiter, mangelt es heutzutage überall, das Marktprinzip ist schon längst nicht mehr das, was es sein sollte: das die gesellschaftliche Ordnung absolut dominierende Prinzip.

Wie ist es dazu gekommen? Die Wurzel aller gegenwärtigen Schwierigkeiten ist die "unbeschränkte Demokratie", genauer die "unbeschränkte Regierungsgewalt der Legislative". (4) Die Volksvertretungen haben im Laufe der Geschichte ein derartiges Gewicht erlangt, daß sie beinahe jede gesellschaftliche Frage aus dem Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus herausnehmen und zur politischen bzw. staatlichen machen können. Die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen haben alle erfolgreich versucht, ihre je spezifischen Gruppeninteressen dadurch besser zu verfolgen, daß sie mithilfe der gesetzgebenden Gewalt ihre Interessen zu allgemeinen gemacht haben und, begleitet durch das Schlagwort der "sozialen Gerechtigkeit", verbindlich normiert haben. Eine Gruppe ist dabei mit der anderen nach dem Prinzip des Kuhhandels verfahren, das Resultat war eine weitgehende Störung des stillen Wirkens der unsichtbaren Hand. Konkret: Durch maßlose sozialpolitische Programme wurde der Preis der Arbeitskraft künstlich in die Höhe getrieben und so die Funktion des Preises als Steuerungsinstrument weitgehend zerstört. Ähnliches gilt nach Hayek für hohe staatliche Subventionen einerseits und hohe Steuerabzüge andererseits für jeweils bestimmte Produkte. Durch eine solche Politik verliert der Preismechanismus nicht nur seine Leistung als Knappheitsindikator bzw. Indikator von Profitchancen, sondern er bewirkt auch als Folge eine falsche Verteilung der Produktivfaktoren und damit eine Minderung der Gesamtproduktion und des Gesamtwohlstands. Dies führt schließlich dazu, daß auch für berechnete soziale Zwecke, nämlich die im Falle besonderer Schicksalsschläge notwendige Sicherung eines "anständigen" Existenzminimums, keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. (5)

Begrenzung des Staates

Was schlägt Hayek nun als Abhilfemaßnahmen gegen dieses Grundübel der "unbeschränkten Demokratie" und ihre wirtschaftszerstörenden Folgewirkungen vor? Seine Formel lautet: Reduzierung des Bereichs des demokratischen Staates bzw. Ausdehnung des Bereichs des privaten Marktes, also des Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus. Und zwar in drei Hinsichten: Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Verfassungspolitik.

Sozialpolitik darf in Hayeks neoliberalen Wirtschaftsmodell nicht mehr der Idee der "verteilenden Gerechtigkeit" untergeordnet sein, sondern muß sich allein auf die Vermeidung extremster Härten beschränken. (6) Die staatliche Wirtschaftspolitik soll insofern weitgehend verschwinden, als der Staat ihr traditionelles Zentrum, die Geldpolitik, als seinen Aufgabenbereich verlieren soll. Hayek wirft dem Staat der "unbeschränkten Demokratie" nämlich vor, daß er zum Zwecke der Befriedigung der vielen Sonderinteressen einfach die Geldpresse anwirft, die Inflation schürt und so die Funktionsfähigkeit des Geldes als Zirkulations- und Zahlungsmittel selbst zerstört. Statt des staatlichen Geldes sollte es mehrere miteinander konkurrierende private Währungen geben, so daß jeder der privaten Währungshüter (in der

Regel Banken) selbst für die Qualität seines Geldes bei Strafe seines Untergangs verantwortlich ist. (7)

Dieser Vorschlag der Privatisierung des Geldes zeigt deutlich, daß Hayek dem Konkurrenzprinzip einen klaren Primat vor allen anderen denkbaren gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien einräumt. Denn selbst das durch harte Lohnarbeit verdiente Geld, das Entgelt für den Leistungsbeitrag an die Gesellschaft, ist dann vor einer plötzlichen Vernichtung im Konkurrenzkampf der Banken nicht mehr sicher. Schließlich schlägt Hayek eine allgemeine verfassungsmäßige Selbstbeschränkung des Staates auf ein Minimum an Staatsaufgaben und -gewalt vor. Die Legislative soll demnach nur noch wirklich allgemeine Regelungen festlegen dürfen. Die staatliche Zentralgewalt soll durch die Verfassung im wesentlichen auf die auswärtige Gewalt beschränkt bleiben, alle übrigen staatlichen Aufgaben sollen so dezentral wie nur möglich gelöst werden, wobei jede Lokalgewalt ihren eigenen Lösungsmodus wählen kann und so die Lokalgewalten miteinander um die Gunst der Bürger, also um ihre Niederlassung in den jeweiligen Ländern, Bezirken oder Gemeinden konkurrieren müssen. Bereiche wie Rundfunk und Fernsehen, Schulerziehung oder Steuererhebung, die bisher durch öffentlich-rechtliche Körperschaften oder die Staatsorgane selbst verwaltet wurden, sollen schließlich in Zukunft privatwirtschaftlich, also nach dem Konkurrenzprinzip und nicht nach dem monopolistischen und egalitären Versorgungsprinzip organisiert werden. (8)

Nur durch eine so geartete konsequente Ausdehnung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus, die eigentlich nichts anderes als eine Rückeroberung ihrer natürlichen Domänen darstellt, kann der "Weg zur Knechtschaft" vermieden und damit die "Verfassung der Freiheit" garantiert werden. Da Hayek an einen natürlichen Auslesemechanismus glaubt, der langfristig die leistungsfähigsten Lösungsalternativen zur Durchsetzung bringt, ist er zuversichtlich, daß diejenigen, die an die Idee der materialen bzw. verteilenden Gerechtigkeit glauben, ihren Irrtum irgendwann mit Naturnotwendigkeit einsehen werden.

B. CHRISTENTUM UND SOZIALDEMOKRATIE: ABSCHWÄCHUNG DES PARADIGMAS

1. CHRISTENTUM

Subsidiaritätsprinzip

Katholische und evangelische Soziallehre (9) bemühen sich darum, von der christlichen Position her Aussagen über gesellschaftliche Ordnungsformen zu treffen. Trotz unterschiedlicher methodologischer Akzentuierungen (10) kommen sie beide im Ergebnis zu weitgehender Übereinstimmung. Als Beispiel für eine christliche Sozialtheorie nehme ich im folgenden die katholische Soziallehre, da sie - auch aufgrund ihres weitergehenden Geltungsanspruchs - in ihren Fundamen-

ten relativ klar ausgearbeitet ist. Als einschlägige Autoren stütze ich mich vor allem auf Oswald von Nell-Breuning und daneben auf eine speziell wirtschaftstheoretische Untersuchung von Manfred Hättich. (11)

Die katholische Soziallehre hat sich nach Nell-Breuning zum Ziel gesetzt, die Menschen die richtige Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu lehren. (12) Sie will den Christen sagen, welche gesellschaftlichen Ordnungsformen für die Erfüllung des Menschseins erforderlich sind. Erfüllung des Menschseins bedeutet für den Christen dabei zu allererst Vermehrung der Ehre Gottes. Der gedankliche Ausgangspunkt der katholischen Soziallehre ist also ganz wesentlich normativ.

Wenn sich die gesellschaftliche Ordnung nach den normativen Setzungen über den gottgewollten Menschen richten soll, so muß dieser Mensch zunächst näher bestimmt werden. Der Mensch ist zunächst Person, d. h. der Einzelne ist Ausgangspunkt und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Mensch ist jedoch seinen Mitmenschen in vielfacher Weise und innerhalb der verschiedensten Gemeinschaften (Familie, Staat, etc.) zugeordnet, so daß zum Personalitätsprinzip das Solidaritätsprinzip bei einer Bestimmung des menschlichen Wesens zugeordnet werden muß. Aus diesen beiden Prinzipien kann nun ein drittes praktisch-politisch anwendbares Prinzip abgeleitet werden. Da die Person der letztliche irdische Ausgangspunkt ist und diese nur noch durch das Wirken im Dienste der Ehre Gottes bestimmt ist, so muß eine Gesellschaft so organisiert sein, daß die Wirkungsmöglichkeiten der Person möglichst wenig eingeschränkt werden. Primär verantwortlich ist also zunächst die einzelne Person, und, erst wenn sie dabei als Person überfordert ist, die nächstliegende bzw. kleinste der dem Einzelmenschen zugeordneten Gemeinschaften. Dieses dritte alltagspraktisch anwendbare Prinzip heißt Subsidiaritätsprinzip. Die Gemeinschaft darf ihre Hilfe demgemäß nur soweit leisten, daß die Eigenkräfte der Person gestärkt werden, diese also zur Selbsthilfe und somit zur Wiedergewinnung des Primats des Personalien befähigt wird.

Was bedeutet diese Festlegung des Wesens des christlichen Menschen für die ihm gemäße gesellschaftliche Ordnungsform? Das Subsidiaritätsprinzip macht eine Gesellschaftsordnung notwendig, die dem einzelnen grundsätzlich all das zur freien Planung und Selbstgestaltung überläßt, was er selbst bewältigen kann. Daraus folgt ein grundsätzliches Plädoyer der katholischen Soziallehre für die auf der individuellen Planung, Ausführung und Verantwortung aufbauende Marktwirtschaft. Eine sozialistische Wirtschaft würde das Subsidiaritätsprinzip verletzen, indem sie das ihr zugrundeliegende Primat der Person zugunsten des Primats der Solidarität bzw. Gemeinschaft unterdrücken würde. (13)

Stärkung der Gemeinschaftsbindung

Die Art und Weise jedoch, wie die Marktwirtschaft, also die ökonomische Anwendungsvariante des Konkurrenz-Gleichgewichts-Modells,

hier und heute praktiziert wird, stößt bei Nell-Breuning auf Kritik. Während der Sozialismus den Fehler macht, das Personalprinzip zu unterdrücken und damit das Subsidiaritätsprinzip verletzt, macht der gegenwärtige Liberalismus den Fehler, das Solidaritätsprinzip zu verletzen, und wird dadurch ebenfalls dem Subsidiaritätsprinzip nicht gerecht. Der Mensch wird in einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf derart allein gelassen und aus seinen natürlichen Eingebundenheiten wie z. B. der Familie oder Kirchengemeinde herausgerissen, daß er wiederum an seiner Entfaltung und seinem Weg zu Gott gehindert wird. (14) Auch der herrschende wirtschaftliche Liberalismus schafft also nicht das richtige Ausgewogenheitsverhältnis zwischen Personalität und Solidarität bzw. Individuum und Gemeinschaft.

Aufgrund dieser Diagnose schlagen Nell-Breuning und Hättich sowohl wirtschafts- als auch gesamtpolitische Maßnahmen vor. Um die abhanden gekommene Gemeinschaftsbindung wiederzufinden, muß sich die Wirtschaftspolitik wieder mehr an der Idee der Berufsstände orientieren, das heißt, die Mitglieder eines Berufes müssen sich als untergeordnete Gemeinschaft begreifen, die eine gemeinsame Leistung, etwa die Versorgung mit Agrarprodukten oder Gesundheitsfürsorge, für die übergeordnete Gemeinschaft, die gesamte Gesellschaft, erbringt. Da in der hochindustrialisierten Gesellschaft solche Leistungen in der Regel in Großbetrieben stattfinden, können sich nicht mehr primär die Berufsangehörigen als Leistungsgemeinschaft betrachten, sondern eben alle Angehörigen eines solchen Betriebes. (15) Wenn auch ein Unternehmer einen Betrieb nicht deshalb gründet, weil er eine Gemeinschaft errichten will, so ist doch das tägliche Zusammenwirken im Betrieb gemeinschaftsstiftend, es fördert Verhaltensweisen wie "Kameradschaft, Betriebstreue, Leistungstreue" (16). Während Hättich und die früheren Darstellungen des berufsständischen Wirtschaftsmodells die Frage der Konkretisierung dieses Modells unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch weitgehend offen ließen, geht Nell-Breuning in seinem neuesten Buch soweit, daß er Maßnahmen wie betriebliche und überbetriebliche paritätische Mitbestimmung als durchaus mit dem von der katholischen Soziallehre geforderten im Subsidiaritätsprinzip enthaltenen Solidaritätsprinzip vereinbar erachtet. (17)

Allgemeinpolitisch muß die augenblickliche Form von Gesellschaft durch eine weitreichende Sittenerneuerung reformiert werden. Die Institutionen des Bildungs- und Informationssystems müssen das Übel des Individualismus durch die Erzeugung eines neuen Gemeinwohlbewußtseins und einer neuen Gemeinwohlverantwortung bekämpfen. (18) Solange jede Interessengruppe ausschließlich ihre eigenen partikularen Interessen verfolgt und um ihre maximale Befriedigung kämpft, also z. B. die Arbeitgeber einerseits und die Arbeitnehmer andererseits, solange sie dabei also das Interesse des jeweiligen Gegenübers bzw. der Gesamtgemeinschaft nicht zu berücksichtigen bereit sind, solange wird das Solidaritätsprinzip zu kurz kommen und der Mensch in seiner freien Entfaltung und damit in seiner Hinwendung zu Gott behindert sein. Der Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus muß also, will er dem Wesen des Menschen gerecht werden und dadurch eine

wirkliche Zukunftsperspektive erhalten, die Härte der Konkurrenz durch die Erzeugung von mehr Gemeinschaftsgefühl abmildern.

2. SOZIALDEMOKRATIE

Die sozialdemokratische Stellungnahme zum Konkurrenzmodell der Wirtschaft wird sich im folgenden als eine recht ähnliche herausstellen. Mit sozialdemokratisch sei entsprechend dem eingangs genannten Auswahlkriterium weniger die realpolitisch herrschende sozialdemokratische Wirtschaftsdoktrin gemeint, sondern eher die im Theoriebetrieb der sozialdemokratischen Parteien (Grundsatzarbeitskreis, Forschungs- und Fortbildungsinstitutionen) diskutierten Positionen. Als einen Vertreter dieser linkssozialdemokratischen Ideen nehme ich John Kenneth Galbraith (19).

Gerechtigkeitsidee

Ausgangspunkt seines Denkens ist die für eine sozialdemokratische Position typische Idee der sozialen Gerechtigkeit innerhalb eines demokratischen Staatswesens. Galbraith untersucht, inwieweit dieses Prinzip der Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten realisiert bzw. behindert wird. Das besondere Augenmerk seiner empirischen Arbeiten richtet sich dabei auf die Konzentration wirtschaftlicher Macht bei einigen wenigen Konzernen, auf die er das gesamte Ausmaß der in den USA zu beklagenden Ungerechtigkeiten zurückführt. (20) Sein Ausgangspunkt verdankt sich also einem normativ vorgegebenen Erkenntnisinteresse, ist aber im Vergleich zu dem Nell-Breunings mehr empirisch ausgerichtet.

Grundsätzlich vertritt auch Galbraith die Auffassung, daß eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung nur auf dem Marktprinzip beruhen kann. Während Hayek dies hauptsächlich auf den Effizienzvorsprung des Markt- und Preismechanismus zurückgeführt hatte, betont Galbraith den Aspekt der Verfügungsmacht: Wenn jedem tatsächlich die Möglichkeit zur eigenständigen Fürsorge für sein Leben gegeben wird, wenn keine dieses Prinzip behindernden einseitigen Machtstrukturen als Störungsfaktoren auftreten, dann gibt es keinen prinzipiellen Grund für soziale Ungerechtigkeiten. Ein monopolistisches privates oder staatliches Planungssystem birgt demgegenüber immer die Gefahr, den einzelnen, weil er gegenüber der Planungsinstanz schwächer ist, zu übergehen. Das Argument, das Galbraith für eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Orientierung anführt, ähnelt also eher dem der katholischen Soziallehre als dem von Hayek.

Wie Nell-Breuning so sieht auch Galbraith das Hauptproblem in der Art und Weise der Anwendung des Marktprinzips. (21) Aus einem auch bei ihm nicht systematisch entwickelten Grund hat der Konkurrenzmechanismus dazu geführt, daß für die Mehrheit der Menschen die Marktwirtschaft zu einer Bedrohung geworden ist. So wie Nell-Breuning den sich in ihr ausbreitenden psychischen Individualismus beklagt, so beklagt Galbraith die mit ihr einhergehende materielle Ungerechtigkeit, also die materielle Individualisierung, vor allem der Schwachen.

Konkret: Dadurch, daß die wirtschaftliche Macht in der Hand einiger weniger hundert Konzerne konzentriert ist, können sich diese Konzerne in fast jeder Hinsicht über die Wünsche der mit ihnen konkurrierenden kleineren Unternehmungen und vor allem über die Wünsche der Konsumenten hinwegsetzen. Durch ihre Verhandlungsstärke können sie den anderen Unternehmungen bestimmte Verträge aufzwingen und durch ihre mit der monopolistischen Stellung einhergehenden vielfältigen Machtmittel die Konsumenten fast beliebig manipulieren. Diese den Lehrbüchern genau konträre Produzenten-souveränität, die z. B. durch ein ausgeklügeltes Marketing ermöglicht wird, führte zu Phänomenen wie Priorität des Individualkonsums (z. B. Auto) vor dem öffentlichen Konsum (z. B. Eisenbahn), überhöhte Preise (für Produkte des Monoporsektors), überdimensionierter Rüstungssektor, zerstörte Umwelt oder unbefriedigende und ungleiche Verteilung von Kaufkraft (22). All dies erklärt Galbraith aus der Macht der Großkonzerne, die sie befähigt, die Nachfragewünsche der Konsumenten global zu steuern. (23)

Machtausgleich

Um diesen Auswüchsen des Konkurrenzsystems Herr zu werden, schlägt Galbraith mehr oder minder weitreichende materielle Eingriffe von seiten des Staates vor. Der Staat muß dafür zu einem wirklichen "Volksstaat" werden, d. h. mit einer starken Legislative ausgestattet werden. (24) Dieser Volksstaat muß nun die Mächtigen in ihrer Macht beschränken und die Ohnmächtigen mit Macht ausstatten. Durch Investitionskontrolle und schlimmstenfalls Verstaatlichungsmaßnahmen einerseits wird den Starken Macht genommen, durch Verbraucherschutzgesetze, Ausbau der staatlichen Dienstleistungen und Mindestlohngarantien andererseits wird den Schwachen Macht gegeben. Diese Maßnahmen dienen dem ökonomischen und sozialen Ausgleich und stellen insofern das aus den Fugen geratene Marktsystem, das System der freien Konkurrenz erst wieder her. In dieser Richtung hat Ota Sik noch einen Schritt weiter gedacht: Wenn die Arbeiter grundsätzlich Kapitalanteilsscheine besitzen und so am Wohlergehen des Unternehmens materiell interessiert sind, läßt sich Kapitalismus und Konkurrenz fruchtbar miteinander verbinden und ein "dritter Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus finden. (25)

Zusammenfassung

Sowohl die christliche als auch die sozialdemokratische Position bekennen sich zum Grundprinzip des Konkurrenzmodells. Beide sehen dieses Prinzip als logische Konsequenz ihrer jeweiligen freilich andersgearteten Grundwertentscheidungen. Beide sind auch der Auffassung, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-System in der Praxis zu bösen Deformationen geführt hat, die es unbedingt zu korrigieren gilt. Obwohl sie diese Deformationen nicht systematisch herleiten, erwecken die Autoren den Eindruck, daß das Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell nicht automatisch stabil ist, sondern die Stabilität bzw. Eignung des Systems zur Realisierung der jeweiligen Grundwerte (christliches und sozialdemokratisches Menschenbild) immer wieder von neuem erst hergestellt werden muß.

Insofern, als sich das Gleichgewicht bei beiden Positionen nicht mehr von selbst als Folge der Konkurrenz ergibt, handelt es sich hier bereits um einen ersten qualitativen Schritt weg von der paradigmatischen Reinform: Konkurrenz und Gleichgewicht sind bereits analytisch von einander gelöst.

Wie nun das Gleichgewicht immer wieder zu reproduzieren ist, darin gehen die Vorschläge auseinander. Die katholische Soziallehre sieht den Schwerpunkt in einem Gesinnungswandel, erst sekundär denkt sie an materielle sprich wirtschaftspolitische Veränderungen. Die sozialdemokratische Auffassung sieht im Vordergrund reale Maßnahmen zur Beschränkung der Marktfreiheit. Der ideellen und der materiellen Strategie ist jedoch gemeinsam, daß sie den Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus im Interesse ihrer normativen Grundpositionen abschwächen wollen, ohne dabei ihren Wesensgehalt antasten zu wollen, ja gerade um diesen Wesensgehalt retten zu können. Die Individuen sollen weiterhin miteinander in Wettbewerb treten, aber es soll nicht mehr um "Leben oder Tod" gehen; wer nicht erfolgreich ist, wird ideell und materiell von der Gemeinschaft aufgefangen. Der Bereich des Nicht-Kontroversen, des Nicht-Konfliktorischen bzw. des Nicht-Kampfes ist breit genug, um zur dominierenden oder zumindest gleichberechtigten gesellschaftsbildenden Kraft zu werden. Hier handelt es sich also in der Tat um eine qualitativ von der neoliberalen Position Hayeks abweichenden Grundwertentscheidung.

C. SOZIALISMUS: UMINTERPRETATION DES PARADIGMAS

Während der neoliberale Hayek das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma auf zusätzliche Lebensbereiche ausdehnen will und der Christ Nell-Breuning wie auch der Sozialdemokrat Galbraith das Paradigma abschwächen bzw. an den Menschen anpassen also humanisieren will, gibt es in der politischen Theoriediskussion eine dritte auf weitergehende Revision abzielende Grundvorstellung. Sie stellt einen weiteren Schritt weg vom traditionellen liberalen Verständnis und der entsprechenden Praxis des Paradigmas dar. Kennzeichen dieser Position ist die Idee, daß unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen die Gesellschaft zwar das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma nicht entbehren kann, dieses Paradigma jedoch mit einer sehr wesentlichen Veränderung versehen werden muß: der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wobei die konkrete Form dieser Vergesellschaftung noch näher diskutiert und festgelegt werden muß. Während bei Galbraith die Vergesellschaftung nur eines von vielen und zudem das äußerste Mittel zur Kontrolle der Konzernmacht darstellte, wird sie hier zu dem zentralen Ansatz gesellschaftlicher Veränderung. Das Endziel dieser gesellschaftlichen Veränderung ist dabei letztlich die Abschaffung von Konkurrenz. Gleichzeitig mit der Zurückdrängung von Konkurrenz entstehen Sozialisationsbedingungen, die die Heraufkunft eines neuen Menschen ermöglichen, der nicht mehr den Eigennutz zum A und O seines Handelns macht.

Die Konkurrenz soll in dieser Vorstellung also als Mittel zu ihrer eigenen Abschaffung dienen. Ich nenne diese Position die sozialistische (26), und grenze sie damit terminologisch von der im letzten Abschnitt dargelegten kommunistischen ab.

Solche Ideen, die Konkurrenz und Vergesellschaftung der Produktionsmittel miteinander kombinieren wollen, wurden freilich - aus jeweils unterschiedlichen Motiven heraus - im Westen wie im Osten entwickelt. Als Beispiel für die ersteren möchte ich Winfried Vogt (27) wählen, als Beispiel für die letzteren den Polen Włodzimierz Brus. (28) Die von Vogt gegründete Regensburger Schule versteht sich als linkskeynesianisch bzw. radikalliberal und gehört sicher zu den derzeit renommiertesten nationalökonomischen Positionen. Brus ist einer der meistbeachteten sozialistischen Kritiker der Ökonomie der Ostblockstaaten.

1. WINFRIED VOGT

Idee der Selbstbestimmung

Ausgangspunkt Vogts ist die Vorstellung, die ökonomische Theorie könne und solle einen Beitrag zur Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen leisten. (29) Die Sozialisten in West und Ost haben bisher immer auf eine Strategie gebaut, die vom Primat des Einzelinteresses und der Konkurrenz der einzelnen untereinander wegkommen wollte und die Menschen zur primären Orientierung am Allgemeinwohl bzw. Gesamtinteresse bringen wollte. (30) Diese Strategie hält Vogt unter Verweis auf die Geschichte der BRD in den letzten fünfzehn Jahren und der ganzen Geschichte der sogenannten realsozialistischen Länder für gescheitert. Aus diesem empirischen Grund plädiert Vogt für die Rückbesinnung auf das liberale Modell und für eine nochmalige Prüfung des in ihm enthaltenen fortschrittlichen Gehalts. Wenn der Mensch ganz offensichtlich noch nicht in der Lage ist, sich am Gesamtinteresse zu orientieren und offensichtlich auch über kurz oder lang nicht dazu gebracht werden kann, so muß man es halt mit dem Eigeninteresse als Ausgangstriebkraft so gut wie möglich versuchen. Soweit die politisch motivierte Begründung für das Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell bei Vogt.

Bei der hier und heute praktizierten Anwendung der liberalen Grundidee entdeckt Vogt nun einen gravierenden Mangel, eine Verletzung des Kernbestands des liberalen Prinzips (31): des Gleichheitsgrundsatzes. Der Gleichheitsgrundsatz besagt, daß die in bezug auf körperliche Stärke, geistige Verschlagenheit aber auch individuelle Wünsche (Präferenzen) und individuelle Güterausstattung ungleichen Menschen beim Austausch von Gütern als gleiche behandelt werden müssen. Niemand darf die Austauschbedingungen zu seinen eigenen Gunsten verändern können. Jeder Vertreter der liberalen Utopie weiß, daß dies nur bei vollkommener Konkurrenz möglich ist, also bei der völligen Abwesenheit von Monopolen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es nun, selbst wenn alle Märkte durch eine solche vollkommene Konkurrenz ausgezeichnet wären, ein zentrales Mono-

pol: die private (oder staatliche) Verfügung über Kapitalgüter. Da normalerweise nur die Besitzer von Kapitalgütern von der Bank Geld für den weiteren Kauf von Arbeitskraft bekommen, die Besitzer von Arbeitskraft demgegenüber in aller Regel von ihrem Arbeitslohn keine Kapitalgüter erwerben können oder sich entsprechendes Geld beschaffen können, sind letztere zur Annahme eines Arbeitsvertrages gezwungen. Die Kapitaleigentümer sind ihnen gegenüber dann in einer Monopolstellung und können die Bedingungen dieses Arbeitsvertrages weitgehend bestimmen. Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeitstechnik und Arbeitslohn werden dabei andere Werte annehmen, als wenn diese Monopolstellung nicht vorhanden wäre und die Wünsche der Arbeiter tatsächlich dasselbe Gewicht hätten wie die der Kapitaleigner, nämlich ein wirklich marginales, so daß die Tauschbedingungen tatsächlich für alle unbeeinflussbar und damit gleich wären. Dabei spielt es keine wesentliche Rolle, ob der Besitzer der Kapitalgüter ein Privatmann oder der Staat ist, beide werden ihre monopolistische Situation gegenüber den Arbeitern ausnützen. (32) Die Präferenzen der Arbeiter bezüglich ihrer Arbeitsbedingungen werden in einem privatkapitalistischen wie in einem staatskapitalistischen Gleichgewicht notwendigerweise zugunsten der Kapitalverzinsungsinteressen vernachlässigt werden.

Arbeiterselbstverwaltung im Kapitalismus

Wer diese Herrschaft bzw. Fremdbestimmung abbauen will, muß nach Vogt das Privat- bzw. Staatsmonopol selbst beseitigen. (33) Dies kann auf vielfältige Weise geschehen, gemeinsames Merkmal all dieser Möglichkeiten ist jedoch, daß an die Stelle einer monopolisierten Kapitalverfügung eine "Arbeiter-Unternehmung" treten muß. Die Arbeiter würden dann selbst über Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeitstechnik und Arbeitsentlohnung entscheiden. Eine denkbare Voraussetzung für eine solche arbeiterselbstverwaltete Marktwirtschaft wäre z. B. die Existenz von Kapitalmärkten, auf denen kapital anbietende Geldbesitzer und kapitalnachfragende Arbeiter unter völligen Wettbewerbsbedingungen Kapitalnutzungsverträge miteinander abschließen. Die in solchen Verträgen vereinbarte Kapitalverzinsung würde natürlich, da die Arbeiterinteressen wesentlich stärker ins Gewicht fielen als beim traditionellen kapitalistischen Arbeitsvertrag, entsprechend niedriger ausfallen, das Kapitalwachstum würde sich verlangsamen. Ein wichtiges Moment von Ungleichheit und damit eine wichtige Herrschaftsgrundlage wäre in einem solchen radikalliberalen Modell aufgehoben. (34) Ein dergestalt uminterpretiertes Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell wäre nach Vogt auch in sich stabil, d. h. würde sich nicht automatisch mit der Zeit wieder in Richtung auf eine kapitalistische Unternehmensform hinentwickeln, so wie dies etwa im Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Form der Warenproduktion der Fall war. (35)

2. WLODZIMIERZ BRUS

Notwendigkeit der Effektivitätssteigerung

Die Vorstellungen von Wlodzimierz Brus sind denen von Winfried Vogt

sehr verwandt, obwohl sie von einem ganz anderen Erkenntnisinteresse her entstanden sind. Ähnlich wie Ota Sik geht es Brus um die Reform der sozialistischen Planwirtschaft, und zwar in Richtung auf eine Erhöhung der Effektivität, er geht jedoch in seinen Vorschlägen nicht soweit, einen dritten Weg zu fordern oder das Endziel eines neuen Menschen zugunsten eines Konvergenztheorems aufzugeben. Methodologisch bekennt sich Brus im übrigen zum Marxismus, insbesondere zum Prinzip des historischen Materialismus. (36)

Wie Vogt, so läßt auch Brus keinen Zweifel daran, daß die Arbeiter ihre Produktionsmittel selbst verwalten müssen. Ebenso hält er auch die Existenz des Marktmechanismus für ein notwendiges Übel, da eine reine Planwirtschaft von der unübersehbaren Vielfalt der Koordinationserfordernisse einer komplexen Wirtschaft restlos überfordert wäre. Insofern besteht für ihn keinerlei Widerspruch zwischen den theoretischen Grundprinzipien des Sozialismus und der Anwendung von Marktmechanismus. (37) Die Installierung von Märkten ist für Brus jedoch im Gegensatz zu Vogt ein technisches Hilfsmittel einer prinzipiell dominierenden anderen Ordnungsstruktur: der Planwirtschaft. Insofern ist für Brus der Markt funktional eindeutig dem Plan untergeordnet. (38) Im Gegensatz zu Vogt ist Brus also der Auffassung, daß alle großen Entscheidungen für ökonomische Rahmendaten zentral geplant werden müssen und nur sekundäre Einzelentscheidungen dem Marktmechanismus überantwortet werden können. Die Uminterpretation des Konkurrenzmechanismus geht bei Brus also noch einen Schritt weiter als bei Vogt: Er verändert nicht nur das Verständnis, sondern auch den Stellenwert des Paradigmas ganz wesentlich, indem er es aus dem Zentrum rückt und zu einem Hilfsmittel innerhalb eines konträren Paradigmas, nämlich eines gesamtgesellschaftlichen Planungssystems, macht.

In den Ostblockstaaten wird nun der Untersuchung von Brus zufolge der Fehler gemacht, daß dieser Bereich des Planens zu weit ausgedehnt und die Möglichkeit des Marktmechanismus zu wenig ausgeschöpft wird. (39) Dadurch hat die Ostblockwirtschaft, die er auch als "sowjetisches Modell" bezeichnet, so viele Probleme beispielsweise mit der Anpassung der Produktion an die Nachfrage, mit der rationalen Nutzung der Produktionsmittel oder mit der Gleichmäßigkeit des Wachstums in den verschiedenen Sektoren. Wenn aber durch die mangelnde Planbarkeit der sozialistischen Ökonomie diese Ökonomie von ständigen und unbeherrschbaren Krisenerscheinungen gerüttelt wird, so führt dies nicht, wie eigentlich von ihren Vertretern beabsichtigt, zur Aufhebung von Entfremdung, sondern zur Zementierung und Verstärkung der Entfremdung. "Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im strengen Sinn des Wortes ist in den europäischen sozialistischen Ländern nicht verwirklicht worden." (40)

Marktwirtschaft im Sozialismus

Was schlägt Brus nun angesichts dieser Prognose vor? Sein Rezept bringt er selbst auf die Annäherungsformel "jugoslawisches Modell".

(41) Es handelt sich dabei um ein mehrstufiges Organisations- und Entscheidungsmodell, in dem von oben nach unten bzw. von der zentralen hin zu den dezentralen Institutionen das Planwirtschaftsprinzip sich immer mehr des Marktprinzips als seines Hilfsmittels bedient. Konkret und reduziert auf ein Zwei-Ebenen-Modell: Das zentrale Wirtschaftsministerium legt auf der Basis einer gesamtgesellschaftlichen Präferenzskala die großen Rahmendaten bzw. volkswirtschaftlichen Kennziffern fest. Dazu gehört beispielsweise das Wachstumstempo der Produktion, die Verteilung der Produktion auf Konsum und Investition, die Verteilung des Konsums auf Individualkonsum und Kollektivkonsum oder die Struktur des Außenhandels. Der Großteil dieser Kennziffern hat keinen verbindlichen, sondern nur einen empfehlenden Charakter. Die Betriebe, also die andere Ebene, organisieren nun den Produktionsprozeß in weitgehend autonomer Art und Weise. Sie wählen die Ziele und Methoden der Produktion selbständig, sie gehen als Einkäufer von Vorprodukten und als Verkäufer von Endprodukten auf den Markt und entscheiden selbst über die Aufteilung des Gewinns. Sie konkurrieren miteinander und müssen deshalb streng nach dem Rentabilitätsprinzip wirtschaften. Je höher der Gewinn eines Betriebes ist, desto höher ist auch das Einkommen der in ihm beschäftigten Arbeiter. Eine solche dezentral organisierte sozialistische Mischwirtschaft mit Dominanz der Plankomponente ist effizienter als das zentralistische also fast ausschließlich administrative sowjetische Modell. Im Modell von Brus sind die Preise Ausdruck der Präferenzen und gewährleisten so die Anpassung der Produktion an die Nachfrage, in diesem Modell werden alle Betriebe gezwungen, durch das Gewinnprinzip ihre Ressourcen so effektiv wie nur möglich einzusetzen, und durch die Existenz eines zentralen Rahmenplans ist die Gleichmäßigkeit der ökonomischen Gesamtentwicklung, also z. B. die Unmöglichkeit von Konjunkturschwankungen, gewährleistet.

Damit der zentrale Rahmenplan auch tatsächlich die gesamtgesellschaftliche Präferenzordnung und nicht die einer mächtigen Minderheit zum Ausdruck bringt, ist noch eine weitere fundamentale Reformmaßnahme in den Ländern des sowjetischen Modells erforderlich: die Beseitigung der "totalen Diktatur" und ihre Ersetzung durch eine Demokratie, die durch eine wirkliche Abhängigkeit der Regierung von der Gesellschaft gekennzeichnet sein muß. Dies setzt Rede- und Koalitionsfreiheit sowie regelmäßige Wahlen voraus. Es muß beständig die Möglichkeit zur Organisierung einer Opposition von unten bestehen. (42)

3. ZUSAMMENFASSUNG

Vogt und Brus, die hier als Vertreter einer sozialistischen Wirtschaftstheorie vorgestellt wurden, gehen zwar von unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und methodologischen Positionen aus, kommen aber zu einem recht ähnlichen Endergebnis. Der Konkurrenz-Gleichgewichts-Mechanismus kann nur dann dem Ideal des Abbaus von Herrschaft ohne gleichzeitige untragbare Effektivitätsverluste gerecht werden, wenn dieses Paradigma anders interpretiert wird, als dies im Gefolge der

liberalen Tradition selbstverständlich war. Beide fordern die Einführung arbeiterselbstverwalteter Unternehmungen, Brus fordert darüberhinausgehend die Kombination von Plan- und Marktmechanismen. Beide plädieren also für die Notwendigkeit des Konkurrenzparadigmas, aber mit je spezifischen - bei Vogt weniger weit, bei Brus weitergehenden - Modifikationen. Konkurrenz heißt hier, daß nicht mehr primär einzelne Individuen, sondern einzelne Belegschaften gegeneinander um einen möglichst großen Anteil an den knappen Mitteln kämpfen.

Vogt und Brus glauben schließlich, und dies ist ein sehr bemerkenswerter Punkt, daß ein dergestalt uminterpretierter Konkurrenzmechanismus einen weiteren historischen Schritt hin zum neuen Menschen der späteren wirklich sozialistischen, d. h. durch gemeinwohlorientiertes Handeln gekennzeichneten Gesellschaft darstellt. Das Argument von Vogt: In selbstverwalteten Arbeiterunternehmungen mit kleiner oder mittlerer Technologie sind die Arbeiter in der Regel in kleine überschaubare Gruppen zusammengefaßt, so daß sie gegenseitig ihre Präferenzen kennen. Erst unter solchen Bedingungen können sie altruistisches Verhalten lernen, so daß schließlich unter bestimmten Bedingungen Eigentinteresse und Interesse des Gegenübers bzw. der Gemeinschaft zusammenfallen können. (43) Das diesbezügliche Argument von Brus: In einer dezentralisierten Planwirtschaft mit Marktelementen lernen die Arbeiter in den Betrieben eigenständig und eigenverantwortlich am ökonomischen Gesamtzusammenhang mitzuwirken, sie werden für die Delegation in und die Kontrolle der jeweils nächst höheren Ebene der Hierarchie vorbereitet und können so ihre ganze schöpferische Potenz entfalten. Insofern ist für Brus gerade die von ihm vorgeschlagene Variante des geplanten Konkurrenzmodells besonders dazu geeignet, gesellschaftliche Entfremdung zu überwinden und die Geburt eines neuen Menschen, der das bewußte und solidarische Subjekt seiner Gesellschaft sein soll, vorzubereiten. (44) Konkurrenz dient hier also als Mittel zu ihrer eigenen Aufhebung.

D. ALTERNATIVBEWEGUNG UND KOMMUNISMUS: NEGATION DES PARADIGMAS

Der konsequenteste und kompromißloseste Schritt weg vom liberalen Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma ist im Rahmen der kommunistischen Sozialtheorien und in den letzten Jahren besonders auch in einigen der sich als Alternativbewegung formierenden gesellschaftlichen Subkulturen formuliert worden. Als Beispiel für die Modelle der Alternativökonomie nehme ich Vorstellungen, wie sie von Rolf Schwendter (45) oder Joseph Huber (46) vorgetragen wurden, als Beispiel für die kommunistische Position nehme ich Ernest Mandel (47). Schwendter und Huber sind bekannt geworden als Theoretiker der Netzwerkbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die herrschende Wirtschaftsordnung durch hier und heute zu installierende Inseln einer alternativen Wirtschaftsordnung von innen heraus aufzulösen. Mandel ist ein führender Denker der "Gruppe Internationale Marxisten", die

sich aus einer Kritik am Bürokratismus der existierenden sogenannten sozialistischen Länder gebildet hat, an Leo Trotzki anknüpft und einen nicht-revisionistischen weltweiten Kommunismus anstrebt.

1. ALTERNATIVBEWEGUNG

Ökologische Selbstzerstörung

Vereinfachend kann behauptet werden, daß im Zentrum des alternativ-ökonomischen Denkens eher das Verhältnis Mensch-Natur steht, im Zentrum der kommunistischen Theorien das Verhältnis Mensch-Mensch. Die Alternativen sind der Auffassung, daß das Verhältnis zwischen Mensch und Natur immer mehr aus den Fugen gerät. Die natürlichen ökologischen Kreisläufe kommen immer stärker aus dem Gleichgewicht, d. h. ökonomische Gleichgewichte stellen sich heute als ökologische Ungleichgewichte heraus. Die von der natürlichen Umwelt dem Menschen vorgegebenen Grenzen des Wirtschaftswachstums sind erreicht. Verantwortlich für diese Entwicklung ist nach Auffassung Hubers die im Laufe der jüngeren Geschichte sich in Ost und West ausbreitende ökonomisch-bürokratische "Mega-Maschine". (48) Hierunter versteht er ein verflochtenes Gebilde von Institutionen wie Staatsapparat, Parteien, Banken und Großindustrie. Ursache dieser Mega-Maschine sind vier Prozesse, die einander bedingen und im Laufe der Zeit dieses Gebilde zum Vorschein gebracht haben: Die Vermarktung bzw. Institutionalisierung einer stets wachsenden Anzahl menschlicher Tätigkeiten, ihre Professionalisierung bzw. das Expertentum, die Technisierung und die Monetarisierung dieser Tätigkeiten. Diese vier grundlegenden Prozesse bilden ein sich immer mehr verselbständigendes System, in dem die Menschen nur noch als "Maschinenteile" fungieren. Wenn die Menschen aber dieser Maschine derart unterworfen sind, so muß dies zwangsläufig den natürlichen Lebensraum des Menschen und nicht zuletzt auch seine zwischenmenschlichen Beziehungen bedrohen.

Zweiteilung der Wirtschaft

Huber zieht aus dieser Analyse den Schluß, daß zum Kampf gegen diese Elementarprozesse eine Strategie mit zweifacher Stoßrichtung erforderlich ist. Zum einen muß diese Mega-Maschine begrenzt und umgestaltet werden, zum andern müssen aber vor allem die durch die Begrenzung frei werdenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche mit einer neuen Form der Zwischenmenschlichkeit und des Wirtschaftens ausgefüllt werden. Diese neue Form besteht in einer Rückbesinnung auf die im Laufe der Zeit verschütteten Formen der Eigenwirtschaft, Hauswirtschaft, Nachbarschaftshilfe und lokaler Gemeinwirtschaften beispielsweise in der Form von Produktions- oder Konsumgenossenschaften. In diesem neu zu belebenden zweiten Bereich, der dem zu begrenzenden traditionellen ersten Bereich gegenübertritt, sollen die oben genannten charakteristischen Tendenzen des

ersten Bereiches, die Vermarktung, Professionalisierung, Technisierung und Monetarisierung außer Kraft gesetzt und ins Gegenteil verkehrt werden. Möglichst viele Tätigkeiten, die "außer Haus" gegangen sind, sollen auf diese Weise wieder "heimgeholt" werden, wobei "Haus" für Huber gemeinschaftliche Gebrauchswertproduktion auf zwangsläufig niedrigem Spezialisierungs- bzw. Technisierungsniveau bedeutet. Dieses Zurückholen betrifft zunächst Tätigkeiten wie Kindererziehung/-unterrichtung, Alten- und Krankenpflege, dann aber auch Handwerksarbeiten, Gemüseanbau und schließlich auch einen Teil der Industrieproduktion (z. B. Verwaltung). "Dieses Programm beinhaltet nicht nur eine Vergesellschaftung der Sachen, sondern davor noch in erster Linie eine Vergemeinschaftung der Menschen, also eine tatsächliche Sozialisierung der Menschen und keine weitere bloße Technorganisation der Arbeit." (49)

Diese Zweiteilung der Gesamtwirtschaft in einen traditionellen aber kontrollierten und reduzierten Bereich einerseits, und einen zweiten dazu alternativen Bereich andererseits, nennen die Vertreter der Alternativbewegung "Dualwirtschaft". Für die alternative Hälfte dieser Dualwirtschaft sind eine Vielfalt von Konkretisierungsvorschlägen gemacht worden, denen jedoch die gemeinsame Erkenntnis zugrundeliegt, daß die in diesem alternativen oder subkulturellen Lebensbereich herrschenden Verhaltensnormen zwar Negationen des herrschenden ersten Bereiches darstellen, daß sie aber eine über die bloße Negation hinausgehende Qualität, also eine echte Synthese beinhalten müssen. Zu den Merkmalen dieser neuen Lebens- und Wirtschaftsform, die teilweise z. B. in Schwendters "Theorie der Subkultur" näher beschrieben werden, zählen (50): Die Menschen sind selbst Eigentümer der Gegenstände, mit denen sie in der Arbeit umgehen, zwischen den Menschen herrscht ein Verhältnis der prinzipiellen Gleichberechtigung, das aber den Respekt vor Sachkompetenz und die konkrete sachbezogene Disziplin mit einschließt, die Arbeit ist selbstgeplant und selbstverwaltet, es werden Gebrauchswerte und nicht Tauschwerte produziert, d. h. die Produzentengemeinschaft und die Konsumentengemeinschaft sind tendenziell identisch, die sozialen Beziehungen bei der Arbeit sind nicht losgetrennt von den sonstigen Lebensbeziehungen, an die Stelle von Konkurrenz tritt Kooperation oder gemeinschaftlicher Wettbewerb (51); die Trennung von Arbeit und Freizeit ebnet sich ein, alle Gemeinschaftsmitglieder haben dasselbe Einkommen bzw. dieselben Konsummöglichkeiten, Geld verliert seine Bedeutung und wird immer mehr abgeschafft, Sozialprestige richtet sich nicht mehr nach persönlichem Reichtum, sondern hängt von einer Vielzahl von Aspekten ab, es gibt keine sich verselbständigende Arbeitsteilung, insbesondere keine zwischen Hand- und Kopfarbeit oder zwischen Mann und Frau, und das Leistungsprinzip soll schließlich zugunsten des Lustprinzips eingedämmt werden. Fazit bezüglich des Menschenbildes: In dieser Alternativgesellschaft maximieren die Individuen nicht mehr ihren individuellen Nutzen, sondern betrachten sich zu allererst als Gemeinschaftswesen und trachten dementsprechend primär nach der Maximierung des Gemeinschaftsnutzens.

Alternativökonomische Inseln mit Ausstrahlungskraft

Schwendter und Huber malen jedoch nicht nur eine utopische Gesellschaft, die fernab jeglicher uns vorstellbarer möglicher Realwelten liegt, sondern sie weisen auch auf konkrete Realisierungsaspekte hin. Aus der Geschichte der Vorläufer der Alternativbewegung, der Genossenschaftsbewegung, die so alt ist wie die bürgerliche Gesellschaft selbst (52), kann man nach Huber und Schwendter eine strategisch unentbehrliche Erkenntnis gewinnen: Alternative Ökonomien bzw. Subkulturen dürfen sich gegenüber der sie umgebenden Ökonomie bzw. Kultur nicht abkapseln, dürfen also keine wirklich totale Insel, kein Ghetto bilden. (53) Leute, die in solchen Alternativprojekten arbeiten, sollen immer auch gleichzeitig in der normalen Gesellschaft präsent sein. Zum einen, weil der Aufbau einer alternativen Ökonomie der Unterstützung durch mächtige gesellschaftliche Bündnispartner (z. B. Gewerkschaften) bedarf, zum anderen, weil die Mitglieder einer Subkultur nur so verhindern können, daß sie in "regressive Dorfplatzidylle" abgleiten, die sich nur mehr von einem "Gefühl avantgardistischer Kaputtheit" und "subkultureller Arroganz" (54) nährt und alle weiteren Perspektiven aufgeben hat. Alternative Ökonomie im Rahmen der Dualwirtschaft hat demgegenüber zum Zweck, "ausstrahlungsfähige Schrittmachermodelle" aufzubauen und ständige Rückwirkungen in die herrschende Ökonomie zu produzieren, also durch Wort und vor allem Tat der die Alternativmodelle tragenden Personen zu demonstrieren, daß es auch anders geht. Dadurch, daß die Menschen grundsätzlich in beiden Bereichen der Dualwirtschaft arbeiten sollen – sei es gleichzeitig oder abwechselnd – soll ein symbiotisches Verhältnis zwischen normaler und alternativer Ökonomie mit langfristig expansiver Tendenz der letzteren angezielt werden. Unterstützt durch die objektiv gegebenen Grenzen des Wachstums wird so mittel- bis langfristig die heute in Ost und West herrschende Lebensform umgewälzt. (55)

2. KOMMUNISMUS

Bei den Alternativen war das Mensch-Natur-Verhältnis Anlaß und Ausgangspunkt ihres Denkens. Zentrales Erkenntnisinteresse des kommunistischen Denkens ist demgegenüber das Mensch-Mensch-Verhältnis, also z. B. Klassegegensätze. In das Mensch-Mensch-Verhältnis ist das Mensch-Natur-Verhältnis als menschliche Existenzvoraussetzung mit eingeschlossen. (56) Das Bekenntnis zum sozial-ökonomischen Ausgangspunkt etwa bei Marx impliziert also die ökologische Fragestellung immer schon mit. Ernest Mandel will nun in seinen Schriften die ökonomisch-ökologischen Grundlagenanalysen von Marx sowie seine wichtigsten politisch-strategischen Erkenntnisresultate empirisch belegen, und zwar unter Verwendung der Daten, die uns die empirisch orientierten Einzelwissenschaften zur Verfügung gestellt haben. (57)

Ökonomische Selbstzerstörung

Die im Westen herrschende kapitalistische Wirtschaftsordnung hält Mandel für eine in sich widersprüchliche und deshalb instabile Ordnung. (58) Aus ihrer inneren Funktions- und Entwicklungslogik heraus produziert sie verschiedene Arten von Widersprüchen: Ein grundlegender Widerspruch ist der zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung der Früchte dieser Arbeit. Diese Widersprüchlichkeit allein macht es bereits möglich, daß die Menschen, die diese Arbeit leisten und um die Früchte (Mehrwert) betrogen werden, die Abschaffung dieses Widerspruchs, also des Kapitalismus, anstreben. Allerdings besteht zunächst für eine solche Perspektive noch keine Notwendigkeit.

Dies ändert sich, wenn man zwei weitere, mit dem ersteren in Beziehung stehende Widersprüche betrachtet: den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion und den zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Beide sind letztlich das Resultat der Logik der kapitalistischen Anarchie: Das Kapital muß sich unter Konkurrenzbedingungen beständig vermehren, um nicht vernichtet zu werden. Das bedeutet Ausdehnung der Produktion bei gleichzeitiger - wieder durch die Konkurrenz aufgezwungener - Zerstörung der Wertrealisierungs- bzw. Absatzmöglichkeiten für diese Produktion. Denn gekauft werden sollen die Produkte letztlich genau mit den Mitteln, die die einzelnen Kapitaleigner so knapp wie nur möglich halten wollen: mit den Löhnen der im Kapitalismus lebenden Arbeiter und mit den Erlösen aus dem Rohstoffverkauf der außerhalb des Kapitalismus, also in der Dritten Welt angesiedelten privaten oder staatlichen Warenbesitzer. Überproduktion bei gleichzeitiger Verarmung der Konsumenten, und zwar sowohl hier als auch in der Dritten Welt, das ist nach Mandel der immer sichtbarer werdende Widerspruch der kapitalistischen Anarchie in seinen beiden Erscheinungsformen. Folge dieses Widerspruchs ist eine den Kapitalismus charakterisierende "säkulare Stagnation", modifiziert durch jeweils periodisch wiederkehrende Verstärkungen und Abschwächungen dieses Entwicklungstrends. (59) Diese periodisch und langfristig sich verschärfenden Verelendungstendenzen schaffen das ständig zunehmende Bedürfnis und damit so etwas wie eine langfristige Notwendigkeit zur Aufhebung dieser Widersprüche, also der gesamten kapitalistischen Produktionsweise.

Phasen der Negation

Der Umsturz des Kapitalismus ist nach Mandel die Aufgabe des Weltproletariats. (60) In den verschiedenen Teilen der Welt muß diese Aufgabe je spezifisch konkretisiert werden: In den Entwicklungsländern müssen die Arbeiter und Bauern die koloniale und halbkoloniale Abhängigkeit abschaffen, in den kapitalistischen Zentren müssen sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen und in den Ostblockstaaten, da auch dort bisher keine Entwicklung in Richtung Sozialismus erkennbar ist, müssen sie die herrschende Bürokratie

stürzen und einen wirklichen Arbeiter- und Bauernstaat errichten. Diese Revolutionen finden nach Mandel nicht gleichzeitig statt, sondern hintereinander. Das Endziel, die kommunistische Gesellschaft, wird über zwei Zwischenstufen erreicht: eine primär politische Veränderung, die Diktatur des Proletariats, und eine primär ökonomische, den Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats ist jene Staats- und Gesellschaftsform, die die im revolutionären Prozeß fortgeschrittensten Länder solange praktizieren müssen, wie es noch kapitalistische Staaten auf der Welt gibt. Warenproduktion und Geldwirtschaft sind hier noch teilweise unentbehrlich. Erst wenn die letzten kapitalistischen Staaten verschwunden sind, wenn also auf der ganzen Welt die Diktatur des Proletariats herrscht, können die fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen, nämlich die totale Abschaffung der Waren- und Geldwirtschaft, vollendet werden. Das ökonomische Steuerungsprinzip ist dann, also nach der völligen Abschaffung des Marktmechanismus, die Planung, wobei jeder zunächst seine Grundbedürfnisse ohne Gegenleistung befriedigen können muß und erst alles darüber Hinausgehende durch Arbeit erworben werden kann.

In dieser zweiten Zwischenphase auf dem Weg zum Kommunismus müssen die letzten Voraussetzungen für den Kommunismus geschaffen werden: Demokratische Selbstverwaltung der Betriebe, Ersetzung aller menschenunwürdigen Arbeit durch Maschinen, erhebliche Steigerung der Produktivität und damit radikale Verkürzung des Arbeitstages, Planung und Intensivierung der weltweiten Arbeitsteilung, verbunden mit einer fundamentalen Umverteilung der Ressourcen zugunsten der Länder der Dritten Welt. Parallel zur Realisierung dieser ökonomischen Bedingungen entsteht der neue Mensch: Die schon im Kapitalismus seit dem Erstarken der Arbeiterbewegung gemachte Erfahrung, daß durch den Soziallohn (61) das Existenzminimum unabhängig von Gegenleistungen gesichert ist, und die Vertiefung dieser Erfahrung im Sozialismus durch die kostenlose Befriedigung aller Grundbedürfnisse, führen zu einer psychologischen Revolution. Wenn die Gesellschaft nämlich nicht mehr bedrohlich, sondern hauptsächlich fürsorgend und beschützend auf die Menschen wirkt, wenn die Mitmenschen nicht mehr Konkurrenten, sondern Mitstreiter im Kampf um eine bessere Aneignung der Natur und ein besseres Leben sind, können sich die Menschen nicht mehr als einander fremde, vereinzelte fühlen. Wenn sie sich aber primär als Gemeinschaftsglieder fühlen, so gibt es keinen Grund mehr, die individuellen Leistungen und die individuellen Entlohnungen zu messen und auf ihrer Gleichheit zu bestehen. Durch die Erfahrung von Sicherheit und Geborgenheit, so die Schlußfolgerung Mandels, hören die Menschen auf, alle ihre Anstrengungen für die Gesellschaft an zu erwartenden Gegenleistungen zu messen.

Reich der Freiheit

In der kommunistischen Gesellschaft lautet das bekannte Organisationsprinzip der Ökonomie: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." (62) Einen irgendwie beschaffenen quantitativen

Zusammenhang zwischen Beitrag und Entschädigung für den einzelnen gibt es also angesichts dieses Prinzips nicht mehr. An die Stelle des Kapitalismus und die die erste Übergangsphase (Diktatur des Proletariats) noch beherrschenden Gesetze von der Gleichheit der Arbeitszeiten bzw. der Grenznutzen und an die Stelle der den Sozialismus beherrschenden näher zu bestimmenden Planungsgerechtigkeit tritt nun das freiwillige gemeinschaftliche Handeln. "Gemeinschaftlich" heißt dabei: zusammen mit anderen geplant, ausgeführt und die Ergebnisse genossen. Aus dieser Grundbestimmung einer kommunistischen Gesellschaft ergeben sich nach Mandel folgende weiteren Eigenschaften: tendenzielle Aufhebung der Arbeitsteilung, insbesondere derjenigen zwischen Hand- und Kopfarbeit (ermöglicht durch die Mechanisierung stupider Arbeiten und der radikalen Arbeitszeitverkürzung), Selbstorganisation des Lebens ohne Staat (aufgrund der neuen gesellschaftlichen Bewußtheit), Wiederintegration des menschlichen Handelns in die von der Natur gesetzten Bedingungen (aufgrund ebendieser Bewußtheit) und schließlich und letztlich die Identität von Arbeit und Spiel, des "homo faber" und des "homo ludens" (ermöglicht durch den mit der Steigerung der Produktivität immer weitergehenden Übertritt vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit). "Die menschliche Freiheit", so Mandel abschließend über die kommunistische Gesellschaft, ist die "universelle Entwicklung aller menschlichen Fähigkeiten und Anlagen. Sie ist weder die absolute Ruhe noch das 'vollkommene Glück'; sie ist vielmehr, nach Jahrtausenden menschenunwürdiger Konflikte, der Beginn des wirklichen 'menschlichen Dramas'". (63)

3. ZUSAMMENFASSUNG

Von der alternativökonomischen wie von der kommunistischen Position her ist eine radikale Negation des herrschenden ökonomischen Modells, des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas, historisch unausweichlich, soll das Überleben der Menschheit weiterhin gewährleistet werden. Die Begründungen sind bei beiden verschieden, die Alternativen sehen die ökologischen, die Kommunisten die ökonomischen Instabilitäten im Vordergrund. (64) In bezug auf das neue Paradigma, das sie langfristig an die Stelle des alten setzen wollen, gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Gemeinsam ist beispielsweise die grundsätzliche Negation des Primats des Individualismus, also die wirkliche Sozialisierung des Menschen. Ein Gegeneinander-Handeln der Menschen ist hier a priori nicht mehr möglich, ein Gleichgewicht als zähneknirschende Akzeptierung eines "Waffenstillstands" ist gegenstandslos geworden. Der dergestalt erreichte Zustand der Gesellschaft ist ein Zustand der globalen Harmonie der Menschen untereinander und mit der Natur. Insofern könnte er natürlich - oberflächlich betrachtet - wieder als Gleichgewichtszustand bezeichnet werden, jetzt allerdings ein auf gänzlich anderen Fundamenten beruhender.

Alternativökonomie und Kommunismus unterscheiden sich bezüglich der Vorstellung, auf welchem technischen Niveau dieser Harmoniezustand erreicht werden soll. Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma negierenden Standpunkten ist aber die Beantwortung der Frage nach dem Weg der Beseitigung des alten Paradigmas. Die Alternativen wollen hier und heute mit der stückweisen Realisierung des neuen Paradigmas beginnen und hoffen auf die ansteckende Wirkung dieses neuen Paradigmas. Die Kommunisten halten das neue Paradigma nur als im Weltmaßstab für realisierbar, was sie vor die Aufgabe stellt, auf der ganzen Welt das alte Paradigma zu beseitigen. Die Schrittmachermodellstrategie der Alternativen und die Weltrevolutionsstrategie der Kommunisten haben nicht zuletzt auch ganz unterschiedlich politisch-praktische Konsequenzen: Die ersteren setzen auf die friedlich-selbsttätig wirkende Ausstrahlungskraft ihres Beispiels, die letzteren hoffen auf die Chance, im Laufe der Zeit mit den vielfältigsten Methoden Gegenmachtpositionen auf der ganzen Welt, insbesondere aber in den kapitalistischen Zentren, zu errichten.

II. SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR FRAGE DER NOTWENDIGKEIT EINES WECHSELS DES PARADIGMAS

Der Wertgehalt der Positionen

Im vorangehenden Kapitel sollten einige der fundamentalen Positionen, die in der gegenwärtigen politischen Diskussion zum Ausdruck kommen, nach ihrem Verhältnis zu unserem Paradigma befragt werden. Es ging darum, festzustellen, ob diese Positionen mit dem Konkurrenzparadigma harmonieren oder ob ihre Vordenker mit einem Paradigmawechsel in näherer oder fernerer Zukunft rechnen. Diese Frage beantworteten die jeweils als Kronzeugen bemühten Autoren aufgrund ihrer je charakteristischen politisch-weltanschaulichen Grundwertentscheidungen. Hayek ging von der Freiheitsidee aus und begründete von hier aus die Notwendigkeit der Ausdehnung des Paradigmas (Begrenzung des Staates). Nell-Breuning und Härtich gingen von der Subsidiaritätsidee aus und Galbraith von der Gerechtigkeitsidee; beide kamen zu dem Resultat, das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma müsse zwar dominieren, aber dennoch durch zusätzliche gesellschaftliche Mechanismen (Gesinnungsreform, Sozialpolitik) abgeschwächt werden. Vogt ging von der Idee des Abbaus von Fremdbestimmung aus und Brus verwies auf die Notwendigkeit, daß ein solcher Abbau nicht gleichzeitig mit einer Effektivitätsminderung der Wirtschaft verbunden sein dürfe. Beide plädierten für eine Neuinterpretation (Arbeiterselbstverwaltung) bei gleichzeitiger Beibehaltung der normativen Substanz (Freiheit, Gleichheit, Eigeninteresse) des Paradigmas. Lediglich die Vertreter der Alternativökonomie und des Kommunismus hielten einen - langfristig gesehen - völligen Verzicht auf das Konkurrenzmodell der Ge-

sellschaft für möglich und sogar notwendig. An seine Stelle soll nach Schwendter und Huber die unmittelbare Gebrauchswertproduktion durch die Konsumenten auf niedrigem technologischen Niveau treten, nach Mandel die auf ein Minimum begrenzte großtechnische Gebrauchswertproduktion und ihre anschließende gesamtgesellschaftliche Verteilung. Produktionssteuerungs- bzw. Verteilungsprinzip ist in beiden Versionen der Negation des Konkurrenzprinzips die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaftsmitglieder.

Oft wird nach einer solchen Bestandsaufnahme die Diskussion abgebrochen und alles weitere der persönlichen bzw. demokratischen Wertentscheidung überlassen (65): Wer eben die Freiheit höher achtet als die Gerechtigkeit, entscheidet sich für die neoliberale Position, wer den Frieden mit der Natur höher einschätzt als persönliche Freiheit oder Gerechtigkeit, plädiert für die alternativökonomische Position usw. In der Regel wird also die Hoffnung vertreten, daß, je entschiedener bestimmte Wertentscheidungen als Annahmen für Erklärungsmodelle bzw. Funktionsvoraussetzungen für Praxismodelle fungieren, desto wahrscheinlicher dieselben Werte dann als Schlußfolgerungen bzw. Eigenschaften der Modelle verbucht werden können. Daß dem nicht so ist, wurde in Teil D dargelegt. Daß die Hoffnung auf die Identität von input und output eine recht oberflächliche Einstellung ist, hat noch einen zweiten Aspekt: Es besteht einiger Grund zu der Annahme, daß ein Teil der normativen Ausgangspunkte dieser politischen Positionen miteinander recht verwandt oder sogar identisch sind, andere sehr wohl miteinander verbindbar. Wenn ein Neoliberaler Freiheit maximieren will, ein Christ dem Menschen optimale Gelegenheiten zur Selbsttätigkeit geben will, ein Sozialist Fremdbestimmung minimieren will und ein Kommunist schließlich das Reich der Freiheit auf diese Welt bringen will, lassen sie sich - so meine hier nicht näher zu begründende Hypothese - letztlich von ein- und derselben allerdings höchst abstrakten Grundidee leiten: daß das Individuum letztendlich in reflektierter Freiheit (also immer unter Mitberücksichtigung der Freiheit anderer) sein Leben gestalten können soll. Des weiteren wird grundsätzlich auch jeder zustimmen, daß ein solches Freiheitsideal nicht gegen, sondern ausschließlich mit den von der Natur gesetzten Möglichkeiten realisierbar sein dürfte und auch kaum ohne ein - freilich näher zu bestimmendes - Gerechtigkeitsprinzip möglich sein wird. Bei einer Vernachlässigung dieser letzten Ziele würde Freiheit jedenfalls über kurz oder lang in Unfreiheit umschlagen.

Die Grundfrage der Stabilität

Die dargestellten praktisch-politischen Positionen und ihre Stellungnahmen zum Konkurrenzparadigma unterscheiden sich also nicht primär - oder zumindest nicht nur - in normativer Hinsicht. Die Hauptdifferenz dürfte eher in der Frage liegen, welche Mittel zur Erreichung dieser Ziele geeignet sind. Also auf unsere Untersuchung bezogen: Taugt das Konkurrenzparadigma zur Realisierung dieses mehr oder minder gemeinsamen Ziels der Befreiung des Menschen? Zur Beantwortung dieser Frage wären zwei Antwortstrategien denkbar: einmal zu prüfen, ob aus dem Kon-

kurrenzmodell kausal die Realisierung des angestrebten Werts resultiert, zum andern zu prüfen, ob das Konkurrenzmodell in sich überhaupt stabil ist, also die Grundlage für eine solche Zielrealisierung überhaupt gegeben ist. Da ein Eingehen auf die politische Grundwertdiskussion den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, möchte ich mich auf die letzteren der beiden Strategien zum Zwecke des Vergleichs der praktisch-politischen Positionen beschränken: die unterschiedliche Beschreibung des Gardes der Stabilität des Konkurrenzmodells. "Stabilität" soll dabei ganz allgemein im Sinn von "Dauerhaftigkeit" begriffen werden. Es wäre sogar zu untersuchen, inwieweit sich die unterschiedlichen Hervorhebungen bzw. Verbalisierungen der apriorischen Grundwertentscheidungen (bei gleicher Grundidee) aus dieser unterschiedlichen Einschätzung der Stabilitätsfrage ergeben bzw. erklären lassen.

In Teil D wurde dargelegt, daß dem Paradigma als Erklärungsmodell Annahmen zugrundeliegen, die von der Wirklichkeit systematisch falsifiziert werden. Erinnert sei vor allem an die Annahme der Gleichbehandlung aller Konkurrenten durch das Gesamtsystem. Die in Teil D belegte De-facto-Ungleichbehandlung führt dazu, daß die von den Paradigmavertretern gepriesenen Leistungen bzw. Eigenschaften des Paradigmas (Freiheit, Produktivität etc.) nicht optimal erreicht werden, und daß das Gesamtsystem vor allem auch nicht stabil ist. Hier nun, wo es um die mögliche Verwendung des Paradigmas als Orientierungsmodell für menschliches Handeln geht, tauchen diese Probleme notwendigerweise wieder auf.

Vergleicht man also die neoliberale, die christlich-sozialdemokratische, die sozialistische und die alternativökonomisch-kommunistische Position im Hinblick auf ihre Antwort auf die Stabilitätsfrage, so erhält man recht deutliche Unterschiede. Hayek hält das Paradigma für in sich prinzipiell stabil, alle Stabilitätsstörungen kommen von den Einschränkungen bzw. Behinderungen dieses Paradigmas. Demgegenüber verlassen sich die christliche Soziallehre und die Sozialdemokratie, jedenfalls die hier untersuchten Autoren, nicht auf die endogene Stabilität des Paradigmas, sondern halten eine permanente aktive Wiederherstellungspolitik, also die bewußte ständige Herstellung der Paradigmavoraussetzungen, für erforderlich. Die hier diskutierten sozialistischen Positionen halten das Konkurrenzmodell in seiner heutigen Gestalt für endogen destabil, weil es die Präferenzen der Arbeiter bezüglich ihrer Arbeitsbedingungen gewaltsam unterdrückt und so zerstörerische Tendenzen produziert. Letztere werden allerdings von diesen Autoren nicht weiter ausgeführt. Notwendig ist aufgrund dieser endogenen Destabilität eine in einen qualitativen Schritt notwendigerweise mündende Politik zur realen Umgestaltung des Paradigmas bei Beibehaltung ihres Kerns. Alternativökonomien und Kommunisten halten demgegenüber das Paradigma für derart instabil, daß es notwendigerweise globale ökologische bzw. ökonomische Krisen mit weitestreichender Zerstörungskraft erzeugt und in ein alternatives münden muß. Sie sehen deshalb die einzige Überlebenschance der Mensch-

heit in der baldigsten realen Negation des Konkurrenzmodells, in einem baldigsten Wechsel des unsere Gegenwart beherrschenden Paradigmas.

Will man ein Urteil darüber fällen, wer den Stabilitätsgrad des herrschenden Gesellschaftsmodells realistisch einschätzt und wer mit seiner Prognose irrt, so muß man den Realitätsgehalt der diesen Prognosen zugrundeliegenden Gesellschaftstheorien prüfen. Dies kann hier selbstverständlich nicht geleistet werden. Eines läßt sich allerdings aufgrund der bisherigen Ergebnisse mit Sicherheit sagen: Diejenigen politischen Positionen, die ihr Grundlagenwissen aus den Arbeiten der in dieser Untersuchung zugrundegelegten Autoren beziehen, also auf Samuelson, Dahrendorf, Schumpeter, Popper u. ä. zurückgreifen, haben wenig Grund, sich ihres Wissens sicher zu sein. In Teil D wurde die Zuverlässigkeit dieses Wissens ausführlich kritisiert, und eine auf diesem Wissen aufbauende Prognose kann naturgemäß keinen höheren Grad an Sicherheit erlangen als die ihr zugrundeliegende Theorie. Und letztere berechtigt nur zu einem Schluß: Bisher lief es in der Wirklichkeit einigermmaßen so ab, wie in der Theorie behauptet.

Praktische Wirksamkeit in der Gegenwart

Wenn sich die vorgeführten politisch-praktischen Positionen also in erster Linie in der Beantwortung der Frage nach der Stabilität des Konkurrenzmechanismus unterscheiden, wenn also von ihnen keine übereinstimmende und überzeugende theoretische Antwort auf die Frage der Zukunft des Paradigmas gegeben werden kann, so bleibt neben der oben angedeuteten Überprüfung ihrer jeweiligen theoretischen Ausgangsbasis nur noch der Gang in die Empirie.

Stellt man einmal ganz global die Frage, wo unser Paradigma - hier bezogen auf die ökonomische Dimension - gegenwärtig auf der Welt das faktisch dominierende gesellschaftliche Ordnungsmodell ist, so muß ohne Zweifel ein großer Teil der Welt, insbesondere der wirtschaftlichen, politisch und kulturell am weitesten entwickelten und einflußreichsten Länder, genannt werden. Fragt man nach den jeweils dominierenden Varianten des Paradigmas, so ist festzustellen, daß im Westen meist die erste (neoliberale) oder zweite (christliche, sozialdemokratische) vorherrscht, im Osten die dritte (sozialistische). Eine Totalnegation des Paradigmas findet in der Praxis nirgendwo statt, mit Ausnahme einiger Überbleibsel traditioneller Ökonomien in der Dritten Welt und einiger weniger subkultureller Enklaven, die meines Wissens fast ausschließlich in den reichsten der westlichen Hauptländern zu finden sind. Summa summarum ist das Paradigma also gegenwärtig universell wirksam.

Im Zusammenhang mit der Frage der praktischen Bedeutung des Konkurrenzparadigmas muß auch nach Entwicklungstrends gefragt werden. Ganz grob kann behauptet werden, daß es im 17. und 18. Jahrhundert in einigen Regionen der Welt als ökonomische Ordnungsform entstan-

den ist bzw. sich als dominierend durchsetzte. Als ursprüngliches Vehikel diente dabei meist der Staat (Merkantilismus). (66) Im 19. Jahrhundert erfolgte einerseits eine weitere Ausbreitung dieses Paradigmas, andererseits kam es in den Ursprungsländern des Paradigmas zu einem global beobachtbaren Variantenwechsel: zu einer Verschiebung vom neoliberalen hin zum christlichen bzw. sozialdemokratischen Verständnis des Konkurrenzparadigmas. Im 20. Jahrhundert sind wir Zeugen der weitgehend zum Abschluß kommenden Ausbreitungsbewegung. Zum zweiten fand in einem Teil der Welt in diesem Jahrhundert ein weiterer Variantenwechsel statt, die Ersetzung der kaum begonnenen Einführung des Paradigmas in Gestalt eines primär importierten Merkantilismus durch die sozialistische Variante. Als dritte Entwicklungstendenz des 20. Jahrhunderts müssen die innerhalb einer Variante beständig stattfindenden und meist kurzlebigen Akzentverschiebungen festgehalten werden: Im Osten die Ansätze rückläufiger Tendenzen in Richtung Sozialdemokratismus, d. h. Ersetzung der Kollektivkonkurrenz durch die Individualkonkurrenz. Im Westen die Akzentverschiebungen innerhalb der christlich-sozialdemokratischen Paradigmavariante, und zwar in beide Richtungen, also in Richtung Neoliberalismus (z. B. gegenwärtiges England) wie auch in Richtung Sozialismus (z. B. gegenwärtiges Frankreich). Wirtschaftspolitisch bedeutet dies in erster Linie eine Pendelbewegung zwischen Monetarismus und Keynesianismus. - Nimmt man die Tendenzen im Osten wie im Westen zusammen, so pendelt sich die Entwicklung in den am weitesten entwickelten Ländern der Welt eher bei der mittleren Variante als bei der "rechteren" (neoliberalen) oder "linkeren" (sozialistischen) ein.

Von der Empirie her, sowohl was die Gegenwart als auch was die Entwicklungstrends angeht, ist ein Wechsel des Konkurrenzparadigmas also nirgendwo auch nur in Ansätzen in Sicht. Rein empirisch müßte man also feststellen, daß das Konkurrenzparadigma zwar in seiner Reinform, der neoliberalen, langfristig nicht beständig ist, jedoch in seiner christlich-sozialdemokratischen Variante, also bei Einbindung in eine Politik der beständigen Herstellung der Paradigmavoraussetzungen, durchaus Beständigkeit bewies. Würde man die Ebene der reinen Empirie allerdings verlassen und nach Erklärungsmodellen für die historisch-langfristige Entwicklung gesellschaftlicher insbesondere ökonomischer Ordnungsformen fragen, so würde sich dieses Bild unter Umständen wieder relativieren. Der in dieser Untersuchung schon öfter erwähnte Immanuel Wallerstein beispielsweise erklärt die soeben festgestellten globalen Tendenzen zur sozialdemokratischen Variante des Konkurrenzparadigmas aus langfristigen und weltweit wirkenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. So findet z. B. ein beständiger Transport gesellschaftlichen Reichtums von den Peripherien (des Ausbreitungsprozesses des Paradigmas) in das Zentrum dieses Ausbreitungsprozesses statt. Dies führt dazu, daß in diesen Zentren soziale Gegensätze weitgehend vermindert werden, die Konkurrenz hier also über einem starken Auffangnetz stattfinden kann. An den Peripherien hingegen verschärft sich die Konkurrenz, dort geht es ständig ums nackte Überleben. Das erste Phänomen ist aber nichts anderes als die Kehrseite des zweiten.

Insofern besteht zwischen dem strikten Monetarismus im gegenwärtigen Chile und dem tendenziellen Keynesianismus im gegenwärtigen Frankreich ein Zusammenhang.

Daß sich auch die sozialistischen Länder empirisch nicht wirklich weg vom Konkurrenzmodell der Wirtschaft bewegt haben, sondern eher wieder zu ihrem Ursprung zurückzukehren drohen, erklärt Wallerstein aus der Behauptung, daß das "kapitalistische Weltsystem" gegenwärtig schon derart universell sei, daß aufgrund der weltweiten Arbeitsteilung kein Land mehr wirklich aus diesem System ausbrechen könne. Was bestenfalls stattfinden könne, sei eine Änderung der Eigentumsverfassung und damit einhergehend eine Änderung der Verteilungsverhältnisse, eine Totaländerung des Konkurrenzparadigmas könne jedoch nur im Weltmaßstab herbeigeführt werden. Dies findet nach Wallerstein letztendlich auch eines Tages statt, da nach seiner Auffassung dieses kapitalistische Weltsystem endogen langfristig derart instabil ist, daß es sich selbst zerstört. (67)

Wechsel in der Zukunft?

Es kann also weder aus den gegenwärtig vorhandenen politischen Stellungnahmen zum Paradigma noch aus der reinen Erfahrung über die jüngste und gegenwärtige Wirksamkeit des Paradigmas irgendeine nennenswerte Tendenz zu seinem Wechsel beobachtet werden. Andererseits wurde im Kapitel über die Wurzeln des Paradigmas dargelegt, daß es durchaus einige ernstzunehmende Gründe dafür gibt, daß ein solcher Wechsel prinzipiell möglich sein könnte. Um die Wahrscheinlichkeit oder gar die Notwendigkeit eines solchen Wechsels noch weiter zu prüfen, möchte ich auf einen theoretischen Ausgangspunkt der gesamten Untersuchung, auf den Paradigmbegriff von Kuhn und die dazugehörige Theorie der "wissenschaftlichen Revolutionen", zurückgreifen.

Setzt man einmal voraus, daß die Menschen ihre Gesellschaftsform mit Bewußtsein wählen, daß sie dazu verschiedene theoretische Ordnungsmodelle zur Auswahl haben, von denen sie nach reiflicher Diskussion dasjenige wählen, das ihnen am besten erscheint, so funktioniert der Wechsel eines praktischen Paradigmas nicht anders als der Wechsel eines theoretischen Paradigmas. Dies war im übrigen auch die Vorstellung von Kuhn. (68) Um die praktische Zukunftsperspektive des Konkurrenzparadigmas abzuschätzen, muß also gefragt werden, unter welchen Bedingungen sich ein theoretischer Paradigmenwechsel ergeben wird. Dafür gibt Kuhn folgende Kriterien: Erstens muß das alte Paradigma in eine Krise geraten sein, d. h. bedeutsame wissenschaftliche Probleme nicht mehr zufriedenstellend lösen können. Zweitens muß ein neuer Anwärter für ein eventuell neues Paradigma existieren, der als einziger diese Probleme lösen kann und zudem auch einen Großteil der von dem alten Paradigma auch schon gelösten Probleme gleichfalls lösen kann. (69) Der Ausgangspunkt eines Paradigmenwechsels, die Krise des alten Paradigmas, ist an einer Vielzahl von Erscheinungen des Wissenschaftsbetriebs

erkennbar, wie z. B. das Auftauchen von nicht erklärbaren Phänomenen, das Wuchern von unzähligen Erklärungsversuchen innerhalb eines Paradigmas zur Aufhellung dieses Phänomens, die Umwertung der als relevant definierten wissenschaftlichen Fragestellungen (70) oder das Zunehmen zirkulärer Argumentationsmuster.

Überträgt man nun diese allgemeinen Kriterien, die Kuhn für die Wahrscheinlichkeit bzw. Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels angibt, auf unser Konkurrenzparadigma, so können folgende Arbeitshypothesen aufgestellt werden, die sich zu einer weiterführenden Überprüfung anbieten könnten: Je häufiger zentrale Prognosen (beispielsweise über Wirtschaftswachstum oder Umweltzustand) in die Irre gehen, je mehr verzweifelte Erklärungsansätze sich vergeblich darum bemühen, solche Unwägbarkeiten in den Griff zu bekommen (beispielsweise das Aufkommen einer Vielzahl von interdisziplinären neuen und speziellen Bindestrichwissenschaften), je mehr die Wissenschaftler früher wichtige Probleme als heute unwichtige umdefinieren (beispielsweise im Rahmen einer neuen Grundwertdiskussion etwa um das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität), desto wahrscheinlicher wäre – wenn diese Verlängerung der Kuhnschen Theorie sinnvoll ist – eine bevorstehende Paradigmenkrise. Das letzte Kriterium für eine solche Krise, die Zirkularität, dürfte in der Tat schon weitgehend real vorhanden sein. Ich meine jenen Zirkel, der sich u. a. auch aus dem dargelegten Ansatz von Weber, Blumenberg und Dux zur Erklärung der Wurzeln des modernen Menschenbildes ergibt: Die kapitalistische Warenwirtschaft ist gut, weil sie die beste Entfaltung des menschlichen Wesens ermöglicht. Und: Was das menschliche Wesen ist, sieht man mit offenen Augen tagtäglich (in der kapitalistischen Warenproduktion). Der Fehler dieser Erklärung besteht darin, daß man nicht gleichzeitig den Kapitalismus aus der Menschennatur und die Menschennatur aus dem Kapitalismus ableiten kann. Daraus folgt: Sollten Weber u. a. recht haben, müßten die Vertreter des bürgerlichen Welt- und Menschenbildes sich vor einem solchen Zirkel hüten und entweder die Menschennatur oder den Kapitalismus oder beide aus einer jeweils anderen Erklärungsbasis ableiten. Die Menschennatur etwa aus dem Wissen über vorkapitalistische Gesellschaften, den Kapitalismus etwa aus irgendwelchen metaphysischen, kybernetischen oder anderweitigen Grundaxiomen. – Zurück zur Frage eventueller Anzeichen einer bevorstehenden Paradigmenrevolution. Ob die erste der Kuhnschen Bedingungen, die Krise des alten Paradigmas, gegeben ist, ist insgesamt betrachtet gegenwärtig höchst zweifelhaft und bedürfte einer eingehenden empirischen Überprüfung, etwa durch einen Test der oben formulierten Arbeitshypothesen.

Offene Fragen an einen möglichen Paradigmaanwärter

Neben der Krisenhaftigkeit des alten Paradigmas forderte Kuhn die Existenz eines Anwärters für ein neues. Solche Anwarter existieren in der akademischen Diskussion gegenwärtig höchstens am äußer-

sten Rande, eben in Gestalt von alternativökonomischen und kommunistischen, im wesentlichen auf den wirtschaftlichen Bereich begrenzten, Vorstellungen. Eine Ausweitung zu einem mehrere sozialwissenschaftliche Disziplinen umfassenden Ideengebäude, das Methoden, Grundbegriffe und Resultate umfaßt, also einem wirklichen Paradigma, ist jedoch noch nicht in Sicht. Allerdings ist nach Kuhn ein solcher Anwärter im Anfangsstadium naturgemäß immer durch eine weitgehende Gegenstands- und Methodenbeschränktheit gekennzeichnet, dehnt sich also erst mit der Zeit auf mehrere Gegenstände aus und verfeinert seine Verfahrensweisen und Meßmethoden. (71) Nach Kuhn wäre also zu fragen, welche Leistungen diese - wenn auch marginal bedeutsamen aber dennoch existierenden - möglichen Anwärter auf ein neues Paradigma anzubieten haben. Kuhn sagt, sie müssen erstens die Probleme, die zur Krise des alten Paradigmas geführt haben, als einzige lösen können und sie müssen zweitens einen Großteil der auch schon von dem alten Paradigma gelösten Probleme ebenfalls lösen können.

Zunächst zu den neuen bisher noch nicht gelösten Problemen. Ob solche kritischen Probleme auftauchen, welche es sind, und wann dies der Fall sein wird, kann heute nur sehr spekulativ formuliert werden. Es gibt allerdings einigen Grund für die Vermutung, daß am ehesten das relativ plötzlich innerhalb weniger Jahre aufgetauchte Problem der Umweltzerstörung bzw. der Ressourcenknappheit, das Problem des stagnierenden oder sogar rückgängigen Wachstums der Weltwirtschaft infolge der begrenzten Absatzmöglichkeiten der Produktion im Inland (sinkende Kaufkraft durch rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit oder Arbeitszeitverkürzung) und Ausland (wachsende Zahlungsunfähigkeit in den Ländern der Dritten Welt) oder das Problem der mit Großtechnik und Konkurrenzdruck einhergehenden ebenfalls heute schon empirisch nachweisbaren psychischen Belastungen (Vereinsamung, Entfremdung etc.) eine solche Krise der herrschenden Wissenschaft herbeiführen könnte. In diesem Zusammenhang müßten mindestens zwei zentrale Hypothesen getestet werden: Die obengenannten Probleme führen nicht nur zu einer Krise der einen oder anderen Variante des herrschenden Paradigmas, sondern lassen sich innerhalb des Paradigmas nicht mehr (auch nicht durch die sozialistische Variante) lösen. Und die zweite Hypothese: Nur die kommunistische oder alternativökonomische Paradigmenrevolution ist zu einer solchen Lösung in der Lage. Gerade diese zweite Arbeitshypothese müßte gemäß den Kuhnschen Forderungen an eine vorrevolutionäre Situation sorgfältig geprüft werden. Wenn Kuhn sagt, daß der neue Paradigmenanwärter als einziger die neuen Probleme lösen können muß, so bedeutet dies hier konkret: Keine noch so sozialistische Modifikation des alten Paradigmas dürfte die genannten ökologischen, ökonomischen und psychischen Probleme in den Griff bekommen. Demgegenüber scheint die Realität auch Zwischenlösungen vorzubereiten: Zumindest für eine sozialistische Planwirtschaft mit Marktmechanismen dürfte wenigstens das Problem der Umweltressourcen oder der säkularen Stagnation weitgehend lösbar sein.

Selbst wenn sich die eben formulierten Hypothesen als haltbar erweisen sollten, wenn also tatsächlich ein völliges Abgehen von indi-

vidualistischen Ansatz im Denken und gesellschaftlichen Handeln angesichts dieser Probleme erforderlich sein sollte, wenn also die Stellung der Gattung Mensch in der Natur zum neuen Ausgangspunkt von Denken und Handeln gemacht werden müßte, bliebe immer noch der zweite Teil des Kuhn'schen Kriteriums zu beantworten: die Fähigkeit des Anwärters, die alten Probleme ebenfalls zu lösen. Hier müssen Fragen wie diese gestellt werden: Kann der Anwärter aus seinem Modell heraus durch logische Deduktion ableiten, wie nach Abschaffung der diversen Konkurrenzmechanismen das Gattungsleben zu organisieren ist? Wie löst das neue Paradigma das Problem der sogenannten konstitutionellen Ungewißheit bzw. des notorischen Mangels an Informationen in Entscheidungssituationen? In einer Planwirtschaft treten zwar bestimmte Formen von Informationsproblemen (Konjunktursteuerung, Versicherungs- und Bankensystem) nicht mehr auf, dafür andere u. U. vermehrt. Der Liberalismus hatte aus universeller Entscheidungsunsicherheit gefolgert, daß der einzelne möglichst viele Fragen selbst entscheiden solle und möglichst viele Entscheidungen auch leicht revidierbar bleiben sollten. Dies sei die einzige Möglichkeit, um die Tragweite von Fehlentscheidungen für die Menschen zu minimieren. Wenn sich der einzelne nun im neuen Paradigma als Gemeinschaftswesen begreift und die gegenwärtige wie die zukünftige Gemeinschaft (Generationenfolge) bewußt gestaltet wird, welche Entscheidungskompetenzen bleiben dann angesichts der Komplexität der Kriterien und der Folgen der Entscheidungen beim einzelnen? Wo ist hier die Grenze zu ziehen? Wenn das im alten Paradigma geltende Prinzip, daß derjenige (meist der Staat), der gesamtgesellschaftliche Entscheidungen bzw. Planungen für ein bestimmtes Problem will, die "Beweislast" für die Planungsnotwendigkeit trägt (72), nicht mehr gilt, was tritt dann an die Stelle dieses alten Prinzips?

Die Informations- und Entscheidungsproblematik innerhalb eines alternativen Paradigmas bezüglich des Funktionierens der Ökonomie wird noch dadurch erheblich verschärft, daß - wie zumindest die Resultate von Marx, Lukács und Sohn-Rethel gezeigt haben - die Abschaffung des Geldes eine strategisch zentrale Rolle bei einem Paradigmenwechsel spielen müßte. Die Existenz des Geldes war ja als globaler Grund des menschlichen Egoismus bzw. Maximierungsverhaltens behauptet worden. Mit dem Wegfallen des Geldes gehen nun aber auch seine Funktionen als Informationsträger verloren. Geld und Geldrechnung ermöglichten in der Warenwirtschaft ja, daß die Nützlichkeit von Gütern und Dienstleistungen nicht nur für bestimmte Menschen und Situationen in das wirtschaftliche Kalkulieren mit einging, sondern von diesen beiden Beschränkungen unabhängig wurde. Das war die Hauptleistung des Geldes, die Weber als Rationalisierungsfunktion des Geldes auf den Begriff gebracht hatte. Welcher Informationsträger soll nun aber an die Stelle des Geldes treten? Könnten neue Informationstechniken (Computer, Verkabelung) dasselbe leisten? Lauter Fragen, die - jedenfalls bisher - von den Anwärtern auf ein neues Paradigma noch unbeantwortet blieben.

Kann ein solcher Anwärter ferner aus seinem Modell deduzieren, daß ein Wechsel des Paradigmas überhaupt noch möglich ist, bzw. zu einem Preis, der die völlige Zerstörung aller Funktionsvoraussetzungen des neuen Paradigmas mit einer hinreichend großen Sicherheit ausschließt? Gedacht werden muß dabei an die möglichen Transformationskosten, die sich beispielsweise aus der Existenz von Massenvernichtungsmitteln (Atomwaffen, Atomindustrie) oder aus der Möglichkeit weitgehender historischer Rückschritte in bezug etwa auf die politische Kultur (Kambodscha unter Pol Pot) ergeben könnten.

Eine weitere Frage müßte einer ganz intensiven Überprüfung unterzogen werden: Da das alte Paradigma in dieser Untersuchung ja als ein interdisziplinäres dargelegt wurde, müßte auch das neue Paradigma nicht nur die Ökonomie, sondern auch die Politik, das gesellschaftliche Zusammenleben und die Wissensgewinnung neu beschreiben und normieren können. Alternativökonomische und kommunistische Theorien sind aber meines Wissens bestenfalls für den ökonomischen Bereich in groben Umrissen ausgearbeitet. Die Frage lautet also: Sind die alternativen Ökonomiemodelle auf die anderen Bereiche überhaupt übertragbar? Wenn sich der Mensch primär nicht als Einzelmensch, sondern als mit der Natur im Stoffwechsel befindliches Gattungswesen begreift, wie muß dann sein politisches Leben, sein soziales Leben, seine Wissenschaft organisiert werden? Wie muß beispielsweise angesichts eines "Rests" konstitutioneller Ungewißheit planvolle Wissenschaft organisiert sein? Was ist das Schicksal der formalen Rationalität? Welche materiale Denkform tritt an ihre Stelle? Und zwar in allen drei nicht-ökonomischen Bereichen: Politik, Gesellschaftsinteraktion und Wissenschaft. Oder existieren diese Bereiche dann sowieso nicht mehr als von einander unterscheidbare, wie dies Marx und Engels in ihren Frühschriften angedeutet haben?

Eine Vermutung darf vorweg geäußert werden: Sollten diese Bereiche in irgendeinem neuen Sinn weiterexistieren, so dürfte eine Verbindung alter Ordnungsprinzipien in einem Bereich und neuer im anderen höchstwahrscheinlich enorme Zusatzprobleme mit sich bringen. Durch materiellen Leistungsanreiz in der Ökonomie etwa den Menschen als Egoisten anzusprechen, durch Solidaritätskampagnen in der Politik den Menschen demgegenüber als Gemeinschaftswesen anzusprechen, wie dies vielerorten im sogenannten "realen Sozialismus" geschieht, dürfte einen kaum gangbaren Weg darstellen. Fazit: Ob der alternativökonomisch-kommunistische Paradigmaanwärter diese Vielfalt der alten Probleme wenigstens größtenteils befriedigend lösen kann, ist höchst fragwürdig.

Die Ausgangsfrage lautete: Ist ein Wechsel des Konkurrenzparadigmas zu erwarten, wann und unter welchen Bedingungen? Die Antwort müßte etwa folgendermaßen lauten: Gegenwärtig ist ein solcher Wechsel nirgendwo sichtbar, in der Zukunft wäre er erst dann denkbar, wenn in den genannten zentralen Anwendungsbereichen ein wirklich kompetenter Anwärter seine theoretische und praktische

Überlegenheit angesichts sonst unlösbarer Probleme darlegen könnte. Das alternativökonomisch-kommunistische Paradigma könnte wahrscheinlich die oben genannten neuen Probleme, an denen das alte Paradigma vielleicht scheitern würde, lösen. Bei den traditionellen Problemen, die zuletzt genannt wurden, müßte jedoch eine große Menge an konkreter Utopie aufgestellt werden, bis ein Paradigmenwechsel ernsthaft in Frage kommen könnte. Sollte dies wirklich einmal auf der Tagesordnung der Geschichte stehen, so darf mit Kuhn angenommen werden, daß das neue Paradigma nicht allein, ja nicht einmal primär, aufgrund von Logik und Experiment in Diskussion und Praxis siegen wird, also nicht aufgrund von Überzeugungsarbeit. Wie stark auch immer die logischen und empirischen Argumente sein mögen, die Auseinandersetzung hat letztlich "den Status eines Überredungsversuchs". "Wie bei politischen Revolutionen gibt es auch bei der Wahl eines Paradigmas keine höhere Norm als die Billigung durch die jeweilige Gemeinschaft." (73) Nicht der wissenschaftliche Beweis, sondern die praktische Aktion wird das neue Paradigma zur Welt bringen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Nach **Thomas Kuhn** haben die Wissenschaftler einer Zeitepoche weitgehend gemeinsame und allgemeinverbindliche Grundauffassungen über untersuchenswerte Gegenstände, taugliche Methoden und akzeptable Erklärungsmodelle. Die Wissenschaftler halten an solchen Grundauffassungen, ihren Paradigmen, auch dann noch fest, wenn sie schon längst durch wissenschaftliche Kritik fragwürdig geworden sind. Kuhn hatte diese folgenreiche Erkenntnis anhand der Geschichte der Naturwissenschaften belegt, aber auch darauf hingewiesen, daß es in den Sozialwissenschaften u. U. solche Paradigmen gibt. Diese Bemerkung war einer der zentralen Ausgangspunkte meiner Untersuchung.

Meine Vermutung bestand darin, daß über den Streit der Schulen und auch über die Grenzen der Disziplinen hinweg bei einem großen Teil der Sozialwissenschaftler immer wieder eine gemeinsame Grundauffassung nachweisbar ist: die Auffassung, daß die Begriffe "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" Fundamentalbegriffe der sozialwissenschaftlichen Analyse sind. Dies war gewissermaßen meine Arbeitshypothese. Mit ihr verband ich eine zweite Idee: Wenn sich diese Hypothese erhärten läßt, dann ergibt sich eine zusätzliche Möglichkeit der Kritik an solchen sozialwissenschaftlichen Theorien (auch wenn Paradigmen durch Kritik noch nicht ohne weiteres zu Fall zu bringen sind): die Übertragung der an einem paradigmatischen Exemplar bereits geleisteten Kritik auf ein anderes. Eine solche Kritik verkörpert zwei Vorzüge, die sonst nur getrennt zu haben sind: sie ist wesentlich immanent und dennoch fundamental.

Diesen beiden Ideen wollte ich etwas nachgehen und zum Schluß einige Überlegungen zum zukünftigen Schicksal dieses Paradigmas anstellen, zur Frage nämlich, ob es diesem sozialwissenschaftlichen Paradigma eines Tages ebenso ergehen könnte wie den naturwissenschaftlichen: daß sie nämlich durch andere allgemeinverbindliche Grundauffassungen abgelöst werden und auf dem "Müllhaufen" der Ideengeschichte landen. Im folgenden nun eine Kurzfassung der Untersuchung und ihrer Ergebnisse.

1. Es wurden **Theorien über Gesellschaft** und **Theorien über Theorien** ausgewählt, die alle mehr oder minder explizit mit den Begriffen "Konkurrenz" und "Gleichgewicht" operieren. Die Theorien über Gesellschaft (ökonomische: Samuelson, politologische: Schumpeter/Fraenkel, soziologische: Dahrendorf/Gerhardt) kennzeichnen ihren jeweiligen Gegenstandsausschnitt wie folgt: Individuen verfolgen ihre Zwecke (Maximierung von Nutzen/Macht/Freiheit), stoßen dabei aneinander bzw. konkurrieren miteinander und bilden Kompromisse bzw. Gleichgewichte (Preise, Gesetze, Normen). Die Theorien über Theorien (wissenschaftssoziologische: Merton; wissenschaftslogische: Popper/Spinner/Feyerabend) kennzeichnen ihren jeweiligen Gegenstandsausschnitt wie folgt: Individuen verfolgen ihren Zweck (Maximierung von wissenschaftlicher Anerkennung bzw. von Wissen), konkurrieren dabei miteinander (über wechselseitige Kritik) und bilden Gleichgewichte (Einigung über vorläufig relativ bewährte Theorien und Methodologien).
2. Diese Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien können unter einem **synchronen Aspekt** als Ausdrucksformen eines gemeinsamen zugrundeliegenden Paradigmas bezeichnet werden: Sie führen alle die jeweiligen Realitätsausschnitte einerseits auf ein Individuum zurück, das bestimmte Objekte maximiert, und andererseits auf die natürliche Knappheit dieser Objekte (paradigmatische Grundannahmen). Ferner behaupten sie, daß das freie individuelle Maximieren bei einem Minimum an äußeren (z. B. staatlichen) Eingriffen zu einem Maximum an individueller Freiheit und Gleichheit für das Individuum sowie zu einem Optimum an Leistung und Rationalität für die Gesellschaft führe (paradigmatische Schlußfolgerungen).
3. Auch unter einem **diachronen Blickwinkel** handelt es sich bei der Konkurrenz-Gleichgewichts-Vorstellung um ein sozialwissenschaftliches Paradigma: Die oben skizzierten Theorien stellen einen vorläufigen Endpunkt einer Tradition der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung dar, die über eine klassische (z. B. Menger, Simmel) und liberale (z. B. Humboldt, Smith) Entwicklungsphase auf einen aufklärerischen Ausgangspunkt (Deismus, Descartes, Hobbes) zurückverfolgt werden kann.

Während dieser Entwicklungsphasen erlebte das Paradigma eine zunehmende Ausdifferenzierung, Formalisierung und - am Schluß - Immunisierung (gegen empirische Kritik). (Interessant ist, daß dieser letzte Trend - nämlich der fast penetrante Hinweis, daß es sich bei den jeweiligen Konstruktionen nicht schon um Aussagen über die Wirklichkeit handelt, sondern um instrumentell-heuristische Voraussetzungen für solche erst später formulierbaren

Aussagen - in aller Regel einher geht mit einer ebenso konsequenten tatsächlichen Reifikation bzw. Resubstantialisierung dieser Konstruktionen, und zwar nicht nur in Lehrbuchinterpretationen, im Journalismus oder in der Politik, sondern auch bei den ursprünglichen Konstrukteuren selbst.) Konstant blieb während dieses über dreieinhalb Jahrhunderte sich erstreckenden Entwicklungsprozesses des Paradigmas die Grundidee der autonomen Konkurrenz und Gleichgewichtsbildung.

Die letztlich Wurzeln des Paradigmas werden von verschiedenen theoretischen Standpunkten aus entweder mehr in geistigen Entwicklungsbedingungen oder mehr in materiellen gesehen: Einerseits verweist man auf den Protestantismus (Weber Hooykaas), den Katholizismus (Blumenberg, Nelson) und die Antike (Dux), andererseits auf die Sozialgeschichte der Warenproduktion (Marx, Lukačs, Sohn-Rethel).

4. Verwendet man das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma als **wissenschaftliches Erklärungsmodell**, so stößt man auf folgende Unzulänglichkeiten: Es ist empirisch bisher nicht überprüft worden (im Sinn einer strengen Prognosefalsifikation). Es ist aufgrund der allgemeinen theoretischen Vereinheitlichung, der vielen impliziten Annahmen sowie der unscharf und unfalsifizierbar formulierten expliziten Annahmen auch kaum überprüfbar. Dazu kommt der mit der Ausbreitung dieses Paradigmas einhergehende theoretische Monismus, der die Chancen eines Scheiterns an der Empirie nochmals verringert. - Ferner sind zentrale Annahmen ganz offensichtlich kontrafaktisch, wie z. B. die behauptete Exogenität der individuellen Zwecke und die institutionelle Gleichheit der Konkurrenten. - Schließlich ist die Erklärungsreichweite des Paradigmas stark begrenzt: Makrophänomene (insbesondere verdinglichte) einerseits, und die Inhalte der individuellen Zwecksetzungen andererseits können kaum erklärt werden. Insofern stellt das Paradigma eher eine Ideologie (wissenschaftliche Überhöhung/Verdoppelung der Realität) als eine Erklärung dar: Das Sein erscheint als Resultat des Wollens, z. T. auf der Basis theoretisch nicht befriedigend explizierter "letzter Werte".

Methodologischer Grund dieses Denkens ist das gedankliche Zerreißen des sozialwissenschaftlichen Gegenstands (zusammenhandelnde Menschen) in isolierte Disziplinen, isolierte Einzelhandlungen und isolierte Zwecksetzungen. Nachdem die Individuen dergestalt bereits durch die "Wahl" der Annahmen von allen natürlichen, historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgelöst sind, können sie sich ihrer Gesellschaftlichkeit nur mehr in höchst ungesellschaftlichen Kategorien bewußt werden: Gesell-

schaft als vom Individuum abgeleitetes Resultat immerwährender Konkurrenzkämpfe und Gleichgewichtsbildungen. Und bezüglich der Wissenschaftstheorien: Nachdem der Erkenntnisprozeß von allen seinen Voraussetzungen gedanklich losgelöst ist, kann Erkenntnis nur noch als Konkurrenz der Vermutungen und dazugehörigen Übereinkünften über Gültiges beschrieben werden. Diese Kritik an der Erklärungsleistung des Paradigmas wurde allerdings in meiner Untersuchung nur jeweils exemplarisch belegt und hat insofern in letzter Instanz nur Hypothesencharakter.

5. **Als praktisches Handlungsmodell** wird das Paradigma von unterschiedlichen politischen Positionen aus unterschiedlich bewertet: Neoliberale (Hayek) wollen es in seinem Gültigkeitsbereich ausdehnen, Christen und Sozialdemokraten (Nell-Breuning, Galbraith) wollen es abschwächen, Sozialisten (Vogt, Brus) wollen es uminterpretieren, und zwar durch Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsgrundlage, und Alternative und Kommunisten (Schwendter, Mandel) wollen es negieren und durch ein anderes ersetzen.

Ein solcher Wechsel des Paradigmas würde drei Voraussetzungen erfordern: Notwendige Bedingung wäre, daß die Wurzeln des Paradigmas tatsächlich - wie ein Teil der Erklärungsansätze (z. B. Nelson, Marx) behauptet - historisch-veränderbar sind. Dieser Kontroverse um die ideen- und sozialgeschichtlichen Grundlagen müßten die historischen Forschungen noch weiter nachgehen. Ein Wechsel wäre ferner nur dann vorstellbar, wenn diejenigen Recht behalten sollten, die das Paradigma als Handlungsmodell in starker und zunehmender Bedrängnis sehen (Sozialisten, Kommunisten und Alternative). Dabei müßte sich herausstellen, daß auch alle Formen einer innerparadigmatischen Reform (z. B. Herstellen christlicher oder sozialdemokratischer Solidargemeinschaften) mit diesen Problemen (Umwelt, Ökonomie, psychische Verelendung) nicht zu Rande kommen. Schließlich müßte als dritte Bedingung - nach Kuhn - ein kompetenter Anwarter (nicht-individualistisches Paradigma: kollektivistisch, ökologisch o. ä.) auftreten, der die neuen Probleme, an denen das alte Paradigma scheiterte, lösen kann und zudem die alten Probleme, die auch das alte Paradigma zu meistern im Stande war, in den Griff bekommt. Während erstere Leistung u. U. von Paradigmabewerbern in absehbarer Zeit erbracht werden könnte, ist dies bei der zweiten Anforderung gegenwärtig nicht vorstellbar.

So dürfte das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma - unbeeindruckt von den vereinzelt kritischen Stimmen - auf nicht absehbare Zeit weiterhin seine volle Leistungsfähigkeit entfalten können: die Auszeichnung der Verhältnisse aus von den Individuen genauso und nicht anders gewollte Verhältnisse. Auch wenn die Konkurrenten de facto noch so unfrei und ungleich sind, im Paradigma arrangieren sie sich mit ihrer Situation ohne große Probleme. Letztliche Basis dieses Arrangements ist das immer wieder quasi mit Naturnotwendigkeit eintretende individuelle psychische Gleichgewicht.

Dies gilt für das ökonomische Gleichgewicht zwischen den Tarifpartnern genauso wie für das militärische Gleichgewicht der Weltmächte: Der Gleichgewichtsbefund abstrahiert von allen objektiven Ungleichheiten bezüglich der physischen und psychischen Individualitäten und der ebenso objektiven je besonderen Verfügung über materielle Mittel dieser Individualitäten (Individuen und Gruppen). Von all diesen Bedingungen bleibt bei den im Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma befangenen Subjekten nur das Gefühl der psychischen Ausgeglichenheit angesichts der von den realen Verhältnissen aufgezwungenen Kompromisse übrig.

Anmerkungen

Zur Einleitung

- 1) Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (1962). Die Klammerzahl gibt das Jahr der Erstveröffentlichung an.
- 2) Vgl. z. B.: Kutschera, Grundfragen der Erkenntnistheorie, S. 492 f.
- 3) z. B.: Kuhn, Struktur, S. 30 und S. 133.
- 4) Ebd., S. 133
- 5) Allerdings modifiziere ich den Kuhnschen Ansatz insofern, als ich unter Paradigmen nicht nur (wie Kuhn in seinen Beispielen) gemeinsame und verbindliche Grundauffassungen innerhalb von Einzeldisziplinen verstehe, sondern auch Auffassungen, die über die einzelwissenschaftlichen Grenzen hinausreichen. Außerdem bezeichne ich eine wissenschaftliche Auffassung auch dann noch als paradigmatisch, wenn die einzelnen Theoretiker, die diese Auffassung teilen, unterschiedliche metatheoretische bzw. methodologische Vorbermerkungen äußern, aber dann doch zu strukturgleichen theoretischen Zentralbegriffen (Annahmen und Schlußfolgerungen) gelangen. Mir geht es im Gegenteil darum, die Irrelevanz methodologisch-metatheoretischer Lippenbekenntnisse für die tatsächliche Theoriebildung aufzuzeigen. Ein besserer Terminus als das Wort "Paradigma" für formanaloge Gedankengebilde scheint mir nicht verfügbar.
- 6) Da die Abgrenzung der einzelwissenschaftlichen Disziplinen in den Sozialwissenschaften eine traditionell entstandene und keine systematisch konstruierte ist, d. h. von keiner sozialwissenschaftlichen Übertheorie abgeleitet ist (vgl. Teil B: I B 2 dieser Arbeit), kann die Analogie zwischen Theorien aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen niemals vollständig in allen Vergleichsdimensionen durchformuliert werden. Es bleiben demgegenüber ständig immer wieder neue Nicht-Vergleichbarkeiten übrig, die auf die Unterschiede der Gegenstandssubstrate zurückgehen. So wird sich z. B. herausstellen, daß (ökonomische) Preise und (soziologische) Normen zwar gemeinsam haben, daß sie einen allgemeinverbindlichen Ausgleich zwischen den gegenläufigen Ansprüchen der "egoistischen" Individuen selbstregulierend (d. h. ohne exogene Autorität) herstellen. Beide unterscheiden sich jedoch auch in vielfacher Hinsicht: Preise ändern sich in kürzeren Abständen, Normen in der Regel in längeren; Preise sind genau fixiert, Normen nur vage; Preise sanktionieren immer negativ, Normen können mit positiven und negativen Sanktionen verbunden sein usw. Weitere jeweils auszudiskutierende Unterschiede betreffen die Verbindlichkeit der Sanktionen (Mitwirkung des Staates), die Ausweichmöglichkeiten, die Delegationsmöglichkeiten und -medien etc.

7) Zwar zeichnen sich nach Kuhn Paradigmen gerade dadurch aus, daß sie sich im Rahmen des Gangs der "normalen Wissenschaft" nicht wissenschaftlich kritisieren lassen. Dessen ungeachtet halte ich es für sinnvoll, hier außerhalb dieses Rahmens zu treten und zum einen die immanente Konsistenz von Paradigmen (z. B. bezüglich methodologischem Anspruch und theoretischer Einlösung) zu prüfen, und zum andern die einzelnen Theorien innerhalb dieses Paradigmas möglichst immanent zu kritisieren.

8) Zur Ökonomischen Theorie der Politik vgl. z. B.: Downs, An Economic Theory of Democracy (1957); Olson, The Logic of Collective Action (1965); Davis/Hinch, A Mathematical Model of Policy Formation in a Democratic Society (1966); Frey, Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie (1970); Liefmann-Keil, Politische Ökonomie der Generations- und Wahlzyklen (1973); Meyer-Krahmer, Politische Entscheidungsprozesse und Ökonomische Theorie der Politik (1979).

Zur soziologischen Austauschtheorie vgl. z. B.: Homans, Social Behavior as Exchange (1958); Goode, A Theory of Role-Strain (1960); Blau, Exchange and Power in Social Life (1964).

Und zur wissenschaftssoziologischen Austauschtheorie vgl. z. B.: Polanyi, The Republic of Science (1962); Hagström, The Scientific Community (1965); Storer, The Social System of Science (1966); Mulkay, The Social Process of Innovation (1972).

- 9) M. a. W.: Ich möchte zeigen, daß Autoren wie Downs oder Homans bestimmte Konvergenzen zwischen der Ökonomie und anderen Sozialwissenschaften explizit gemacht haben, die vorher implizit schon vorhanden waren.
- 10) Russett, The Concept of Equilibrium in American Social Thought.
- 11) Messelken, Politikbegriffe der modernen Soziologie. Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis.
- 12) Hartfiel, Wirtschaftliche und soziale Rationalität. Untersuchung zum Menschenbild in Ökonomie und Soziologie.
- 13) Vanberg, Die zwei Soziologien. Individualismus und Kollektivismus in den Sozialtheorien.
- 14) Bohnen, Individualismus und Gesellschaftstheorie.
- 15) Albert, Traktat über kritische Vernunft; ders., Traktat über rationale Praxis.

- 15) Schuon, Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart. Einführung und Kritik.
 - 17) Weitere Beispiele: Chase, Die Wissenschaft vom Menschen (1951); Kapp, Economics and Behavioral Sciences (1954); Kraft, Einheit der Wissenschaft (1956); Kempfski, Über die Einheit der Sozialwissenschaft (1956); ders., Towards a Science of Man in Society. A positive Approach to the Integration of the Social Knowledge (1961); Isajiw, Causation and functionalism in Sociology (1964); Ritzer, Sociology, A multiple paradigm Science (1975); ders., Toward an Integrated Sociological Paradigm (1981).
- Dazu der Überblicksband: Unesco (Hg.), Main Trends of Research in Social and Human Sciences (1970).
- 18) So vergleicht Hartfiel, von der verbalen Analogie zwischen "homo oeconomicus" und "homo sociologicus" motiviert, die zugrundeliegenden Rationalitätskonzepte beider Kunstmenschen. Er stellt fest, daß die Parallelität des "homo oeconomicus" und des "homo sociologicus" nur einige formale Kriterien betrifft, daß jedoch eine Integration beider Theorien aufgrund ihres jeweils unterschiedlichen Rationalitätskonzepts nicht möglich ist. Zwar optimieren beide Kunstmenschen ihre Mittel, das Ziel des "homo oeconomicus" richtet sich aber gegen die Mitmenschen, das Ziel des "homo sociologicus" ist mit dem der Mitmenschen dagegen von vornherein integriert. (Hartfiel, Rationalität, S. 271 - 281). Hartfiel erkennt aber nicht, daß beim Dahrendorfschen "homo sociologicus" jenseits der (in der Tat nicht analogen) Begriffskonstruktion dennoch eine Art nutzenmaximierendes Individuum unterstellt wird. Nutzen bedeutet dabei für das soziologische Individuum Freiheit von Gesellschaft bzw. für "selbstgewählte Zwecke." Es wird sich herausstellen, daß bei einer genauen und vergleichenden Interpretation des "homo sociologicus" eine klare Strukturanalogie mit dem "homo oeconomicus" sichtbar wird. (Vgl. dazu Teil B: I A 1 dieser Arbeit). - Vanberg übersieht, daß die individualistischen Sozialtheorien nur konsistent werden, wenn als Grundaxiom die Knappheit der Mittel des individuellen Strebens vorausgesetzt wird. - Albert vernachlässigt den Katalog der je spezifischen Rahmenbedingungen für die rationale Problemlösung in Ungewißheitssituationen. - Schuon blendet die ökonomische Diskussion aus und kritisiert nur von außen (z. B. über die "Funktion bürgerlicher Wissenschaft").
 - 19) Vogt, Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie (1971); ders., Reine Theorie marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme (1976).
 - 20) So muß ich mich bei der Darstellung der ideengeschichtlichen Vorläufer der Theorien bisweilen - bei ihrer Kritik fast ausschließlich - auf Sekundärliteratur stützen.

Zu Teil A: Einige ausgewählte Theorien

- 1) Dieser Theoriebegriff ist noch völlig undifferenziert. Zur allgemeinen Differenzierung zwischen Theorie, Modell und Kalkül vgl. Giesen/Schmid, Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie, S. 80 - 83. Zur speziellen Differenzierung bei den hier ausgewählten Autoren vgl. das jeweilige Kapitel dieser Arbeit. Gerade diese Differenzierung wird sich später als zentraler Bestandteil des Paradigmas und seines ideologischen Gehalts erweisen.
- 2) Die hier ausgewählten Wissenschaftssoziologen und -theoretiker sind allerdings der Auffassung, daß ihre Theorien sowohl die Gesellschaftswissenschaften wie auch die Naturwissenschaften zum Gegenstand haben: ihnen geht es um die Erfahrungswissenschaften insgesamt.
- 3) Einige Ökonomen weigern sich allerdings, die Ökonomie den Sozialwissenschaften zuzurechnen.
- 4) Samuelson, Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, Bd. I und II. Daneben seine systematischere und technischere Darstellung: Foundations of Economic Analysis.
- 5) Im folgenden: Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 20 ff.
- 6) Ebd., S. 26 ff. und: Foundations, S. 4 - 10.
- 7) Die Begriffsbildung selbst scheint Samuelson unproblematisch zu sein, sie richtet sich wie die ganze Theoriebildung offenbar nach "Brauchbarkeits"-Erwägungen.
- 8) Samuelson, Foundations, S. 9.
- 9) Den Stellenwert der Empirie in Samuelsons Methodologie hebt Frank ("Kritische Ökonomie. Einführung in Grundsätze und Kontroversen wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung", S. 86 f.) besonders hervor.
- 10) Im folgenden: Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 35 - 64.
- 11) Zur Orthographie: Im folgenden setze ich nur die für die jeweilige Theorie typischen Ausdrücke bei ihrer wortwortlichen Wiedergabe in Anführungszeichen und dies auch nur bei ihrem erstmaligen Auftauchen im Text.
- 12) Die Existenz von Privateigentum hat Samuelson allerdings einfach unterstellt, ohne dies ausdrücklich zu sagen. Volkswirtschaftslehre I, S. 68.
- 13) Auf die Rahmenbedingungen dieses Preismechanismus (vor allem die vollkommene Konkurrenz) wird weiter unten eingegangen.

- 14) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 69.
- 15) Im folgenden: Ebd., S. 87 - 103.
- 16) Im folgenden: Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 79 - 123
- 17) Dieses Grenznutzen- bzw. Grenzkostenkalkül ist hier stark vereinfacht. Zu den Eigenschaften des Gleichgewichtszustands später in Teil B: II.
- 18) Ob diese Veränderung der Knappheitsverhältnisse objektiv existiert oder nur subjektiv wahrgenommen wird, ist hierbei gleichgültig. Solche Fragen sind nicht mehr Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften, sondern z. B. der Geographie oder der Psychologie.
- 19) Im folgenden: Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 79 - 103.
- 20) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 37.
- 21) Die hier von Samuelson vorausgesetzte Vergleichbarkeit der Nutzen verschiedener Güter erläutert er nicht näher, obwohl diese Theorie des Nutzenvergleichs nicht unproblematisch ist. Vgl. z. B.: Arnaszus, Spieltheorie und Nutzenbegriff aus marxistischer Sicht, S. 38 ff.
- 22) Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 86
- 23) Ebd., Kapitel 23, 24 und 25.
- 24) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 79 f. und 355 f.
- 25) Den Terminus "Tauschgleichgewicht" verwendet Samuelson selbst nicht, er stammt aus Jevons' Theorie des Einzeltausches. Hofmann, Wert- und Preislehre, S. 159 ff.
- 26) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 66.
- 27) Dies gilt natürlich nur idealtypisch. Im realen Einzelfall kann durchaus Verweigerung oder Regelbruch mehr Vorteile bringen, wobei die Konkurrenz dafür sorgt, daß ersteres nicht zu oft vorkommt, und der Staat dafür sorgt, daß letzteres unterbunden wird. Vgl. dagegen: Max Weber, der im Tausch zwei Handlungstypen am Werk sieht: die Zweckmaxime und die Normmaxime. Als Kritik dazu: Zängle, Moderner Staat und politische Legitimität. Max Webers Staatstheorie im Kontext seines Werkes, bes. S. 293 - 299.

An dieser Stelle - wie auch an der analogen Stelle der folgenden Theoriebeispiele (Schumpeter/ Fraenkel: demokratischer Fundamentalkonsens, Dahrendorf: öffentliche Tugenden, Popper u. a.: logische und methodologische Festsetzungen) - eröffnen sich natürlich fundamentale und weiter zu untersuchende Probleme: Resultieren die Inhalte dieses nicht-kontroversen Bereiches tatsächlich aus früheren Kontroversen? Können sie wieder kontrovers werden? Oder sind sie

Resultat einer anderswie zu begründenden allgemeingültigen Wertbasis? Oder gibt es innerhalb dieses Bereiches so etwas wie einen Kernbereich (etwa wie die "freiheitlich demokratische Grundordnung" als Kernbereich der politischen Verfassung der BRD), der letztlich nur über oberste Normen entstanden und begründbar ist?

- 28) Zur Gegenüberstellung von liberalem Demokratieverständnis und pluralistischem Demokratieverständnis: z. B. Kremendahl, Pluralismus - Strukturprinzip einer demokratischen Gesellschaft, S. 5. - Übrigens: Die Grenzen zwischen den Bereichen der Mikro- und der Makrotheorie sind innerhalb der Ökonomie andere als innerhalb der Politikwissenschaft.
- 29) Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy (1942). Im folgenden wird aus der im Literaturverzeichnis angegebenen deutschen Ausgabe zitiert. Der vierte Teil dieses bekannten Buches enthält eine Demokratietheorie mit allgemeinem Geltungsanspruch, die von der übrigen Darstellung über die kapitalistischen oder sozialistischen Rahmenbedingungen von Demokratie losgelöst diskutiert werden kann.
- 30) Der wichtigste Aufsatz in diesem Zusammenhang ist: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie (1964).
- 31) Vgl. z. B.: Meyer-Krahmer, Politische Entscheidungsprozesse und Ökonomische Theorie der Politik, S. 25 und 52/3, oder: Frey, Entwicklung und Stand der Neuen Politischen Ökonomie, S. 31.
- 32) Vgl. z. B.: Steffani, Pluralistische Demokratie, S. 10; Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, S. 186; Gudruch/Fert, Die pluralistische Gesellschaftstheorie, S. 11.
- 33) Insofern sind sie vom etwas größeren Blickwinkel der Sozialwissenschaften aus als Varianten zu bezeichnen, wenn auch innerhalb des Horizonts der Politikwissenschaft (als Einzelwissenschaft) die Unterschiedlichkeit zwischen einem individualistisch-liberalen und einem pluralistisch-sozialdemokratischen Ansatz stärker gewichtet wird. - Vgl. hierzu auch Assel ("Demokratischer Sozialpluralismus") der eine Synthese des mehr mikro- und mehr makro-orientierten Ansatzes versucht.
- 34) Schumpeter, Kapitalismus, S. 374.
- 35) Ebd., S. 428 f.
- 36) Im folgenden: Ebd., S. 381 - 386.
- 37) Ebd., S. 384.
- 38) Ebd., S. 397 - 407.

- 39) Im folgenden: Ebd., S. 407 - 421.
- 40) Ebd., S. 416: "So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt. Er argumentiert und analysiert auf eine Art und Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig."
- 41) Ebd., S. 427/8.
- 42) Im folgenden: Ebd., S. 460 - 471.
- 43) Ebd., S. 449/450. Hier deutet Schumpeter besonders deutlich die Möglichkeit einer Ökonomischen Theorie der Politik an: "Parteipolitiker und Parteimaschinen ... bilden einen Versuch, den politischen Konkurrenzkampf genau gleich wie die entsprechenden Praktiken eines Wirtschaftsverbandes zu regulieren. Die Psychotechnik der Parteileitung und der Parteireklame, der Schlagworte und der Marschmusik ist kein bloßes Beiwerk. Sie gehören zum Wesen der Politik."
- 44) Fraenkel, Der Pluralismus als Strukturelement, S. 199.
- 45) Ebd., S. 197.
- 46) Die Pluralismustheorie Fraenkels ist in seiner eigenen Darstellung leider nicht besonders systematisch aufgebaut. Eine systematische Darstellung der Intentionen Fraenkels findet sich im ersten Kapitel von: Grudrich/Fett, Die pluralistische Gesellschaftstheorie.
- 47) Im folgenden: Fraenkel, Pluralismus, S. 197 - 200.
- 48) Zur Gemeinwohlproblematik vgl. auch: Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat.
- 49) Im folgenden: Fraenkel, Pluralismus, S. 200 - 221. Im wesentlichen bringt Fraenkel nur die zwei hier dargestellten Kernargumente, der Rest sind empirische und ideengeschichtliche Einschübe.
- 50) Ebd., S. 200.
- 51) Schumpeter, Kapitalismus, S. 412: Anm. 12. Mehr dazu in Teil B: I A 1.
- 52) Zur Frage der Gleichheit/Ungleichheit der Verteilung des Budgets bzw. der Wählerstimmen unter die Individuen siehe Teil B: I A 1.
- 53) Vgl. auch Anm. 8 der Einleitung meiner Arbeit.
- 54) Fraenkel, Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung, S. 64 und: ders., Strukturanalyse der modernen Demokratie (1970), S. 429.

Im kollektiven Bewußtsein und Unterbewußtsein pluralistischer Gesellschaften existiert eine allen gemeinsame geistige Tradition, "die bewirkt, daß zahlreiche Fakten, Verhaltensweisen, Beurteilungsmaßstäbe, Institutionen und soziale Gebilde als selbstverständlich hingenommen werden, obwohl sie vormalig heiß umstritten gewesen sein mögen." Dies ist der Kern dessen, was in Verfassungen fixiert ist.

- 55) So z. B. die Theorien von William J. Goode, George C. Homans oder Peter M. Blau. Vgl. Anm. 8 der Einleitung meiner Arbeit.
- 56) So z. B. Dahrendorf, Über die Möglichkeiten einer erfahrungswissenschaftlichen Soziologie, S. 41.
- 57) Vgl. z. B.: Stichwort "Gleichgewicht" im Wörterbuch der Soziologie von Günter Hartfiel; Renate Mayntz, On the Use of Equilibrium Concept in Social System Analysis, S. 133 - 153; Dahrendorf, Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, S. 209/210.
- 58) Russett, The Concept of Equilibrium in American Social Thought.
- 59) Messelken, Politikbegriffe der modernen Soziologie. Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis.
- 60) So z. B. die Einschätzung von Dieter Claessens ("Rolle und Macht", S. 21) in bezug auf den rollentheoretischen Beitrag Dahrendorfs und Messelkens (Politikbegriffe, S. 30) in bezug auf seinen konflikttheoretischen Beitrag.
- 61) Gerhardt, Rollenanalyse als kritische Soziologie. Ein konzeptueller Rahmen zur empirischen und methodologischen Begründung einer Theorie der Vergesellschaftung.
- 62) So z. B. das Urteil von Hans Joas, Die gegenwärtige Lage der soziologischen Rollentheorie. S. 10.
- 63) Bühl, Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie. Dahrendorf hat seine makrosoziologische Beschränkung in seiner Einführung zum einschlägigen Sammelband ("Konflikt und Freiheit") extra nochmals betont: es geht ihm um eine "Herrschafts-Organisations-Theorie des Konflikts". (S. 16).
- 64) Besonders: Dahrendorf, Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts; und daneben: Soziale Klassen und Klassenkonflikt (1957); Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft (1959); Die Funktion sozialer Konflikte (1960).
- 65) Vgl. zu dieser Einteilung das von Dahrendorf aufgestellte Schema in: Elemente, S. 206.

- 66) Gerhardt, Rollenanalyse, z. B.: Untertitel, S. 13 und S. 292 - 308.
- 67) Ebd., S. 340.
- 68) Ebd., S. 16 f.
- 69) Ebd., S. 21 - 155.
- 70) Ebd., S. 155 - 166.
- 71) Gerhardt gebraucht den Herrschaftsbegriff Max Webers: Chance zur Gehorsamsleistung.
- 72) Ebd., S. 157.
- 73) Ebd., S. 166.

Vgl. hierzu auch Gerhardts Ausführungen zu Georg Simmels "soziologischen Aprioris", die ihn als Vorläufer des Rollenbegriffs einordnen: Das Handeln verfolgt aufgrund der apriorisch gesetzten Kategorien den "immanenten Zweck, die realen Verhältnisse zu Strukturen zu ordnen bzw. sie in diesem Sinne zu verändern ... Das Soll wird zum adäquaten Sein ... Und so ist es zu erklären, daß die Menschen handeln, als ob die Gesellschaft ein Kosmos sei: indem sie sie so begreifen, versuchen sie, sie dazu zu machen." Gerhardt, Rollenanalyse, S. 35.

- 74) Ebd., S. 157 f.
- 75) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 169. Es bliebe zu prüfen, in welchem Sinn Gerhardt hier die Begriffe "Form" und "Inhalt" gebraucht, ob sie sich etwa gegen den Simmelschen Formbegriff wendet bzw. ob ihr Inhaltsbegriff nicht doch ein höchst formaler ist.
- 76) Hier weiche ich von der Abfolge der Begriffe bei Gerhardt etwas ab, da sie die beiden nun folgenden Differenzierungen nicht voneinander trennt, sondern teilweise gleichzeitig und deshalb äußerst schwer nachvollziehbar vornimmt. Die am Anfang stehende Rangunterscheidung formuliert Gerhardt einmal für den dynamischen Aspekt, die Rolle, ein anderes Mal für den statischen Aspekt, die Position. Da sie jedoch den Rollenbegriff als den primären ansieht und weiter hinten erst das Verhältnis von Rolle und Position klärt (insbesondere das gemeinhin unterstellte Eins-zu-eins-Entsprechungsverhältnis zwischen Rolle und Position kritisiert), formuliere ich die Rangunterschiede hier schon als Unterschiede der Rollen.
- 77) Solche Rollen haben kein positionales Gegenstück. S. 178/9.
- 78) Gerhardts Rollenanalyse, S. 184 f. Hier beruft sich Gerhardt auf Luhmann ("Soziologie als Theorie sozialer Systeme"), Parsons

("The Social System" und "On the Concept of Power") und Neidhardt ("Soziale Schichtung und soziale Stabilität").

- 79) Wie die Übertragung von Medien und damit die Veränderung der Sanktionspotentiale der beteiligten Partner etwa bei Prestige oder Wissen genau vor sich gehen soll, läßt Gerhardt offen.
- 80) Im folgenden: Gerhardt, Rollenanalyse, S. 187 - 229. Hier greift sie auf Levinson ("Role, Personality and Social Structure in the Organizational Setting"), Popitz ("Der Begriff der sozialen Rolle als Element der soziologischen Theorie") und Nadel ("The Theory of Social Structure") zurück.
- 81) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 229 - 282 und 324 - 339.
- 82) Ebd., S. 264
- 83) Ebd., S. 171. Hier greift Gerhardt auf Ergebnisse von Lepsius ("Ungleichheit zwischen Menschen und soziale Schichtung") und Bott ("The Concept of Class as a Reference Group") zurück.
- 84) Dahrendorf, Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, S. 199/200.
- 85) Ebd., S. 230
- 86) Im folgenden: Ebd., S. 201 - 217
- 87) Im folgenden: Ebd., S. 217 - 230
- 88) Ebd., S. 225. Offen bleibt angesichts der Dahrendorfschen Zwangs- und Konflikttheorie der Gesellschaft, wie genau garantiert werden soll, daß die sich widersprechenden Elemente nicht tatsächlich explodieren. Messelken kritisiert diesen Punkt in Dahrendorfs Theorie: Aus der Annahme der gesellschaftlichen Explosivität kann niemals die regelmäßige Restabilisierung der Gesellschaft im Anschluß an Konflikte erklärt werden oder gar die Entstehung dauerhafter Spielregeln, sondern eher eine Kettenreaktion "bis zum allgemeinen Weltenbrand" (Messelken, Politikbegriffe, S. 111). Der Gleichgewichtsfaktor in einem System, das immer nur durch "zähneknirschende" kurzfristige Unterordnung gekennzeichnet ist, erfordert also auch in der Konflikttheorie eine Gleichgewichtsannahme, die allerdings bei Dahrendorf fehlt und auch einer ganz neuen Begründungsbasis bedürfte. Messelken glaubt demgegenüber - so sein eigener Vorschlag einer solchen Begründungsbasis - eine konsistente und realistische Konflikttheorie könne nur dann zustande kommen, wenn man als Grund für die freiwillige Kompromißfindung bzw. Spielregeleinhaltung das Bewußtsein der Kontrahenten von einer letztlich gemeinsamen materiellen Interessensbasis annahme (z. B. die Verhinderung eines Atomkriegs, der alles Leben zerstört).

Andere Dahrendorf-Interpreten unterstellen ihm den mehr oder minder expliziten Rückgriff auf eine gemeinsame normative Basis der Kontrahenten jenseits ihrer Konflikte. Dahrendorf deutet in der Tat an verschiedenen Stellen die Existenz solcher verbindender Normen an: In Anbetracht der Tatsache, daß das Nachkriegsdeutschland nach Dahrendorf durch das "Fehlen aller geltenden Normen" gekennzeichnet war, stellt er z. B. fest, daß "... keine Gesellschaft (und kein Einzelner) diesen aufreibenden Zustand lange ertragen kann. 'Jede Gesellschaft ist eine moralische Gemeinschaft' und strebt danach, ihrer Wirklichkeit in geltenden Normen zur Institutionalisierung zu verhelfen." (Dahrendorf, Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit: Herausforderungen und Antworten, S. 303). Auch zu Faschismus und Krieg war es u. a. deshalb gekommen, weil in Deutschland im Gegensatz etwa zu den angelsächsischen Ländern die "privaten Tugenden" (z. B. Innerlichkeit, Wahrhaftigkeit) im Vergleich zu den "öffentlichen Tugenden" (z. B. "to be a good sport", "getting along with each other") zu hoch bewertet worden sind. (Dahrendorf, Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland, S. 284 f.)

Ich bin demgegenüber der Auffassung, daß im Gesamtwerk Dahrendorfs dieses Wertfundament eine fast genauso untergeordnete Rolle spielt wie die eine gemeinsame Interessensbasis der Konkurrenten im Sinn Messelkens. Was hier als "öffentliche Tugend" bezeichnet ist, sind ja keine inhaltlichen Normen (wie etwa Menschenwürde, Gottesfurcht, Gerechtigkeit), sondern formale Spielregeln, die keinerlei Gemeinsamkeit begründen außer der des Konflikt- bzw. Konkurrenzspiels selbst. Und in "Struktur und Funktion" schreibt Dahrendorf: "Ich habe bisher weder ein Problem gefunden, für dessen Erklärung die Annahme eines einheitlichen Wertsystems nötig ist, noch eine überprüfbare Voraussage, die aus dieser Annahme folgt." (S. 95). - Liest man demgegenüber - so meine Dahrendorf-Interpretation - Dahrendorf parallel zu den anderen sozialwissenschaftlichen Konkurrenz-Gleichgewichts-Theorien (Ökonomie, Soziologie, Wissenschaft), so wird der Grund für die globale Gleichgewichtstendenz klar, auch wenn ihn Dahrendorf selbst nicht explizit macht: die höhere Einsicht der Kontrahenten, daß nur Kompromisse den Fortbestand der Gesellschaft und ihrer produktiven Kraft garantieren. Diese höhere Einsicht ist eine u r p o l i t i s c h e .

- 89) Im folgenden: Gerhardt, Rollenanalyse, S. 150 - 155 und 292 - 308. Die Grundelemente der Handlungstheorie bezieht Gerhardt von Tolman, A Psychological Model, und: Asch, The Doctrin of Suggestion, Prestige and Imitation in Social Psychology.
- 90) Die Zweiphasigkeit der Rollenentscheidung ist bei Gerhardt nur angedeutet, würde aber ganz dem Analogiefall der Ökonomie entsprechen.
- 91) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 105 ff.
- 92) Dies., S. 107/8. Sie zitiert hier Oevermann u. a., Elternhaus und Schule (Projektvorschlag), S. 25.

- 93) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 236. Ein ähnliches Argument auch S. 242.
- 94) Hier besteht insofern eine terminologische Lücke in der Analogie, als Preise im Gegensatz zu den Sanktionen Gerhardts immer negativ "sanktionieren".
- 95) Es kann darüber spekuliert werden, ob auch noch andere Gründe wie etwa die begrenzte Zeit oder irgendwelche begrenzten Energien eine Auswahl erzwingen. Gerhardt sieht jedenfalls hier nur die Abhängigkeit vom Sanktionspotential.
- 96) Vgl. Einleitung meiner Arbeit: Anmerkung 8.
- 97) Während z. B. in der Soziologie die aus den Transaktionen erwachsenden Verpflichtungen unspezifisch bleiben, sind sie in der Ökonomie genau festgelegt. Daraus ergibt sich, daß die Basis für einen reibungslosen sozialen Austausch wechselseitiges Vertrauen ist, während sich Geschäftsleute vor ihren Transaktionen nur über die finanzielle Bonität des Partners erkundigen. Weiterhin haben im Gegensatz zu materiellen Gütern die im sozialen Austauschprozeß beteiligten Dienste keinen exakten Preis. Goode verweist auf einen dritten Unterschied: In der ökonomischen Theorie gibt es Produzenten und Konsumenten, in der soziologischen Theorie ist jeder Rollenträger gleichzeitig Rollenhersteller und Rollenausführer. (Goode, Eine Theorie des Rollen-Stress, S. 275 ff.) Zu diesem Vergleich müßte ergänzt werden, daß die aufgezeigten Unterschiede allein die Gegenstände (Substrate) von Soziologie und Ökonomie betreffen, nicht jedoch die Art und Weise des Denkens bzw. der Verbalisierung dieser Gegenstände.
- 98) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 308 - 324.
- 99) Der Anlaß für einen solchen Konflikt ist für Gerhardt eigenartigerweise nicht ein tatsächliches Herrschaftsverhältnis, das von den Beherrschten nicht mehr hingenommen wird, sondern eine hineininterpretierte Ausweitung des legitimen Herrschaftsraumes durch den Herrscher.
- 100) Vgl. auch oben Anmerkung 88 dieser Arbeit.
- 101) Dahrendorf, Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, S. 23 ff. Diese Tatsache der Existenz solcher höchster Normen ist die Kehrseite der Existenz von Herrschaft, beides sind für Dahrendorf nur verschiedene Ausdrücke für die Existenz einer fundamentalen sozialen Ungleichheit in jeder Gesellschaft: Mit der Auswahl der Wertbasis durch bestimmte Menschen entsteht gleichzeitig die Zweiteilung der Menschen in Auswählende und Nicht-Auswählende, Norm- und Handlungsebene begründen sich auch hier (wie schon beim Rollenbegriff) wechselseitig. Neben der Klassenteilung der Gesellschaft entsteht durch diesen Vorgang auch deren Schichtung: je nach individueller sozialer Position können die Individuen diese obersten Normen besser oder schlechter erfüllen, werden also mehr oder weniger sanktio-

niert. Es wäre im übrigen zu prüfen, inwieweit Dahrendorfs Verknüpfung zwischen dem Konfliktaspekt (Rückgriff auf Weber) und dem Konsensusaspekt (Rückgriff auf Durkheim) überhaupt konsistent ist. Vgl. dazu auch die "letzten Werte" bei Max Weber: Teil D: II A Exkurs.

- 102) Natürlich bleibt hier das Problem offen, wo die Grenzen der Variabilität dieses Nicht-Konkurrenz-Bereichs sind. Hier ist in den entsprechenden Theorien eine Unterscheidung zwischen Kern- (z. B. Politik: absolut unveränderbarer Kernbereich der Verfassung) und Randbereich notwendig.
- 103) Das Verhältnis von Normativität und Deskriptivität muß bei der Vorstellung der einzelnen Autoren noch präzisiert werden.
- 104) Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 45/6.
- 105) Weingart, Wissenschaftsforschung und wissenschaftssoziologische Analyse, S. 29. Die wichtigsten einschlägigen Arbeiten Mertons: Merton, Puritanism, Pietism, and Science (1936); ders., Science and the Social Order (1937); ders., The Puritan Spur to Science (1938); ders., Science and Democratic Social Structure (1942); ders., Priorities in Scientific Discoveries (1957); ders., Behavior Patterns of Scientists (1969).
- 106) Näheres zu Mertons spezifischer Interpretation der funktionalistischen Methode in Teil B: I B 1.
- 107) Merton, Science and Democratic Social Structure, im folgenden zitiert nach der deutschen Übersetzung: Wissenschaft und demokratische Sozialstruktur.
- 108) Ebd., S. 47.
- 109) Bühl übersetzt mit "Kommunalismus". Bühl, Einführung in die Wissenschaftssoziologie, S. 104.
- 110) Merton, Die Prioritäten bei wissenschaftlichen Entdeckungen.
- 111) Merton, Wissenschaft, S. 50.
- 112) Die einzige Norm, die Merton explizit im Zusammenhang mit demokratischen Sozialstrukturen bringt, ist die Kommunismussnorm. Hier beklagt Merton jedoch, daß die in demokratischen Gesellschaften häufig vorkommende private Vereinnahmung der Technologie durch wirtschaftliche Interessenten sich schädlich auf den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt auswirkt, so etwa, wenn aus privatwirtschaftlichen Überlegungen heraus Erfindungen aufgekauft und der Öffentlichkeit vorenthalten werden. (Merton, Wissenschaft, S. 52). Mit diesem Hinweis ist Mertons Beweisführung aber auch schon an ihrem Ende angelangt.

- 113) Vgl. Teil E dieser Arbeit.
- 114) Merton, Die Prioritäten, S. 136.
- 115) Bühl, Einführung, S. 150/1.
- 116) Siehe oben Anmerkung 8 der Einleitung meiner Arbeit. Vgl. dazu auch Bühl, Wissenschaftssoziologie, S. 76 ff. und Weingart, Wissenschaftsforschung, S. 31 ff.
- 117) Bühl, Wissenschaftssoziologie, S. 78.
- 118) Problem: Inwieweit ist Anmerkung 88 hier übertragbar?
- 119) Vgl. z. B.: Giesen/Schmid, Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie, S. 119.
- 120) Popper, Logik der Forschung, S. XVII. Dieser letzten Aussage würde sich Feyerabend wahrscheinlich nur mit Vorbehalten anschließen.
- 121) Popper, Logik, S. 26 f. Auch hier würde sich Feyerabend nicht direkt anschließen. Popper verweist im übrigen darauf, daß die Wissenschaftslogik zwar die reine Logik mitbeinhaltet, sich in ihr aber nicht erschöpft. Zur Diskussion um den semantischen Status methodologischer Regeln vgl. z. B.: Albert, Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft, S. 26 f. oder Wellmer, Methodologie als Erkenntnistheorie. Zur Wissenschaftslehre Karl R. Poppers, S. 14 f. Beide beschreiben die differentia specifica methodologischer Normen (Wellmer: "Begründungszusammenhang sui generis", Albert: "Technologie der Wissenschaft").
- 122) Im folgenden: Popper, Logik, S. XVI - XXVI und S. 3 ff.
- 123) Ebd., S. 6.
- 124) Ebd.
- 125) Im folgenden: Ebd., S. 3 - 21.
- 126) Ebd., S. 15.
- 127) Ebd., S. 83.
- 128) Vgl. dazu: Popper, Logik, S. 77 - 96, oder in didaktisch aufbereiteter Form: Prim/Tilman, Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, S. 70 - 78.
- 129) Ebd., S. 16

- 130) Spinner, Fallibilismus und Pluralismus. Vom Rechtfertigungsmodell zum fallibilistischen Erkenntnismodell und zur pluralistischen Revolutionstheorie des Erkenntnisfortschritts: ein wissenschaftstheoretisches und -historisches Forschungsprogramm (1971); ders., Theoretical Pluralism (1968); ders., Science without Reduction (1973). Spinner knüpft zum großen Teil am frühen Feyerabend an, der zwar vor ihm ein Plädoyer für den theoretischen Pluralismus abgegeben hat, dieses jedoch nach Auffassung Spinners nicht exakt begründen konnte. Vgl. Fallibilismus, S. 72.
- 131) Spinner, Fallibilismus, S. 83.
- 132) Ebd., S. 84
- 133) Ebd., S. 87
- 134) Ebd., S. 89
- 135) Ebd., S. 90
- 136) Feyerabend, Wider den Methodenzwang. Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie. Weitere in meine Untersuchung mit einbezogenen Bücher Feyerabends sind: Der wissenschaftliche Realismus und die Autorität der Wissenschaften (1978); Erkenntnis für freie Menschen (1979); Probleme des Empirismus (1981).
- 137) Feyerabend, Wider den Methodenzwang, S. 25.
- 138) Ebd., S. 26.
- 139) Da er jedoch de facto mehr philosophisch (ideengeschichtlich und logisch) als soziologisch argumentiert, habe ich ihn unter die philosophischen Theorien eingeordnet.
- 140) Feyerabend, Probleme des Empirismus, S. 283.
- 141) Ebd., S. 62.
- 142) Feyerabend, Der wissenschaftliche Realismus und die Autorität der Wissenschaften, S. 213. Zum hier angesprochenen Basisproblem siehe auch die im Vergleich zu Feyerabend sorgfältigere Kritik von Wellmer, Methodologie, S. 110 - 139.
- 143) Feyerabend, Wider den Methodenzwang, S. 35.
- 144) Ders., Wissenschaftlicher Realismus, S. 82 ff.
- 145) Ders., Einleitung zu "Der wissenschaftliche Realismus", S. 2.

- 146) Ders., Probleme, S. 292; ders., Wissenschaftlicher Realismus, S. 357.
- 147) Ders., Wider den Methodenzwang, S. 186.
- 148) Ders., Wissenschaftlicher Realismus, S. 357.
- 149) Ders., Wider den Methodenzwang, S. 48/9.
- 150) Ders., Wissenschaftlicher Realismus, S. 212.
- 151) Ders., Wider den Methodenzwang, S. 69.
- 152) Ebd., S. 39 ff.
- 153) Feyerabend, Erkenntnis für freie Menschen, S. 257. Hervorhebung im Original.
Ebd., S. 271 .
- 155) Interessant wäre ein Vergleich des "Methodenpluralismus" von Feyerabend mit der Theorie der "Paradigmenrevolution" von Kuhn oder der Theorie des "herrschaftsfreien Diskurs" von Habermas.
- 156) Daneben müßten auch andere Mittel, wie z. B. technisch-materielle Voraussetzungen, mitbedacht werden.

Dies müßte noch etwas differenziert werden: Bei Popper ist es der Grundgedanke des Falsifikationismus, der nicht mehr weiter hinterfragbar ist, sondern nur noch moralisch durch ein Werturteil, etwa die Liebe zur Wahrheit, begründet werden kann. (Popper, Logik der Forschung, S. 12). Für Spinner ist ebenfalls die Falsifikationsidee die letzte Instanz, er geht jedoch noch einen Schritt weiter als Popper und deutet an, daß auch diese Instanz der Falsifikation prinzipiell offen stehen muß. (Spinner, Fallibilismus, S. 12). Spinner gibt darüberhinaus zu, daß er selbst sich keineswegs an diese Einsicht hält, weil er sonst neben seinem Plädoyer für den Falsifikationismus plus Pluralismus gleichzeitig ein Plädoyer für den Verifikationismus plus Monismus versuchen müßte. (Ebd., S. 18). Hier ist Spinner mit seiner Analyse der letzten Instanz am Ende.
- 158) Im folgenden: Feyerabend, Erkenntnis, S. 261 ff.
- 159) Popper, Logik, S. 73 ff.
- 160) Beachte jedoch die von Spinner gemachte Einschränkung, daß auch das Falsifikationsprinzip selbst fallibel sein muß.
- 161) Vgl. auch oben Anmerkung 26 meiner Arbeit.
- 162) Popper, Zur Logik der Forschung, S. 112/3.

Teil B: Das zugrundeliegende Paradigma: der synchrone Aspekt

- 1) Kuhn, Struktur, S. 25 ff. oder: ders. Postscriptum - 1969, S. 186. Kuhn unterscheidet zwei Bedeutungen: Paradigma als Konstellation von Meinungen, Wertungen und Methoden von Wissenschaftlern und Paradigma als gemeinsame Beispiele bzw. Vorbilder von Theorien. Bei der ersten Bedeutung steht meiner Meinung nach die wissenschaftssystematische Dimension des Paradigmbegriffs im Vordergrund, bei der zweiten die wissenschaftshistorische.
- 2) Die folgenden Zusammenhänge werden zwar in der Regel für Theorien formuliert. Ich sehe jedoch keinen Grund, warum sie nicht auch auf Paradigmen übertragbar sein sollten.
- 3) Ich referiere im folgenden - stark vereinfachend - die gegenwärtig vorherrschende Auffassung über den Zusammenhang von Wissenschaft und Praxis: die kritisch-rationale. Vgl. z. B. Prim/Tilman, Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, S. 100 ff. Über andere Auffassungen (sog. normative, universalistische, kritische) zu Theorie und Praxis vgl. z. B. Schuon, Bürgerliche Gesellschaftstheorie, oder: Görlitz, Politikwissenschaftliche Propädeutik. Auch auf die Unterschiedlichkeiten der jeweiligen Erklärungsbe-griiffe verschiedener wissenschaftstheoretischer Schulen kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu z. B.: Giesen/Schmid, Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie, S. 49 ff. und S. 233 ff., sowie noch ausführlicher: dies., Theorie, Handeln und Geschichte. Erklärungsprobleme in den Sozialwissenschaften.
- 4) Bei Prim/Tilman wird demgegenüber davon ausgegangen, daß das Ziel schon bekannt ist und gewünscht wird, die Sozialtechnologien deshalb nur noch nach den erforderlichen Maßnahmen fragen müssen.

Dies ist die Folge der Erkenntnis Kuhns, daß Theorien nicht durch Logik, Beweis etc. alleine gestützt bzw. zu Fall gebracht werden können, sondern durch Prozesse wie Überreden, Neubewerten, Wandel des Weltbildes und der Lebensart. (S. 104 ff. oder 122 ff.). Paradigmen bestehen demnach - im Gegensatz zu Theorien (z. B. im Sinn des kritischen Rationalismus) - nicht nur aus deskriptiven Aussagen, sondern auch aus von ihnen nicht ohne weiteres unterscheidbaren Prä-skriptionen. Diese legen die Normen/Methoden der Wissenschaft fest und in den Sozialwissenschaften letztlich auch die Normen des sozialen Handelns. Hier schließt sich freilich die zentrale Frage an, ob diese genetischen Bedingungen für das Denken (für Paradigmen) auch gleichzeitig Gültigkeits- bzw. Wahrheitsbedingungen sind. Vgl. dazu Teil D meiner Arbeit.

- 6) Samuelson, Foundations, S. 76 ff. und 97 ff.
- 7) Fraenkel, Pluralismus, S. 212.
- 8) Schumpeter, Kapitalismus, S. 407 - 420.

- 9) Ebd., S. 412, Anmerkung 12.
- 10) Z. B. Dahrendorf, Elemente, S. 198 und 207/8
- 11) Dahrendorf, Homo Sociologicus, S. 17.
- 12) Ebd., S. 82.
- 13) Ebd., S. 95/6.
- 14) Ähnliche Freiheits- und Autonomiemaximierungsannahmen finden sich bei Coser, Theorie sozialer Konflikte, S. 41, sowie auch in diversen funktionalistischen Konzepten etwa bei Gouldner, Goode oder Luhmann.
- 15) Merton, Die Priorität, S. 127 f. und Anmerkung 17.
- 16) Merton beruft sich hier auf W. I. Thomas, The Unadjusted Girl.
- 17) Merton, Die Priorität, S. 127.
- 18) Vgl. Anmerkung 6 der Einleitung meiner Arbeit.
- 19) Auch die altruistische Nutzenvorstellung wird in dieser Annahme als Egoismus interpretiert.
- 20) Stichwort "Subjektivismus" im Philosophischen Wörterbuch von Schischk
- 21) Um diese Analyse der Implikationen des Schumpeterschen Menschenbildes und seiner Demokratieauffassung besser verständlich zu machen, sei eine kontrastive Vorstellung formuliert: Menschen können erst durch das Miteinanderleben (Reden, Planen, Handeln) wirklich intelligent, selbstbewußt und verantwortungsbewußt handeln. Freiheit ist dann nicht Freiheit von etwas oder jemandem, sondern Freiheit für etwas oder jemanden. In diesem Verständnis ist das Zusammenleben das Primäre, das Alleinleben das Abgeleitete.
- 22) Schumpeter, Kapitalismus, S. 469/470. Hartfiel ("Wirtschaftliche und soziale Rationalität") spricht zwar angesichts des Dahrendorfschen homo sociologicus auch von Knappheit, aber in einem völlig anderen Sinn wie dies die Ökonomie tut. Knappheit bedeutet für den homo sociologicus "die Unmöglichkeit, im Falle des Rollenkonflikts oder der Rollenüberlastung allen Normen zu entsprechen, d. h. volle Konformität des Handelns mit den sozialen Rollen zu realisieren. Das rationale Entscheidungsproblem des homo sociologicus ist darum das Problem der maximalen Normerfüllung bzw. des minimalen Sanktionennettos. Im homo sociologicus ringen die Rollen nach der an Sanktionen ablesbaren Schärfe ihrer normativen Verbindlichkeit um Realisierung durch normadäquates Handeln." Dieser Knappheitsbegriff ist erstens ein rein handlungstheoretischer

(innerindividuelle Konkurrenz-Gleichgewichts-Ebene) und läßt sich allein schon deshalb mit dem universellen der Ökonomie (alle drei Ebenen) nicht vergleichen. Und außerdem: Welches Objekt ist hier überhaupt knapp? Im Verhältnis zu welcher anderen Größe? - Hartfiel läßt sich zu sehr vom Terminus "homo sociologicus" leiten und sieht zu wenig das dahinterstehende Gedankengut Dahrendorfs. Erst auf dieser dahinterstehenden Ebene der halb-expliziten Annahmen wird die Parallelität zwischen ökonomischer und soziologischer Konstruktion der Realität deutlich.

- 23) Der Terminus stammt von Schumann "Zeichen der Unfreiheit." Der hier von Gerhardt, Schumann und anderen Soziologen unterstellte Freiheitsbegriff muß wiederum - wie schon bei der Darlegung des Freiheitsbegriffs von Schumpeter, kritisch kontrastiert werden mit einem anderen denkmöglichen Freiheitsbegriff: Freiheit in einer Gesellschaft, die nicht als primär freiheitsmindernd erfahren wird, die im Gegenteil als Steigerung der Lebensmöglichkeiten wahrgenommen wird, eine Gesellschaft aus "vernünftigen" Menschen. Schon Kant hatte sich nicht mit einer Freiheit im Sinne von Enthobensein von der Gesellschaft zufrieden gegeben. (Ritsert, Handlungstheorie und Freiheitsantinomie, S. 134, zit. nach Gerhardt, Rollenanalyse, S. 293.
- 24) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 185. (Die Hervorhebungen Gerhardts sind gestrichen). Gerhardt zitiert hier Luhmann, Soziologie als Theorie sozialer Systeme, S. 622. Wie aus Knappheit ungleiche Verteilung resultiert, ist unklar. Offensichtlich werden unterschiedliche Fähigkeiten/Möglichkeiten zum Medienerwerb angenommen, Ungleichheit also bereits vorausgesetzt. Auch in der ökonomischen Theorie muß Geld künstlich knapp gehalten werden. Allerdings sind dort die Mittel der Bedürfnisbefriedigung qua Natur knapp, während Gerhardt dies an dieser Stelle, abweichend von ihrem Gesamtkonzept, offensichtlich nicht so sieht.
- 25) Dahrendorf, Elemente, S. 202.
- 26) Coser, Theorie, S. 179.
- 27) Mack/Snyder, The Analysis of Social Conflict - Toward an Overview and Synthesis, S. 17 f. zit. nach Krysmanski, Soziale Konflikte, S. 18/9.
- 28) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 293.
- 29) Merton, Die Priorität, S. 127.
- 30) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 73/4.
- 31) Vogt präzisiert demgegenüber: "... die Definition des liberalen Individuums (enthält) als erstes Element ein Bündel von Eigentumsrechten." Vogt, Politische Ökonomie 1979, S. 391.

- 32) Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 145/6.
- 33) Schumpeter, Kapitalismus, S. 467.
- 34) Zur Dominanz des Repräsentationsprinzips innerhalb einer grundsätzlich gemischten Verfassung: Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat.
- 35) Dahrendorf, Elemente, S. 225 ff.
- 36) Ebd., S. 228.
- 37) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 74 f. Eine genauere Abgrenzung der Staatsaufgaben würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.
- 38) Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie, S. 432.
- 39) Der Staat hat nach Fraenkel auch die Pflicht, die verschiedenen existierenden Bewußtseinsströmungen angemessen zu berücksichtigen.
- 40) Messelken, Politikbegriffe, S. 138.
- 41) Messelken, Politikbegriffe, S. 118. Messelken weist hier auf eine wichtige Schwäche Dahrendorfs hin: Die politische Klasse soll darauf verzichten, "den mit dem Status der Mächtigkeit verbundenen Vorteil zu nutzen, die gesellschaftlichen Spielregeln nach Belieben auszulegen oder sie auch ganz außer Kraft zu setzen, wenn dies ihrem Lebensgenuß zuträglich ist - m. a. W., eine solche Forderung verlangt der Macht die Abstinenz von ihr selber ab." (S. 118). Dahrendorfs Individuen sind demgegenüber jedoch grundsätzlich egoistisch orientiert, die gesellschaftlichen Verpflichtungen sind ihnen ein Ärgernis. Die Herrschenden müßten also so etwas wie Götter oder zumindest Moral-Aristokraten sein.
- 42) Feyerabend, Erkenntnis, S. 268.
- 43) Zur Frage der Relevanz der Genese des Paradigmas für seine Geltung vgl.: Teil D meiner Arbeit.
- 44) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S. 23.
- 45) Im folgenden: Schumpeter, Geschichte der ökonomischen Analyse, S. 42 - 56.
- 46) Ebd., S. 46.
- 47) Ebd., S. 48. Eigenartigerweise fehlt hier ein Hinweis auf Max Weber.
- 48) Ebd.

- 49) Im folgenden: Fraenkel, Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft, S. 337 - 53.
- 50) Ebd., S. 342.
- 51) Fraenkel, Der Pluralismus, S. 205.
- 52) Vgl. z. B. Giesen/Schmid, Basale Soziologie, S. 233 f.
- 53) Im folgenden: Dahrendorf, Über die Möglichkeit einer erfahrungswissenschaftlichen Soziologie.
- 54) Ebd., S. 54.
- 55) Dahrendorf, Die Funktion sozialer Konflikte, S. 127.
- 56) Merton, Funktionale Analyse, bes. S. 139 ff. Zum Funktionalismusverständnis Mertons vgl. z. B. Steinbeck, Einige Aspekte des Funktionalismus in der positiven Soziologie.
- 57) Popper, Elend des Historizismus, S. 110 f.
- 58) Daß andererseits eine direkte Beziehung von Begriff und Realität unmöglich ist, kann nicht bestritten werden. Es geht immer darum: welche Begriffe? Dahrendorf, Die Funktion sozialer Konflikte S. 129.
- 59) Dahrendorf, Die Funktion, S. 129.
- 60) Vgl. dazu das in einem eingeschränkten Zusammenhang stehende aber grundsätzlich ähnlich gelagerte Problem des Reduktionismus: Giesen/Schmid, Basale Soziologie, S. 131 - 148.
- 61) Ebd., S. 146 f.
- 62) Daß diese traditionelle Aufteilung eine unsystematische ist, daß also, sollte wirklich eines Tages eine solche Überbrückungstheorie aufgestellt werden können, diese Aufteilung revisionsbedürftig ist, wird auch aus folgender Überlegung deutlich: Innerhalb der Theorien über Gesellschaft verwendet jede Disziplin eine andere Art von Abgrenzungskriterium, diese Kriterien können also weder als Parallelbegriffe auf einer Dimensionshorizontalen noch als Ober-/Unterbegriffe auf einer Dimensionssenkrechten begriffen werden. Der Umgang mit knappen Gütern kann meist auch als geregelter Umgang zwischen Menschen oder als an Machtwerten orientiertes Handeln begriffen werden. Oder: Regeln kommen sowohl in der sozialen Interaktion als auch in der Politik und der Ökonomie vor.

	ÖK	Pol	Soz
knappe Güter	x	x	x
Macht	x	x	x
Regel	x	x	x

- 63) Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, S. 184 f.
- 64) Ich knüpfe hier wieder wie oben an die kritisch-rationale Auffassung über Theorie und Praxis an.
- 65) Zu diesen Gedanken und zur nachfolgenden Gliederung hat mich - wie in der Einleitung formuliert - Winfried Vogt angeregt. Ich versuche im folgenden, die dort vorgetragene ökonomische Darstellung auf die anderen Anwendungsvarianten des Paradigmas heuristisch zu übertragen und mit Zitaten zu belegen.
- 66) Die entsprechenden Aussagen Samuelsons finden sich nur verstreut in den beiden Bänden seiner "Volkswirtschaftslehre" wieder, etwa in Bd. I, S. 68 f., 93 f., 98 f. und Band II, S. 36 f. Vogt hat die Frage der Gleichgewichtseigenschaften systematisch behandelt, eventuelle kleinere Differenzen zu Samuelson spielen in meinem Argumentationszusammenhang keine Rolle.
- 67) Staatliche Eingriffe in den Markt aus Gründen der "Billigkeit" hält Samuelson natürlich auch für notwendig. Vgl. Bd. II, S. 36 f.
- 68) Z. B. Fraenkel, Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus, S. 21, oder: Schumpeter, Kapitalismus, S. 452. Daß die gewählten Führer ihr Amt als Job betrachten, der in eine Karriere eingebettet ist, ändert nichts daran, daß sie niemals gegen den freien Willen der Bevölkerungsmehrheit regieren können.
- 69) Dahrendorf, Elemente, S. 212.
- 70) Messelken, Politikbegriffe, S. 88.
- 71) Spinner, Fallibilismus und Pluralismus, S. 89.
- 72) Vogt, Reine Theorie, S. 19.
- 73) Ebd., S. 45/6. Strenggenommen dürfte der Staat demnach auch kein Erbrecht ermöglichen. Gegenüber dieser Konsequenz hat die ökonomische Theorie sich jedoch abgesichert: Da ihre Subjekte ja nur formal betrachtet werden, also nur Entscheidungsträger sind, wird Tod und Erbfall nicht registriert. Vater und Sohn sind ein ökonomisches Subjekt, der homo oeconomicus ist unsterblich.
- 74) Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie, S. 432.
- 75) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 328.
- 76) Diese Interpretation müßte allerdings nochmals genau anhand der Gerhardtschen Analyse überprüft werden.
- 77) Dahrendorf, Homo Sociologicus. S. 78.

- 78) Kiss, Einführung in die soziologischen Theorien, Bd. II, S. 227.
- 79) Bühl, Konflikt und Konfliktsoziologie, S. 38.
- 80) Ebd.
- 81) Die Existenz "dritter Parteien" dient ebenfalls tendenziell der Auflösung aller "Herr-Knecht"-Verhältnisse in Gesellschaften, die nach dem sog. triadischen Konfliktmodell funktionieren:

"Wenn man nun aber von einem Grundverhältnis eines 'Selbst' und mindestens zweier 'Anderer' bzw. von einem 'Herrn' und zwei 'Knechten' ausgeht, dann ändert sich das Paradigma ganz entscheidend: die Knechte können und werden eine Koalition gegen den Herrn bilden. Damit wird erstens der Herr von einer Koalition seiner Knechte viel stärker abhängig; wenn sie sich verbünden, kann er nichts ausrichten gegen sie. Zweitens ist der Knecht B nicht auf die Anerkennung des Herrn A angewiesen; er kann diese Anerkennung auch bei dem Gleichgestellten C finden. ..." (Bühl, Konflikt und Konfliktsoziologie, S. 46).

Durch die Anwendung eines triadischen Konfliktmodells "ändert sich drittens jedoch auch das ganze Beziehungsgefüge selbst: Während es früher nur direkte und eindeutige Beziehungen zwischen A und B gab, gibt es nun über den Dritten C gleichzeitig auch indirekte Beziehungen; d. h. die Beziehungen zueinander werden ambivalent und zweideutig oder (wenn wir an umfassendere Beziehungsgefüge denken) mehrdeutig. Damit wird auch B gegenüber A ein anderes Gesicht zeigen als gegenüber C, d. h. er spielt verschiedene Rollen, aktiviert verschieden Gruppenbezüge, erfüllt verschiedene Funktionen usw. B (wie auch C usw.) ist - sozial gesehen - keine homogene Einheit, keine abschließbare Monade mehr. Damit ändert sich auch der Charakter der Herrschaft des Herrn: sie wird gefährdet und fragil, jede Koalition wird sie verändern; in bestimmter Hinsicht und über bestimmte Zeitabschnitte wird der Herr faktisch Knecht und der Knecht Herr usw. Die Herrschafts- und Sozialbeziehungen vermischen sich, und sie werden sozusagen verflüssigt." (Ebd., Hervorhebungen von mir).

Diese wundersame Verflüssigung von Herr-Knecht-Verhältnissen ist ganz ähnlich geartet wie der von Dahrendorf dargestellte Fall mit dem Unternehmer und dem Arbeiter und ihren Rollen als Firmenchef/Sportvereinschef und Firmenmitarbeiter/Sportvereinsmitglied. Nur daß hier nicht unbedingt der Firmenchef Untergebener seines Arbeiters in der Freizeit zu sein braucht, sondern auch andere Leute, die es bewirken, daß der Arbeiter, weil Sportvereinsvorstand, seinem Chef gegenüber ein ganz "anderes Gesicht zeigen" kann. Mit der Vielfalt der Sozialbeziehungen und damit der Konflikte wächst also die Ausgeglichenheit der Möglichkeiten zur Realisierung von Freiheit, die gesellschaftliche Gleichheit.

- 82) Merton, Wissenschaft, S. 48. Hervorhebungen des Originals getilgt.
- 83) Im folgenden: Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 331 - 339.
- 84) Ebd., S. 334
- 85) Fraenkel, Historische Vorbelastungen, S. 21.
- 86) Schumpeter betont auf der anderen Seite, daß die administrative Leistungsfähigkeit von Demokratien niedriger ist als die anderer Staatsformen. Schumpeter, Kapitalismus. S. 454 ff.
- 87) Ich schließe mich hier der Interpretation Messelkens an. Messelken, Politikbegriffe, S. 158 ff.
- 88) Ebd., S. 159.
- 89) Ebd., S. 119.
- 90) Ebd., S. 85.
- 91) Ebd.
- 92) Messelken weist an dieser Stelle auf einen denkwürdigen Zusammenhang zwischen dem sich aus der Konflikttheorie ergebenden radikal-liberalen Politikbegriff und den Gedanken C. Schmitts hin, an dem die Anfälligkeit dieses Theorieansatzes für die größere Variante bürgerlicher Ideologie, den Faschismus, sichtbar wird. Messelken setzt hierzu in einer Passage aus Schmitts "Der Begriff des Politischen" das von Schmitt als vorgegebene höhere Wesenheit behauptete "Volk" durch das Wort "Individuum". Man könnte aber ebenso gut auch "Gruppe", "Gesellschaft", etc. einsetzen. Es ergibt sich dann folgende Aussage:

"Solange ein Volk" (Individuum) "in der Sphäre des Politischen existiert, muß es, wenn auch nur für den extremsten Fall - über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet - die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen. Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz. Hat es nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen zu dieser Unterscheidung, so hört es auf, politisch zu existieren. Läßt es sich von einem Fremden vorschreiben, wer sein Feind ist und gegen wen es kämpfen darf oder nicht, so ist es kein politisch freies Volk" (Individuum) "mehr und einem anderen politischen System ein- oder untergeordnet." (Schmitt, Der Begriff des Politischen, zitiert nach: Messelken, Politikbegriffe, S. 151).

Der hier zum Ausdruck kommende höchst gefährliche Sozialdarwinismus kann sich - nebenbei bemerkt - ebenfalls auf beste frühliberale Gesellschaft berufen: Für Humboldt nämlich ist "der Krieg eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts", deren Zurückdrängung vom Schauplatz der Geschichte

er bedauert. Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, S. 61. Denn:

"Alle Situationen, in welchen sich die Extreme gleichsam aneinanderknüpfen, sind die interessantesten und bildendsten. Wo ist dies aber mehr der Fall, als im Kriege, wo Neigung und Pflicht, und Pflicht des Menschen und des Bürgers, in unaufhörlichem Streite zu sein scheinen, und wo dennoch - sobald nur gerechte Verteidigung die Waffen in die Hand gab - alle diese Kollisionen die vollste Auflösung finden?" (Ebd., S. 63).

- 93) Kant, Populäre Schriften, zit. nach Dahrendorf, Die Funktion sozialer Konflikte, S. 276/7.
- 94) Spinner, Fallibilismus und Pluralismus, S. 89.
- 95) Vogt, Reine Theorie, S. 11.
- 96) Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 86.
- 97) Meinhold, Grundzüge der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, S. 31.
- 98) Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, S. 276.
- 99) Schumpeter, Kapitalismus, S. 407, und Fraenkel, Pluralismus, S. 212.
- 100) Schumpeter, Kapitalismus, S. 420.
- 101) Kiss, Einführung, S. 234.
- 102) Ebd., S. 230,
- 103) Dahrendorf, Pfade, S. 262.
- 104) Dahrendorf, Elemente, S. 225,
- 105) Ebd., S. 227.
- 106) Ebd., S. 197.
- 107) Spinner, Fallibilismus und Pluralismus, S. 56.
- 108) Ebd., S. 18.
- 109) Coser, Sozialer Konflikt und die Theorie des sozialen Wandels, S. 420.
- 110) Vogt, Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, S. 182/3.
- 111) Hempel, Deduktiv-nomologische Erklärung.

- 112) Um Mißverständnisse zu vermeiden: Bei diesem Umsteigen von einem Gut auf ein anderes handelt es sich nicht um eine Änderung der Präferenzen, also des Geschmacks. Hier ändert sich vielmehr nur die Nachfrage, bedingt durch eine Preisveränderung auf einem Markt für ein Substitutionsgut. Präferenzen sind demgegenüber als markt-exogene Größen gegenüber Preisen unempfindlich.
- 113) Neumann, Zur Theorie der Gesellschaftsspiele, S. 295.
- 114) Vgl. z. B. für die Ökonomie: Burger, Einführung in die Theorie der Spiele. Mit Anwendungsbeispielen, insbesondere aus Wirtschaftslehre und Soziologie. Oder für die Soziologie: Elias, Was ist Soziologie? S. 75 - 110.
- 115) Neumann/Morgenstern, Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten, S. 8/9.
- 116) Ebd., S. 628.
- 117) Dort wird die Quantifizierbarkeit der Nutzen durch folgenden Gedanken erklärt: Jeder Mensch kann nicht nur angeben, daß er z. B. Kaffee lieber mag als Tee, sondern er kann zusätzlich auch angeben, um wieviel lieber. Fragt man ihn nämlich, ob er auch dann Kaffee lieber mag als Tee, wenn er den Kaffee nur mit 80 %, 60 %, 40 % usw. Wahrscheinlichkeit bekommt, den Tee jedoch mit hundertprozentiger Sicherheit, so kann man aus der Antwort das Ausmaß des Begehrens bzw. des Nutzens ersehen. - Die interpersonelle Vergleichbarkeit der Nutzen erklärt die Mikroökonomie so: Man kann Person A und Person B fragen, was sie jeweils am liebsten und was am wenigsten gern will. Sodann sollen beide sich ein bestimmtes Nutzenobjekt vorstellen und angeben, wie weit es von dem liebsten bzw. unliebsten Objekt entfernt ist. Wenn z. B. beide sagen, es liegt genau in der Mitte, so hat der intersubjektive Nutzenvergleich nach Auffassung der Nutzentheoretiker die Gleichheit der Nutzen ergeben. Wenn A sagt "näher beim liebsten" und B sagt "näher beim unliebsten", so sind die Nutzenschätzungen ungleich. Diese Vergleiche können ebenfalls quantifiziert werden, wenn man z. B. den beiden Extrempunkten auf den Skalen der beiden Personen die Zahlen +1 und -1 zuordnet. Vgl. zur Kritik der Nutzentheorie z. B. Arnszusz, Spieltheorie und Nutzenbegriff, S. 20 - 58.
- 118) Neumann/Morgenstern, Spieltheorie.
- 119) Ebd., S. 1.
- 120) Ebd., S. 5.
- 121) Vogelsang, Die mathematische Theorie der Spiele, S. 19 f.
- 122) Ebd., S. 21 f.

- 123) Neumann/Morgenstern, Spieltheorie, S. 76.
- 124) Ebd., S. 76.
- 125) Vogelsang, Mathematische Theorie, S. 36.
- 126) Neumann/Morgenstern, Spieltheorie, S. 85 - 222; oder übersichtlicher:
Vogelsang, Mathematische Theorie, S. 92 - 169.
- 127) Vogelsang, Mathematische Theorie, S. 161 f.
- 128) Ebd., S. 169 ff.
- 129) Ebd., S. 172 ff.
- 130) Ebd., S. 64.
- 131) Genaugenommen heißen die Gleichgewichtspunkte der Zwei-Personen-Nullsummenspiele "Sattelpunkte", zwischen beiden Begriffen soll im folgenden jedoch nicht differenziert werden.
- 132) Vogelsang, Mathematische Theorie, S. 92 ff.
- 133) Ebd., S. 177.
- 134) Vgl. z. B. Klaus, Spieltheorie in philosophischer Sicht. Für Klaus als DDR-Wissenschaftler ist die Spieltheorie nichts anderes als eine mathematische Umformulierung des dialektischen Materialismus. Nullsummenbeispiele sind für ihn antagonistische Widersprüche, Nicht-Nullsummen-Beispiele nicht antagonistische. Die Basis der Gemeinsamkeit von Diamat und Spieltheorie liegt in der Erkenntnis, daß der "Streit der Vater aller Dinge" ist. S. 54.
- 135) Vogelsang, Mathematische Theorie, S. 94/5.
- 136) Neumann/Morgenstern, Spieltheorie, S. 44/5.
- 137) Eine der jüngsten und vieldiskutierten Anwendungen der Spieltheorie findet sich in John Rawls "Theorie der Gerechtigkeit" (1975). Dort wird die Spieltheorie mit dem Naturzustands- und Vertragstheorem (Lock usw.) verbunden und ein einfaches Regelsystem für eine "gerecht" zu nennende Gesellschaft aufgestellt. Soziale Ungleichheit beispielsweise ist für Rawls nur akzeptabel, wenn sie für jedes Gesellschaftsmitglied, auch für das schwächste, einen Vorteil mit sich bringt.

Teil C: Das zugrundeliegende Paradigma: der diachrone Aspekt

- 1) Auch in den in meiner Einleitung genannten Vorarbeiten zu dieser Untersuchung (Russett, Vanberg u. a.) finden sich ideengeschichtliche Abschnitte. Während Russett aber die "prescientific levels of thinking" (S. 9 und 59) übergeht und sich für die ideengeschichtliche Genese der Gleichgewichtsvorstellung erst ab dem 19. Jahrhundert interessiert, geht Vanberg zwar bis in die schottische Aufklärungsphilosophie zurück. Er übersieht aber sowohl die noch viel früher anzusiedelnden Wurzeln, die Leitbildfunktion vieler naturwissenschaftlicher Entdeckungen für die entstehenden Sozialtheorien und vor allem die Vorreiterrolle der ökonomischen Theorie. Außerdem kann er aufgrund der Oberflächlichkeit seiner Theoriedanalyse nicht adäquat angeben, was sich an der individualistischen Grundvorstellung über Gesellschaft im Laufe der Jahrhunderte geändert hat und was geblieben ist.
- 2) Wie in meiner Einleitung angekündigt, muß ich mich in der Frage der Genese des Paradigmas aus arbeitsökonomischen Gründen auch auf Sekundärliteratur stützen. Insofern müssen die folgenden Ausführungen ganz besonders eher als Hypothesen als als endgültige Resultate verstanden werden.
- 3) Vanberg, Die zwei Soziologien, S. 134 - 161.
- 4) Abweichend dazu die Ökonomiegeschichte: Für die Geschichte der wirtschaftlichen Lehrmeinungen gilt Smith und Ricardo als Klassik, Gossen, Menger, Walras u. a. als Neoklassik. Ich stütze mich in meiner Simmel-Interpretation hauptsächlich auf Peter-Ernst Schnabel ("Georg Simmel", "Die soziologische Gesamtkonzeption Georg Simmels") sowie Uta Gerhardt ("Rollenanalyse", "Georg Simmels Bedeutung für die Geschichte des Rollenbegriffs in der Soziologie").
- 6) Simmel, Soziologie, S. 6 f.
- 7) In einer seiner philosophischen Arbeiten wird dieses methodologische Axiom folgendermaßen formuliert: Die "Einzelseele" ist "das Element der geschichtlichen Ereignisse, hinter das auf kein noch einfacheres zurückgegangen werden kann." (Simmel, Probleme der Geschichtsphilosophie, S. 115). Konsequenterweise hält Simmel auch die Verstehensmethode als die den Sozialwissenschaften - nicht der Soziologie! - angemessene Erkenntnisweise, mit der das hinter den Ereignissen in den Einzelseelen Verborgene zum Vorschein gebracht werden kann. Vgl. dazu: Schnabel, Georg Simmel, S. 301.
- 8) Eine rein formale Klassifizierung der Beziehungsformen wurde erst später durch den auf Simmel aufbauenden Leopold v. Wiese versucht, die im Kern aus einem Kontinuum von Nähe und Ferne be-

steht. Vgl. Kiss, Einführung, Bd. 2, S. 74.

- 9) "Kann der Einzelne sich gemäß seinem 'individuellen Gesetz' verhalten, so ist Freiheit gewonnen: ... Was wir Freiheit nennen, steht mit dem Prinzip der Persönlichkeit im engsten Zusammenhang ... Jene Einheit psychischer Elemente, jenes Zusammengeführtsein ihrer wie in einem Punkte, jene feste Umschriebenheit und Unverwechselbarkeit des Wesens, die wir eben Persönlichkeit nennen, bedeutet doch die Unabhängigkeit und den Abschluß allem Äußeren gegenüber, die Entwicklung ausschließlich nach den Gesetzen des eigenen Wesens, die wir Freiheit nennen." Simmel, Philosophie des Geldes, S. 319 - 320.
- 10) Nach Gerhardt stellt sich Simmel diesen durch das Struktur-Apriori bewirkten Zusammenhalt der Gesellschaft, vereinfacht dargestellt, so vor: Die Menschen handeln so, als ob ihre Umgebung eine strukturierte Einheit, ein "'Kosmos sei, und indem sie sie so begreifen, versuchen sie, sie dazu zu machen" (Gerhardt, Rollenanalyse, S. 35). Als Folge dieses struktur-antizipierenden Handelns wird diese Umgebung dann tatsächlich leichter als strukturierter "Kosmos" begreifbar. Durch dieses Struktur-Apriori wird letztendlich die individuelle und die gesellschaftliche Existenz des Menschen aufeinander abgestimmt, das Ergebnis ist eine "prästabilisierte Harmonie" der Gesellschaft. Welche Seite dieser Wechselkausalität (Begreifen, Handeln) in letzter Instanz ursächlich ist und warum, läßt Simmel - zumindest nach Gerhardt - offen. Wie groß die Differenz zu Dahrendorfs - de facto auch apriorischer - Stabilitätsannahme ist, sei hier dahingestellt. (Vgl. dazu auch Teil A: I, C). Schnabel setzt in seiner Simmel-Interpretation einen anderen Akzent als Gerhardt. Er glaubt, daß bei Simmel die destabilisierenden Kräfte ("Entfremdung des Individuums von der Gesellschaft") überwiegen würden, wenn nicht durch "sinnvolle Kulturpolitik" die Individuen zum Leben in der ständig komplexer werdenden Welt befähigt würden. (Schnabel, Georg Simmel, S. 308/9).
- 11) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 30 f. und 108 f.
- 12) Allerdings hängt für Simmel die Konfliktwahrscheinlichkeit auch von der Differenziertheit einer Gesellschaft ab, Konflikte nehmen also im Laufe der historischen Entwicklung zu. (Schnabel, Gesamtkonzeption, S. 141).
- 13) Simmel, Soziologie, S. 542.
- 14) Archive der Literatur in ihrer Bedeutung für die Studien der Geschichte der Philosophie, S. 559.
- 15) Kiss, Einführung, Bd. 2, S. 70/1.
- 16) Gumpłowicz; Grundriß der Soziologie (1885).

- 17) In meiner Interpretation Carl Mengers stütze ich mich auf Hans Schachtschnabel ("Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen") und Werner Hofmann ("Wert- und Preislehre").
- 18) Hofmann, Wert- und Preislehre, S. 113 f. Weitere Gründe für die Abkehr von der Kostentheorie und die Hinwendung zur Nutzentheorie sind: das kostentheoretisch als schwer lösbar geltende Wertparadox, die Zunahme der die Kostpreise stark verfälschenden Marktmachtphänomene, die Entstehung der Psychologie u. ä. (Hofmann, S. 113 - 115, Schachtschnabel S. 147/8).
- 19) Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, S. 41.
- 20) "Der Ausgangspunkt aller wirtschaftstheoretischen Untersuchungen ist die bedürftige Menschennatur. Ohne Bedürfnisse gäbe es keine Wirtschaft, keine Volkswirtschaft, keine Wissenschaft von derselben. Die Bedürfnisse sind der letzte Grund, die Bedeutung, welche ihre Befriedigung für uns hat, das letzte Maß, die Sicherstellung ihrer Befriedigung das letzte Ziel aller menschlichen Wirtschaft." (Ebd. S. 1).
- 21) "Der Mensch wünscht sein Leben zu genießen und setzt seinen Lebenszweck darin, seinen Lebensgenuß auf die möglichste Höhe zu steigern." (Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, S. 1).
- 22) Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 186 - 189.
- 23) Das Knappheitsaxiom wurde von Gustav Cassel eingeführt. Vgl. Hofmann, Wertlehre, S. 268 f.
- 24) "Die Nachfrage nach fertigen Produkten ist indirekt eine Nachfrage nach Produktionsmitteln. Diese Nachfrage sucht die Produktionsmittel zur einen oder anderen Verwendung heranzuziehen, sie ist ein Streit der Konsumenten um die Produktionsmittel, ein Streit, der in der Tauschwirtschaft nur dadurch geschlichtet werden kann, daß auf die Produktionsmittel hinreichend hohe Preise gesetzt werden, um die Nachfrage in Übereinstimmung mit den zur Verfügung stehenden Mengen der Produktionsmittel zu bringen." (Cassel, Theoretische Sozialökonomie, S. 80).
- 25) Menger, Untersuchungen, S. 142.
- 26) Menger, Grundsätze, S. 1 ff.
- 27) Ebd., S. 4.
- 28) Gossen, Entwicklung, S. V.

- 29) Ein weiteres Beispiel sei zitiert: "Der Apfel fällt vom Baum und die Sterne bewegen sich nach ein- und demselben Gesetz: dem der Gravitation. Ein Robinson und ein Hundert-Millionen-Reich befolgen bei ihren wirtschaftlichen Handlungen ein- und dasselbe Gesetz: das des Wertes." (Emil Sax, Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, S. 308).
- 30) In der englischsprachigen Literatur dürfte z. B. Adam Smiths Theorie der "moral sentiments" eine solche Pionierleistung sein. Vgl. das Kapitel über A. Smith.
- 31) Meine Humboldt-Interpretation stützt sich auf Manfred Henningsen ("Wilhelm von Humboldt") und Müller-Vollmer ("Wilhelm von Humboldt. Bd. 2: Politik und Geschichte").
- 32) Humboldt, Ideen, S. 13 ff.
- 33) "Zwei Wege also müssen zugleich eingeschlagen werden, sich der historischen Wahrheit zu nähern, die genaue, parteilose, kritische Ergründung des Geschehenen, und das Verbinden des Erforschten, das Ahnden des durch jene Mittel nicht Erreichbaren. Wer nur dem ersten Weg folgt, verfehlt das Wesen der Wahrheit selbst, wer dagegen gerade diesen über dem zweiten vernachlässigt, läuft Gefahr, sie im Einzelnen zu verfälschen. ... Es soll auch in der Geschichte, durch jenen zweiten Weg nichts Einzelnes gefunden, noch weniger etwas hinzugedichtet werden. Der Geist soll nur dadurch, daß er sich die Form alles Geschehenden zu eigen macht, den wirklich erforschbaren Stoff besser verstehen, mehr in ihm erkennen lernen, als es die bloße Verstandesoperation vermag. Auf diese Assimilation der forschenden Kraft und des zu erforschenden Gegenstandes kommt allein alles an." Humboldt, Über die Aufgabe des Geschichtsschreibens, S. 291.
- 34) Humboldt, Ideen, S. 48.
- 35) Ebd., S. 25/26. Und ähnlich: "Energie (ist) die erste und einzige Tugend des Menschen". (Ebd. S. 101).
- 36) Ebd., S. 31.
- 37) Ebd., S. 43.
- 38) "Der bildende Nutzen solcher Verbindungen beruht immer auf dem Grade, in welchem sich die Selbständigkeit der Verbundenen zugleich mit der Innigkeit der Verbindungen erhält. Beides aber erfordert Kraft der Individuen und eine Verschiedenheit, die, nicht zu groß, damit einer den anderen aufzufassen vermöge, auch nicht

zu klein ist, um einige Bewunderung dessen, was der andere besitzt, und den Wunsch rege zu machen, es auch in sich überzutragen." Humboldt, Ideen, S. 23.

- 39) "Was nicht von dem Menschen selbst gewählt, worin er auch nur ... geleitet wird, das geht nicht in sein Wesen über, das bleibt ihm ewig fremd..." Ebd., S. 37.

"Hat daher eine ganze Nation ausschließlich vorzüglich eine gewisse (Charakterbildung - d. Verf.) erhalten, so fehlt es an aller entgegenstrebender Kraft und mithin an allem Gleichgewicht." Ebd., S. 74.

- 40) "Auch eilt nur alles der Blüte zu... Wenn im Menschen die Blüte welkt, so macht sie nur jener schöneren Platz, und den Zauber der schönsten birgt unserem Auge erst die ewig unerforschbare Unendlichkeit." Ebd., S. 25.

Die Blüte der Kraft des Menschen hat die Blüte seiner Sittlichkeit zur Folge: "Je höher endlich das Gefühl der Kraft in dem Menschen, je ungehemmter jede Äußerung derselben, desto williger sucht er ein inneres Band, das ihn leite und führe, und so bleibt er der Sittlichkeit hold, es mag nun dies Band ihm Liebe und Ehrfurcht der Gottheit oder Belohnung des eigenen Selbstgefühls sein ... Aber in jedem Fall wird sein Ideensystem konsequenter, seine Empfindung tiefer, in seinem Wesen mehr Einheit sein, und so wird ihn Sittlichkeit und Gehorsam gegen die Gesetze mehr auszeichnen." Ebd., S. 97/8.

- 41) Humboldt, Ideen, S. 97.

- 42) Ebd., S. 31 - 37.

- 43) Ebd., S. 43.

- 44) Ebd., S. 22.

- 45) Ebd.

- 46) Ebd., S. 26.

- 47) Humboldt, Betrachtungen über die bewegenden Ursachen in der Weltgeschichte, S. 278.

Um diesem Geist auf die Spur zu kommen, ist für den erkennenden Menschen das - eingangs im Zusammenhang mit Humboldts Methodologie erwähnte - Hinausgehen über die pure Beobachtung und die Hinwendung zur deduktiven Spekulation notwendig. Weil an den realen, körperlichen Dingen "unkörperliche Wesen" haften,

über deren Begreifen man zum Weltgeist vorstoßen kann, und weil auch am erkennenden körperlichen Individuum ein solches "unkörperliches Wesen" teilhat, kann das Individuum den Weltgeist erkennen. Erkenntnis ist die Rückbesinnung des Körperlichen an seinen geistigen Ursprung. Humboldt, Über die Aufgabe des Geschichtsschreibers, S. 300 f.

- 48) Henningsen, Wilhelm v. Humboldt, S. 143.
- 49) Meine Smith-Interpretation stützt sich auf Hans Medick ("Naturzustand und Naturgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Die Ursprünge der bürgerlichen Sozialtheorie als Geschichtsphilosophie und Sozialwissenschaft bei Samuel Pufendorf, John Locke und Adam Smith"), Hartmut Neuendorff ("Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx") und Werner Hofmann ("Wert- und Preislehre"). Der vollständige Titel des "Wealth of Nations" lautet in der deutschen Übersetzung: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkwohlstandes (1776).

Zur dogmengeschichtlichen Rolle von Smiths Werk in der Ökonomie: Heimann, Geschichte, S. 36 - 38. - Smith hat auch eine frühe soziologische bzw. psychologische Gleichgewichtstheorie entworfen: Die "Theorie der ethischen Gefühle". Vgl. Neuendorff, Begriff des Interesses, S. 80 - 85 und Medick, Naturzustand, S. 206 - 221.
- 50) Smith, Lectures in Rhetorics and Belles Letters, zit. und übers. nach: Medick, Naturzustand, S. 194/5.
- 51) Ebd., S. 191, Anm. 52.
- 52) Medick, Naturzustand, S. 197.
- 53) Ob er diese methodischen Prinzipien selbst einhält, ist eine andere Frage.
- 54) Das ist "ein Verlangen, das zwar gewöhnlich ruhig und leidenschaftslos ist, uns aber von der Wiege an begleitet und bis zum Grabe nicht wieder verläßt." (Smith, Untersuchung, S. 22) Vgl. auch: Neuendorff, Begriff, S. 86 ff.
- 55) Smith, Untersuchung, S. 40. An dieser Stelle wird auch die Parallelität des Freiheits- und des Nutzenbegriffs, d. h. des ökonomischen und des soziologischen Ausgangsaxioms über das Individuum besonders deutlich.
- 56) Neuendorff, Begriff der Interessen, S. 78 f.
- 57) Dieses Bewegungsprinzip ist dementsprechend auch von demjenigen verschieden, "welches der Gesetzgeber nach seinem Gutdünken ihr

auferlegen möchte. Wenn diese beiden Prinzipien zusammenfallen und in der gleichen Richtung wirken, dann wird das Spiel der menschlichen Gesellschaft leicht und harmonisch vonstatten gehen und wahrscheinlich glücklich und erfolgreich sein. Wenn sie einander entgegengesetzt oder auch nur voneinander abweichend sind, dann wird das Spiel sehr schlecht vorwärts gehen und die Gesellschaft muß sich dann jederzeit in höchster Unordnung und Verwirrung befinden." Smith, Ethische Gefühle, zit. nach Neuendorff, Begriff des Interesses, S. 78.

Wie für seine Schüler so gab es auch für Smith einige Ausnahmen zum Nachwächterstaatsprinzip: der Staat ist zuständig für Landesverteidigung, Rechtspflege, insbesondere Sicherung des Privateigentums, und Infrastrukturbedingungen wie Bildung und Verkehr. Ferner schloß Smith auch eine staatliche Wirtschaftspolitik zur permanenten Herstellung gleicher Chancen, zur Ausgleichung der unterschiedlichen Betroffenheiten durch die berufsbedingte Selbstentfremdung der Lohnarbeiter sowie durch mögliche ökonomische Herrschaft von Unternehmervereinigungen nicht aus. Insofern stimmt das Bild vom reinen *laissez-faire*-Apologeten nicht. Medick, Naturzustand, S. 239.

- 58) Bei der Präzisierung der Höhe der drei Preisbestandteile werden die Folgen dieses Fehlers deutlich: Die Höhe des Arbeitslohns richtet sich zum einen nach den Kosten für den Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie, zum andern ist sie abhängig vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage der Ware Arbeitskraft. Die Höhe des Kapitalpreises hängt lediglich vom Angebot-Nachfrage-Verhältnis auf dem Kapitalmarkt ab, der Preis des Bodens ist Monopolpreis und "richtet sich durchaus nicht danach, was der Grundherr für die Kultur des Landes verausgabt haben mag, oder womit er sich begnügen könnte, sondern danach, was der Pächter geben kann." (Smith, Untersuchung, S. 194).
- 59) Smith, Untersuchung, S. 74.
- 60) Neundorff, Begriff des Interesses, S. 106 ff. und 136 ff.
- 61) "Trotz aller konkreten Analysen des Kapitalverwertungsprozesses, die sich im 'Wealth of Nations' finden, ist es letztlich diese metawissenschaftliche ökonomische Norm einer Gesellschaft von Kleinwarenpromotoren, die Smiths sozialwissenschaftliche Untersuchung, gewissermaßen hinter ihrem eigenen Rücken, motiviert und zum Teil restringiert." (Medick, Naturzustand, S. 288).

Hier schließt sich die Frage an, ob die Smithsche Theorie als von Anfang falsch bezeichnet werden muß (wie dies etwa Vogt tut), oder ob sie als für ihre Zeit durchaus zutreffend bezeichnet werden muß (Habermas).

- 62) Vgl. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, S. 16 ff.
- 63) L. v. Mises, Vom Weg der subjektivistischen Wertlehre, zit. nach Hofmann, Wertlehre, S. 130.
- 64) Medick, Naturzustand, S. 238.
- 65) So die Grundthese Medicks.
- 66) Medick, Naturzustand, S. 223 und 294. Wollte man die Gleichgewichtsmechanik Smiths und die Humboldts direkt miteinander vergleichen, so müßte in etwa folgendes festgehalten werden:

Die Kernthesen der Humboldtschen "Ideen" bezüglich des Wesens des Individuums und der Bedeutung der Gesellschaft für die Verwirklichung des Wesens des Individuums sind mit der Smithschen Gleichgewichtstheorie identisch, wenn man erstens von dem Unterschied der ausgewählten Aspekte einer Wirtschafts- und einer Kulturtheorie abstrahiert: Die Individuen sind bei beiden durch Maximierungsverhalten gekennzeichnet, bei Humboldt maximieren sie ihre individuelle kulturelle Potenz, bei Smith ihre individuellen ökonomischen Fähigkeiten. Ziel ist das Wohlbefinden des Einzelnen. Jeder hat quasi als Anfangsausstattung einen bestimmten Besitz an Fähigkeiten, die er im gesellschaftlichen Kontakt veräußern kann.

Der Zwang zum gesellschaftlichen Kontakt resultiert aus der Elementarkraft, denn ohne Tausch kann der Einzelne seinen Lebensstandard nicht ohne weiteres erhöhen und ohne Kommunikation kann er der Gefahr der Stagnation der Persönlichkeitsentfaltung, der Gefahr der "Einseitigkeit", nicht begegnen.

Insofern ist der gesellschaftliche Kontakt ein Katalysator für das Individuum. Jeder trägt nun seine individuellen Kräfte und Eigenschaften auf den Markt, vergleicht sie mit denen "der anderen" und "tauscht" Elemente von ihnen gegen solche der anderen. Dabei sucht jeder möglichst vorteilhaft zu tauschen, d. h. der Gefahr des mit jedem Kommunikationsakt einhergehenden möglichen Individualitätsverlustes durch eigene oder fremde Anpassung und damit der Gefahr der Minderung des Lebensglücks zu entgehen.

Ein zunächst zentraler Unterschied existiert in bezug auf die Vorstellungen über den Vermittlungsmechanismus bei Smith und Humboldt. Die Koordination der Individuen leistet bei Humboldt der Weltgeist. Er ist es, der vermittelt der Setzung der menschlichen Eigenschaften und Handlungen die Ich-Bezogenheit der Menschen zusammenfaßt. Was hier die Aufgabe einer metaphysischen Kraft ist, war bei Smith die Leistung der scheinbar gesellschaftlichen Institution Preissystem, die er mit der Metapher der unsichtbaren Hand erläutert. Die Differenz zwischen

Weltgeist und unsichtbarer Hand ist bei näherem Zusehen aber gar nicht so groß. Denn die Existenz der unsichtbaren Hand der Preise ist nichts anderes als die notwendige Konsequenz des freien Wirkens der natürlichen Eigenschaften des Menschen. Natur und Weltgeist sind aber auch bei Humboldt unlösbar miteinander verbunden. Diese Überzeugung Humboldts ist besonders gut dort ablesbar, wo Humboldt behauptet, daß die "besten menschlichen Operationen diejenigen (sind), welche die Operationen der Natur am getreuesten nachahmen." (Humboldt, Ideen, S. 15). Die besten Operationen kommen aber gleichzeitig der Realisierung der Idee des Geistes etc. am nächsten, was die tendenzielle Identität der natürlichen und geistigen Impulse für Gesellschaft und Geschichte in Humboldts Werk begründet. Beiden schwebt also eine natur-analoge Gleichgewichtsmechanik der Gesellschaft vor und sie sehen in ihr die langfristige Bedingung zur Verwirklichung der Emanzipation des Menschen.

- 67) Man vergleiche nur das Stichwort "Aufklärung" in verschiedenen Nachschlagewerken.
- 68) Hier und im Folgenden: Z. B.: Willms, Die politischen Ideen, S. 15 - 22; Heimann, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 64 ff. und Lukács, Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats, S. 210 ff.
- 69) Störig, Kleine Weltgeschichte der Philosophie, S. 238 ff. Charakteristisch für die Scholastik war der Ausspruch "Credo ut intellegam."
- 70) Diese epistemologische und ontologische Subjektivität hat weitreichende Konsequenzen für das Erkenntnisproblem in der Philosophie. Wenn die Welt jetzt entweder als mittels des Menschen oder direkt vom Menschen hervorgebrachte begriffen wird und der Mensch damit die Kategorien für das Wiederbegreifen seines Produktes in sich weiß, so führt dies zu einer "kopernikanischen Wendung" in der Erkenntnistheorie: "Bisher nahm man an, alle unsere Erkenntnis müsse sich nach den Gegenständen richten. ... Man versuche es daher einmal, ob wir nicht in den Aufgaben der Metaphysik damit besser fortkommen, daß wir annehmen, die Gegenstände müssen sich nach unserer Erkenntnis richten. ...". (Kant, Vorwort zur 2. Aufl. der Kritik der reinen Vernunft, Reklam 17, zit. nach: Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 210). Ausgedrückt mit den Worten Lukács: "Die moderne Philosophie stellt sich das Problem: die Welt nicht mehr als ein unabhängig vom erkennenden Subjekt entstandenes (z. B. von Gott geschaffenes) Etwas hinzunehmen, sondern sie vielmehr als eigenes Produkt zu begreifen." (Ebd.) Dieses Wiederbegreifen geschieht mit Hilfe rationalistischer Wissenschaft über die Erzeugung des Gegenstandes aus seiner Form: "Von der methodischen Skepsis, vom cogito ergo sum Descartes, über Hobbes, Spinoza, Leibniz geht hier ein gerader Entwicklungs-

weg, dessen entscheidendes, mannigfach variiertes Motiv die Auffassung ist, daß der Gegenstand der Erkenntnis deshalb und insofern von uns erkannt worden ist." (Ebd., S. 211).

Der den jeweiligen Formen korrespondierende Inhalt, der im traditionellen Denken mit "begriffsmythologischen" Ausdrücken wie Gott, Seele usw. für das einheitliche Subjekt aller Gegenstände bzw. für das einheitliche Objekt aller Erkenntnis (ebd., S. 216) umschrieben wurde, wird in der rationalistischen Wissenschaft als gegeben, fremd und unerkennbar ausgeklammert. "Die Frage, warum und mit welchem Recht der menschliche Verstand gerade solche Systeme der Formen als sein eigenes Wesen (im Gegensatz zum 'gegebenen', fremden unerkennbaren Charakter der Inhalte dieser Formen) auffaßt, taucht nicht auf. Dies wird als selbstverständlich hingenommen. Und ob dieses Hinnehmen sich (wie bei Berkeley oder Hume) als Skepsis, als Zweifel an der Fähigkeit 'unserer' Erkenntnis, zu allgemein gültigen Resultaten zu gelangen, oder ob es sich (wie bei Spinoza oder Leibniz) als ein unbeschränktes Vertrauen zu der das 'wahre' Wesen aller Dinge erfassenden Fähigkeit dieser Formen äußert, ist hier von sekundärer Bedeutung." (Ebd., S. 211; vgl. auch den Abschnitt über Georg Lukács in dieser Arbeit.

- 71) Cherbury, De veritate. De causis errorum. De religione laici.
- 72) Heimann, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, S. 64 ff. Zur Rolle der Mechanik in den Naturwissenschaften: Dijksterhuis, Die Mechanisierung des Weltbilds.
- 73) Descartes, Meditationen über die Grundlagen der Philosophie. Meine Interpretation stützt sich auf Aster, Einführung in die Philosophie Descartes. Im folgenden besonders: S. 54 - 83.
- 74) Ebd., S. 83 - 94.
- 75) Hobbes, Elemente der Philosophie (1642 - 1658): Bd. 1: Vom Körper, Bd. 2: Vom Menschen - vom Bürger.
- 76) Ich stütze meine Hobbes-Interpretation auf Hans Medick ("Naturzustand und Naturgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft"), der bezüglich Hobbes seinerseits auf C. B. Macpherson ("Die politische Theorie des Besitzindividualismus") zurückgreift. Im folgenden: Medick, Naturzustand,, S. 34 - 48.
- 77) Hobbes, Vom Körper, Kap. 1, Nr. 8.
- 78) Ebd., Kap. 6, Nr. 6.
- 79) ders., Leviathan, Kap. 10.
- 80) ders., Vom Bürger, Kap. 1, Nr. 6.

- 81) Vgl. z. B.: Schlangen, Demokratie und bürgerliche Gesellschaft. Einführung in die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie, S. 153 - 160.
- 82) Medick, Naturzustand, S. 236.
- 83) Ebd., S. 135.
- 84) Anders als Medick unterstellt Albert O. Hirschmann ("Leidenschaften und Interessen"), daß Aufklärer und Liberale schlichtweg vom Menschen "wie er wirklich ist" ausgegangen seien. Er vernachlässigt die methodologische Dimension der Ideengeschichte und vereinfacht deshalb in unzulässiger Weise.
- 85) Bentley, Process of Government (1908).
- 86) In dieses Strukturbild sind noch einige weitere in meine Untersuchung nicht einbezogene Autoren mit aufgeführt, von denen hier ohne weiteren Beleg behauptet werden soll, daß sie ebenfalls konkurrenzgleichgewichts-paradigmatisch argumentieren: John Stuart Mill (1806 - 1873) als Vertreter des englischen Positivismus, des Utilitarismus, und einer liberalen Demokratietheorie, Herbert Spencer (1820 - 1903) als Vertreter einer makrosoziologischen Konkurrenz- und Entwicklungstheorie und Alexander Hamilton (1755 - 1804) als wichtigster Autor des "Federalist", der sich über weite Bereiche - besonders wo es um das Menschenbild geht - liest, als ob der Text aus der Feder Schumpeters stammen würde.
- 87) Allerdings findet sich bereits bei Hobbes das Knappheitsargument, ohne daß dieses jedoch zur systematischen Grundlage seiner gesamten Theorie gemacht worden wäre.
- 88) Dazu z. B.: Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte; Vietsch, Das europäische Gleichgewicht.
- 89) Vgl. z. B.: Kluxen, Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des englischen Parlamentarismus.
- 90) Hirschmann, Leidenschaften und Interessen. Politische Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg.
- 91) Ebd., S. 21.
- 92) Ebd., S. 59.
- 93) Pribram, Die Idee des Gleichgewichts in der älteren nationalökonomischen Theorie.
- 94) Struwe, Zum Problem des sogenannten wirtschaftlichen Gleichgewichts.

- 95) Vgl. dazu: Meißner, Die Entwicklung der Gleichgewichtstheorie als Ausdruck des Zerfallsprozesses der bürgerlichen Ökonomie.
- 96) Eine solche Untersuchung könnte von dem Artikel "Ökonomisches Gleichgewicht" im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften von Karl Brandt und der dort angegebenen Literatur ausgehen.
- 97) Kluge, Ethymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache; The Oxford English Dictionary.
- 98) So etwa der Philosoph Hans Blumenberg, der z. B. ohne Karl Marx und Max Weber bei der Untersuchung der Genese des neuzeitlichen Weltbildes auskommt. Nicht einmal innerhalb der eigenen Disziplin wird vor Erstellung einer eigenen Theorie das existierende Schrifttum rezipiert: im Literaturverzeichnis von Nelson ("Der Ursprung der Moderne") fehlt Hooykaas ("Religion and the Rise of Modern Science") genauso wie umgekehrt.
- 99) Die folgenden Erklärungsansätze stellen nur eine kleine Auswahl dar. Außer Betracht bleiben z. B. Jacob Burckhardt, Klaus Eder, Norbert Elias, Joseph Engel, Walter Euchner, Jürgen Habermas, Wolf Lepenies, C. B. Macpherson, Edgar Zilsel u. a.
- 100) Im folgenden hauptsächlich: Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1 (1920).
- 101) Ebd., S. 163.
- 102) Kursives im Original ist hier getilgt. Ebd., S. 176. Hier ist allerdings schon unterstellt, daß Erfolg am Geld, also an der formalen Seite des Berufes, gemessen wird. Der Erfolg könnte theoretisch ja auch an der Nützlichkeit der Arbeit, also an ihrem Inhalt, gemessen werden. Diese letztere Meßmethode hätte aber den Nachteil - so würde Weber argumentieren - daß sie bei weitem keine solche methodische Exaktheit (Vergleich von Kosten und Nutzen) ermöglicht. Dieser Vergleich ist aber für die methodische Selbstkontrolle des von der Heilungsgewißheit Geplagten unerlässlich. Siehe dazu auch den nächsten Absatz im Text über die formale Rationalität.
- 103) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 13.
- 104) Ebd., S. 44 - 48, S. 58/9 und S. 94/5. Materiale Rationalität läßt sich demgegenüber zu allererst von irgendwelchen Versorgungs- oder Gerechtigkeitsvorstellungen leiten, nicht von Gelderwerb.
- 105) Weber, Gesammelte Schriften, S. 12 und S. 238/9.

- 106) Ebd., S. 240/1.
- 107) Schluchter, Paradoxie der Rationalisierung. Zum Verhältnis von 'Ethik' und 'Welt' bei Max Weber; ferner vom selben Autor: Die Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Eine Analyse von Max Webers Gesellschaftsgeschichte.
- 108) Schluchter, Paradoxie, S. 16.
- 109) Ebd., S. 25.
- 110) Weber, Gesammelte Schriften, S. 94, zit. nach Schluchter, Paradoxie, S. 28.
- 111) Schluchter, Paradoxie, S. 28. Die innerhalb des in das Schluchter-Zitat eingeschlossenen Weber-Zitats vorkommenden Anführungszeichen sind in meiner Wiedergabe getilgt.
- 112) Die folgende Gegenüberstellung ist selbstverständlich als idealtypisch zu verstehen.
- 113) Vgl. z. B. den Artikel "Kirche, dogmatisch" in: Die Religionen in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft.
- 114) Vgl. z. B. den Artikel "Ablass" in: Die Religionen.
- 115) Artikel "Kirche" in: Lexikon des katholischen Lebens.
- 116) Artikel "Gute Werke" in: Die Religionen.
- 117) Ebd.
- 118) Weber, Methodologische Schriften, S. 33 (Die von Weber hervorgehobenen Wörter sind hier nicht gekennzeichnet). Friedrich Tenbruck hat in seinem Aufsatz "Die Genesis der Methodologie Max Webers" auf diese Grundintention Webers besonders hingewiesen und ihren Ursprung aus der Tradition des Deutschen Idealismus dargelegt, den Weber allerdings entmythologisiert habe. Durch die Uminterpretation des Sinnbegriffs von der ontologischen Weltgeistdimension in die heuristische individuelle Handlungsdimension leistet Weber die "Wiedereinsetzung eines historischen Erbes mittels Methodologie" (S. 590). M. a. W.: Weber hat den Deutschen Idealismus den durch das positivistische Wissenschaftsideal bestimmten Erfordernissen seiner Zeit angepaßt, ihn also wieder hoffähig gemacht. Wenn hinter aller Handlung individuelle Sinnsetzungen stecken, so muß die entsprechende soziologische Untersuchungsmethode eine sinnfreilegende, also verstehende sein. Vgl. dazu Webers Ausführungen zur Verstehensmethode in der Soziologie in "Wirtschaft und Gesellschaft", S. 1 ff.

- 119) Hooykaas, Science and Reformation (1968) und: Religion and the Rise of Modern Science (1971).
- 120) Hier und im folgenden: Hooykaas, Science, S. 212 ff.
- 121) Im folgenden: Hooykaas, Religion, S. 114 - 135.
- 122) Ebd., S. 117.
- 123) Ebd., S. 117 ff.
- 124) Z. B. Kepler: Ebd., S. 214.
- 125) Als historische Voraussetzungen hierfür sieht Hooykaas die in der Antike entwickelte Mathematik, Logik und Beobachtungsmethode und die biblische Lehre vom Menschen als dem Mittelpunkt der Welt, als Ebenbild Gottes. (Religion, S. 25 und 161).
- 126) Vgl. z. B. Störig, Kleine Weltgeschichte der Philosophie, S. 214 ff.
- 127) Blumenberg, Die Legitimität der Neuzeit (1966), mit den inzwischen überarbeiteten und getrennt herausgegebenen Teilen: "Säkularisierung und Selbstbehauptung," "Der Prozeß der theoretischen Neugierde" und: "Cusaner und Nolaner. Aspekte der Epochenschwelle."
- 128) Blumenberg kritisiert dementsprechend die Säkularisierungs- und Rationalisierungsthese, die das neuzeitliche Denken auf den Protestantismus zurückführt. Sein Argument: Die Signatur der Neuzeit kann genauso gut als Verlust der Welt, als Entfernung von der Welt, als Zurückgeworfensein des Menschen von der konkret-sinnlichen Welt beschrieben werden, wie als Säkularisierung und Rationalisierung (vgl. z. B. Säkularisierung, S. 15 ff.).
- 129) Blumenberg, Der Prozeß, S. 11 ff.
- 130) Ebd., S. 187 f.
- 131) Ebd., S. 150.
- 132) Ebd., S. 103 f. und 119.
- 133) Ebd., S. 160 - 165.
- 134) Ebd., S. 165.
- 135) Ebd., S. 250. Die theoretische Neugierde wandte sich - wenn ich Blumenberg recht verstehe - also im Laufe ihrer neuzeitlich-freien Entfaltung folgenden Gegenständen bzw. Aspekten nacheinander zu:

der Natur (z. B. Kepler), der Gesellschaft als ganzer (z. B. Hobbes) und schließlich dem Individuum (z. B. Kant). Vgl. auch eine ähnliche Kant-Interpretation bei Zelený, Die Wissenschaftslogik und 'Das Kapital', S. 108.

- 136) So der Titel des deutschsprachigen Sammelbandes.
- 137) Ich beschränke mich auf die neueren Arbeiten, die alle in diesem Sammelband enthalten sind: "Wissenschaften und Zivilisationen, 'Osten' und 'Westen' - Joseph Needham und Max Weber", "Zivilisatorische Komplexe und interzivilisatorische Begegnungen", "Die Anfänge der modernen Revolution in Wissenschaft und Philosophie - Fiktionalismus, Probabilismus, Fideismus und katholisches 'Prophetentum'" und "Eros, logos, nomos, polis - Die wechselnde Gewichtsverteilung zwischen eros, logos, nomos, polis und die Wandlungen von Gemeinschaften und Zivilisationen". Ähnlich argumentiert übrigens der in der Geschichtswissenschaft durch seine Aufnahme ins Handbuch der Europäischen Geschichte besonders autorisierte Ansatz von Joseph Engel: Die Mißstände in der katholischen Kirche und das Scheitern der Kirchenreform bewirkten eine Verselbständigung der Gläubigen schon lange vor Luther. "Der Glaube als unmittelbares Verhältnis zwischen dem Gläubigen und dem höchsten Herrn der Welt wurde entscheidend vom Christen selbst bewirkt. Der Einzelne war und fühlte sich als Individuum." (Von der spätmittelalterlichen *respublica christiane* zum Mächte-Europa der Neuzeit, in: Hdb. der Europäischen Geschichte, hrsg. v. Th. Schieder, Bd. 3, S. 45).
- 138) Nelson, Einleitung zu "Der Ursprung der Moderne", S. III f.
- 139) Nelson, Eros, S. 141 ff.; ders., Wissenschaften, S. 40 ff.
- 140) "Die eindrucksvolle Idee eines Individuums, das in allen Bereichen des Denkens und Handelns auf sein eigenes Gewissen gestellt ist, war die Grundannahme dieser Struktur. Das konkrete Individuum sollte danach Zugang zu universellen Normen von höchster Allgemeinheit haben." (Nelson, Einleitung, S. IX).
- 141) Nelson, Wissenschaften, S. 45 ff. Näheres zum Problem der Genese des Universalismus findet sich im frühen Nelson: *The Idea of Usury* (1949).
- 142) Z. B.: Nelson, Eros, S. 156 f.
- 143) Nelson, Eros, S. 147 - 155. Nelson verweist auch darauf, daß gerade der Geist der Kreuzzüge dieses Denken in den Kategorien "Freundschaft" usw. beförderte, da Freundschaft immer auch Feindschaft als Mittel der Bestätigung und Realdemonstration braucht. Nelson, Eros, S. 152.

- 144) Ebd., S. 156.
- 145) Ebd., S. 158 f.
- 146) Ebd., S. 161. Nelson verweist auf realpolitische Folgen der revolutionären Ideen Abaelards: Aufstände und Massenbewegungen wie die der Waldenser als Vorläufer der Franziskaner (ebd.).
- 147) Dux, Die Logik der Weltbilder. Sinnstrukturen im Wandel der Geschichte (1982).
- 148) Ebd., S. 15 - d 25.
- 149) Ebd., S. 25.
- 150) Ebd., S. 290 - 308.
- 151) Ebd., S. 21. Als geistesgeschichtlichen Ansatz betrachte ich das Argument von Dux deshalb, weil das zentrale Explanans für den konkreten Inhalt des neuzeitlichen Menschenbildes ein mentales ist: das Freiheitsstreben des Individuums. Allerdings müßte genau geprüft werden, ob diese Setzung, wie es Dux für sich beansprucht, rein empirisch gewonnen werden kann.
- 152) Ebd., S. 22 f. Bei dieser Rekonstruktion argumentiert Dux auch mit der Parallelität von ontogenetischem und phylogenetischem Prozeß, worauf hier aber nicht näher eingegangen werden soll. Vgl. ebd., S. 54 - 76.
- 153) Ebd., S. 26 - 53.
- 154) Ebd., S. 50.
- 155) Ebd., S. 54 - 76.
- 156) Ebd., S. 76 - 103.
- 157) Ebd., S. 103 - 147.
- 158) Ebd., S. 146. "Rationalität" bedeutet hier lediglich "vernunftmäßig," wobei über die Art der Vernunft nichts ausgesagt ist, außer daß es ein von dem Weberschen Rationalitätsbegriff völlig verschiedener ist.
- 159) Ebd., S. 266 - 275.
- 160) Ebd., S. 294/5. Dux spricht auch von der Ablösung des "nomos", des menschlichen Gesetzes, von der Gesamtheit der Gesetze bzw. Ordnungen. Übrig bleibt auf der anderen Seite die reine "physis".

- 161) Vgl. Anmerkung 118 in diesem Teil C.
- 162) Ebd., S. 278 und 292.
- 163) Ebd., S. 303/4.
- 164) Ebd., S. 305 - 308.
- 165) Hier vor allem: Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844; und: Marx/Engels, Die deutsche Ideologie (geschrieben 1845/6). - Meine Marx-Interpretation stützt sich vor allem auf: Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Marx.
- 166) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 20.
- 167) Ebd.
- 168) Im folgenden: Ebd., S. 20 - 50.
- 169) Dem Marxschen Denken wird oft vorgeworfen, es sei einseitig, da es die materiellen bzw. ökonomischen Faktoren überbewerte. Demgegenüber finden sich in den Originaltexten durchaus Belege für eine gleichmäßige Berücksichtigung objektiver und subjektiver Faktoren, die einander durchaus differenziert gegenübergestellt werden: In der Geschichte findet sich "auf jeder Stufe ein materielles Resultat, eine Summe von Produktivkräften, ein historisch geschaffenes Verhältnis zur Natur und der Individuen zueinander (vor), die jeder Generation von ihrer Vorgängerin überliefert wird, eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits von der neuen Generation modifiziert wird, ihr aber auch andererseits ihre eigenen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine bestimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt - daß also die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen." (Ebd., S. 38). Entgegen allen anderslautenden Marx-Interpretationen muß also eine materialistische Analyse die Geschichte in all ihren Momenten und all ihren Wechselwirkungen, also in ihrer ganzen Totalität untersuchen. Dies ist der Begriffsinhalt des Terminus "historischer Materialismus", mit dem die Marxsche Methode

schlagwortartig charakterisiert werden kann. Eine solche Geschichtsauffassung "hat in jeder Periode nicht, wie die idealistische Geschichtsanschauung, nach einer Kategorie zu suchen, sondern bleibt fortwährend auf dem wirklichen Geschichts boden stehen, erklärt nicht die Praxis aus der Idee, erklärt die Ideeninformationen aus der materiellen Praxis und kommt demgemäß auch zu dem Resultat, daß alle Formen und Produkte des Bewußtseins nicht durch geistige Kritik, durch Auflösung ins 'Selbstbewußtsein' oder Verwandlung in 'Spuk', 'Gespenster', 'Sparren' etc., sondern nur durch den praktischen Umsturz der realen gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen diese idealistischen Flausen hervorgegangen sind, aufgelöst werden können ..." (Ebd.).

- 170) Im folgenden: Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (1867), und: ders., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf (1857 - 1858).
- 171) Marx, Das Kapital, Vorwort zur ersten Auflage, S. 15/6.
- 172) Ebd., S. 12.
- 173) Ebd., S. 27.
- 174) Ebd. An die Frage, wie dieses Materielle, das Leben des Stoffes selbst, von Marx im Kapital dargestellt wurde, hat sich in der marxistischen Diskussion eine heftige Kontroverse entzündet. Was bedeutet "ideelle Widerspiegelung des Lebens des Stoffes" (Kapital, S. 27) bzw. "idealer Ausdruck der wirklichen Bewegung, worin das Kapital wird" (Grundrisse, S. 217)? Man beruft sich dabei jeweils auf unterschiedliche im gesamten Werk von Marx und Engels verstreute Zitate, wobei die einen mehr den logisch-systematisch-begrifflichen Charakter der Darstellung betonen wollen, die anderen daneben auf die Bedeutung der historischen Momente in der Darstellung als ebenfalls relevantes Moment hinweisen. Allgemein akzeptiert dürfte jedoch sein, daß die Kategorien im "Kapital" so nacheinander folgen, wie es dem inneren Aufbau der modernen entfalteten Ökonomie entspricht. Wenn Engels sagt, daß die Logik nichts anderes als die "der Zufälle entkleidete Historie" (Engels, Karl Marx - Zur Kritik der politischen Ökonomie) sei, so muß dazu angemerkt werden, daß die Abfolge der Begriffe im Kapital teilweise einen anderen Weg geht, als die Abfolge der Formen in der realen Geschichte: Zum ersten, weil die Geschichte nichts Mechanistisch-Deterministisches ist und aufgrund der Vielfalt der objektiven und subjektiven Faktoren die verschiedensten Umwege geht; insofern dienen die geschichtlichen Verweise im Kapital nur als Illustrationen. Zum zweiten, weil Marx viele historische Voraussetzungen des Kapitalismus, die selbst nicht als Produkt der Entfaltung des Warenwiderspruchs begriffen werden können, erst an späterer (geeigneter) Stelle der Ableitung einführt, wie z. B. die Voraussetzung der "ursprünglichen Akkumulation".

(Vgl. dazu: Zelený, Die Wissenschaftslogik und 'Das Kapital', bes. S. 57 - 109; Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, S. 126 - 136, und die Nr. 81, 84 und 85 der Serie im "Das Argument" zum Thema "Streitfragen materialistischer Dialektik".) - Primär ist die Darstellung des Kapitals also eine logische, (vgl. z. B. Haug, Vorlesungen zur Einführung ins "Kapital"): In der Zellform der Ware sind bereits alle Bestimmungen enthalten, die nach und nach expliziert werden. Für den Nachvollzug der Analyse bedeutet dies, daß von der Ware ausgehend immer nur gefragt zu werden braucht, was es alles geben muß, wenn es die Ware gibt. Das Ergebnis dieser grundsätzlich ohne Kenntnis der historischen Abfolge möglichen logischen Analyse stellt sich in den Kapitelüberschriften des "Kapital" dar: Geld, Kapital, Mehrwert, Lohn, Akkumulation usw. An der Ableitung des Geldes (bzw. seiner Entstehung) hat Marx diese Entwicklung sui generis sehr anschaulich formuliert: "Der Geldkristall ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander tatsächlich gleichgesetzt und daher tatsächlich in Waren verwandelt werden. Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld." (Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 101/2).

- 175) Mit "Bild" oder "Bewußtsein" sind hier nach Marx diejenigen Vorstellungen der Menschen gemeint, die in ihrer Alltagspraxis spontan entstehen und die umgekehrt für das erfolgreiche Bestehen dieser Praxis (z. B. eines Tauschgeschäfts) auch wieder erforderlich sind. Insofern handelt es sich um "notwendiges" Bewußtsein. Damit ist allerdings keineswegs ausgeschlossen, daß einzelne oder auch viele Menschen durch besondere Bewußtseinsanstrengungen dieses notwendige Bewußtsein durchstoßen und hinter die Kulissen schauen, wie dies Marx ja für sich selbst ebenfalls beansprucht hat.
- 176) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 86.
- 177) Vgl. z. B. ebd., S. 93: "In den altasiatischen, antiken usw. Produktionsweisen spielt die Verwandlung des Produkts in Ware, und daher das Dasein der Menschen als Warenproduzenten, eine untergeordnete Rolle ..." Dennoch spricht Marx hier schon von "bürgerlicher Produktion", allerdings nur in Gestalt der "allgemeinsten und unentwickeltsten Form". (Ebd., S. 97). Hier ist das bürgerliche Individuum also noch nicht sichtbar, im Kern jedoch bereits existent. An dieser frühen Form gibt es einerseits noch keinerlei Geheimnisse ("Fetisch"), andererseits läßt sich das dazugehörige Wesen, der Wertgehalt, von den damaligen Theoretikern (Aristoteles) noch nicht bestimmen. (Ebd., S. 73 ff.).

- 178) Im folgenden sind einfache und kapitalistische Warenproduktion als nacheinander folgende Formen dargestellt. Aufgrund der Einheit von Logischem und Historischem (vgl. oben Anm. 175) müßte die nachfolgende Darstellung parallel zum Nacheinander immer auch die Gleichzeitigkeit der Existenz beider Formen im entfalteten Kapitalismus formulieren. Vereinfacht dargestellt: die einfache Warenproduktion existiert im entfalteten Kapitalismus als Zirkulationssphäre, die kapitalistische Warenproduktion als Produktionssphäre.
- 179) Marx, Kapital, Bd. 1, S. 102.
- 180) Vgl. zu diesem Problem Immanuel Wallersteins Arbeiten über das kapitalistischen Weltsystem".
- 181) Diesen Aspekt hat Klaus Ottomeyer ("Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen") weiterverfolgt.
- 182) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 49 - 61.
- 183) Ebd., S. 99.
- 184) Marx, Grundrisse, S. 156.
- 185) Diese Darstellung ist stark vereinfacht. Da Marx keine systematische Staatstheorie hinterlassen hat, gibt es eine heftige Diskussion unter den Marxisten über Ansatzpunkt und Art der Ableitung des bürgerlichen Staates aus der bürgerlichen Ökonomie. So will z. B. Dieter Läßle ("Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zu einer Kritik der Infrastrukturtheorien") den kapitalistischen Staat aus der einfachen Warenproduktion und den dort zum ersten Mal auftauchenden (in der Marxschen Kapitalanalyse) Begriffen Freiheit und Gleichheit ableiten, die die Sphäre des Staates konstituieren. Zur Kritik daran vgl. z. B. Projekt Klassenanalyse, Oberfläche und Staat. Kritik neuerer Staatsableitungen.
- 186) Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, S. 539/540. Hervorhebungen im Original hier getilgt.
- 187) Ebd., S. 540. Ob es sich hierbei um eine marxistische Anthropologie im üblichen Sinne des Wortes handelt, wird weiter unten nochmals aufgegriffen. Auf diesen Aussagen basiert Erich Fromms "Haben oder Sein".
- 188) Die Marxsche Behandlung des Geldes ist der von Max Weber genau entgegengesetzt: Marx läßt das Geld zum universalen Handlungs z w e c k des Menschen werden ("Das Geld regiert die Welt."), für Weber ist das Geld das rationalisierteste M i t t e l menschlichen Wirtschaftens, die Geldrechnung ermöglicht eine maximale Informiertheit der Wirtschaftssubjekte über die Gebrauchswerteigenschaften der Güter und Dienste. (Vgl. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 38 - 59).

- 189) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 147.
- 190) Eine Weiterführung der Marxschen Erklärung der Nutzenmaximierungsannahmen und ähnlicher psychologischer Axiome (wie das zweite Gossensche Gesetz) findet sich z. B. bei Hofmann, Wert- und Preislehre, S. 194, oder bei Linder, Der Anti-Samuelson, Bd. 3, S. 162: Erst recht in einer Gesellschaft, in der Geld zu Kapital geworden ist, wird allen Menschen, also auch den Verbrauchern, eine Kapitalrechnungsmentalität unterstellt. Jeder Haushalt plant demnach seine Ausgaben so, daß er den Grenznutzen seiner Geldausgaben maximiert. Dies entspricht dem mit der Konkurrenz gesetzten Zwang des Kapitalisten, genau in der Anlagesphäre zu investieren, die die höchste Profitrate aufweist. Der Kapitalist wird somit in der modernen ökonomischen Theorie zum Prototyp des Menschen schlechthin hochstilisiert.
- 191) In Teil D meiner Arbeit wird dieser Gedanke mit einigen Hinweisen auf Ergebnisse der Kulturanthropologie illustriert.
- 192) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 189.
- 193) Ebd., S. 189/190.
- 194) 1. Auch die Existenz der Leistungsideologie und ihre Anwendung in der Analyse sozialer Schichtung läßt sich mit den Marxschen Kategorien sehr leicht erklären: Wenn durch die Form des Arbeitslohns die Teilung des Arbeitstages in einen bezahlten und einen unbezahlten Teil nicht mehr sichtbar wird, wenn der ganze Arbeitstag als bezahlter gilt, wenn also die gesamte Arbeitsleistung als durch das Lohnäquivalent ersetzt gilt (ebd., S. 562), dann ist der Weg zu folgendem Umkehrschluß nicht mehr weit: Wer Lohn oder Geld bekommt, muß vorher auch Entsprechendes geleistet haben, wer viel Lohn bekommt, muß auch entsprechend viel geleistet haben, gehört damit an die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie. (Vgl. dazu: Kirchberger, Kritik der Schichtungs- und Mobilitätsforschung).
2. Die Maximierungsannahmen der anderen paradigmatischen Theorien - Politik, Soziologie, Wissenschaft - müßten natürlich erst gesondert abgeleitet werden. Die Ableitung der ökonomischen Bewußtseinsform kann dabei als Leitfaden dienen.
- 195) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 190/1.
- 196) Lukács, Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats (1922), in: ders., Geschichte und Klassenbewußtsein.
- 197) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 86/7. An den Austauschmengen kann man nach Marx besonders gut zeigen, daß die Dinge, hinter denen zwischen-menschliche Verhältnisse stehen, notwendigerweise ein Eigenleben erhalten. Sobald z. B. die jeweiligen Austauschmengen von

Waren eine gewisse Regelmäßigkeit erlangt haben, erscheint den Menschen etwa die gesellschaftliche Tatsache, daß eine Tonne Eisen und zwei Unzen Gold sich auf dem Markt gegeneinander austauschen und damit als gleichwertig gelten, als Natureigenschaft dieser Dinge. Die Gleichwertigkeit scheint genauso eine Eigenschaft wie z. B. die Gleichgewichtigkeit von einer Tonne Eisen und einer Tonne Gold. D. h., nicht nur die ökonomischen Qualitäten sondern auch die ökonomischen Quantitäten scheinen Natur- und Ewigkeitscharakter zu besitzen. Nicht nur, daß es Geld, Kapital, Profit etc. gibt, sondern auch wieviel davon bei bestimmten wirtschaftlichen Transaktionen üblich oder angemessen ist, scheint schlichtweg natürlich oder sachgemäß.

"Was nur für diese besondere Produktionsform, die Warenproduktion, gültig ist, ... erscheint vor wie nach jener Entdeckung (der durch die Zerlegung dieser Gesellschaft gemachte Entdeckung, daß Geld oder Kapital nichts anderes als menschliche Produkte sind, F. R.), den in den Verhältnissen der Warenproduktion Befangenen ebenso endgültig, als daß die wissenschaftliche Zersetzung der Luft in ihre Elemente die Luftform als eine physikalische Körperform fortbestehen läßt." (Ebd., S. 88)

- 198) Lukács, Die Verdinglichung, S. 170/1.
- 199) Der Prozeß der Verdinglichung betrifft grundsätzlich alle Menschen, Bürger und Proletarier, allerdings mit je spezifischen Ausformungen. Die Daseinsformen des Proletariats sind allerdings so beschaffen, "daß die Verdinglichung sich in ihnen am prägnantesten und penetrantesten, die tiefste Entmenslichung hervorbringend, äußern muß." (S. 268) Überwunden werden kann der Verdinglichungsprozeß nach Lukács nur dadurch, daß das Proletariat sich nicht mehr als vereinzelter vom Sachzwang geleiteter Warenanbieter versteht, sondern als von Menschen ausgebeutete Klasse.
- 200) Ebd., S. 171.
- 201) Ebd., S. 175. In dieser Gesellschaft regiert der Sachzwang das menschliche Handeln. Wenn aber im Handeln keine Alternativen mehr existieren, wenn die Sachlogik alles festgelegt hat, so ist die Zeit für große politische Entscheidungen vorbei, Politik muß durch Sozialtechnik abgelöst werden. Konsequenz weitergedacht, bedeutet dies das Ende aller Geschichte. Vgl. dazu entsprechende politologische und soziologische Theorien beispielsweise von Rüdiger Altmann, Helmut Schelsky oder Daniel Bell.
- 202) Im folgenden: ebd., S. 177 ff.
- 203) Ebd., S. 198. Hier wäre ein Verbindungspunkt zwischen Funktionalismus und Marxismus (der Lukácsschen Prägung): die Differenzierungsannahme (z. B. Parsons) und die aufgrund des Zwangs zur Reduktion von Komplexität erforderliche Entwicklung von Eigenlogiken (z. B. Luhmann).

- 204) Ebd., S. 199.
- 205) Ebd.
- 206) Ebd., S. 200.
- 207) Ebd.
- 208) Ebd., S. 212. Rationalismus hat es nach Lukács zwar schon immer (Altertum) und überall (indische Askese) gegeben, aber erst mit der Entstehung des bürgerlichen Zeitalters nimmt er eine charakteristische Form an: er beansprucht universelle Gültigkeit in Erkenntnisfragen.
- 209) Daß Soziales wie Natürliches zu behandeln sei, ist zum Beispiel eine der Grundregeln der soziologischen Methode bei Durkheim. Die Philosophie, die eigentlich für die Herstellung des Zusammenhangs zwischen den einzelnen positivistisch verfahrenen Einzelwissenschaften zuständig wäre, ist gegen dieses Zerreißen des Gegenstandes ebenfalls ohnmächtig, sie stellt nur eine Verdinglichung "in zweiter Potenz" dar. (S. 207 f). Lukács interpretiert die Geschichte der bürgerlichen Philosophie als einen einzigen großangelegten Versuch, die Ganzheit des Objekts bzw. die Identität zwischen Subjekt und Objekt wieder herzustellen, was schließlich in die Entdeckung des Angelpunktes der menschlichen Tätigkeit mündet. (S. 225 ff).
- 210) Sohn-Rethel, Warenform und Denkform. Versuch über den gesellschaftlichen Ursprung des "reinen Verstandes" (1961).
- 211) Ebd., S. 101.
- 212) Im folgenden: Ebd., S. 117/8 und Marx, Das Kapital, Bd. 1, 1. und 2. Kapitel.
- 213) Sohn-Rethel, Warenform und Denkform., S. 117 - 121.
- 214) Ebd.,
- 215) Ebd., S. 121 f.
- 216) Ebd., S. 123.
- 217) Inwiefern in der griechischen Antike tatsächlich von einer Dominanz der Warenproduktion gesprochen werden kann, so daß derartig fundamentale Revolutionen im Bewußtsein erklärbar werden, müßte näher untersucht werden.
- 218) Sohn-Rethel, Zur kritischen Liquidierung des Apriorismus. Eine materialistische Untersuchung, S. 82.

- 219) Wenn Marx, Lukács und Sohn-Rethel recht haben sollten, müßten schon in der klassischen griechischen und erst recht römischen Philosophie zunehmend freie und natürlicherweise gleiche Individuen als theoretische Ausgangspunkte auffindbar sein. Dies müßte anhand einer Sichtung insbesondere der frühen Naturrechtstheorien näher überprüft werden. Sohn-Rethel gibt als Literaturhinweis Georg Thompson ("Die ersten Philosophen") an.
- 220) Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, S. 157.
- 221) Ders., Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus, S. 258. Vgl. hierzu auch: ders., Erkenntnis und Interesse.
- 222) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 20.
- 223) Weber, Methodologische Schriften, S. 33.
- 224) Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 193.
- 225) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 30/1.
- 226) Reichelt, Zur logischen Struktur, S. 37.
- 227) Zum Vergleich zwischen Weber und Marx: Bader u. a., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber. Zur Einführung in die Kritik an Marx vgl. z. B. Szczesny (Hg.), Marxismus - ernst genommen. Ein Universalsystem auf dem Prüfstand der Wissenschaften; Bochenski, Marxismus-Leninismus. Wissenschaft oder Glaube; Becker, Die Achillesferse des Marxismus: der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Schneider, Der Beitrag der Arbeitswertlehre zur Theorie der kapitalistischen Warenproduktion.
- 228) Eine Weiterführung dieses Punktes könnte zwei Wege einschlagen, einen mehr immanenten und einen mehr globalen: Immanent könnte man prüfen, inwieweit die hier vorgestellten geistes- und sozialgeschichtlichen Erklärungsansätze selbst auf der Grundlage des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas entstanden sind, und somit die an diesem in Teil D dieser Arbeit vorgebrachte Kritik auch auf diese Erklärungsansätze zutrifft: Für den Weberschen Ansatz ist ja ganz offensichtlich das ökonomische Gleichgewichtsmodell wegweisend. Die mehr globale Strategie müßte den subjektiven Faktor im Historischen Materialismus näher präzisieren. Dies könnte z. B. von Habermas ("Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus") und der sich daran anschließenden Diskussion ausgehen.

Teil D: Kritik des Paradigmas als Erklärungsmodell

- 1) Artikel "Erklärung" im Großen Brockhaus.
- 2) Zum Problem der Erklärung in den Sozialwissenschaften vgl. z. B. Giesen/Schmid, Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie, S. 49 - 85, 157 - 213 und 233 - 248.
- 3) An dieser Stelle könnte der Einwand formuliert werden, daß die in Teil A vorgeführten Beispiele von ihren Absichten, Gegenständen und Methoden her gar nicht vergleichbar sind. Es wurde ja dargestellt, daß beispielsweise Schumpeter eine empirische Theorie über die Demokratie anstrebt, Dahrendorf nur das heuristische Werkzeug für später aufzustellende empirische Theorien liefern will und Popper schließlich in normativer Absicht Denkregeln aufstellen will. Von diesen Unterschieden sei in der folgenden Darstellung aus verschiedenen Gründen abgesehen: Was den Unterschied zwischen dem Dahrendorfschen Instrumentalismus und dem Schumpeterschen Empirismus angeht, so muß betont werden, daß es sich hierbei nicht um einen prinzipiellen Unterschied, sondern nur um unterschiedliche Akzentsetzungen handelt. Grundsätzlich wird nämlich in den herrschenden wissenschaftstheoretischen Schulen nicht bestritten, daß Begriffe, Aussagen und auch Theorien immer in irgendeinem Sinn Instrumente zur Erfassung der Realität sind. Im Kapitel über die Wurzeln des Paradigmas wurde ja gerade diese Be-scheidung auf einen nur hypothetischen Geltungsanspruch als Charakteristikum der jüngsten Entwicklungsphase dargestellt und als Rückzug von der Realität interpretiert. Dies gilt letztlich sogar für die vermeintlich rein deskriptiv-empirischen singulären Existenzaussagen (Protokollsätze), die ja nur aufgrund einer Entscheidung der Forscher als wahr gelten können.

Die strenge Trennung zwischen deskriptiven und hypothetischen (vielleicht sogar definitorischen Sätzen) (vgl. Prim/Tilman, Grundlagen, S. 79) ist nicht nur aus wissenschaftspraktischen sondern auch aus wissenschaftstheoretischen Gründen unhaltbar: "Für den Empirismus gibt es etwas erfahrungsmäßig unmittelbar Gegebenes und damit eine feste, objektive, von allen hypothetischen Elementen und Deutungen freie Basis empirischer Erkenntnis. ... Aufgrund unserer Kritik am unmittelbar Gegebenen lassen sich diese Behauptungen nicht mehr aufrecht erhalten. Gibt es nichts unmittelbar Gegebenes, hat jede Bestimmung dessen, was uns in einer Erfahrung gegeben ist, hypothetischen Charakter..." (Kutschera, Grundfragen der Erkenntnistheorie, S. 512).

Auch wechselt Dahrendorf selbst ständig von der instrumentellen zur empirischen Ebene, wenn er z. B. dem zunächst heuristisch eingeführten Konfliktbegriff im Laufe seiner Begriffsexplikation eine eigene Dynamik und eine eigene alle möglichen Phänomene verursachende Substanz (vgl. Messelken, Politikbegriffe, S. 184 f.).

zuschreibt. Ähnliche Resubstantialisierungen und Reifikationen finden sich z. B. auch bei Samuelson: Denn anders wäre nicht verständlich, weshalb er einen gewerkschaftlichen Eingriff in die Gleichgewichtsbildung am Arbeitsmarkt als "künstliche Maßnahme" bezeichnen kann (Volkswirtschaftslehre II, S. 276), die also offensichtlich den von der Natur gebotenen Mitteln nicht entspricht. Berechtigterweise könnte er hier nur von einer nicht modellgerechten Maßnahme sprechen.

Was den semantischen Status der Popperschen Wissenschaftslogik angeht, so verhält es sich etwas komplizierter: Die Theorie Poppers stellt "einen Begründungszusammenhang sui generis dar: Sie beansprucht normative Geltung, kann aber auf empirische Argumente nicht verzichten..." (Wellmer, Methodologie als Erkenntnistheorie, S. 14/5). Hans Albert bezeichnet die Poppersche Erkenntnislogik als weder rein normative noch rein deskriptive "Technologie", die sich aus dem "Hintergrundwissen" über die Realität speist. (Vgl. Albert, Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft, S. 26 f.). Eine genauere Analyse des Status der Popperschen Aussagen wird weiter hinten durchgeführt.

- 4) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 11 - 19.
- 5) Opp, Soziologische Theorie.
- 6) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 189 - 202.
- 7) Ebd., S. 19.
- 8) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 332 f.
- 9) Opp, Soziologische Theorie, S. 802.
- 10) So z. B. Woll.
- 11) So die Position der Kritischen Theorie.
- 12) Prim/Tilmann, Grundlagen, S. 35.
- 13) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 11 - 19 und S. 195 - 202. An dieser Stelle müßte natürlich noch näher geprüft werden, ob dieses von Woll unterstellte Prüfverfahren tatsächlich dem von Popper intendierten entspricht, wie Woll eingangs angekündigt hatte.
- 14) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 196/7.
- 15) Opp, Methodologie der Sozialwissenschaften, S. 316 - 319.

- 16) Vgl. dazu: Prim/Tilman, Grundlagen, S. 70 - 18.
- 17) Vgl. dazu: Opp, Grundlagen, S. 274 - 308.
- 18) Zur Weiterführung dieses Punktes empfiehlt sich z. B. Wellmer, Methodologie; ders., Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus; und Adorno (Hg.), Der Positivismusstreit.
- 19) Nagel, Assumptions on Economic Theory, S. 214/5, zit. und übersetzt nach: Hartfiel, Wirtschaftliche Rationalität, S. 12.
- 20) Im folgenden: Opp, Methodologie, S. 158 - 169.
- 21) Ders., Soziologische Theorie, S. 799.
- 22) Da Opp in seiner Methodologie fast ausschließlich einfachste Theorien mit einstelliger Wenn- und Dann-Komponente zugrundelegt, stellt sich für ihn die Frage gar nicht, ob Theorien durch Überprüfung der Annahmen oder/und der Schlußfolgerungen mit der Realität zu konfrontieren sind: er macht beides.
- 23) Schumpeter, Kapitalismus, S. 416.
- 24) Ebd., S. 428.
- 25) Ebd., Anm. 2.
- 26) Ebd., S. 431.
- 27) "Sitte" kann z. B. eine spezielle berufsständische (z. B. Beamtenethos), eine philosophisch-ethische (Toleranz) oder eine sozialpsychologische (Altruismus) Bedeutung haben.
- 28) Ebd., S. 462.
- 29) Ebd., S. 470.
- 30) Ebd.
- 31) Ebd., S. 479. Zur pessimistischen Kulturprognose bezüglich des Kapitalismus: Kap. 5 - 14.
- 32) Ebd., S. 461.
- 33) Auch wenn Schumpeter an anderer Stelle (S. 479) sagt, daß der Sozialismus der günstigere Nährboden für die Demokratie sei, so bringt er dies jedoch in keinen Zusammenhang mit der Qualifikation der Politiker.

- 34) Die erste Annahme, die der Gesellschaftsneutralität des Auswahlprozesses, führt Schumpeter selbst ad absurdum, wenn er an anderer Stelle feststellt, beim Sozialismus gehe es "in allererster Linie" um eine "neue kulturelle Welt" (S. 272). Die zweite Annahme, die der Kompatibilität von Charakter und Qualifikation, wird fragwürdig, sobald man empirisch oder theoretisch die Auswahlkriterien untersucht, die in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften zu geschäftlichem Erfolg und damit zu sozialem Aufstieg führen. Ökonomischer Erfolg auf einem Güter- oder Arbeitsmarkt qua überlegener Konkurrenzfähigkeit hat a priori nicht das geringste mit Moral zu tun.
- 35) Ebd., S. 463.
- 36) Ebd.
- 37) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 49/40.
- 38) "N u t z e n ist eine metaphysische Konzeption von eindrucksvoller Zirkelhaftigkeit: N u t z e n ist diejenige Qualität der Gebrauchsgüter, die die Individuen veranlaßt, sie zu kaufen, und die Tatsache, daß Individuen diese Gebrauchsgüter kaufen wollen, zeigt, daß sie N u t z e n haben." (Robinson, Economic Philosophy, S. 48, zit. nach Arnaszus, Spieltheorie, S. 50). Arnaszus ergänzt: "Analoges gilt für die Begründung der Nutzenpräferenzen durch 'unmittelbares Fühlen': Ein Ergebnis wird einem anderen vorgezogen, weil das Individuum so fühlt, und es fühlt so, weil dieses Ergebnis höheren Nutzen hat als jenes. Allein schon aus diesem Grunde ist die Begründung der Nutzenkonzeption auf der Basis der Psychologeme 'subjektive Intuition', 'unmittelbares Fühlen', 'Affektion' u. ä. theoretisch unmöglich. Ihr Gebrauch erklärt nichts - wird aber gerade deshalb zur Erklärung und darüberhinaus zur Rechtfertigung jeden menschlichen Verhaltens herangezogen. Logisch ist dieses Verfahren sogar richtig, denn aus einer leeren Aussage folgt jede beliebige! Hierin zeigt sich ein merkwürdiges Mißbehagen gegenüber rationalen Begründungen von Wertungen und Handlungsweisen ..." (Arnaszus, S. 50/1).
- 39) Dieses Brückenprinzip zur Kritik von Werturteilen stammt von Max Weber und wurde u. a. von Hans Albert ("Traktat zur kritischen Vernunft", S. 75 ff.) wieder aufgegriffen. Vgl. hierzu auch Weissner, Zur Erkenntniskritik der Urteile über den Wert sozialer Gebilde und Prozesse.
- 40) Nicht untersucht habe ich das Kriterium des Informationsgehalts der Begriffe der Annahmen, der für die Frage der Verifikation bzw. Falsifikation der Annahmen von Bedeutung ist. Sind z. B. in der Wenn-Komponente von Theorien (Annahmen) Begriffe mit hohem Informationsgehalt enthalten, also in Gestalt von beispielsweise recht restriktiven Bedingungen für den Marktmechanismus

(vollkommene Konkurrenz), dann läßt sich das Vorliegen der betreffenden Annahme in der Realität leichter falsifizieren als bei Annahmen mit geringem Informationsgehalt. Wie die hier ausgewählten paradigmatischen Theorien diesbezüglich in Hinblick auf den Grad der Überprüfbarkeit ihrer Annahmen zu beurteilen sind, müßte näher untersucht werden. Vgl. dazu z. B. Prim/Tilmann, Grundlagen, S. 70 - 78. Hier wäre auch die Frage zu stellen, ob die Falsifizierbarkeit von Annahmen mit dem Grad der einzelwissenschaftlichen Ausdifferenzierungen wächst oder abnimmt.

- 41) Rousseau, Gesellschaftsvertrag, S. 5.
- 42) Die folgende Rousseau-Interpretation folgt der von Iring Fetscher ("Rousseaus politische Philosophie") und deren Fortführung von Klaus-Dieter Schulz ("Rousseaus Eigentumskonzeption").
- 43) Fetscher, Rousseaus politische Philosophie, S. 9.
- 44) Lukács, Die Verdinglichung, S. 223/4.
- 45) Wenn gezeigt werden kann, daß die Theorien von Samuelson usw. unprüfbar sind, so ist damit gleichzeitig auch die logische Konsistenz des Paradigmas kritisiert: Der Paradigmbegriff faßt sowohl Methodologien wie auch Theorien einer bestimmten Denktradition zusammen. Wenn nun innerhalb der Methodologie behauptet wird, daß größtmögliche Überprüfbarkeit der Theorien deren Ziel ist, und sich in den Theorien ein niedriger Überprüfbarkeitsgrad nachweisen läßt, so ist das Paradigma nicht konsistent.
- 46) Adorno (Hg.), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie.
- 47) Adorno, Einleitung zum "Positivismusstreit", S. 74.
- 48) Abgesehen von der Frage der Überprüfbarkeit dergestalt zerstückelten Wissens ergeben sich aus dieser Zerstückelung auch einige praktische wissenschaftliche und politische Probleme, die hier nur angedeutet werden sollen: Da keine Überwissenschaft mit einer entsprechenden Übertheorie existiert, wird die Zuweisung von wissenschaftlichen Fragestellungen, die interdisziplinäre Koordinierung, durch außerwissenschaftliche Institutionen vorgenommen, so z. B. durch parlamentarische Wissenschaftsgremien oder irgendwelche staatlichen und privaten Forschungsbükratien. Diese entscheiden jedoch noch unmittelbarer als etwa einzelwissenschaftliche Institute dies tun, nach politischen Nutzenerwägungen und nicht nach irgendwelchen am reinen Wissensfortschritt orientierten Kriterien, was immer dies im einzelnen auch bedeuten mag. Wenn also tatsächlich mit der Aufteilung des Wissenschaftsbetriebes in viele Einzeldisziplinen ein solcher vermehrter Einfluß außerwissenschaftlicher Instanzen auf die Wissenschaft einhergeht, und wenn es zweitens richtig sein sollte, daß wir in einer Gesellschaft mit

Herrschaftsstrukturen leben, dann müssen diese beiden Umstände erhebliche Konsequenzen für den Charakter dieser Wissenschaft haben. Es steht dann sehr zu befürchten, daß politisch heikle Gegenstände, die in den jeweiligen Grenzbereichen der Einzelwissenschaften angesiedelt sind, bei der Themenauswahl und der Mittelvergabe sehr leicht zu kurz kommen, ohne daß von Seiten der Wissenschaft nennenswerter und wirksamer Einspruch möglich ist. Dies dürfte mit ein Grund sein, warum z. B. Themen wie "Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und Gesundheit", "Ressourcenraubbau in der Dritten Welt und Welthandel" oder "Erkenntnis und Interesse" lange zwischen den einzelwissenschaftlichen Schubladen hindurchgefallen sind und erst in jüngster Zeit auf Resonanz gestoßen sind. Die einzelwissenschaftliche Organisationsform der Sozialwissenschaften kann dazu führen, daß diese Sozialwissenschaft für bestimmte heikle Themen keine Erklärungen zur Verfügung stellen kann, weil ihr diesbezüglich gar keine Fragen gestellt wurden. Insofern muß sich gerade diese Wissenschaft weitgehend wissenschaftsfremden Interessen unterordnen, ohne selbst eingreifen zu können. Erkenntnis kann so schlecht zum Korrektiv der Praxis werden, das selbst aufgestellte Postulat der Wertfreiheit der Wissenschaft erweist sich so bei näherer Betrachtung der Praxis als Ideologie.

- 49) Goetze, Entwicklungspolitik 1: Soziokulturelle Grundfragen.
- 50) Sahlins, Stone Age Economics.
- 51) Zum Reziprozitätsprinzip: Goetze, Entwicklungspolitik, S. 111.
- 52) Price, Sharing: the integration of intimate economics, zit. nach Goetze, Entwicklungspolitik, S. 111 Anm. 47.
- 53) Wulff, Grundfragen der transkulturellen Psychiatrie.
- 54) Im folgenden: Goetze, Entwicklungspolitik, S. 265 - 288.
- 55) Ebd., S. 271.
- 56) Ebd., S. 277/8. Inwieweit auch dieses Menschenbild individualistisch ist, da es ja letztlich um die individuelle Gottesnähe geht, wäre zu untersuchen.
- 57) Vertreter der herrschenden nationalökonomischen Theorie würden nun entgegen, dieses andere Menschenbild sei als spezieller Fall ihres wesentlich umfassenderen weil formaleren Axioms der individuellen Maximierung mit enthalten: in solchen traditionellen Ökonomien wird eben religiöses Heil oder gutes Gewissen maximiert. Für den Kulturanthropologen ist eine solche Auffassung demgegenüber aufgrund seines historisch und geografisch weiteren Blickfeldes ein Musterbeispiel für Ethnozentrismus. Vgl.

dazu: Goetze, Entwicklungspolitik, S. 51 - 53. Zur systematischen Kritik dieses Einwandes seitens der herrschenden Lehre vgl. diesen ganzen Teil D.

- 58) Im folgenden: Goetze, Entwicklungspolitik, S. 107/8 und 126 - 131.
- 59) Service, The hunters. Die heute noch beobachtbaren Jäger- und Sammlervölker leben im krassen Gegensatz zu ihren Ahnen unter den allerärmsten Bedingungen in den unfruchtbarsten Gegenden der Welt. Dort hin sind sie allerdings nicht freiwillig gegangen, sondern sie wurden von den leistungsfähigeren und gegenüber Natur und Mitmensch rücksichtsloseren Gesellschaften getrieben.
- 60) Goetze, Entwicklungspolitik, S. 130.
- 61) Markuse, Der eindimensionale Mensch.
- 62) Goetze, Entwicklungspolitik, S. 128/9.
- 63) Brookfiel, Interdependent development, S. 207, zit. nach Goetze, S. 129.
- 64) Im folgenden: Vogt, Reine Theorie, S. 56 - 91.
- 65) Ebd., S. 75.
- 66) Ebd., S. 73.
- 67) Ebd., S. 74.
- 68) Frank/Roloff, Kritische Anmerkungen zur Begründung der Staatstätigkeit in der "Bürgerlichen" und der "Neuen Politischen" Ökonomie. S. 11, zit. nach Vogt, zur Kritik, S. 196.
- 69) Ferner hat der kapitalistische Charakter der Warenproduktion die Lösung zweier bisher zusammenfallender ökonomischer Produktionstätigkeiten zur Folge: den Einsatz der Arbeitskraft und des Kapitals bei der Produktion. Durch die Abhängigkeit der Produktionsprozesse von der Kapital-, also Ersparnisbildung, ergibt sich aber ein charakteristisches Informationsproblem. Denn die Haushalte sparen oft auf ganz bestimmte Güter, stellen aber z. B. über die Bank ihre Ersparnisse den allgemeinen Unternehmen zur Verfügung. Die Unternehmen erhalten eine bestimmte Geldsumme als verfügbare Investitionsmittel, ohne daß sie die mit diesen Ersparnissen verbundenen zukünftig erwünschten konkreten Gebrauchswerte kennen. Im Unterschied zur Quantität der Zukunftspräferenzen gibt es für deren Qualität keine Informationskanäle, weil es keinen Markt für Zukunftsgüter gibt. Diese Information geht verloren, und dadurch restringiert das kapitalistische Marktsystem die Möglichkeit der Präferenzenrealisierung unter Umständen ganz erheblich. Tendenziell haben die Präferenzen hier nicht mehr Ziel-Charakter für die Unternehmen, sondern umge-

kehrt: die Präferenzen sind Instrumente der Profitgewinnung für die Unternehmen.

- 70) Vogt, Zur Kritik, S. 195.
- 71) Boulding, Ökonomie als Morawissenschaft, S. 104.
- 72) Vogt, Zur Kritik, S. 193.
- 73) Vgl. zur Tautologie des Begriffs der Präferenzen oben Anm. 37.
- 74) Samuelson, Volkswirtschaftslehre I, S.310 - 314.
- 75) Vogt, Reine Theorie, S. 84: Für die Diskussion des Gleichheitsproblems ist auch der Tausch von Arbeit gegen Lohn interessant. Das Gleichheitspostulat wäre unter kapitalistischen Verhältnissen dann erfüllt, wenn man zeigen könnte, daß beim Tausch von Arbeitszeit gegen Lohn langfristig keine Begünstigung der Käufer der Arbeitszeit gegenüber den Verkäufern existiert. Da für den Arbeiterhaushalt der Verkauf der Arbeitskraft nahezu völlig unsubstituierbar ist, muß er unter Umständen auch ungünstige Mengenproportionen im Tauschgleichgewicht in Kauf nehmen, er kann nicht auf bessere Marktbedingungen warten, weil es um sein pures Überleben geht. Für das Unternehmen hingegen bedeutet das Nichtzustandekommen des Tausches weniger, denn seine Auflösung ist nicht mit der physischen Selbstaufgabe von Menschen verbunden. Wenn kein Produktionsprozeß zustande kommt und kein Profit oder Zins herauspringt, muß es einfach zumachen. Nebenbei bemerkt: Diejenigen Haushalte, die von Kapitaleinkommen leben, können dieses dann immer noch durch Arbeitseinkommen substituieren.

Ob sich daraus so etwas wie eine Theorie der Ausbeutung innerhalb des Rahmens der allgemeinen Gleichgewichtstheorie ableiten läßt, ohne daß auf die Marxschen Kategorien rekurriert werden müßte, ist nach Vogt jedoch sehr fraglich. Denn die Spezifik des Tauschgleichgewichts zwischen Arbeitsverkäufer und -käufer gegenüber allen anderen Tauschgleichgewichten wird erst sichtbar, wenn man die getauschten Güter nach ihrer konkreten Bedeutung für den Eigentümer unterscheidet.

In der herrschenden Nationalökonomie entfällt aber gerade "die Frage nach den Umständen, die ihm (dem Käufer/Verkäufer, d. Verf.) die Marktteilnahme jeweils ermöglichen, auferlegen oder auch verwehren: In welchem Maß muß der einzelne, etwa um leben oder auch seine spezifische soziale und ökonomische Rolle wahren zu können, zum Markte gehen... ." (Hofmann, Wert- und Preislehre, S. 160).

- 76) Vogt, Reine Theorie, S. 18 - 22. Zur geschilderten Tendenz gibt es auch Gegentendenzen: die größere Flexibilität kleinerer Betriebe bei der Umstellung ihrer Produktion. Die Frage der Skalenerträge müßte empirisch genauer geprüft werden. Vgl. auch: Kaldor, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, S. 85 - 90.
- 77) Die Kritik von Keynes an der Klassischen ökonomischen Theorie kann u. a. auch als Kritik an der Annahme der unendlich schnellen Anpassung der Preise an die Mengenentscheidungen der Marktteilnehmer interpretiert werden. (Schneider, Die Keynesische Theorie, S. 2/3).

Zunächst muß festgestellt werden, daß bei Berücksichtigung des Zeitfaktors faktisch niemals mehr ein volkswirtschaftliches Gleichgewicht besteht, so daß der Glaube an ein ständig oder wenigstens prinzipiell existierendes Gleichgewicht durch die Behauptung einer *Tendenz* zum Gleichgewicht ersetzt werden muß. Wenn nämlich zur Anpassung eines Faktors an die Veränderung eines anderen eine gewisse Zeitperiode nötig ist, so finden in dieser Zeit des Ungleichgewichts aufgrund der weitgehenden Interdependenzen der Märkte weitere Wirkungen mit Ausgleichsnotwendigkeiten statt, und deren Anpassung erfordert selbst wieder eine gewisse Zeit, usw.

Wenn jede Anpassung eines Preises ihre Zeit braucht, dann muß auch berücksichtigt werden, daß ein solcher Anpassungsprozeß im Voraus mit ins ökonomische Kalkül einbezogen werden muß, d. h. nicht vom augenblicklichen Preis, sondern vom zu erwartenden Preis ausgegangen wird. (Vogt, Reine Theorie, S. 85 ff.) So wird etwa eine Konsum- oder Produktionseinheit, die bei Überangebot an Faktoren und/oder Konsumgütern und damit zu erwartendem Preisabfall ihr geplantes Einkommen wahrscheinlich nicht realisieren kann, ihre Nachfrage einschränken. Ungleichgewichte lösen somit nicht nur die klassischen Preiseffekte, sondern auch Mengeneffekte aus. In der Keyneschen Theorie wird gerade entgegengesetzt zur klassischen angenommen, daß sich diese Mengenreaktionen als neue Angebote bzw. Nachfragen voll auswirken, bevor es überhaupt zu Preisreaktionen kommt. Bei fixen Preisen führen also bestimmte erwartete Angebots- bzw. Nachfragemengenbeschränkungen zu effektiven Nachfragen und Angeboten und das sog. Keynes-Gleichgewicht existiert nur, wenn sich bei Realisierung der effektiven Nachfragen und Angebote genau die ursprünglich erwarteten Beschränkungen reproduzieren. "Es ist klar, daß der Begriff 'Gleichgewicht' für einen solchen Zustand höchstens ganz formal benutzt werden darf. Die Märkte sind ja eigentlich im Ungleichgewicht. Die individuellen Einheiten haben sich gleichsam nur über die damit verbundenen Restriktionen auf diese Ungleichgewichte eingerichtet". (Ebd., S. 88. Auf jeden Fall haben die sich im Keynes-Gleichgewicht ergebenden Angebots-Nachfrage-Relationen nichts mehr mit dem Zustand des Allgemeinen Gleichgewichts zu tun. Denn "selbst wenn über den üblichen Preismechanismus schließlich der Gleichgewichts-Preisvektor hergestellt würde, können sich die Ungleich-

gewichte und die daraus resultierenden Beschränkungen inzwischen in den Kalkülen der individuellen Einheiten so festgesetzt haben, daß sich der Zustand des Allgemeinen Gleichgewichts nicht mehr herstellt. Mengeneffekte verhindern eine theoretisch denkbare Stabilitätsleistung der Preise." (Ebd., S. 89).

Meistens geht die Instabilität in eine Richtung und verstärkt sich immer mehr. Denn mit steigendem Einkommen sinkt die Konsumneigung also Nachfrage der Haushalte und damit die Investitionsneigung und Kapitalbildung der Unternehmer. (Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, S. 112/3) Zur Beibehaltung einer bestimmten Kapitalbildung ist nun eine Beeinflussung der Nachfrage unumgänglich. Da die Selbststeuerung des Marktes eine antirezessive Tendenz von selbst nicht zustande bringt, müssen Konsum- und Investitionsgüternachfrage durch einen externen Faktor vergrößert werden: die staatliche Nachfrage.

- 78) Meißner, Die Entwicklung der Gleichgewichtstheorie.
- 79) Ebd., S. 245.
- 80) Ebd.
- 81) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 89.
- 82) Pigou, Economics of Welfare, S. 794, zit. nach Meißner, Entwicklung S. 247.
- 83) Vogt, Zur Kritik, S. 192.
- 84) Ebd., S. 188.
- 85) Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 169.
- 86) Vogt, Zur Kritik, S. 190.
- 87) Hier schließt sich die Frage an, ob dieser Zustand irgendwann einmal tatsächlich annähernd bestanden hat. Dies behauptet z. B. Habermas in "Strukturwandel der Öffentlichkeit".
- 88) Ebd., S. 192.
- 89) Ebd., S. 190.
- 90) Vogt, Zur Kritik, S. 204.
- 91) Inwieweit diese Kritik die verschiedenen Ansätze der ökonomischen Theorie der Politik trifft, könnte mit dem Sammelband von Widmaier ("Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates") näher untersucht werden.

- 92) Offe, Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen, und: ders., Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme.
- 93) Vgl. dazu neben dem oben angeführten Band von Widmaier auch: Bopp-Schmehl, Konflikt und Demokratie. Eine Auseinandersetzung mit Kompromiß- und Gleichgewichtsvorstellungen moderner Politiktheorien. In dieser Arbeit wird hauptsächlich gezeigt, daß die jeweiligen Gemeinwohl-Resultanten in gewissen Hinsichten sub-optimal sind.
- 94) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 311/2.
- 95) Ebd., S. 314.
- 96) Der Halo-Effekt wird in der Soziologie hauptsächlich im Zusammenhang mit der Technik des Fragebogens diskutiert, in der Psychologie/Pädagogik im Zusammenhang mit der Schülerbeurteilung durch den Lehrer. Vgl. zum ersten z. B.: Scheuch, Das Interview in der Sozialforschung, S. 150 f. Zum zweiten z. B.: Lüttge, Einführung in die Pädagogische Psychologie, S. 164 ff, 170 f und 175.
- 97) Z.B. Krech/Crutchfield, Grundlagen der Psychologie I, S. 88.
- 98) Merton, The Matthew Effect in Science, S. 440 ff.
- 99) Merton, Institutionalized Patterns of Evaluation in Science, S. 475 ff.
- 100) z. B. Polanyi, The Potential Theory of Adsorption, oder: Luhmann, Selbststeuerung der Wissenschaften.
- 101) Zur Rechtfertigung einer empirischen Kritik an nicht-empirischen Theorien (Theorie "sui generis", Technologie): Die Ausführungen über Popper in diesem Teil D: I B 3 a.
- 102) Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie, S. 177 - 186.
- 103) Maurice Cornforth ("Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma") hat beispielsweise einen Versuch zur Verbindung von materialistischer Dialektik und einigen Elementen des Kritischen Rationalismus unternommen.
- 104) Vogt, Zur Kritik, S. 198 f.
- 105) Ebd.
- 106) Ebd., S. 200.
- 107) Vgl. zu dieser Kritik z. B. Agnoli, Die Transformation der Demokratie.

- 108) Vgl. Anm. 87 in diesem Teil D.
- 109) Vogt, Zur Kritik, S. 202.
- 110) Ebd., S. 204.
- 111) Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 101.
- 112) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 157 f.
- 113) Allerdings ist Dahrendorf der Auffassung, daß die ersten Kategorien der Weberschen Handlungstheorie (Intention, Sinn) sich lediglich zur Beschreibung des Explanandums eignen, während die späteren Begriffe dieser Handlungstheorie (Norm, Sanktion, Herrschaft) eher als Explanans in Frage kommen. (Dahrendorf, Elemente der Soziologie, S. 61).
- 114) Im folgenden: Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Band 1, Kapitel 1: Soziologische Grundbegriffe.
- 115) Ebd., S. 1.
- 116) Gerhardt, Rollenanalyse, S. 158: Anm. 67.
- 117) Daß Weber seine Begriffe nicht nur methodologisch, sondern auch ontologisch verstanden haben will, dafür gibt es eine Menge Hinweise. Vgl. z. B. die Zitate zu Anmerkung 117, 132 und 136.
- 118) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 4.
- 119) Dazu: Weiß, Max Webers Grundlegung der Soziologie. Eine Einführung, S. 101. Weiß verweist z. B. auf Webers "Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik", S. 550 ff. Bader u. a. behaupten dennoch zurecht, daß für Webers Gesamtwerk die Methode der Befragung bzw. der Erforschung von Selbstzeugnissen gegenüber der weiter unten dargestellten Idealtypenkonstruktion eine untergeordnete Rolle spielt. (Bader u. a., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, S. 97).
- 120) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 2.
- 121) Weber schreibt nicht explizit, wann genau die Bildung von Idealtypen als Mittel der Erkenntnis erforderlich ist. Er spricht lediglich davon, daß diese Form von Begriffsbildung den Kulturwissenschaften eigentümlich sei, daß sie als Richtungsweiser der Hypothesenbildung fungiere, daß mit ihr die Wirklichkeit zwar nicht abgebildet aber dennoch verglichen werden könne, und daß es für die Brauchbarkeit solcher idealtypischer Begriffsbildungen nur einen Maßstab gebe, nämlich den Erfolg für die Erkenntnis kon-

kreter Kulturercheinungen. (Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, S. 190 ff.)

Es kann jedoch vermutet werden, daß der Idealtypus für Weber bei der Erklärung immer dann eine unabdingbare Rolle spielt, wenn es sich um komplexere Zusammenhänge handelt, wenn bei sozialem Handeln etwa eine Fülle von Motiven und Sachzwängen, Wertsetzungen und systematischen Abhängigkeiten als Ursachen infrage kommen, wenn rationale und irrationale Momente zunächst unlösbar ineinander verwoben sind. Wie entwickelt Weber nun sein Idealtypenkonzept? Der Idealtypus wird zunächst "gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde." (Ebd., S. 191).

Wegweisend für das jeweilige Aussehen dieses Gedankenbildes ist also die jeweilige Wahl des oder der Gesichtspunkte, nach denen dann das empirische Material durchforstet wird. Nun ist jedoch a priori ein Gesichtspunkt genauso gut wie jeder andere, d. h. es kann über die Fruchtbarkeit eines Idealtypus immer erst hinterher entschieden werden. Am Anfang der Idealtypenbildung kann immer nur eine einzige Einschränkung gemacht werden: das behauptete Bild der Handlung muß objektiv möglich sein. (Ebd., S. 194) Ansonsten fordert Weber nur, daß diese Idealbegriffe möglichst als genetische Begriffe formuliert sein sollen, also etwas Ursächliches aussagen sollen. Diese Forderung ist aber innerhalb einer als "deutendes Verstehen" begriffenen Tätigkeit absolut tautologisch. Darüberhinaus mißt sich die Qualität der idealtypischen Bilder von der Wirklichkeit aber an nichts anderem als an dem Erfolg, den sie bei der Erklärung konkreter Ereignisse bzw. konkreten Handelns ermöglichen.

Welchen Gesichtspunkt also auswählen? Auf diese Frage, die sich Weber selbst gestellt hat und auf die alles hinausläuft, hat er eine originelle Antwort parat. Für die Bildung von Idealtypen ist es zweckmäßig, den Gesichtspunkt der Rationalität menschlichen Handelns zum Leitgesichtspunkt der Faktenauswahl zu machen. Rationalität heißt dabei: Anpassung der Mittel an die Zwecke einer Handlung.

Die Rationalität ist der einzige Gesichtspunkt, der das oben genannte Möglichkeits-Kriterium erfüllt. Denn jedermann weiß, daß es dem Menschen tatsächlich möglich ist, Mittel an Zwecke anzupassen. Wenn dies nicht möglich wäre, könnte niemand erklären, wie die Menschen - außer per Zufall - ihre Zwecke überhaupt jemals realisieren können. Diese quasi anthropologische Fähigkeit des Menschen gehört für Weber zu den wenigen Erkenntnissen, deren wir

uns absolut sicher sein dürfen. Wohlgerne: Fähigkeit, nicht Wirklichkeit.

Wenn nun faktische Rationalität unser faktisches Handeln beeinflussen kann, so ist es nur konsequent, wenn der Versuch, dieses faktische Handeln geistig wiederzuerfassen, ebenfalls von dieser Möglichkeit ausgeht. D. h.: Faktische Rationalität macht heuristische Rationalität sinnvoll. M. a. W.: Das Prinzip des Handelns und das Prinzip des Erkennens dieses Handelns müssen miteinander identisch sein. Dies ist die zentrale heuristische Annahme Webers. Mit den Worten Webers: "Infolge der eminenten faktischen Bedeutung des in diesem Sinn 'zweckbewußten' Handelns in der empirischen Wirklichkeit läßt sich die 'teleologische' Rationalisierung als konstruktives Mittel zur Schaffung von Gedankengebilden verwenden, welche den außerordentlichsten heuristischen Wert für die kausale Analyse historischer Zusammenhänge haben." (Ebd., S. 129/130).

Was bedeuten nun diese Erkenntnisse konkret für denjenigen, der ein bestimmtes soziales Handeln verstehen will, und dazu einen Idealtypus dieses Handelns bildet? Er muß sich diese Handlung so vorstellen, als ob sie eine rein rationale Handlung sei. D. h.: Er denkt sich die Handlung so, als ob sie nicht von Irrtümern oder Gefühlen beeinflusst worden sei. Bei einer politischen Handlung wird beispielsweise festgestellt, wie das Handeln "bei Kenntnis aller Umstände und aller Absichten der Mitbeteiligten und bei streng zweckrationaler, an der uns gültig scheinenden Erfahrung orientierter, Wahl der Mittel verlaufen wäre." (Wirtschaft und Gesellschaft, S. 3/4). Erst durch diese geistige Hilfskonstruktion wird es möglich sein, Abweichungen von diesem Konstrukt zu konstatieren und die Gründe dieser Abweichungen, die jeweils mitherein spielenden irrationalen Motivkomponenten, zu identifizieren. Diese Irrationalitäten sind dann als Abweichungen zu begreifen. Nur so kann die Soziologie die Realität verständlich und eindeutig erklären. Daß in dieser Realität die Abweichungen u. U. die Regel sind, tut dieser Methode nach Weber keinerlei Abbruch. Im Gegenteil: Diese Differenz zwischen rationalem Idealtypus und irrationalen Realismus bzw. Realhandeln kann erst mithilfe dieser Methode erkannt und dargestellt werden.

Ein Beispiel: Empirisch gibt es in einer Marktwirtschaft häufig, wenn auch nicht in der Regel, Unternehmer, die aus Tradition, sozialem Engagement oder einem sonstigen Grund nicht streng marktrational bzw. profitmaximierend handeln. Dennoch kann das Unternehmerhandeln nach Weber nur erklärt und in eine konsistente Theorie über Marktwirtschaften einbezogen werden, wenn man den Gesichtspunkt der Rationalität "einseitig steigert" und zum Typus erhebt. Bader/Berger formulieren den Zusammenhang von konkretem Einzelhandeln und idealem Typushandeln folgendermaßen: "Das typische Handeln ist nicht eine Verallgemeinerung des konkreten, sondern das konkrete verwirklicht ein typisches Handeln." (Bader u. a., Einführung, S. 75).

- 122) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 4
- 123) Ebd., S. 6.
- 124) Ebd., S. 3.
- 125) Ebd., S. 121.
- 126) Adorno, Zur Logik der Sozialwissenschaften, S. 142.
- 127) Bader u. a., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, S. 99 - 111.
- 128) Bader u. a. Einführung, S. 109. Die Autoren berufen sich hier auf den Wissenschaftstheoretiker Stegmüller.
- 129) Weber, Wissenschaftslehre, S. 29, zit. nach Bader u. a., Einführung, S. 109.
- 130) Besonders relevant ist hier die Frage nach der Einordnung des Staates in die Theorie Webers.
- 131) Zur Staatsableitung Webers vgl. z. B. Zängle, Moderner Staat und politische Legitimität. Max Webers Staatstheorie im Kontext seines Werkes.
- 132) Ebd., Bader u. a., Einführung, S. 308 - 319.
- 133) Ebd., S. 318/9.
- 134) Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 20 und 119. Vgl. dazu: Weiß, Max Webers Grundlegung der Soziologie. Eine Einführung, S. 96 f.
- 135) Bader u. a., Einführung, S. 318.
- 136) Weber, Methodologische Schriften, S. 33.
- 137) Im folgenden: Zängle, Moderner Staat, S. 173 - 198.
- 138) Ebd., S. 182.
- 139) Aus diesem Kampf der Werte hat Weber während und auch noch nach dem 1. Weltkrieg das Recht des Staates zur Gewaltanwendung gegen andere Staaten (andere Werte) und die Pflicht des Soldaten, hierfür sein Leben zu opfern, abgeleitet.
- 140) Zängle, Moderner Staat, S. 200. Dementsprechend kritisiert Weber ja auch den Historischen Materialismus. Vgl. z. B. Weber, Wissenschaftslehre, S. 166 ff.
- 141) Tenbruck, Die Genesis der Methodologie Webers, S. 590 ff.

142) Ebd., S. 590.

- 143) Der ideengeschichtliche Weg vom objektiven Idealismus zum subjektiven Idealismus verläuft, grob nachgezeichnet, über folgende Marksteine: kirchlicher Gottesglaube, frühaufklärerischer Deismus, Hegelianischer Weltgeist, Simmels "soziologische Aprioris", Gesellschaft als Skatspiel beim frühen Weber (vgl.: Weber, Stammers "Überwindung" der materialistischen Geschichtsauffassung, S. 132 ff.) und schließlich Beschränkung des Idee-/Sinnbegriffs auf das Individuum im Zusammenhang mit seinem individuellen Handeln. Gleichzeitig mit der Heruntertransformierung der Idee vom Globalen zum Individuellen erfolgte eine Wandlung vom Metaphysischen zum Irdischen bzw. vom Ontologischen zum Heuristischen.
- 144) Mir scheint jedoch in Webers Gesamtwerk der Stellenwert dieser "letzten Werte" ein eher untergeordneter zu sein, ich werde sie deshalb im folgenden vernachlässigen. Dieser Stellenwert der letzten Werte müßte aber noch näher untersucht werden. Vgl. dazu auch den "Wertehimmel" Dahrendorfs im Teil A dieser Arbeit.
- 145) Gerhard, Rollenanalyse, S. 308.
- 146) Kirchberger, Kritik der Schichtungs- und Mobilitätsforschung, S. 180.
- 147) In jüngster Zeit wird zur Ehrenrettung Max Webers von kritischen Soziologen gegen eine solche Interpretation eingewandt, daß gerade durch Webers Betonung des hinter allem Sozialen stehenden ursächlichen menschlichen Wollens ein enorm gesellschaftskritisches Potential in einer solchen Gesellschaftstheorie stecke. Zum einen könne dieser analytische Zugang gerade besonders gut geeignet sein, die Verdinglichungen in der Realität aufzubrechen, also das verloren gegangene Bewußtsein von der Gemachtheit von Gesellschaft wiederherzustellen. Zum andern könne gerade durch die Gegenüberstellung von Handlungsintention und Handlungsergebnis die Negativität der hier herrschenden Art von Vergesellschaftung besonders bewußt gemacht werden. In solchen Argumenten wird Weber nicht als Rückschritt sondern als Ergänzung oder sogar Fortschritt gegenüber Marx gewertet, weil er dem Determinismus eine klare Absage erteilt habe und den subjektiven Faktor in der Geschichte wieder aufgezeigt habe.

In solchen Positionen wird meiner Meinung nach jedoch wissenschaftliche Analyse und politische Programmatik miteinander vermischt. In der politischen Programmatik sollte ohne jeden Zweifel dem subjektiven Faktor ein maximaler (wenn auch nicht radikalindividualistischer) Spielraum eingeräumt werden. Damit dies aber möglich wird, muß die vorher notwendige wissenschaftliche Analyse eine möglichst präzise Auskunft über die Größe des aufgrund der natürlichen und historischen Bedingungen jeweils möglichen

Spielraums für das Subjekt geben können. Und bei dieser letzteren Aufgabe ist es aufgrund der in diesem ganzen Teil D vorgebrachten Argumente mehr als zweifelhaft, ob die Theorien des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas ein geeignetes Hilfsmittel darstellen.

- 148) Daß dieses Resultat sich aus der (implizit an Weber orientierten) Methodologie Schumpeters lückenlos ableiten läßt, sei hier nochmals erwähnt: Im Bereich des Sozialen muß der nach Gründen Ausschau haltende Analytiker den "Sinn" von Handlungen erfragen. Im Unterbereich der Demokratie veranstaltet er deshalb ein "Gedankenexperiment": er befragt die Leute nach dem Sinn von Demokratie um ihren Grund herauszufinden. Der Sinn der Demokratie, so ihre Antwort, liegt im Methodischen: sie ist ein Instrument zur Selbstbestimmung des Menschen angesichts ihres Aufeinanderstoßens mit anderen. Wen wundert es also, wenn die Gesamtheit der realen politischen Phänomene (z. B. Gesetze oder Institutionen) nichts anderes als Realisationen von Willen bzw. Sinn sind.
- 149) Adorno, Der Positivismusstreit.
- 150) Im folgenden: Giesen/Schmid, Basale Soziologie, S. 131 - 155; und: Vanberg, Die zwei Soziologien, S. 239 - 264.
- 151) Ebd., S. 137.
- 152) Nun kann das Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigma als eine solche Brückentheorie interpretiert werden. Sie ist so allgemein, daß die konkreten Theorien der Ökonomie, Politologie etc. als seine Varianten begriffen werden können. Vom Standpunkt des Kritischen Rationalismus her müßte aber die Frage gestellt werden, ob diese Theorieähnlichkeit und die sich daraus ergebende Möglichkeit zum Reduktionismus auch wünschenswert ist. Denn eine mit einem erfolgreichen Reduktionismus einhergehende Vereinheitlichung der Sozialwissenschaften etwa dergestalt, daß sich die Soziologen immer mehr der Sprache der Ökonomen und die Ökonomen immer mehr der Sprache der Psychologen bedienen, würde dazu führen, daß Kritik und Falsifikation immer schwerer würden. Wenn am Ende nur noch eine sozialwissenschaftliche Sprache und nur noch eine Theorie existieren würde, wenn es keine alternativen Theorien und aus ihnen gewinnbare Falsifikationsstrategien mehr geben würde, so wäre der ja gerade auf der Konkurrenz der Theorien beruhende Fortschritt der Wissenschaft in größter Gefahr. "Da wir nie sicher sein können, daß wir die letztlich wahre Theorie gefunden haben, scheint die Fiktion, wir könnten uns mit einer Vereinheitlichung unseres theoretischen Apparates zufrieden geben, kein wünschenswerter Ausgangspunkt zu sein, d. h. Reduktion führt nicht notwendig zur Verbesserung unseres Wissens. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß wir uns mit falschen Theorien zur Ruhe setzen, ohne sie in ihrer Falschheit erkannt zu

haben. Das aber widerspricht der obersten wissenschaftlichen Zielsetzung, wahre Theorien zu erstellen." (Giesen/Schmid, Basale Soziologie, S. 147).

- 153) Es wäre im übrigen zu prüfen, ob nicht schon durch die Art und Weise der Aufteilung der Gegenstandsbereiche der sozialwissenschaftlichen Disziplin dieses Ergebnis präjudiziert ist. Wenn sich die ökonomische Theorie mit dem auf knappe Güter hin orientierten Handeln (Entscheiden) beschäftigt, und die Politikwissenschaft mit dem an Macht orientierten Handeln, so liegt es nahe, daß dieses Handeln auch aus den jeweiligen konkreten Güter- bzw. Machtmotiven erklärt wird. (Vgl. Teil B: I B 2).
- 154) Vogt, Reine Theorie, S. 13.
- 155) Vgl. zu diesem Problem z. B.: Bolte u. a., Soziale Ungleichheit, S. 106 - 117.
- 156) Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons "Philosophie des Elends", S. 139.
- 157) Lukács, Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats.
- 158) Ebd., S. 199 ff.
- 159) Ebd., S. 204.
- 160) Hofmann, Wissenschaft und Ideologie.
- 161) Ebd., S.55. Kursives aus dem Original ist hier getilgt.
- 162) Aus dem Blickwinkel der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie sind die Voraussetzungen und damit das ganze Paradigma nichts anderes als der Ausdruck falschen Bewußtseins, weil es nur die Oberfläche der Gesellschaft abbildet und so die unter dieser Oberfläche existierende Tiefenstruktur der Gesellschaft unerkannt läßt. Diese Oberflächlichkeit des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas ist deshalb so folgenreich, weil die gesellschaftliche Tiefenstruktur genau das Gegenteil des "wahren Edens" (Das Kapital) der Oberfläche darstellt. Während nämlich an der Wiege des Kapitalismus, in der mehr theoretisch als empirisch ausmachbaren Phase der einfachen Warenproduktion, noch uneingeschränkt von Freiheit, Gleichheit, Leistung etc. gesprochen werden konnte, bildete sich mit der Ausdehnung der Wareneigenschaft auf die Arbeitskraft eine fundamentale Unfreiheit (Zwang zu ihrem Verkauf) und Ungleichheit (zwischen Arbeitskraft und Produktionsmittel als gleichgeltende Eigentumsformen) an der Basis der Gesellschaft heraus. Freiheit und Gleichheit werden so zu Erscheinungsformen und Existenzbedingungen ihres Gegenteils. Von ihnen wird nur dann zutreffend gesprochen, wenn mit dem Freiheits- und Gleichheitsbegriff diese doppelte

Eigenart, nämlich der Verkehrung und des sich wechselseitigen Bedingens, mitformuliert wird.

Wenn Gesellschaft als Zusammenwirken von Konkurrenz und Gleichgewicht begriffen wird, als Aktion zuallererst freier, egoistischer und gleicher Subjekte mit grundsätzlich harmonischer und vorwärtsweisender Tendenz, wird Gesellschaft richtig und verkehrt zugleich dargestellt: richtig, weil die Subjekte an der Oberfläche tatsächlich als freie Individuen handeln, die für einen optimalen Fluß ihrer Revenuequellen sorgen müssen und dazu als Gleichberechtigte mit anderen Verträge abschließen; falsch, weil diese Menschen von Anfang an gesellschaftlich geprägt sind, aufgrund der gegensätzlichen Eigentumsvoraussetzungen über eine ganz unterschiedliche Qualität von Freiheit und Gleichheit verfügen und weil ihre Verträge bzw. Gleichgewichte ihnen durch die Verhältnisse weitestgehend aufgenötigt sind.

Indem die sich diesem Denken verpflichtet führende Politik immer wieder die Konkurrenzvoraussetzungen (Freiheit und Gleichheit) herzustellen versucht, schafft sie immer wieder von neuem die Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Zwang. Und indem die sich diesem Paradigma verbunden führende Wissenschaftstheorie theoretischen Pluralismus als alleinigen Garant von optimaler Erkenntnis voraussetzt, ist sie weit davon entfernt, die hinter der gesellschaftlichen Oberfläche verborgene Basis zu erkennen.

Teil E: Problematik des Paradigmas als Handlungsmodell

- 1) Ich stütze mich hauptsächlich auf die neueren Arbeiten: Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie (1981) und eine knappe Zusammenfassung in: Hayek, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus (1977), mit den hier relevanten Teilen: Wohin zielt die Demokratie? und: Der Atavismus "sozialer Gerechtigkeit". Zur praktischen Relevanz der Position von Hayek vgl. den weltweiten monetaristischen Trend in der Wirtschaftspolitik westlicher Länder, insbesondere die Chicago-Schule (Milton Friedman) und ihre mustergültigen Experimente in Chile.
- 2) Z. B.: Hayek, Atavismus, S. 38.
- 3) Hayek, Der Weg zur Knechtschaft.
- 4) Hayek, Demokratie, S. 8.
- 5) Z. B.: Hayek, Atavismus, S. 31 f. Oder: Hayek, Recht, S. 82 - 85 sowie ebd. Kap. IX.
- 6) Ebd.
- 7) Hayek, Recht, S. 85 - 89, und: Hayek, Entnationalisierung des Geldes.
- 8) Z. B.: Hayek, Demokratie, S. 17 - 22. Zu den praktisch-politischen Konsequenzen des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als Handlungsmodell: Die Einsicht in die Unübertrefflichkeit des Prinzips der autonomen Auslese entspricht der Forderung Poppers nach dem politischen Prinzip der "Stückwerkstechnik": Nur wenn Politik reformistisch betrieben wird, wenn also immer nur einzelne Eingriffe in die Gesellschaft vorgenommen werden, ist es möglich, die erzeugten Veränderungen zu analysieren und die Eingriffe zu modifizieren. Nur durch eine saubere analytische und praktische Trennung der einzelnen Elemente des Inputs und des Outputs kann Wissenschaft und Politik konsequent nach dem Versuch-Irrtums-Prinzip betrieben werden. (Popper, Was ist Dialektik, S. 262 - 290, und: ders., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, S. 219 ff.)

Eine andere konkrete Handlungsanweisung des Konkurrenz-Gleichgewichts-Paradigmas als Handlungsmodell besteht darin, daß sie Toleranz als oberstes Lernziel jeglicher politischer Bildung ansieht. Toleranz ist die Voraussetzung für den Verzicht der Beseitigung von Konflikten, also für deren Regelung unter Beibehaltung der zugrundeliegenden Gegensätze. (Vgl. dazu z. B. Schuon, Bürgerliche Gesellschaftstheorie, S. 49). Als Einblick in die Praxis der so verstandenen politischen Bildung siehe z. B. Härtich, Rationalität als Ziel der politischen Bildung. Eine Einführung.

- 9) Klüber Franz, Katholische Soziallehre, in: Evangelisches Staatslexikon.
- 10) Im oben genannten Überblicksartikel wird der Unterschied folgendermaßen dargestellt: Die evangelische Soziallehre glaubt, daß durch den Sündenfall die menschliche Natur so weitgehend zerstört wurde, daß die Erkenntnis der gottgewollten Sozialordnung nicht mehr möglich ist und nur mehr vorsichtig versucht werden kann, primär aus der Heiligen Schrift Anhaltspunkte für die Wahl der richtigen Sozialordnung zu finden. Die katholische Soziallehre sieht demgegenüber die menschliche Natur durch die Macht der Sünde nur als verdorben an, so daß der in die Schöpfung eingeschlossene substantielle Wille Gottes durch hauptsächlich philosophisch-naturrechtliche Deduktion noch weitgehend ermittelt werden kann.
- 11) Nell-Breuning, Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre (1980) und: Hättich, Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre (1957).
- 12) Nell-Breuning, Gerechtigkeit, S. 13 ff.
- 13) Ebd., S. 13 - 30 und S. 165 ff.
- 14) Ebd., S. 165 - 170.
- 15) Hättich, Wirtschaftsordnung, S. 173 ff.
- 16) Ebd., S. 176. Deshalb ist der Klassengegensatz für Hättich innerhalb eines Betriebes nie so stark wie außerhalb. Der Auffassung, daß der freie Unternehmer und der unfreie Arbeiter niemals eine echte Betriebs- und Leistungsgemeinschaft bilden könnten, hält Hättich entgegen: "Wer ist eigentlich freier: der Unternehmer, der über seinen Betrieb frei verfügen kann, ... aber völlig gefangen in dieser einen Sorge um seinen Betrieb, nur mit wirtschaftlichen Problemen befaßt ist, - oder der Arbeiter, der in seinem Lohnabhängigkeitsverhältnis mit wenig Freude seinen Achtstundentag absolviert, danach aber unbeschwert auf den Fußballplatz, ins Kino oder ins Konzert geht?" (Ebd., S. 185).
- 17) Nell-Breuning, Gerechtigkeit, S. 229 - 237.
- 18) Hättich, Wirtschaftsordnung, S. 178 - 187.
- 19) Galbraith, Wirtschaft für Staat und Gesellschaft (1974).
- 20) Ebd., S. 12 - 16.
- 21) Im folgenden: Ebd., S. 101 - 207. Eine gute Zusammenfassung der Grundgedanken von Galbraith findet sich in Benjamin Ward, Die Idealwelten der Ökonomie.

- 22) Das Problem eines chronischen Kaufkraftdefizits, das Keynes zu seiner Theorie der staatlichen Investitionen geführt hat, hält Galbraith mittlerweile für gelöst.
- 23) Zum Problem der Produzentensouveränität und zur konservativen Implikation ihrer Verkehrung in den Lehrbüchern zur Konsumentensouveränität vgl. auch: Galbraith, Volkswirtschaftslehre als Glaubenssystem (1970).
- 24) Galbraith, Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, S. 254.
- 25) Sik Ota, Plan und Markt im Sozialismus (1967), oder: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft (1971).
- 26) Die Autoren geben sich selbst zum Teil andere Attribute.
- 27) Vogt, Politische Ökonomie 1979, und: Vogt, Kapitalistisches Gleichgewicht und ökonomische Ungleichgewichte (1981).
- 28) Brus, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft (1971), und: Sozialisierung und politisches System (1975).
- 29) Vogt, Politische Ökonomie, S. 389.
- 30) Ebd., S. 381 - 389.
- 31) Ebd., S. 389 ff.
- 32) Ebd., S. 394 - 397.
- 33) Ebd., S. 397 - 401.
- 34) Wenn Arbeiter selbst die Technik bestimmen, gibt es nach Vogt auch keinen systematischen Grund mehr für die absolute Dominanz der Großtechnik und der mit ihr korrespondierenden Befehlshierarchie. (Ebd., S. 401) Hier besteht ein Verbindungspunkt zwischen Radikalliberalismus bzw. Sozialismus einerseits, und der ebenfalls an einer dezentralen Produktion interessierten Ökologie- und Alternativbewegung andererseits.
- 35) Die von Vogt angegebene Begründung für diesen Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion (Monopolstellung des Handelskapitals), mit der er die Nicht-Wiederholbarkeit dieses Übergangs und damit die Stabilität seines Modells demonstrieren will, ist allerdings nicht mit der Marxschen Begründung identisch (Geldwiderspruch). Im Lichte des Marxschen Arguments müßte die Stabilität der arbeiterselbstverwalteten aber nach wie vor kapitalistischen Ökonomie (Beibehaltung von Geld- und Kapitalmärkten) angezweifelt werden. - Das neueste Buch der Regensburger Ökonomen ("Die Neoklassik und ihre Herausforderungen") konnte leider

nicht mehr berücksichtigt werden. Anhand dieser jüngsten Arbeiten müßte insbesondere geprüft werden, ob in einer arbeiterselbstverwalteten Marktwirtschaft tatsächlich a l l jene Voraussetzungen herstellbar sind, die Vogt unter privatkapitalistischen Bedingungen vermißt (vgl. Teil D:I C), die aber für das Funktionieren des Gleichgewichtssystems und die Gewährleistung ihrer vielgepriesenen Eigenschaften unerläßlich sind.

- 36) Brus, Sozialisierung, S. 8.
- 37) Brus, Funktionsprobleme, S. 214.
- 38) Ebd., S. 221.
- 39) Ebd., S. 100 - 140.
- 40) Brus, Sozialisierung, S. 190.
- 41) Im folgenden: Brus, Funktionsprobleme, S. 214 - 227.
- 42) Brus, Sozialisierung, S. 221/2.
- 43) Vogt, Politische Ökonomie, S. 404/5. Nach Vogt kommt dem gewerkschaftlichen Kampf um paritätische Mitbestimmung eine entscheidende strategische Bedeutung bei der Erkämpfung der Arbeiterselbstverwaltung zu. Am Ende vieler solcher strategischer Schritte steht aber dennoch ein qualitativer Sprung. (Vogt, Kapitalistisches Gleichgewicht, S. 235).
- 44) Brus, Funktionsprobleme, S. 241 - 243.
- 45) Schwendter, Theorie der Subkultur (1971).
- 46) Huber, Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung (1980), und der von Huber herausgegebene Sammelband: Anders arbeiten - anders wirtschaften, mit Aufsätzen u. a. vom Herausgeber und von Schwendter.
- 47) Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie (1971), und: Mandel, Von der sozialen Ungleichheit zur klassenlosen Gesellschaft (1975).
- 48) Huber, Anders arbeiten, S. 18. Der Begriff "Mega-Maschine" stammt laut Huber von Lewis Mumford.
- 49) Ebd., S. 25. Kursives aus dem Original hier getilgt.
- 50) Schwendter, Theorie, Kap. II, IV und V, insbesondere die Übersicht S. 194/5; Yona Friedmann, Der vierte Sektor - eine praktische Utopie; William A. Dyson, Für eine andere Arbeits- und Einkommensorientierung.

- 51) Allerdings besteht über das Schicksal der Konkurrenz in der Alternativökonomie bei den Autoren eine auffallende Unklarheit. "Solidarischen Wettbewerb" hält Huber beispielsweise für ein unverzichtbares Mittel zu Produktivität und Freiheit. (Huber, Wer soll, S. 132 f.)
- 52) Schwendter, Ja Schnecke, besteige nur den Fudsch, S. 122 f. Zur Genossenschaftsbewegung in der Weimarer Republik: Klaus Novy, Strategien der Sozialisierung.
- 53) Huber, Anders arbeiten, S. 27 ff., und Schwendter, Ja Schnecke, S. 126.
- 54) Huber, Anders arbeiten, S. 29.
- 55) Ob die gesamte Ökonomie auf diese Weise revolutioniert werden soll und kann und was ggf. mit dem traditionellen Rest geschehen soll, lassen die Autoren offen. Ein Teil der Autoren hält auf alle Fälle an der Dualität als Dauerinstitution fest, wobei sie allerdings betonen, daß die traditionelle Ökonomie in die alternative organisch eingefügt sein muß, nicht etwa umgekehrt.
- 56) Zum Verhältnis Mensch-Mensch und Mensch-Natur aus marxistischer Sicht: Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 28 ff.
- 57) Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, S. 16. Vom marxistischen Standpunkt aus müßte allerdings die kritiklose Hinnahme der Resultate "namhafter" Vertreter der "heutigen Wissenschaft" nachdenklich stimmen.
- 58) Ebd., S. 360 - 402 und 574/5.
- 59) Die bei Mandel recht komplexe Ableitung der Instabilitäten ist hier stark vereinfacht.
- 60) Im folgenden: Mandel, Von der sozialen Ungleichheit, S. 87 ff.
- 61) Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, S. 699 ff.
- 62) Mandel, Von der sozialen Ungleichheit, S. 97, und: Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, S. 703 - 738.
- 63) Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, S. 738.
- 64) Daß Marx dasjenige, was man heute Ökologie nennt, in seiner "Kritik der politischen Ökonomie" durchaus miteinbezieht, daß also die Getrenntheit der kommunistischen und der ökologischen Bewegung prinzipiell überwindbar ist, geht z. B. aus folgendem Zitat hervor: "Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zu-

gleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (Das Kapital, Bd. 1, S. 529/30).

- 65) Ähnlich: Hettlage, Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit, S. 20: Nachdem die "Wesensanlage" des Menschen den verfügbaren Modellen des wirtschaftlichen Wirtschaftens gegenübergestellt ist, kann eine Wertentscheidung für eines der Alternativmodelle gefällt werden.
- 66) Wallerstein, Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems.
- 67) Ebd.
- 68) Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, S. 104 f. oder S. 175.
- 69) Ebd., S. 181.
- 70) Ebd., S. 65 - 123.
- 71) Ebd., S. 37 f. und S. 133.
- 72) Vgl. dazu: Hettlage, Die Wirtschaft, S. 210 f.
- 73) Kuhn, Struktur, S. 106.

Literatur

Vorbemerkung: Nachfolgend sind nur solche Autoren bzw. Titel aufgeführt, auf die in der Untersuchung ausdrücklich Bezug genommen wurde.

- ADORNO T. W., Einleitung zu "Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie", in: ders. (Hg.), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1972
- ders., Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: ders. (Hg.), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1972
- AGNOLI J., Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/Main 1968
- ALBERT H., Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft, Tübingen 1982
- ders., Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968
- ders., Traktat über rationale Praxis, Tübingen 1978
- ALTMANN R., Das Erbe Adenauers, 3. Auflage, Stuttgart-Degerloch 1960
- ders., Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968
- ARNASZUS H., Spieltheorie und Nutzenbegriff aus marxistischer Sicht. Eine Kritik aktueller ökonomischer Theorien, Frankfurt/Main 1974.
- ASCH S. E., The Doctrine of Suggestion, Prestige and Imitation in Social Psychology, in: Psychological Review, Bd. 55 (1948)
- ASTER E. v., Einführung in die Philosophie Descartes, München 1921
- ASSEL H. G., Demokratischer Sozialpluralismus, München 1972
- BADER V. M. u. a., Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber, Einbändige Sonderausgabe, 2. Auflage, Frankfurt/Main und New York 1980
- BECKER W., Die Achillesferse des Marxismus: der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, Hamburg 1974
- BELL D., Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main 1975
- ders., The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideals in the Fifties, New York 1967

- BENTLEY A. F., The Process of Government (1908), Hrsg. v. Odegard P. H., Cambridge 1967
- BLAU P. M., Exchange and Power in Social Life, New York 1964
- BLUMENBERG H., Der Prozeß der theoretischen Neugierde, Erweiterte und überarbeitete Neuausgabe von "Die Legitimität der Neuzeit", 3. Teil, Frankfurt/Main 1973
- ders., Die Legitimität der Neuzeit, Frankfurt/Main 1966
- ders., Säkularisierung und Selbstbehauptung, Erweiterte und überarbeitete Neuausgabe von "Die Legitimität der Neuzeit", 1. und 2. Teil, Frankfurt/Main 1974
- BOCHENSKY J. M., Marxismus-Leninismus, Wissenschaft oder Glaube, 2. Auflage, München 1974
- BOHNEN A., Individualismus und Gesellschaftstheorie, Tübingen 1975
- BOLTE K. M. u. a., Soziale Ungleichheit, Opladen 1975
- BOPP-SCHMEHL A., Konflikt und Demokratie. Eine Auseinandersetzung mit Kompromiß- und Gleichgewichtsvorstellungen moderner Politiktheorien, Frankfurt/Main u. a. 1977
- BOTT E., The Concept of Class as a Reference Group, in: Human Relations, Bd. 7 (1953)
- BOULDING K. E. Ökonomie als Moralwissenschaft, in: Vogt W. (Hg.), Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/Main 1973
- BRANDT K., Gleichgewicht, ökonomisches, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 4, Stuttgart 1965
- BROCKHAUS-ENZYKLOPÄDIE in zwanzig Bänden, 17. völlig neu bearbeitete Auflage des großen Brockhaus, Wiesbaden 1968
- BROOKFIEL H., Interdependent Development, 2. Auflage, London 1977
- BRUS W., Sozialisierung und politisches System, Frankfurt/Main 1975
- ders., Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/Main 1971
- BÜHL W. L., Theorien sozialer Konflikte, Darmstadt 1976

- ders., (Hg.), Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie, München 1972
- ders., Einführung in die Wissenschaftssoziologie, München 1974
- BURCKHARDT J., Cultur der Renaissance in Italien, hrsg. v. Wölflin H., Stuttgart 1932
- BURGER E. Einführung in die Theorie der Spiele. Mit Anwendungsbeispielen insbesondere aus Wirtschaftslehre und Soziologie, 2. Auflage, Berlin 1966
- CASSEL G., Theoretische Sozialökonomie, 5. Auflage, Leipzig 1927
- CHASE St., Die Wissenschaft vom Menschen, Wien 1951
- CHERBURY H. v. De veritate. De causis errorum. De religione laici, hrsg. v. Gawlick G., 3. aufgelegter Nachdruck der Ausgabe von 1645, Stuttgart 1966
- CLAESSENS D., Rolle und Macht, München 1968
- CORNFORTH M., Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Frankfurt/Main 1970
- COSER L., Sozialer Konflikt und die Theorie des sozialen Wandels; in: Hartmann. H. (Hg.), Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, 2. Auflage, Stuttgart 1973
- ders., Theorie sozialer Konflikte, Neuwied und Berlin 1965
- DAHRENDORF R., Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland, in: ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1965
- ders., Die Funktion sozialer Konflikte, in: ders., Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie. Gesammelte Abhandlungen I, München 1968
- ders., Elemente der Soziologie, in: ders., Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie. Gesammelte Abhandlungen I, München 1968
- ders., Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts; in: Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1965
- ders., Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, 10. Auflage, Köln und Opladen 1971.

- ders., Konflikt und Freiheit, München 1972
- ders., Soziale Klassen und Klassenkonflikt, Stuttgart 1957
- ders., Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, München 1959
- ders., Struktur und Funktion. Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie, in: ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1965
- ders., Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, 2. Auflage, Tübingen 1966
- ders., Über die Möglichkeiten einer erfahrungswissenschaftlichen Soziologie, in: ders., Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie. Gesammelte Abhandlungen I, München 1968
- ders., Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit: Herausforderungen und Antworten, in: ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1965
- DAS ARGUMENT. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, hrsg. v. Haug W. F.
- DAVIS A. O./HINICH M., A Mathematical Model of Policy Formation in a Democratic Society, in: Bernd J. L. (Hg.), Mathematical Applications in Political Science, B. 2, Dallas 1966
- DEHIO L., Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948
- DESCARTES R., Meditationen über die Grundlagen der Philosophie, hrsg. u. übers. von Buchenau A., Leipzig 1902
- DIE RELIGION in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, hrsg. v. Galling K., 3. und völlig neu bearbeitete Auflage, Tübingen 1959
- DIJKSTERHUIS E. J., Die Mechanisierung des Weltbildes, übers. von Habicht H., Berlin u. a. 1956
- DILTHEY W., Archive der Literatur und ihre Bedeutung für die Studie der Geschichte der Philosophie, Ges. Schriften, Bd. IV, 2. Aufl., Stuttgart 1959

- DOWNS A., An Economic Theory of Democracy, New York 1957
- DUX G., Die Logik der Weltbilder. Sinnstrukturen im Wandel der Geschichte, Frankfurt/Main 1982
- DYSON W. A., Für eine andere Arbeits- und Einkommensorientierung, in: Huber J. (Hg.), Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Frankfurt/Main 1979
- EDER K., Die Entstehung rationalisierter Weltbilder, in: Verhandlungen des 10. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1976
- ELIAS N., Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde., Frankfurt/Main 1976
- ders., Was ist Soziologie, 2. Auflage, München 1971
- ENGEL J., Von der spätmittelalterlichen *respublica christiana* zum Mächte-Europa der Neuzeit, in: Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. v. Schieder Th., Bd. 3: Die Entstehung des neuzeitlichen Europa, Stuttgart 1971
- ETHYMOLOGISCHES WÖRTERBUCH der deutschen Sprache, hrsg. v. Kluge F., 19. Auflage, Berlin 1963
- EUCHNER, W., Egoismus und Gemeinwohl. Studien zur Geschichte der bürgerlichen Philosophie, Frankfurt/Main 1973.
- EVANGELISCHES STAATSLERIKON, hrsg. v. Kunst H./ Grundmann S., Stuttgart 1966
- FETSCHER I., Rousseaus politische Philosophie, Neuwied 1960
- FEYERABEND P. K., Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften (= Ausgewählte Schriften Bd. 1), Braunschweig 1978
- ders., Erkenntnis für freie Menschen, Frankfurt/Main 1979
- ders., Probleme des Empirismus (= Ausgewählte Schriften Bd. 2), Braunschweig 1981
- ders., Wider den Methodenzwang, Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie, Frankfurt/Main 1976
- FRANK J., Kritische Ökonomie. Einführung in Grundsätze und Kontroversen wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung, Reinbek b. Hamburg 1976
- ders., Neue Politische Ökonomie als Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie?, in: Widmaier H. P. (Hg.), Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/Main 1974

- FRANK J./ROLOFF O., Kritische Anmerkungen zur Begründung der Staats-
tätigkeit in der "Bürgerlichen" und der "Neuen Poli-
tischen" Ökonomie, in: Regensburger Diskussionsbei-
träge zur Wirtschaftswissenschaft, Serie C: Volkswirt-
schaftslehre, Nr. 3 (Nov. 1971)
- FRAENKEL E., Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-
rechtsstaatlichen Demokratie, in: ders., Deutschland und
die westlichen Demokratien, 6. Auflage, Stuttgart u. a.
1974
- ders., Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im
demokratischen Verfassungsstaat, in: ders., Deutschland
und die westlichen Demokratien, 6. Auflage, Stuttgart u. a.
1974
- ders., Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft,
in: ders., Reformismus und Pluralismus. Materialien zu
einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, zu-
sammengestellt und hrsg. v. Esche F./ Grube F., Ham-
burg 1973
- ders., Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamen-
tarismus, in: ders., Deutschland und die westlichen
Demokratien, 6. Auflage, Stuttgart u. a. 1974
- ders., Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: ders.,
Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer
ungeschriebenen politischen Autobiographie, zusamen-
gestellt und hrsg. v. Esche F./Grube F., Hamburg 1973
- ders., Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung,
in: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien,
6. Auflage, Stuttgart u. a. 1974
- FREY B. S., Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue
politische Ökonomie: Eine Übersicht, in: Zeitschrift
für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 126
- ders., Entwicklung und Stand der Neuen Politischen Ökonomie,
in: Widmaier H. P. (Hg.), Politische Ökonomie des
Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/Main 1974
- FRIEDMANN Y., Der vierte Sektor - eine praktische Utopie, in: Huber J.
(Hg.), Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dual-
wirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Frank-
furt/Main 1979
- FROMM E., Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen
Gesellschaft, 8. Auflage, München 1981

- GALBRAITH J. K., Die moderne Industriegesellschaft, München und Zürich 1968
- ders., Volkswirtschaftslehre als Glaubenssystem, in: Vogt W. (Hg.), Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/Main 1973
- ders., Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München und Zürich 1974
- GERHARDT U., Georg Simmels Bedeutung für die Geschichte des Rollenbegriffs in der Soziologie, in: Böhringer H./Gründer K. (Hg.), Ästhetik und Soziologie um die Jahrhundertwende: Georg Simmel, Frankfurt/Main 1976
- dies., Immanenz und Widerspruch. Die philosophischen Grundlagen der Soziologie Georg Simmels und ihr Verhältnis zur Lebensphilosophie Wilhelm Diltheys; in: Zeitschrift für philosophische Forschung, 2/1971.
- dies., Rollenanalyse als kritische Soziologie. Ein konzeptueller Rahmen zur empirischen und methodologischen Begründung einer Theorie der Vergesellschaftung, Neuwied und Berlin 1971
- GIESEN B./SCHMID M., Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie, München 1976
- dies. (Hg.), Theorie, Handeln und Geschichte. Erklärungsprobleme in den Sozialwissenschaften, Hamburg 1975
- GOETZE D., Die Staatstheorie von Ludwig Gumplowicz, Heidelberg 1979.
- ders., Entwicklungspolitik 1: Soziokulturelle Grundfragen, Paderborn u. a. 1983
- GÖRLITZ, A., Politikwissenschaftliche Propädeutik, Reinbek bei Hamburg 1972
- GOODE W. J., (A Theory of Role-Strain, 1960) dt.: Eine Theorie des Rollen-Stress, in: Hartmann H. (Hg.), Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, 2. Auflage, Stuttgart 1973
- GOSSEN H. H., Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln (1854), 3. Auflage, Berlin 1927
- GOULDNER A. W., Reziprozität und Autonomie in der funktionalen Theorie; in: Hartmann H. (Hg.): Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, 2. Auflage, Stuttgart 1973

- GUDRICH H./FETT S., Die pluralistische Gesellschaftstheorie. Grundpositionen und Kritik, Stuttgart u. a. 1974
- GUMPLOWICZ L., Grundriß der Soziologie (1885), Innsbruck 1926
- HABERMAS J., Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Adorno Th. W. (Hg.), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1972
- ders., Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort, Frankfurt/Main 1968
- ders., Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus in: Adorno T. W. (Hg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied 1972.
- ders., Geschichte und Evolution, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/Main 1976
- ders., Strukturwandel der Öffentlichkeit, 5. Auflage, Neuwied und Berlin 1971
- ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/Main 1976
- HÄTTICH M., Rationalität als Ziel politischer Bildung. Eine Einführung (= Akademiebeiträge zur Lehrerbildung. Bd. 6), München 1977
- ders., Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre. Die subsidiäre und berufsständische Gliederung der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Lenkungs-systemen, Stuttgart 1957
- HAGSTRÖM W. O., The Scientific Community, New York 1965
- HAMILTON A. u. a., (The Federalist, 1787/88), dt.: Der Föderalist, hrsg. v. Ermacora F., Wien 1958
- HARSANYI J. C., Individualistic and Functionalistic Explanations in the Light of Game Theory: the Example of Social Status (1968), in: Lacatos I./Musgrave A. (Hg.), Problems in the Philosophy of Science, Amsterdam 1968
- HAUG W. F., Vorlesungen zur Einführung ins "Kapital", Köln 1974
- HARTFIEL G., Wirtschaftliche und soziale Rationalität. Untersuchungen zum Menschenbild in Ökonomie und Soziologie, Stuttgart 1968

- HASLINGER F./SCHNEIDER J., Die Relevanz der Gleichgewichtstheorie. Gleichgewichtstheorien als Grundlage der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskussion, in: Gijssels P. u. a. (Hg.), Die Neoklassik und ihre Herausforderungen (= Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch Bd. 1), Frankfurt/Main und New York 1983.
- HAYEK F. A. v., Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie, 3 Bde., Landsberg 1981
- ders., Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich 1952
- ders., Wohin zielt die Demokratie?, in: ders., Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977
- ders., Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel, Tübingen 1977
- ders., Der Atavismus "sozialer Gerechtigkeit", in: ders., Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977
- HEIMANN E., Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Eine Einführung in die nationalökonomische Theorie, Frankfurt/Main 1949
- HEMPEL C. G., Deduktiv-nomologische Erklärung, in: Giesen B./Schmid M. (Hg.), Theorie, Handeln und Geschichte. Erklärungsprobleme in den Sozialwissenschaften, Hamburg 1975
- HENNINGSSEN M., Wilhelm von Humboldt; in: Gebhardt, J. (Hg.): Die Revolution des Geistes, München 1968
- HETTLAGE R., Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit. Wirtschaftsplanung und Weltanschauung, Heidelberg 1971
- HIRSCHMANN A. O., Leidenschaften und Interessen. Politische Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt/Main 1980
- HOBBS TH., Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, hrsg. u. eingel. v. Fetscher I., Neuwied und Berlin 1966
- ders., Vom Körper (= Elemente der Philosophie, Bd. 1), ausgewählt und übers. von Frischeisen-Köhler, Hamburg 1967
- ders., Vom Menschen - vom Bürger (= Elemente der Philosophie Bd. 2), auf der Grundlage der Übersetzung von

- Frischeisen-Köhler, die von Gawlick G. nach dem lateinischen Original berichtet wurde, Hamburg 1959
- HOFMANN W., Grundlelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek bei Hamburg 1969
- ders., Wert- und Preislehre (= Sozialökonomische Studententexte Bd. 1), Berlin 1964
- ders., Wissenschaft und Ideologie, in: ders., Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/Main 1972
- HOMANNS C., (Social Behavior as Exchange, 1958), dt.: Soziales Verhalten als Austausch, in: Hartmann H. (Hg.), Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, 2. Auflage, Stuttgart 1973
- HOOYKAAS R., Religion and the Rise of Modern Science, Michigan 1972
- ders., Science and Reformation, in: Eisenstadt S. N. (Hg.), The Protestant Ethic and Modernization. A Comparative View, New York und London 1968
- HUBER J., Anders arbeiten - anders wirtschaften. Die Zukunft zwischen Dienst- und Dualwirtschaft, in: ders. (Hg.), Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Frankfurt/Main 1979
- ders., Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980
- HUMBOLDT W. v., Betrachtungen über die bewegenden Ursachen in der Weltgeschichte; in: Humboldt W. v., Studienausgabe, Bd. 2: Politik und Geschichte, hrsg. und eingel. v. Müller-Vollmer K., Frankfurt/Main 1971
- ders., Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen; hrsg. und Nachwort von Haerdter R., Stuttgart 1967
- ders., Über die Aufgabe des Geschichtsschreibers; in: Humboldt, W. v.: Studienausgabe Bd. 2: Politik und Geschichte, hrsg. und eingeleitet v. Müller-Vollmer K., Frankfurt/Main 1971
- ISAJIW, Causation and functionalism in sociology (1968)
- JOAS H., Die gegenwärtige Lage der soziologischen Rollentheorie, Frankfurt/Main 1973

- KALDOR N., Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, in: Vogt W. (Hg.), Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt/Main 1973
- KANT I., Populäre Schriften, hrsg. v. Menzer P., Berlin 1911
- ders., Vorrede zur zweiten Auflage der Kritik der reinen Vernunft, Reklam 17
- KAPP K. W., Economics and Behavioral Sciences, in: Kyklos, Bd. 7 (1954)
- ders., Towards a Science of Man in Society. A Positive Approach to the Integration of the Social Knowledge, Den Haag 1961
- KEMPSKI J. v., Über die Einheit der Sozialwissenschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 112 (1956)
- KIRCHBERGER S., Kritik der Schichtungs- und Mobilitätsforschung. Zum Verhältnis von soziologischer Theoriebildung und empirischer Sozialforschung, Frankfurt/Main 1975
- KISS G., Einführung in die soziologischen Theorien. Vergleichende Analyse soziologischer Hauptrichtungen, 2 Bde., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 1975
- KLAUS G., Spieltheorie in philosophischer Sicht, Berlin (Ost) 1968
- KLUXEN G., Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des englischen Parlamentarismus, in: ders., Parlamentarismus, Hauenstein 1980
- KRAFT V., Einheit der Wissenschaft, in: Studium Generale Bd. 9 (1956)
- KRECH D./CRUTCHFIELD R. S., Grundlagen der Psychologie I, 3. Auflage, Weinheim u. a. 1971
- KREMENDAHL H., Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1977
- KROHN W., Zur soziologischen Interpretation der neuzeitlichen Wissenschaft, in: Zilsel E., Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft, hrsg. v. Krohn W., Frankfurt/Main 1976
- KRYSMANSKI H. J., Soziologie des Konflikts. Materialien und Modelle, Reinbek bei Hamburg 1971
- KUHN T., Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Zweite revidierte und um das Postskriptum von 1969 ergänzte Auflage, Frankfurt/Main 1981

KUTSCHERA F. v., Grundfragen der Erkenntnistheorie, Berlin und New York 1982

LÄPPLE D., Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zu einer Kritik der Infrastrukturtheorien, Berlin 1973

LEPENIES W., Das Ende der Naturgeschichte. Wandel kultureller Selbstverständlichkeiten in den Wissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1976

LEPSIUS M. R., Ungleichheit zwischen Menschen und soziale Schichtung, in: Glass D. V./König R. (Hg.), Soziale Schichtung und soziale Mobilität. (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 5), Köln und Opladen 1961

LEVINSON D., Role, Personality and Social Structure in the Organizational Setting, in: Journal of Abnormal and Social Psychology, Bd. 58 (1959)

LEXIKON DES KATHOLISCHEN LEBENS, hrsg. v. Rauch W., Freiburg 1952

LIEFMANN-KEIL E., Politische Ökonomie der Generations- und Wahlzyklen, Mimeo 1973

LINDER M. u. a. Der Anti-Samuelson. Kritik eines repräsentativen Lehrbuchs der bürgerlichen Ökonomie. Mit einem Vorwort von Altvater E., 4 Bde., Gaiganz 1974

LINTON R., The Study of Man, New York 1936

LÜTTGE D., Einführung in die pädagogische Psychologie, Frankfurt/Main u. a. 1972

LUHMANN, Funktion und Kausalität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 14 (1962)

ders., Selbststeuerung der Wissenschaften, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 19 (1968)

ders., Soziologie als Theorie sozialer Systeme, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 19 (1967)

LUKÁCS G., Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats, in: ders., Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Neuwied und Berlin 1968

MACK R. W./SNYDER R. C., The Analysis of Social Conflict - Toward an Overview and Synthesis, in: Journal of Conflict Resolution, 2. Bde., Nr. 2 (1957)

- MACPHERSON C. B., Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/Main 1973
- MANDEL E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/Main 1971
- ders., Von der sozialen Ungleichheit zur klassenlosen Gesellschaft, Zürich u. a. 1975
- MARCUSE H., Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin 1967
- MARX K., Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons "Philosophie des Elends", in: Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin (Ost) 1980
- ders., Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 3 Bde., Marx-Engels-Werke Bd. 23 - 25, Berlin (Ost) 1972
- ders., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Rohentwurf (1857 - 1858), Berlin (Ost) 1974
- ders., Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844, in: Marx-Engels-Werke-Ergänzungsband: Schriften bis 1844. Erster Teil, Berlin (Ost) 1973
- MARX K./ENGELS F., Die deutsche Ideologie (geschrieben 1845), in: Marx-Engels-Werke Bd. 3, Berlin (Ost) 1973
- MAYNTZ R., On the Use of Equilibrium Concept in Social System Analysis, in: International Sociological Association (Hg.), Transactions of the Fifth World Congress of Sociology, Bd. 4, Louvain 1964
- MEDICK H., Naturzustand und Naturgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1973
- MEINHOLD W., Grundzüge der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 3. durchgesehene und ergänzte Auflage, München 1967.
- MEISSNER H., Die Entwicklung der Gleichgewichtstheorie als Ausdruck des Zerfallsprozesses der bürgerlichen Ökonomie; in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. V, Berlin 1962
- MENGER C., Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1871), 2. Auflage, Aalen 1968
- ders., Untersuchungen über die Methoden der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere, Leipzig 1883

- MERTON R. K., Behavior Patterns of Scientists (1969), in: ders., The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigation, hrsg. u. eingel. v. Storer N. W., Chicago und London 1973
- ders., Funktionale Analyse, in: Hartmann H. (Hg.), Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, Stuttgart 1967
- ders., (Priorities in Scientific Discoveries, 1957), dt.: Die Priorität bei wissenschaftlichen Entdeckungen: Ein Kapitel in der Wissenschaftssoziologie, in: Weingart P. (Hg.), Wissenschaftssoziologie I: Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß, Frankfurt/Main 1973
- ders., Puritanism, Pietism, and Science (1936), in: ders., Social Theory and Social Structure, erweiterte Ausgabe, New York und London 1968
- ders., (Science and Democratic Social Structure, 1942) dt.: Wissenschaft und demokratische Sozialstruktur, in: Weingart P. (Hg.), Wissenschaftssoziologie I: Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß, Frankfurt/Main 1973
- ders., Science and the Social Order (1937), in: ders., Social Theory and Social Structure, erweiterte Ausgabe, New York und London 1968
- ders., The Matthew Effect in Science, in: ders., The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigation, hrsg. und eingel. v. Storer N. W., Chicago und London 1973
- ders., The Puritan Spur to Science (1938), in: ders., The Sociology of Science, Theoretical and Empirical Investigation, hrsg. v. Storer N. W., Chicago und London 1973
- MERTON R. K./ZUCKERMANN H., Institutionalized Patterns of Evaluation in Science (1971), in: Merton R. K., The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigation, hrsg. v. Storer N. W., Chicago und London 1973
- MESSELKEN K. H., Politikbegriffe der modernen Soziologie. Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie, Köln und Opladen 1968
- MEYER-KRAHMER F., Politische Entscheidungsprozesse und Ökonomische Theorie der Politik, Frankfurt/Main und New York 1979

- MILL J. ST., (On liberty, 1859) dt.: Die Freiheit, übersetzt, eingel., komment. und hrsg. v. Grabowski A., Zürich 1945
- MISES L. v., Vom Weg der subjektivistischen Wertlehre, in: Mises L. v./Spiethoff (Hg.), Probleme der Wertlehre (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 183/1), München und Leipzig 1931
- MÜLLER-VOLLMER K., Wilhelm von Humboldt. Studienausgabe. Bd. 2: Politik und Geschichte, Frankfurt/Main 1971
- MULKAY M. J., The Social Process of Innovation, London 1972
- NADEL S. F., The Theory of Social Structure, 2. Aufl., London 1962
- NAGEL E., Assumptions in Economic Theory, in: American Economic Review. Papers and Proceedings, Bd. 53 (1963)
- NEEDHAM J., Wissenschaftlicher Universalismus. Über Bedeutung und Besonderheit der chinesischen Wissenschaft, hrsg., eingel. und übers. v. Spengler T., Frankfurt/Main 1977
- NEIDHARDT F., Soziale Schichtung und soziale Stabilität. Sanktionsverteilung und Unterschichtverhalten in der Bundesrepublik, unveröffentlichte Habilitationsschrift, München 1968
- NELL-BREUNING O. v., Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre, Wien u. a. 1980
- NELSON B., Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt/Main 1977
- ders., Die Anfänge der modernen Revolution in Wissenschaft und Philosophie - Fiktionalismus, Probabilismus, Fideismus und katholisches 'Prophetentum', in: ders., Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt/Main 1977
- ders., Eros, logos, nomos, polis - Die wechselnde Gewichtsverteilung zwischen eros, logos, nomos, polis und die Wandlungen von Gemeinschaften und Zivilisationen, in: ders., Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt/Main 1977
- ders., The Idea of Usury. From Tribal Brotherhood to Universal Otherhood, Chicago 1949
- ders., Wissenschaften und Zivilisationen. 'Osten' und 'Westen' - Joseph Needham und Max Weber, in: ders., Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt/Main 1977

- ders., Zivilisatorische Komplexe und interzivilisatorische Begegnungen, in: ders., Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß, Frankfurt/Main 1977
- NEUENDORFF H., Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx, Frankfurt/Main 1973
- NEUMANN J. v., Zur Theorie der Gesellschaftsspiele, in: Mathematische Annalen, Bd. 100 (1928)
- NEUMANN J. v./MORGENSTERN O., Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten, Würzburg 1961
- NOVY K., Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main und New York 1978
- OFFE C., Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/Main 1972
- POLANYI M., The Potential Theory of Adsorption, in: Science, Bd. 141 (1963)
- ders., The Republic of Science: Its Political and Economic Theory, in: Minerva Bd. 1 (1962)
- POPITZ H., Der Begriff der sozialen Rolle als Element der soziologischen Theorie, Tübingen 1967
- POPPER K. R., Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965
- ders., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., 2. Auf., Bern 1970
- ders., Logik der Forschung, Zweite erweiterte Auflage, Tübingen 1966
- ders., Was ist Dialektik?, in: Topitsch E. v. (Hg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1965
- ders., Zur Logik der Forschung; in: Adorno, T. W. (Hg.), Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, 2. Auf., Darmstadt und Neuwied 1972
- PRIBRAM K., Die Idee des Gleichgewichts in der älteren nationalökonomischen Theorie, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Band 17, Wien und Leipzig 1908

- PRICE J. A., Sharing: the Integration of Intimate Economics, in:
Anthropologica, Bd. 17
- PRIM R./TILMANN H., Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissen-
schaft. Studienbuch zur Wissenschaftstheorie, Heidel-
berg 1979
- PROJEKT KLASSENANALYSE, Oberfläche und Staat. Kritik neuerer
Staatsableitungen (Altvater, Braunmühl u. a., Flatow/
Huiskens, Läßle, Marxistische Gruppe Erlangen), Berlin
1974
- RAWLS J., Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main 1975
- REICHELTE H., Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Marx,
4. durchgesehene Auflage, Frankfurt/Main 1973
- RITSERT J., Handlungstheorie und Freiheitsantinomie, Berlin 1966
- RITZER G., Sociology. A Multiple Paradigm Science, Boston 1975
- ders., Toward an Integrated Sociological Paradigm, Boston u. a.
1981
- ROBINSON J., Economic Philosophy, Penguin Books 1964
- ROLSHAUSEN C., Wissenschaft und gesellschaftliche Reproduktion, Frank-
furt/Main 1975
- ROUSSEAU J. J., Vom Gesellschaftsvertrag. Oder Grundsätze des Staats-
rechts, neu übers. und herausg. v. Brockard H.,
Stuttgart 1979
- RUSSETT C. E., The Concept of Equilibrium in American Social Thought,
New Haven 1966
- SAHLINS M., Stone Age Economics, London 1974
- SAMUELSON P. A., Foundations of Economic Analysis, New York 1966
- ders., Volkswirtschaftslehre, Bd. I und II, 6. Aufl., Köln 1973
- SAX E., Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft, Wien 1887
- SCHACHTSCHNABEL H., Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen,
Stuttgart und Düsseldorf 1971
- SCHELSKY H., Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln
und Opladen 1961

- ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung, München 1973
- SCHEUCH E. K., Das Interview in der Sozialforschung, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, hrsg. v. König R., Bd. 1, 2. Auflage, Stuttgart 1967
- SCHLANGEN W., Demokratie und bürgerliche Gesellschaft. Einführung in die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie, Stuttgart u. a. 1973
- SCHLUCHTER W., Die Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Eine Analyse von Max Webers Gesellschaftsgeschichte, Tübingen 1979
- ders., Paradoxie der Rationalisierung. Zum Verhältnis von 'Ethik' und 'Welt' bei Max Weber, in: ders., Rationalismus der Weltbeherrschung. Studien zu Max Weber, Frankfurt/Main 1980
- SCHMITT C., Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 3. Aufl., Berlin 1961
- SCHMÖLDERS G., Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Wiesbaden 1971
- SCHNABEL P. E., Die soziologische Gesamtkonzeption Georg Simmels. Eine wissenschaftshistorische und wissenschaftstheoretische Untersuchung, Stuttgart 1974
- ders., Georg Simmel, in: Käsler D. (Hg.), Klassiker des soziologischen Denkens, München 1976
- SCHNEIDER J., Der Beitrag der Arbeitswertlehre zur Theorie der kapitalistischen Warenproduktion, Frankfurt/Main und New York 1980
- ders., Die Keynessche Theorie, masch., Regensburg 1975
- SCHNEIDER L., Gesellschaft und Staat bei Hobbes und Locke, masch., Regensburg 1975
- SCHOPENHAUER A., Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften, 2 Bde., hrsg. v. Frauenstädt J., Leipzig 1874
- SCHUMANN K. F., Zeichen der Unfreiheit. Eine Theorie sozialer Sanktionen und ihrer Messung, Freiburg 1968
- SCHUMPETER J. A., Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, hrsg. v. Schumpeter E. B., Göttingen 1965

- ders., (Capitalism, Socialism and Democracy, 1942), dt.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 3. Aufl., München 1950
- SCHUON K. T., Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart, Köln 1975
- SCHULZ K. D., Rousseaus Eigentumskonzeption. Eine Studie zur Entwicklung der bürgerlichen Staatstheorie, Frankfurt/Main 1980
- SCHWENDTER R., Ja Schnecke, besteige nur den Fudsch, in: Huber J. (Hg.), Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Frankfurt/Main 1979
- ders., Theorie der Subkultur, Köln 1971
- SERVICE E. R., The Hunters, Engelwood Cliffs 1966
- SIK O., Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, Zürich 1971
- ders., Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967
- SIMMEL G., Philosophie des Geldes, 6. Aufl., Berlin 1958
- ders., Probleme der Geschichtsphilosophie. Eine erkenntnistheoretische Studie, München und Leipzig 1923
- ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, 3. Aufl., Berlin 1958
- SMITH A., Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, hrsg. und eingel. von Waentig H., 2. Aufl., Jena 1923
- ders., Lectures on Rhetoric and Belles Lettres, hrsg. u. eingel. v. Lothian J. M., London 1963
- ders., Theorie der ethischen Gefühle, 2 Bde., hrsg. v. Eckstein, Leipzig 1926
- SOHN-RETHEL A., Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis, Frankfurt/Main 1972
- ders., Warenform und Denkform, Frankfurt/Main 1978
- ders., Zur kritischen Liquidierung des Apriorismus. Eine materialistische Untersuchung, in: ders., Warenform und Denkform. Aufsätze, Frankfurt/Main 1971

- SPENCER H., Einleitung in das Studium der Soziologie, hrsg. v. Marquardsen H., Leipzig 1875
- ders., Principles of Sociology, New York und London 1876 - 1896
- SPINNER H., Fallibilismus und Pluralismus. Vom Rechtfertigungsmodell zum fallibilistischen Erkenntnismodell und zur pluralistischen Revolutionstheorie des Erkenntnisfortschritts: ein wissenschaftstheoretisches und wissenschaftshistorisches Forschungsprogramm (1971), in: ders., Pluralismus als Erkenntnismodell, Frankfurt/Main 1974
- ders., Science without Reduction, in: Inquiry, Bd. 16 (1973)
- ders., Theoretical Pluralism, in: Kommunikation, Bd. 4 (1968)
- STEFFANI W., Pluralistische Demokratie, Stuttgart 1980
- STEINBECK B., Einige Aspekte des Funktionalismus in der positiven Soziologie, in: Soziale Welt 1964
- STÖRIG H. F., Kleine Weltgeschichte der Philosophie in zwei Bänden, 11. Aufl., Stuttgart 1976
- STORER N. W., The Social System of Science, New York 1966
- STRUWE P., Zum Problem des sogenannten wirtschaftlichen Gleichgewichts, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 7 (1936)
- SWEEZY P. M., Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln 1959
- SZCZESNY G. (Hg.), Marxismus - ernst genommen. Ein Universalsystem auf dem Prüfstand der Wissenschaften, Reinbek bei Hamburg 1975
- TENBRUCK F. H., Max Weber. Die Genesis der Methodologie Max Webers, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 11 (1959)
- THE OXFORD ENGLISH DICTIONARY, Oxford 1933
- THOMSON G., Die ersten Philosophen, Berlin (Ost) 1961
- THOMAS W. J., The Unadjusted Girl, Little u. a. 1925
- TOLMAN E. C., A Psychological Model, in: Parsons T./Shils E. A. (Hg.), Towards a General Theory of Action, Glencoe 1951

- UNESCO (Hg.), Main Trends of Research in Social and Human Sciences, Paris 1970
- VANBERG V., Die zwei Soziologien. Individualismus und Kollektivismus in den Sozialtheorien, Tübingen 1975
- VIETSCH E. v., Das europäische Gleichgewicht. Politische Idee und staatsmännisches Handeln, Leipzig 1942
- VOGELSANG R., Die mathematische Theorie der Spiele, Bonn 1963
- VOGT W., Eine Theorie des kapitalistischen Gleichgewichts, in: Gijssels P. u. a. (Hg.), Die Neoklassik und ihre Herausforderungen (= Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch Bd. 1), Frankfurt und New York 1983
- ders., Kapitalistisches Gleichgewicht und ökonomische Ungleichgewichte, in: IHS-Journal, Bd. 5 (1981)
- ders., Politische Ökonomie 1979, in: Habermas J. (Hg.), Stichworte zur 'geistigen Situation der Zeit', Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt/Main 1979
- ders., Reine Theorie marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme, masch., Regensburg 1976
- ders., Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie; in: Vogt. W. (Hg.), Seminar Politische Ökonomie, Frankfurt/Main 1973
- WALLERSTEIN I., Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Senghaas D. (Hg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main 1979
- WARD B., Die Idealwelten der Ökonomen. Liberale, Radikale, Konservative, Frankfurt/Main 1981
- WEBER M., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Tübingen 1920
- ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Auflage, Tübingen 1968
- ders., Methodologische Schriften. Studienausgabe, hrsg. v. Winckelmann J., Frankfurt/Main 1968
- ders., Stammlers "Überwindung" der materialistischen Geschichtsauffassung, in: Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 24 (1907)

- ders., Wirtschaft und Gesellschaft (= Grundrisse der Sozial-
ökonomie, Abteilung 3), 3. Aufl., Tübingen 1947
- WEINGART P., Selbststeuerung der Wissenschaft und staatliche Wissen-
schaftspolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie, Bd. 22 (1970)
- ders., Wissenschaftsforschung und wissenschaftssoziologische
Analyse, in: ders. (Hg.), Wissenschaftssoziologie I:
Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß,
Frankfurt/Main 1973
- WEISS J., Max Webers Grundlegung der Soziologie. Eine Einführung,
München 1975
- WEISSER G., Zur Erkenntniskritik der Werturteile, in: Topitsch E. (Hg.),
Der Werturteilsstreit, Darmstadt 1971
- WELLMER A., Methodologie als Erkenntnistheorie, Frankfurt/Main 1967
- ders., Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, 3. Aufl.,
Frankfurt/Main 1971
- WILLMS B., Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tschì Minh,
2. bearb. Auflage, Stuttgart 1972
- WÖRTERBUCH DER SOZIOLOGIE, hrsg. v. Hartfiel G., Stuttgart 1972
- WOLL A., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. revidierte Auflage,
Berlin und Frankfurt 1970
- WULFF E., Grundfragen der transkulturellen Psychiatrie, in: ders.
(Hg.), Ethnopsychiatrie. Seelische Krankheit - ein
Spiegel der Kultur, Wiesbaden 1978
- ZÄNGLE M., Moderner Staat und politische Legitimität. Max Webers
Staatstheorie im Kontext seines Werkes, masch. Habi-
litationsschrift, Regensburg o. J.
- ZELENÝ J., Die Wissenschaftslogik und 'Das Kapital', Berlin 1962
- ZILSEL E., Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft,
hrsg. v. Krohn W., Frankfurt/Main 1976